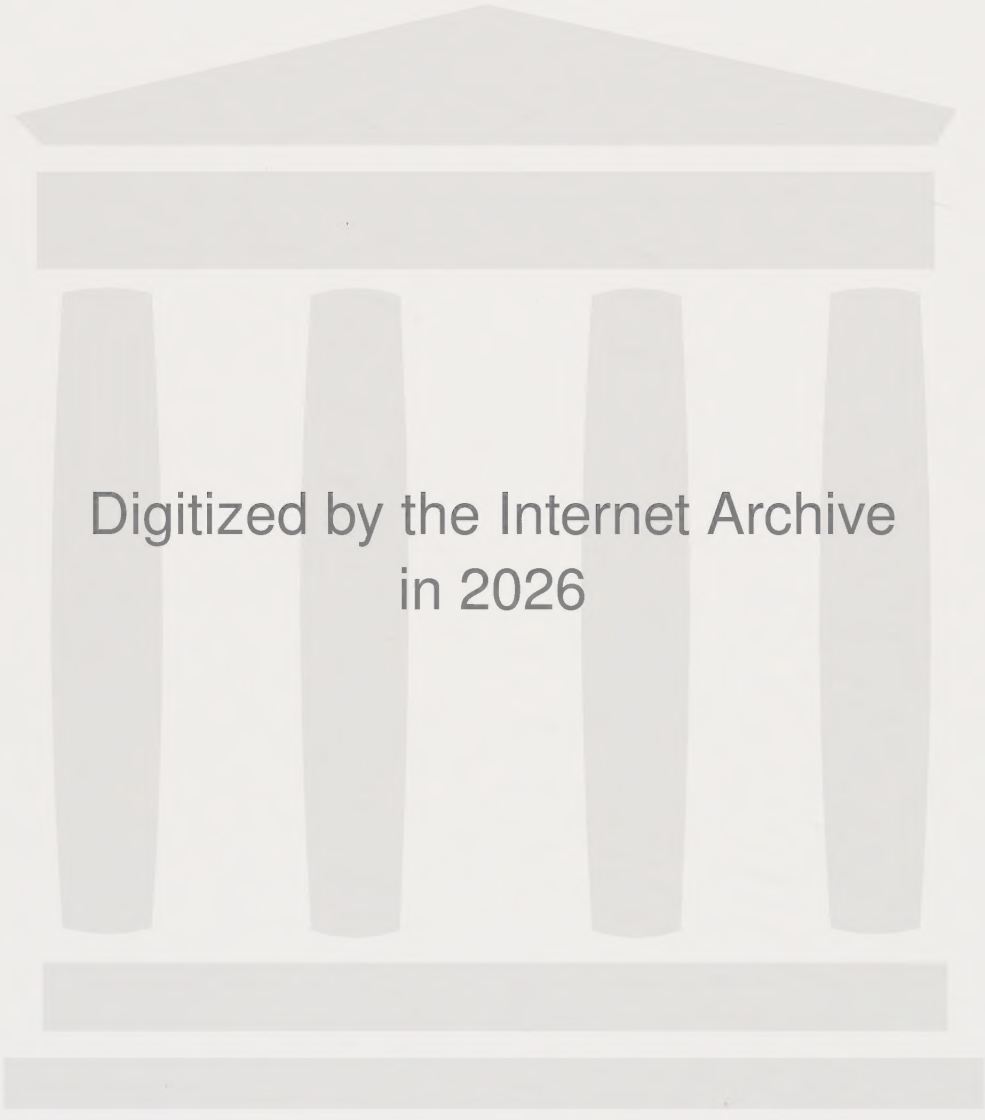
Hartmut Fackler

Berlijn 1972

Außen- und innenpolitische Aspekte der Strategiediskussion in der Volksrepublik China

von 1949 bis 1969


Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548902_0001

Außen- und innenpolitische Aspekte der Strategiediskussion in der Volksrepublik China von 1949 bis 1969

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Philosophie (Dr. phil.)
im Fachbereich Politische Wissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von Hartmut Fackler
aus Passau

Tag der mündlichen Prüfung: 21. 2. 1972
Tag der Promotion:

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Berichterstatter: Prof. Dr. Jürgen Domes · Prof. Dr. Richard Löwenthal

MEINEN ELTERN GEWIDMET

Inhalt

Seite

Vorwort 7

A. Einleitung 9

B. Außen- und innenpolitische Aspekte der Strategiediskussion in der Volksrepublik China von 1949–1969

I. Der Begriff der Strategie 17

II. Die Determinanten des politischen Bewußtseins der Führung der KPCh

1. Die historischen Bestimmungsfaktoren 24

Exkurs:

a. Abriß der amerikanischen Chinapolitik bis zum Ende des Ersten Weltkrieges 25

b. Abriß der russischen Chinapolitik bis zum Ende des Ersten Weltkrieges . 26

c. Der amerikanische „Imperialismus" und der sowjetische „Antikolonialismus" in der Periode von 1920 bis 1949 27

2. Die ideologischen Bestimmungsfaktoren 28

3. Die strategischen Bestimmungsfaktoren 31

III. Die Phase von 1949–1954

1. Die Bedeutung funktionaler Eliten im politischen Entscheidungsprozeß des neuen Regimes 33

2. Die Probleme der Demobilisierung, Reorganisation und Modernisierung der chinesischen Volksbefreiungsarmee 37

3. Die Relevanz nuklearer Waffen für die strategischen Überlegungen der kommunistischen Führung 40

IV. Die Phase von 1955 bis Mitte 1957

1. Die Grundzüge der chinesischen Außenpolitik 42

2. Die Strategiediskussion 44

3. Die außen- und innenpolitischen Aspekte 48

4. Bilanz 53

V. Die Phase von Mitte 1957 bis Januar 1960 Seite

1. Die Grundzüge der chinesischen Außenpolitik 54
2. Die Strategiediskussion 58
3 Die außen- und innenpolitischen Aspekte 65
4. Bilanz 72

VI. Die Phase von Januar 1960 bis Februar 1965

1. Die Grundzüge der chinesischen Außenpolitik 73
2. Die Strategiediskussion 80
3. Die außen- und innenpolitischen Aspekte 85
4. Bilanz 94

VII. Die Phase von Februar 1965 bis 1969

1. Die Grundzüge der chinesischen Außenpolitik 94
2. Die Strategiediskussion 101
3. Die außen- und innenpolitischen Aspekte 111
4. Bilanz 121

C. Zusammenfassung und Schluß 123

Anhänge I

Vorbemerkungen III

Anhang A: Verwendete Abkürzungen V

Anhang B: Anmerkungen VII

Anhang C: Literaturverzeichnis LXXI

Anhang D: Biographienliste LXXXI

Anhang E: Biographien LXXXIX

Anhang F: Militärische Führung und Regionale Verwaltung 1950–1954 CXXI

Anhang G: Militärisches und administratives Personal 1950–1954 CXXII

Anhang H: Militärische Führungsstruktur von 1954–1967 CXXIII

Anhang I: Wechsel im militärischen Führungspersonal ab 1954 CXXIV

Anhang K: Politisches und militärisches Führungspersonal nach der Kulturrevolution . . CXXV

Anhang L: Herkunft des Führungspersonals innerhalb der „Revolutionären Dreier-Allianzen" CXXX

Vorwort

Westliche Beobachter der chinesischen Szenerie neigen dazu, in einer entscheidenden Frage äußerst gegensätzliche Standpunkte einzunehmen. Vor der Machtübernahme der chinesischen Kommunisten dominierte jener des „unwandelbaren Ostens". Danach waren erstaunlich viele der Meinung, daß all die vorher als so festgefügt erachteten Traditionen mit einem Schlag beseitigt worden seien. Aber weder der eine noch der andere Standpunkt befindet sich in Einklang mit dem, was über das Verhalten von Individuen, Gruppen und Staaten im Verlauf der Geschichte bekannt geworden ist. Und so hat auch das neue Regime in Peking von Anfang an innen- wie außenpolitisch selten anders gehandelt, als man es eigentlich von ihm hätte erwarten müssen. Denn die Gewalt ist zwar ein unverzichtbarer Bestandteil der kommunistischen Ideologie, aber der Sinn für Realität und insbesondere Geduld sind ebenso kennzeichnende Merkmale der chinesischen Mentalität. Vielleicht waren es nicht zuletzt jene Fähigkeiten, die es der kommunistischen Führung ermöglichten, aus einer Position der relativen Schwäche durch vorsichtiges und kluges Taktieren zunächst mit Hilfe der UdSSR und - beginnend ab 1956 - im zunehmenden Maße durch Vertrauen auf die eigene Kraft, ein internationales Prestige zu erringen, welches die Volksrepublik China schon bald - zumindest militärisch - als einflußreichste asiatische Macht erscheinen ließ.

Mit der Zündung der ersten chinesischen Kernladung am 16. Oktober 1964 hat sich ihre Bedeutung auf diesem Gebiet noch weiter verstärkt. Und es ist nur natürlich, daß sich seither die Fragen mehren, wie jene erstaunliche Leistung in einer derart kurzen Zeitspanne erbracht werden konnte, aber auch darüber hinaus, welche Vorstellungen und Hoffnungen die maßgebenden Kräfte innerhalb der chinesischen kommunistischen Führung an die Entwicklung einer Nuklearkapazität knüpften. Denn der Besitz derartiger Massenvernichtungswaffen - und möge ihre Zahl auch noch so gering sein - gibt nicht nur Macht, sondern fordert auch ein hohes Maß an Verantwortungsbewußtsein; in diesem Falle nicht nur für das eigene Land, sondern weit darüber hinaus.

Der Verfasser dieser Studie hat sich bemüht, möglichst das gesamte für ihn zugängliche, einschlägige Material zu verarbeiten. Dennoch mußte auf einige - zumeist im Auftrag staatlicher amerikanischer Institutionen erstellten - Arbeiten verzichtet werden, die trotz größter Bemühungen nicht zu beschaffen waren. Man kann jedoch davon ausgehen, daß die fehlenden Informationen - soweit überhaupt von Bedeutung - das Ergebnis dieser Arbeit nicht, oder nicht wesentlich, beeinflußt hätten, zumal die auf diesem Gebiet herausragenden Untersuchungen ausnahmslos berücksichtigt wurden.

Für die Umschrift chinesischer Namen und besonderer Begriffe wurde die in der internationalen Politikwissenschaft gebräuchliche Methode von Wade und Giles benutzt. Eine Ausnahme hiervon bilden lediglich eine Reihe allgemein bekannter geographischer Bezeichnungen, bei denen die Umschrift der Weltpostunion zweckmäßiger erschien.

An dieser Stelle möchte ich auch meinen herzlichen Dank all jenen aussprechen, welche mit bei der Vorbereitung und Fertigstellung dieser Studie auf mancherlei Art und Weise ihren Rat und ihre Hilfe zuteil werden ließen.

Ein hervorragender Platz gebührt hier Prof. Dr. Jürgen Domes, dem ich vom ersten Tage meines Studiums bis heute sicherlich am meisten verdanke. Unmittelbar danach möchte ich die Assistenzprofessorin Dr. Renate Damus nennen, die mir in jeder Situation und auf beispielhafte Weise zur Seite stand. Wertvolle Ratschläge und verständnisvolle Hilfe erhielt ich auch von den Professoren Dr. Richard Löwenthal, Dr. Franz Ansprenger, Dr. Georg Kotowski, Dr. Michael Landmann und Dr. José Leopoldo Decamilli. Bei der Sammlung des Materials, der Durchsicht der Arbeit und Überprüfung der Fußnoten fand ich weitgehende Unterstützung durch Dipl.-Volkswirt Waldemar Graeber, Dipl. Pol. Marie-Luise Näth, Jörg Baumgart, Lothar Vogel, Horst Busche, Reinhard Braband,

Hartmut Schreiber, Thomas Schmidt, Rüdiger Jakesch und Dietmar Stein. Meine chinesischen Sprachkenntnisse verdanke ich nahezu ausschließlich der selbstlosen Hilfe von Thomas Scharping, M.A..

Besondere Anerkennung verdient auch das verständnisvolle Verhalten meiner Dienstvorgesetzten, Regierungsdirektor Manfred Eyser, Oberzollrat Hubert Jaroch, Zollrat Heinz Klick und Zollrat Dietrich Kummerow, ohne die ich weder ein Studium, noch eine Promotion hätte durchführen können.

Für die Fertigstellung des Manuskriptes danke ich schließlich herzlich Ilse Rätsch, Gerda Herrmann, jedoch in allererster Linie meiner Frau, die mir darüber hinausgehend nicht nur durch ihre Übersetzungsarbeiten unendlich viel Zeit ersparte, sondern auch durch die völlige Zurückstellung eigener Interessen stets in beispielhafter Weise zum Gelingen meiner Arbeit beizutragen versuchte.

Hartmut Fackler

The very suggestion of "strategy" implies the anticipation of severe crisis!

"When an engineer puts up a structure
designed to last twenty years or so,
he does not ask:

Will it stand up a pleasant June day?
He asks how it performs under stress,
under hurricane, earthquake, snow load,
fire, flood, thieves, fools and vandals."

Herman Kahn

(On Thermonuclear War, Princeton, 1960, p. 138)

ABSCHNITT A

Einleitung

Die Zeit, in der wir leben, ist eine Zeit des Zweifels. Zweifel an der Einschätzung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Zweifel am Wert der bestehenden gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen, Zweifel an Religion, Philosophie und Ideologie.

Dieses grundsätzliche Infragestellen ist an sich ein Indiz für zunehmendes Problembewußtsein und sollte darum positiv bewertet werden. Im Bereich der Wissenschaft - und besonders der Geisteswissenschaft - wird es allerdings immer schwieriger, glaubhaft darzutun, daß man sich zumindest bemühen werde, ein Problem vorurteilslos zu untersuchen. Dies besonders deshalb, weil der politische Standort und die angewandte Methode häufig schon ausreichen, den Verfasser einer Arbeit - sei es von der einen oder anderen Seite - bestenfalls als „unwissenschaftlichen Dilettanten" oder „Wiederkäuer bourgeoiser Schwafeleien" abzuqualifizieren. Nicht, weil man eine Chance hätte, derartigen Vorwürfen zu entgehen, sondern lediglich, um sie abzumildern, soll der kritische Leser dieser Studie - auch auf jene Fragen - eine eindeutige Antwort erhalten. In diesem Zusammenhang wird auf den Lebenslauf des Verfassers ebenso verwiesen, wie auf die Beweggründe, welche für die Wahl der Methode schließlich den Ausschlag gaben.

Seit Wilhelm Dilthey die Übertragung naturwissenschaftlicher Methoden und „positivistischer" Auffassungen auf die Geschichtsforschung ablehnte und andererseits Jakob Burckhardt die Geschichtswissenschaft als die „unwissenschaftlichste aller Wissenschaften" (1) bezeichnete, ist der Streit um die Voraussetzungen einer exakten Wissenschaft erneut in den Vordergrund getreten. Zwei Grundtendenzen stehen sich hier gegenüber, wobei die eine die methodologische Eigenständigkeit der Geisteswissenschaften postuliert (so die Phänomenologie und Topik), während die andere den Gedanken, daß es zwischen Geistes- und Naturwissenschaften qualitative Unterschiede gebe (so hauptsächlich die sog. empirisch-analytische Wissenschaftstheorie), kathegorisch ablehnt. Dies ist hier von Bedeutung, weil der naturwissenschaftliche Vorgang des „Erklärens" (2) einer Tatsache oder eines Sachverhaltes wesentlich von dem des „Verstehens" (3) im Sinne der geisteswissenschaftlichen Hermeneutik abweicht.

Was nun all das Spezifische - insbesondere der Geschichtswissenschaft - geltend gemacht wird, ist eine zweistufige Erkenntnisweise, die sich unmittelbar einstelle, also intuitiv sei. Als erster Schritt komme der des „Verstehens" in Betracht, weil Handlungen, Absichten und Motivationen nicht anders erfaßt werden könnten. Zur Herstellung eines einheitlichen Zusammenhanges aus historischen Daten sei aber noch ein weiterer, ebenfalls intuitiv gewonnener Schritt nötig, jener der sog. „Synthese", welche dann über die Art einer bloßen Materialsammlung hinausgehend, einen Einblick in das Ganze, einer Zeit, einer Persönlichkeit, einer Entwicklung ermögliche. „Verstehen" und „Synthese" sind demnach die beiden Grundlagen für den Intuitionismus in der Politikwissenschaft, jedenfalls insoweit, als sie sich mit historischen Abläufen beschäftigt.

Daß die Idee, welche historisches Material einheitlich zusammenschließt, in hohem Maße intuitiven Charakter hat, darüber ist man sich im allgemeinen noch einig. So hat schon Wilhelm v. Humboldt in seiner Schrift „Über die Aufgabe des Geschichtsschreibers" für diesen „Ahnungsvermögen" und „Verknüpfungsgabe" verlangt. Bezweifelt wird lediglich die Aussagekraft einer solchen Einsicht. Was sich nämlich unter entsprechenden Bedingungen, bei genügender Vorbereitung und hinreichender Begabung schließlich als Idee einstelle, gehöre ausschließlich in den Bereich der Psychologie der Forschung und habe nicht das geringste mit einer Erkenntnisanalyse zu tun, weil letztlich immer

offenbleibe, ob jener „Einfall" Erkenntnisse bringe oder völlig haltlos sei. Und selbst wenn eine intuitiv gewonnene Einsicht der „Wahrheit" entspreche, so fehle hierzu immer noch der Nachweis. Darin aber liege gerade das Spezifische der Wissenschaftlichkeit. Es folgt ein Katalog von Forderungen (u. a. Vollständigkeit der Quellen, Verläßlichkeit der Quellen, Kritik an den Quellen usw.), der schließlich – so z. B. bei dem Soziologen Viktor Kraft – in der Feststellung gipfelt: „Die Geschichtsforschung sucht zu allererst Beziehungen der Gleichartigkeit zwischen Tatsachen eines generellen Charakters, die auf einem Gebiet und in einer Zeit bestehen. Sie müssen sich auf eine ausgedehnte Vergleichung der Tatsachen, auf ihre Übereinstimmung und Verschiedenheit gründen, sowie in exakter Weise auf eine Statistik. So kann erst auf Grund vollständiger Detailuntersuchungen eine zusammenfassende Darstellung eines historischen Geschehens gegeben werden. Wenn die Quellen nur spärlich sind, muß man sich dies eingestehen und auf einen ‚epischen Bericht' eben verzichten" (4).

Auch wenn die „Wissenschaftsdiskussion" hiermit abgeschlossen werden soll, so bleibt doch noch die Schwierigkeit, all die Faktoren zu erfassen, die nicht nur für die Erarbeitung einer Theorie, sondern schon zuvor für die Erkenntnis von Konstellationen erforderlich sind. Nehmen wir nur beispielsweise das, was Arnold Bergstraesser für wissenschaftliche Analysen als notwendig erachtet: Geschichte der Diplomatie, Staatsphilosophie, Völkerrecht, Nationalökonomie, Wirtschaftspolitik, Regierungssystem, Kulturmorphologie, Soziologie, Religionswissenschaft, Technologie, Strategie, Politische Geographie, Zeitgeschichte und schließlich noch „historisch-biographische Kenntnisse und Bewertung der Persönlichkeiten". Daß solchen Anforderungen in der Praxis niemand gerecht werden kann, ergibt sich bereits aus einem – willkürlich herausgegriffenen und doch sehr häufig verwendeten – Schlagwort: Zeitgeschichte.

„Alle Probleme der Zeitgeschichte beginnen schon mit dem Wort Zeitgeschichte. Denn der Begriff scheint von Anfang an unglücklich gewählt. Hier war zusammengefügt worden, was sich eigentlich widerspricht und gleichzeitig zu einer Tautologie verführen mußte. Zeit in unserem Sinn stellt das Gegenwärtige und das Geschehene dar. Geschichte gründet dagegen in der Vergangenheit; sie lebt vom Geschehenen und hat die Aufgabe, es geistig zu vergegenwärtigen. Zeit im Sinne unserer Zeit ist immer fließend und offen, Geschichte indes erstarrt und abgeschlossen. Geschichte jedoch vollzieht sich immer in der Zeit, ja, ohne Zeit könnte von ihr keine Rede sein. Das eigens durch Zeitgeschichte hervorzuheben, wäre überflüssig und widersinnig. Geschichtswissenschaft denkt zwar mit der Gegenwart, aber sie hält sich trotzdem an die überschaubare Vergangenheit, ja, mehr noch: sie setzt sie voraus. Es hat auch nicht an den Versuchen gefehlt, dem Begriff ‚Zeitgeschichte' zu entrinnen. Als Ersatz schlug man vor: Gegenwartsgeschichte, zeitgenössische Geschichte, laufende Geschichte und Geschichte unserer Zeit. Doch zumeist spiegelten auch diese Begriffe nur das Dilemma, das zu überwinden, sie geprägt wurden" (5).

Aber ganz abgesehen von dem geforderten universellen Wissen wird außerdem noch recht häufig darauf hingewiesen, daß Grundbegriffe wie: Macht, Interesse, Gleichgewicht, System, Konflikt usw. nicht oder nur ungenügend definiert seien, um mit Nutzen für die Durchdringung bestimmter Ereignisse angewandt werden zu können. Denn schließlich ist nicht nur die Frage von Bedeutung, wie eine soziale Einheit unter bestimmten Bedingungen handelt, sondern besonders warum sie so handelt.

Wissenschaftliche Untersuchungen sollen nach den Maßstäben der Wissenschaftslogik nicht bei beschreibenden Einzelfeststellungen stehenbleiben, sondern zu theoretischen Aussagen führen. Was aber Theorie tatsächlich bedeutet, schon darüber gehen die Meinungen auseinander. Da es aber nicht Aufgabe dieser Arbeit ist, die vielschichtige Diskussion nachzuzeichnen, soll hier nur eine Minimaldefinition der Theorie „als ein System allgemeiner Sätze zur Erklärung von Einzelphänomenen gegeben werden" (6).

Methoden, Zielsetzungen und Reichweiten dürften als wichtigste Unterscheidungskriterien der bisher entwickelten Theorien anzusehen sein, und zwar sowohl in bezug auf die räumliche als auch die zeitliche Dimension.

Zwei Methoden, die nicht nur für die Politikwissenschaft entscheidende Bedeutung besitzen, sind dabei vorrangig zu berücksichtigen:

- die deduktive Methode, welche versucht, ausgehend von allgemeinen Sätzen, diese an der Wirklichkeit zu erproben und
- die induktive Methode, welche versucht, ausgehend von der Wirklichkeit, zu allgemeinen Sätzen zu gelangen.

Was die Zielsetzungen anbetrifft, so sollen drei theoretische Ansätze herausgestellt werden:

- die normativen Theorien, welche versuchen, ein System des Sollens aufzustellen, an der die Wirklichkeit gemessen wird,
- die allgemeinen Theorien, welche versuchen, hinlänglich bewährte qualitative wie quantitative Generalisierungen über ein möglichst uneingeschränktes Feld auszudehnen und
- die begrenzten Theorien, welche versuchen, Aussagen nur über Einzelaspekte eines insgesamt wesentlich größeren Bezugsobjektes zu machen.

Die Reichweite betrifft schließlich den Bereich, in dem sich die jeweilige Theorie zu bewähren hat: kurzfristig, mittelfristig, langfristig.

Auch die Frage nach dem Grad der Vertiefung einer Theorie, ihrer Abstraktionsfähigkeit und ihrer empirischen Belegbarkeit kann dabei nicht außer acht gelassen werden. Erschwerend für eine klare Abgrenzung und einheitliche Bezeichnung wirkt sich häufig aus, daß innerhalb bestimmter Theorien mehrere der oben angeführten Faktoren gemischt auftreten können. So mögen sie sowohl induktiv, mittelfristig, begrenzt, wie induktiv, langfristig, allgemein sein (7).

Eine Fülle von Forschungsansätzen hat die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gebracht. Dabei ist keine der Methoden und Theorien unkritisiert geblieben. „Die Pole, zwischen denen sich die gegenwärtigen Bemühungen bewegen, lassen sich durch zwei Sätze amerikanischer Theoretiker verdeutlichen. Hans Morgenthau sagt z. B.: ‚Wissenschaft ist theoretisch, oder sie ist nichts.' Demgegenüber steht die Aussage von Kenneth W.Thompson: ‚Theorie ohne Verifikation ist Metaphysik.' Hier soll angedeutet werden, daß sich zwar einerseits die Politikwissenschaft um die Aufstellung von Gesetzmäßigkeiten (oder auch nur Trends), die bestimmte mehr oder weniger begrenzte Aussagen gestatten, bemühen soll, aber ständig die Gefahr besteht, daß angeblich universell gültige Theorien entwickelt werden, die einer Nachprüfung schließlich doch nicht standhalten" (8).

Zu all den Bestrebungen, eine wissenschaftliche, präzise und faßbare Ordnung zu schaffen, sowie Beurteilungskriterien für die Effektivität eines Systems zu erhalten (9), sind nunmehr im letzten Jahrzehnt Bemühungen getreten, das Verhalten der Staaten zur Umwelt vor allem aus immanenten Faktoren, etwa durch Hinweis auf bestimmte Verlagerungen, Traditionen und Verhaltensstrukturen zu erklären. Hierzu gibt es eine Fülle von Versuchen, zu denen auch der „Entscheidungsprozeß-Ansatz" gehört. In diesen Bereich fallen z. B. vor allem Untersuchungen, die den Zweck haben, das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik zu erläutern. Auch derartige Ansätze erklären das Gesamtverhalten eines Staates sicherlich nicht vollständig, doch ergänzen sie in gewisser Weise die bisher vorhandenen, oft nur auf reine Deutung der Machtverhältnisse beruhenden Theorien (10). Zum Abschluß dieses Problemkreises noch einige Bemerkungen zur Diskussion über Theorien in der Politikwissenschaft insgesamt:

Bei näherer Betrachtung erweisen sich nur allzu viele Methoden, Theorien und Modelle weniger als Gegensätze (11), denn als verschiedene Stufen eines komplexen Vorganges, welcher von der Idee über

den Sinnzusammenhang bis hin zu einer Art „vorläufigen" Erkenntnis führt, deren Richtigkeit sowieso immer nur hinlänglich „bewiesen" werden kann. Von diesem Standpunkt aus ist nur noch ein kurzer Schritt zum sog. „topischen Problemdenken", das im Rückgriff auf die Methodenlehre von Aristoteles und in Anlehnung an das Verfahren der Rhetorik an den gesunden Menschenverstand appelliert, die plausiblen und annehmbaren Gesichtspunkte aufsucht und schließlich Ergebnisse liefert, welche zwar immer nur vorläufiger Art, aber zumindest einleuchtend sind (12). Mehr und bessere Ergebnisse kann aber auch das Einordnen in ein streng logisches System nicht erbringen, wenn man davon ausgeht, daß - abgesehen von den oben geforderten universellen Kenntnissen - das benutzte Material aus vielen Gründen nicht annähernd den Anforderungen entspricht, die dann ganz einfach gestellt werden müßten. Da dies jedoch häufig übersehen wird, zeigt sich die Unzulänglichkeit vieler politikwissenschaftlicher Arbeiten besonders in dem erschreckenden Mißverhältnis von methodischem Aufwand und substantiellen Ergebnissen (13). Und so endet die „enorme Investition an Arbeit und Energie in begrifflich exakte und in präzise formulierte operationale Hypothesen nicht selten im leeren Gerippe eines farblosen, aussageschwachen Systems von in sich logischen definitorischen Beziehungsmustern" (14). Der Anspruch von Aristoteles man möge „in allen Dingen nur so weit nach Präzision streben, wie es die Natur der Sache erlaubt" (15), scheint doch schon allzu sehr in Vergessenheit geraten zu sein.

Aus all diesen Gründen werde ich mich der deskriptiven oder - wenn man will - der empirisch-analytischen Methode bedienen, auch wenn beiden Forschungsansätzen von Theoretikern nur beschränkter Erkenntniswert zuerkannt wird. Bevor jedoch auf die spezifischen Probleme dieser Studie eingegangen werden soll, muß zunächst festgestellt werden, daß alle Untersuchungen, die das Land China zum Gegenstand haben, besondere Sorgfalt geboten erscheinen lassen. Denn schon die Übersetzung chinesischer Worte, Begriffe, Institutionsbezeichnungen und deren sinnentsprechende Einordnung setzen ein hohes Maß an Kenntnis, Erfahrung und Einfühlungsvermögen voraus. Auch das Wissen um die geistigen Traditionen und historischen Abläufe ist unabdingbar, weil häufig nur sie allein geeignet sind, uns den Hintergrund für Aussagen im politischen Bereich zu liefern. Schließlich sollte man noch davor warnen, westliche Denkschemata unreflektiert zu übertragen.

Die Etablierung eines kommunistischen Regimes in China hat die schon immer bestehenden Schwierigkeiten eher noch verstärkt. Trotzdem soll hier der Versuch unternommen werden, die außen- und innenpolitischen Aspekte der Strategiediskussion in der Volksrepublik China im Zeitraum von 1949 bis 1969 darzustellen. Dabei dürften folgende Fragen im Vordergrund stehen:

- Welche außenpolitische, innenpolitische und militärische Bedeutung hat die chinesische Führung den Nuklearwaffen - entgegen ihren propagandistischen Äußerungen - seit 1949 in der Praxis beigemessen?
- Welche Einschätzung erfuhr dabei der Grad militärischer Bedrohung durch fremde Mächte?
- Welche Einflüsse hatte diese auf die anfängliche Allianz und den späteren Bruch mit der Sowjetunion?
- Welche innenpolitischen Entscheidungen haben jenen Prozeß der stetigen Konfrontation mit den USA und der sich ab 1957 graduell steigenden Verschlechterung der Beziehungen mit der UdSSR begleitet?
- Welche außenpolitische Rolle wurde dabei den Verbündeten der beiden Supermächte und den übrigen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zugedacht?
- Welche außen- und innenpolitischen Ereignisse haben die Strategiediskussion beeinflußt und besonders inwieweit hat diese wiederum die Außen- und Innenpolitik maßgeblich bestimmt?

Die Strategiediskussion selbst bewegt sich im wesentlichen innerhalb der folgenden Fragenbereiche:

- der Einschätzung des Grades der militärischen Bedrohung durch fremde Mächte;
- der Beziehungen zum möglichen Bündnispartner und der Beurteilung seiner Bereitschaft, zusätzlich zu allen anderen Unterstützungsmaßnahmen notfalls auch militärisch zugunsten der VRCh zu intervenieren;
- der Wertung des jeweiligen Verhältnisses der USA zur UdSSR sowie das beider Mächte zu den Entwicklungsländern und den kleineren Industrienationen;
- der Interdependenz zwischen den Bemühungen um die Modernisierung, Reorganisation und Technisierung in Staat, Wirtschaft und Armee sowie
- der Weiterbildung des politischen Bewußtseins einschließlich der Frage nach Art und Umfang der Parteikontrolle.

Das Thema eröffnet - obwohl zeitlich, und damit augenscheinlich auch dem Inhalt nach, deutlich abgegrenzt - eine äußerst vielschichtige Problematik. Diese Tatsache macht es geradezu zwingend erforderlich, das „Hinführen" auf den eigentlichen Gegenstand der Untersuchung breiter als ursprünglich gewünscht anzulegen. Schon die Frage, ob der Begriff „Strategie" - der hier weitgehend im militärischen Sinne verstanden werden muß - in wenigen Worten an dieser Stelle definiert, oder doch eingehender behandelt werden sollte, war - obwohl seine Bedeutung für die Thematik kaum bezweifelt werden kann - nur schwer zu beantworten. Ähnliches gilt trotz des zu erwartenden Vorwurfs, die Alternative zu erschöpfenden Behandlung könne lediglich der vollständige Verzicht sein - für die das politische Bewußtsein bestimmenden Faktoren, wenngleich nach Meinung des Verfassers in einer Darstellung der wechselnden chinesischen Strategiekonzeption wesentliches fehlte, würde man sie nicht zum Ausgangspunkt aller weiteren Überlegungen nehmen. Ein großes Problem bestand auch darin, ob und an welcher Stelle die chinesisch-amerikanischen und chinesisch-russischen bzw. sowjetischen Beziehungen bis zur Gründung der VRCh nachgezeichnet werden sollten. Sie unberücksichtigt zu lassen, bedeutete nicht nur, die Behauptung der chinesischen Kommunisten, Amerika sei Chinas Erbfeind, entgegen historischer Fakten unwidersprochen hinzunehmen, sondern auch dem Trugschluß zu unterliegen, die Wurzeln des chinesisch-sowjetischen Zerwürfnisses wären frühestens in der Zeit nach der Errichtung des kommunistischen Regimes zu suchen. Wenn man jedoch davon ausgeht, daß ein kurzer Überblick hierüber nicht fehlen sollte, dann bietet es sich geradezu an, ihn in den Rahmen der historischen Bestimmungsfaktoren zeitgerecht zu integrieren.

Die Periode von 1949 bis 1954, in welcher eine eigentliche Strategiediskussion erst in Teilbereichen und auch dort nur sehr vereinzelt und unterschwellig stattfand, erwies sich als gut geeignet, die tatsächliche Einschätzung der Nuklearwaffen, die herausragende Bedeutung der späteren Diskussionsteilnehmer sowie die allgemeinen Grundlagen und Streitobjekte in der VRCh aufzuzeigen. Der nachfolgende Zeitraum wurde in Form von Phasen (1954 bis Mitte 1957; Mitte 1957 bis Januar 1960; Januar 1960 bis März 1965; Anfang 1965 bis 1969) dargestellt, die sich - da in ihrer Abgrenzung sinnvoll und zweckmäßig - zeitlich weitgehend an die von Alice Langley Hsieh (16) und Helmut Dahm (17) herausgearbeiteten Perioden anlehnen. Danach sind seit dem Zweiten Weltkrieg fünf erkennbare Phasen im militärischen Denken der chinesischen Führung zu erkennen:

- Die Verächtlichmachung der Kernwaffen in der Zeit von 1945 bis 1954;
- die wachsende Erkenntnis der sich aus einer nuklearen Kriegführung ergebenden Folgerung in der Zeit von 1954 bis Mitte 1957;
- die Suche nach einer Entscheidung, wie der Drohung mit einem nuklearen Krieg zu begegnen sei, in der Zeit von Mitte 1957 bis zum Januar 1960 sowie

– die durch die relative militärische Schwäche der VRCh einerseits und die sowjetische Entschlossenheit zu einer Zermürbungspolitik gegenüber dem Westen ohne direkte bewaffnete Konfrontation andererseits erzwungene Übergangsphase in der Zeit vom Januar 1960 bis März 1965.

Der ab Anfang 1965 erkennbare erneute Wandel in der chinesischen Strategie wurde sowohl unter militärischen als auch unter ideologischen Gesichtspunkten vollzogen. Während sich auf der einen Seite durch das verstärkte amerikanische Engagement in Vietnam innerhalb der chinesischen Führung die bisher heftigste Diskussion darüber entwickelte, mit welchen Mitteln im Notfall das Festland verteidigt, aber auch die inzwischen entstandene bescheidene Nuklearindustrie geschützt werden sollte, beschuldigte man gleichzeitig die Sowjetunion, sie habe die Sache der um ihre Freiheit vom Kapitalismus und Imperialismus kämpfenden Völker verraten und verweigere der revolutionären Befreiungsbewegung aus Angst vor einem Zusammenstoß mit den USA die Unterstützung (18).

Diese Interpretation des außenpolitischen Verhaltens der Sowjetunion stellte offensichtlich einen Versuch dar, nicht nur der UdSSR ihre bisherige Schutz- und Prestigefunktion gegenüber den Entwicklungsländern streitig zu machen, sondern auch unter dem Anschein machtpolitischer Eigenständigkeit die hegemonialen Ansprüche (19) der VRCh in Ostasien und ihr Mitspracherecht in allen wichtigen weltpolitischen Fragen anzukündigen und durchzusetzen.

In bezug auf die weitere Untergliederung wären mehrere Möglichkeiten denkbar gewesen, die aber alle – mit Ausnahme der schließlich gewählten – den Nachteil gehabt hätten, daß die Kontinuität und die Chronologie der Ereignisse nicht in dem angestrebten Maße hätten gewahrt werden können. Darum wurde zunächst die Außenpolitik der VRCh innerhalb jeder Phase so kurz wie möglich, aber auch so eingehend wie nötig, dargestellt. Vor diesem Hintergrund ließen sich sodann die Motivationen und Ziele der jeweiligen Diskussionsgegner schon weitaus besser herausarbeiten. Erst danach erschien es zweckdienlich, die Strategiedebatte in bezug auf ihre außen- wie innenpolitischen Aspekte zu untersuchen. Am Schluß einer jeden Phase wurde eine kurze Bilanz gezogen, nicht nur, um die vorher erzielten Teilergebnisse zusammenzufassen, sondern auch um die Ausgangssituation für die folgende Phase zu fixieren. Als nachteilig könnte empfunden werden, daß dieses Gliederungsschema nicht selten Wiederholungen erzwang und alle Abgrenzungen dieser Art – so berechtigt sie auch sein mögen – stets als fließend angesehen werden müssen.

Ein Problem bestand darin, daß die Bereiche der militärischen Strategie, in denen gewisse Übereinstimmung (20) herrscht, zwar um einiges breiter als jene sind, in denen größere Meinungsverschiedenheiten (21) wahrgenommen werden können, aber ebenso sicher ist es, daß jene Diskussionen zwangsläufig mit einer gelegentlich beachtlichen Tragweite auf viel umstritteneres – wie außen-, innen-, und wirtschaftspolitisches – Terrain übergegriffen haben. Hinzu kommt in der Volksrepublik China jener nicht zu unterschätzende und zunehmend an Bedeutung gewinnende Faktor der Nachfolge Mao Tse-tungs, so daß man nicht selten vor der Frage steht, ob es sich in dem einen oder anderen Falle primär um grundsätzliche, kontroverse Strategiekonzeptionen oder vielleicht nur um verschleierte Macht- bzw. Nachfolgekämpfe handelte.

Was die Primärquellen angeht, so sind ihre Zahl und ihr Aussagewert zumindest nicht so befriedigend, wie gemeinhin angenommen wird. Lokale Rundfunksendungen, der In- und Auslandsdienst von Radio Peking, regionale und nationale Presseorgane, Wandzeitungen sowie Berichte von Korrespondenten japanischer Zeitungen und Journalisten des Ostblocks, aber auch Flüchtlingsberichte gestatten einen kontinuierlichen – wenn auch begrenzten – Einblick in die Vorgänge auf dem Festland und die dominierende außen- und innenpolitische Linie der rotchinesischen Führung. Besondere Gelegenheiten, wie die Erbeutung geheimer militärischer Papiere, oder krisenhafte Ereignisse, wie die Veröffentlichung vieler unbekannter Dokumente während der Kulturrevolution auf Wandzeitungen runden das Bild weiter ab und tragen dazu bei, neue Erkenntnisse zu gewinnen oder bereits vermutete Sachverhalte zu erhärten.

Ohne auf eine authentische Nachprüfung der Originaltexte verzichten zu können und zu wollen, ist es dennoch von großem Vorteil, daß verschiedene Institute (vor allem in Hongkong und London) regelmäßig die wichtigsten Dokumente und Verlautbarungen – gelegentlich sogar mit analytischen Kommentaren versehen – in englischer Sprache veröffentlichen. Besonders zu nennen wären hier: "Survey of the China Mainland Press", "Selections from China Mainland Magazines", "Current Background", "China News Analysis", "Union Research Service" und "Summary of World Broadcasts". Hinzu kommen noch eine Reihe von Dokumentensammlungen in englischer und sogar deutscher Sprache, bei denen die Korrektheit der Übersetzung durch den wissenschaftlichen Ruf der Herausgeber praktisch verbürgt ist.

Die Tatsache, daß kommunistische Informationen nicht selten in einer – für den Laien nahezu unverständlichen – „Sprache" abgefaßt sind, bedeutet keineswegs, daß nicht manches dem informierten Beobachter außerordentlich wichtige Einblicke in die verschiedensten Erscheinungsformen der praktizierten Politik zu verschaffen vermag (22). Zwar ist das Sammeln und Auswerten dieser besonderen Art von Quellenmaterial sehr zeitraubend, weil die Bedeutung dessen, was ausgesagt wird, häufig darin liegt, inwieweit es sich von dem früher Gesagten unterscheidet, aber trotzdem hat sich gezeigt, daß der Erfolg den Aufwand im großen und ganzen lohnt. Dies gilt vor allem für die – zumeist nachstalinistischen – Auseinandersetzungen innerhalb der kommunistischen Weltbewegung, aber auch für die Fraktionskämpfe innerhalb der nationalen kommunistischen Parteien selbst. Aber Kommunisten neigen eben dazu, sich der esoterischen Kommunikation zu bedienen und Auseinandersetzungen über politische Alternativen weitgehend als Auslegungen der Lehre verschleiert auszutragen. Hinzu kommt, daß Ideologie und Wirklichkeit nach kommunistischem Verständnis so miteinander verknüpft sind, daß Diskussionen über die Wirklichkeit niemals frei von ideologischen Voraussetzungen und damit der entsprechenden Terminologie sind. Von besonderer Bedeutung ist hier auch noch der von ihnen bevorzugt verwendete Begriff „Strategie" (23). Denn während die Theorie oder Ideologie die Endziele festlegt, gibt die Strategie an, was getan werden muß, um diese Ziele zu erreichen. Ändert sich nun letztere, so berechtigt dies noch keineswegs zu einem Angriff auf die Theorie, sondern gilt höchstens als Beweis, daß diese allgemein genug ist, um auch die unterschiedlichsten Interpretationen zuzulassen. Andererseits wird aber auch die Theorie gelegentlich revidiert, weil sie als „lebender Organismus" immer wieder den jeweils neuen Bedingungen angepaßt werden muß (24).

Hinter diesen taktischen Anpassungen an den geschichtlichen Ablauf steht selbstverständlich umfassende Planung. Eine Vorstellung hiervon ist jedoch nur dadurch zu erreichen, daß man die kommunistischen Aussagen eingehend und systematisch prüft, sich in die mit stereotypen Formeln jonglierenden Akteure hineinzuversetzen versucht, um schließlich kritisch die jeweils wesentlichen und von ideologischen Komponenten befreiten Faktoren und Vorgänge herauszulösen (25).

Dies ist – um auf die Sekundärliteratur einzugehen – einer erheblichen Anzahl westlicher Wissenschaftler gelungen. Trotzdem muß auch in diesem Falle die „Spreu vom Weizen" getrennt werden; nicht etwa deshalb, weil die Bedeutung der Primärquellen mißachtet würde, sondern vielmehr, weil häufig das Bestreben übermächtig zu sein scheint, in die Information mehr hineinzuinterpretieren, als man überhaupt entnehmen kann. Noch gefährlicher und praktisch untauglich sind jedoch die monokausalen Erklärungsversuche aufgrund derer uneingeweihte Leser oft über die vielfältigen Interdependenzen und die beachtliche Komplexität der Materie hinweggetäuscht werden.

China und Revolution waren durch die Ereignisse seit Beginn dieses Jahrhunderts im Bewußtsein vieler schon beinahe zu Synonymen geworden. Wer jedoch annahm, daß ein Sieg der chinesischen Kommunisten daran etwas ändern sollte, sah sich spätestens am 1. 7. 1949 durch Mao Tse-tung eines Besseren belehrt, als er in seiner Rede „Über die Diktatur der Volksdemokratie" noch einmal klar und unmißverständlich darlegte:

„Während der langen 28 Jahre des Bestehens unserer Partei haben wir nur eine Leistung aufzuweisen – wir haben den entscheidenden Sieg erkämpft! Das ist eine Feier wert, denn es ist ein Sieg des Volkes... Aber es gibt noch viel für uns zu tun, und das, was wir in der Vergangenheit geschafft haben, ist wie bei einem Marsch nur der erste Schritt auf einer zehntausend Meilen langen Straße" (26).

Da aber nach der kommunistischen Ideologie die Fähigkeit, Absichten in Realität zu verwandeln, von den Begriffen „Macht" und „Gewalt" untrennbar ist (27), war es nicht schwer, sich vorzustellen, von welcher Basis man auf nationaler wie internationaler Ebene versuchen würde, die Vision eines „neuen China" zu verwirklichen.

Im Bereich der Innenpolitik gelangte die KPCh schon sehr bald zu der Überzeugung, daß die nach ihrer Ansicht unabdingbaren Opfer dem Volk nur in einem Klima auferlegt werden konnten, welches jede Opposition als reaktionär oder konterrevolutionär abstempelte und Klassenkampf in Form von Massenkampagnen als einzige Möglichkeit darstellte, eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu schaffen. Das unnachgiebige Bestehen auf dem Prinzip der Staatsführung durch die KPCh, die Forderung nach strikter Einhaltung der Disziplin innerhalb der Partei, die allgegenwärtige potentielle Drohung mit Gewaltanwendung, der ständige Wechsel von beschwichtigender Überredung zum selektiven Terror, die fortwährende Ausschaltung inner- wie außerparteilichen Opponenten, die systematische Zerschlagung traditioneller sozialer Institutionen sowie die Anwendung der wenigen und in vager Terminologie gefaßten neu erlassenen Gesetze zur zusätzlichen Unterstützung revolutionärer politischer Verfahrensweisen – all dies bietet eine Erklärung dafür, wie es den chinesischen Kommunisten in verhältnismäßig kurzer Zeit gelingen konnte, durch ununterbrochene Propaganda, massive Indoktrinierung und unnachsichtige Unterdrückung eine effektive Kontrolle über das volkreichste Land der Welt zu erreichen (28).

Im Bereich der Außenpolitik sah sich die KPCh von Anfang an mit einem Dilemma konfrontiert, in dem sich kommunistisch regierte Staaten schon immer zwangsläufig befanden. Von der Ideologie her war es nämlich nur schwer zu rechtfertigen, begrenzten Zielsetzungen – d.h. sich lediglich einen angemessenen Platz innerhalb des bestehenden internationalen Systems sichern zu wollen – Vorrang vor der unbegrenzten Zielsetzung – d.h. das bestehende internationale System an sich überwinden zu sollen – einzuräumen (29). Andererseits konnte man aber auch kaum auf die Lösung vordringlicher nationaler Probleme verzichten, wollte man nicht jede Chance, einmal die Position zu erreichen, um bei der Verwirklichung der Weltrevolution maßgeblich beteiligt zu sein, von Anfang an verspielen. Hinzu kommt, daß es vom ideologischen Standpunkt her ebenso wenig vertretbar war, offensive Strategien durch defensive Taktiken – und sei es auch nur zeitweilig – zu ersetzen. Aber auch hier stellte sich die Frage, inwieweit es ohne größeres Risiko für den Fortbestand des eben erst etablierten Regimes überhaupt möglich sein würde, selbst begrenzte Zielsetzungen ohne Rücksicht auf die bestehenden Machtverhältnisse in der Welt zu verfolgen.

Die chinesische kommunistische Führung entschied sich für ein zweckrationales Verhalten, das nicht nur der jeweiligen internationalen Konstellation, sondern auch dem Grade des eigenen Machtzuwachses und den ideologischen Notwendigkeiten, die sich aus der inneren Entwicklung ergaben, angepaßt erschien. Dabei mag die Frage offenbleiben, ob die Politik der KPCh seit 1949 mehr chinesisch-nationalistisch oder kommunistisch-internationalistisch ausgerichtet gewesen sei. Denn erfahrungsgemäß schwindet die Intensität weltrevolutionärer Ambitionen ohnehin im gleichen Maße, wie die Machtposition national-expansionistische Chancen eröffnet.

ABSCHNITT B

I. Der Begriff der Strategie

Das Wort „Strategie" (1) bedeutete ursprünglich die Kunst des Heerführens und damit jene Überlegungen, die notwendig waren, um eine Truppe zum Kampfplatz zu führen. Im Gegensatz hierzu ordnete die Taktik alle Bewegungen auf dem Gefechtsfeld selbst, die zum Sieg über den Gegner führen sollten. Theoretisch wurde zwar stets eine Unterscheidung zwischen beiden Begriffen getroffen, praktisch jedoch konnten sie nur selten voneinander getrennt werden. Zwar gibt die Strategie der Taktik erst ihren Auftrag, aber diese beeinflußt ihrerseits die Strategie in entscheidendem Maße dadurch, daß nur konkrete Ergebnisse den Beweis für die Gültigkeit und Nützlichkeit eines „Planes" erbringen können.

In der früheren Geschichte war die strategische Führung eine vergleichsweise einfache Angelegenheit. Tod, Verwundung oder Gefangennahme eines der beiden gegnerischen Feldherrn genügte normalerweise, den Krieg zu entscheiden. Denn „der Feldherr war die Idee" (2) und nur er kannte ihre strategischen und taktischen Aspekte. Alexander der Große, Hannibal und Caesar planten mit großer Wahrscheinlichkeit ihre berühmten Feldzüge lange bevor sie in die Tat umgesetzt werden sollten und sind darum auch zu recht als Vorläufer der großen Schriftsteller über die „Kunst der Strategie" sowie der „Prinzipien der Kriegführung" bezeichnet und von späteren Generationen als beispielhaft dargestellt worden.

Das älteste erhaltene Werk, das sich mit diesem Thema auseinandersetzte, war das des Chinesen Sun Tzu, etwa vom Jahre 500 v. Chr.. In dieser Schrift gab er – in 13 Punkten zusammengefaßt – knappe und klare Anweisungen für die Strategie und Taktik der Heerführung. Da sie aber mehr psychologischer denn technischer Art waren, kann ihr Gehalt in vieler Beziehung auch heute noch als gültig angesehen werden (3).

In Europa wurden strategische Fragen bis hinein in das 18. Jahrhundert fast ausschließlich vom militärischen Aspekt her erörtert.

Nur Niccolò Machiavelli ließ in seiner Studie „Die Kunst des Krieges" (1520) – wenn auch bei ihm die militärischen Gesichtspunkte noch deutlich im Vordergrund standen – anklingen, daß er schon einen höherwertigen (4) Strategiebegriff annahm, der in erster Linie politisch aufgefaßt werden mußte.

Als Napoleon, der erste große Militärstratege neuerer Zeit, die Geschichte Europas zu bestimmen begann, war die Grundlage für eine neue Ära der Kriegführung bereits vorhanden. Die französische Revolution setzte an die Stelle des professionellen Söldners den patriotischen Bürgersoldaten. Straff organisierte militärische Einheiten zusammen mit Artillerie großer Reichweite und Feuerkraft erwiesen sich nunmehr als die ausschlaggebenden Faktoren. Napoleons Methoden waren einfach und direkt. Sorgfältige Vorbereitung auf den Kampf, punktuelle Überlegenheit in quantitativer und qualitativer Hinsicht, sowie nicht selten eine unbestreitbare Tollkühnheit, sicherten die Erfolge. Sein Ziel war ohne jede Umschweife die totale Vernichtung des Gegners. Dafür, daß seine Beiträge zur Militärstrategie noch zusätzliche Verbreitung fanden, sind vor allem zwei Männer verantwortlich, Henri Jomini (5) und Karl von Clausewitz (6).

General Jomini, einer von Napoleons Stabsoffizieren, wurde zum authentischen Interpreten der Methoden seines Kriegsherrn. Er entwickelte eine Strategietheorie, welche nicht nur großen Einfluß auf das militärische Denken in Europa ausübte, sondern auch im amerikanischen Bürgerkrieg zu einer Art Anleitung für die Generalität werden sollte (7). Doch seine Beiträge blieben trotz all der Bedeutung die man ihnen berechtigterweise zumaß, auf den engeren Bereich der militärischen Operationen begrenzt.

Erst v. Clausewitz begann über die bisherige – von nahezu allen vertretene – Konzeption der Strategie im rein militärischen Sinne weit hinauszugreifen. In seinem bekannten Werk „Vom Krieg" stellte er als erster eindeutig und nachdrücklich jene bedeutsame Beziehung zwischen politischer und militärischer Führung her, die heute von niemanden mehr ernsthaft in Zweifel gezogen wird. Besonders viel Zeit verwandte v. Clausewitz darauf, nachzuweisen, daß der Krieg sowohl eine soziale Entwicklung als auch ein politischer Akt sei. Und er ging sogar noch weiter, indem er sagte: „Krieg ist nicht nur ein politischer Akt, sondern ein politisches Instrument, eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" (8). Diese These ist nicht unangefochten geblieben. Soweit es sich hier um sachliche Gegnerschaft handelt, dürfte sie durch die oft schlagwortartige, vielleicht auch tendenziöse Anwendung jener These hervorgerufen worden sein. Im Zusammenhang gesehen, erscheint sie jedoch richtig. Vielleicht kann man den Gedanken noch ungreifbarer ausdrücken, wenn man ihn etwa so formuliert: „Der Krieg ist ein letztes Mittel der Außenpolitik, das zur Anwendung gelangen kann, wenn alle anderen Mittel sich als unwirksam erwiesen haben oder so beurteilt werden müssen" (9). Politik und Krieg, Staatsmann und Feldherr – oder wie immer man die so viel erörterte Kombination der beiden für die Selbstbehauptung eines Staates ausschlaggebenden Faktoren auch nennen will – gehören auf das engste zusammen. Wo sie getrennte Wege gingen, pflegten die Nachteile zu überwiegen (10).

In dem Verhältnis Politik und Kriegführung – also während eines Krieges – ist es, wie bekannt, selbst zwischen Bismarck und Moltke wiederholt zu ernsten Differenzen gekommen (11). So schreibt Bismarck in seinen Gedanken und Erinnerungen: „Aufgabe der Heeresleitung ist die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte; Zweck des Krieges die Erkämpfung des Friedens unter Bedingungen, die der vom Staate verfolgten Politik entsprechen. Die Feststellung und Begrenzung der Ziele, die durch den Krieg erreicht werden sollten,... ist und bleibt auch während des Krieges eine politische Aufgabe, und die Art ihrer Lösung kann nicht ohne Einfluß auf die Art der Kriegführung sein" (12). Dagegen lautet die Einleitung von Moltkes Aufsatz „Über Strategie" aus dem Jahre 1871: „Politik bedient sich des Krieges für die Erreichung ihrer Zwecke, sie wirkt entscheidend auf den Beginn und das Ende desselben, so zwar, daß sie sich vorbehält, in seinem Verlauf ihre Ansprüche zu steigern oder aber mit einem minderen Erfolg sich zu begnügen. Bei dieser Unbestimmtheit kann die Strategie ihr Streben stets nur auf das höchste Ziel richten, welches die gebotenen Mittel überhaupt erreichbar machen. Sie arbeitet so am besten der Politik in die Hand, nur für deren Zweck, aber im Handeln völlig unabhängig von ihr" (13).

Die wachsende Komplexität der Kriegführung hat spätestens seit Beginn des 20. Jahrhunderts Veranlassung gegeben, die bis dahin gültigen, im wesentlichen immer unveränderten und nahezu allgemein anerkannten strategischen Prinzipien neu zu überdenken. Denn es gehörte schon immer zu den bevorzugten Bereichen der Strategietheoretiker, zu versuchen, aus der unendlichen Vielzahl militärischer Erfahrungen einfache aber überzeugende „Wahrheiten" herauszufinden, welche den Heerführern als Anleitung dienen konnten. Die Zahl der festgelegten Prinzipien war dabei von Schriftsteller zu Schriftsteller, von Periode zu Periode und von Nation zu Nation verschieden. Nahezu immer wurden ihnen jedoch der Rang einer von Zeit und Situation unabhängigen „absoluten Gültigkeit" zugewiesen. Kritiker haben dem entgegengehalten, daß man nicht einmal wisse, was derartige Prinzipien überhaupt seien und was sie bedeuteten, daß sie sich gegenseitig überlappten, daß sie fließend seien und der ständigen Überarbeitung bedürften, daß sie nicht wie naturwissenschaftliche Gesetze behandelt werden könnten, weil Situationen einander niemals glichen, daß die sog. Prinzipien gar keine tatsächlichen Prinzipien, sondern nur von berühmten Feldherrn der Vergangenheit erfolgreich angewandte Methoden und Verfahren seien und der Wandel der Bedingungen in der Kriegführung ihre ohnehin nur relative Bedeutung noch zusätzlich vermindert habe.

Schon allein diese – keineswegs erschöpfenden – Einwände verdeutlichen, wie schwer es inzwischen geworden war, mit der ständig steigenden Zahl der aufeinander wirkenden Faktoren althergebrachte Begriffe mit neuen Inhalten zu füllen. Dabei hat sich der Terminus „Gesamtstrategie" mittlerweile als der Brauchbarste erwiesen. Eine Stufe darunter folgen eine ganze Reihe von „(Teil-)Strategien", von denen die militärische selbstverständlich einen bedeutenden Platz einnimmt. Bei aller Zweckmäßigkeit präziser Begriffsbestimmung, darf man jedoch nicht vergessen, daß eindeutige Grenzen wegen der Vielschichtigkeit der Materie nirgends gezogen werden können.

Wenn man die Gesamtstrategie definieren will, so muß davon ausgegangen werden, daß sie zu integrieren ist aus:

- Außenpolitik und Innenpolitik,
- Wissenschaft und Technik,
- Wirtschaft und Industrie,
- Psychologie und Ideologie sowie
- militärischen Mitteln und Möglichkeiten (14).

Es gibt nun eine ganze Reihe von Definitionen, wobei allen gemeinsam ist, daß sie in der Gesamtstrategie die Anwendung von Macht in irgendeiner Form sehen, um nationale (in kommunistischer Sicht aber auch internationale) politische Ziele zu erreichen. Dies ergibt sich schon aus der nachstehenden Darstellung:

> „Gesamtstrategie ist die Kunst der Wissenschaft, die politischen, wirtschaftlichen, psychologischen und militärischen Kräfte einer Nation zu entwickeln und anzuwenden, um der nationalen Politik in Krieg und Frieden die größtmögliche Unterstützung zu geben" (15).

Hier kommt allerdings ein zusätzlicher Gedanke ins Spiel, der zu folgendem Schluß führen kann:

> „Der grundsätzliche Unterschied zwischen einfacher (also militärischer) und großer (Gesamt-) Strategie liegt darin, daß jene sich auf die Frage beschränkt, wie der beste Frieden errungen werden könnte" (16).

Letzteres, so wurde hinzugefügt, sei nicht nur „ein Gebot der Klugheit, sondern auch die einzig richtige Auslegung der v. Clausewitz'schen Formel vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" (17). Berücksichtigt man auch noch diesen Zusammenhang, ergibt sich folgende Formulierung:

> „Die Gesamtstrategie ist der Gebrauch aller Kräfte der Nationen (des Bündnisses) zum Zwecke der Kriegsbereitschaft (in der ganzen Skala von der Spannung bis zum Krieg mit allen Mitteln) mit dem Ziel, einen Frieden zu erhalten oder wieder herzustellen, der mit der nationalen Politik (der des Bündnisses) vereinbar ist" (18).

Die Teilstrategien lassen sich nun aus den verschiedensten Komponenten der Gesamtstrategie entwickeln, eine davon ist die militärische (Teil-) Strategie, die bezeichnet wird als:

> „Die Kunst und Wissenschaft, die Streitkräfte einer Nation dafür einzusetzen, um sich Ziele der nationalen Politik durch die Anwendung von Gewalt oder durch die Drohung mit Gewalt zu sichern" (19).

Auch diese Definition verdeutlicht, in welcher Abhängigkeit die militärische Strategie vom komplexen politischen Geschehen (und damit der Gesamtstrategie) steht.

Mit der Oktoberrevolution in Rußland wurde zunächst im sowjetischen Herrschaftsbereich das Element des „Nationalen" weitgehend in den Hintergrund gedrängt. Die kommunistische Vorstellung von Gesamtstrategie geht auf Lenin zurück, der sich seinerseits auf Marx, Engels und v. Clausewitz stützte. Aber das erwartete Übergreifen der Revolution auf weitere und schließlich alle Staaten (20) blieb ebenso aus, wie sich die Marx'schen Voraussagen nicht erfüllten, daß der Ausbruch der Revolution vor allem in den hochindustrialisierten Ländern zu erwarten sei. Stalin gab zwar den Gedanken an eine Weltrevolution keineswegs auf, stellte jedoch in Erkenntnis der damaligen Machtverhältnisse die sowjetische Gesamtstrategie um (21). Die UdSSR wurde von ihm zum „Vaterland aller Werktätigen" und zum „ersten sozialistischen Staat der Welt" erklärt. In der Folgezeit bemühte er sich, die errungene Position dazu auszunutzen, um die alten Grenzen des russischen Reiches wieder herzustellen, traditionellen Expansionswegen zu folgen und dort, wo es sich unter geringem Aufwand und Risiko anbot, weltrevolutionäre Bestrebungen zu fördern. Damit aber war die internationalistische Konzeption des Kommunismus weitgehend ad absurdum geführt, d. h. weltrevolutionäre und sowjetisch nationalistische Zielsetzungen wieder nahezu identisch (22).

Bewaffnete Macht und militärische (Teil-) Strategie wurden von Stalin lediglich als nützliche Komponenten (z. B. als Druckmittel) seiner gesamtstrategischen Überlegungen angesehen. Für den militärischen Bereich galten jene Prinzipien, die er im Oktober 1918 schon einmal andeutungsweise formuliert und ab Februar 1942 systematisch wiederholt hatte (23). Diese im Unterschied zu den zeitbedingten und nebensächlichen als ständig wirkende und kriegsentscheidende Faktoren bezeichneten fünf Prinzipien lauteten nach Stalins eigener Formulierung und Reihenfolge:

- Stabilität des Hinterlandes
- Kampfgeist der Truppe
- Anzahl und Kampfwert der Divisionen
- Gefechtsausrüstung der Armee und
- Militärische Fähigkeiten der Truppenführung (24).

Jene im Hinblick auf die militärische Bedeutung der neuen Kampfmittel unzureichend erscheinende Konzeption hat der Sowjetführer – wenngleich überwiegend aus taktischen Erwägungen – konsequent vertreten, und er beharrte praktisch bis zu seinem Tode 1953 auf dem Standpunkt, den er gegenüber den Atomwaffen schon früher eingenommen hatte. So äußerte er sich im Jahre 1946 zu den ersten größeren amerikanischen Versuchen:

> „Atombomben sind dazu bestimmt, Leuten mit schwachen Nerven Angst zu machen und sie einzuschüchtern. Sie können aber den Ausgang eines Krieges nicht beeinflussen" (25).

Das Konzept der chinesisch-kommunistischen Strategie war, das läßt sich insbesondere aus den militärischen Schriften Mao Tse-tungs ersehen, schon immer „gesamtstrategisch". Immer wieder hat der Parteiführer darauf hingewiesen, daß ein revolutionäres Programm und auch ein Krieg nur durch die Beachtung aller – politischen, wirtschaftlichen, psychologischen und selbstverständlich auch militärischen – Aspekte erfolgreich zu Ende gebracht werden könne und seine Angriffe gegen den „rein militärischen Standpunkt" sind eine durchgehende Begleiterscheinung der Geschichte der kommunistischen Bewegung in China. Sicherlich nicht ganz unbeeinflußt von der stalinistischen Militärdoktrin nahm Mao in einer Rede vor kommunistischen Kadern in Yenan am 13. August 1945, eine Woche nach dem Abwurf der ersten amerikanischen Atombombe auf Hiroshima, wie folgt Stellung:

> „Können Atombomben Kriege entscheiden?... Nein, sie können es nicht! ... Wenn der Kampf nicht vom Volk getragen wird, sind auch Atombomben ohne Wert" (26).

Das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges veränderte die internationale Konstellation von Grund auf. Deutschland und Japan waren besiegt, England und Frankreich nur mehr Großmächte de jure und die USA sowie die UdSSR zu den beiden stärksten Kräften der Welt aufgestiegen, obwohl sich auch deren Machtpotential durch das amerikanische Atomwaffenmonopol noch eine begrenzte Zeit als ungleichgewichtig darstellte. China, als „Fünfte Großmacht" mit ständigem Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, befand sich bereits wieder mitten im Bürgerkrieg, dessen Ausgang von niemanden vorauszusehen war.

In dreifacher Hinsicht markierte das Jahr 1945 einen Wendepunkt im strategischen Denken:

- Der Eintritt ins Atomzeitalter hatte deshalb solches Gewicht, weil Waffen mit jener ungeheuren Zerstörungskraft eine Umorientierung der jeweiligen Standpunkte und Pläne fast unumgänglich machten und auf längere Sicht die totale Verwundbarkeit für nahezu alle Staaten bedeuteten (27).
- Die geschwächte Position der führenden Kolonialmächte löste eine Welle nationalistischer und revolutionärer Aufstandbewegungen aus, die sich mit den bisher entwickelten strategischen Konzeptionen allein nicht mehr bekämpfen ließen (28).
- Das Aufkommen zweier antagonistischer Blöcke förderte immer mehr den Zwang zur supranationalen Verteidigung, hinter dem das isolierte nationale strategische Denken allmählich zurückblieb (29).

Auf diese völlig veränderte Situation mit der gesamten ihr innewohnenden Problematik – vom ethischen (30) über den waffentechnischen (31) bis hin zum rationalen (32) Aspekt – reagierten Individuen, Gruppen, Institutionen und Staaten unterschiedlich:

In den USA gab man sich teils euphorisch, teils gelassen und teils besorgt. Eine Mehrheit in der amerikanischen Öffentlichkeit pries die Atombombe als „den großen Abschreckungsfaktor" gegen jede zukünftige Aggression und jeden möglichen Krieg. Vielleicht glaubte man sogar, endgültig ein Mittel in der Hand zu haben, das es erlauben würde, der Welt eine Art „Pax Americana" aufzuerlegen (33). Wie weit dieser Gedanke an der Wirklichkeit vorbeiging, sollte sich schon sehr bald zeigen (34). Auch die amerikanischen Militärs betrachteten über eine relativ lange Zeitspanne die Atombombe zwar als Waffe von größerer Zerstörungskraft, aber doch nur als Ergänzung des bereits bestehenden Arsenals ohne weitergehende besondere Auswirkungen auf die damals geltende militärstrategische Konzeption. Die Regierung der USA sah in der neuen „Superwaffe" ein Hindernis für ihre Bestrebungen, eine „friedliche Welt" unter dem Dach der Vereinten Nationen zu schaffen und verstärkte deshalb die Suche nach Möglichkeiten, die Gewaltanwendung aus der internationalen Sphäre gänzlich und für immer zu verbannen. Wege, die sich zunächst anboten, waren eine Zerstörung aller bisher existierenden Atombomben, verbunden mit umfassenden und allseitigen Abrüstungsmaßnahmen oder – falls in dieser Hinsicht keine Übereinstimmung erreicht werden konnte – etwaige Kriege durch Drohung mit dem Einsatz der Vernichtungswaffen weitgehend zu verhindern.

In England und Frankreich war die materielle und psychologische Ausgangslage nach dem Kriege schon wesentlich anders. Zwar standen beide Mächte auf der Seite der Sieger, aber es war ein Pyrrhussieg, der nicht nur zwei Großmächte an den Rand des Zusammenbruchs gebracht und ihres bisherigen Prestiges weitgehend beraubt, sondern auch eine allgemeine Kriegsmüdigkeit in jenen Ländern ausgelöst hatte. Darum unterstützten beide Regierungen die amerikanische Abrüstungsforderung zunächst durchaus nachdrücklich. Doch schon bald erkannte man, welcher Prestigezuwachs an die Verfügungsgewalt über Atombomben geknüpft war. Denn was bedeutete schon die Anerkennung als Großmacht und ein damit verbundener Ständiger Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, wenn man die Entwicklung einer derart mächtigen Waffe nur den USA – und später vielleicht der UdSSR – überlassen würde. Deshalb bemühten sich in der Folgezeit auch England und Frankreich, ein

ihren finanziellen und technischen Möglichkeiten angemessenes, bescheidenes Atomwaffenprogramm zu verwirklichen.

Die Sowjetunion wurde durch den Anbruch des Atomzeitalters mit Problemen konfrontiert, die sie schon seit 1945 militärisch zum Taktieren, wenig später ideologisch zum Manipulieren und schließlich außenpolitisch in einen Konflikt mit der VRCh zwangen. Denn, wenn die Atombombe bereits den Westmächten, die der Gewalt in der Welt ein Ende setzen wollten, derartige Schwierigkeiten bereitete, um wieviel größer mußten sie für Kommunisten sein, die glaubten, daß die Gewalt und die Drohung mit Gewalt unabdingbarer Teil der internationalen Politik sei. Stalin scheint im übrigen von Anfang an erkannt zu haben, daß die amerikanische Atombombe nicht nur seine Pläne bezüglich einer sowjetischen Hegemonie in Europa durchkreuzen könnte, sondern auch eine echte Bedrohung für sein Regime darstellte. Sein Verhalten war daher vorsichtig, geschickt und letztlich erfolgreich: auf der einen Seite öffentliche Herabspielung der Bedeutung von Atomwaffen, auf der anderen Seite Bereitstellung erheblicher Teile der sowjetischen Ressourcen für die Entwicklung derartiger Waffen.

Von der Zündung der ersten sowjetischen Atombombe am 23. September 1949 bis spätestens 1957 änderten sich die strategischen Konzeptionen erneut. Denn die nunmehr bestehenden Machtverhältnisse zwangen zum ersten Mal, über die verschiedenen Arten eines Konfliktes zweier Staaten nachzudenken, die beide über Raketen und thermonukleare Sprengköpfe verfügten. Zu der Überwindung des Raumes nämlich, welche die jeweiligen Atombombengeschwader schon in hohem Maße erreicht hatten, kam inzwischen auch noch das erhebliche Zusammenschrumpfen der Zeit. Damit ergaben sich gleichzeitig drei Tatsachen, die - qualitativ gesehen - in der Geschichte der Menschheit neu waren:

- die nahezu unvorstellbare Vernichtungskraft der Nuklearwaffen (35)
- die mangelnde Erfahrung im Umgang mit diesem neuen Kampfmittel (36) sowie
- die Beständigkeit und der zeitlich kaum mehr zu kalkulierende Charakter der Gefahr (37).

Dieser Herausforderung versuchte man durch immer stärkere und aufwendigere Angriffs- und Verteidigungssysteme, deren fortgesetzte Erprobung auf kriegsmäßig hergerichteten Testgeländen sowie durch ständige Alarmbereitschaft zu begegnen, und zwar auf dreifache Weise:

durch Abschreckungsversuche (38), durch Stabilitätsbemühungen (39) sowie durch Rüstungsbeschränkungen und Kontrollverhandlungen (40).

Zentralpunkt dieser Theorie ist das Konzept der Abschreckung, eben weil man zunehmend dazu übergegangen war, die Gewaltanwendung an sich durch die Drohung mit Gewaltanwendung zu ersetzen. Wenn aber eine Drohung niemals mit der Anwendung enden darf, widerspricht sich die Theorie eigentlich selbst (41). Denn wie sollte man einem Gegner glauben machen, daß eine Drohung ausgeführt würde, deren Konsequenzen unsere Vorstellungskraft nahezu übersteigen? Andererseits jedoch schienen die Kontrahenten mehr und mehr von der Unzerstörbarkeit ihrer Abschreckungssysteme überzeugt zu sein oder gaben dies jedensfalls vor. Damit stellten sich logischerweise noch vier zusätzliche Fragen: Wer kann wen abschrecken? Wovon? Unter welchen Umständen? Durch was für eine Drohung? (42) Jene sind schon dann nicht einfach zu beantworten, wenn man sie in den Rahmen schematischer Modelle einbaut, die noch in etwa als „rational" angesehen werden können. Noch komplexer wird alles, falls Wertsysteme wie Ehre, Glaubwürdigkeit, Prestige, politische Doktrin und Weltanschauungen an die Stelle der Vernunft treten (43).

Die Suche nach mehr Stabilität hat gezeigt, daß das nukleare Patt eher zur traditionellen Instabilität zurückführt. Die konventionellen Waffen, welche zwar eine ergänzende Abschreckung darstellen und damit ein gewisses Gleichgewicht wieder zurückbringen könnten, lassen jedoch wiederum die herkömmlichen Unsicherheitsfaktoren - Qualität und Quantität der Truppen sowie deren Ausrüstung,

Genialität der Führung usw. – in verstärktem Maße hervortreten. Das Dilemma erweist sich als schier unlösbar: „Je größer die Stabilität auf der Stufe der stärksten Waffen ist, desto ungesicherter wird sie auf der Stufe der konventionellen. Je mehr in Tat und Wort die Trennung zwischen begrenzten Kriegen und konventionellen Waffen einerseits und dem Weltkrieg und den Nuklearwaffen andererseits betont wird, desto geringer ist die Furcht vor einer Ausweitung" (44). Gerade aber dies macht begrenzte Konflikte wahrscheinlicher.

Den Bemühungen hinsichtlich einer umfassenden Rüstungsbeschränkung und Rüstungskontrolle nuklearer wie konventioneller Waffen stehen bisher – trotz einiger ermutigender Ansätze (45) – noch wenig greifbare Erfolge gegenüber. Das liegt vermutlich daran, daß es einmal heute noch keine zuverlässigen Methoden gibt, die Einhaltung derartiger Verpflichtungen zu kontrollieren, weiterhin daran, daß die Kosten und der technische Aufwand fast noch das übersteigen würde, was heute für das Wettrüsten ohnehin schon ausgegeben wird und nicht zuletzt daran, daß die Menschheit insgesamt noch nicht reif zu sein scheint, der Faszination der Macht über andere entsagen zu können und zu wollen.

An dieser Stelle scheint es geboten, noch auf einen verhältnismäßig neuen Denkansatz, die Friedens- und Konfliktforschung, hinzuweisen, auch wenn das Ziel, jede Art von kriegerischen Auseinandersetzungen aus unserer Vorstellungswelt zu verbannen, für viele Wissenschaftler zu politisch und für viele Politiker zu utopisch erscheint, als daß sie sich dafür engagieren mochten.

Der norwegische Friedensforscher Johan Galtung (46) hat vor kurzem die These vertreten, nahezu sämtliche Friedenstheorien der vergangenen Jahrhunderte ließen sich in zwei grundlegende Typen unterteilen. Danach umfasse der eine Typ jene Theorien, in denen Frieden durch eine Intensivierung der Kontakte zwischen Gruppen, Völkern und Staaten herbeigeführt würde (assoziative Friedenstheorien); der andere Typ schließe in sich jene Theorien, die den Frieden durch eine Verringerung von zwischenstaatlichen Beziehungen anstrebten (dissoziative Friedenstheorien).

Der deutsche Friedensforscher Dieter Senghaas (47) hat nunmehr auf der Basis dieser These Galtungs die Abrüstungspolitik der assoziativen Friedenstheorie und die Abschreckungspolitik der dissoziativen Friedenstheorie zugeordnet und an Hand von sieben Punkten dargelegt, daß für ihn Abrüstungspolitik und Abschreckungspolitik keine echten Alternativen seien. Seine Schlußfolgerungen lauten:

> „Es gibt nur einen Ausweg aus dem Dilemma, nämlich bewußte Anstrengungen, die Pathologien von Abschreckungspolitik und Rüstungswettlauf zu überwinden. Dies kann nur auf dem Wege assoziativer Friedenspolitik geschehen, dem präzisen Gegenteil dessen, was ich zu analysieren mich bemühte. Es ist gang und gebe, Abschreckungspolitik zu dem gegenwärtigen Stand internationaler Politik angemessenen Realpolitik und Abrüstung zur Utopie zu erklären. Lassen Sie mich mit dieser Beobachtung enden: Wann immer Illusionspolitik als Realpolitik begriffen wird, sieht Realismus aus wie Utopie, und das Notwendige scheint mit dem Unmöglichen identisch" (48).

So logisch unanfechtbar und zutreffend diese Feststellungen sind, kann es dennoch nicht als irreal gelten, wenn man darauf verweist, daß – abgesehen von der teuren Sinnlosigkeit jeglichen Wettrüstens – aufgrund der Abschreckungspolitik zumindest eine weltweite Katastrophe bisher verhindert wurde. Auch haben alle Mächte, die über Kernwaffen verfügen, inzwischen extreme Lösungen von Konflikten verworfen (49). Zusätzlich wuchs die Einsicht, daß Staaten, welche bei jeder Gelegenheit damit drohen, ihr gesamtes Potential einzusetzen, nicht nur unglaubwürdig werden, sondern auch eines Tages nur mehr die Wahl zwischen Kapitulation oder Apokalypse haben (50). Die Gefahren jedoch bleiben bestehen: Wenn man das Risiko einer Ausweitung vermindert, steigt die Versuchung, konventionelle Waffen als „Schwert" unter dem Schutz des „nuklearen Schildes" (oder

wenn man will, unter dem Schutz der gegenseitigen Lahmlegung der nuklearen Waffen) einzusetzen. Macht man keinen Unterschied zwischen den ersten Kampfhandlungen und dem Einsatz der stärksten Waffen, so besteht die Gefahr der Ausweitung (51). Deshalb muß für die überschaubare Zukunft das Konzept der Abschreckung noch immer als die wirksamste Strategie angesehen werden, allerdings nur dann, wenn das entscheidende Kriterium, die Glaubwürdigkeit, gewährleistet ist. Und dies wird so sein, wenn

> „der potentielle Gegner, darauf bedacht, begrenzte Konflikte auszulösen, mit gleichfalls begrenzten wirksamen Gegenschlägen zu rechnen hat und vor die Wahl gestellt wird, seine Aggressionsabsichten entweder aufzugeben oder aber das Risiko höheren – und zwar tendenziell nuklearen – Waffeneinsatzes einzugehen. (Sie) .... zielt deshalb auf die Ausbildung eines nuklearstrategischen Potentials des zweiten Schlages ab, in der Absicht, begrenzte nukleare Gegenschläge führen zu können; auf die Ausbildung eines taktisch atomaren Potentials, um den Gegner von großangelegten, gleichwohl das eigene strategische Potential aussparenden Angriffes abzuhalten; auf den Ausbau der konventionellen Streitkräfte im Hinblick auf die Gefahren lokal begrenzter Aggressionen; darauf, dem Gegner auch auf der Ebene der subversiven Kriegführung ein korrespondierendes Potential entgegenzustellen" (52).

Besonders aber in einem Punkt hat das nukleare Zeitalter die herkömmlichen Strategiekonzeptionen entscheidend verändert: die Stunde der Wahrheit ist die Krise – nicht der Krieg.

II. Die Determinanten des politischen Bewußtseins der Führung der KPCh

1. Die historischen Bestimmungsfaktoren

China, das durch seine mehr als viertausend Jahre alte Geschichte (1), kulturelle Überlegenheit (2) und hegemoniale Machtposition (3) in Ostasien ein quasi universalistisches Selbstverständnis entwickelt hatte, befand sich um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert in einem Prozeß fortschreitenden inneren Verfalls seiner staatlichen, gesellschaftlichen, sozialen und geistigen Grundlagen: des zentralisierten Herrschaftssystems, der sie rechtfertigenden konfuzianischen Staats- und Gesellschaftslehre, des sie stützenden Beamtenapparates und der klassischen patriarchalischen Familieneinheit. Da insbesondere die ökonomische Ungleichheit eminent sozialrevolutionären Sprengstoff barg, war der Wechsel der Dynastien in den meisten Fällen das Ergebnis von Bauernrebellionen gewesen. Außerdem wurden sie alle mehr oder weniger von der konfuzianischen Utopia, dem „Ta T'ung" (4), inspiriert. Zu den sozioökonomischen Ursachen kamen in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts mit dem Eindringen westlichen Gedankengutes, westlichen Lebensstils, westlicher Produktionsmethoden und dem selbstherrlichen Auftreten der Fremdmächte immer nachhaltiger nationalrevolutionäre Motive hinzu. Denn das bis dahin nicht vorhandene Bewußtsein von Unterlegenheit und Schwäche löste eine besonders von der Intelligenz und auch von zahlreichen Geheimgesellschaften getragenen Bewegung aus, die sich vor allem gleichzeitig gegen ein wohl weitgehend sinisiertes, aber nach wie vor doch als Fremddynastie empfundenes Ch'ing-Regime (5) richtete, dem man einen erheblichen Teil der Schuld am Niedergang des chinesischen Imperiums zuschrieb.

Vor diesem Hintergrund kam es – wenngleich mit unterschiedlichem Schwerpunkt – im Jahre 1850 zum Ausbruch der T'ai-p'ing-Revolution (6), die mit ihren religiösen sowie sozialrevolutionären Motiven, ihren Zielsetzungen und ihrem Verlauf nach gewisse Parallelen mit jenen revolutionären Prozessen aufweist, aus denen im Jahre 1949 die VRCh hervorging (7). Zwar gelang es der Ch'ing-Dynastie

nochmals - wenn auch nur mit Hilfe fremdländischer Truppen - diese Rebellion niederzuschlagen, aber von nun an riß auf militärischem wie außenpolitischem Gebiet die Kette der Niederlagen, Demütigungen, Gebietsabtretungen und anderer Beschränkungen der nationalen Souveränität nicht mehr ab (8). Im Jahre 1911 fiel schließlich die letzte chinesische Dynastie diesen von ihr mitverschuldeten Umständen zum Opfer.

EXKURS:

a. Abriß der amerikanischen Chinapolitik bis zum Ende des Ersten Weltkrieges

Asien und insbesondere China haben sowohl auf die Öffentlichkeit als auch auf die maßgebenden Politiker der USA schon immer eine besondere Faszination ausgeübt. So ist schon aus den „Federalist Papers" (9) zu entnehmen, daß man eine starke chinesische Zentralregierung darum für notwendig hielt, um lukrative Handelsverträge mit einer Macht abschließen zu können, deren Prestige in Asien ausreichend erschien, daß derartige Vereinbarungen auch mit weiteren Staaten ermöglicht würden. Auf der Grundlage dieser Erwägungen erfolgte in den ersten vier Dekaden des 19. Jahrhunderts eine Vielzahl amerikanischer Initiativen (10), die 1844 in offizielle vertragliche Vereinbarungen mit dem chinesischen Kaiserreich einmündeten (11). Wohl spiegelte vieles davon den Ehrgeiz, die Hoffnungen, den Enthusiasmus und das Sendungsbewußtsein einer wachsenden Nation wieder, doch jene „Beziehungen" als amerikanische Chinapolitik ansehen zu wollen, hieße nicht nur die damit verbundenen Intentionen zu verkennen, sondern auch die damalige Machtposition der USA gewaltig zu überschätzen. Denn zu dieser Zeit wurden die politischen Entscheidungen zunächst noch von den ostasiatischen Ländern - insbesondere China und Japan - selbst getroffen und später in zunehmendem Maße von England, Russland, Frankreich und Deutschland beeinflußt. Auch was die sog. „Ungleichen Verträge" (12) angeht, können die USA bestenfalls als Nutznießer bezeichnet werden.

Die große Wende kam Ende des 19. bzw. Anfang des 20. Jahrhunderts, welche durch eine wesentliche Verschiebung der bis dahin bestehenden Machtverhältnisse und Interessenlagen charakterisiert war.

Im Jahre 1895 erlitt China gegenüber Japan eine vernichtende Niederlage (13) und war von dieser Zeit an ständig der akuten Gefahr ausgesetzt, Objekt einer Aufteilung der rivalisierenden Kolonialmächte zu werden (14). Nur ein Jahrzehnt später verstärkte sich durch den Ausgang des russisch-japanischen Krieges (15) der Eindruck, daß man in Tokio gewillt und in der Lage war, die bisher bestehende Konstellation zu verändern und sich als führende Macht Ostasiens zu etablieren (16).

Parallel zu diesen Ereignissen verlagerte sich zunächst der Schwerpunkt des Engagements der europäischen Mächte auf andere umstrittene Einflußsphären, wie Zentral- und Süd-Afrika, den Nahen und Mittleren Osten, die arabischen Staaten und schließlich auf Europa selbst, wo das Kräftegleichgewicht schon erheblich gestört war und der Erste Weltkrieg bereits seine Schatten vorauswarf (17).

Auch die Vereinigten Staaten von Amerika hatten sich inzwischen zu einer bedeutenden Macht entwickelt. Die Erschließung des eigenen Kontinents sowie die innere Stabilität waren erreicht und eine rasche expandierende und konkurrenzfähige Industrie entstanden (18). Hawaii, ein Stützpunkt mitten im Pazifik, gab den Anstoß zum Aufbau einer größeren Hochseeflotte. Das Ergebnis des spanisch-amerikanischen Krieges brachte 1898 als unvorhergesehenen Kriegsgewinn Puerto Rico, Guam und die Philippinen. Im Jahre 1899 kamen infolge von Thronwirren auf Samoa auch noch Teile dieser Inselgruppe hinzu (19). Damit waren die USA quasi „über Nacht" zu einem Mitspieler auf der ostasiatischen Szenerie geworden, eine Rolle, aus der sie sich bis heute nicht mehr zu lösen vermochten.

b). Abriß der russischen Chinapolitik bis zum Ende des Ersten Weltkrieges.

Bedingt durch die geographische Lage und dem starken Expansionsdrang nach Osten fand eine Berührung zwischen Russen und Chinesen ganz natürlicherweise schon wesentlich früher statt, als dies mit den Amerikanern der Fall war. Bereits im letzten Drittel des 16. Jahrhunderts begannen kleinere Kosakenabteilungen, denen wenig später Abenteurerbanden, Kaufleute und Missionare folgten, immer tiefer in den sehr dünn bevölkerten sibirischen Raum vorzustoßen (20), bis sie schließlich um 1650 erstmals mit Stämmen in feindseligen Kontakt kamen, die unter der de jure Oberhoheit der mandschurischen Ch'ing-Dynastie standen, welche gerade zu dieser Zeit bestrebt war, ihre eben erst errichtete Herrschaft in China zu konsolidieren. Nach mehreren Gefechten mit wechselnden Erfolgen zogen es beide Seiten – wenn auch aus unterschiedlichen Motiven - vor, nach einer friedlichen Lösung der Probleme zu suchen (21). Kernstück des ersten russisch-chinesischen Vertrages, der 1689 in Nertschinsk (22) geschlossen wurde, war allerdings, daß er im Ergebnis eine Grenze festschrieb, der die Russen vom Zugang zu der bedeutsamen Wasserstraße des Armur abschnitt und damit schon den Grundstein für weitere Auseinandersetzungen legte (23). Hinzu kam, daß eine Frage von zentraler Bedeutung in diesem Vertrag nicht geregelt wurde, nähmlich die jeweiligen Interessen hinsichtlich der Äußeren Mongolei.

Die Mongolen selbst hatten im 17. Jahrhundert eine Politik des Taktierens zwischen Rußland und China eingeschlagen. In den dreißiger Jahren jenes Jahrhunderts hatten sie zunächst Rußland und später in den fünfziger Jahren China eine Anerkennung der Oberhoheit angeboten (24). Damit war die Äußere Mongolei automatisch zum Objekt russisch-chinesischer Rivalität geworden. Erst der mit ungeheuren menschlichen wie materiellen Verlusten verbundene Sieg der Ch'ing-Dynastie gegen die Heere des Mongolenfürsten Galdan (25) versetzte China in die Lage, im Jahre 1727 in Kiachta (26) mit Rußland einen Vertrag abzuschließen, der außer der Festlegung der Grenzen auch Rußlands Anerkennung der chinesischen Oberhoheit über die Äußere Mongolei zum Inhalt hatte (27). Mit diesem Vertrag, der trotz seiner Schwächen (28) einen Erfolg der chinesischen Diplomatie darstellte, war ein Status quo geschaffen worden, der über hundert Jahre in seinen Grundzügen erhalten blieb (29).

Rußlands entscheidender Vorstoß in Richtung Osten und auf den Pazifischen Ozean erfolgte erst Mitte des 19. Jahrhunderts (30). Dabei hatten zwei Ereignisse der internationalen Politik eine besondere Rolle gespielt: Einmal das gewaltsame Eindringen der westeuropäischen Mächte in das Rußland benachbarte chinesische Reich und zum zweiten die sich zu dieser Zeit gerade verschärfende Rivalität zwischen Rußland einerseits sowie England und Frankreich andererseits. Neben die traditionellen Faktoren wie dem Streben nach eisfreien Häfen oder der grundsätzlichen Unzufriedenheit mit den durch die russisch-chinesischen Verträge von Nertschinsk und Kiachta festgelegten Grenzen im Osten trat damit ein neues mehr gefühlsmäßiges Motiv hinzu, das Russische Reich könne der machtpolitischen Expansion seiner europäischen Rivalen in Asien nicht tatenlos zusehen (31).

Schon im Jahre 1847 hatte Zar Nikolaus I General Murawjew zum Generalgouverneur von Ostsibirien ernannt. Diesem gelang es im Verlauf von dreizehn Jahren durch geschicktes Taktieren, Ausnutzung von günstigen Gelegenheiten aber auch durch nackte Erpressung eine Reihe von „Abkommen" mit China zu schließen (32), die am 14. November 1860 in Peking letztlich zur Ratifizierung eines chinesisch-sowjetischen Vertrages führten (33). Seinem Inhalt nach mußte China nicht nur die Trans-Amur-Region, sondern auch das Trans-Ussuri-Gebiet abtreten, so daß den mandschurischen Nordostprovinzen Chinas lediglich im Süden an der Halbinsel Liaotung ein Zugang zum Meer verblieb. Rußland dagegen hatte seine pazifischen Küstengebiete derart ausdehnen können, daß man sogar eine direkte Landverbindung mit Korea erhielt. Der wertvollste Gewinn war jedoch ein einzelner Hafen, dem die Regierung in Petersburg so viel Bedeutung zumaß, ihm den Namen Wladiwostok, „Beherrscher des Ostens", zu geben (34).

Die gesamte zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts stand im Zeichen russischer Versuche auch noch die Äußere Mongolei sowie große Teile der Mandschurei in ihren Besitz zu bringen oder sich diese Gebiete zumindest als anerkannte Einflußsphäre zu sichern (35). Daran änderte auf längere Sicht auch die im Jahre 1905 erlittene vernichtende Niederlage gegen Japan nichts (36). Denn schon 1911 nutzten die Russen den Sturz der Ch'ing-Dynastie als Gelegenheit, den theokratischen Herrscher der Äußeren Mongolei, Bogdo Dschebtsun Damba, zu überreden, die Unabhängigkeit seines Landes von China zu erklären und es unter den Schutz des Russichen Reiches zu stellen (37).

c. Der amerikanische „Imperialismus" und der sowjetische „Antikolonialismus" in der Periode von 1920 bis 1949

Als sich Sun Yat-sen nach langen Jahren politischen Kampfes – zunächst gegen das verhaßte Mandschu-Regime, danach gegen den Präsidenten der jungen Republik, Yüan Shih-k'ai, und schließlich gegen rivalisierende südchinesische Militärmachthaber – im Jahre 1922 zum wiederholten Male mit nur wenigen Getreuen (38) als geschlagener Emigrant auf dem Fluchtwege seinen Gegnern entziehen mußte, hatte er die Hoffnung auf Hilfe durch die demokratisch regierten Staaten des Westens offensichtlich bereits aufgegeben (39). Da jedoch seine persönliche Situation und die mannigfaltigen Probleme Chinas eine ausländische Hilfe unabdingbar machten, wandte er sich schließlich an die Macht, welche „seit dem Oktober 1917 unter dem Banner des Antiimperialismus unablässig mit Manifesten und Deklarationen den Völkern des Ostens brüderliche Hilfe für ihren Kampf gegen koloniale Ausbeutung und Unterdrükkung versprach" (40).

Die amerikanische Chinapolitik des 20. Jahrhunderts muß begriffen werden als Fortsetzung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen in den vorangegangenen Perioden. Sie fand ihren Ausdruck in politischen Aussagen und bilateralen Verträgen und richtet sich – aus wirtschafts- wie machtpolitischen Erwägungen – gegen jede Verletzung der territorialen und administrativen Integrität Chinas. Nach dem Ersten Weltkrieg suchte man den sowjetischen und japanischen Expansionsbestrebungen in der Äußeren Mongolei und der Mandschurei durch eine Politik der „gemeinsamen Aktion" zu begegnen, welche auf der Washingtoner Konferenz von 1922 und besonders durch das China betreffende „Neun-Mächte-Abkommen" ihre Kodifizierung erfuhr (41). Was die chinesische Innenpolitik anbetraf, so war der amerikanische Außenminister Kellogg zwar bestrebt, ein möglichst hohes Maß an Neutralität gegenüber den unterschiedlichen Fraktionen zu bewahren, gleichzeitig mußte ihm aber besonders daran gelegen sein, ausschließlich mit einer chinesischen Regierung zu verhandeln, die ein Gesamtchina zu vertreten legitimiert und in der Lage war. Als solche aber konnte spätestens ab Juni 1928 (42) nur mehr die Nationalregierung unter Führung Chiang Kai-sheks angesehen werden. Auch die Politik der Außenminister Stimson (43) und Hull (44) in den späteren Jahren folgte im allgemeinen jener Linie der „kollektiven" oder zumindest „parallelen" Aktion in der Hoffnung, damit diplomatischen Druck auf die Sowjetunion aber besonders auf Japan (45) ausüben zu können. Selbstverständlich war dies nur die zweitbeste und wenig wirksame Lösung zu einer Zeit der selbst gewählten Isolation (46), in welcher es unmöglich erschien, China aktive Wirtschafts- und Militärhilfe zu leisten (47).

Einen Meilenstein in der Geschichte der amerikanisch-chinesischen Beziehungen bildete der gemeinsame Krieg gegen Japan. Denn bis dahin flossen Hilfeleistungen der USA vorwiegend durch die Kanäle privater Institutionen. Erst wenige Monate vor Pearl Habor wurde die chinesische Regierung zunächst durch Anleihen und wenig später nicht nur durch Medikamente und Kriegsmaterial, sondern auch durch direkte Geldzuwendungen massiv unterstützt. Man kann sich zwar fragen, ob es der Situation angemessen war, die Hilfe ohne zukunftweisende Konzeption und besonders ohne jede Zweckgebundenheit zu gewähren. Eine Alternative zur Regierung Chiang Kai-shek hatten die USA nicht. Aber in dem man einem Regime Beistand leistete, dessen Handlungsfähigkeiten und dessen Rückhalt bei der Bevölkerung schon stark in Zweifel gezogen werden mußte, machte sich Amerika nicht nur beim chinesischen Volk

viele Feinde (48), sondern wurde auch immer mehr zum dominierenden Faktor in der innenpolitischen Szenerie. Dies jedoch war niemals ein Zug der traditionellen amerikanischen Chinapolitik.

Die sowjetische Chinapolitik schien nach der Oktoberrevolution zunächst auf eine grundsätzliche Wandlung in den gegenseitigen Beziehungen hinzudeuten, als Karachan in einer Erklärung vom 23. Juli 1919 „An das chinesische Volk und die Regierungen von Nord- und Südchina" feierlich ankündigte, daß die „Ungleichen Verträge" annulliert und alle Erwerbungen der Regierung des Zaren, die China der Mandschurei und anderer Gebiete beraubt hätten" (49), zurückgegeben würden. Aber schon bald sollte sich zeigen, daß auch eine sowjet-russische Regierung nicht bereit war, auf 17,4 Millionen Quadratkilometer koloniale Erwerbung zu verzichten. Dies ist bereits aus einer Andeutung Lenins (50) zu entnehmen, wurde 1922 durch eine amtliche Stellungnahme Sinowjews (51) nochmals unterstrichen und schließlich durch das chinesisch-sowjetische Abkommen vom 31. Mai 1924 manifestiert (52). Unter Stalin sollte noch deutlicher werden, daß sich die Politik der Sowjetunion nicht von der des zaristischen Rußland unterschied, vielleicht sogar noch zielstrebiger und rücksichtsloser betrieben wurde (53). Denn nunmehr waren durch die neuen Komponenten der ideologischen Propaganda und subversiven Tätigkeit zusätzliche Druckmittel verfügbar. Man forderte und erhielt Bahnkonzessionen, sonstige Vorrechte und besondere Bestimmungen für sowjetische Bürger und Soldaten (54). Gelegentlich wurden zwischen sowjetischen Stellen und Regionalmachthabern in chinesischen Grenzgebieten sogar Vereinbarungen ohne Befragung der chinesischen Regierung getroffen. Jalta und besonders der chinesisch-sowjetische Freundschafts- und Bündnisvertrag vom 14. August 1945 (55) setzten den vorläufigen Schlußpunkt unter ein Kapitel der Beziehungen zweier Staaten, deren weltanschauliche und machtpolitische Positionen inzwischen zu unterschiedlich geworden waren, als daß man mehr hätte erwarten können.

2. Die ideologischen Bestimmungsfaktoren

Als im Jahre 1949 die Truppen der KPCh auf dem Festland zum letzten Sturm ansetzten und der Zusammenbruch des Regimes Chiang Kai-sheks nur mehr eine Frage der Zeit zu sein schien, begann man allerorten – hauptsächlich aber in den USA – allmählich zu begreifen, welche Konsequenzen ein kommunistisch regiertes China für das zukünftige Kräfteverhältnis in dieser Welt bedeuten würde. Auch die bisher wenig beachteten politischen Aussagen führender Funktionäre der KPCh erlangten plötzlich den Rang höchster Aktualität. Besonders gilt dies für jene Behauptung, daß ein Sieg in der chinesischen Revolution, der gemäß ihrer ideologischen Ausrichtung als zwangsläufiges Ereignis aufgefaßt wurde, nur jener einzigen und „universellen Idee" zu verdanken wäre, der des Marxismus-Leninismus.

So schrieb z.B. Mao Tse-tung anläßlich des 28. Jahrestages der Gründung der KPCh:

> „Wie jedermann weiß, hat unsere Partei diese achtundzwanzig Jahre nicht friedvoll, sondern unter großen Entbehrungen hinter sich gebracht, denn wir hatten gegen innere und äußere Feinde sowie solche innerhalb und außerhalb der Partei zu kämpfen. Wir danken Marx, Engels, Lenin und Stalin, daß sie uns hierfür eine Waffe gaben. Diese Waffe ist kein Maschinengewehr, sondern der Marxismus-Lenismus" (56).

Aber schon in einer Rede vom 1. Februar 1942, welche der „Verbesserung der ideologischen Arbeit in den Parteischulen" gewidmet sein sollte und mit der die Cheng-feng-Bewegung (57) einsetzte, hatte der Parteiführer im übrigen die Frage „Was ist Marxismus-Leninismus" wie folgt beantwortet:

> „Der Marxismus-Leninismus ist die Theorie, die Marx, Engels, Lenin und Stalin auf der Grundlage der historischen Tatsachen entwickelt haben und die aus allgemeinen Schlußfolgerungen und revolutionären Erfahrungen besteht" (58).

Diese Bemerkungen lassen für sich allein bereits den Schluß zu, daß Mao die Prinzipien des Marxismus-Leninismus weniger absolut, als vielmehr relativ gewertet wissen wollte. Hinzu kommt eine Aussage an gleicher Stelle, wo er sogar ausdrücklich betonte:

> „Der Marxismus-Leninismus hat weder Schönheits- noch einen mystischen Wert. Er ist nur außerordentlich nützlich. Jeder, der in ihm ein religiöses Dogma sieht, verrät blinde Unwissenheit ... Marx, Engels, Lenin und Stalin haben wiederholt gesagt, unsere Lehre ist kein Dogma, sie ist eine Anleitung zum Handeln" (59).

Wenn jedoch Mao den Prinzipien des Marxismus-Leninismus schon mehr instrumentalen Wert zumaß und schließlich von ihnen sogar sagte, sie seien für das revolutionäre Handeln lediglich nützlich, so drängt sich die Frage nach der Zielvorstellung dieses Handelns auf. An zwei Stellen in seinen drei Reden zur Einleitung der Cheng-feng-Bewegung nannte er das Ziel jenes revolutionären Kampfes: „Einigung der ganzen Nation" (60) und „Emporführung des Landes zu einer neuen glorreichen Höhe" (61).

Man mag zwar darüber streiten, ob diese Idee Originalität für sich in Anspruch nehmen kann, fest steht nur, daß solche Worte – zusammen mit anderen populären Parolen – in einem wirtschaftlich zerrütteten, ausgebluteten und kriegsmüden Lande nicht eben unwesentliche Teile der Bevölkerung anzusprechen vermochten. Nun lassen diese Ausführungen für sich allein selbstverständlich noch nicht den Schluß zu, daß es den chinesischen Kommunisten mit ihrem grundsätzlichen Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus (62) nicht ernst gewesen wäre, erhellen aber zumindest die Tatsache, wie pragmatisch man im Grunde genommen doch jene „universelle Idee" auszulegen gedachte.

Schon mit seinen Ausführungen „Über die neue Demokratie" (63) und der beginnenden Bewegung zur „Überwindung falscher Tendenzen im Studium, in der Partei, in Kunst und Literatur" (64) setzte jener ideologische Prozeß im chinesischen Kommunismus ein, den man als Sinisierung des Marxismus-Leninismus bezeichnen kann. Als wichtigste Triebkraft der chinesischen Revolution bezeichnete Mao Tse-tung die „Hauptwidersprüche Chinas in der Neuzeit" und insbesondere den „Widerspruch zwischen dem Imperialismus und dem chinesischen Volk" (65). Deshalb gehöre sie, so erklärte er, mit ihren vom Opiumkrieg an beginnenden, vorbereitenden Etappen auch nicht zu den „alten bürgerlich-kapitalistischen" Revolutionen, sondern sei „ein Teil der neuen, proletarisch-sozialistischen Weltrevolution". Dies hätten auch die „Imperialisten erkannt und sie – wegen der Gefährdung ihrer Interessen – von Anfang an bekämpft". Ein Beweis hierfür stelle die moderne Geschichte Chinas dar, die sich als „... eine Geschichte der imperialistischen überfällt, sowie der Behinderung chinesischer Unabhängigkeit und der kapitalistischen Entwicklung des Landes durch imperialistische Einmischung..." (66) erwiesen habe. Darum, so stellte Mao fest, sei „der Imperialismus der Todfeind des chinesischen Volkes" (67).

Ganz anders definiert Mao Tse-tung das Verhältnis Chinas zum „ersten sozialistischen Staat":

> „Die Chinesen sind zum Marxismus erst durch die Russen gelangt. Die Oktoberrevolution verhalf allen fortschrittlichen Elementen in der Welt und in China dazu, sich durch die Erkenntnis der proletarischen Weltrevolution ein Bild vom Schicksal ihres Landes zu machen und ihre Probleme in einem neuen Licht zu sehen. Laßt uns den gleichen Weg wie die Russen gehen – so lautet die Schlußfolgerung (68) ... Die Avantgarde des chinesischen Proletariats, die nach der Oktoberrevolution den Marxismus-Leninismus studiert hatte, nahm den politischen Kampf auf und mußte 28 Jahre lang einen Zickzackkurs verfolgen, bis sie den endgültigen Sieg errungen hat (69)... Aber noch gibt es viel für uns zu tun, und wir müssen große Schwierigkeiten überwinden, um das Neue meistern zu können... Manche Genossen in der UdSSR haben anfangs auch nichts von wirtschaftlichen Problemen verstanden... (aber dennoch) haben sie einen großen, herrlichen sozialistischen Staat aufgebaut. Die KPdSU ist (daher) unser bester Lehrer, von dem wir lernen müssen" (70).

Aber Maos Einfluß war auch noch in einem anderen Punkt besonders groß: der Formulierung einer eigenständigen chinesisch-kommunistischen Militärstrategie (71). Er schreibt:

> „Krieg ist die höchste Form des Klassenkampfes (und) existiert seit dem Entstehen des Privateigentums und sozialer Klassen, was Widersprüche zwischen Nationen, Staaten, politischen Gruppen in jedem Stadium ihrer Entwicklung hervorrief" (72).

Nachdem er seine Ansichten über die Ursachen des Krieges geschildert hat, fährt er fort:

> „Krieg ist die Fortsetzung der Politik; in diesem Sinne ist Krieg Politik, der Krieg selbst eine politische Aktion und es hat nicht einen einzigen Krieg seit ältester Zeit gegeben, der nicht politischer Art gewesen wäre... Aber der Krieg hat seine speziellen Charakteristika und ist in diesem Sinne nicht identisch mit Politik im allgemeinen. Krieg ist einfach die Fortsetzung der Politik durch... andere Mittel" (73).

Daraus, so meint Mao, ergebe sich eindeutig, daß man nur dann Niederlagen vermeiden könne, wenn die Gesetze des Krieges und sein Verhältnis zu anderen Faktoren klar erkannt würden. Als Anleitung hierfür bietet er die von ihm erarbeitete Militärstrategie und versucht, die kriegsentscheidenden Elemente aufzuzeigen. Nachdrücklich verweist er dabei auf die Erkenntnis, daß „die Unterschiedlichkeit in den Umständen... die Führung des Krieges bestimme: den Unterschied von Zeit, Ort und Charakter" (74). Für ebenso bedeutend hält er die Strategie des „fortgesetzten Konfliktes", die er als Hebel zur Bewirkung eines graduellen Wandels in der relativen Stärke begreift. Denn nur dadurch könnten die verschiedenen militärischen, politischen, psychologischen und wirtschaftlichen Kräfte, welche günstig für die Revolutionäre aber ungünstig für den Feind seien, in Bewegung gesetzt, gestaltet und genährt werden. Schließlich unterscheidet Mao noch zwischen zwei völlig unterschiedlichen Arten von Kriegen: gerechten, die dem Fortschritt dienen und ungerechten, welche den Fortschritt behindern. Hierzu führt er aus:

> „Der Krieg, dieses Monstrum gegenseitigen Abschlachtens unter der Menschheit, wird in naheliegender Zukunft beendet sein durch den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft. Aber es gibt nur einen Weg, ihn zu eleminieren, nämlich dem Krieg durch Krieg zu widerstehen... Das Banner eines gerechten Krieges ist das Banner zur Rettung der Menschheit" (75).
> heit" (75).

Besonders die letztere Aussage läßt den Schluß zu, daß nach der maoistischen Konzeption der Krieg nicht als Zerstörer, sondern eher als Kreator von Stärke angenommen wird (76).

Jedoch nicht nur die marxistisch-leninistische Ideologie, die persönlichen Erfahrungen der chinesischen Kommunisten im Bürgerkrieg, sowie die unkritische Übernahme des stalinistischen „Freund-Feind-Denkens", sondern auch traditionell-historische Faktoren – wie bereits ausgeführt – wesentlich dazu beitragen, daß Mao schon im Jahre 1940 schrieb:

> „Wenn wir uns nicht an die Bündnispolitik mit Rußland halten, müssen wir uns an eine mit dem Imperialismus halten. Haben wir dies nicht schon nach 1927 versucht?" (77)

Im gleichen Sinne äußerte er sich auch nach dem Sieg der KPCh auf dem Festland:

> „Die vierzigjährigen Erfahrungen Sun Yatsens und die eigenen achtundzwanzigjährigen Erfahrungen haben uns gelehrt, daß wir uns, um siegen zu können, an eine Seite anlehnen müssen... Wir neigen zur Seite des Sozialismus und bekämpfen die reaktionäre Clique Chiang Kai-sheks, die nach der Seite des Imperialismus neigt; wir bekämpfen (aber) auch die Illusion eines dritten Weges, ...denn Neutralität ist nur Tarnung, es gibt keinen dritten Weg" (78).

Drei - ideologisch nahezu untrennbare - Aspekte kennzeichnen damit die Haltung der chinesischen Kommunisten bei ihrer Machtübernahme:

- Grundsätzliches Bekenntnis zur universellen Wahrheit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung,
- Verteufelung des Imperialismus als „größten Feind" des chinesischen Volkes und
- Verherrlichung der KPdSU als „großen Lehrmeister".

Diese Ausgangshaltung steht zwar in einem gewissen Widerspruch zu der gelegentlich kuriosen Mischung von revolutionärem Realismus und revolutionären Romantizismus, welche fast alle Aussagen Mao Tse-tung so sehr kennzeichnen. Dabei sollte man jedoch nicht übersehen, daß der Parteiführer in allererster Linie ein Politiker war und ist, der es wie kein anderer verstand, unabdingbare praktische Notwendigkeiten in den Rahmen seiner ideologischen Überzeugungen einzuordnen und sie in zunehmendem Maße Freunden wie Feinden als „Fortentwicklung des Marxismus-Leninismus" anzupreisen.

3. Die strategischen Bestimmungsfaktoren

Die offizielle Rhetorik, sei es die der chinesischen Nationalisten vor 1949, oder die der chinesischen Kommunisten vor und nach 1949 wurde dominiert von der Annahme einer latenten Bedrohung Chinas in militärischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht (79). Aber erst den kommunistischen Machthabern blieb es vorbehalten, historisch begründete Emotionen in eine großangelegte und zeitlich unbegrenzte Kampagne überzuleiten, deren erklärtes Ziel war, die Regierungen aller Länder, welche den politischen Zielen Pekings im Wege standen, als „Imperialisten" oder zumindest als „Lakaien" derselben zu diskreditieren.

Wenn man nun davon ausgeht, daß dieser enorme polemische Aufwand nicht ausschließlich propagandistischen Zwecken diente, so ist es von Bedeutung, herauszufinden, inwieweit das neue Regime die eben erst geschaffene VRCh von außen überhaupt bedroht sah.

Die geographische Lage ist Ursache für zwei in China seit einem Jahrhundert fortwährend bestehende Befürchtungen: einmal die Annahme einer Bedrohung durch fremde See- und neuerdings auch Luftmächte, welche Stützpunkte an der Peripherie besitzen, und zum zweiten die Annahme einer Bedrohung der langen Grenzen - insbesondere im Norden - und damit die Möglichkeit eines Angriffes zu Lande (80). Während das zuletzt genannte Problem durch ein Bündnis mit der Sowjetunion (81) - zumindest für eine gewisse Zeit - weitgehend ausgeräumt schien, schenkte man der amerikanischen Präsenz im ostasiatischen Raum um so größere Beachtung (82). Denn glaubt man den Worten, berücksichtigt weiterhin die historisch wie ideologisch begründete Voreingenommenheit und beurteilt schließlich die Handlungen der chinesischen Kommunisten, so muß in der Tat davon ausgegangen werden, daß sie Aggressionsabsichten der „Imperialisten" bzw. ihrer „Lakaien" nicht für unmöglich hielten, zumindest aber überzeugt davon waren, die eigenen Pläne kaum ohne größere Widerstände verwirklichen zu können. Dann jedoch mußte entscheidende Bedeutung erlangen, wie hoch man die eigenen Kräfte, die der Verbündeten und deren Bereitschaft einschätzte, die bloße Existenz aber auch die sonstigen Ambitionen Chinas, notfalls auch durch Einsatz militärischer Mittel zu garantieren, bzw. zu decken. Und hierin sind die ersten beiden Ansatzpunkte für unterschiedliche Interpretationen seitens der verschiedenen Fraktionen innerhalb der chinesischen Führung zu sehen (83).

Gemessen an dem Potential der beiden führenden Mächte, den USA und der Sowjetunion, war sowohl die militärische (84) als auch die ökonomische (85) Position der VRCh ungleich schwächer. Ohne ausländische Unterstützung konnte man ohnehin weder die eine noch die andere kurzfristig

entscheidend verbessern. Aber nachdem zunächst die Tatsache einer mehr oder weniger großen anfänglichen Abhängigkeit vom Bündnispartner UdSSR schon als unabänderlich hingenommen worden war, blieb immer noch die Frage offen, welchem der beiden Schwerpunkte man den Vorzug geben sollte. Auch diese Problematik bestimmte fortan wesentliche Teile der Auseinandersetzung innerhalb der Führung der KPCh (86).

Nach dem vollzogenen Bruch mit der Sowjetunion (87) und der daraus entstehenden Notwendigkeit, die nationale Integrität und militärische Sicherheit ausschließlich durch eigene Anstrengungen gewährleisten zu müssen, erfuhr die von vielen bereits totgeglaubte maoistische Volkskriegsstrategie noch einmal eine unerwartete Aufwertung. Denn es galt – wie zu Zeiten des chinesischen Bürgerkrieges und des Abwehrkampfes gegen die japanische Aggression – erneut eine Situation zu meistern, in welcher die potentiellen Gegner in jeder Hinsicht überlegen schienen. Man erinnerte sich der traditionellen Rolle der „revolutionären Roten Armee", der Verbundenheit aller Soldaten mit dem Volk sowie der Tatsache, daß Menschen alles und Waffen nichts entscheiden. Jene Wiederbelebung der Doktrin von der Untrennbarkeit militärischer und politischer Aspekte führte jedoch nicht nur zu einer Militarisierung der Politik, sondern auch zu einer Politisierung der Militärs. Eine Antwort darauf, welche Tragweite diese Entscheidung noch erlangen sollte, gibt die heutige Konstellation innerhalb der chinesischen Führung.

Aber noch ein zentrales Problem, welches ein weites Spektrum umfaßt, spielte in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle: Art und Umfang der Schulung des politischen Bewußtseins und der Parteikontrolle (88). Es mag auf den ersten Blick erscheinen, als habe dies nur wenig mit der hier relevanten Thematik zu tun. Und dennoch ist es so, weil auf allen Gebieten die Modernisierung und damit das Erlernen neuer Technologien nicht nur den „ganzen Menschen" erfordert und deshalb wenig Zeit und Gelegenheit zur ideologischen Schulung bleibt, sondern auch weil ein jeder Spezialist weitaus weniger bereit sein dürfte, sich entgegen besserer Einsicht und widerspruchslos den Entscheidungen politischer Instanzen zu fügen. Damit jedoch wird das Primat der Partei in einem für orthodoxe Kommunisten inakzeptablen Umfang eingeschränkt. Wenn aber schon nahezu jede chinesische Zentralregierung sich mit der Frage auseinanderzusetzen hatte, wie ihre Anweisungen in jenem überaus großen Territorium praktisch durchgesetzt werden sollten (89), um wieviel mehr mußte dann gerade einer kommunistischen Regierung daran gelegen sein, die uneingeschränkte Kontrolle durch die Partei in allen Bereichen und unter allen Umständen sichergestellt zu wissen.

Drei Aufgaben mußten dem neuen Regime zum Zeitpunkt seiner Machtübernahme vordringlich erschienen sein: Bewahrung der Macht, Festigung der Macht und Ausbau der Macht. Auch wenn diese Ziele theoretisch nur auf der Basis der drei Säulen als erreichbar bezeichnet wurden (90), so diente den chinesischen Kommunisten in der Praxis – wie schon zu Zeiten des revolutionären Kampfes – als entscheidendes Instrument die Volksbefreiungsarmee (91).

Es ist verständlich, daß sich das Interesse zunächst auf die Stabilisierung der inneren Situation – wie Säuberung des Kernlandes von den Truppenresten der Nationalregierung (92), Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln, notdürftige Instandsetzung des Verkehrs- und Kommunikationsnetzes, Wiederaufbau einer bescheidenen Industrie, Verlangsamung der Geldentwertung, sowie nicht zuletzt Errichtung einer funktionsfähigen Verwaltung (93) – gerichtet hatte. Jene Maßnahmen waren jedoch prinzipiell selbsterhaltenden Charakters, damit im Grunde defensiv und konnten schwerlich ausländischen Mächten Anlaß für eine Intervention geben. Aber schon wenig später zeigten die Annexion Tibets (94), der massierte Truppenaufmarsch in der Küstenprovinz Fukien und die sich steigernde Kampagne zur „Befreiung T'aiwans", daß man bereit war, in die mehr außenpolitisch intendierte Phase der Abrundung des Herrschaftsgebietes einzutreten.

An dieser Stelle muß man sich jedoch die Frage stellen, welche kurz- und langfristigen nationalen wie internationalistischen Zielsetzungen die chinesischen Kommunisten von Anfang an verfolgten, ungeachtet dessen, ob, wann und mit welchen Mitteln sie eines Tages erreicht werden sollten.

Als traditionelle ostasiatische Führungsmacht dürfte jede Regierung Chinas (95) zunächst danach gestrebt haben, die Position wieder zu gewinnen, die das Land innehatte, bevor es gegen Mitte des 19. Jahrhunderts auf einen semikolonialen Status zurückgedrängt worden war. Darum lassen sich die nationalen Zielsetzungen auf gewisse Hauptpunkte reduzieren: Wiedererlangung der ehemaligen geographischen Grenzen, einer gesicherten Einflußsphäre und vollständiger Unabhängigkeit von jeder Art fremder Bevormundung – so wie dies in etwa auf dem Höhepunkt der Ching-Dynastie der Fall gewesen war (96). Was die internationalistischen Zielsetzungen anbetrifft, so kann man davon ausgehen, daß die VRCh sich ein Ansehen zu schaffen versucht, welches sie kurzfristig als Bastion des kompromißlosen revolutionären Kampfes gegen die imperialistische Weltordnung ausweist und langfristig der Vorbereitung einer chinesisch-orientierten kommunistischen Internationale dienen soll (97).

III. Die Phase von 1949 bis 1954

1. Die Bedeutung der funktionalen Eliten im politischen Entscheidungsprozeß des neuen Regimes

Im chinesischen Kaiserreich wurde die Trinität von Ethos, Statusgruppe und „idealer Persönlichkeit" vom Konfuzianismus, der Honoratiorenschicht und dem „pater familias" repräsentiert. Ihre Funktion als Schlüsselelemente des Gesellschaftssystems konnten sie jedoch schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts nicht mehr vollgültig erfüllen, weil das System selbst bereits in seinen Grundfesten erschüttert war (1).

Die traditionelle Elite Chinas mußte Angriffe von vielen Seiten hinnehmen. Entscheidend für ihren Niedergang waren jedoch insbesondere drei Faktoren: die fortschreitende Zersetzung des Gesellschaftssystems beraubte sie ihres Status, die entstehenden modernen Organisationsformen ihrer Führungsposition und die Umschichtung des Eigentums ihrer ökonomischen Basis (2). Vorläufiger Endpunkt dieser Entwicklung war die Revolution von 1911/12. Das gesamte Spektrum, welches in den darauffolgenden Jahren die Ansätze für das Entstehen einer neuen Elite bildete, läßt sich im wesentlichen wie folgt skizzieren:

Nach der Klassifizierung hinsichtlich der Abstammung

- die Angehörigen bzw. Abkömmlinge der ehemaligen Honoratiorenschicht, welche – obwohl inzwischen zumeist in irgendeiner Form lohnabhängig – weiterhin versuchten, den verbliebenen Rest an Prestige in die Waagschale zu werfen (3) sowie
- die Angehörigen bzw. Abkömmlinge der ehemaligen Schicht der Kaufleute und Händler, welchen – obwohl sie schon immer eine bedeutende Rolle im Wirtschaftsleben gespielt hatten – der Genuß einer angemessenen Bildung konstant verweigert worden war (4).

Aus beiden Schichten heraus läßt sich wiederum eine Klassifizierung hinsichtlich der Bildung vornehmen, nämlich

- diejenigen, welche auch weiterhin der – wenn auch etwas modifizierten – traditionellen Erziehung und Ausbildung den Vorzug gaben (5) sowie
- diejenigen, welche bereits eine neue Erziehung und moderne Ausbildung auf fortschrittlichen Universitäten in China oder dem westlichen Ausland erhalten hatten (6).

Es dürfte feststehen, daß diese nachrevolutionäre chinesische Intelligenz, zu der – in nicht erschöpfender Aufzählung – Studenten, Lehrer, Journalisten, Schriftsteller aber auch die Angehörigen eines unter ausländischer Leitung – oder zumindest bestimmender Beratung – entstandenen Partei- und Militärapparates (7) gerechnet werden müssen, zur Zeit der Herrschaft der Nationalen Volkspartei in China (8) schon wieder über ein Prestige verfügten, das ihnen eine – wenn auch noch eingeschränkte – Elitenfunktion (9) zuwies. Mit der Machtübernahme der KPCh wurde jedoch dieser Prozeß – jedenfalls auf dem Festland – radikal angehalten, und es entstand ein Vakuum, das die chinesischen Kommunisten zunächst nur durch totalitären Zwang auszuführen vermochten. Wenn man aber davon ausgeht, daß eine soziale Einheit eines Gesellschaftssystems und einer Elite zwingend bedarf, welche jedoch andererseits ohne die oben bezeichneten Schlüsselelemente (10) nicht entstehen können (11), so stellt sich die Frage, welche Äquivalente die chinesischen Kommunisten dafür anzubieten hatten?

Für Ethos erschien als Substitut die Ideologie. Das bedeutet, daß ein System von Überzeugungen, welches grundlegende soziale und menschliche Werte ausdrückte, ersetzt wurde durch eine Ideologie, welche revolutionäre Ziele der sozio-politischen Aktion und des Fortschrittes zum Inhalt hatte (12).

An die Stelle des Status trat sowohl das uneingeschränkte Führungsprivileg der Mitglieder der KPCh als auch der Bildungsgrad, den die Angehörigen jener neuen systemerhaltenden Schicht aufzuweisen hatten. Damit aber begann sich von zwei Seiten her eine neue Elite herauszukristallisieren: „rote Kader" mit politischem Status, der sich aus der Ideologie ableitete und „gebildete Professionelle" mit sozialem Status, der auf Erziehung beruhte (13).

Dreh- und Angelpunkt jedoch war das Problem, wer die Institution des „pater familias" ausfüllen und als ideale Persönlichkeit in der gesamten staatlichen und gesellschaftlichen Sphäre dargestellt werden sollte. Hier konnte es sich nur um einen Idealtyp handeln, der mit jugendlichem Elan und revolutionärem Eifer, als wahrhaftiger Führer und nicht als Vermittler, im öffentlichen und nicht im privaten Bereich agierend, beides sein mußte: „Rot und Experte" (14).

Diese Anforderungen zu erfüllen, so glaubt man, müßten bei sorgfältiger Auswahl genügend Individuen in der Lage sein. Daß beide Kriterien zusammen genommen jedoch unvereinbar sind, bedarf einer kurzen Erläuterung.

Zunächst ist davon auszugehen, daß in der VRCh grob unterteilt vier Kategorien von Kadern nebeneinander bestanden: Da wären zunächst die Funktionäre zu nennen, welche der Partei von Anfang an oder im Verlauf des Bürgerkrieges beitraten und deren Bildungsgrad häufig in keinem Verhältnis zu der Bedeutung ihrer tatsächlichen Funktion stand. Sodann gab es Kader, die sich der KPCh erst nach der Gründung der VRCh angeschlossen hatten und welche weiterhin unterteilt werden müssen in jene,

- welche zwar keine höhere Bildung besaßen, aber sich durch besonderen revolutionären Eifer auszeichneten,
- welche eine höhere Bildung nur erreichten, weil nach ihrer ideologischen Ausrichtung zu erwarten war, daß sie für die Partei eine Bereicherung darstellten und
- welche eine politische Gesinnung nur vortäuschten, um eine höhere Bildung erlangen zu können.

Allen vier Gruppen war gemeinsam, daß die Führung der Auffassung sein konnte, sie befänden sich im Einklang mit dem grundsätzlichen Bekenntnis zur marxistisch-leninistischen Gesamtkonzeption. Dies gilt, wie sich einleuchtend begründen läßt, nur begrenzt. Denn je mehr die Funktionäre – abgesehen von der Intensität ihres proletarischen Bewußtseins – mit der Praxis befaßt wurden, die täglichen Probleme kennenlernten und sich durch die funktionale Arbeitsteilung zu „Experten" ent-

wickelten, desto weniger waren sie, und nun kommt auch der Bildungsgrad ins Spiel, geneigt, als Lösung jeglicher Schwierigkeiten ausschließlich das ideologische Bewußtsein zu akzeptieren. Hinzu kam die Erkenntnis, daß jene simplifizierenden Parolen wie „Studiert die Gedanken Mao Tse-tungs" (und - so muß man ergänzen - ihr seid aller Probleme ledig) nicht nur in der Praxis wenig weiterhalfen, sondern der Parteiführung auch noch die Möglichkeit an die Hand gab, zu behaupten, die Gedanken des Vorsitzenden seien eben nicht „richtig angewandt" worden. Damit wurde der Erfolgszwang zum dominierenden Faktor, was wiederum - qua bessere Einsicht in die Detailprobleme - den Trend zum Expertentum verstärkte. Das Dilemma ist offenkundig, seine Lösung nicht zu erwarten.

Innerhalb der chinesischen kommunistischen Bewegung hatten sich bis 1949 drei größere funktionale Eliten herausgebildet (15):

- die Militärkommandeure, d.h. Personen, deren berufliche Tätigkeit sich hauptsächlich auf den militärischen Bereich erstreckte;
- Die Verwaltungsfunktionäre, d. h. Personen, die hauptsächlich für das Management der zivilen Sphäre verantwortlich waren, gleich ob im Partei- oder Staatsapparat;
- die Ideologen, d. h. Personen, denen sowohl auf dem militärischen (Politkommissare) als auch auf dem zivilen (Mitglieder des Parteipropagandaapparates) Sektor die Aufgabe übertragen worden war, aktuelle Programme ideologisch zu begründen (16).

Bis in die frühen dreißiger Jahre sahen sich fast alle Kader der KPCh vor die Notwendigkeit gestellt, sich gleichzeitig in allen drei Sparten bewähren zu müssen, weil schon nach kommunistischer Ideologie eine Trennung von Theorie und Praxis nicht möglich ist (17). Mit der zahlenmäßigen Zunahme sowohl der Partei als auch der Armee und dem damit verbundenen erhöhten Aufwand an Verwaltungsarbeit wurde jedoch spätestens ab 1949 die unabdingbare Notwendigkeit der Spezialisierung in bezug auf eine Arbeitsteilung erkannt. Daraus folgte zwangsläufig, daß sich Militärkommandeure wie auch Verwaltungsfunktionäre mehr mit den Realitäten - was bedeutet: Einsatz der menschlichen und materiellen Ressourcen zur Erreichung eines sichtbaren Fortschritts - beschäftigten, während die Ideologen deren Erfolge am Idealmodell - sowohl der persönlichen als auch institutionellen Verfahrensweisen - maßen (18).

Aufgrund der Tatsache jedoch, daß mit der offiziellen Gründung der VRCh im Oktober 1949 sich noch keineswegs das gesamte Festland militärisch in der Hand kommunistischer Verbände befand und auch weiterhin große Teile der Parteimitglieder in die VBA integriert waren, erscheint es zweckmäßig, hinsichtlich der jeweiligen Bedeutung von Militärkommandeuren, Verwaltungsfunktionären und Ideologen, einen Unterschied dahingehend festzustellen, ob in bestimmten Regionen der Sieg bereits endgültig sichergestellt war, oder sich noch bedeutendere Kampfhandlungen zwischen kommunistischen und nationalistischen Truppen abspielten. Während nämlich in Nord- und Südwestchina noch Armeen in der Größenordnung von einer Million Mann operierten und die militärische Entscheidung keineswegs schon gefallen war, wurde in Gebieten - z.B. der Mandschurei - in welcher der Erfolg bereits feststand, nicht nur die VBA bereits größtenteils im zivilen Bereich eingesetzt, sondern es hatten auch schon Militärs begonnen, den Dienst mit der Waffe zu liquidieren, um sich den inzwischen vordringlicheren Aufgaben des nationalen Wiederaufbaus zu widmen. Denn die Schwierigkeiten, an denen die Nationalregierung gescheitert war, wurden durch den bloßen militärischen Sieg der Kommunisten natürlich keineswegs geringer (19).

Im Bereich der Politik wurde es notwendig, eine Organisation zu schaffen, die in der Lage sein mußte, ein 600-Millionen-Volk zu verwalten und zu kontrollieren (20). Im Bereich der Wirtschaft war man gezwungen, ein sozialistisches Programm zu entwickeln, das ein Maximun an Wachstum in einem Minimum an Zeit garantierte (21). Wohingegen mit diesen mehr pragmatischen Fragen vor allem die

Verwaltungsfunktionäre und die Militärkommandeure befaßt waren, mußten sich die Ideologen mit dem jahrhundertealten Problem auseinandersetzen, wie die traditionellen Loyalitäten gegenüber Personen und Gebieten durch jenen breiteren Sinn von Patriotismus, d. h. der Verpflichtung gegenüber „China", ersetzt werden könnten. Gleichzeitig galt es den Geist der Selbstaufopferung, der seit 1937 durch die äußere und innere Bedrohung bestanden hatte, aufrechtzuerhalten (22).

Obwohl all diesen Fähigkeiten prinzipiell gleichrangige Bedeutung zugewiesen werden muß, erfreute sich nur eine der Eliten bisher noch nicht dagewesener Macht und Autorität: die Militärkommandeure.

China wurde zunächst in sechs große Militärbezirke eingeteilt, die gleichzeitig als übergreifende administrative Einheiten dienten. Mit Ausnahme derjenigen Gebiete, die sich schon während des sino-japanischen Krieges vorwiegend in den Händen der KPCh befanden (23), waren die Befehlshaber der Feldarmeen gleichzeitig Vorsitzende der Militär- und Verwaltungskomitees (24). Nur in der Mandschurei (25) und Nordchina (26) konnte eine gewisse Macht auch auf Verwaltungsfunktionäre übergehen, sicherlich aber bloß deshalb, weil die kampfstarken Einheiten von Lin Piaos 4. Feldarmee restlos nach Süden abgezogen waren, um dort noch dringliche militärische Operationen durchzuführen.

An dieser Stelle verdient Erwähnung, daß sich sämtliche Feldarmeen während der Bürgerkriegszeit weitgehend selbständig entwickelten (27). Ursache hierfür waren nicht nur die zeitlich wie regional unterschiedlichen Entstehungstatbestände (28), sondern auch die jeweiligen voneinander abweichenden Erfahrungen im Überlebungskampf gegen die Nationalregierung und die Japaner, was die Tendenz zur Zusammengehörigkeit noch weiter verstärkte (29).

Obwohl kaum belegbar, so scheint es dennoch, als ob – zumindest in der Sicht Maos – die äußere Bedrohung durch den Koreakrieg im Sommer 1950 mit einer inneren Bedrohung gekoppelt war, die er vor allem in der Beeinträchtigung des zentralen Kontrollsystems sah. Denn es bedarf kaum der Erwähnung, daß damit den Oberkommandierenden der Feldarmeen, von denen jeder noch die unmittelbare Befehlsgewalt über große und intakte Kampfverbände innehatte, eine starke Position in den jeweiligen Regionen zugeschrieben werden mußte (30). Mit loyalen Gefolgsleuten auf lokaler Ebene sowie starker Repräsentation in der Zentrale konnte dadurch Maos persönliche Macht eingeengt, Direktiven „von oben" umgangen und eine effektive Einigung des Landes verzögert werden (31).

Natürlich dominierte zunächst die Furcht vor einer Ausweitung des Koreakrieges durch die USA (32). Aber bald erkannte man auch die Chancen, die sich hiermit ergaben. Unter Hinweis auf die äußere Bedrohung war es nämlich erheblich leichter, dem Volk die Opfer abzuverlangen, welche bei Durchführung der kommunistischen „Reformpläne" ohnehin unvermeidbar gewesen wären (33). Hinzu kam die Gelegenheit, durch massive Mobilisierung von Menschenkraft nicht nur die schlechte Ernährungslage zu verbessern und den Wiederaufbau lebensnotwendiger Industrien zu forcieren, sondern gleichzeitig auch das gesamte Land mit einem Netz von Parteikomitees auf provinzieller und lokaler Ebene zu überziehen.

Mao selbst bot – angesichts der ihm gefährlich erscheinenden inneren Machtkonstellation – der Koreakrieg die zusätzliche Möglichkeit, ideologische wie politische Kontrahenten dadurch auszuschalten, daß er sie gegen den äußeren Feind einsetzte. So wurden nämlich von Anfang an nicht nur einige der effektivsten Truppenteile seiner potentiellen Rivalen an die Front beordert (34), sondern auch die Mehrzahl der ehemaligen – zu den Kommunisten übergelaufenen – nationalistischen Truppenteile im Koreakrieg praktisch „verheizt" (35).

Andererseits war jedoch eine den maoistischen Konzeptionen zweifellos zuwider laufende Konsequenz des militärischen Engagements unvermeidbar: die sich weiter verstärkende Professionalisierung auf Kosten der Ideologie (36). Eine Situationsanalyse mag dies verdeutlichen:

1. An der koreanischen Front hatten sich angesichts der materiellen Überlegenheit des Gegners und der Indifferenz der Bevölkerung die Methoden des Volkskrieges als nicht anwendbar erwiesen. Katastrophale Verluste (37) brachten die Militärkommandeure weiterhin zu der Überzeugung, daß die Taktiken, welche ihnen erstmals auf der Huangpu-Akademie in den zwanziger Jahren von sowjetischen Ratgebern gelehrt worden waren, grundsätzlich auch noch im gegenwärtigen Kriege Gültigkeit besaßen (38). Schon bald begann man darum die Bestimmung einer Gegenzeichnung von Befehlen an die Truppe durch Politkommissare – so sehr diese auch dagegen protestieren mochten – einfach zu ignorieren (39).

2. Auch an der „Heimatfront" dominierten die pragmatischen Erwägungen der Verwaltungsfunktionäre. Organisation des Partei- und Staatsapparates, Massenmobilisierung zum Aufbau der Industrie, Produktion und Verteilung der Güter sowie die Versorgung der Front mit Menschen und Material erhielten eindeutige Priorität vor allen anderen – auch den ideologischen – Fragen. Klassenkampfparolen fanden, jedenfalls zu dieser Zeit, wenig Gehör (40).

Mit dem Waffenstillstand in Korea 1953 fand eine gewisse graduelle Machtverschiebung statt (41). Aber sie ist unbedeutend, wenn man bedenkt, daß immerhin 60% aller Kampftruppen in die Regionen zurückkehrten, in welchen sie vor 1950 stationiert waren; etwa 20% erhielten neue Standorte um Peking herum, während die verbleibenden 20% in anderen Militärregionen verwendet wurden. Jene vergleichsweise geringfügige Umverteilung von Truppen und deren Befehlshabern zeigt an, wie stark sowohl die Kohäsion innerhalb der Feldarmeen als auch deren Bindung an ihre Basisgebiete noch immer war (42). Diese Tatsache sowie die weiteren Entwicklungen können dazu verleiten, von den „Feldarmeeparteien" zu sprechen (43), auch wenn die Bezeichnung „Loyalitätsgruppen" gebräuchlicher und vielleicht auch zweckmäßiger erscheint (44). Ganz abgesehen davon jedoch, wie man sie auch immer nennen mag, sicher ist, daß ihr Einfluß noch bei den interfraktionellen Kämpfen während der Großen Proletarischen Kulturrevolution deutlich spürbar wurde (45).

2. Die Probleme der Demobilisierung, Reorganisation und Modernisierung der chinesischen Volksbefreiungsarmee

In den ersten Jahren nach der Machtübernahme hatte die VBA wesentlichen Anteil an der schnellen Konsolidierung des kommunistischen Regimes. Wo immer Engpässe auftauchten (46) – und dies war nicht selten –, sie erwies sich als der beste Garant für Stabilität und gesicherte Aufbauarbeit auf fast allen Gebieten. Aber auch das konnte die Tatsache nicht verschleiern, daß dieses ehemals so erfolgreiche revolutionäre Bürgerkriegsheer und die inzwischen für die Machtsicherung der kommunistischen Einparteienherrschaft fast unentbehrlich gewordene Hilfstruppe der KPCh in bezug auf die veränderte Aufgabenstellung als Friedensstreitmacht zumindest drei entscheidende Mängel aufwies.

Die VBA war

- zahlenmäßig zu groß (47) und insbesondere technisch wie ideologisch mit einer verhältnismäßig geringen Zahl an qualifizierten Kräften besetzt (48);
- strukturell nicht mehr angemessen durchgegliedert, weder bezüglich moderner militärischer Erfordernisse (49), noch im Hinblick auf die Reorganisation des politischen Kontrollsystems (50);
- in bezug auf die militärische Ausrüstung noch auf einem Stand, der ihren Wert als Verteidigungsinstrument gegen einen modern bewaffneten Gegner erheblich herabsetzen mußte (51).

Zwar war schon am 14. Februar 1950 in Moskau ein sino-sowjetischer Vertrag unterzeichnet worden (52), welcher der Beseitigung einiger dieser Mängel hätte dienen können, aber Stalin war ein vorsichtiger Mann und seine Unterstützung - gemessen am Bedarf der VBA - dementsprechend unbefriedigend. Insgesamt wurde anfangs eine „Entwicklungsanleihe" in Höhe von 300 Millionen Dollar vereinbart, wobei offenbleibt, inwieweit Lieferungen militärischer Ausrüstungsgüter und die Kosten der Schulung chinesischer VBA-Angehöriger auf diese Anleihe angerechnet wurden (53). Jedenfalls begann die sowjetische Militärhilfe mit der Entsendung von ungefähr dreitausend Beratern nach China, der Ausbildung chinesischer Soldaten in der UdSSR sowie der Bereitstellung mehrerer hundert Flugzeuge zum Aufbau einer Luftwaffe (54).

Erst der Koreakrieg (55) brachte die VRCh in bezug auf die Mängel ihrer Streitkräfte etwas voran. Zwar konnte in seiner ersten Phase an eine Demobilisierung im großen Maßstabe noch nicht gedacht werden (56), und auch die von der Sowjetunion zugesagte Unterstützung war anfangs - wie bereits ausgeführt - gering, aber dies änderte sich ab August 1951 entscheidend. Einmal war die Zeit der großen Offensiven des Krieges bereits vorbei und zum zweiten erreichten gerade jetzt die ersten größeren sowjetischen Waffenlieferungen die koreanische Front (57). Damit bot sich die Gelegenheit, die lange geplanten Maßnahmen - nicht nur auf dem Kriegsschauplatz, sondern auch in China - in Gang zu setzen. Nach Überwindung von Anfangsschwierigkeiten (58) erklärte schon im August 1953 der Oberbefehlshaber der VBA, Chu Teh: „Die große und historische Umwandlung der VBA zu einer modernen Streitmacht hat bereits begonnen" (59), und man darf annehmen, daß, jedenfalls was die Waffenausrüstung anbetrifft, Ende 1955 ein Stand erreicht worden war, der durchaus Vergleiche mit anderen konventionell, aber modern ausgerüsteten Armeen zuließ.

Die Ziele einer Militärreform wurden klar und deutlich in dem gemeinsamen Programm der Politischen Konsultativkonferenz vom September 1949 (60) festgelegt. Danach sollte die VRCh eine „geeinte Armee" mit einem „geeinten System, geeinter Organisation und geeinter Disziplin" erhalten (61). Die Landstreitkräfte sollten modernisiert und eine Luftwaffe sowie Marine aufgebaut werden, „damit die nationale Verteidigung gewährleistet sei". Diese Formulierung berechtigt zu dem Schluß, daß die chinesische Führung im Prinzip Einigkeit dahingehend erreicht hatte, daß die Rolle der VBA nach Gründung des kommunistischen Staates eine entschieden andere geworden war. Wenn man dann - diesen Tatsachen Rechnung tragend - in der Folgezeit daranging, sie den neuen Erfordernissen anzupassen (62), mußte man sich jedoch im klaren darüber gewesen sein, daß ihr im steigenden Maße jene Eigenschaften verlorengehen würden, die sie in den Augen der KPCh während des Bürgerkrieges so sehr ausgezeichnet hatte. Vor allem aber die Ausrüstung mit modernen Waffen hatte zwei einschneidende Konsequenzen:

- Weitgehende Abhängigkeit von der sowjetischen Bereitschaft, diese Waffen überhaupt zu liefern, Ausbilder und Techniker zur Schulung an jenen komplizierten Waffensystemen zu entsenden und ggf. auf lange Sicht auch bei der Errichtung einer eigenen chinesischen Waffenindustrie behilflich zu sein.

- Umfassende Entbindung der VBA von allen nicht-militärischen Aufgaben - einschließlich des zeitraubenden Politunterrichts.

Hinzu kommt, daß der Begriff „Modernisierung" zwar in eine bestimmte Richtung weist, eine Begrenzung jedoch nicht beinhaltet. Es ist auch nicht bekannt, ob die chinesische Führung, besonders aber die Militärs, schon eine konkrete Vorstellung davon hatten, wie weit jene waffentechnische Umrüstung gehen sollte; zumindest aber ließ es die Parole „...die VBA von morgen wird der Sowjetarmee von heute gleichen" (63) nicht unmöglich erscheinen, daß der eine oder andere bereits zum damaligen Zeitpunkt an Atomwaffen dachte (64). Auf der anderen Seite darf man jedoch als sicher annehmen, daß die Sowjetunion eine Grenze dessen festgelegt hatte, was sie der VBA in bezug auf

deren waffentechnischen Ausrüstungsstand zubilligen wollte. Eine solche Situation aber, in der die Erwartungen des eine zwangsläufig stets über die Bereitschaft des anderen, diese zu erfüllen, hinausgehen mußten, ließ sich auf die Dauer nicht ohne Folgen aufrechterhalten. So waren denn die gegenseitigen Beziehungen in einer derart verhängnisvollen Weise miteinander verknüpft, daß eine der Ursachen für den später offen zutage tretenden sowjetisch-chinesischen Konflikt u.a. schon hier zu suchen sein dürfte (65).

Auch wenn das Vertrauen in die Hilfe der Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt noch groß zu sein schien (66), lassen sich dennoch gewisse „Schwankungen" in den gegenseitigen Beziehungen feststellen, die in einem direkten Zusammenhang mit dem Umfang der Waffenlieferungen und den chinesischen Modernisierungsbestrebungen nach dem sowjetischen Vorbild gebracht werden können. Am deutlichsten läßt sich dies aus Ton und Inhalt der Reden und Grußbotschaften ablesen, die zu den jeweiligen Jubiläen gehalten bzw. ausgetauscht wurden. So ehrten zum Beispiel zahlreiche höhere chinesische Militärs den sowjetischen Armeefeiertag am 23. Februar 1950 dergestalt, daß man sich für die „selbstlose Hilfe der Sowjetunion" überschwänglich bedankte und die Hoffnung zum Ausdruck brachte, es möge der VBA gelingen, „das Modell der sowjetischen Armee weitgehend zu übernehmen" (67). Ähnlich warmherzige Worte wurden auch zum Armeefeiertag der VBA am 1. August 1950 gefunden (68). Ein Jahr später fehlten solche Referenzen nahezu gänzlich. Nach den schweren chinesischen Verlusten in Korea und den manchmal beklagten Mangel an sowjetischer Unterstützung klang es fast nach einer Umorientierung, wenn Ho Lung und Ch'en Yi forderten, „die Armee müsse lernen, sich vertrauensvoll auf die militär-strategische Linie Mao Tse-tungs zu stützen" (69). Nach dem verstärkten Eintreffen sowjetischer Waffenlieferungen und der damit verbundenen schrittweisen Modernisierung der VBA wurden die Töne wieder überaus herzlich. Zum sowjetischen Armeefeiertag im Februar 1952 versicherte man sich in Telegrammen gegenseitig „unverbrüchliche Freundschaft" (70), und die chinesischen Militärs bekräftigten, daß man „stolz darauf sei, an der Seite der glorreichen Sowjetarmee stehen zu dürfen" (71). Ein halbes Jahr später nahm Hsiao Hua, der Vizedirektor der Allgemeinen Politischen Abteilung, den chinesischen Armeefeiertag zum Anlaß, detaillierte Pläne für eine Modernisierung und Reorganisation der VBA nach dem sowjetischen Modell vorzulegen (72). Und während innerhalb der Streitkräfte die Periode der „Improvisation" mehr und mehr einer längerfristigen Planung wich, rief Mao Tse-tung anläßlich des sowjetischen Armeefeiertages im Februar 1953 gar zu einer die ganze Nation ansprechenden Kampagne „Lernt von der Sowjetunion" auf (73).

Damit war die Entscheidung anscheinend gefallen. In welcher Richtung die Tendenz schon seit langem ging, das erweisen eindeutig die Aussagen einiger führender Persönlichkeiten der chinesischen kommunistischen Hierarchie. Chou En-lai, Premier des Staatsverwaltungsrates der VRCh, erklärte z.B. schon in seinem Bericht auf der 3. Politischen Konsultativkonferenz im Oktober 1951: „Die Produktion in unserem Lande muß vorrangig der Stärkung unserer Verteidigungskräfte dienen" (74). Ähnlich äußerte sich Ch'en Yün, Minister für Schwerindustrie, als er sagte: „Alle Geldmittel, die sonst für wirtschaftliche, kulturelle und sonstige Belange verwendet würden, müßten nunmehr der Stärkung der Verteidigungskraft dienen" (75) und Li Fu-ch'un, Vizevorsitzender des Wirtschafts- und Finanzkomitees, wenn er erläuterte: „Die Sicherung unserer nationalen Verteidigung ist unsere erste Aufgabe", und dann daraus schloß: „Da jedoch die Schwerindustrie eng mit den Verteidigungsaufgaben zusammenhängen, müsse auch sie vorrangig verstärkt werden" (76). Diese Konzeption erhielt sinngemäß und verbal die höchstmögliche Steigerung, als Radio Peking am 9. April 1955 feststellte: „Der friedliche Wiederaufbau selbst hängt von starken Verteidigungsstreitkräften ab" (77).

Natürlich erhoben sich auch gewisse warnende Stimmen (78), doch im großen und ganzen kann man davon ausgehen, daß zu diesem Zeitpunkt einer Modernisierung und Reorganisation der VBA nach dem sowjetischen Vorbild von dem maßgebenden Teil der chinesischen Führung der Vorrang eingeräumt wurde.

Die Konsequenzen allerdings liegen auf der Hand:

- außenpolitisch eine einseitige Anlehnung an die Sowjetunion, nicht nur aus ideologischen Gründen und dem Bewußtsein der eigenen Schwäche, sondern weil man auch nur mit sowjetischer Hilfe und unter sowjetischem Schutz zu erstarken hoffen konnte und
- innenpolitisch eine schwerwiegende Entscheidung zugunsten der nationalen Verteidigung und zwar vor allen anderen – „objektiv" entwicklungspolitisch gleichrangig bedeutsamen – Aufgaben.

3. Die Relevanz nuklearer Waffen für die strategischen Überlegungen der kommunistischen Führung

Den Eintritt ins Atomzeitalter, welchen der Abwurf der ersten amerikanischen Atombombe über Hiroshima im August 1945 so eindrucksvoll signalisierte und der sehr schnell das strategische Denken des Westens von Grund auf veränderte (79), führte vermutlich auch innerhalb der KPCh zu gewissen Erörterungen, besonders dahingehend, ob hierdurch nicht der Traum von einer siegreichen Beendigung des chinesischen Bürgerkrieges illusorisch geworden sei (80).

Um jedoch die möglichen Gedankengänge von Mao Tse-tung und den damals führenden KPCh-Mitgliedern richtig einschätzen zu können, erscheint es notwendig, sich noch einmal die Situation in Ostasien zu vergegenwärtigen, wie sie sich gegen Ende des Zweiten Weltkrieges darstellte: Im Verlauf ihres Überlebenskampfes gegen die Truppen der Nationalregierung und die japanischen Aggressoren hatte Mao Tse-tung eine neue revolutionäre Doktrin entwickelt (81). Diese übernahm zwar vom Leninismus den Gedanken von der Bedeutung einer kleinen Elitepartei unter festgefügter zentraler Kontrolle, ging aber insoweit über diesen hinaus, daß sie die Notwendigkeit von gesicherten ländlichen Basisgebieten und einer politisch gut erzogenen, gut durchorganisierten und strategisch wie taktisch gut eingestellten Volksarmee als unabdingbar bezeichnete (82). Dabei sollten die militärischen Operationen drei Stadien – beginnend mit der Phase des passiven und aktiven Widerstandes über die des lang andauernden Abnutzungskrieges bis schließlich hin zu der des konventionellen Frontalangriffes – durchlaufen, um so das Ziel eines Sieges gegen die herrschende Klasse oder eingedrungene Aggressoren umso sicherer zu erreichen (83).

Aber nach dem rapiden Zusammenbruch des vor kurzem noch als so mächtig erachteten Japan unmittelbar nach Abwurf der zweiten amerikanischen Atombombe auf Nagasaki mußte man sich auch in Yenan fragen, ob der Schwache noch immer darauf hoffen durfte, den Starken besiegen zu können, insbesondere wenn diesem jene neue durchschlagende Waffe zur Verfügung stand? Denn es konnte ja immerhin sein, daß die Atombombe einen Wandel in den Gesetzen der Kriegführung, wenn nicht gar einen Wandel der geschichtlichen Gesetzmäßigkeiten hervorgerufen hatte. Es ist auch nicht auszuschließen, daß es innerhalb der chinesischen kommunistischen Führung Personen gab, die daran zweifelten, ob die bisher so erfolgreiche und bewährte revolutionäre Strategie noch geeignet sei, die Macht in China zu erringen (84).

Unterstellt, es hätte derartige Überlegungen gegeben, so ist Mao ihnen mit Entschiedenheit entgegengetreten. Dies geht aus seinem berühmten Interview mit Anna Louise Strong klar hervor, als er betonte, daß die Atombombe zwar eine mächtige Waffe von großer Bedeutung sei (85), die Gesetze der Geschichte sowie die Gültigkeit der Volksstrategie aber nicht aufgehoben oder gar den kommunistischen Sieg auf dem Festland in Frage gestellt habe. Denn am Ende werde – so man die Unterstützung des Volkes besitze – der revolutionäre Geist über jede Waffe triumphieren (86).

Maos Argumentation fand zunächst überzeugende Bestätigung mit dem Sieg der chinesischen Kommunisten auf dem Festland (87). Aber die nächste Probe sollte sich unmittelbar anschließen. Noch wissen wir sehr wenig über die chinesisch-sowjetischen Verhandlungen, die dem nordkoreanischen

Angriff auf Südkorea vorangegangen sind (88). Es ist jedoch einerseits höchst zweifelhaft, daß er ohne Wissen und stillschweigende Duldung der chinesischen Kommunisten erfolgte, schon deshalb, weil eine amerikanische Intervention nicht ausgeschlossen werden konnte und man dann nur die Wahl hatte, entweder zuzulassen, daß an der chinesischen Nordgrenze ein „feindlicher Brückenkopf" entstand, oder selbst einzugreifen. Andererseits ist es aber auch sehr unwahrscheinlich, daß Peking so sehr daran gelegen gewesen sein könnte, die amerikanische Bereitschaft, Atomwaffen einzusetzen, derart kurz nach der Machtübernahme und vor einer ausreichenden Konsolidierung der Verhältnisse im eigenen Land, erneut zu überprüfen (89).

Doch die Ereignisse überschlugen sich. Die UNO – d.h. vorwiegend die USA – griffen ein, der vermutliche Initiator Stalin steckte, um eigene Risiken auszuschalten, sehr schnell zurück und ließ die Chinesen mit dem Problem einer auf ihre Grenzen voranmarschierende US-Armee allein (90).

Der Entscheidung, wie man in dieser schwierigen Situation reagieren sollte, scheint eine intensive Debatte innerhalb der chinesischen Führung vorausgegangen zu sein. Man beschloß zunächst, mit einer vorsichtigen Intervention (91) die Absichten des Gegners zu ergründen. Erst als mit großer Wahrscheinlichkeit ein amerikanischer atomarer Vergeltungsvorschlag nicht mehr zu befürchten war, griff man in einer Art und Weise an, die den Ausgang des mit ausschließlich konventionellen Waffen geführten Krieges erheblich beeinflussen sollte (92).

Spätestens aber der erfolgreiche Abschluß (93) des „koreanischen Abenteuers" schien die chinesische kommunistische Führung von der grundsätzlichen Richtigkeit der Behauptung Maos – nämlich, daß die Atombombe lediglich ein „Papiertiger" sei – überzeugt zu haben (94).

Für die VRCh gilt damit zunächst, daß man offiziell an einer sowohl von der Zeit als auch den Umständen längst überholten Militärdoktrin beharrte. Dies ist jedoch nur zum Teil auf Maos Festhalten an seiner bewährten Volkskriegskonzeption und auf taktische Erwägungen der chinesischen Kommunisten zurückzuführen. Hinderlich war für eine offene Strategiediskussion auch die Haltung der UdSSR.

In der Sowjetunion galten noch immer die von Stalin bereits im Jahre 1942 dogmatisch festgelegten „Fünf kriegsentscheidenden und ständig wirkenden Faktoren" (95), und niemand konnte es wagen, vor dessen Tod daran zu rühren (96). Aber auch nach 1953 kam eine Diskussion über die veränderte strategische Situation nur sehr langsam in Gang (97). Eröffnet wurde sie durch einen Artikel des sowjetischen Generalmajors Talenskij, der in einer Ausgabe der theoretischen Fachzeitschrift „Der Wehrgedanke" erstmalig den strategischen Wert der Stalin'schen Faktorenlehre im Atomzeitalter in Zweifel zog und „die Möglichkeit einer entscheidenden Niederlage innerhalb eines begrenzten Zeitraumes ... unter gewissen Voraussetzungen" (98) nicht ausschloß. Die Debatte zog sich – unter Beteiligung oft namhafter Autoren – bis April 1955 hin und fand erst mit der nahezu allgemein akzeptierten Feststellung des sowjetischen Marschalls der Panzertruppe, Rotmistrow, ihren Abschluß (99), der erklärte, „daß die alte Formel... die Lösung der lebenswichtigen Fragen eines Überraschungsangriffes unter Einsatz von Atombomben eher behindere als fördere" (100).

In der Zeit vom Sommer 1950 bis Herbst 1954 wurden in chinesischen Dokumenten bzw. Stellungnahmen Atom- und Wasserstoffbomben, sowohl in ihrer Bedeutung für die moderne Kriegführung als auch in bezug auf die Schäden und Folgeerscheinungen einer möglichen Anwendung, konsequent verschwiegen. Erwähnungen fanden sie lediglich in folgenden Zusammenhängen:

- Im Sommer 1950, als auf die Bedeutung einer Friedenskampagne, die in Stockholm stattfand, hingewiesen wurde; man forderte das Verbot aller Kernwaffen und bezeichnete diejenigen, die sie zuerst angewandt hatten, als Kriegsverbrecher (101);
- im November 1950, als man offiziell Stellung bezog und die Atombombe grausam nannte sowie ihr Verbot forderte (102);

- im Oktober 1951 – nach Stalins Verkündigung, die Sowjetunion besitze ebenfalls die Atombombe –, als man anhob, die damit verbundenen Konsequenzen (das amerikanische Monopol sei nun gebrochen, die atomare Erpressung fortan unmöglich und das „friedliebende Lager" entscheidend gestärkt) zu preisen (103);
- im Juni 1952, als die USA beschuldigt wurden, sie planten die Anwendung von Atombomben im Koreakrieg (104);
- im Oktober 1952, als man anläßlich der in Peking stattfindenden asiatischen und pazifischen Friedenskonferenz eine allgemeine Ächtung der ABC- und aller anderen Massenvernichtungsmittel forderte (105) und
- Mitte 1953, als man feststellte, daß nunmehr endgültig die amerikanischen Erpressungspläne gescheitert seien, weil die Sowjetunion – veranlaßt durch die Weigerung der USA, die eigenen zu vernichten – die waffentechnische Entwicklung vorangetrieben habe und nunmehr selbst die Wasserstoffbombe besitze (106).

Vom Dezember 1953 an ist ein leichtes, aber ständig steigendes Interesse am Thema „Kernwaffen" festzustellen (107), wobei die Angriffe gegenüber den Imperialisten vorherrschten. Ende 1954 wandte man sich schließlich sogar direkt an die chinesische Öffentlichkeit und behauptete, die USA hätten die sowjetischen Pläne zur ausschließlich friedlichen Nutzung der Kernenergie torpediert, verstärkten laufend das eigene Kernwaffenpotential, verherrlichten den Atomkrieg und benutzten ihre nuklearen Waffen dazu, das „friedliebende Lager" zu bedrohen und zu provozieren. Gleichzeitig jedoch versicherte man der Bevölkerung, die Zeiten der amerikanischen militärischen Überlegenheit, die ohnehin nur in bezug auf Atom- und Wasserstoffbomben bestanden habe, sei nunmehr endgültig vorbei (108).

IV. Die Phase von 1955 bis Mitte 1957

1. Die Grundzüge der chinesischen Außenpolitik

Zu jener Zeit, da die chinesischen Kommunisten ihren Siegeszug auf dem Festland vollendeten, schien es so, als hätte es kaum größerer Anstrengungen bedurft, die innenpolitisch geschaffene Lage auch noch durch außenpolitische Erfolge zu stützen. Denn das internationale Klima war günstiger, als das neue Regime es eigentlich erwarten konnte.

Für die meisten ausländischen Beobachter stellte sich nämlich die KPCh anfangs als eine genuin-chinesische Bewegung dar, die zwar an ihrer marxistisch-leninistischen Ausrichtung keine Zweifel ließ, aber doch in ihren offiziellen Stellungnahmen nicht mehr als die Macht im eigenen Lande, die Einheit des chinesischen Volkes und die Erfüllung der legitimen Forderung nach Gleichberechtigung in der Welt verlangte. Der extreme Antikolonialismus, welcher in vielen Ländern – insbesondere Asiens – damals herrschte und die Bewunderung für die unbestreitbare Leistung der chinesischen Kommunisten schufen zusätzlich eine Atmosphäre der Solidarität und mancherorts sogar Sympathie. Darum war eine der Reaktionen die mehr oder weniger spontane diplomatische Anerkennung durch eine verhältnismäßig große Zahl der neu entstandenen asiatischen Nationalstaaten (1), der Länder des kommunistischen Blocks (2) und sogar einiger westlicher Mächte (3). Nicht einmal die USA zeigten sich angesichts dieser Situation noch geneigt, das Ergebnis ihrer gescheiterten Chinapolitik durch irgendwelche Interventionen korrigieren zu wollen.

Doch die chinesische Führung hat diese Chance nicht genutzt. Unter dem maoistischen Schlagwort „China ist wiedererstanden" sowie in einer seltsamen Mischung von kommunistischer Ideologie und nationalem Chauvinismus versuchten sie von Anfang an, ihre auswärtigen Beziehungen kompromißlos auf der Basis eigener Bedingungen zu regeln. Dies beinhaltete auch die aktive Unterstützung

revolutionärer Aufstandsbewegungen in Malaya, Indonesien, Burma, Indochina und den Philippinen (4), alles Länder, deren Regierungen die Ereignisse in China zumindest mit neutraler Zurückhaltung verfolgt hatten. Die gewaltsame „Befreiung" Tibets, der Koreakrieg, die erste T'aiwan-Krise und die ständig zunehmende antiamerikanische Kampagne zeigten jedoch, daß die VRCh – wenn auch mit der gebotenen Vorsicht – gewillt war, ihre kurz- und langfristigen nationalen wie internationalistischen Zielsetzungen (5) Zug um Zug zu verwirklichen (6).

Versucht man, die außenpolitische Position der VRCh Ende 1954 auf die wichtigsten Punkte zu reduzieren, so ergibt sich folgendes Bild:

- Nachdem die chinesischen Kommunisten in den ersten Jahren nach ihrer Machtübernahme alle Länder Asiens zum Aufstand gegen die ehemaligen Kolonialmächte und ihre „Marionetten" (7) aufgerufen hatten, sahen sie sich spätestens 1954 zu der Erkenntnis gezwungen, daß im Grunde genommen derartige Bestrebungen als gescheitert angesehen werden mußten (8). Selbst in Indochina, wo in der Tat die günstigsten subjektiven wie objektiven Bedingungen zur Nachahmung des chinesischen Revolutionsbeispiels vorzuliegen schienen, konnte man schließlich nicht umhin, sich aus zwingenden politischen Erwägungen mit einem vergleichsweise dürftigen Ergebnis zufrieden zu geben (9).

- Die noch gestärkt aus jenen Umsturzversuchen hervorgegangenen neutralistischen Regierungen waren aber nicht nur jene, welche die Anerkennung der VRCh und deren Aufnahme in die UNO in der Vergangenheit unterstützt hatten (10), sondern auch dieselben, welche die USA seit dem Beginn des Koreakrieges in gesteigertem Maße für ein anti-kommunistisch und anti-chinesisch ausgerichtetes Militärbündnis zu gewinnen suchten (11).

- Als sich die USA mit dem Abschluß des sog. SEATO-Paktes am 8. September 1954 eine vertraglich gesicherte Präsenz im asiatischen Raum geschaffen hatten (12), konnten die chinesischen Kommunisten zwar erleichtert feststellen, daß ihm nur drei asiatische Länder (13) angehören sollten, aber keineswegs sicher sein, daß sich nicht – je nach der politischen Lage – weitere anschließen würden (14).

Eine darüber hinausgehende faktische und vertragliche Einkreisung der VRCh und – damit verbunden – sich verstärkende außenpolitische Isolierung konnte nur noch durch eine grundlegende politische Neuorientierung verhindert werden.

In Erkenntnis der Verschlechterung, die jeder anti-chinesische Pakt (15) auch in militärstrategischer Hinsicht mit sich bringen mußte, hatten die chinesischen Kommunisten schon lange vor seinem Zustandekommen propagandistisches Sperrfeuer geschossen: Am 30. März 1954 beschuldigte man die USA, sie wollten ihre Luftwaffenstützpunkte auf den Philippinen, in Thailand, Okinawa und Japan „als Sprungbrett für einen gewaltigen Atomschlag gegen China und die Sowjetunion" (16) benutzen, und wenig später nannte man die großen amerikanischen Wasserstoffbomben-Tests im Pazifik, die Seemanöver bei Iwojima und die Luftübungen in Südkorea „zusätzliche Akte der Bedrohung der Volksrepublik China" (17).

Das T'aiwan-Problem sollte ein wenig isolierter von den o.a. Zusammenhängen gesehen werden.

Die Republik China mußte dem kommunistischen Regime auf dem Festland, ungeachtet dessen, daß sie schon als amerikanischer Stützpunkt eine ernsthafte Bedrohung darstellte, aus manch anderen Gründen ein Dorn im Auge gewesen sein. Nicht nur, daß man schon einmal wegen des Engagements in Korea die Hoffnung auf eine baldige Eroberung des von den Nationalisten gehaltenen Territoriums hatte aufgeben müssen (18), so erwies sich in der außen- wie innenpolitischen Konstellation des Jahres 1954 die Existenz dieses Staates für Rotchina zumindest hinderlich, wenn nicht gar gefährlich:

- Im Frühjahr 1954 wurde Chiang Kai-shek zum zweiten Male als Präsident der Republik China gewählt und gab sich angesichts der erkennbaren entwicklungspolitischen Fortschritte auf T'aiwan

optimistisch und selbstsicher (19). Diese Tatsache allein dürfte auf die Führer der KPCh im Hinblick auf die am 1. Oktober 1954 geplanten Feierlichkeiten zum 5. Jahrestag der Gründung der VRCh provokatorisch gewirkt haben (20), ganz abgesehen davon, daß man sich selbst gerade den schwierigen Problemen der forcierten Kollektivierung (21), Aufrüstung (22) und einer nicht ungefährlichen Parteikrise gegenübersah (23).

- Seit 1949 war es den Nationalchinesen nicht nur gelungen, die dem Festland unmittelbar vorgelagerten Inselgruppen Quemoy, Matsu und Tachen besetzt zu halten, sondern von hier aus auch eine Blockade des Festlandes von Shanghai bis Kanton aufrecht zu erhalten (24). Dies mußte ab 1954, als man u. a. im Zeichen des 1. Fünf-Jahres-Plans eine neue Außenpolitik gegenüber den „Neutralen" begann, die Industrien vom Landesinnern in die Küstenregionen zu verlagern, besonders hinderlich erschienen sein (25).
- Die Entscheidung Präsident Trumans, mit der amerikanischen Intervention in Korea auch die Straße von Formosa zu „neutralisieren", hatte den Zustand einer direkten Konfrontation der VRCh mit den USA geschaffen (26). Als im Frühjahr 1953 die 7. amerikanische Flotte aus diesem Gebiet abgezogen wurde, hatte der neue amerikanische Präsident Eisenhower die „Neutralisierungsfunktion", welche die Flotte zunächst nach offizieller amerikanischer Darstellung wahrnehmen sollte, nachträglich einseitig mit der Erklärung uminterpretiert, „die amerikanischen Seestreitkräfte dürften nicht länger dazu dienen, ein kommunistisches Regime, dem die USA in keiner Weise verpflichtet seien, abzuschirmen" (27).

Vor allem die in dem letzten Punkt enthaltenen Konsequenzen (28) und die verstärkten Waffenlieferungen der USA an die Republik China, veranlaßten die chinesischen Kommunisten zunächst sogar Verteidigungsmaßnahmen zu treffen (29), bis sie sich anscheinend entschlossen hatten, selbst zum Angriff überzugehen.

Zum Jahrestag der VBA am 1. August 1954 forderte Chu Te Offiziere und Soldaten zur Vorbereitung und Befreiung T'aiwans auf (30), und am 11. August erklärte Chou En-lai, daß die internationalen Spannungen und die permanente Weltkriegsgefahr so lange akut bleiben müßten, wie das Chiang Kai-shek-Regime existiere. Erst nach dessen Liquidierung könnten die „fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" (31) erfüllt werden (32).

Als die hochgeheizte Kampagne schließlich in militärische Aktionen einmündete, wußte die rotchinesische Führung bereits, daß weder die USA bereit waren, eine gewaltsame Eroberung T'aiwans zu dulden (33), noch die UdSSR gedachte, mehr als verbale Unterstützung zu leisten (34). Wie immer Chruschtschow bei seinem wenig später erfolgten Besuch in Peking im September/Oktober 1954 die sowjetische Haltung erklärt haben mag (35), fest steht, daß die militärischen Aktivitäten gegen T'aiwan von diesem Zeitpunkt an mehr und mehr den Charakter eines Tests der amerikanischen Reaktionen annahmen (36). Als die Nationalchinesen im Dezember die Tachen-Inselgruppe räumten (37) und die USA ein Verteidigungsabkommen mit der Republik China schlossen (38), ließ auch der Druck auf T'aiwan langsam nach, während die rotchinesische Außenpolitik insgesamt in jene Phase überging, die unter dem Schlagwort „Geist von Bandung" (39) bis zum Frühjahr 1957 andauern sollte.

2. Die Strategiediskussion

Es gibt zwar genügend Hinweise darauf, daß (40), jedoch wenig konkretes Material inwieweit, die sowjetische Debatte über Militärstrategie (41) die diesbezügliche Diskussion in der VRCh beeinflußte (42). Aber selbst wenn man annimmt, der KPCh wäre gar keine andere Wahl geblieben, als ihre Haltung gegenüber der nuklearen Kriegführung gänzlich an jener der Sowjetunion auszurichten, so lassen sich noch immer eine ausreichende Anzahl bedeutsamer eigener Motivationen finden, die

Einfluß auf den Beginn und den Verlauf der Strategiediskussion innerhalb der chinesischen Führung erlangt haben könnten (43).

- Als einer der wichtigsten Faktoren der maoistischen Militärdoktrin wurde immer wieder bezeichnet, daß dem Feind die eigene Schwäche unter keinen Umständen zu erkennen gegeben werden dürfe.
- Während der lebenswichtigen Konsolidierungsphase und der zusätzlichen Belastung durch die aktive Teilnahme am Koreakrieg war es nicht ratsam, sich mit einem Problem zu befassen, welchem angesichts der aktuellen Bedrohung ausschließlich theoretische Bedeutung beizumessen gewesen wäre.
- Selbst die dringlichsten Aufgaben der Versorgung und des Wiederaufbaus konnten in diesem Stadium nur auf Kosten des konventionellen Verteidigungsbudgets erfüllt werden. Alle Waffensysteme jener Art, wie sie in Anerkennung der veränderten Situation im nuklearen Zeitalter hätten gefordert werden müssen, wären darum schon aus finanziellen Gründen unerschwinglich gewesen.
- Das damalige Vertrauen auf den sowjetischen Atomschutz sowie Chinas territoriale Größe und seine riesige Bevölkerungszahl, machte zumindest einige der Verantwortlichen glauben, daß das Land sogar einen Angriff mit Atomwaffen überstehen könne.

Erst nach dem Waffenstillstand in Korea (44) und der Explosion der ersten sowjetischen Wasserstoffbombe (45) begann die chinesische Führung den veränderten strategischen Bedingungen größere Beachtung zu schenken (46). Stimulierend wirkte hierbei auch die fortschreitende Modernisierung und Reorganisation der VBA (47), ein Vorgang, der wegen seiner Komplexität zwangsläufig kontroverse Auffassungen hervorbringen mußte.

An dieser Stelle ist es von Bedeutung, darauf hinzuweisen, daß die am 20. September 1954 erlassene Verfassung der VRCh (48) wesentliche organisatorische Veränderungen in der Herrschaftsstruktur mit sich brachte, nicht zuletzt für die Militärs. Bis zu diesem Zeitpunkt nämlich muß der Revolutionäre Militärrat, in welchem unter dem persönlichen Vorsitz Mao Tse-tungs auch sämtliche Kommandanten der großen Verbände der Roten Armee vertreten waren, als das mächtigste Gremium der provisorischen Regierung angesehen werden (49). Gemäß der neuen Verfassung trat an seine Stelle nunmehr jedoch ein Nationaler Verteidigungsrat, dessen Funktionen auf bloße Beratung beschränkt sein sollten. Offizieller Oberbefehlshaber der Streitkräfte wurde das Staatsoberhaupt, der „Vorsitzende der Volksrepublik China", welcher allerdings seine Befugnisse an den Minister für Nationale Verteidigung delegieren konnte. Unmittelbar dem Minister und einer unbestimmten Zahl von Stellvertretern unterstanden sodann u. a. der Generalstab, die Allgemeine Politische Abteilung, die Logistische Abteilung, das Inspektionskommando der VBA sowie alle nachgeordneten Militärdienststellen (50). Diese einschneidenden Maßnahmen wurden ergänzt durch umfangreiche personelle Umbesetzungen (51), Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (52) sowie Neugliederung der militärischen Ränge (53).

In bezug auf die Strategiediskussion lassen sich für einen gewissen Zeitraum (54) zwei unterschiedliche Auffassungen (55) feststellen:

1. Diejenige des Verteidigungsministeriums, hauptsächlich von Minister P'eng Te-huai selbst und dem Direktor der Allgemeinen Politischen Abteilung, T'an Cheng, artikuliert sowie
2. diejenige des Generalstabes, sowohl von dem Generalstabschef Su Yü selbst, als auch Liu Po-ch'eng und Yeh Chien-ying vertreten.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen standen Fragen der Wahrscheinlichkeit eines Krieges überhaupt und die, wie einem denkbaren Überraschungsangriff bestmöglich begegnet werden sollte (56).

Hier vertrat das Verteidigungsministerium die Ansicht, daß ein ausländischer Überraschungsangriff als unwahrscheinlich angesehen werden müsse. Eine Gewähr dafür biete nicht nur die atomare Abschreckung der Sowjetunion, sondern auch die Tatsache, daß man ja selbst viel dazu beitragen könne, den Grad der Konfrontation mit dem „Imperialismus" in einer Zwischenperiode möglichst niedrig zu halten. Wenn es aber dennoch dazu kommen sollte, reiche es vollends aus, erst nach dem Beginn der Kampfhandlungen geeignete Gegenmaßnahmen zu treffen (57). Eine solche Konzeption erlaube es dann, das „stehende Heer" zu verkleinern, sich lediglich auf gut ausgebildete Reserven zu stützen und damit eine erhebliche Einsparung an Menschen und Geldmitteln zu erreichen. P'eng Te-huai plädierte außerdem für eine Verminderung des Verteidigungshaushaltes zugunsten eines forcierten industriellen Aufbaues, weil man u. a. nur so ein technisch geschultes Kräftepotential heranbilden könne, ohne das auch die besten Waffen im Grunde nutzlos seien (58).

Wesentlich anders beurteilten die Repräsentanten des Generalstabes die Situation. Zunächst äußerte man versteckte Zweifel daran, ob die nukleare Kapazität der Sowjetunion überhaupt ausreiche, das chinesische Territorium wirksam abzuschirmen (59). Diesem Unsicherheitsfaktor stehe aber eine offensichtliche Einkreisungstaktik der USA gegenüber, was einen Überraschungsangriff – auch mit Atomwaffen – nicht ganz so undenkbar erscheinen ließe. Die Vorstellung aber, dann noch Mobilisierungsmaßnahmen einleiten zu können oder gar die vage Hoffnung, durch gesteigerte Industrialisierung in ferner Zukunft einmal selbst über ausreichende militärische Kraft zu verfügen, würden spätestens dann illusionär, wenn China besiegt und zerstört sei. Der ausreichende Schutz des Bestehenden müsse als die einzig legitime Aufgabe einer Verteidigungsstreitmacht angesehen werden. Dies aber erfordere im Atomzeitalter nicht nur eine gut gerüstete, sondern eine bestmöglich ausgerüstete VBA (60), einschließlich eines Frühwarnsystems, geeigneter Luftabwehrwaffen, wünschenswerterweise sogar eine gewisse Atomkapazität. „Nur durch die beste Ausrüstung", so erläuterte Yeh Chien-ying, „ist es uns möglich, einen Angreifer zurückzuschlagen, dann allerdings wann und von woher er auch kommen mag" (61).

Wie sehr die beiden Standpunkte voneinander abwichen, das zeigt am deutlichsten ein Vergleich zweier Reden – eine von Verteidigungsminister P'eng Te-huai, die andere von dem Leiter der Ausbildungsabteilung beim Generalstab General Liu Po-ch'eng –, die beide auf der 2. Sitzung des Ersten Nationalen Volkskongresses im Juli 1955 gehalten wurden:

P'eng Te-huai:

> „Eine starke Armee zu haben bedeutet nicht, sich auf eine übergroße Friedensstreitmacht stützen zu müssen. Eine solche Einstellung ist nicht nur dem nationalen Wiederaufbau abträglich, sondern auch von begrenztem militärischen Wert. Eine starke Armee gründet sich vielmehr auf die Kombination von einem relativ kleinen, aber schlagkräftigen aktivem Heer und starken Reserveeinheiten ... Mit starken, gut ausgebildeten Reserveeinheiten und mit der von unserer wachsenden staatlichen Industrie garantierten materiellen Unterstützung vermögen wir jedem Angreifer zu trotzen" (62).

Liu Po-ch'eng:

> „Mit dem Auftauchen von Atombomben und Düsenjägern ist eine militärisch völlig neue Periode eingeleitet worden. Ein Krieg der Zukunft wird kombinierte Operationen der Land-, See- und Luftstreitkräfte mit sich bringen. Die Ausdehnung der Fronten, die Größe der Armeen und der Bedarf an Nachschubgütern wird besonders uns vor größte Probleme stellen. Unsere Industrie aber ist heute und wird auch in naher Zukunft trotz größter Anstrengungen weder mengen- noch qualitätsmäßig in der Lage sein, die Waffen zu produzieren, welche wir für unsere Armee und deren schwierige Aufgabe benötigen. Um gegen einen Überraschungsangriff jedoch gewappnet zu sein, ist eine starke, bestmöglich ausgebildete, modernst bewaffnete und allzeit bereite VBA unabdingbar" (63).

So unterschiedlich diese Auffassungen einerseits auch sein mochten, so vertraten dennoch beide Schulen im Grunde eine defensive Konzeption. Sie basierten außerdem weitgehend auf der Annahme, daß die Sowjetunion auch in Zukunft gewillt wäre, die VRCh - allerdings in Grenzen - zu unterstützen. Was sie entzweite, war lediglich das Problem, auf welche Weise der vorübergehenden eigenen militärischen Schwäche begegnet werden sollte.

Bis Mitte 1955 dauerte die Debatte an (64), und es gab zahlreiche Stellungnahmen von beiden Seiten (65). Dann wurde es plötzlich für ein Jahr still um die bis dahin so heiß umkämpften Fragen der nationalen Verteidigung. Nichtsdestoweniger schienen gerade in dieser Zeitspanne wichtige Entscheidungen auf höchster Ebene gefallen zu sein. Dafür gibt es verschiedene Hinweise:

- Im Januar 1956 betonte Chou En-lai in einem Bericht an das ZK der KPCh vor allem die Rückständigkeit des Landes in wissenschaftlicher und technologischer Hinsicht und bezeichnete Fortschritte auf diesem Gebiet als Grundvoraussetzung für die nationale Verteidigung (66).
- Im Frühjahr 1956 stellte eine „erweiterte Konferenz" der Militärkommission fest, daß sich im Verlauf der Modernisierung innerhalb der VBA „Abweichungen" ergeben hätten (67).
- Im Juni 1956 kündigte Finanzminister Li Hsien-nien in seiner Budget-Rede an, daß mit einer Beschneidung des Verteidigungsrates zu rechnen sei, weil man sich nunmehr vorrangig dem Ausbau der Wirtschaft und der Industrie widmen müsse (68).
- Im September 1956, auf dem VIII. Nationalkongreß der KPCh, kamen schließlich nur noch diejenigen zu Wort, die sich für eine Steigerung der Anstrengungen auf wirtschaftlichem und industriellem Gebiet einsetzten und jene, welche die Abweichungen innerhalb der VBA kritisierten (69).

So machte z.B. Liu Shao-ch'i unmißverständlich klar, daß eine Stärkung der nationalen Verteidigung nur „auf der Basis eines Wachstums der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion" zu erwarten sei (70). Verteidigungsminister P'eng Te-huai verwies auf die Wichtigkeit, „die Verbindung zwischen Armee und Bevölkerung aufrechtzuerhalten und den fruchtbaren Arbeitsstil revolutionärer Volksarmeen zu bewahren" (71). T'an Cheng schließlich wandte sich direkt an die Adresse des Generalstabes, indem er jede Art des „Professionalismus" verdammte, der im Zuge der Modernisierung allenthalben entstanden sei.

Wie aus den Veröffentlichungen bis Frühjahr 1957 hervorgeht (72), schien sich die Ansicht des Verteidigungsministeriums nunmehr durchgesetzt zu haben. Trotzdem würde man dem Problem nicht gerecht, wenn man diese Vorphase einer Neuorientierung als Kurswechsel bezeichnete, denn in bezug auf die Fülle der Schwächen und Unsicherheitsfaktoren standen beide Konzeptionen einander nicht nach (73), nur war die des Verteidigungsministeriums zweifellos langfristiger ausgerichtet und der Parteilinie eher konform.

Vier herausragende Merkmale kennzeichnen bis Mitte 1957 die militär-politische Linie der VRCh:

- die Zurückweisung der These, daß die gegenseitige Abschreckung die Wahrscheinlichkeit eines Krieges vermindere, gekoppelt mit der Behauptung, man fürchte sich nicht vor einem etwaigen Krieg;
- die weitere Beschneidung des Verteidigungshaushaltes zugunsten einer forcierten ökonomischen Entwicklung;
- das gesteigerte Interesse an den ökonomischen Voraussetzungen zur Entwicklung einer modernen Militärtechnologie und
- die Kritik an den „Abweichungen", die sich innerhalb der VBA gezeigt hätten.

3. Die außen- und innenpolitischen Aspekte

Das Jahr 1954 stellte für die VRCh in mancher Hinsicht einen Wendepunkt dar. Außenpolitisch wurde eine Entspannungsphase eingeleitet, deren wesentlicher Aspekt in einer „Hinwendung zu den neutralen Ländern Asiens" bestand (74), innenpolitisch brachte es den Abschluß einer Übergangsperiode (75), die unverkennbare Merkmale einer Militärdiktatur aufwies (76). Obwohl dieser „Wandel" außen- wie innenpolitisch weniger prinzipieller als vielmehr gradueller Natur war, muß man sich fragen, welche Motive hierfür vermutlich den Ausschlag gaben.

Auf der internationalen Ebene brachte das Jahr 1953 bedeutsame Veränderungen. Mit dem Ende der Stalin-Ära in der UdSSR (77) kam auch in den USA ein neuer Präsident an die Regierung (78). Aber während man auf der chinesischen Seite noch nicht vorhersehen konnte, welche Politik der Bündnispartner in Zukunft einschlagen würde, machte die amerikanische Administration von Anfang an klar, daß die bisherige Haltung, selbst bei größeren Konflikten den Einsatz von Nuklearwaffen nicht zu erwägen, keine Gültigkeit mehr haben sollte. Als besonders wichtig muß in diesem Zusammenhang die Doktrin von der „massiven Vergeltung" angesehen werden, welche ohne Zwischenstadien (79) den unmittelbaren Einsatz von Kernwaffen vorsah, jedoch immer nur gegen den spezifischen Aggressor, nicht gegen dessen Verbündete (80).

Zwar hatte man in Peking schon seit 1949 der amerikanischen Militärstrategie, wie sie aus Kommentaren, Veröffentlichungen und Zeitschriften zu entnehmen war, größte Beachtung geschenkt (81), aber das, was nunmehr aus Washington verlautete, dürfte die chinesische Führung in Unruhe versetzt haben. Denn in Zukunft konnte wohl kaum damit gerechnet werden, daß die Sowjetunion bei einem von der VRCh provozierten Angriff die eigene Existenz auf's Spiel setzen würde (82). Die Fortschritte der USA auf dem Sektor der thermonuklearen Waffen, der Abschluß des SEATO-Paktes, der bilaterale Vertrag mit der Republik China und nicht zuletzt das durch Industrialisierungsanstrengungen verursachte Bewußtsein der zunehmenden eigenen Verwundbarkeit, veranlaßte die VRCh darum nicht nur eine Neuorientierung hinsichtlich der Frage der „friedlichen Koexistenz" einzuleiten, sondern ihre bisherige Haltung gegenüber den neutralen Ländern Asiens eingehend zu überprüfen. Unabhängig davon hatte man nämlich in Peking schon längst erkannt, daß sich die Unterstützung kommunistischer Aufstände in den neu etablierten Nationalstaaten außenpolitisch eher nachteilig ausgewirkt hatte (83). Anstatt die Nationalhelden der anti-kolonialistischen Befreiungsbewegungen gewaltsam stürzen zu wollen, versuchte man nunmehr, sie als Führer der antiimperialistischen Kräfte aufzubauen (84). Den Anfang bildeten hierbei vor allem ein Abkommen mit Indien über Tibet (85), die Teilnahme Chinas an der Genfer Konferenz über Korea und Indochina (86) und als Höhepunkt schließlich die erste „afro-asiatische Solidaritäts-Konferenz" in Bandung (87).

Aber auch auf nationaler Ebene wurden zukunftsweisende Entscheidungen getroffen. Am 1. Oktober 1953 hatte Mao Tse-tung eine neue „Generallinie des sozialistischen Aufbaues" verkündet und damit die Beschleunigung der landwirtschaftlichen Kollektivierung angezeigt. Dasselbe Jahr, so vermutet man, kennzeichnete auch den Beginn des „ersten Fünf-Jahres-Plans" zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des Landes (88). Im Juni 1954 schließlich wurden die sechs großen Militärverwaltungsregionen abgeschafft, die Regionalverwaltung erneut den Provinzen, autonomen Regionen sowie bestimmten Stadtverwaltungsbezirken übertragen und direkt der Zentralregierung unterstellt (89).

Dieser offensichtliche Versuch einer Straffung war ebenso politisch wie wirtschaftlich motiviert und läßt sich am Beispiel der Kao-Jao-Affaire musterhaft verdeutlichen.

Staatliche Macht ist in erster Linie eine Frage der effizienten Kontrolle. Und eben diese war seit Bestehen der VRCh nie im erstrebten Maße verwirklicht worden. Besonders nachteilig aber mußte sich auswirken, daß gerade aus jenen Regionen, in welchen die Industrialisierung am weitesten fortgeschritten war (90), der stärkste Widerstand gegen jegliche „Einmischungen" seitens der

Zentrale kam. Wenn man jedoch überhaupt eine Chance haben wollte, das Tempo des wirtschaftlichen Aufbaues zu forcieren, so mußte eine wirkungsvolle Kontrolle hauptsächlich in diesen Gebieten sichergestellt werden (91).

Die bedeutendsten staatseigenen Unternehmungen lagen damals in der Mandschurei und wurden kontrolliert von einer mächtigen Bürokratie unter der Leitung Kao Kangs, der sich noch zusätzlicher Unterstützung durch eine nicht geringe Zahl sowjetischer Experten erfreute (92). Ein großer Teil der chinesischen Textilindustrie war im Gebiet um Shanghai beheimatet, eine Region, in der Jao Shu-shih nicht unerheblichen Einfluß besaß (93). Geht man nun von der Tatsache aus, daß Chinas Wirtschaft seinerzeit weitgehend von der Staatlichen Plankommission geleitet wurde, deren Vorsitz Kao Kang innehatte und in welcher auch Jao Shu-shih Mitglied war, so liegt es nahe, daß beide bestrebt waren, bei der Verteilung der Geldmittel ihre Machtbereiche besonders gut zu bedienen. Diese Versuche sind vermutlich auf erheblichen Widerstand gestoßen (94) - nicht zuletzt deshalb -, weil regionaler Machtzuwachs den damaligen Zentralisierungsbestrebungen eindeutig zuwider lief (95).

Obwohl demnach vieles dafür spricht, daß der Parteiausschluß Kao Kangs und Jao Shu-shihs, welcher am 31. März 1955 von einer nationalen Parteidelegiertenkonferenz in Peking ausgesprochen wurde, hauptsächlich darauf zurückzuführen sein dürfte, daß sich diese - anders als die sonstigen ehemaligen Machthaber der Militär- und Verwaltungsregionen - nicht mit der Beschneidung ihres Einflusses und einer verstärkten zentralen Kontrolle hatten abfinden wollen (96), so waren sicherlich auch noch einige andere Gründe mit für ihre Säuberung maßgebend (97). Die Parteiführung beschuldigte sie nämlich, „konspiratorische Aktivitäten" entwickelt zu haben. Kao Kang wurde nachgesagt, den Nordosten in ein „unabhängiges Königreich" verwandelt und versucht zu haben, „Parteimitglieder in der Armee zur Unterstützung seiner konspirativen Aktivitäten gegen das ZK der Partei zu gewinnen" (98). Jao Shuh-shih warf man vor, in Ostchina „Konterrevolutionäre" geschützt und „Großgrundbesitzer sowie reiche Bauern" unterstützt zu haben (99).

Nach ihrer Versetzung in die Pekinger Zentrale - so sagte man ihnen nach - hätten sie eine „Anti-Partei-Allianz" mit dem Ziel geschaffen, „die Macht in Partei und Staat an sich zu reißen" (100).

Worin bestanden denn nun die „zerstörerischen Aktivitäten" der Kao-Jao Clique?

Es wird häufig die Vermutung ausgesprochen, sie hätten tatsächlich versucht, eine neue Führungsgruppe an die Macht zu bringen, welche die Beziehungen zur Sowjetunion enger und freundschaftlicher gestalten sollte. Darum wären Kao Kang und Jao Shu-shih auch so nachhaltig von Moskau unterstützt worden (101).

Es dürfte als sicher gelten, daß die UdSSR immer und zu allen Zeiten versuchte, ihren Einfluß auf die chinesische Führung zu verstärken. Einer von vielen Ansatzpunkten könnte Kao Kang gewesen sein, der in der Tat enge Verbindung mit sowjetischen Stellen unterhielt. Aber er allein und besonders Jao Shu-shih besaßen gar nicht die Möglichkeiten, einen derart ambitiösen Plan zu verwirklichen. Die Gruppe jedoch, welche solche Bestrebungen möglicherweise erfolgversprechend hätte unterstützen können, war schon in der ersten größeren Parteisäuberung in den Jahren 1924-44, bekannt unter dem Namen Cheng-feng-Bewegung, eliminiert worden (102). Die Personen, welche schließlich mit Kao und Jao in Zusammenhang gebracht und ihrer Ämter enthoben wurden, waren ausschließlich solche von untergeordneter Bedeutung, während andererseits ein Mann wie Li Fuch'un, dessen Kontakte mit den Sowjets denen Kao Kangs kaum nachstanden, eben dessen Posten als Chef der Plankommission erhielt und eine ständig steigende Rolle spielte (103).

Auch spricht gegen das unter anderem angenommene Säuberungsmotiv die kaum nennenswerte Reaktion Moskaus.

Viel bedeutsamer ist hier aller Wahrscheinlichkeit nach, daß Kao Kang und Jao Shu-shih der dominierenden innenpolitischen Linie Opposition entgegensetzten (104):

- Es gab Meinungsverschiedenheiten über das Tempo der Kollektivierung, wobei Jao offensichtlich für ein langsameres Vorgehen war.
- Die Schwerpunktbildung im Rahmen des ersten Fünf-Jahresplans wurde heiß diskutiert. Dabei trat Kao sicherlich – entgegen der Auffassung anderer regionaler Machthaber und der zentralen Führung – für einen verstärkten Ausbau der mandschurischen Industrie ein.
- Man nimmt an, daß Kao, der nicht zum inneren Führungskreis zählte, welcher sich während des Langen Marsches herausgebildet hatte, Liu Shao-ch'i vom zweiten Rang in der Parteihierarchie zu verdrängen suchte, wohingegen Jao den Posten Chou En-lais angestrebt haben soll.

Eine der zentralen Fragen ist in diesem Zusammenhang jedoch, inwieweit die VBA in jene „konspirativen" Tätigkeiten verwickelt war. Darum soll hier der politische und militärische Werdegang der beiden angeblichen Hauptverschwörer kurz skizziert werden.

Kao Kang war Guerrillaführer in Shensi und nahm am Langen Marsch nicht teil. Während der Yenan-Periode hatte er einige wichtige Parteiposten inne, befaßte sich aber hauptsächlich mit der Kaderausbildung und Wirtschaftfragen. Erst 1946 übernahm Kao militärische Funktionen, als er Kommandeur und gleichzeitig Politkommissar der Nordost-Militärregion wurde (105).

Jao Shu-shih war altes Parteimitglied und lange Zeit in der Arbeiterbewegung tätig. Auch er nahm am Langen Marsch nicht teil. Während des sino-japanischen Krieges fungierte Jao als Politkommissar der Neuen Vierten Armee und 1949 erhielt er die gleiche Funktion in der Ostchina-Militärregion übertragen. Außerdem wurde Jao Vorsitzender des Ostchina-Militärverwaltungskomitees (106).

Beide können damit schon auf Grund ihrer Karriere keineswegs als bedeutende Repräsentanten der VBA angesehen werden und es ist wenig wahrscheinlich, daß sie viele Gefolgsleute außerhalb jener Einheiten gewonnen haben sollten, als diejenigen, welche unter ihrem persönlichen Kommando gestanden hatten. Aber auch in dieser Hinsicht können beide nicht viel vorweisen.

In Kaos Machtbereich lagen außer einigen lokalen Einheiten nur noch die 14. Armeegruppe, von der jedoch nahezu die Hälfte nach Kuangtung abkommandiert war. Hinzu kam, daß jene Armeegruppe außerdem organisatorisch der 4. Feldarmee mit Hauptquartier und Stab in Kanton unterstand. Zwar war der Nordosten während des Koreakrieges zweifellos Durchlaufstation für viele andere Einheiten, aber diese wurden entweder vom Kommando der Freiwilligenarmee oder dem Oberbefehlshaber der jeweiligen Feldarmeen, denen sie unterstanden, befehligt (107).

Jao war zwar Politkommissar der 3. Feldarmee und der Ostchina-Militärregion, in welcher fünf Armeegruppen mit insgesamt sechzehn Armeen lagen, aber es gibt keine Evidenzen bezüglich einer Unterstützung durch die Militärs, wofür auch spricht, daß alle leitenden Offiziere dieser Region und Feldarmee später im normalen Vollzug befördert wurden (108).

Als Ergebnis kann man feststellen, daß die Armee keine oder zumindest keine nennenswerte Rolle in der „Kao-Jao-Affaire" spielte.

Was die Modernisierungsbestrebungen angeht, so hatte der Koreakrieg zwar der VRCh den Zugang zu den sowjetischen Waffenarsenalen geöffnet, aber je weiter die Zeit fortschritt, desto mehr wurde es der Führung der KPCh klar, daß dies ein Faß ohne Boden werden mußte. Nicht nur, weil faktisch ein Großteil der von Moskau gegebenen Kredite unmittelbar in die Sowjetunion zurückfloß, sondern auch weil die Waffen nicht selten bereits zum Liefertermin veraltet waren und sich darum wenig später erneut reif zur Ausmusterung erwiesen hatten (109).

Die ungeheuren finanziellen Opfer sollten sich außerdem nicht einmal lohnen. Verlauf und Ausgang der ersten T'aiwan-Krise 1954 erbrachten den Beweis, daß die eigenen Streitkräfte – ohne die sowjetische

atomare Schutzgarantie zu gefährden – selbst für begrenzte militärische Zielsetzungen nicht einsetzbar waren, wenn ein Eingreifen der USA auch nur im Bereich der Möglichkeit lag (110). Denn die zögernde und bloß verbale Unterstützung entsprach nicht einmal den Bestrebungen, welche die UdSSR zeigte, um die chinesischen Kommunisten vor einer Überhitzung der Krise zurückzuhalten (111). Andererseits konnte aber auch Chruschtschow nicht zulassen, daß das sowjetische Abschreckungspotential derart weitgehend in den Dienst ausländischer militärischer Ambitionen gestellt und damit ein Teil der eigenen Außenpolitik hinfort in Peking „gemacht" würde.

Mehr und mehr setzte sich auch der Gedanke P'eng Te-huais durch, daß der akute Mangel an technisch ausgebildeten Soldaten selbst modernste Waffen im Grunde wertlos mache. Und damit wird gleichzeitig verständlich, daß die ersten „Abweichungen", die innerhalb der Armee kritisiert wurden, nicht jene anzusprechen schienen, welche die Modernisierung vorantreiben wollten, sondern vielmehr diejenigen, die sie angeblich behinderten. Nur so kann im übrigen auch jene Parole der Armeezeitung verstanden werden, die dazu aufforderte, „die rechten konservativen Gedanken zu bekämpfen, damit das Tempo der Modernisierung beschleunigt werden könne" (112). Nicht selten wurden zu jener Zeit Offiziere mittlerer und unterer Ränge beschuldigt, aus Mangel an eigenen Kenntnissen die ihnen unterstellten Truppen nicht angemessen auszubilden, ihre Aufsichtspflicht verletzt und überhaupt die gesamte Modernisierung viel zu wenig elastisch und nicht gut genug auf die chinesischen Verhältnisse abgestimmt behandelt zu haben (113).

Immer stärker schien man sich der Tatsache bewußt zu werden, daß hier eine Änderung der Gesamtkonzeption vonnöten war. Es mußte auf der Basis einer breiten Industrialisierung des Landes zunächst einmal eine Generation von Technikern herangebildet werden, die jene modernen Waffen zu bedienen in der Lage waren und vielleicht damit auch gleichzeitig den Grundstein dafür zu legen, sie eines Tages selbst herstellen zu können. Die Dringlichkeit einer solchen Neuorientierung unterstrich warnend ein Leitartikel der Armeezeitung:

> „Moderne Militärwissenschaft und Technik entwickeln sich sehr schnell, und wenn wir uns nicht beeilen, werden wir zurückfallen; dies aber bedeutet nicht selten geschlagen zu sein" (114).

Ab 1955 forderte und erhielt die VRCh sowjetische Unterstützung zum Aufbau einer eigenen Verteidigungsindustrie (115). Zwar hatte man schon zuvor leichte Waffen und Geschütze hergestellt, aber nunmehr wurde das Programm auch auf Panzer, Jagdflugzeuge und kleinere Schiffseinheiten ausgedehnt. In bezug auf die friedliche Nutzung der Atomenergie erlangte China Zutritt zu einem in Zusammenarbeit von mehreren sozialistischen Ländern betriebenen Forschungsinstitut in Dubna, wo man erste Erfahrungen auch in dieser Hinsicht zu erlangen vermochte (116).

Dies alles bildete mit großer Wahrscheinlichkeit den Hintergrund für die Entscheidung, der Konzeption des Verteidigungsministeriums den Vorzug zu geben. Der atomare Schutz der Sowjetunion gegen einen unprovozierten Angriff schien zunächst sicher, die Einschränkung der außenpolitischen Manövrierfähigkeit nahm man hin und die durch die „gebremste" Aufrüstung freiwerdenden Mittel sollten

1. der allgemeinen Industrialisierung und
2. der wissenschaftlichen und technologischen Forschung zugute kommen.

Nach dieser Schwerpunktverlagerung wurde aber auch wieder von den Streitkräften verlangt, ihren Teil zum allgemeinen Aufbau des Landes beizutragen. Doch die VBA der mittfünfziger Jahre war nicht mehr die Rote Armee, welche einst den Langen Marsch erfolgreich durchgestanden hatte. Damals wurden von den kommunistischen Streitkräften nachstehende Kriterien gefordert und auch weitgehend durchgesetzt (117):

- Durch Politische Abteilungen, Politkommissare und geheime Agenten sollte Loyalität und Disziplin erzwungen, eine feste Kontrolle erreicht und die absolute Führung der Partei sichergestellt werden;
- durch politische Erziehung, ideologische Indoktrinierung und physischen Zwang sollte der Kampfeswille der Truppen gestärkt und ihre Moral gefestigt werden;
- durch intensive Beteiligung der Armeeangehörigen an der „Produktions- und Wiederaufbaufront" sollte nicht nur ein bedeutendes Reservoir an zusätzlichen Arbeitskräften erschlossen, sondern auch die Verbindung zu den Massen aufrechterhalten sowie deren Sympathie und Unterstützung sichergestellt werden;
- durch ununterbrochenen Klassenkampf sollte sowohl das politische Bewußtsein gestärkt als auch die Fähigkeit gesteigert werden, Schwierigkeiten zu meistern und Niederlagen zu überwinden.

Aber die nach dem Sieg im Bürgerkrieg unausbleibliche erste Siegeseuphorie, die schmerzlichen Lehren aus dem Koreakrieg und die sich daran anschließende Modernisierungsperiode hatten das Bewußtsein der VBA schon von Grund auf verändert. Besonders die Versuche der Militärs, mit mehr sowjetischen Ausbildern, besser erprobten sowjetischen Organisationsmethoden und neuen sowjetischen Waffen die inzwischen gesammelten Erfahrungen in einen Prozeß der Professionalisierung zu integrieren, drängten die ehemaligen Hauptaufgaben der Roten Armee Kampf, Politik und Produktion mehr und mehr in den Hintergrund (118). Ein modifiziertes Auswahlsystem und die Einführung militärischer Ränge verursachten ernste Widersprüche zwischen „Roten" und „Experten", Politkommissaren und Militärkommandeuren, Offizieren und Mannschaften sowie der Armee und den Massen. Verstärkt wurden diese Tendenzen dadurch, daß auch die Zusammensetzung der VBA eine erheblich andere geworden war. Ein großer Teil der Offiziere, die noch am Bürgerkrieg teilgenommen hatten, war entweder demobilisiert oder in die zentralen Befehlsorgane abkommandiert. Ersetzt wurden sie zumeist durch Technokraten, die wenig Verständnis für den beabsichtigten Einsatz der Truppe zu nichtmilitärischen Zwecken zeigten (119). Zurecht befürchteten jene dadurch eine Herabsetzung des Kampfwertes der VBA. Aber auch in bezug auf politische Erziehung und Parteikontrolle – und nur dies waren geeignete Mittel, einen umfassenden Arbeitseinsatz wirklich sicherzustellen – waren sie wenig aufgeschlossen, was Aussagen wie „zunächst müssen technologische Probleme gelöst werden" und „wir Militärs sind zu sehr beschäftigt, um uns auch noch um diese Dinge zu kümmern" beweisen (120).

Jedoch die sich ab 1956 ständig steigernde kritische Haltung der Parteiführung gegenüber diesen „Abweichungen" läßt sich nicht etwa allein mit ideologischen Purismus erklären. Denn auch in diesen Kreisen war nie die Notwendigkeit einer Modernisierung bestritten und ebensowenig die negativen Aspekte eines solchen Unterfangens verkannt worden. Vielmehr muß man die Erklärung hauptsächlich darin suchen, daß eine Regierung in Friedenszeiten nicht nur in der Regel ganz andere Prioritäten zu setzen pflegt, sondern sich bei vielen gerade zu dieser Zeit – vor allem wegen der Unzufriedenheit mit dem sowjetischen Modell im militärischen und wirtschaftlichen Bereich – ein Wandel in der strategischen Konzeption abzeichnete (121).

Die Repräsentanten des Generalstabes, die schon auf Grund ihres beruflichen Engagements dazu neigen mußten, diejenigen Kräfte zu unterstützen, welche sich – auch auf die Gefahr hin, mit der Parteilinie zu kollidieren – für ein Höchstmaß der Verteidigungsbereitschaft der VBA einsetzten, hatten es ab Ende 1955 immer schwerer, ihre Auffassung als Militärexperten mit jener der Führung der KPCh in Einklang zu bringen. Es ist nicht auszuschließen, daß Lo Jung-huan, damals Chef der Allgemeinen Politischen Abteilung und der Personalabteilung, Opfer eines solchen Versuches geworden ist (122). Wie waghalsig sein Bemühen war, die Zugehörigkeit zum Lager der „Professionellen" zu kaschieren, zeigt der Wortlaut einer seiner Aufsätze:

„Eine moderne Armee, die wir gerade im Begriffe sind, aufzubauen, hängt nicht ausschließlich von der Überlegenheit in bezug auf die waffentechnische Ausrüstung ab, sondern wichtiger noch ist das Vertrauen auf ein Personal mit einem hohen Grad an politischem Bewußtsein" (123).

Aber die Unzulänglichkeiten, denen sich die VBA insbesondere auf dem Gebiet der Modernisierung in steigendem Maße gegenübersah, waren nur ein Teil jenes Gesamtproblems, das China auf dieser Stufe des nationalen Wiederaufbaus zu bewältigen hatte. Es war die Frage, wie jene – hauptsächlich aus der Sowjetunion importierte – moderne Technologie zu einem Zeitpunkt assimiliert werden sollte, da die wissenschaftlichen und technischen Voraussetzungen hierfür noch weitgehend fehlten (124). Zwar hatte – wie bereits erwähnt – Mao Tse-tung schon im Oktober 1953 die „Generallinie des Überganges zum Sozialismus" verkündet und in der Folgezeit die Kollektivierung der Landwirtschaft und Verstaatlichung der noch selbständigen Industrien vorangetrieben (125), aber auch die damit verbundenen beachtlichen Produktionserfolge konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß China das Epitheton „Industrie"-Nation noch keineswegs verdiente. Vor allem der Bevölkerungsteil, auf den es hier in allererster Linie angekommen wäre – die technische Intelligenz – wurde durch die nahezu ununterbrochenen Kampagnen zur „Gedankenreform" in ihrer Handlungsfreiheit gelähmt und hatte eine Haltung eingenommen, die am ehesten dem „laisser faire, laisser passer" nahekommt. In welchem Maße ein solcher Standpunkt dem nationalen Aufbau abträglich sein mußte, hat schon Ministerpräsident Chou En-lai erkannt, als er 1956 sagte:

„Die chinesischen Intellektuellen, insbesondere aber die Techniker und Spezialisten, die mit dem Aufbau des Landes befaßt sind, sollten so behandelt werden, wie es ihrer Bedeutung in dieser schwierigen Aufgabe zukommt" (126).

Die große Frage aber war, wie man sich jene wissenschaftliche und technologische Basis und besonders eine Verbesserung der Infrastruktur möglichst schnell schaffen konnte. Es mag sein, daß Mao Tse-tung im Frühjahr 1957 erhobene Forderung: „Laßt hundert Blumen blühen und hundert Gedankenschulen miteinander wetteifern!" auch hierauf eine Antwort hatte geben sollen.

4. Bilanz

Der Anspruch der VRCh, die Position einer Großmacht zu erreichen, war von Anfang an mit drei bedeutsamen Fragen gekoppelt:

1. Welcher Weg – zunächst breite Industrialisierung und erst danach verstärkte Aufrüstung, oder umgekehrt – würde hierbei der sicherste, erfolgversprechendste und kürzeste sein?
2. Welche Unterstützung – in militärischer wie wirtschaftlicher Hinsicht – konnte man von dem „Partner" Sowjetunion erwarten und inwieweit war er bereit und in der Lage, China im Verlauf dieser „Durststrecke" hinreichenden Schutz zu gewähren?
3. Welche aktuelle Gefahr ging von den USA einschließlich ihrer Verbündeten aus und wie groß mußte die Wahrscheinlichkeit angesetzt werden, daß der „Hauptfeind" auch bei begrenzten Konflikten nukleare Waffen einsetzte?

Der Koreakrieg und die daraus gezogene Erkenntnis, daß die VBA schon gegen konventionell gut ausgerüstete Armeen nur unter ungeheuren Opfern einsetzbar war, gab den Ausschlag, zunächst einer verstärkten Modernisierung der Streitkräfte den Vorrang einzuräumen. In dieser Phase galt uneingeschränkt die Aussage:

„Im Zeitalter der neuen Kriegführung müssen wir Organisation, Bewaffnung, Ausbildung, Disziplin und andere Dinge verbessern sowie einen hohen Grad an Zentralisierung der Kommandogewalt erreichen, damit eine Modernisierung unserer Streitkräfte erreicht werden kann" (127).

Nachdem sich diese Konzeption jedoch spätestens ab 1955 als Fehlentscheidung erwiesen hatte und man mehr und mehr zu der Überzeugung gelangte, auf lange Sicht als Groß- (Welt- oder gar Nuklear-) macht nur dann auf eigenen Füßen stehen zu können, wenn eine ausreichende wirtschaftlich-wissenschaftliche und rüstungstechnische Basis vorhanden war, entschloß man sich, den Präferenzkatalog zu ändern. Die Verteidigungsausgaben wurden drastisch gekürzt und die VBA aufgefordert,

„die Einigkeit innerhalb und außerhalb der Streitkräfte zu fördern... und die glorreichen Traditionen des revolutionären Heldentums neu zu beleben" (128).

Zwischen diesen beiden Phasen liegt konsequenterweise nicht nur die Umstellung der rotchinesischen Außenpolitik gegenüber den „Neutralen" (129), sondern auch ein noch vorsichtigeres Vorgehen gegenüber den USA und ihren Verbündeten (130). Dabei sind die verbalen Drohungen: „... Wenn die Imperialisten es wagen, Atomwaffen einzusetzen, müssen sie mit Gegenschlägen rechnen, die zehnmal so stark sind..." (131) und die dogmatische Feststellung: „... Der Kommunismus und nicht der Kapitalismus würde einen Atomkrieg überleben..." (132) nicht so hoch einzuschätzen, wie die Tatsache, daß man die militärischen Konsequenzen eines US-Überraschungsangriffes mit Nuklearwaffen nunmehr offen diskutierte und sogar die Bevölkerung allmählich schonend mit den möglichen Folgen – auch für den zivilen Sektor – vertraut machte (133).

Damit hatte aber die amerikanische Doktrin von der selektiven „massiven Vergeltung" und das sowjetische Bemühen, jegliche Schutzverpflichtung auf den Fall eines „unprovozierten" Angriffes zu beschränken, die außenpolitische Bewegungsfreiheit der VRCh bereits in erheblichem Maße eingeschränkt.

V. Die Phase von Mitte 1957 bis Januar 1960

1. Die Grundzüge der chinesischen Außenpolitik

Die chinesische Reaktion auf die offensichtlichen militär-technologischen Fortschritte der Sowjetunion, welche durch den Test einer Interkontinentalrakete und die erfolgreichen Starts von Erdsatelliten im zweiten Halbjahr 1957 eindrucksvoll manifestiert wurden, war spontan. Am 29. August, also schon drei Tage nachdem die Meldung über die Agenturen gelaufen war, daß die UdSSR eine Interkontinentalrakete erfolgreich getestet habe, feierte Peking diese Tatsache als „epochemachend", weil dadurch nicht nur das „friedliebende Lager" gestärkt, sondern auch der „verrückte Ehrgeiz der imperialistischen Kriegstreiber" zunichte gemacht worden sei (1). Kaum sechs Wochen später, am 9. Oktober, bezeichnete man den Start des ersten sowjetischen Erdsatelliten als einen erneuten Beweis für die unvergleichbare Überlegenheit des sozialistischen Lagers, „die alle amerikanischen Hoffnungen auf eine Welthegemonie zerschmettert habe" (2). In keiner der sehr zahlreichen Stellungnahmen zu diesem Thema fehlte im übrigen der Hinweis darauf, daß die amerikanische „Politik der Stärke", die sich auf nichts anderes, als auf Atomwaffen, das Strategische Bomberkommando, die Militärbasen und Militärblöcke stützte, nunmehr endgültig als gescheitert angesehen werden müsse (3).

Wer danach fragt, was die chinesische Führung zu jener – über das Maß der normalen Anerkennung technischer Leistung weit hinausgehenden – außergewöhnlichen Bewertung der sowjetischen Erfolge veranlaßte, darf nicht übersehen, daß auch die verhältnismäßig friedfertige Außenpolitik der VRCh nach 1954 nicht die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllt hatte:

- Schwächung des von den USA errichteten kollektiven Sicherheitssystems entlang der chinesischen Grenze (4);
- Durchbrechung der weltweiten diplomatischen Isolierung, insbesondere aber eine Verminderung des politischen und wirtschaftlichen Einflusses kapitalistischer Länder auf die neutralen Staaten Asiens (5);
- Lösung des T'aiwan-Problems (6).

So gesehen, konnte von chinesischer Seite die gesamte „Bandung-Linie" als ein bloßer Verzicht an Initiative gewertet werden und macht es verständlich, daß die Meldungen aus Moskau nicht nur geeigneten sondern auch willkommenen Anlaß dafür boten, sie als „neuen Wendepunkt in der Geschichte" darzustellen (7).

Von der Überzeugung jedoch, daß die UdSSR nunmehr endgültig waffentechnisch in der Lage sei, das Territorium der Bündnispartner gegen jeden Angriff wirksam abzuschirmen, bis hin zu der Forderung, die Interessen des sozialistischen Lagers müßten in Zukunft nachdrücklicher verfolgt werden, war nur noch ein kurzer Schritt. Hinzu kam die Annahme, daß das imperialistische System ohnehin kurz vor seinem endgültigen Zusammenbruch stehe und das Zeitalter der Revolution nunmehr gekommen sei (8).

Das Treffen Mao Tse-tungs mit Chruschtschow Mitte November 1957 in Moskau muß daher nur ein Versuch Pekings angesehen werden, u. a. nicht nur die diesbezügliche sowjetische Einschätzung zu erfahren, sondern auch zu drängen, die chinesische Auffassung der Gesamtsituation zu übernehmen (9). Abgesehen davon, daß nicht bekannt wurde, ob und inwieweit man Übereinstimmung erzielte, begannen die chinesischen Kommunisten ab Dezember 1957 in einer großangelegten Kampagne gegen die amerikanische Militärblockstrategie alle mit den USA verbündeten Länder darauf hinzuweisen, daß sie „sehr leicht in ein atomares Schlachtfeld verwandelt werden könnten, weil man nie wisse, ob eine Auseinandersetzung begrenzt bleibe" (10). Gleichzeitig wurde jedoch betont, daß „was die Imperialisten auch zu tun versuchten, die Fortschritte der UdSSR würden immer größer sein und die USA immer weiter zurückbleiben" (11).

Bis etwa Ende April 1958 dominierten in den chinesischen Massenmedien folgende Standpunkte (12):

- Die wissenschaftlichen und technologischen Fortschritte der Sowjetunion hätten das Kräfteverhältnis in der Welt entscheidend zugunsten des sozialistischen Lagers verändert;
- die Gefahr eines von den „Imperialisten" angezettelten Krieges sei aber dadurch keineswegs gebannt;
- die günstige Position müsse in praktisches Handeln umgesetzt werden und
- die Solidarität der kommunistischen Weltbewegung bedürfe einer Festigung (13).

Ab Mai 1958 jedoch begannen die Themen „Alle Imperialisten und Reaktionäre sind Papiertiger" und „Menschen sind wichtiger als Waffen" immer breiteren Raum einzunehmen. So erklärte man z. B., daß schon „der Koreakrieg die USA als Papiertiger entlarvt habe und selbst Lenkraketen mit nuklearen Sprengköpfen sie nicht vor ihrem Schicksal bewahren könne" (14). Hinsichtlich der Bedeutung von Waffen gegenüber Menschen wurden die Chinesen sogar noch deutlicher: „Obwohl das sozialistische Lager nunmehr ein Übergewicht an atomaren Waffen habe, so glaube man dennoch nicht, daß diese den Krieg entscheiden könnten. Die besten Waffen seien nicht geeignet, den Menschen im Kriegsfalle zu ersetzen. Darum sollten die USA zur Kenntnis nehmen, daß das chinesische Volk nicht länger Furcht vor einem amerikanischen Atomangriff habe" (15).

Die Art und Weise, wie in all diesen Verlautbarungen zunächst immer wieder die sowjetische Überlegenheit, das Scheitern der amerikanischen Einkreisungstaktik und die erhöhte Verwundbarkeit der amerikanischen Bündnispartner sowie danach die Geringschätzung der Kampfkraft der USA miteinander verknüpft wurden, deutete - obwohl vieles als bloße Propaganda gelten konnte - zumindest darauf hin, daß Peking entschlossen war, auf eine härtere Außenpolitik umzuschalten.

Auch wenn davon ausgegangen werden muß, daß alle taktischen Manöver letztlich auf eine vollständige Liquidierung der amerikanischen Militärstützpunkte in Asien abzielten, so schien der chinesischen Führung dennoch vorteilhaft, den Hebel dort anzusetzen, wo ihr Interesse natürlicherweise am stärksten war: T'aiwan.

Schon seit 1955 hatte die VBA systematisch damit begonnen, die alten Flugplätze gegenüber Formosa auszubauen und weitere, größere zu errichten (16). Außerdem wurden sowohl die Feuerkraft der Artilleriestellungen verstärkt, als auch die Bunkeranlagen weitgehend erneuert. Am 10. Februar 1958 beschuldigte Chou En-lai die japanische Regierung Kishi, sie unterstütze Amerikas sog. „Zwei-China-Politik", die nur dazu diene, die Herrschaft der USA auf T'aiwan sicherzustellen (17). Dies jedoch war nur der Anfang. Nach einer Sitzung der Militärkommission beim ZK der KPCh (18) setzte die Kampagne erst richtig ein, und in den nächsten Wochen und Monaten konnte man in vielen Veröffentlichungen lesen, daß das chinesische Volk bereit sei, T'aiwan zu jedem beliebigen Zeitpunkt zu befreien (19).

Die amerikanisch-britische Intervention im Libanon und Jordanien Mitte Juli bildete den Anlaß, in Protestveranstaltungen und Paraden die USA als „Papiertiger" zu bezeichnen und sie gleichzeitig aufzufordern, T'aiwan, Japan, die Philippinen und Südkorea umgehend zu verlassen (20).

Es ist vor diesem Hintergrund interessant, daß Chruschtschow zusammen mit Marschall Malinowskij in der Zeit vom 31. Juli bis 3. August Peking überraschend einen Besuch abstattete (21). Wollte der sowjetische Ministerpräsident versuchen, die chinesische Führung doch noch davon zu überzeugen, daß man trotz gelegentlicher Aggression der Imperialisten auch weiterhin diplomatische Lösungen anstreben und damit auch übereilte Schritte bezüglich T'aiwan vermeiden müsse? (22) Hatten sich andererseits die Chinesen bemüht, die Sowjetunion zu einem Eingreifen in der Mittelostkrise zu veranlassen und zu überreden versucht, die Annäherungspolitik an die Westmächte aufzugeben? (23) Derartige Fragen sind sehr schwierig zu beantworten. Schon was die Motive der chinesischen Führung angeht, möglicherweise gegen den Wunsch des bedeutendsten Bündnispartners eine neue T'aiwan-Krise heraufzubeschwören, existieren die unterschiedlichsten Interpretationen. Die Vertreter offensiver Theorien vermuten, man wollte:

- im Zeichen der innenpolitischen Vorwärtsstrategie, für die eine nachhaltige Unterstützung der Bevölkerung unabdingbar war, nunmehr auch das bisher nicht eingelöste Versprechen der Befreiung T'aiwans realisieren (24);
- mit der Aufforderung an die Amerikaner, China anzugreifen, die UdSSR dazu bewegen, ihre Unterstützung mit modernen Waffen auszudehnen und die Forderung, daß China auch Nuklearwaffen brauche, als berechtigt anzuerkennen (25);
- der Sowjetunion, den sozialistischen Ländern und den neutralen Ländern ihre Kleingläubigkeit vor Augen führen und beweisen, wie die VRCh in Zukunft mit den „Imperialisten" umzugehen gedenke (26).

Aber es gibt auch eine Theorie, welche vermutet, daß es sich bei den rotchinesischen Aktionen hauptsächlich um solche defensiven Charakters gehandelt habe. Drei Gründe werden hier angeführt (27):

- Die Tatsache, daß das bereits im Mai 1957 zwischen den USA und der Republik China unterzeichnete Abkommen zur Stationierung von Matador- und Boden-Boden-Raketen mit einer Reichweite von 600 Meilen inzwischen konkrete Gestalt angenommen hatte.

- Die schon seit 1955 betriebene systematische Verstärkung der Schlagkraft der nationalchinesischen Streitkräfte, welche sie erstmals in die Lage versetzte, ernsthaft an den Erfolg einer Landung auf dem Festland zu denken und schließlich

- der Umstand, daß angesichts allgemein bekannter Anstrengungen der VRCh in Richtung auf eigene Atomstreitkräfte eine Landung nicht mehr viel weiter hinausgeschoben werden konnte.

Am wahrscheinlichsten allerdings ist, daß es sich einmal mehr um einen Test der amerikanischen Reaktion handelte und darüber hinaus um die Frage, inwieweit die USA geneigt waren, in diesem Raum und aus einem solchen Anlaß Nuklearwaffen einzusetzen (28).

Am 23. August 1958 (29) begann der militärische Teil der T'aiwan-Krise mit einem schweren Artillerieüberfall auf die Küsteninseln Quemoy und Matsu. Fünf Tage später richtete das sog. „Fukien Frontkommando" (30) eine Botschaft an den Kommandeur der nationalchinesischen Garnison auf Quemoy, in welcher eine sofortige Landung rotchinesischer Truppen für den Fall angekündigt wurde, daß man sich nicht umgehend von den Inseln zurückziehe (31). Die Tatsache, daß amerikanische Kriegsschiffe nationalchinesische Konvois bis zu drei Meilen vor Quemoy eskortierten, veranlaßte Peking am 4. September 1958 – auch im Hinblick auf den dahingehenden Trend in vielen Ländern – die sog. „Drei-Meilen-Zone" auf zwölf Meilen auszudehnen (32). Am gleichen Tage jedoch machte der amerikanische Außenminister Dulles der rotchinesischen Regierung klar, daß die Inseln Quemoy und Matsu in einem derart engen Zusammenhang mit T'aiwan stünden, daß die USA deren Verteidigung übernehmen müßten, falls die nationalchinesischen Truppen dazu nicht in der Lage sein sollten (33). Dies und auch andere Umstände (34) – insbesondere aber die bald erwartete Ankunft von fünf aus dem Mittelmeer in die „Straße von Formosa" beorderten Zerstörern, die auch mit Atomraketen bestückt waren – veranlaßten anscheinend am 6. September 1958 Chou En-lai zu der Ankündigung, daß die Regierung der VRCh bereit sei, in Botschaftergespräche mit den USA einzutreten (35). Obwohl die rotchinesischen militärischen Aktionen noch einen Monat andauerten, gingen die Auseinandersetzungen mehr und mehr in ihre politisch-diplomatische Phase über.

Hier muß noch darauf hingewiesen werden, daß die chinesische Haltung im Verlauf der Krise mehrmals gewechselt hatte. Anfangs war ganz pauschal von der „Befreiung T'aiwans" die Rede (36). Als jedoch klar wurde, daß die Sowjetunion nicht ernsthaft zu helfen und Amerika nicht nachzugeben gedachte, versuchte Chou En-lai – offenbar aus taktischen Erwägungen – zwischen dem Problem der Küsteninseln einerseits und der Insel T'aiwan andererseits zu unterscheiden (37). Schließlich ließ man auch diese Version fallen – vermutlich um einer von den USA angestrebten UN-Sanktionierung der Existenz zweier chinesischer Staaten entgegenzuwirken – und stellte die Auseinandersetzung wiederum als bloße Fortsetzung des chinesischen Bürgerkrieges dar (38). Am 6. Oktober 1958 kündigte P'eng Te-huai eine einwöchige Feuerpause an (39), die dann nochmals ausdrücklich verlängert wurde (40) und schließlich – abgesehen von noch einigen sporadischen kommunistischen Artillerieüberfällen – einer Feuereinstellung gleichkam (41).

Während es schon schwierig genug ist, die chinesischen Motive hinsichtlich der Inszenierung der zweiten T'aiwan-Krise herauszufinden, sind die Beweggründe hinsichtlich des Grenzkonfliktes mit Indien noch heute weitgehend ungeklärt. Diese Feststellung bedarf einer skizzenhaften Darstellung der chinesisch-indischen Beziehungen seit dem Jahre 1949.

Hier muß man sich zunächst vor Augen halten, daß Indien für lange Zeit nach seiner Unabhängigkeit weder China noch der Außenpolitik an sich übermäßiges Interesse schenkte (42). Immerhin hat

Indien aber das neue Regime in Peking erstaunlich schnell diplomatisch anerkannt (43) und nicht nur versucht, freundschaftliche Beziehungen zu erlangen, sondern auch die Mitgliedschaft der VRCh in internationalen Gremien nachhaltig befürwortet (44). Die Entsendung von Delegationen mit politischem, wirtschaftlichem, kulturellem Auftrag war an der Tagesordnung und auch Nehrus Bemühungen, die VRCh auf der Bandung-Konferenz von 1955 in engere Kontakte mit afro-asiatischen Ländern zu bringen, liegen auf der gleichen Ebene (45). Höhepunkt dieser indisch-chinesischen Freundschaft war die zweite Reise Chou En-lais nach Neu Delhi im Januar 1957.

Bis zu diesem Zeitpunkt dachten in Indien nur wenige daran, daß es zwischen beiden Ländern einmal zu Grenzproblemen kommen könnte. Zwar verursachten rotchinesische Landkarten, die Teile Indiens als chinesisches Territorium auswiesen, gelegentlich eine gewisse Unruhe in politischen Kreisen. Als Indiz für ernsthafte Infragestellung der gemeinsamen Grenze wurden sie jedoch schon deshalb nicht genommen, weil es sich lediglich um Reproduktionen alter Landkarten handelte, die bereits von der ehemaligen Nationalregierung herausgegeben zu werden pflegten (46). Man ging sogar soweit, das chinesische Stillschweigen in bezug auf diese Frage dahingehend zu interpretieren, daß die VRCh damit die „Gültigkeit der bestehenden Grenze bereits anerkannt habe" (47).

Wenn sich überhaupt Ursachen für die gegenseitigen Spannungen finden lassen, so muß man zunächst bedenken, daß Indien – wenigstens noch zu Lebzeiten Nehrus – als Chinas mächtigster Rivale in Asien anzusehen war. Dies gilt zwar auch für die Zeit der sog. „Bandunglinie", aber als Peking einen außenpolitisch härteren Kurs einschlug, konnte Neu Delhis strikt weiter verfolgte Neutralitätspolitik sogar als anti-chinesisch empfunden werden. Der durch den gescheiterten T'aiwan-Vorstoß erlittene Prestigeverlust, dürfte schließlich die chinesische Führung dazu bewogen haben, Indien demonstrativ eine Lektion zu erteilen und dessen steigenden Einfluß in Grenzen zu halten (48).

Vielleicht war auch Selbstbestätigung ein Grund dafür, daß am 21. 8. 1959 chinesische Truppen auf indisches Gebiet vordrangen, Nehrus Angebot über kleinere Grenzkorrekturen ignorierten und schließlich am 9. September 1959 lediglich bekanntgaben, China würde die Mc Mahon-Linie nicht als indische Nordgrenze anerkennen (49). Obwohl es aufgrund diplomatischer Intervention der UdSSR (50) und der USA (51) in diesem Zeitpunkt zu keinen größeren kriegerischen Auseinandersetzungen mehr kam, war dennoch eine Atmosphäre geschaffen worden, die das gegenseitige Verhältnis in Zukunft erheblich belastete (52).

Auch die blutige Unterdrückung der tibetanischen Revolte (53), die unverhüllte Unterstützung der kommunistischen Aufständischen in Laos (54) sowie die Polemik anläßlich der Unterzeichnung des japanisch-amerikanischen Sicherheitspaktes (55) machte die neue Linie Pekings weder bei den Regierungen der asiatischen Nachbarn noch sonst in der Welt populärer.

Insgesamt gesehen wurde die chinesische Außenpolitik ab 1958 weitgehend überschattet von den Ereignissen, welche unter dem Schlagwort „Politik der Drei Roten Banner" die VRCh vom Stadium des Sozialismus direkt in das „goldene Zeitalter" des Kommunismus überführen sollte.

2. Die Strategiediskussion

Das Sicherheitsproblem der VRCh läßt sich in dieser Periode auf drei entscheidende Fragen reduzieren:

- Welcher Wert war den eigenen Verteidigungsstreitkräften beizumessen?
- Inwieweit konnte und würde die UdSSR die USA davon abhalten, einen Präventivschlag – sei es mit konventionellen oder atomaren Mitteln – gegen China zu führen?

– War die Sowjetunion bereit und in der Lage, chinesische militärische Aktivitäten – auch wenn sie den amerikanischen Interessen im asiatischen Raum zuwiderliefen – zu dulden und notfalls mit ihrem gesamten Kriegspotential zu decken?

Die ersten beiden Fragen stellen im Grunde genommen nichts weiter dar, als eine Fortsetzung der militärischen Debatte von 1954 bis Mitte 1957 und dürften – was die eigene Verteidigungskapazität angeht – wenig optimistisch eingeschätzt, – was jedoch die sowjetische Schutzgarantie betrifft – positiv bewertet worden sein, jedenfalls insoweit, als der Angriff unprovoziert erfolgen würde. Auch wenn man dadurch militärstrategisch in eine weitgehende Abhängigkeit gegenüber der UdSSR geraten war (56), so wird nicht zuletzt das Vertrauen in den Bündnispartner dazu beigetragen haben, die Konzeption des Generalstabes ab Mitte 1956 fallen zu lassen und der des Verteidigungsministeriums den Vorzug zu geben (57). Die dritte Frage – und sie stellt den Schlüssel der chinesischen Militärstrategie von 1957 bis Anfang 1960 dar – ist zweifellos wesentlich komplexer und außerordentlich schwierig zu beantworten.

Wie schon oben ausgeführt, waren die chinesischen Kommunisten nach den sowjetischen waffentechnischen Erfolgen nunmehr überzeugt, daß die UdSSR in dieser Beziehung den Anschluß an die USA zumindest gefunden, wenn nicht gar Amerika in jenem Punkte übertroffen habe (58). Diese Tatsache sollte – jedenfalls nach der Meinung der Pekinger Führung – ohne größere Verzögerung dahingehend genutzt werden, daß das sozialistische Lager und damit auch China, nunmehr hinter dem nuklearen Schutzschild der Sowjetunion seine Ziele auch unter Einsatz militärischer Mittel verwirklichen könnte (59). Aber noch ein anderer Gedanke belebte allem Anschein nach die Strategiediskussion von Mitte 1957 bis Frühjahr 1958. Wie bereits ausgeführt, hatte man ab Mitte 1956 u. a. auch deshalb die Ausrüstung der VBA mit modernen konventionellen Waffen abgebremst, weil nur ein effektiver Machtzuwachs die damit verbundenen finanziellen, ökonomischen und sonstigen Belastungen und Konsequenzen gerechtfertigt hätte (60). Die neueren sowjetischen Erfolge auf dem waffentechnischen Sektor ließen die chinesische Führung jedoch erstmals hoffen, die UdSSR würde in der einen oder anderen Weise bereit sein, den Weg der VBA von einer leidlich gut konventionell ausgerüsteten Armee (61) zu einer schlagkräftigen Nuklearstreitmacht abzukürzen (62). Eine solche Aussicht hätte dann in der Tat jedes Opfer lohnend erscheinen lassen. Ganz so unberechtigt erschien den Chinesen diese Zumutung auch nicht, machten doch die USA gerade Anstalten, ihren Verbündeten in der NATO und anderen militärischen Blocks ebenfalls atomare Partnerschaft anzutragen (63).

Wie sehr dieser Gedanke (64) vor allem die chinesischen Militärs faszinierte kann man daraus ersehen, mit welcher Begeisterung das Thema „Lernt von den fortgeschrittenen Erfahrungen der Sowjetarmee!" bei jedem sich bietenden Anlaß aufgegriffen wurde und zwar durchgehend sowohl von den Exponenten des Generalstabes, als auch denen des Verteidigungsministeriums. So schrieben z. B.:

Liu Po-ch'eng:

> „... Heute besitzt die Sowjetarmee die modernsten Waffen der Welt, inklusive Interkontinentalraketen... Wie schon vom Vorsitzenden Mao Tse-tung erläutert, muß die VBA von den fortgeschrittenen Erfahrungen der Sowjetarmee lernen" (65).

Yeh Chien-ying:

> „Die sowjetischen militärischen Erfolge... haben die marxistisch-leninistische Militärtheorie bereichert und werden ein unbezahlbarer Besitz aller Länder des sozialistischen Lagers werden..." (66).

P'eng Te-huai:

> „Die sowjetischen Streitkräfte... sind das große Vorbild für die Modernisierung der VBA,... weil nur so Umwege bei der Modernisierung vermieden werden können (67).

Chu Te:

> „Die Sowjetunion hat beständig ihr Äußerstes getan, um... den Bruderländern generöse Hilfe zuteil werden zu lassen... Die Tatsachen beweisen, daß gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit... die beste Garantie für Wohlstand und Stärke der großen sozialistischen Familie darstellt... (68).

Ho Lung:

> „... Das Lernen von den fortgeschrittenen Erfahrungen der Sowjetarmee wird es uns ermöglichen, viele Wege abzukürzen und ist der Schlüssel für eine schnelle Vollendung der Modernisierungsbestrebungen unserer Armee" (69).

Diese Aussagen berechtigen zu der Vermutung, daß die chinesische Führung nicht nur fest damit rechnete, eine gewisse Anzahl taktischer Nuklearwaffen von der UdSSR zu erhalten, sondern auch alle damit zusammenhängenden Probleme Gegenstand des chinesisch-sowjetischen Dialoges schon vor dem, aber besonders während des Moskauer Treffens vom November 1957 waren (70).

Lange Zeit lag ein Schleier des Geheimnisses über Verlauf und Ergebnis jener Besprechung, vor allem was die chinesischen Forderungen nach einer Teilhabe am sowjetischen Atomwaffenpotential betrifft. Bekannt war lediglich, daß die Verteidigungsminister Malinowskij und P'eng Te-huai am 4. November in Moskau zusammentrafen und am 6. November 1957 eine starke chinesische Militärdelegation (71) in die sowjetische Hauptstadt gerufen worden sein soll. Über welchen Gegenstand diese Delegation verhandelte, blieb ungeklärt. Mitgeteilt wurden dann nur noch die Reden, welche die Marschälle Malinowskij und P'eng Te-huai auf einem Bankett in Anwesenheit Bulganins, Chruschtschows und Sokolowskys am 27. November hielten (72). P'eng bedankte sich hierbei für „die Einsichten" (73), zu denen er während seines zwanzigtägigen Aufenthaltes in der Sowjetunion habe gelangen können und für die Erkenntnisse, die sicherlich der VBA in der einen oder anderen Form zugute kommen würden (74). Malinowskij erklärte, daß die Macht beider sozialistischer Armeen nicht so sehr auf ihrer militärischen Ausrüstung beruhe, sondern vielmehr auf der Tatsache, daß sie doch mit dem Vok und ihre Führer mit den kommunistischen Parteien der Sowjetunion und Chinas verbunden seien (75).

Abgesehen davon, wie viel oder wie wenig im Grunde genommen aus diesen Reden zu entnehmen ist, taucht hier noch die Frage auf, wie sich jene zeitliche Angabe P'engs „während meines zwanzigtägigen Aufenthaltes in der Sowjetunion" vereinbaren läßt mit dem Datum des Abkommens über „neue Technologie für die nationale Verteidigung" und der Übergabe von „Atombombenmodellen und technischen Detailangaben für die Herstellung von Atombomben", das schon am 15. Oktober in Moskau unterschrieben worden sein soll? (76) Die Existenz eines solchen Abkommens - und auch seine Annulierung durch die Sowjets am 20. Juni 1959, um dies gleich vorwegzunehmen - war nämlich bis zum 15. August 1963 völlig unbekannt geblieben. Darum mußte auch alles, was vor diesem Datum über die mutmaßlichen Ergebnisse der sowjetisch-chinesischen Militärverhandlungen geschrieben wurde, zwangsläufig der Kenntnisse entbehren, die uns erst am 15. August 1963 zugänglich wurden (77). An diesem Tage veröffentlichte ein Sprecher der chinesischen Regierung nämlich folgende Erklärung:

> „Schon am 20. Juni 1959, als es noch nicht die geringsten Anzeichen für einen Vertrag über die Beendigung der Atomversuche gab, zerriß die Sowjetregierung einseitig das Abkommen über die neue Technologie für die nationale Verteidigung, das zwischen China und der Sowjetunion am 15. Oktober 1957 abgeschlossen worden war, und sie weigerte sich, China ein

> Muster der Atombombe und technischer Daten für ihre Herstellung zu überlassen. Das geschah als Gastgeschenk zu der Zeit, als der Sowjetführer im September zu Gesprächen mit Eisenhower in die USA reiste" (78).

Und wenig später schrieb man in einer Antwort auf den offenen Brief der Sowjetregierung vom 14. Juli 1963:

> „Im Jahre 1958 stellte die Führung der KPdSU unverschämte Forderungen, die dazu bestimmt waren, China unter sowjetische Militärkontrolle zu bringen. Diese wurden von der chinesischen Regierung direkt und fest zurückgewiesen" (79).

Die UdSSR hat diese Tatsachen und Daten nicht bestritten, sondern sich vielmehr nur über die chinesische Indiskretion entrüstet (80). Daraus kann man aber weiter schließen, daß sowohl P'eng Te-huai als auch die vielköpfige Militärdelegation schon wesentlich länger in Moskau verhandelt hatten und die veröffentlichten Ankunfts- und Abreisetermine nur dem Zwecke dienten, das Abkommen vom 15. Oktober 1957 sowie die vorausgegangenen Besprechungen zu verschleiern (81).

Aus diesen neueren Erkenntnissen kann man ersehen, daß die Chinesen zunächst von der Sowjetunion die Überlassung fertiger Atombomben verlangt haben dürften (82). Der sowjetische Gegenvorschlag, gemischt aus beiden Ländern zusammengesetzte Atomstreitkräfte zu bilden und auf chinesischem Territorium zu stationieren, ist anscheinend wiederum von China zurückgewiesen worden (83). Der Kompromiß, der dann schließlich zustande kam, konnte als chinesischer Erfolg bezeichnet werden, obwohl auch er China auf den Weg eines zeitraubenden Nachbaus verwies (84).

Das aussagekräftigste, wenn auch nahezu letzte Anzeichen dafür, daß die chinesische Führung modernste Waffen für die allernächste Zukunft erwartete, war die Veröffentlichung eines Entwurfes neuer Ausbildungsvorschriften für die VBA im Januar 1958, in welchem festgestellt wurde:

> „Vom Beginn dieses Jahres an werden alle Waffengattungen unserer Streitkräfte ein neues Ausbildungsprogramm erhalten... Das Programm, das nur einen Entwurf darstellte, war bereits allen Einheiten zugegangen und wird nach dem Juni diesen Jahres in Kraft gesetzt... Das neue Programm basiert auf unserer strategischen Politik, den Schwierigkeiten unseres Terrains, den ruhmreichen Traditionen unserer Armee, den Erfahrungen unserer Ausbildungspraxis... und der Entwicklung von modernen Militärtechniken und Militärwissenschaften. Die sowjetische fortgeschrittene Erfahrung ist ebenfalls eingearbeitet... (85).

Ab Ende Januar 1958 häuften sich die Anzeichen, daß die Prioritäten wieder zurück auf die Beschleunigung des wirtschaftlichen Aufbaues verlagert werden sollten. Ein erstes Indiz dafür war die Rede des Verteidigungsminister P'eng Te-huai vom 22. Januar 1958 vor Vertretern einiger Nachschub- und Versorgungseinheiten:

> „Eine Zeitlang hatten manche Genossen eine unvollkommene Vorstellung von unserer Militärpolitik. Ihnen war der enge Zusammenhang zwischen der Modernisierung der VBA, der wirtschaftlichen Gesamtsituation des Landes und den aktuellen Voraussetzungen innerhalb unserer Armee entgangen. Dieses nur partielle Verständnis veranlaßte sie anscheinend, in bezug auf die Modernisierung in zu kurzer Zeit zu viel zu verlangen" (86).

Und an der gleichen Stelle betonte er im krassen Gegensatz zu seinem noch vor kurzem eingenommenen Standpunkt:

> „Wir müssen unsere Armee auf der Basis der nationalen Industrialisierung Schritt für Schritt mit neuen Waffen ausrüsten. Unter Berücksichtigung unseres derzeitigen industriellen Entwicklungsstandes kann dies nur allmählich erfolgen" (87).

Am 3. Februar 1958 konnte man in der Volkszeitung lesen, daß der nationale Aufbau mit „größter Geschwindigkeit" durchgeführt werden müsse, weil nur so Chinas Sicherheit im vollem Maße garantiert werden könne. Dabei sei die Errichtung moderner Industrien als eine „Vorbedingung für die Modernisierung der nationalen Verteidigung" anzusehen. „Unterlegenheitsgefühl und Abhängigkeit von anderen Ländern" stelle einen „Mangel an Vertrauen in die Kapazität eines 600 Millionen Volkes" dar (88).

Graduell steigerte sich auch die Kampagne gegen jene „Elemente" innerhalb der Streitkräfte, welche einen „ausschließlich militärischen Standpunkt" vertraten, eine Stärkung der Parteikontrolle ablehnten und eine Überbewertung der militärischen Schriften Mao Tse-tungs für anachronistisch hielten (89). Dies geht z.B. aus einem Artikel der Armeezeitung vom 16. März 1958 hervor, in welchem es hieß:

> „Vorsitzender Mao zog in seinen Schriften einen allgemeinen Schluß: Um einen besser ausgerüsteten Feind mit unterlegenen Waffen besiegen zu können, war die grundlegende Erfahrung eines langen revolutionären Krieges in unserem Land notwendig. In einem Fall der Vaterlandsverteidigung... wäre die Ausrüstung unserer Streitkräfte den imperialistischen Kräften ebenso für eine gewisse Zeit unterlegen... Darum gilt das früher entwickelte Prinzip auch für einen zukünftigen Krieg, selbst wenn er mit Atombomben, Raketen und chemischen Waffen geführt würde (90).

Auf einer „Erweiterten Konferenz der Militärkommission" des ZK der KPCh, an der mehr als tausend führende Militärs teilgenommen haben sollen, wurden vermutlich auch endgültig die Leitlinien für die zukünftige Entwicklung der VBA festgelegt, was sich aus sämtlichen Kommentaren amtlicher Organe während und nach dieser Konferenz entnehmen läßt (91). So wurde insbesondere vorgeschlagen, eine die gesamte Nation umfassende Kampagne zu starten, um die Streitkräfte von der „doktrinären Abhängigkeit fremder Länder zu befreien und das Studium der militärischen Schriften Mao Tse-tungs" für die Soldaten aller Ränge obligatorisch zu machen (92).

Mitte Juni war es anscheinend so weit. Mit großem Propagandaaufwand wurde die Militärdoktrin Maos in den Rang universeller Gültigkeit gehoben und als zukünftige Richtlinie für die Modernisierung der VBA bezeichnet (93). Wenig später erfolgte dann auch die Abrechnung mit jenen, welche sich vermutlich derartigen Bestrebungen widersetzt hatten. Am 1. Juli 1958 schrieb die Volkszeitung:

> „Rein militärische Standpunkte und andere Abweichungen sind bei einem Teil des Personals unserer Streitkräfte aufgetaucht... Diese Leute glauben, daß die kollektive Führung der Parteikomitees nicht geeignet sei, den Erfordernissen zu entsprechen. Sie fordern offen die Liquidierung der Parteikontrolle, verursachen damit in den Reihen der VBA ideologische Verwirrung und schwächen die bewährte Tradition unserer Armee, insbesondere in bezug auf die praktische Arbeit" (94).

Auch wenn vieles dafür spricht, daß die Konferenz der Militärkommission vom 2. Mai bis 22. Juli 1958 u.a. dem Zwecke der Korrektur falscher Standpunkte dienen sollte und man der Behauptung glauben schenkt, Ende Juli 1958 seien jene „Abweichungen" bereits wieder „überwunden" worden (95), so sahen die dominierenden Kräfte in der chinesischen Führung immerhin noch Anlaß, auf folgendes hinzuweisen:

> „Es ist richtig, daß viele Genossen wünschen, wir könnten die Modernisierung unserer Streitkräfte beschleunigen... Aber erst, wenn wir den einseitig militärischen Standpunkt aufgeben, den Dogmatismus ausmerzen und die Priorität den politischen Aktivitäten geben... werden wir einen großen Sprung nach vorn tun..." (96).

Aber selbst diese Aussichten vermochten es anscheinend nicht, die opponierenden Kräfte innerhalb der VBA zu überzeugen. So konnte man am 20. September 1958 in der Armeezeitung lesen:

> „Manche sind der Meinung, daß, obwohl mechanisches Kopieren fremder Technologien... nicht gut sei, sie aber sehr wohl richtungsweisend für die zukünftige Entwicklung unserer Armee werden sollten. Auch dieser Standpunkt ist falsch... Da wir nur auf die Massen

vertrauen können und alles den Realitäten anzupassen haben, werden wir uns selbst etwas erarbeiten müssen, was für unsere Streitkräfte geeignet ist . . ." (97).

Hier kam ein zusätzliches Element ins Spiel, das in der Folgezeit noch große Bedeutung gewinnen sollte: die Volksmiliz. Dazu ist ein kurzer historischer Rückblick erforderlich.

Die Miliz wurde auf regulärer Basis erst während des sino-japanischen Krieges gebildet und sollte hinter den feindlichen Linien nicht nur die Aktivitäten der regulären kommunistischen Streitkräfte unterstützen, sondern auch den Hauptteil der politischen Indoktrinierung der Bevölkerung leisten (98). Nach der japanischen Kapitulation und dem erneuten Ausbruch des Bürgerkrieges wuchs zwar ihre Zahl (99) mit den inzwischen übertragenen Aufgaben (100) beträchtlich, aber sie blieb – wie vermutlich von Anfang an konzipiert – eine relativ kleine Eliteeinheit. Das änderte sich auch nicht mit dem kommunistischen Sieg auf dem Festland. Zwar hieß es noch im Artikel 23 des Gemeinsamen Programmes der Politischen Volkskonsultativkonferenz vom 29. September 1949,

> „man müsse das System der Volksmiliz verstärken, um die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, die Grundlage für eine nationale Mobilisierung zu legen und die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht zum geeigneten Zeitpunkt vorzubereiten" (101)

aber der Trend ging bereits weg von der Guerrillakriegskonzeption der Zeit vor der Machtübernahme zu einer der neuen Situation angepaßten modernen Verteidigungstrategie, so daß die zahlenmäßige Vergrößerung der Milizeinheiten die Schmälerung ihrer tatsächlichen Bedeutung nur spärlich verdecken konnte (102). Was der Miliz nämlich verblieb, waren außer vergleichsweise bescheidenen Zivilschutzaufgaben lediglich die Rolle als Reservoir einer paramilitärisch ausgebildeten Reserve für die VBA und ihr politischer Auftrag, die Kampagnen der sozialen Reformen nach Kräften zu unterstützen (103). Ganz offensichtlich ist auch das im November 1950 anvisierte Ziel, die Volksmiliz innerhalb von drei Jahren auf die Zahl von etwa 24 Millionen Mann zu bringen (104) nie erreicht worden, wenn man hier die letzte offizielle Angabe ihrer Stärke, welche Chou En-lai am 23. September 1951 auf 12,8 Millionen bezifferte, heranzieht (105). Sicherlich hat dabei eine Rolle gespielt, daß die Miliz einen großen Teil der „Freiwilligen" für den Koreakrieg stellte und in der Zeit der hohen chinesischen Verluste eine Auffüllung des Expeditionskorps wichtiger schien, als eine Verstärkung der Milizeinheiten. Aber als Ende 1954 die ersten Aushebungen in bezug auf das zu erwartende Militärdienstgesetz erfolgten, gab es ebenfalls keinerlei Hinweise darauf, daß die 830000 Mann, welche von 10 Millionen Freiwilligen ausgewählt wurden – zumindest in ihrer Mehrzahl – der Miliz entstammten (106). Auch das Reseveheer war nicht in das Milizsystem integriert worden, wie man es hätte erwarten können, wenn die Feststellung, die Volksmiliz sei letztlich die Hauptquelle derVBA, noch Gültigkeit besitzen sollte (107). Hinzu kommt, daß sogar das Militärdienstgesetz lediglich besagte, „die Miliz habe nach Inkrafttreten des Gesetzes hauptsächlich die Aufgabe, die lokale Sicherheit zu gewährleisten, die Produktion zu fördern sowie die geleistete Aufbauarbeit zu schützen" (108).

In den Jahren von 1954 bis 1957 gibt es so gut wie keine Information über Milizaktivitäten und ausländische Schätzungen ihrer damaligen zahlenmäßigen Stärke bewegen sich zwischen 6 bis 12 Millionen Mann (109).

Mit der offiziellen Inszenierung der Kampagne „Jedermann ein Soldat" am 1. Oktober 1958 (110) trat die Volksmiliz mit einem neuen und bisher nicht gekannten Status in das grelle Licht der innenpolitischen Szenerie. Aber es war nicht nur der kaum vorstellbare Umfang, den sie nach dem Willen der chinesischen Führung erreichen, sondern auch die vielfältige und entscheidende Bedeutung, die ihr beim beschleunigten Aufbau des Landes zukommen sollte.

Sie war dazu ausersehen, als „proletarisch-revolutionäre Militärorganisation" größten Ausmaßes

- als permanentes Charakteristikum der Gesellschaft,
- als unzerbrechliche Speerspitze der Drei-Banner-Politik sowie

– als vitaler Faktor in der nationalen Verteidigung

zu dienen und damit ihren historischen Beitrag zum Aufbau des Kommunismus zu leisten (111).

Abgesehen davon, daß jene Volksmilizkonzeption wohl einerseits lediglich die logische Erweiterung der gesamten Drei-Banner-Politik darstellte (112), war sie gleichzeitig Ausdruck einer fundamentalen Neuorientierung der chinesischen Strategie im Nuklearzeitalter (113).

Dies verdeutlichte ein Leitartikel der Volkszeitung vom 1. Oktober 1958, der sich auf Mao Tse-tung beruft:

> „Die Miliz ist eine militärische Organisation, die in Friedenszeiten produktive Erziehungs- und sonstige Arbeit leistet. Wenn aber die Imperialisten einen aggressiven Krieg gegen uns inszenieren sollten, würde sie in den Kampf ziehen und es dem Angreifer schwer machen, auch nur einen einzigen Schritt zu tun" (114).

Seine theoretische Fundierung erfuhr das Konzept schließlich mit einem Artikel der Roten Fahne, in welchem festgestellt wurde:

> „Die Miliz ist sowohl ein Ausdruck von Mao Tse-tungs strategischen Denken über den Volkskrieg als auch ein ergänzender Teil seiner Gedanken zur Volkskommunenbewegung... Ein neues Phänomen von tiefer politischer und strategischer Bedeutung..." (115).

An dieser Stelle sollte man sich ins Gedächtnis zurückrufen, wie weit derartige Überlegungen schon von den Vorschlägen jener Offiziere der VBA entfernt waren, die im Jahre 1955 die Dringlichkeit eines wirksamen Verteidigungssystems gegen atomare Überraschungsangriffe gefordert hatten (116). Aber auch jene, die sich mehr für eine breite Industrialisierung einsetzten und eine Mobilisierung von Reserven erst nach einem Angriff für ausreichend hielten, sahen sich plötzlich mit der Tatsache konfrontiert, daß hier – entgegen den ursprünglichen Konzeptionen (117) – eine Streitmacht aufgebaut wurde, die zunächst ausschließlich den lokalen Parteiorganen unterstellt war (118).

Hinzu kamen noch weitere Konsequenzen und Schwierigkeiten. Wenn man nämlich davon ausgeht, daß die Miliz im Januar 1959 tatsächlich bereits eine Gesamtstärke von 220 Millionen Mann erreicht hatte (119), dann war sie – abgesehen von der ihr inzwischen zugewiesenen politischen Bedeutung – nicht länger der „kleinere Bruder", sondern eine echte Konkurrenz der VBA (120), auch wenn von offizieller Seite gesagt wurde:

> „In dem Moment, da unser Land von den Imperialisten angegriffen wird, muß die Miliz eine unerschöpfliche Reserve der regulären Streitkräfte sein..." (121).

Die von den Militärs als Prestigeverlust der VBA empfundene Entwicklung zog außerdem eine Verringerung der Kampfbereitschaft der Streitkräfte nach sich. Denn während sie in zunehmendem Maße selbst in den nationalen Aufbau- und Industrialisierungsprozeß eingeschaltet worden waren (122), mußte die VBA nunmehr auch noch jene „unerschöpfliche Reserve" militärisch ausbilden (123), was auch nachstehenden Ausführungen entnommen werden konnte:

> „Jeder (Milizangehörige) sollte darum fähig sein, gebräuchliche Waffen zu handhaben und von den geographischen Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Er müsse auch in der Lage sein, Vorbereitungen gegen Angriffe aus der Luft sowie bakteriologisch-chemische Attacken treffen zu können" (124).

Wer annahm, daß dieses ambitiöse Programm überhaupt realisierbar war, mußte außer Maos Phantasie auch noch dessen unerschütterlichen Glauben besitzen (125).

Ende 1959 kann man annehmen, daß sich die Standpunkte innerhalb der chinesischen Militärs noch weiter differenziert hatten. Zunächst gab es Meinungsverschiedenheiten zwischen den berufsmäßig

orientierten Offiziere und der Partei über die zukünftige Entwicklung der Struktur der Streikräfte (126). Die unterschiedlich beantwortete Frage, ob man eine schnelle, aber nur partielle Verbesserung der Verteidigungsposition erstreben, oder sich mehr auf eine langsamere, aber umfassende Entwicklung seiner eigenen Industrie konzentrieren sollte, datiert zurück bis in das Jahr 1955 (127). Aber obwohl mehr und mehr die zuletzt genannte Konzeption Vorrang erhielt, kann jedoch nicht angenommen werden, daß sich dieser Standpunkt vor Mitte 1958 endgültig durchgesetzt hatte (128). Es verblieb nämlich immer noch ein gewisser Teil der Berufsoffiziere, die sich unzufrieden mit den nicht-militärischen Aufgabenstellungen der VBA zeigten, Ausbildungsprogrammen, die sie für unerläßlich hielten, weiterhin den Vorzug gaben und darum einer Parteikontrolle auch wenig Sympathie entgegen brachten (129). Viele mochten ungehalten sein über die Zumutung, als gemeiner Soldat Dienst verrichten zu sollen (130), und über die betont große Rolle, die der Miliz innerhalb der Volkskommunenbewegung eingeräumt wurde (131). Hinzu kam das schlechte Abschneiden der rotchinesischen Streitkräfte während der zweiten T'aiwan-Krise, was eben jene Offiziere u. a. der mangelnden Ausbildung anlasteten (132). Aber auch politisch orientierte Offiziere mußten Grund zu der Annahme haben, daß das übergroße politisch-wirtschaftliche Engagement der VBA die Ausbildungsprogramme gefährdete und die Verschmelzung der ordentlichen Armeereserven mit den Milizeinheiten in vieler Hinsicht – vor allem aber deren anfängliche Unterstellung unter ausschließliche Parteikontrolle – keine glückliche Lösung bedeutete (133).

Darum zeigten sich Widerstände aus verschiedenen Richtungen. Die Offiziere waren insgesamt besorgt über die vorstehend beschriebenen Entwicklungen, aber auch verärgert über die Beschäftigung der regulären Streitkräfte mit kommunalem „Kleinkram" (134) und die Mannschaften – welche weitgehend aus Bauernfamilien stammten – beunruhigt über die sich rapide verschlechternde Ernährungssituation auf dem Lande (135).

Es ist nicht schwer zu erraten, daß man sich allgemein und vor allem diejenigen, welche mit Problemen der Landesverteidigung speziell befaßt waren (136), die Frage stellten, wie man unter solchen Umständen seine militärischen Aufgaben noch erfüllen sollte. Eine Strategiediskussion im eigentlichen Sinne fand jedoch schon seit Ende 1958 kaum mehr statt. Es gab, wie gesagt, Widerstände, aber im großen und ganzen schien man zu versuchen, das Beste aus einer in weiten Kreisen als schlecht empfundenen Situation zu machen. Im Gegensatz zu den Subalternoffizieren konnte sich jedoch die Spitze der VBA einer gewissen Stellungnahme kaum entziehen und es ist nicht ausgeschlossen, daß mancher – z. B. Generalstabschef Su Yü – seinen Posten nur deshalb verlor, weil er entgegen der allgemeinen Parteilinie schließlich dennoch recht behielt (137).

3. Die außen- und innenpolitischen Aspekte

Die gegenseitige Entfremdung der beiden größten kommunistisch regierten Länder – ein Element, das dem Bündnis, wie bereits ausgeführt, schon von Anfang an inhärent war – sollte in ihren ersten Anzeichen auf das Frühjahr 1958 datiert werden (138). Noch zur Zeit der Moskauer Konferenz der kommunistischen Parteien im November 1957 setzte nämlich die Führung der KPCh große Hoffnungen auf eine verstärkte sowjetische Hilfe auch in bezug auf ihre nuklearen Ambitionen (139). Dies zeigten nicht nur die ständig wiederholten Parolen „Lernt von den fortgeschrittenen Erfahrungen der Sowjetarmee", sondern dem Sinne nach auch der von Mao Tse-tung auf eben dieser Konferenz ausgesprochene Satz: „Es gibt keine Macht auf der Erde, die uns trennen könnte" (140).

Da sich aber die UdSSR in der Folgezeit nicht im erwarteten Maße bereit zeigte,

– die chinesische Einschätzung von der Verschiebung des Kräftegleichgewichtes zugunsten des sozialistischen Lagers zu übernehmen,

- der chinesischen Forderung hinsichtlich einer zielstrebigeren Durchsetzung gemeinsamer Interessen nachzugeben,
- dem chinesischen Wunsch nach Überlassung moderneren Kriegsmaterials - einschließlich Atomwaffen - zu entsprechen

kam man anscheinend in Peking zu dem Schluß, daß nunmehr der Versuch unternommen werden müsse, aus eigener Kraft ein Nuklearpotential zu entwickeln (141). Zwar blieb eine gewisse Hoffnung auf sowjetische Unterstützung bei der Entwicklung derartiger Waffen, auf den Schutz durch die UdSSR bei einem unprovozierten amerikanischen Angriff und besonders auf das Scheitern der Ost-West-Verhandlungen weiterhin bestehen, was jedoch nicht bedeutete, daß die VRCh noch einmal bereit gewesen wäre, die Initiative aus der Hand zu geben und ihre umfassende Vorwärtsstrategie zu revidieren (142). Aber sie war ein gefährlicher Seiltanz, dessen Ausgang niemand vorherzusehen vermochte.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik wurde die wenig erfolgversprechende „Bandung-Linie" verlassen und die eigenen Beziehungen gegenüber fast allen Ländern neu definiert (143). Das gilt hauptsächlich für die neutralen Staaten Asiens (144), aber auch für die Sowjetunion, der man in zunehmendem Maße ihre Zurückhaltung gegenüber den Imperialisten als Schwäche ankreidete und ihre ideologische Führungsrolle im sozialistischen Lager bestritt (145).

Auf dem Gebiet der Innenpolitik wurde das sowjetische Wirtschaftsmodell, welches sich in China nicht bewährt hatte, kurzerhand aufgegeben und durch ein eigenes Programm ersetzt, das in seinen politischen und ideologischen Aspekten nicht nur gegen die UdSSR gerichtet war, sondern gleichzeitig auch die Chance für eine wesentliche Beschleunigung des wirtschaftlichen Aufbaues der VRCh bot (146). Die Notwendigkeit drastischer Maßnahmen ergab sich jedoch besonders im Hinblick auf die neue außenpolitische Linie und die Pläne zur Entwicklung einer eigenen modernen Waffenindustrie (147).

Was den Verteidigungssektor angeht, so wurde in logischer Konsequenz zu den anderen Grundsatzentscheidungen die revolutionäre Volkskriegsstrategie stark aufgewertet und als ausreichender Abschreckungsfaktor gegen jeden Angriff dargestellt. Ausdruck dieses Sinneswandels war zunächst der Erlaß neuer militärischer Ausbildungsrichtlinien (148), deren politische Tragweite weniger dem Wortlaut selbst, als vielmehr den Kommentaren führender KCT-Mitglieder der darauffolgenden Monate entnommen werden sollte (149):

- Es ist nicht gut, sich auf fremde Länder, fremde Militärexperten und fremde militärische Praktiken zu verlassen und dabei die eigenen militärischen Erfahrungen geringzuschätzen.
- Es sind die Menschen, die zählen, nicht die Waffen. Revolutionierung einer Armee ist wichtiger als deren Modernisierung. Politik und das Vertrauen auf die Unterstützung des eigenen Volkes sind die Faktoren, welche über den Ausgang eines Krieges entscheiden.
- Sklavisches Vertrauen in die Sowjetunion hat der Modernisierung unserer Armee schwer geschadet und sowohl „Abweichungen" als auch Umwege zur Folge gehabt.
- Eine Nation in Waffen, eine gewaltig große Miliz und gut organisierte Volkskommunen sind die beste Art der Mobilisierung für einen totalen Krieg.
- Die militärischen Schriften Mao Tse-tungs sind heute noch gültig, auch in einem modernen Krieg. Manche Militärs - insbesondere ältere Kader - begehen den großen Fehler -, diese Tatsache zu übersehen.

Diese Hinweise waren mehr als eine bloße Geste der Verärgerung. Denn von nun an mehrten sich tatsächlich die Anzeichen, daß China seine eigenen Atomwaffen und Raketen zu entwickeln beabsichtigte (150).

Schon am 10. Mai 1958 hatte Außenminister Ch'en Yi in einem Interview mit der deutschen Zeitung „Die Welt" dahingehend eine Andeutung gemacht, daß das

> „Atomwaffenmonopol bald nicht mehr existiere, weil auch andere Länder in Kürze solche Waffen besitzen würden" (151).

Kurz darauf, am 23. Mai 1958, schrieb der Oberkommandierende der chinesischen Luftstreitkräfte, General Liu Yalao in der Volkszeitung:

> „Chinas Arbeiterklasse und Wissenschaftler werden in nicht allzu ferner Zukunft in der Lage sein, modernste Flugzeuge und auch Atombomben herzustellen" (152).

Ähnlich äußerte sich auch Nieh Jung-chen am 2. August 1958 in einem Leitartikel der gleichen Zeitung:

> „Wir vermögen in nicht allzu langer Zeit die neuesten Technologien – auch was die Kernenergie anbetrifft – zu meistern..." (153).

Die Antwort darauf, wie jene technische Leistung erbracht werden sollte, hängt vermutlich eng mit der ab Frühjahr 1958 zu erkennenden Radikalisierung des innenpolitischen Kurses zusammen. Wie bereits angedeutet, war man auf chinesischer Seite nicht nur mit der zaghaften Außenpolitik Moskaus äußerst unzufrieden, sondern auch vom Umfang der materiellen Unterstützung durch den Bündnispartner sehr enttäuscht. Dies gilt für den landwirtschaftlichen und industriellen Sektor ebenso wie für den militärischen Bereich. Es besteht kein Zweifel, daß jene Problematik schon frühzeitig diskutiert wurde und spätestens seit 1956 zwei Gruppen innerhalb der chinesischen Führung um den maßgeblichen Einfluß auf die politischen Entscheidungen rangen: ein relativ gemäßigter Kreis, dem Ministerpräsident Chou En-lai, der Stellvertretende Ministerpräsident Ch'en Yün und die maßgeblichen Wirtschaftsführer Li Fu-ch'un und Po I-po und vermutlich auch einige hohe Armeeoffiziere, zuzurechnen sind, und eine radikale, orthodox-ideologisch orientierte um den ersten Stellvertreter Maos, Liu Shao-ch'i, dem Generalsekretär Teng Hsiao-p'ing und einige besonders enge, alte Mitarbeiter des Parteiführers (154).

Das Objekt der Auseinandersetzungen war, wie die Ergebnisse der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion noch weiter verbessert werden könnten. Aber während die gemäßigte Gruppe unter den Schlagworten „Systematisierung", „Rationalisierung", „Planung", „Ausgeglichenheit" und im Bewußtsein der Grenzen der damaligen Leistungskraft der chinesischen Volkswirtschaft für eine ausgewogene Fortentwicklung eintrat, sah die radikale Gruppe aufgrund ihres fast mystischen Glaubens an die Kraft der Massen in einem forcierten Tempo des wirtschaftlichen und industriellen Aufbaus den einzig richtigen Weg zur Lösung der spezifisch chinesischen Probleme (155). Die Zeit vom Januar bis Juni 1957 kennzeichnete eindeutig eine Periode des Übergewichtes der gemäßigten Gruppe, zumal Mao Tse-tung selbst über längere Zeit eine Art Schiedsrichterrolle eingenommen zu haben schien (156). Als jedoch die vom Parteiführer ausdrücklich befürwortete sog. „Hundert-Blumen-Kampagne" (157) jeglicher Kontrolle zu entgleiten drohte, verstärkte sich die Position des radikalen Flügels und führte schließlich über die als Gegenmaßnahme gedachte „Rechtsabweichlerkampagne" (158) zu dessen vorläufigem Sieg Ende 1957 (159). Diese Entwicklung, welche schließlich im Mai 1958 (160) unmittelbar in jene äußerst waghalsige „Politik der Drei Roten Banner" einmündete, muß also – abgesehen von ideologischen (161) und pragmatischen (162) Erwägungen – darauf zurückgeführt werden, daß sich inzwischen die Auffassung durchgesetzt hatte, nur noch aus eigener Kraft und unter äußerster Anspannung aller verfügbaren Reserven den baldigen Anschluß Chinas an die industriellen Großmächte erreichen zu können (163).

Parallel hierzu ging man auch außenpolitisch auf Kollisionskurs (164). Aber der Verlauf und das Ergebnis der zweiten T'aiwan-Krise zeigten klar die Grenzen der chinesischen Möglichkeiten auf. Nicht

nur, daß man anscheinend die amerikanische Standhaftigkeit unterschätzt hatte (165), auch die vorsichtige sowjetische Haltung machte deutlich (166), wie wenig im Grunde ohne eigenständige Machtposition durchgesetzt werden konnte. Und so war es nicht erstaunlich, daß – obwohl die Propaganda des Selbstbewußtseins erst mit der Veröffentlichung von Maos Schrift „Imperialisten und alle Reaktionäre sind Papiertiger" im Oktober 1958 seinen Höhepunkt erreichte (167) – schon Mitte November begonnen wurde, die amerikanische Machtposition neu einzuschätzen. Zu dieser Zeit konnte man nämlich in einem Leitartikel der Volkszeitung lesen:

> „Alle Imperialisten und Reaktionäre sind Papiertiger und das revolutionäre Volk hat allen Grund sie gering zu schätzen. Aber im gegenwärtigen Kampf gegen die Imperialisten und in bestimmten Fragen muß man dem Feind größte Beachtung schenken und sich ganz auf den Kampf konzentrieren, damit der Sieg in jedem Falle sichergestellt ist" (168).

Ein Kommuniqué, das anläßlich der 6. Plenarsitzung des VIII. ZK der KPCh am 17. Dezember 1958 (169) herausgegeben wurde, ließ das Papiertiger-Thema gar vollständig fallen. Damit war man – jedenfalls für eine gewisse Zeit lang – recht nahe an der sowjetischen Propaganda-Linie, die seit 1957 immer nur behauptet hatte, daß der militärische Stärkezuwachs des sozialistischen Lagers es dem Imperialismus zukünftig verbiete, einen Krieg zu entfesseln (170).

In diesem Zusammenhang ist es nicht uninteressant, daß Chruschtschow schon wenige Monate nach der zweiten T'aiwan-Krise und anläßlich des XXI. Parteitages der KPdSU den Plan für eine atomwaffenfreie Zone wieder aufgriff und ihn u.a. ausdrücklich auch für den asiatischen und den pazifischen Raum als wünschenswerte Lösung empfahl (171). Die chinesische Haltung blieb zunächst abwartend. Als sich schließlich dann Chou En-lai im April 1959 erstmals im Detail mit diesem Vorschlag auseinandersetzte, erfuhr er – von Chruschtschows Konzeption sehr wahrscheinlich abweichend – eine interessante Nuancierung. Der Ministerpräsident redete zwar durchaus einer atomwaffenfreien „Friedenszone" das Wort, sprach aber sodann von „Ostasien und dem pazifischen Raum", was wohl Japan, Korea, T'aiwan, Okinawa, Südostasien und die amerikanischen Atomtestgebiete im Pazifik eingeschlossen hätte, aber die Frage, ob die VRCh hierzu rechnete, zumindest unbeantwortet ließ (172). Daß diese Auslegung der sowjetischen offensichtlich widersprach, ergibt sich schon aus einem Chruschtschow-Interview, in welchem der sowjetische Ministerpräsident den Wunsch äußerte, daß sich so viele Länder wie möglich an einer solchen Lösung beteiligen sollten (173).

Die Konsequenzen der im Frühjahr 1958 getroffenen innen- und außenpolitischen Entscheidungen waren weitreichend und – wenigsten zunächst – schmerzlich. Das totale Scheitern der „Drei-Banner-Politik", die erneute direkte Konfrontation mit den USA, die deutliche Verschlechterung des Verhältnisses zu den neutralen Ländern Asiens und – was von noch größerer Bedeutung war – zum Bündnispartner UdSSR, blieben nicht ohne Eindruck auf große Teile innerhalb der rotchinesischen Führung (174). So darf man als sicher voraussetzen, daß vor allem die Militärs befürchteten, die bisher einzige Schutzmacht Sowjetunion würde aus dem neuerlichen Gesamtverhalten Schlüsse ziehen, die sich in militärstrategischer Hinsicht äußerst negativ für die VRCh auswirken mußten (175). Dies ist vermutlich auch der Grund, weshalb schon ab Herbst 1956 (176) der Generalstab systematisch von Personen unterwandert worden war, welche vom Verteidigungsministerium herkamen (177). Alle abgelösten Militärs – deren Standpunkt hier als bekannt vorausgesetzt wird – hatten im Grunde genommen für nichts weiter plädiert, als für eine Verbesserung der Kampfkraft der VBA und dadurch natürlich auch indirekt für die Aufrechterhaltung bestmöglicher Kontakte zur UdSSR. Die neue Linie jedoch, die ab Frühjahr 1958 eingeschlagen wurde, und die Nachteile, welche manche für die Streitkräfte und deren Verteidigungsbereitschaft erwarteten, konnte demnach nicht ohne personelle Folgen bleiben. Sicherlich mögen in jedem Einzelfalle noch besondere Anlässe die jeweilige Amtsenthebung direkt verursacht haben, aber im großen und ganzen war es die Inkompatibilität der Konzeptionen, die ein Verbleiben gewisser Repräsentanten des Generalstabes zumindest ungeraten erscheinen lassen mußten. Lo Jung-huan wurde

1956 abgelöst, weil er angeblich einen „rein militärischen Standpunkt" vertreten hatte, ein Jahr später folgte ihm mit nahezu der gleichen Begründung Liu Poch'eng (178). Die Amtsenthebung des Genralstabschefs Su Yü konnte deshalb zwar niemanden wundern, aber dennoch schien hier der Anlaß ein unmittelbarerer gewesen zu sein. Es wird vermutet, daß neben den bekannten Ursachen noch ein gewisser Zusammenhang mit der Zweiten T'aiwan-Krise bestand und man bietet zwei alternative Erklärungen an: Entweder sollte er lediglich einen willkommenen Sündenbock, den man ohnehin entfernen wollte, für das gescheiterte Experiment abgeben, oder er hatte sich tatsächlich der „T'aiwan-Probe" widersetzt und mußte dann entfernt werden, weil er letztlich recht behielt (179). Insgesamt aber sind mehr oder weniger alle damit zusammenhängenden Fragen auch heute noch weitgehend ungeklärt. Trotzdem drängt sich – besonders wenn man daran denkt, wie häufig diese Posten ihre Inhaber wechselten – der Eindruck auf, daß die meisten dieser Offiziere weniger deswegen amtsenthoben wurden, weil sie sich grundsätzlich der Parteilinie widersetzten, sondern vielmehr darum, weil sie sich außerstande sahen, sie praktisch durchzuführen (180). Besonders aber diejenigen, welche sich nicht zu einer Selbstkritik, wie z. B. Ho Lung sie am 1. August 1958 abgab, durchringen konnten, „Wir alle haben versucht, unsere Probleme vom ‚rein militärischen Standpunkt' aus zu lösen, und hofften auf Hilfe von draußen, anstatt einer Mobilisierung der Massen zu vertrauen" (181), mußten damit rechnen, früher oder später Opfer jener neuen strategischen Linie zu werden.

Die Diskrepanz der ambitiösen politischen Zielsetzungen und verhältnismäßig bescheidenen militärischen Möglichkeiten hatte spätestens ab Mitte 1959 innerhalb der gesamten VBA zu einer tiefgreifenden Unzufriedenheit geführt (182). Die von der Parteiführung provozierten Spannungen mit der UdSSR und die katastrophale Wirtschaftslage tat das übrige (183). Aus diesen Gründen sollte auch die Amtsenthebung des langjährigen Verteidigungsministers P'eng Te-huai und einiger seiner Untergebenen – vor allem des Generalstabschefs Huang K'e-ch'eng – im September 1959 innerhalb dieses Gesamtzusammenhanges gesehen werden. Dabei erscheint es zunächst wichtig, festzuhalten, was P'eng und seinen Gefolgsleuten eigentlich vorgeworfen wurde.

Man beschuldigte sie:

- durch ihre Kritik an der Parteilinie nicht nur „Unzufriedenheit und Pessimismus" hervorgerufen, sondern sich auch auf Grund ihres „rein militärischen Standpunktes" der „Teilnahme der VBA an der Produktion und der Parteikontrolle aktiv widersetzt" zu haben (184),
- die „Militärdoktrin eines fremden Landes" über diejenige Mao Tse-tungs gestellt und die Ansicht vertreten zu haben, „Waffen entschieden alles" (185),
- durch ihre Haltung auf dem Lushan-Plenum klar zu erkennen gegeben zu haben, daß ihre „geplante und organisierte Anti-Partei-Allianz nicht mehr und nicht weniger als die Fortsetzung jener parteifeindlichen Aktivitäten der Kao-Jao-Clique" gewesen sei (186).

Ein altes chinesisches Sprichwort sagt: „Von zehn Gesichtspunkten auf Grund derer Behörden einen ‚Fall' entscheiden mögen, bleiben neun der Öffentlichkeit verborgen". Und so klingen auch die vorgebrachten Beschuldigungen zu stereotyp, propagandistisch aufbereitet und damit wenig aussagekräftig. Ernsthafte westliche Analysen (187) stützen sich hingegen auf eine Anzahl konkreter Punkte, die ausschlaggebend gewesen sein dürften, daß P'engs Entlassung schließlich der Preis für die Stabilisierung der parteiinternen Situation wurde.

- P'engs offensichtlicher Mißerfolg, die zunehmende und spürbare Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Armee und Partei aufzuhalten (188);
- P'engs unübersehbares Bestreben, entgegen der offiziellen Parteilinie seine – oftmals persönlichen – Kontakte zur Sowjetführung nicht gänzlich abreißen zu lassen (189) und

– P'engs leidenschaftliche Kritik an den wirtschaftspolitischen und organisatorischen Mißerfolgen des „Großen Sprunges nach vorn" und der „Volkskommunenbewegung" (190).

Es ist fraglich, ob die beiden ersten Punkte ausgereicht hätten, den langjährigen und ohne Zweifel renommierten Verteidigungsminister seines Posten zu entheben. Natürlich war es schwerwiegend, daß P'engs System der politischen Überwachung innerhalb der VBA, von dem man bis dahin angenommen hatte, es wäre im großen und ganzen funktionsfähig gewesen, sich in Wirklichkeit nur als eine Organisation auf dem Papier erwies (191). Selbstverständlich hätte man von dem Verteidigungsminister auch erwarten können, alles in seiner Macht stehende unternommen zu haben, die Widerstände gegen die Parteilinie – vor allem auf der mittleren und unteren Ebene des Offizierskorps – kompromißlos zu brechen (192). Sicherlich konnte man es als mangelnde Loyalität auffassen, wenn P'eng im Zeichen zunehmender Spannungen ganz unverhohlen seine freundschaftlichen Kontakte zur Sowjetunion weiter pflegte. Aber vor allem für letzteres hatte P'eng Te-huai seine guten Gründe. Denn wer eher, als der verantwortliche Verteidigungsminister, konnte ermessen, welch überaus negative Implikationen jede Entfremdung von der UdSSR für die VRCh – insbesondere auf dem militärischen Sektor – nach sich ziehen würde (193). Dies, weil auch die Konzeption seines Ressorts in der Vergangenheit darauf basiert hatte, daß die Verringerung der Verteidigungsausgaben zugunsten einer forcierten Wirtschaftsentwicklung nur unter dem sicheren militärischen Schutzschild des langjährigen Bündnispartners riskiert werden könne. Jede Entscheidung, die eine solche Garantie beeinträchtigte, mußte nicht nur dem Konzept die Voraussetzung entziehen, sondern auch P'eng Te-huai automatisch in die Nähe der strategischen Auffassungen seiner ehemaligen Diskussionsgegner im Generalstab rücken (194). So kann es nicht verwundern, daß die anläßlich seiner Entlassung vorgebrachten Anschuldigungen im Kern genau dieselben waren, mit denen vor nicht allzu langer Zeit die Absetzung seiner Gegner begründet wurde.

Man würde fehlgehen in der Annahme, all dies hätte keinen Einfluß auf die Entlassung P'eng Te-huais als Verteidigungsminister gehabt. Entscheidend jedoch war zweifellos seine massive und allzu offene Kritik an den wirtschaftlichen und organisatorischen Maßnahmen der Jahre 1957/58, was einen Rückzug von der „Drei-Banner-Politik" nicht unwesentlich erschwerte.

Als nämlich im Laufe des Oktobers und Anfang November 1958 immer deutlicher wurde, daß insbesondere die Volkskommunen-Bewegung das Land in zunehmende Schwierigkeiten stürzte, versuchte die Führung der KPCh zunächst für die Fehlschläge untergeordnete Organe verantwortlich zu machen (195). Dieser „Abwälzungsversuch" erwies sich jedoch als ungenügend, zumal sich jene Kreise innerhalb des ZK und Politbüros, wie P'eng Te-huai und Huang K'e-ch'eng, die vermutlich von Anfang an der Radikalisierung skeptisch gegenübergestanden hatten, mit ihrer Kritik ständig lauter zu Worte meldeten (196). Damit war unumgänglich geworden, daß auch die Führung der Partei Konsequenzen aus der immer klarer erkennbaren Krisensituation zog. Vom 28. November bis 10. Dezember 1958 tagte schließlich in Wuhan das 6. Plenum des ZK der KPCh, als dessen bedeutendstes Ergebnis ein teilweiser Rückzug von der „Drei-Banner-Politik" gesehen werden muß (197). „Als diese Sitzung endete, nahm zunächst eine aufsehenerregende Meldung die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit in Anspruch: Das ZK, so hieß es, habe dem Wunsche Mao Tse-tungs, nach Ablauf seiner Amtsperiode als Vorsitzender der Volksrepublik nicht wieder für dieses Amt zu kandidieren, zugestimmt" (198). Dieser Entschluß konnte zunächst so gedeutet werden, daß Mao versuchen wollte, frei von allen anderen Aufgaben, die inmitten einer Krise sich befindende Partei, wieder fest in die Hand zu bekommen und dafür zu sorgen, daß die Volkskommunen zwar reorganisiert würden, aber doch im Wesen erhalten blieben (199). Denn schon auf dem Wuhan-Plenum hatte sich gezeigt, daß sogar die ursprünglichen Hauptverantwortlichen der „Drei-Banner-Politik" um Liu Shao-ch'i bedenklich nahe an die gemäßigteren Kreise herangerückt waren (200).

Unter dem Eindruck der Tatsache jedoch, daß man sich bereits im Februar 1959 erneut gezwungen sah, zusätzliche „Überprüfungen" ins Auge zu fassen, welche dann auf dem 7. Plenum des ZK vom 2. bis 5. April 1959 in Shanghai zum Beschluß erhoben wurden, kann als sicher gelten, daß inzwischen auch der Parteiführer bemüht sein mußte, sich nach starken Bundesgenossen umzusehen (201). Gelegenheit hierzu bot nicht nur die bereits länger vorbereitete Sitzung des Nationalen Volkskongresses, auf der verhältnismäßig unauffällig der Einfluß von Einzelpersonen oder Personengruppen verstärkt bzw. geschwächt werden konnte, als auch die Tatsache, daß sich P'eng Te-huai, der wohl einflußreichste Kritiker der „Drei-Banner-Politik" und der daraus resultierenden außen- und innenpolitischen Konsequenzen, als Leiter einer Militärmission in die Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes für längere Zeit außer Landes befinden würde. Und hier sind - jedenfalls in chronologischer Hinsicht - einige interessante Anhaltspunkte festzustellen (202):

- P'eng Te-huai begab sich auf Reisen, noch bevor der Nationale Volkskongreß endete und traditionsgemäß die Wahlen bzw. Ernennungen erfolgten. Zwar könnte man sagen, dies sei alles schon früher abgesprochen worden, aber dennoch ist es seltsam, daß die Wahl und erste Sitzung des neuen Nationalen Verteidigungsrates - dessen Zusammensetzung der de facto-Vorsitzende P'eng doch wohl maßgeblich hätte beeinflussen können - ohne den Verteidigungsminister stattfand und Lo Jui-ch'ing - der Mann, welcher später P'engs Generalstabschef, Huang K'e-ch'eng, ablöste - gerade nach Abreise der Militärkommission in das auch für einen Sicherheitsminister hohe Amt eines Vizepremiers gewählt wurde (203).

- P'eng Te-huais Nachfolger Lin Piao, der sich aus gesundheitlichen Gründen lange Jahre von der politischen Bühne hatte fernhalten müssen, erschien unmittelbar nach der Abreise des Verteidigungsministers - demonstrativ wieder im Licht der Öffentlichkeit. Auch hier ließe sich einwenden, er habe ja schon auf dem 5. und 6. Plenum sowie dem Nationalen Volkskongreß teilgenommen. Wer so argumentiert, übersieht jedoch, daß er zwischen den offiziellen Anlässen so gut wie nicht in Erscheinung trat, während er im Mai 1959 - also gerade während sich P'eng im Ausland befand - ungewöhnliche politische Aktivität an den Tag legte (204).

- P'eng Te-huai zeichnete als Verteidigungsminister nicht nur für die VBA verantwortlich, sondern es dürften ihn auch alle Fragen interessiert haben, welche die öffentliche Sicherheit betrafen. Auch diesbezüglich ist es merkwürdig, daß ausgerechnet in der Zeit der Abwesenheit P'engs, fünf VBA-Konferenzen, eine Konferenz der Logistischen Abteilung der VBA und eine Sicherheitskonferenz abgehalten worden sind (205).

Als der Verteidigungsminister von seiner Mission, die ihn vom 24. April bis 13. Juni 1959 durch verschiedene Ostblockländer geführt hatte, nach Peking zurückkehrte, war damit eine Menge geschehen. Dies ergibt sich sowohl aus den bereits beschriebenen Ungereimtheiten, als auch daraus, daß eine ganze Anzahl von Personen, die berechtigter- oder unberechtigterweise später mit ihm in Zusammenhang gebracht wurden, von der öffentlichen Szenerie verschwunden waren (206). Zwar kann nichts von alledem für sich allein als Indiz dafür gewertet werden, es hätte eine Verschwörung gegen P'eng stattgefunden, aber insgesamt genommen drängt sich dennoch der Verdacht auf, daß er in den sieben Wochen seiner Abwesenheit praktisch neutralisiert worden war (207).

Was P'eng Te-huai in der Zeit nach seiner Rückkehr tat, ist nur zu vermuten, nicht aber belegbar. Möglicherweise schrieb er an dem Bericht über seine Auslandsmission (208), vielleicht wollte er sich jedoch nur auf den neuesten Stand dessen bringen, was und mit welchen Folgen inzwischen geschehen war. Dabei dürfte sich wohl für ihn negativ ausgewirkt haben, daß - wie erst im Jahre 1963 bekannt wurde (209) - derart kurz nach seinen Besprechungen mit maßgeblichen sowjetischen Führern am 20. Juli 1959 jene Vereinbarung gekündigt worden sein soll, wonach die UdSSR der VRCh u. a. das Muster einer Atombombe überlassen wollte. Und prompt hörte man ab 21. Juni 1959 nichts mehr

von ihm, was allerdings auch bedeuten konnte, daß er bereits an seinem Manifest (210) arbeitete, welches später unter dem Datum des 14. Juli 1959 verfaßt (211), anschließend unter führende Personen verteilt (212), aber Mao Tse-tung selbst erst am 17. Juli zugeleitet wurde (213).

Hieran ist interessant, daß eine chinesische Information das Datum des Manifests von P'eng ausdrücklich mit der Anti-Volkskommunen-Rede Chruschtschows, welche dieser vier Tage später, d. h. am 18. Juli 1959 in Polen hielt, verquickte (214). Ein westlicher Beobachter schloß aus der Tatsache, daß jener Teil der Chruschtschow-Rede, der sich abwertend mit den Volkskommunen auseinandersetzte, nicht von den polnischen, sondern erst drei Tage später von den sowjetischen Informationsmedien verbreitet wurde, auf einen gewissen zeitlichen Zusammenhang mit den innenpolitischen Auseinandersetzungen in China (215).

Auch wenn man eine aktive Konspiration von Chruschtschow und P'eng Te-huai ausschließen sollte, kann als wahrscheinlich gelten, daß der Sowjetführer die Ansichten des Verteidigungsministers kannte und vielleicht auch einiges über dessen Pläne. Vielleicht um den Verdacht einer ausländischen Einmischung zu vermeiden, ließ er die Anti-Kommunenpassage seiner Polenrede erst dann veröffentlichen, als P'engs diesbezügliche massive Kritik der chinesischen Führung bereits bekannt war (216).

Vom 2. bis 16. August 1959 fand das 8. Plenum des ZK der KPCh in Lushan statt und die Auseinandersetzungen wurden im offenen Schlagabtausch geführt. Während P'eng sowohl auf der Nordwestarbeitsgruppe (217) als auch im Plenum durch die Vorlage seines Manifestes (218) scharfe Angriffe gegen die „Drei-Banner-Politik" richtete, war Maos Antwort eine Mischung aus Selbstkritik und Rechtfertigung (219). Die damals existierende Machtkonstellation kann allerdings schon daraus abgeleitet werden, daß sich Mao sogar veranlaßt sah, seine Rückkehr in den Chingkangshan anzudrohen, falls man ihn abzusetzen gedachte (220).

Derartiges dürfte jedoch nicht einmal von P'eng erwogen worden sein. Was er – und sicherlich nicht wenige andere – wollte, war lediglich der Rückzug von einer innenpolitischen Linie, die sich als undurchführbar erwiesen hatte. Da Mao aber schon immer alle Angriffe sehr persönlich nahm, gab es vermutlich keinen anderen Ausweg, als unter gleichzeitiger Aufgabe großer Teile der „Drei-Banner-Politik" auch seinen Hauptkritiker offiziell zu verdammen (221) und ihn im Verlauf der sich anschließenden „Rechtsabweichlerkampagne" durch Entfernung von seinem Posten als Verteidigungsminister aus der vordersten Schußlinie zu ziehen (222).

„Ich bin ein einfacher Mann wie Chang Fei" (223) sagte P'eng Te-huai und – das wollte er sicherlich sinngemäß hinzugefügt wissen – genauso treu wie dieser (224). Man sollte es ihm glauben. Was nämlich gegen P'eng sprach, war ausschließlich seine entschiedene Opposition gegen eine von ihm schädlich erachtete Politik und die Tatsache, daß Mao Tse-tung es nicht ertragen zu können schien, wenn seine politischen Visionen ungestraft in Zweifel gezogen wurden.

4. Bilanz

Die waffentechnischen Erfolge der UdSSR im Jahre 1957 veranlaßten die chinesische Führung zu einer völligen Neueinschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses. Ihre Überzeugung, daß das sozialistische Lager das Übergewicht gewonnen habe und die Imperialisten abgeschreckt seien, ließ sie die Sowjetunion drängen:

- diese Überlegenheit im weltrevolutionären Sinne auszunutzen,
- die sozialistischen Staaten und insbesondere die VRCh an den waffentechnischen Fortschritten teilhaben zu lassen und

- die politischen und militärischen Aktionen der Verbündeten zur Durchsetzung von deren nationalen Zielen nicht nur zu dulden, sondern auch uneingeschränkt zu decken.

Ideologisch wurde der Kurswechsel dadurch untermauert, daß die chinesische Führung

- die Beziehungen zwischen Ost und West erneut als Klassenkampf auf internationaler Ebene und als eine Frage, wer schließlich wen besiegte, ansah,
- das sino-sowjetische Bündnis nicht länger als ein Bollwerk des Weltfriedens sondern als Basis für Fortschritte in Richtung auf die Ziele aller sozialistischen Länder darstellte,
- den eigenen Beitrag zum Wandel des internationalen Kräfteverhältnisses zunehmend höher bewertete und
- die Bedeutung der Dritten Welt von einer „imperialistischen Nachhut" in eine „antiimperialistische Front" uminterpretierte.

Als man jedoch im Frühjahr 1958 einsehen mußte, daß Moskau nicht bereit war, die chinesischen Auffassungen zu übernehmen und schließlich gar versuchte, in Verhandlungen mit den Westmächten einzutreten, war zunächst die Enttäuschung und Verbitterung groß. Dann jedoch schien man sich nach harten Auseinandersetzungen entschlossen zu haben, den beschwerlichen Weg zur Groß- und Atommacht allein zu gehen. Um die Zeitspanne allerdings möglichst kurz zu halten, wurde ein nahezu unbegreiflich schnelles Tempo gewählt. Hand in Hand mit der innenpolitischen Radikalisierung im Zeichen der „Drei-Banner-Politik" verschärfte sich die bis dahin relativ gemäßigte außenpolitische Haltung. Behutsam, aber spürbar, lief die - zunächst noch anonym gehaltene - Polemik gegen die Sowjetführung an und auch die asiatischen Nachbarn der VRCh sollten bemerken, daß die Zeit der friedlichen Koexistenz nunmehr vorbei war.

In militärstrategischer Hinsicht bedeutete dies:

- das vorläufige Sichabfinden mit der eigenen relativen Schwäche,
- den Zwang zur Vorsicht bei gewaltsamen Vorgehen,
- die Wiederbelebung der traditionellen Volkskriegsstrategie und schließlich
- die unausgesprochene Hoffnung auf Schutz durch die UdSSR gegen unprovozierte ausländische Angriffe.

Die Ambivalenz dieser Politik - d. h. verdeckte und offene Angriffe gegen einen Partner, auf dessen Hilfe man im Ernstfalle nicht verzichten konnte - war ein kaum faßbares Phänomen, welches eine Mischung aus „Abenteurertum" und „Opportunismus" nur schwerlich verleugnen konnte.

VI. Die Phase von Januar 1960 bis Februar 1965

1. Die Grundzüge der chinesischen Außenpolitik

Der scharfe Kontrast zwischen den sowjetischen und chinesischen Ansichten über die Möglichkeit einer Entspannung in der Welt, zeigte sich deutlich in den unterschiedlichen Reaktionen auf die Botschaft Präsident Eisenhowers über die Lage der Nation vom 7. Januar 1960. Denn während Moskau die Äußerungen des US-Präsidenten fast kommentarlos zur Kenntnis nahm (1), bezeichnete die VRCh den Inhalt der Botschaft als „heuchlerisch, weil man vom Frieden spreche und in der Zwischenzeit den Krieg vorbereite" (2). Außerdem - so fuhr Peking fort - „könne man deutlich herauslesen, daß es keinerlei Änderungen in der grundsätzlichen Politik gebe, was folgende Punkte bewiesen" (3): Die USA führten fort

- ihre Beschleunigung des Entwicklungsprogramms für Interkontinentalraketen;
- ihre Kriegsvorbereitungen im Fernen Osten, was abzulesen sei an dem Abschluß des Militärbündnisses mit Japan, den verstärkten Waffenlieferungen an die Chiang Kai-shek-Clique und die Errichtung von Militärbasen in Japan, Südkorea und T'aiwan;
- ihre Drohungen, die atomaren Versuche jederzeit wieder aufzunehmen und
- ihre Politik der Bewaffnung der Verbündeten mit Kernwaffen und Raketen.

Alles „Gerede vom Frieden sei darum nur ein Manöver, Zeit zu gewinnen, die bestehende Raketenlücke zu schließen und damit das militärische Gleichgewicht wieder herzustellen" (4).

Die Anklagen der chinesischen Kommunisten gegen die sowjetische Gesamtstrategie, welche im Frühjahr 1958 in gedämpftem Ton begonnen hatten und die kurz vor Chruschtschows Reise in die USA (5) immer schärfer geworden waren, erreichten im Frühjahr 1960 einen ersten Höhepunkt. Den 90. Jahrestag der Geburt Lenins (6) zum Anlaß nehmend, protestierte die Pekinger Führung insbesondere gegen drei von der UdSSR inzwischen eingenommene Standpunkte (7):

- Auch in der Zeit der friedlichen Koexistenz könnten „heiße" Kriege nicht gänzlich vermieden werden,
- lokale und koloniale Kriege würden so lange ausbrechen wie es den Imperialismus gebe und
- ein friedlicher Weg zur Macht in nichtkommunistischen Ländern sei unmöglich (8).

Weit davon entfernt die Bedeutung der Nuklearwaffen zu unterschätzen, war jedoch die chinesische Reaktion vom ideologischen wie praktischen Standpunkt aus nicht nur logisch, sondern sogar unumgänglich. Denn wäre man der sowjetischen Auffassung gefolgt, hätte nicht nur eingestanden werden müssen, daß die Atombombe eben doch kein Papiertiger sei und ihre Existenz die Gesetze des Marxismus-Leninismus doch außer Kraft gesetzt habe, sondern es hätte auch die ständig wiederholte chinesische Forderung nach gewaltsamer Revolution in den Ländern der Dritten Welt in hohem Maße an Glaubwürdigkeit verloren (9). Um gar keine Zweifel an der Pekinger Haltung aufkommen zu lassen, unterstrich das theoretische Parteiorgan „Rote Fahne" nochmals:

> „Unter welchem Gesichtspunkt man sie auch betrachtet, keine dieser neuen Techniken wie Atomenergie, Raketenwesen usw. hat... die wesentlichen Grundlagen der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, so wie Lenin sie aufgezeigt hat, verändert" (10)!

Auch die Stoßrichtung wurde klar aufgezeigt:

> „Wenn das Proletariat in den kapitalistischen Ländern die Freiheit und die Völker der Kolonien und Halbkolonien die nationale Befreiung erlangen, wenn die Völker der ganzen Welt den Frieden erreichen sollen, dann muß die Spitze des Angriffes gegen den US-Imperialismus gerichtet sein" (11).

Aber während die gegenseitige Polemik zwischen der VRCh und der UdSSR noch immer verdeckt und häufig über Kommentare zur politischen Linie anderer Länder geführt wurde (12), lief die antiamerikanische Propaganda auf Hochtouren. Bereits 1959 hatte man die Anerkennung des Konzepts der „friedlichen Koexistenz" eindeutig von Konzessionen der USA abhängig gemacht:

> „Ohne die geringste Veranlassung haben die US-Aggressoren überall Militärbasen aufgebaut, von den Territorien anderer Völker Besitz ergriffen und alle Anstrengungen unternommen, ihre unwillkommene Präsenz immer weiter zu verlängern. Wenn es überhaupt je ein Tauwetter und friedliche Koexistenz geben soll, müssen zuerst alle diese Militärbasen liquidiert und die Okkupation der Territorien anderer Länder beendet werden" (13).

Die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten nicht nur die rotchinesischen Positionen ignorierten, sondern sogar Anstalten machten, die militärische Einkreisung der VRCh vor aller Welt demonstrativ darzutun, konstatierte Peking mit gewohnter Verbitterung. Das amerikanisch-japanische Sicherheitsabkommen vom 20. Januar 1960 und die Reise Eisenhowers im Juni 1960 nach Japan und T'aiwan bezeichnete man als „eindeutige Anzeichen amerikanischer Kriegsvorbereitung gegen die Völker Asiens" (14) und verschärfte gleichzeitig die Drohungen gegen alle Länder, welche jenes Vorhaben unterstützten (15). Der Besuch einiger lateinamerikanischer Länder durch den US-Präsidenten (16) wurde sogar zum Anlaß genommen, die USA zu beschuldigen, während des gesamten Jahrhunderts fortgesetzt territoriale Annexion, militärische Aggression und Wirtschaftsimperialismus begangen zu haben (17). Daher ging an die Adresse der gesamten Dritten Welt folgender Aufruf:

> „Vorwärts heldenhafte Völker Lateinamerikas! Vorwärts heldenhafte Völker Afrikas und Asiens! Zerschmettert die US-Imperialisten, macht der Versklavung, Ausbeutung und den Angriffen der USA ein Ende!" (18)

Parallel zu der verstärkten Kampagne gegen die USA und ihre Verbündeten, der sino-sowjetischen Entfremdung und den zunehmenden Anstrengungen, den asiatischen Rivalen Indien zu isolieren, versuchte die VRCh, ihre Beziehungen zu den asiatischen Nachbarstaaten zu verbessern (19). Zwar konnte man gewisse Erfolge mit Burma und Nepal verbuchen (20), ob dies allerdings Pekings Erwartungen bezüglich der Schaffung einer Pufferzone genügte, muß bezweifelt werden, zumal nicht nur wichtige Glieder in dieser Kette fehlten (21), sondern die USA sogar ihre Präsenz in- und außerhalb der SEATO-Pakt-Länder verstärken konnten (22).

Die Moskauer „Konferenz der einundachtzig kommunistischen Parteien" im November 1960 stellte das erste internationale Forum für eine direkte Konfrontation der russischen und chinesischen Standpunkte dar, ehemalige Bündnispartner, die sich während der vergangenen zwei Jahre noch weiter voneinander entfernt hatten (23). Denn seit 1958 hatte man immer weniger zurückhaltend eine ganze Skala von kontroversen ideologischen wie politischen Ansichten vorgetragen, die – wäre der eine oder andere von seiner Linie abgewichen – weitreichende Konsequenzen gehabt hätte (24). Wie stark das gegenseitige Mißtrauen schon geworden war, läßt sich vor allem an der praktischen Zusammenarbeit ablesen. Die kulturellen Kontakte gingen zurück (25), die Berichterstattung über das jeweils andere Land war dürftig wie nie zuvor (26), es gab Hinweise auf Grenzzwischenfälle (27), die Wirtschaftsbeziehungen erreichten nach dem Abzug der sowjetischen Techniker einen Tiefstand (28), und besonders in militärischer Hinsicht dürfte die Kündigung des „Abkommens über die neue Technologie für die nationale Verteidigung" sowie andere Streitfragen (29) eine tiefe Kluft hinterlassen haben (30).

Und obwohl man vermutlich von beiden Seiten zu diesem Zeitpunkt noch nicht daran interessiert war, einen offenen Bruch heraufzubeschwören, ließ doch der Verlauf das aus dem gemeinsamen Kommuniqué ablesbare Ergebnis bereits erkennen, daß dieser verwaschene Kompromiß bestenfalls eine befristete ideologische und politische Atempause bedeuten konnte (31). Denn in dem entscheidenden Punkt gab es keine Übereinstimmung. Während nämlich Moskau kategorisch wiederholte, es gebe zur Politik der „friedlichen Koexistenz" nur die Alternative eines „alles zerstörenden Krieges", behauptete Peking weiterhin, es bestehe noch der erfolgversprechende Ausweg eines „anhaltenden Konfliktes", der zuweilen kalt, zuweilen unvermeidlich heiß sei, aber letzten Endes weder einen Weltkrieg heraufbeschwöre, noch in den alten und klassenkampfwidrigen echten Frieden abgleite (32).

Das Jahr 1961 war gekennzeichnet von dem chinesischen Versuch, die Kontakte mit den asiatischen Nachbarn zu festigen (33), die übrigen Länder der Dritten Welt politisch auf antiimperialistischen wie antirevisionistischen Kurs zu bringen (34) sowie das sozialistische Lager von der ideologischen Korrektheit der eigenen Argumentation zu überzeugen (35). Ansonsten bemühte man sich, sich trotz der immer stärker hervortretenden Rivalität zur UdSSR, weitgehend an die in Moskau getroffenen Abmachungen (36) zu halten. Doch die Pekinger „Politik des trojanischen Pferdes" mußte von Mos-

kau – besonders wegen der nachhaltigen chinesischen Erfolge in Albanien – in zunehmendem Maße als lästig empfunden werden (37). Eine Gelegenheit, den vor kaum einen Jahr geschlossenen Burgfrieden aufzukündigen, bot der XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961. Chruschtschows offener Angriff gegen die Führung der albanischen Partei konnte fast nur als solcher gegen die VRCh ausgelegt werden. Chou En-lais vorzeitige Abreise und die schon vierundzwanzig Stunden später erneut aufgenommene gegenseitige Polemik, bewiesen eindeutig, daß die Chinesen die Kampfansage richtig verstanden hatten (38). Von nun an wurde die Achse Peking-Tirana noch ausgeprägter (39) und die Kluft zwischen Peking und Moskau erschien nahezu unüberbrückbar (40).

Im Frühjahr 1962 sah sich die VRCh außenpolitisch mit verschiedenen Tatsachen konfrontiert, die man als Bedrohung der eigenen Sicherheit empfand (41).

- Das verstärkte amerikanische Engagement in Südvietnam (42)
- die Entsendung amerikanischer Truppen nach Thailand, um die Feindseligkeiten in Laos einzudämmen (43)
- die Propaganda der national-chinesischen Regierung, in allernächster Zukunft eine „Rückkehr zum Festland" zu versuchen (44) und
- die verstärkte Kampagne nationalistischer Kreise in Indien, welche darauf drängten, die nationale Demütigung von 1959 nicht hinzunehmen (45).

Insgesamt gesehen verlief diese Sicherheitskrise für die VRCh – zumal sie begleitet wurde von verschiedenen aus der katastrophalen Ernährungslage resultierenden bedrohlichen Erscheinungen, wie bewaffneten Widerstand illegaler Gruppen, zunehmender Sabotagetätigkeit und Massenfluchtbewegungen nach Hongkong (46) – glimpflicher als erwartet. Die amerikanische Militärhilfe an Südvietnam erwies sich als solche rein defensiven Charakters, die von den USA nach Thailand entsandten Truppen wurden bereits wenige Wochen nach ihrer Ankunft wieder zurückgezogen und auch eine Invasion des Festlandes durch national-chinesische Truppen erschien unwahrscheinlich, nachdem die USA anläßlich der Kontaktgespräche in Warschau der VRCh versicherten, daß man derartige Ambitionen der Nationalchinesen nicht unterstützen würde (47).

Der Monat Oktober 1962 war gekennzeichnet von chinesischen und sowjetischen Versuchen, ihre Macht durch spektakuläre politische Vorstöße zu demonstrieren und damit gleichzeitig auch die inzwischen von beiden beanspruchte Führung des sozialistischen Lagers zu untermauern (48). Die weitgehend mit theoretischen Argumenten geführten Auseinandersetzungen verwandelten sich in militärischer Aktion zur praktischen Beweisführung der Richtigkeit des jeweiligen ideologischen Standpunktes (49).

Seit dem tibetanischen Aufstand im März 1959 hatten sich die Beziehungen der VRCh zu Indien noch weiter verschlechtert. Als es schließlich sogar zu einigen kleinen bewaffneten Auseinandersetzungen im gemeinsamen Grenzgebiet kam (50) und chinesische Truppen indisches Territorium besetzten (51), sah sich Nehru veranlaßt, im Parlament folgende Erklärung abzugeben:

> „Wir müssen uns damit abfinden, einer großen und mächtigen Nation gegenüberzustehen, deren Haltung aggressiv ist. Dabei scheint es ohne Bedeutung, ob das, was sie tut, unter kommunistischen oder nichtkommunistischen Vorzeichen geschieht" (52).

Mit ernsten Worten wies er weiter darauf hin, wie leicht die „fortgesetzten Querelen zu einem Dritten Weltkrieg führen könnten" (53).

Dessenungeachtet setzte die chinesische Führung ihre feindselige Propaganda fort und drohte schließlich am 30. April 1962:

„Wenn Indien weiter versuche, Territorium der VRCh zu okkupieren und die Grenzgebiete zu verunsichern, sei die chinesische Regierung gezwungen, die Patrouillentätigkeit zu verstärken" (54).

Die letzte ultimative Warnung vor weiteren indischen Grenzprovokationen erfolgte am 9. Juli 1962:

„Noch ist es für Indien nicht zu spät, vom Rande des Abgrundes zurückzutreten" (55).

Doch die indische Truppenbewegungen, größere und kleinere Grenzzwischenfälle, örtlich begrenzte Gefechte und schließlich die chinesische Befürchtung, die feindlichen Armeen könnten in einem ernsten Ansturm versuchen, Kontakte mit den noch immer aktiven tibetanischen Aufständischen zu knüpfen, veranlaßten die VRCh ihrerseits loszuschlagen (56). Nach einer vier Tage andauernden erfolgreichen Offensive unterbreitete die chinesische Regierung einen Waffenstillstandsvorschlag und bot an, in gemeinsame Grenzverhandlungen einzutreten (57). Nachdem dies von Indien zurückgewiesen worden war, setzte man die militärischen Aktionen – ebenso erfolgreich wie zuvor – fort, bis schließlich ein Gebiet erreicht wurde, auf das nicht einmal mehr die VRCh territoriale Ansprüche erhob (58). Politische und militärische Gründe (59), die amerikanische und sowjetische Unterstützung der indischen Position aber hauptsächlich das allgemeine internationale Klima, ließen es jedoch geraten erscheinen, die militärischen Operationen zu beenden. Am 21. November 1962 kündigte die VRCh eine Feuereinstellung an und zog sich innerhalb kurzer Zeit auf die Linien zurück, die man als de-facto-Grenze schon in einem früheren Waffenstillstandsangebot vorgeschlagen hatte (60).

Nahezu gleichzeitig mit dem chinesisch-indischen Grenzkonflikt entstand die Kubakrise. Am 22. Oktober 1962 deckte Kennedy die Stationierung von Raketeneinheiten vor aller Welt auf, verhängte über Kuba eine Blockade und verlangte ultimativ die Aufgabe aller diesbezüglichen Bemühungen der UdSSR (61). Chruschtschow, von der drastischen amerikanischen Reaktion offensichtlich überrascht, zögerte zwar zunächst, lenkte jedoch angesichts der ernsten Situation schließlich ein und stimmte sogar einer internationalen Kontrolle des Abbaus der sowjetischen Raketenstellungen zu (62).

Der Himalajakrieg und die Kubakrise wurden fortan zu einem beherrschenden Thema der Auseinandersetzung zwischen der KPCh und der KPdSU, welche sich von dem ideologischen Disput und dem Führungsstreit im sozialistischen Lager auf die weltpolitische Ebene ausweitete (63). Denn während die Chinesen in Chruschtschows Rückzug aus Kuba die von ihnen vorausgesagte Konsequenz seiner revisionistischen Politik sahen und ihren eigenen Erfolg gegen Indien als Beweis für die Richtigkeit der These werteten, daß revolutionäre Vorstöße auch ohne Auslösung eines Atomkrieges möglich seien (64), stellten die Sowjets die Beilegung der Kubakrise als Bestätigung ihrer Koexistenzlehre dar und bezeichneten das chinesische Verhalten als Musterbeispiel außenpolitischer Aggressivität (65).

Der in den Jahren 1962 und 1963 immer schärfer geführte Machtkampf, welcher von organisatorischen und propagandistischen Manövern begleitet, offen darauf abzielte, neue Parteigänger zu gewinnen und die Reihen des Gegners zu schwächen, machte die Chancen einer Aussöhnung zunehmend unwahrscheinlicher. Vorläufiger Höhepunkt des Schismas sollte Chruschtschows Unterschrift unter das Teststoppabkommen (66) werden, ein Akt, der die chinesische Führung maßlos erbitterte und am 31. Juli 1963 wie folgt kommentiert wurde:

„Die drei Großmächte versuchten, mit Hilfe dieses Vertrages ihre Monopolstellung in bezug auf Atomwaffen zu festigen, der gesamten übrigen Welt die Produktion solcher Waffen zu untersagen und schließlich die anderen Staaten mit ihren eigenen Nuklearwaffen in Schach zu halten und zu erpressen" (67).

Monatelang beherrschte die sino-sowjetische Auseinandersetzung über dieses Abkommen die Massenmedien beider Staaten (68), bis sich schließlich herausstellte, daß die chinesische Rechnung, die

größte Zahl der Länder der Dritten Welt von einer Unterschrift unter das Vertragswerk abhalten zu können, nicht aufgehen sollte (69). Auf der Tagung des Exekutivkomitees der Solidaritätsorganisation der Völker Afrikas und Asiens am 10. September 1963, fand sich die VRCh im Gegenteil weitgehend isoliert (70).

Es ist keine Frage, daß einer der wichtigsten Konsequenzen des Teststoppabkommens eine erneute Umstellung der chinesischen Außenpolitik war. Denn man hatte klar erkannt, daß der gleichzeitige Antagonismus gegenüber den USA und der UdSSR nur dann durchgehalten werden konnte, wenn es gelang, unter der Führung Chinas eine möglichst breite internationale Front aufzubauen. Als Basis hierfür war die bereits definierte „revolutionäre Zwischenzone" der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gedacht, auf welcher eine sog. „Zweite Zwischenzone" aufgebaut werden sollte (71).

Einen ersten Schritt in jener Richtung stellt die chinesisch-französische Annäherung dar, auch wenn diese hauptsächlich auf die analogen Positionen innerhalb der jeweiligen Bündnissysteme zurückgeführt werden muß (72). Beide waren sich nämlich klar darüber, daß sie bei Unterzeichnung des Teststoppabkommens auf unabsehbare Zeit vom „Club der Mächtigen" ausgeschlossen seien und damit auch ihre außenpolitische Handlungsfreiheit einbüßen würden (73). Die VRCh wie Frankreich empfanden dieses Abkommen nicht nur als nationale Diskriminierung, sondern sogar als Zumutung, wenn ihnen eingeredet wurde, der Vertrag diene weder der Verewigung des Atomwaffenmonopols der Supermächte, noch der Aufrechterhaltung des bipolaren Weltsystems, sondern ausschließlich dem Frieden (74).

Aber der Flirt sollte nicht etwa auf Frankreich begrenzt, sondern vielmehr auf möglichst alle mittleren Industrienationen ausgedehnt werden (75). Dies machte der Bericht einer französischen Parlamentarierdelegation, die im Januar/Februar 1964 die VRCh besuchte, deutlich, nach welchem Mao selbst gesagt haben soll:

> „Frankreich, Deutschland und England – falls sie aufhörten mit den USA zu kollaborieren –, Japan und wir selbst, das ist die Dritte Welt" (76).

Um die Gemeinsamkeiten noch stärker hervorzuheben, begann sich die VRCh sogar zum Advokaten außenpolitischer Forderungen der umworbenen Länder zu machen. Man prangerte die widerrechtliche Inbesitznahme großer Teile Osteuropas und japanischen Territoriums durch die Sowjetunion an und ließ durchblicken, Rückgabeansprüche unterstützen zu wollen (77). Dieses Manöver war außerdem darauf abgestellt, der UdSSR in Asien, aber besonders innerhalb des sozialistischen Lagers Schwierigkeiten zu bereiten und damit vielleicht die von ihr angestrebte antichinesische Konferenz der kommunistischen Parteien zu torpedieren (78). In bezug auf die USA wurden die Vorteile größerer Unabhängigkeit aufgezeigt und an das Nationalbewußtsein appelliert (79).

Hand in Hand mit diesen Bemühungen versuchte man die Kontakte mit den Ländern der „revolutionären Zwischenzone" zu intensivieren (80). Chou En-lais Besuch von zehn afrikanischen und drei asiatischen Staaten vom 13. Dezember 1963 bis 5. Februar 1964 (81) sollte vermutlich gleichzeitig dem Zwecke dienen, den indischen Einfluß allgemein zurückzudämmen, dem Vorschlag Indiens zur Abhaltung einer Konferenz der blockfreien Staaten entgegenzutreten und einen Alternativplan Indonesiens zur Einberufung einer „Zweiten Bandung-Konferenz" zu favorisieren. Abgesehen von gelegentlicher antiamerikanischer, antirussischer und antiindischer Propaganda war Chou En-lais Verhalten jedoch auffallend konziliant. Er sprach von Handel und Unterstützung, bezeichnete Algerien und Kuba als die Zentren der Revolution in Afrika bzw. Lateinamerika und erinnerte immer wieder daran, daß die VRCh es sich zum Hauptanliegen gemacht habe, die Interessen der kleinen Länder gegenüber den Großmächten zu vertreten (82).

Diese Gesamthaltung deutete darauf hin, daß es die Führung der KPCh aufgegeben hatte, die UdSSR von einem Arrangement mit den USA abzubringen und stattdessen versuchte, sich zum Führer einer neuen Koalition zu machen. Mit dieser Politik schien man folgende Hoffnungen verknüpft zu haben:

- Durchbrechung der außenpolitischen Isolation durch gegenseitige diplomatische Anerkennung,
- Anerkennung als Großmacht sowie möglicherweise Unterstützung einer Aufnahme in die UNO sowie
- Schwächung der Gegner durch Spaltung des kommunistischen Blocks zu ungunsten der Sowjetunion und Trennung der mittleren Industrienationen von ihren Bündnispartner USA.

Eine nicht zu unterschätzende Rolle war dabei Frankreich zugedacht, mit dem bereits am 27. Januar 1964 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart worden war (83). Denn dieser Vorgang bedeutete nicht nur einen erheblichen Prestigegewinn, sondern bot darüber hinaus durch den traditionellen weltpolitischen Einfluß (84) direkte Möglichkeiten in Richtung auf einige chinesische Zielsetzungen (85) und indirekte Chancen zur Beeinflussung der sowjetischen und amerikanischen Politik (86). Weiterhin sollten gute Kontakte zu Frankreich einen Weg aus Krisensituationen erleichtern helfen, welche durch die enge Verknüpfung von politischer Notwendigkeit und militärischer Gefahr besonders in Vietnam immerhin denkbar erschienen (87). Schließlich konnte die Haltung des neuen Bundesgenossen zum Teststoppabkommen die ähnlich lautende chinesische Argumentation quasi moralisch rechtfertigen und auf diese Weise mit dazu beitragen, Chinas Weg zur Atommacht zu ebnen (88).

Inzwischen hatte sich die Krise in Vietnam weiter zugespitzt. Nach dem Sturz des Diem-Regimes am 1. November 1963 steigerte sich die Partisanentätigkeit und der politische Druck in Richtung auf eine neutralistische Regierung nach laotischem Vorbild (89). Auch die USA wurden mehr und mehr in diesen Konflikt hineingezogen (90). Und während in Laos die Sinnlosigkeit der Koalitionsregierung am 19. April 1964 zu einem erfolgreichen antikommunistischen Putsch führte und als Gegenreaktion die Aktivitäten des Pathet Lao wieder zunahm (91), war die Regierung in Südvietnam bereits seit langem in einem zähen Abwehrkampf mit den kommunistischen Vietkongverbänden verstrickt (92).

Es bedeutete, eine äußerst komplexe Situation allzu sehr zu simplifizieren, wollte man behaupten, die VRCh sei allein für diese Vorgänge verantwortlich. Selbstverständlich wünschte und förderte die chinesische Führung den „antiimperialistischen" Kampf in beiden Ländern, und dennoch war das Bemühen Pekings unverkennbar, einen direkten Zusammenstoß mit den USA zu vermeiden (93). Denn in der zweiten Hälfte des Jahres 1964 war ja nicht nur das Vietnamproblem in ein akutes Stadium eingetreten, sondern auch die chinesisch-sowjetischen Beziehungen in eine gegenseitige totale Hetzkampagne ausgeartet (94).

Vom 10. bis 15. April 1964 fand in Djakarta ein Vorbereitungstreffen für die geplante „Zweite Bandung-Konferenz" statt. Abgesehen davon, daß der rotchinesische Delegationsleiter Ch'en Yi in keiner Phase Zweifel darüber aufkommen ließ, wer hier den Ton angeben sollte, war von Solidarität ebenso wenig zu spüren, wie vermutlich das Ergebnis der Hauptkonferenz - die man damals noch für den 10. März 1965 geplant hatte - bereits feststand. Denn was auf chinesischer Seite unter „gemeinsamer Plattform", „Differenzen beiseite lassen" und „Einmütigkeit durch Konsultation" verstanden wurde, das ließ Ch'en Yi bei einer Ansprache anläßlich seines Abfluges erkennen, als er den Indern vorwarf, sie hätten unzulässigerweise die Frage einer Teilnahme der Sowjetunion an der Hauptkonferenz aufgeworfen. Was die Vorkonferenz selbst anbetraf, so bezeichnete sie der Generalsekretär der PKI, D.N. Aidit, als eine „Niederlage der Imperialisten, Kolonialisten und indischer Monopolkapitalisten". Das also war von vornherein die Gegenfront, welche den späteren Teilnahmestaaten präsentiert werden sollte (95).

Sechs Ereignisse sollten die Ausgangsposition der VRCh für die geplante Konferenz entscheidend begünstigen (96).

- Der Sturz Chruschtschows am 14. Oktober 1964, den Mao Tse-tung nicht nur als einen, sondern seinen Sieg über den Revisionisten Chruschtschow interpretierte (97),
- Die Explosion der ersten chinesischen Atombombe am 16. Oktober 1964, verbunden mit der Tatsache, daß zumindest ihre Entwicklung ab 1960 ein autonomes Werk war (98),
- die ständige Steigerung der sog. Konfrontationspolitik Indonesiens gegen Malaysia, welche der VRCh den Kampf gegen eine Konsolidierung antikommunistischer Kräfte im entfernteren Südostasien abnahm (99),
- der Austritt Indonesiens aus der UNO, der Chou En-lai am 24. Januar 1965 die Möglichkeit bot, zum ersten Mal den Gedanken einer „Gegen-UNO" auszusprechen (100),
- der Beginn amerikanischer Bombenangriffe auf Nordvietnam am 6. Februar 1965, welcher den Chinesen die Gelegenheit gab, von einer amerikanischen Aggression auf ein kommunistisches Land zu sprechen (101) und
- die außerordentlich laue Reaktion der Sowjetunion auf den chinesischen Aufruf zur Hilfe für Vietnam vom 13. Februar 1965, der praktisch die Forderung beinhaltete, eine Kriegserklärung gegen die USA auszusprechen (102).

Die durch diese Ereignisse gesammelten propagandistischen, ideologischen und politischen Ingredienzien hätten nach chinesischer Ansicht ausreichen sollen, eine große Menge von Staaten auf die Seite der VRCh zu ziehen (103). Dem Vietnamkrieg dabei die Rolle eines Katalysators zugedacht, zur Begründung eines neuen Lagers, das sich politisch an Pekings Linie orientierte, aber formell seine Zentrale in Djakarta haben könnte, das sowohl kommunistische als auch nichtkommunistische Staaten in den Rahmen einer Gegen-UNO brächte und das durch Multiplizierung des Vietnamkrieges eine weltweite Revolutionierung in Gang setzte, die sich sowohl gegen die USA als auch gegen die UdSSR richten würde (104).

2. Die Strategiediskussion

In den frühen sechziger Jahren waren die militärstrategischen Überlegungen der chinesischen Kommunisten gekennzeichnet durch eine - oberflächlich gesehen - seltsame Mischung von verbaler Scharfmacherei, realistischer Einschätzung der gegebenen Situation sowie sorgfältiger Kalkulation des jeweiligen Risikos (105). Diese ambivalente Haltung ergab sich jedoch zwangsläufig aus folgenden Tatsachen:

Einerseits aus der Notwendigkeit, daß

- die eigene Position als möglichst unangreifbar dargestellt werden mußte, um damit nicht nur potentielle Angreifer abzuschrecken, sondern auch neue Verbündete zu gewinnen und
- die als Mitverschwörer ausersehenen Länder an Hand von Beispielen und vorbildhaften Verhalten davon überzeugt werden mußten, wie risikoarm und trotzdem erfolgversprechend der aufgezeigte Weg doch sei.

Andererseits aus der Erkenntnis, daß

- die eigene relative militärische Schwäche kurzfristig nicht ausgeglichen, sondern nur überbrückt werden konnte,
- die ständig sich verschlechternden Beziehungen zum ehemaligen Bündnispartner UdSSR nicht nur den Verlust jeglichen Schutzes, sondern auch die Schaffung eines neuen Gegners bedeutete und

– die zunehmenden amerikanischen Truppenverstärkungen entlang der Südgrenze, insbesondere Vietnam, das Risiko einer kriegerischen Verwicklung nicht eben geringer werden ließ.

Wie aber – so fragt man sich – sollte dieser Ballanceakt durchgestanden, besonders jedoch auf welche Weise theoretisch untermauert und praktisch glaubhaft dargelegt werden? Eine partielle Antwort darauf hatte sicherlich schon die Schrift Mao Tse-tungs vom Oktober 1958, „Imperialisten und alle Reaktionäre sind Papiertiger" gegeben (106), doch der im Oktober 1960 erschienene vierte Band von Maos „Ausgewählten Schriften" vermittelt – obwohl ausschließlich historischen Charakters – weitere ergänzende Einsichten, welche Bedeutung der maoistischen Militärdoktrin nunmehr zugewiesen wurde (107). Die letzten Zweifel beseitigen schließlich die dazu erschienen Kommentare. So schreibt z.B. Verteidigungsminister Lin Piao:

> „Die Ideen Mao Tse-tungs über den Krieg,... seine Ideen über die Tatsache, daß der Feind strategisch mißachtet aber taktisch beachtet werden müsse, seine Ideen über die revolutionären Kräfte, die zahlen- und ausrüstungsmäßig unterlegen, aber diesbezüglich überlegene Feinde besiegen können und seine anderen Ideen und Theorien werden ihre unangefochtene Gültigkeit in der langen, kommenden historischen Periode stets behalten" (108).

Und in der Volkszeitung wird man sogar poetisch:

> „Die militärische Dialektik des Genossen Mao Tse-tung ist breit und tief... Sie ist praktische Philosophie. Sie wurde geboren in revolutionären Kriegen und birgt unendliche Stärke in sich. Sie strahlt Siege aus, wie die Sonne und der Mond am Himmel. Sie wird leben – für immer" (109).

Am 5. August 1963 gab das amerikanische Außenministerium eine Anzahl chinesischer Geheimdokumente frei, die einen außerordentlich guten Einblick in die militärstrategischen Überlegungen der chinesischen Militärs – wenigstens für einen gewissen Zeitraum bis etwa Anfang 1963 – ermöglichte (110). Glaubt man diesem „Jahresbericht von 1961", so schienen die ungelösten Probleme groß zu sein. Zunächst waren alle Konzeptionen, die sich auf einen nuklearen Krieg mit den USA bezogen, im reinsten Sinne des Wortes defensiv. Auch ergaben sich kaum Hinweise darauf, wie die Gefahr eines Überraschungsangriffes herabgesetzt, oder ihr begegnet werden sollte. Ebenso wenig Beachtung fand die Frage eines größeren konventionellen Krieges, während man auch begrenzte Kriege hauptsächlich nur in bezug auf die Aspekte militärischer Operationen in Tibet und an der chinesisch-indischen Grenze behandelte (111).

Insgesamt hielt man vier verschiedene Kategorien kriegerischer Auseinandersetzungen für möglich (112):

– Einen strategischen Überraschungsangriff auf das chinesische Hoheitsgebiet mit Kernwaffen aus großer Entfernung (113),
– eine Invasion feindlicher Bodenstreitkräfte mit herkömmlichen Waffen (114),
– einen sowohl strategisch, als auch taktisch geführten chemisch-bakteriologischen Krieg (115) und
– bewaffnete Auseinandersetzungen mit niedrigem Konfliktniveau in territorial benachbarten Bereichen (116).

Die ersten drei Möglichkeiten dieser Kriegstypenlehre bezogen sich auf einen Angriff von seiten der USA, vielleicht sogar von seiten der Sowjetunion (117). Demgegenüber gab die letzte Variante denkbarer Kampfhandlungen den Standort der VRCh hinsichtlich der Frage der nationalen Befreiungskriege an, die man offenbar von begrenzten Konflikten nicht unterschied (118).

Yeh Chien-ying, Mitglied der Militärkommission beim ZK der KPCh, einer, wenn nicht gar der führende und verantwortliche Beauftragte für Strategiefragen (119), brachte im Januar 1961 zum Ausdruck, daß er zwei Entwicklungen für möglich halte (120):

- Es sei einerseits sehr unwahrscheinlich, daß in den nächsten Jahren überhaupt ein größerer Krieg ausbreche; aber je mehr Zeit verstreiche, desto schwieriger würde es werden, einen solchen zu inszenieren.
- Es sei andererseits nicht auszuschließen, daß wirtschaftliche und politische Ereignisse die USA dazu brächten, den gesunden Menschenverstand aufzugeben und ein derartiges Abenteuer einzugehen.

Beide Voraussagen stellten insgesamt eine etwas merkwürdige Verquickung zwischen harter Realität und wagen Wunschdenken dar, deren Überzeugungskraft durch die nicht zu übersehenden propagandistischen Beimengungen erheblich verlor. Denn es besteht kein Zweifel, daß man sich - jedenfalls insoweit, als es aus dem Jahresbericht 1961 hervorgeht - recht intensiv mit der Möglichkeit eines größeren Krieges, insbesondere der eines Überraschungsangriffes auf das chinesische Festland, beschäftigte. Und diese Gefahr war ja bei der neuen außenpolitischen Linie eher größer geworden, während die Chancen zur Erhöhung der militärischen Kampfkraft sich durch Kürzungen im Budget und dem schlechten Verhältnis zur UdSSR weiter verringert hatten.

Der Jahresbericht 1961 unterstreicht die schon lange gegenüber den USA geübte Grundhaltung. Zwar wurde die Produktion von Waffen und Munition erwähnt aber nirgendwo erkennbar, daß man etwa versucht hätte, die geringe Feuerkraft, die bescheidenen logistischen Kapazitäten etc. zu verbessern. Von der Marine sprach man kaum und auch für einen verstärkten Ausbau der Luftwaffe gibt es keine Evidenzen. Das einzige Indiz größerer Anstrengungen in bezug auf waffentechnischen Fortschritt bildete die forcierte Entwicklung von Nuklear- und Raketenwaffen. Ganz offensichtlich schien also hier der entscheidende Durchbruch geplant (121). Bis dieser allerdings erreicht war, mußten zumindest Minimalvorkehrungen getroffen werden.

Um die Folgen eines amerikanischen Überraschungsangriffes herabzusetzen, hatte man schon vor längerer Zeit damit begonnen, die möglichen Ziele weit zu verstreuen, zu befestigen und zu tarnen (122). Auch eine Verbesserung der Luftverteidigung und der Kommunikation innerhalb der gesamten VBA hielten die Verantwortlichen für unabdingbar. Obwohl niemand bestritt, daß Städte, Industrieanlagen und militärische Einrichtungen auch im günstigsten Falle noch hart betroffen sein mußten, setzte man fast einhellig darauf, ein atomarer Präventivschlag allein wäre bei der Größe des Raumes und der Zahl der Bevölkerung Chinas nicht ausreichend, einen vollständigen Sieg zu erringen. Der Gegner sei vielmehr gezwungen, auch noch Bodentruppen einzusetzen. Und eben hierin liege eine große Chance, weil die Position des Angreifers wegen der zahlenmäßigen und moralischen Überlegenheit in einem „langandauernden Krieg" durch die Faktoren „Mensch, Zeit und Raum" erheblich geschwächt würde (123).

Die beste Einsicht in jene damals vorherrschende Konzeption gibt uns Yeh Chien-ying in einer Rede vor Militärkadern im Januar 1961:

> „Wenn es innerhalb der nächsten Jahre einen Krieg geben sollte, werden wir bezüglich der verwandten Waffen vor der Frage stehen, in welcher Beziehung die regulären Waffen zu sog. Spezialwaffen stehen. Einige der ausländischen Militärtheoretiker halten die regulären Waffen für geeignete Mittel, die Probleme zukünftiger Weltkriege zu lösen. Aber obwohl Atombomben mächtige Waffen sind, können sie doch nur dazu verwandt werden, die industriellen und wirtschaftlichen Zentren des Gegners zu zerstören, danach müssen Menschen den Krieg zu Ende Führen, den Feind vernichten, das Land besetzen und damit den Sieg erringen. Der entscheidende Faktor ist darum der Mensch. Diese Tatsache ist natürlich auch den amerikanischen Imperialisten bekannt. Sie wissen, daß man China mit Atomwaffen allein nicht besiegen kann, weil das Land zu ausgedehnt, die Bevölkerung zu groß und das Terrain zu schwierig ist. Aus diesem Grund bereiten sie sich heimlich auf einen chemisch-bakteriologischen Krieg vor" (124).

Und ebenso wie sich bei der vorstehenden Analyse der doktrinäre Glaube an die Überlegenheit von „Menschen" über „Waffen" mit einer gewissen „Angst vor der eigenen Courage" vermischte, waren die Ratschläge, welche er erteilen konnte, unpräzise und – zumindest für den Ernstfall – dürftig:

> „In einer Situation, in der uns der Feind in bezug auf einen Krieg aus größerer Entfernung überlegen ist, müssen wir eben versuchen, ihn soweit zu bringen, daß er sich auf einen Krieg von Angesicht zu Angesicht einläßt und dann auf die uns zur Verfügung stehenden Waffen vertrauen. Dies wird nicht leicht sein, aber Genosse Lin Piao hat uns hier einen Weg gezeigt. Wir dürfen nicht zulassen, daß der Gegner unsere Schwächen nutzt. Um den Feind zu besiegen, müssen wir den Kampf Mann gegen Mann im Dunkel der Nacht und in Form eines verzähnten Stellungskrieges suchen" (125).

Ganz eindeutig geht aus dem Jahresbericht 1961 auch die chinesische Entscheidung hervor, hinfort nur mehr auf die eigene Leistung zu vertrauen und zu versuchen, den schweren Weg zur Nuklearmacht alleine zu gehen. Dies unterstrich Yeh Chien-ying durch folgende Aussage:

> „Der Erlaß unserer neuesten militärischen Anweisungen und Verordnungen ist die Verwirklichung der Idee, uns selbst als Dreh- und Angelpunkt zu benutzen. Das bedeutet, wir müssen uns selbst zum dominierenden Faktor beim Aufbau unserer Armee erheben" (126).

Angesichts der wenig ermutigenden Situation, die man erkannte und der durch eine vorsichtige und defensive Militärstrategie weitgehend Rechnung getragen wurde, erscheint es möglicherweise paradox, daß die Chinesen darin keinen Hinderungsgrund sahen, nationale Befreiungskriege nachdrücklich moralisch und materiell zu unterstützen. Doch gerade die Möglichkeit, ein militärisches Engagement der USA an möglichst vielen Orten der Welt zu erreichen, hielt man – ganz abgesehen von den damit verbundenen außenpolitischen und ideologischen Zielsetzungen (127) – für eine notwendige Ergänzung der eigenen Sicherheitsbemühungen.

Trotz der nie ganz versiegenden Kritik an dem ehemaligen Verteidigungsminister P'eng Te-huai und dem früheren Generalstabschef Huang K'e-ch'eng, die von „rein militärischen Standpunkten" ausgegangen seien (128), sich auf die Hilfe, den Schutz und die Erkenntnisse fremder Länder" verlassen hätten, anstatt aus „dem reichen Schatz der eigenen Erfahrungen zu schöpfen" (129), eine Tatsache, aus der auch auf weiterbestehende Differenzen innerhalb der VBA sowie zwischen den Militärs und der Parteiführung hätte geschlossen werden können (130), läßt sich eine Strategiediskussion im eigentlichen Sinne – d.h. wie sie bis zum Jahre 1958 stattfand – ab 1960 bis Frühjahr 1965 nicht mehr feststellen. Dies dürfte hauptsächlich darauf zurückzuführen sein, daß es dem neuen Verteidigungsminister Lin Piao anscheinend gelungen war, auf der vom 14. bis 20. Oktober 1960 durchgeführten erweiterten Konferenz der (neuen) Militärkommission beim ZK der KPCh einen Ausgleich der Ansichten zwischen den Berufmilitärs und den Anhängern einer mehr auf das politische Bewußtsein der VBA gerichteten Strategie herzustellen (131). Die Aufgabe, jenen Kompromiß zwischen Partei und Truppenführung einerseits, sowie innerhalb der VBA zwischen „Professionalisten" und „Traditionalisten" andererseits, auch nach außen zu dokumentieren, hatte man offensichtlich Yeh Chien-ying übertragen, der in den frühen sechziger Jahren als Wortführer, wenn nicht gar als der für die parteikonforme Durchführung der chinesischen militärischen Linie grundsätzlich Verantwortliche auftrat (132). Da die Militärstrategie insgesamt aber nichts anderes darstellen kann, als die Widerspiegelung innenpolitischer Konstellationen und sozialökonomischer Kapazitäten sowie außenpolitischer Zielsetzungen und der eigenen Macht angemessenen Möglichkeiten, soll hier noch einmal die chinesische Generallinie skizziert werden.

Für die Verfolgung einer Politik des „Selbstvertrauens" und die Entschlossenheit der VRCh, ihr Bedürfnis nach einer eigenen nuklearen Kapazität, dürften – von dem fundamentalen Anspruch auf den Rang einer Groß- und Weltmacht abgesehen – vier spezifische Gründe maßgebend gewesen sein (133):

- der Wunsch bezüglich einer glaubwürdigeren Abschreckung im Hinblick auf die Möglichkeit eines amerikanischen Angriffes;
- die Bemühungen um größeren Einfluß innerhalb des „sozialistischen Lagers";
- das Bedürfnis nach stärkeren Macht- und Druckmitteln zur Durchsetzung der eigenen Hegemonialpolitik in Ostasien und
- das Verlangen nach einer Erhöhung des Prestiges für eine erfolgreichere Unterstützung nationaler Befreiungskriege in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Obwohl sich das Interesse der VRCh an der Verfügungsgewalt über Kernwaffen auf Anfang der fünfziger Jahre zurückdatieren läßt (134), lief ein wirklich erfolgversprechendes eigenes Entwicklungsprogramm erst im Jahre 1957 an. Dem Aufbau des Institutes für Atomenergie im Mai 1957 folgten mit sowjetischer Hilfe errichtete Reaktoren in Peking, Lanchou und Sian, welche zwar bereits spaltbares Material lieferten, jedoch nur als erste Grundlage für ein Programm gelten konnten, das den Chinesen in militärischer Hinsicht für die Zukunft vorschwebte. Hinzu kam, daß die gesamte, mit einem derart ambitiösen Vorhaben in Zusammenhang stehende Industrie - wie z.B. Reinigungs- und Trennungsanlagen -, noch in den Kinderschuhen steckte (135).

Sicherlich sollte das am 15. Oktober 1957 mit der UdSSR geschlossene Abkommen über die „neue Technologie für die nationale Verteidigung" vielen der chinesischen Bedürfnisse Abhilfe verschaffen. Da aber jene vertragliche Zusicherung am 20. Juni 1959 nach chinesischer Auffassung insoweit gebrochen wurde, als sich die Sowjetunion weigerte, ihrem Partner das Modell einer Atombombe nebst technischer Herstellungsangaben zu überlassen, sah sich die VRCh in der Folgezeit gezwungen, nicht nur den Bau einiger Reaktoren und Gasdiffusionsanlagen aus eigener Kraft zu vollenden, sondern war auch in allen anderen damit im Zusammenhang stehenden Problemen völlig auf sich selbst gestellt. Dies gilt nicht zuletzt für die Entwicklung angemessener Trägersysteme, wenn die Anstrengungen auf dem nuklearen Gebiet überhaupt einen Sinn haben sollten (136).

Am 16. Oktober 1964 brachte die VRCh ihre erste Atombombe zur Explosion. Noch am gleichen Tage verbreitete die Nachrichtenagentur „Neues China" folgende Meldung:

> „China hat am 16. Oktober 1964, 15 Uhr Pekinger Zeit, in den westlichen Landesteilen seinen ersten Atomversuch erfolgreich durchgeführt... Dies ist ein ebenso großer Erfolg im Sinne unserer Landesverteidigung, wie auch ein Beitrag zur Sicherung des Weltfriedens... Das Gelingen dieses Versuches ist der harten Arbeit und der gemeinsamen Anstrengung der chinesischen Arbeiter, Ingenieure, Techniker, Wissenschaftler und all der Menschen zu verdanken, die unter der Führung der Partei einen Geist des Selbstvertrauens und des rastlosen Bemühens an den Tag gelegt haben. Das ZK der KPCh und der Staatsrat sprechen allen ihre wärmste Anerkennung aus" (137).

Für den asiatischen Raum bedeutete der chinesische Erfolg von Lop Nor zweifellos einen machtpolitischen Wendepunkt. Denn niemand war sich im unklaren darüber, daß dieses Faktum dem Giganten China noch zusätzliches Prestige verleihen würde. Auch die USA und die UdSSR konnten - obwohl die Explosion einer Atombombe noch kein militärisches Potential darstellt - nicht umhin, wenigstens eine zukünftige Nuklearmacht China in ihr Sicherheitskalkül einzubeziehen (138).

Die VRCh, welche sicherlich den 16. Oktober 1964 als einen Meilenstein auf dem Weg zur Weltmacht ansah, war sich jedoch andererseits zumindest zweier Auswirkungen ihres technischen Fortschrittes bewußt:

- des weltweiten Widerstandes gegen weitere Atombombenversuche und damit außenpolitischer Rückschläge (139)

– des gestiegenen Risikos, daß die USA oder sogar die UdSSR das Ereignis zum Vorwand eines Angriffes – auch wenn er nur auf die Atomanlagen beschränkt wäre – nehmen könnten (140).

Daher durfte man erwarten, daß die chinesischen Kommunisten, um einer solchen Möglichkeit entgegenzuwirken, bei ihren militärischen Aktionen im Umkreis ihrer Landesgrenzen noch vorsichtiger sein würden, als dies schon in der Vergangenheit der Fall war. Gleichwohl blieb das von der UdSSR mit Recht befürchtete, chinesischerseits aber propagandistisch bagatellisierte Risiko bestehen, daß „ein einzelner Funke eines nationalen Befreiungs- oder revolutionären Volkskrieges zu einem Weltbrand führen könne, der die gesamte Menschheit vernichte" (141). Und das ein solcher Funke in Vietnam bereits glomm, war offensichtlich.

3. Die außen- und innenpolitischen Aspekte

Die Weltpolitik der ersten Hälfte der sechziger Jahre wurde durch eine Reihe von Entwicklungen beeinflußt, welche der chinesischen Führung nicht nur klar machten, daß man hinfort ganz auf sich allein gestellt sei, sondern auch das Problem aufwarfen, wie die veränderte Situation eingeschätzt und die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten gemeistert werden könnten. Drei Faktoren verdienen hier besondere Erwähnung:

– Die strategische Umorientierung der Kennedy-Administration in den USA, welche zwar von der Doktrin der „massiven Vergeltung" abgerückt war, aber jene durch ein Phasensystem ersetzte, das den Vorzug größerer Glaubwürdikeit hatte und seine Abschreckungswirksamkeit damit erheblich steigerte (142).

– Die sich immer weiter verschlechternden Beziehungen zur Führung in der UdSSR, welche nicht nur jede Hoffnung auf einen noch bestehenden sowjetischen Atomschutz unrealistisch erscheinen ließ, sondern den ehemaligen Bündnispartner sogar zu einem potentiellen Gegner machte (143).

– Die zunehmende Annäherung zwischen USA und UdSSR sowie deren Verbündeten, welche sowohl eine noch stärkere Isolierung bedeutete, als letztlich auch den eigenen Weg zur Nuklearmacht versperren oder zumindest erheblich erschweren konnte (144).

Auch wenn eine Vielzahl von anderen Faktoren hierbei eine Rolle gespielt haben dürfte, so gibt es dennoch Evidenzen, daß die aggressivere Gesamthaltung der VRCh ab 1958 Anstoß zu der einen oder anderen Entwicklung gab, oder sie wenigstens beschleunigte.

Die Gründe für eine Änderung der amerikanischen Militärstrategie müssen vorwiegend in der sich allmählich durchsetzenden Erkenntnis gesucht werden, daß die Doktrin von der massiven Vergeltung in einer Zeit, da begrenzte Konflikte sich häuften, insgesamt nicht nur viel von ihrer Glaubwürdigkeit verloren, sondern auch die eigene Handlungsfähigkeit gelegentlich erheblich eingeschränkt hatte (145). Akut wurde das Problem jedoch erst, als die VRCh aufgrund ihrer neuen strategischen Konzeption begann, die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas systematisch zur Auslösung sogenannter nationaler Befreiungskriege auf niedrigem Konfliktniveau zu ermuntern (146). Die USA beantworteten diese Herausforderung mit einer völligen Umorientierung und Einstellung auf die veränderte Weltsituation. Peking selbst hat die neue Doktrin von der flexiblen Beantwortung als ein Versuch bezeichnet, revolutionäre Aufstandsbewegungen dadurch zu verhindern bzw. zu bekämpfen, daß man die Kriegführung von Stufe zu Stufe – bis hin zur Drohung eines nuklearen Angriffs auf das chinesische Festland – eskalierte (147). Von amerikanischer Seite war dies ein geschickter Schachzug, weil er zwar dem Gegner die Möglichkeit ließ, die Ebene der Auseinandersetzung zu wählen, aber auch die Bürde auferlegte, die von ihm unterstützten Konflikte unter genauer Kontrolle zu halten (148).

Die Ursachen des chinesisch-sowjetischen Konfliktes sind äußerst komplex und umfassen ein ganzes Konglomerat von stark abweichenden militärischen, politischen und ideologischen Komponenten. Da sie im wesentlichen bereits dargestellt wurden, sollen hier nur noch die Streitfragen Berücksichtigung finden, welche das gegenseitige Verhältnis Anfang der sechziger Jahre zunehmend belasteten. Schon 1957 war die Sowjetführung, entgegen der chinesischen Auffassung und der eigenen Propaganda (149), zu der Einsicht gelangt, daß sich mit den eigenen waffentechnischen Erfolgen das Kräfteverhältnis in der Welt noch keineswegs entscheidend geändert habe. Denn der Besitz von Interkontinentalraketen bedeutete zwar eine Verstärkung des Offensivpotentials der UdSSR, aber weder Schutz gegen das Strategische Bomberkommando der USA, noch eine Minderung seiner Schlagkraft (150). Wenn also die Machthaber im Kreml im Bewußtsein dessen, was die UdSSR in einem nuklearen Krieg zu verlieren hatte und wie leicht sogenannte kleine oder lokale Konflikte in eine weltweite Katastrophe einmünden konnten, so wird klar, weshalb sie sich der chinesischen Vorwärtsstrategie widersetzten. Und es ist angesichts von Bemerkungen wie „für die definitive Ausrottung des Imperialismus sei das Opfer eines Drittels der Menschheit nicht zu hoch" (151) nicht verwunderlich, daß Chruschtschow zunehmend dahingehend argumentierte, die Kernwaffen hätten die Gesetze der Geschichte verändert und ein Krieg mit Nuklearwaffen müsse um jeden Preis verhindert werden (152). Zur Verteidigung dieser Position versuchte man besonders den Ländern des kommunistischen Blocks und der Dritten Welt die Konsequenzen eines uneingeschränkten Krieges aufzuzeigen, die chinesische Strategie als irrational und selbstmörderisch abzuqualifizieren sowie die sowjetische Konzeption der friedlichen Koexistenz als den einzig vernünftigen und gangbaren Weg dringend zu empfehlen (153).

Die Anfänge amerikanisch-sowjetischer Verständigungsversuche müssen mit Sicherheit in eine Zeit verlegt werden, da das Verhältnis zwischen der UdSSR und VRCh noch vergleichsweise gut war. Deswegen kann keine Rede davon sein, das jeweilige Verhältnis zu China habe in einem ursächlichen Zusammenhang mit derartigen Bestrebungen gestanden (154). Vielmehr waren sich beide Supermächte klar geworden, daß besonders ihr ausgeprägter Antagonismus eine permanente Kriegsgefahr bedeute, das Wettrüsten von Ost und West eine Schraube ohne Ende darstelle sowie eine Weiterverbreitung von Nuklearwaffen wenig wünschenswert sei. Und dennoch ist es zweifelhaft, ob das Teststoppabkommen schon 1963 unterzeichnet worden wäre, hätte die VRCh nicht in Verfolgung ihrer neuen außenpolitischen Linie durch aggressiveres Verhalten, verbunden mit unverhülltem Streben nach einer eigenen Nuklearkapazität, die USA wie die Sowjetunion zu einer schnellen Einigung geradezu getrieben (155).

Es wäre zweifellos nicht richtig, zu schließen, jene für die VRCh negative Entwicklung habe Peking unbeeindruckt gelassen. Aber es muß als ebenso falsch bezeichnet werden, zu glauben, die chinesische Führung sei quasi unbeabsichtigt und unvorbereitet in eine Situation geraten, die sie in einen gleichzeitigen Konflikt mit den stärksten Mächten dieser Welt brachte. Denn es gab aus chinesischer Sicht manche Gründe, gerade aus einer solchen Position Vorteile zu ziehen (156).

Die Änderung der amerikanischen Militärstrategie beseitigte zwar die Gefahr eines Überraschungsangriffes keineswegs, machte ihn jedoch bei Auseinandersetzungen auf niederer Ebene weniger wahrscheinlich. Damit ergab sich nach Ansicht der chinesischen Kommunisten die Möglichkeit, zwar beständig Kriege zu inszenieren oder zu unterstützen, jedoch durch erkennbare zeitliche und örtliche Begrenzung sowie Beschränkung auf konventionelle Bodenkampftruppen die USA von einer Eskalation abzuhalten (157). Auch Unterbrechungen in Form von Waffenstillstandsabkommen wurden für geeignet gehalten, die USA abzulenken und ihre Wachsamkeit zu mindern. Im übrigen sollten die eigenen Streitkräfte, wenn sie überhaupt in einen Krieg eingriffen, diesen nicht wesentlich über die selbst definierten Grenzen hinaustragen (158).

Die Verschlechterung der sino-sowjetischen Beziehungen hatte zwar weitreichende, insbesondere militär-strategische Konsequenzen für die VRCh, brachte aber auch die UdSSR oft in große außen-

politische Schwierigkeiten. Denn bei jedem angezettelten „nationalen Befreiungskrieg" mußte die sowjetische Führung Farbe bekennen. Wurden die bestehenden Regierungen verteidigt, gab man Anlaß, an den weltrevolutionären Prinzipien zu zweifeln – vor allem im sozialistischen Lager. Wenn die Sowjetunion eine neutrale Haltung einnahm, wertete man Peking dadurch auf, daß viele Regierungen – besonders in Ost- und Südostasien – den Frieden im eigenen Lande nur durch enge Bindungen an das kommunistische China gewährleistet sahen. Eine Unterstützung der Aufständischen jedoch verminderte Moskaus Chance, zum Abbau der Spannungen mit den USA und ihren Verbündeten. In jedem Falle also, glaubte die chinesische Führung, würde die eigene Außenpolitik profitieren (159).

Die Annäherung der Sowjetunion an die USA wurde von den Chinesen schon seit 1957 (160) mit äußerstem Mißtrauen beobachtet. Denn mehr und mehr stellte sich heraus, daß die UdSSR tatsächlich versuchte, weg von einer bloß propagandistischen Behandlung der Abrüstungsfrage, hin zu tatsächlichen – wenn auch begrenzten – Kontrollmaßnahmen zu kommen (161). Jene Entwicklung mußte für Peking nicht nur deshalb unannehmbar erscheinen, weil man den Zeitpunkt einer Konfrontation mit dem Imperialismus für besonders günstig hielt (162), sondern auch, weil jedes Resultat in dieser Hinsicht den Zugang zu einer Waffe versperrte, deren Fertigstellung zwar mit beträchtlichem Aufwand vorangetrieben worden war, aber die man eben noch nicht besaß (163). Darum sollte es nicht verwundern, wenn die VRCh die Unterzeichnung des Teststoppabkommens im Jahre 1963 sowohl als Ausverkauf der Interessen des Weltkommunismus, als auch einen Verrat der UdSSR am kommunistischen China empfand (164).

Die Frage nach dem Stellenwert im chinesisch-sowjetischen Konflikt ist nur schwer zu beantworten. Fest steht lediglich, daß kurz nach dessen förmlicher Unterzeichnung am 5. August 1963 die Rivalität zwischen der UdSSR und der VRCh aus dem sozialistischen Lager heraustrat, um hinfort die jeweiligen Beziehungen zu den westlichen Ländern, zur Dritten Welt und sogar die Innenpolitik der beiden bedeutendsten kommunistischen Mächte zu beeinflussen. Wurde also das Verhältnis irreparabel, weil Moskau unterzeichnete, oder unterschrieb Moskau, weil das Verhältnis bereits irreparabel geworden war? Verlauf und Ausgang der chinesisch-sowjetischen Parteigespräche vom 5. bis 20. Juli 1963 stützen eindeutig letztere These (165).

Auch die Politik der chinesischen Kommunisten hatte schon lange vor der Gründung der VRCh auf die unterentwickelten Gebiete gezielt. Bereits im Jahre 1936 sagte Mao Tse-tung zu Edgar Snow, daß „die chinesische Revolution, falls sie erfolgreich sei, für die Massen vieler Länder ein Beispiel sein werde und die dann einen ähnlich großen Sieg erringen würde" (166). Und 1946 behauptete Liu Shao-ch'i gegenüber Anna Louise Strong, daß Mao eine „chinesische oder asiatische Form des Marxismus" geschaffen habe (167).

Nach der Machtübernahme bemühte sich die chinesische Führung fast zehn Jahre lang, dies zu beweisen und mit mehr oder weniger großer Hilfe durch den sowjetischen Bündnispartner eine Position zu erringen, die ausgereicht hätte, Chinas Weg allen unterentwickelten Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zur Nachahmung zu empfehlen. Als Peking jedoch erkannte, daß die UdSSR weder die nationalistischen Bestrebungen Chinas im erwarteten Umfange unterstützte, noch ihren internationalen Verpflichtungen gegenüber dem Weltkommunismus nachkam, sondern im Gegenteil den potentiellen asiatischen Rivalen Indien hofierte und ein Arrangement mit den imperialistischen Mächten anstrebte, hielt man „die Flucht nach vorn" für die einzige realistische Alternative. Unter Berufung auf die Erfahrungen mit der Fremdherrschaft, der Zugehörigkeit zur farbigen Welt und den Glauben an einen Sieg der proletarischen Revolution, erfuhr die langjährige Parole „Unsere Sache ist die eure" in „Eure Sache ist die unsere" ihre bedeutungsvolle Abwandlung (168). Die Zweite Bandung-Konferenz war dazu ausersehen, unter Fernhaltung der Sowjetunion, sei es durch Spaltung des antiimperialistischen Lagers oder durch Säuberung störender Elemente, eine kämpferische Organisation unterentwickelter Nationen entstehen zu lassen, welche bereit und in der Lage wäre, der Weltrevolution neue Impulse zu vermitteln (169).

Am 17. September 1959 übernahm Lin Piao von P'eng Te-huai das Verteidigungsministerium (170). Damit war Lin sicherlich keine leichte Aufgabe zugefallen, auch wenn es Umstände gab, die seine Position gegenüber anderen denkbaren Kandidaten verstärkten. Lins durch Krankheit bedingtes seltenes Auftreten in der Öffentlichkeit bis 1955 und schließlich seine völlige Abwesenheit von der politischen Bühne von 1956 bis Frühjahr 1958 hatten ihn davor bewahrt, sich mit einer der bis dahin strittigen Strategiekonzeptionen identifizieren zu müssen. Wegen seiner einerseits starken Position innerhalb der Partei (171) und andererseits anerkannten militärischen Qualifikation (172) schien er außerdem wie kein anderer geeignet, zunächst das zerrüttete Verhältnis zwischen der Partei und den Berufsoffizieren wieder erträglich zu gestalten. Nicht weniger wichtig war es, daß ihn sein Ansehen als erfolgreicher Stratege in die Lage versetzte, am ehesten die in der Zweiten T'aiwan-Krise 1958 offen aufgetretenen Mängel vergessen zu machen und ferner gewisse Gewähr dafür zu bieten, daß sie sich nicht wiederholten. Schließlich konnte er als Persönlichkeit gelten, gegen die selbst die Sowjets keine Einwände haben mochten (173).

Schon kurz nach seiner Amtsübernahme begab sich Lin Piao in die Arena der Auseinandersetzungen. Den Anfang bildete die provozierende Frage:

> „Ist es in diesem Stadium der Modernisierung noch erforderlich, dafür zu sorgen, daß die Politik das Kommando behält?" (174)

Und indem er sie gleich selbst beantwortete, sollten die Fronten von vornherein abgesteckt werden. Der Minister wandte sich zunächst an die gesamte VBA, kritisierte die unkorrekte Haltung der Offiziere und Mannschaften gegenüber der „Drei-Banner-Politik", forderte die uneingeschränkte Teilnahme der Streitkräfte am wirtschaftlichen Aufbau des Landes, verteidigte die herausgehobene Rolle der Miliz, bezeichnete den Menschen als wichtigsten Faktor auch im Atomkrieg und ließ keine Zweifel daran, daß die Schulung des politischen Bewußtseins unter seiner Führung die dominierende Rolle spielen würde. Gleichzeitig aber leugnete er nicht die Notwendigkeit einer Modernisierung der Armee und einer Verbesserung der Ausrüstung, der Ausbildung und der Disziplin (175).

Damit offenbarte Lin Piao, daß eine der Hauptaufgaben darin bestand, ausgleichend in bezug auf die unterschiedlichen Standpunkte im Offizierskorps zu wirken. Doch die Divergenzen schienen bereits einen Grad erreicht zu haben, bei dem eine Readjustierung der politischen Loyalität und des ideologischen Bewußtseins durch die bewährten Mittel nicht mehr möglich war. Darum sah sich ein Jahr später der Verteidigungsminister auf einer „außerordentlichen erweiterten Sitzung der Militärkommission" (176) veranlaßt, nochmals zum „Durchbruch" aufzufordern und warnend darauf hinzuweisen:

> „Es ist unmöglich, andere Kämpfe zu gewinnen, wenn die ideologische Schlacht nicht siegreich beendet wird" (177).

Ab 1960 bis hinein in das Jahr 1964 versuchte man in einer nahezu ununterbrochenen Reihe von Kampagnen, die VBA wieder zu dem zu machen, was sie in den Augen der dominierenden Kräfte innerhalb der chinesischen Führung sein sollte: Eine Armee, deren ideologische Korrektheit durch das Studium der Werke Mao Tse-tungs und deren militärische Kampfkraft durch Einfachheit der Lebensweise, Anpassungsfähigkeit, Disziplin und revolutionären Eifer sichergestellt werde. Darum wurde zunächst den Politkommissaren anempfohlen, sich „vier Dinge zuerst" klar zu machen (178):

- Man müsse sich die Beziehungen zwischen Menschen und Waffen richtig klar machen; der menschliche Faktor komme zuerst.
- Man müsse zwischen politischer und anderer Arbeit unterscheiden; die Politarbeit komme zuerst.
- In der Politarbeit habe die ideologische Arbeit vor der „Routinearbeit" den Vorrang.
- In der ideologischen Arbeit sei die lebendige Idee wichtiger als die aus Büchern entnommene Idee.

Sodann formulierte Mao Tse-tung selbst den Arbeitsstil der VBA in „Drei Sätzen und Acht Ideogrammen": Während die „Drei Sätze" eine richtige politische Orientierung, harte Arbeit und schlichtes Leben sowie Flexibilität in Strategie und Taktik forderten, stellten die „Acht Ideogramme" die chinesischen Begriffe für Einheit, Energie, Ernst und Lebendigkeit dar (179). Aus diesen Formulierungen Maos erwuchs Ende 1960 die „Drei/acht-Bewegung", welche um die Jahreswende 1960/61 - also nur einen Monat später - zur „Fünf-Gut-Soldat-Bewegung" erweitert wurde und in der man sich darum bemühte, den Soldaten der VBA klar zu machen, daß sie „fünfmal gut" zu sein hätten (180):

> Gut im politischen Denken,
> gut in der militärischen Ausbildung,
> gut in „drei/acht Arbeitsstil",
> gut in der Erfüllung von Aufgaben und
> gut in körperlichem Training.

Im Sommer 1961 begann eine weitere Kampagne, die „Vier-Gut-Kompanie-Bewegung", die mit großer Intensität unter Wettbewerbsbedingungen bis Ende 1964 betrieben wurde (181).

Hinter diesen Kampagnen kann man zwei unterschiedliche, aber einander ergänzende Lösungsversuche des Problems der politischen Erziehung der Armee erkennen (182):

- Sicherstellung der uneingeschränkten Loyalität aller Armeeangehörigen, insbesondere der jüngeren Soldaten. Denn während man bei Bürgerkriegsteilnehmern noch immer an die guten alten Traditionen erinnern konnte, fehlte letzteren sowohl die Kampferfahrung als auch die revolutionäre Leidenschaft. Und darum wurden die Jüngeren beständig ermahnt, sich über die bitteren Zeiten vor der „Befreiung" zu informieren. Sie sollten Veteranen befragen und die Memoiren von Helden des Befreiungskrieges studieren. Schließlich forderte man sie auf, sich als Individuen mit jenen Modellsoldaten wie Lei Feng oder in der Gemeinschaft mit jenen Modellkompanien wie die „Gut/Acht-Kompanie auf der Nankingstraße" zu messen (183).
- Sicherstellung der absoluten Parteiführung durch Etablierung effektiver politischer Organe bis hinunter zur Kompanieebene. Denn während man selbst in den Zeiten, da sich der Mangel an politischer Kontrolle besonders deutlich zeigte, auf Kommandoebene noch immer beträchtlichen Einfluß ausüben konnte, mußte die Militärkommission beim ZK noch 1960 einräumen, daß in annähernd einem Drittel der Kompanien ein Zweigparteikomitee vollständig fehlte. Um diesen Mißständen abzuhelfen, wurde der Parteiapparat der VBA reorganisiert und erweitert, die Stellung der Politkommissare verstärkt, die kollektive Führung nachdrücklich gefördert und in einer Serie von Konferenzen die jeweils getroffenen Maßnahmen sowie erzielten Ergebnisse koordiniert und verglichen (184).

Die lange Dauer der Indoktrinierungskampagne und die Aussage, „wir sollten im Jahre 1961 mit mehr politischen Schwierigkeiten und Zwischenfällen rechnen ... als in allen vorangegangenen Jahren ... (Wir müssen) sicherstellen, daß uns die Armee nicht aus der Hand gleitet ..." (185), läßt darauf schließen, daß Lin Piao bei Überwindung der Krise mit erheblichen Schwierigkeiten hatte kämpfen müssen. Dennoch schien es ihm bis spätestens Frühjahr 1965 gelungen zu sein, das ideologische Bewußtsein der Soldaten im Sinne der Parteiführung und die Stellung des Politapparates innerhalb der VBA erneut zu festigen (186). Dies lag sicherlich zum großen Teil daran, daß der Verteidigungsminister nicht nur das Vertrauen der dominierenden Gruppe um Mao besaß, sondern sich auch als bekannter und fähiger Militärkommandeur der Anerkennung weiter Kreise des Offizierskorps der VBA erfreute. Hinzu kam der Umstand, daß er - ohne prinzipielle ideologische Zugeständnisse zu machen - eine Anzahl von Reformen förderte, an denen auch den professionell orientierten Offizieren gelegen war, sowohl in bezug auf die Verbesserung der konventionellen Ausrüstung als auch der deutlichen Prioritätenverlagerung zugunsten der Entwicklung einer eigenen Nuklearkapazität (187). Außer-

dem wurden die nichtmilitärischen Aktivitäten der Streitkräfte stärker begrenzt, den Ratschlägen der Militärexperten mehr Beachtung geschenkt und der VBA auf Kosten der Milizverbände erneut die führende Rolle zuerkannt (188).

Spätestens ab 1963 verschwanden schließlich die letzten äußeren Anzeichen dafür, daß noch Spannungen zwischen den „Traditionalisten" und „Professionalisten" in der Armee einerseits sowie zwischen der Parteiführung und den professionell orientierten Offizieren andererseits bestanden (189). Da jedoch selbst Lin Piao kaum in der Lage gewesen sein dürfte, die Ursachen der tief verwurzelten Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen, mußte trotz erreichter Ballance wegen der zahllosen Unwägbarkeiten auch weiterhin mit einem hohen Grad an Labilität gerechnet werden (190).

Parallel zu dem 1959 mit großer Energie betriebenen Versuch, die VBA wieder fest in den Griff zu bekommen, wurde eine die gesamte Nation umfassende Kampagne gestartet, deren Ziel es ganz offensichtlich war, die Person und die Gedanken Mao Tse-tungs in einem bisher nicht gekannten Maße zu glorifizieren. So beschrieb ihn die Volkszeitung als „den außergewöhnlichsten lebenden Revolutionär, Staatsmann und Theoretiker des Marxismus-Leninismus" (191) und bezeichnete als „Maßstab, ob jemand ein wirklicher Marxist sei oder nicht, das Verständnis der Gedanken Mao Tse-tungs" (192).

Wenn man die Frage stellt, was wohl der Hauptgrund jener zum Kult gesteigerten Verehrung Maos gewesen sein mag, so kann die Antwort nur lauten, daß der Parteiführer schon kurz nach dem Lushan-Plenum einer Verbesserung seines Ansehens dringend bedurfte (193). Denn er war es ja, der nicht nur die Hauptverantwortung für die „Drei-Banner-Politik" zu tragen hatte, sondern auch noch 1959 seine ganze Autorität dafür einsetzte, daß sie wenigstens in ihren Grundzügen erhalten blieb. Als sich die Mehrheit der Parteiführung jedoch ab 1960 gezwungen sah, durch eine ganze Serie zunächst zögernder und später drastischer Rückzugsmaßnahmen einen drohenden totalen wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch zu verhindern (194), konnte Maos Position nur noch mit Unterstützung einflußreicher Bundesgenossen unter Ausnutzung aller taktischen Möglichkeiten sowie Einsatz sämtlicher verfügbarer propagandistischen Methoden gehalten werden (195). Auch diese Aufgabe hatte vermutlich Lin Piao übernommen, indem er sich einerseits die rückhaltlose Unterstützung der VBA zu sichern versuchte und andererseits alles daransetzte, das bereits manifeste Drei-Banner-Debakel als nicht voraussehbare Folge fortgesetzter Sabotage von Klassenfeinden und eklatanter Mißachtung der „genialen Gedanken des großen Vorsitzenden" zu propagieren (196).

Das Verfahren war zwar keineswegs neu, in der damaligen Situation allerdings ein wenig grotesk. Zunächst wurde festgestellt, daß sowohl Mao als auch das ZK der KPCh stets eine „korrekte Politik" betrieben und nur die mittleren und unteren Kader es versäumt hätten, sie korrekt durchzuführen. Da hierin der einzige Grund für das Scheitern der „Drei-Banner-Politik" zu suchen sei, müsse man sich nunmehr endlich bemühen, sowohl „die Instruktionen des Vorsitzenden, die des ZK der KPCh und die der Militärkommission korrekt" an die Massen weiterzuleiten und zu erfüllen, als auch die „ideologischen Bedingungen" der Massen zu erfassen, zu interpretieren und in korrekter Weise der Führung zur Kenntnis zu geben (197).

Der Zweck jener Neuauflage von Maos „Massenlinie" ist offensichtlich. Sie ließ es zu, alle Fehler auf die mittleren und unteren Kader abzuschieben, sei es, sie hätten Parteiinstruktionen nicht oder nicht rechtzeitig erfüllt, sei es, sie hätten die Ansichten der Massen nicht richtig oder zu spät der Führung angezeigt. Außerdem war damit die Unfehlbarkeit des Parteiführers sichergestellt (198).

Niemand sollte sich jedoch darüber hinwegtäuschen, daß die chinesische Führung durch einschneidende Maßnahmen nur noch das Schlimmste verhindern, aber nicht erwarten konnte, die allgemeine desolate innenpolitische Lage kurzfristig entscheidend zu verbessern. Denn das traumatische Erlebnis einer Politik, die 1958 mit derart großen Versprechungen begonnen und praktisch schon 1960 wegen der katastrophalen Auswirkungen wieder beendet wurde, hatte nicht nur die Moral weiter Kreise der

Bevölkerung, sondern auch die der Partei in bedenklichem Ausmaße absinken lassen. Und so stand man vor dem überaus schwierigen Problem, mit einer Partei, die offensichtlich selbst nicht mehr loyal die „korrekte Linie" unterstützte, Massen indoktrinieren zu müssen, deren Opferbereitschaft anscheinend ebenfalls ihre Grenzen erreicht hatte (199). Hinzu kam die zwar noch verdeckte, aber nicht weniger gefährliche Kritik seitens der chinesischen Intelligenz (200).

Wenn man die Situation in der KPCh der frühen sechziger Jahre kurz skizziert, ergibt sich in etwa folgendes Bild:

Mitte 1961 umfaßte die Partei siebzehn Millionen Mitglieder, von denen dreiviertel erst nach der Machtübernahme eingetreten waren (201). Schon diese Tatsache allein war ein Nachteil, weil den „neuen Kadern" sowohl die Erfahrung als auch die völlige Hingabe an die revolutionäre Idee fehlte, ein Kriterium, welches vor der kommunistischen Machtübernahme für jedes Mitglied unabdingbar war (202). Aber auch die „alten Kader" fanden die eigenen Erfahrungen in zunehmendem Maße irrelevant gegenüber den komplexen Problemen, mit denen sie sich tagtäglich konfrontiert sahen (203). Das klägliche Scheitern der „Drei-Banner-Politik" mußte derartige Tendenzen - auch wenn sie potentiell schon früher bestanden - noch weiter steigern und führten schließlich dazu, daß die Partei ihre Kontrollfunktion mehr und mehr vernachlässigte und ihre politischen Ansprüche stark herabsetzte. Revolutionäre Spontanität und rein ideologische Erwägungen erregten allenthalben Mißtrauen und sicherlich nicht wenige Kader der oberen und mittleren Ebene dürften zu der Überzeugung gelangt sein, daß nur mit bürokratischem Rationalismus, Pragmatismus und Effizienzdenken zukünftige Rückschläge vermieden werden könnten (204).

Kaum geringere Bedeutung muß der oppositionellen Haltung seitens der chinesischen Intelligenz sowohl von innerhalb als auch von außerhalb der Partei zugemessen werden, die von 1961 an eine ständige Intensivierung erfuhr. Allerdings gewarnt durch die Erfahrungen der „Hundert-Blumen-Kampagne" von 1957, verbargen die Kritiker der gescheiterten außen- und innenpolitischen Linie ihre Angriffe hinter historischen Allegorien, wobei sie jedoch u. a. derart unmißverständlich die Position jener 1959 als Parteifeinde abgestempelten Personen - namentlich des ehemaligen Verteidigungsministers P'eng Te-huai - einnahmen, daß dies niemanden verborgen bleiben konnte und bestimmt auch nicht sollte. Eine kurze beispielhafte Zusammenfassung der Kommentierung der ab 1958 eingeschlagenen und inzwischen gescheiterten chinesischen Innen- und Außenpolitik durch die offensichtlichen Wortführer der oppositionellen Intelligenz - Wu Han, Teng T'o und Liao Mosha - mögen dies verdeutlichen (205).

In innenpolitischer Hinsicht wurde z. B. festgestellt, daß

- es für China ein schwerer Verlust sei, „wenn die große Bedeutung des umfassenden Wissens ... für alle Arten der Führungs- und der wissenschaftlichen Forschungsarbeit nicht anerkannt" würde (206),
- der „Ausschluß und die Bekämpfung jener für eine maßvollere Wirtschaftspolitik eintretenden Kräfte den reibungslosen Fortgang des sozialistischen Aufbaus in China verhindere" und das Land durch „Verrammlung des Weges" einer Teilnahme aller an der wirtschaftspolitischen Kursentscheidung schließlich „zum Untergang" führe (207),
- „an der Spitze kein intelligenter und fähiger ... Beamter" zu finden sei, „der sich um die Einsetzung des Personals und um die Verwaltung kümmere, während die niedrigeren lokalen Beamten nach Belieben schalteten und walteten" (208),
- die Flutwelle „größer und größer werde, bis sie schließlich die ganze Gesellschaft mitreiße und sich der Parteiführung sowie ihrer Diktatur des Proletariats entgegenwerfe" (209).

In außenpolitischer Hinsicht wurde u. a. ausgesagt, daß

- man von Ländern, die „mächtiger sind als wir", lernen müsse und es ein Grund zur Freude sei, „wenn ein Feind stärker ist als wir" (210),
- die Phrasen, „der Ostwind sei Chinas Wohltäter, der Westwind aber Chinas Feind", „pompöse Prahlerei" darstellten (211),
- die „Partei ihre gesamte bisherige Generallinie grundlegend überprüfen und aus den Wolken wieder auf die Erde zurückkehren solle" (212).

Ihre Höhepunkte erreichte die Kritik jedoch insbesondere in den historisch verbrämten und in zynischer Ironie verfaßten Essays „Abendgespräche am Yenshan", „Hai Jui wird aus dem Amt entlassen" und „Notizen aus dem Dorf der drei Familien", die für jedermann erkennbar letztlich Mao Tse-tung selbst für das Scheitern der gesamten Innen- und Außenpolitik verantwortlich machten und den Zweifel zum Ausdruck brachten, ob der Parteiführer überhaupt noch zurechnungsfähig sei (213).

Es war bezeichnend, wie vergleichsweise hilflos die Pekinger Führung, welche inzwischen selbst in zumindest zwei Lager zerfallen war, angesichts der desolaten Situation – sei es in bezug auf die offensichtliche Niedergeschlagenheit großer Teile der Bevölkerung, den verdeckten Widerstand vieler mittlerer und unterer Parteikader oder der gelegentlich beißenden Kritik durch eine nicht unbedeutende Zahl chinesischer Interlektueller – reagierte. Doch wie hätte man sich um das Jahr 1962 auch anders verhalten sollen? Der jahrelang bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angespornten Bevölkerung konnte angesichts der katastrophalen Ernährungslage und der sonstigen ihr abverlangten Opfer nur mehr wenig zugemutet werden (214). Eine im Sinne beider Gruppierungen intakte Institution, welche in der Lage gewesen wäre, ad hoc die bisherigen Aufgaben der inzwischen nicht mehr voll vertrauenswürdigen Partei zu übernehmen, existierte damals noch nicht (215), und auch die chinesische Intelligenz mußte, zumal sich die Opposition ja nicht etwa auf eine bestimmte Gruppe beschränkte, äußerst vorsichtig behandelt werden, wollte man den durch Abzug der sowjetischen Berater hauptsächlich auf technischem Gebiet erlittenen Verlust wenigstens noch erträglich gestalten (216).

In der Beurteilung der Situation war sich die chinesische Führung im allgemeinen noch einig, während die Meinungen hinsichtlich der Lösung jener Schwierigkeiten so erheblich auseinandergingen, daß man förmlich paralysiert schien. Während nämlich die Gruppe um den Parteiführer Mao Tse-tung und Verteidigungsminister Lin Piao (hinfort Mao-Lin-Gruppen genannt) versuchte, wenigstens noch die verbliebenen Grundstrukturen der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzeption der „Drei-Banner-Politik" zu erhalten (217), trat die Gruppe um das Staatsoberhaupt Liu Shao-ch'i und den Generalsekretär des ZK der KPCh, Teng Hsiao-p'ing (hinfort Liu-Teng-Gruppe genannt), für sofortige umfassende Notstandsmaßnahmen ein, bemühte sich um Rehabilitierung der im Herbst 1959 gemaßregelten „Rechtsabweichler" und forderte mit Nachdruck eine Abkehr vom bisher praktizierten Führungsstil (218).

Das 10. Plenum des ZK der KPCh, welches vom 24. bis 27. September 1962 in Peking tagte, wurde zur Szene heftiger Auseinandersetzungen (219). Zwar vermochte man sich schließlich doch noch dahingehend zu einigen, daß die in den Jahren der Wirtschaftskrise erschütterte Kontrolle über die Bevölkerung wiederhergestellt werden müsse, aber schon nach kaum einem Jahr sollte sich erweisen, daß jene zu diesem Zwecke inszenierte „Sozialistische Erziehungskampagne" weder einer von der Liu-Teng-Gruppe angestrebten Festigung der Parteiorganisation diente, noch zu einer von der Mao-Lin-Gruppe erhofften Revolutionierung des Bewußtseins der Bevölkerung führte. Sie bewirkte stattdessen eine Verschärfung des innerparteilichen Richtungskampfes, in welchem es für beide Seiten nur mehr um Sieg oder Untergang gehen konnte (220).

In dieser Phase der Auseinandersetzung sollte es sich erstmals bewähren, daß es dem Gefolgsmann Maos, Verteidigungsminister Lin Piao gelungen zu sein schien, im Gegensatz zur allgemeinen innen-

politischen Lage, die Kontrolle über die VBA zurückzugewinnen (221). Dies geht u. a. aus einem Leitartikel der Volkszeitung vom 1. Januar 1964 hervor:

> „Ein bedeutsamer Wandel im Bewußtsein unserer Streitkräfte hat sich vollzogen. Der Standpunkt der Klasse und des Klassenkampfes ist fester geworden. Die proletarische Kampfesweise hat sich verbessert, die Kampfbereitschaft verstärkt. Der revolutionäre Geist... wurde weiter entwickelt..." (222).

Es ist lange her, daß man die politische Zuverlässigkeit der Armee derart optimistisch einschätzte und sicherlich auch der Grund dafür, weshalb der Mao-Lin-Gruppe die Zeit dafür reif zu sein schien, einer politisch und ideologisch suspekt gewordenen Bevölkerung die VBA als beispielhaft für das gesamte Land zu präsentieren sowie Individuen, Gruppen und Institutionen aufzufordern, „von ihr zu lernen, sie zu studieren und sich mit ihr zu vergleichen" (223). Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß dieser – in einem kommunistisch regierten Land – außergewöhnliche Appell das Ansehen der Streitkräfte, und damit auch gleichzeitig den Einfluß Lin Piaos, beträchtlich erhöhte. Als noch bedeutsamer muß die Anweisung angesehen werden, im Verlauf der Kampagne sämtliche Institutionen des Staates, einschließlich Handel und Industrie, dahingehend zu reorganisieren, auf allen Ebenen – ähnlich wie in der VBA – politische Abteilungen einzurichten, was die zusätzliche Möglichkeit bot, in gewöhnlich von Parteikadern dominierte Bereiche tausende indoktrinierter Armeeangehörige einzuschleusen (224). Hinzu kam, daß ab 1963 eine nicht unbedeutende Anzahl von Militärs hochdotierte Partei- und Regierungsposten übernahmen (225). Schließlich gelang es auch noch, die öffentlichen Sicherheitsstreitkräfte direkt der Militärkommission beim ZK der KPCh, deren de facto Vorsitzender Lin Piao war, zu unterstellen (226).

Obwohl die Bedeutung derartiger Vorgänge – zumindest für die spätere Entwicklung – gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, muß dennoch bezweifelt werden, ob das von der Mao-Lin-Gruppe erwünschte Ziel der Kampagne „Lernt von der VBA": Verbesserung

– des indifferenten Verhältnisses zwischen den Streitkräften und den Massen,

– des verlorengegangenen politischen und ideologischen Bewußtseins der Massen,

– des unzureichenden Instrumentariums für eine direktere Kontrolle der Massen,

letztlich erreicht wurde. Einige Aufschlüsse gibt uns dabei eine Rede Hsiao Huas:

> „Unsere ideologische Arbeit muß mit zunehmender Sorgfalt erledigt und ständig am Leben gehalten werden. Sie betrifft jede einzelne Person... und verdient besondere Aufmerksamkeit in bestimmten Situationen. Dies gilt z.B. für Zeiten, in denen ein bedeutsamer Wechsel in nationaler oder internationaler Hinsicht eingetreten ist; für Zeiten, in denen die Partei oder der Staat eine neue politische Richtung eingeschlagen haben; für Zeiten, in denen sich die Aufgaben der Streitkräfte verlagert haben . . ." (227).

Derartig umfassenden Ansprüchen ist die Kampagne „Lernt von der VBA" – wie auch alle parallel laufenden Bewegungen (228) – nie gerecht geworden. Immerhin waren die Streitkräfte zum propagandistischen Symbol erhoben, was einerseits das Selbstbewußtsein eines jeden einzelnen Soldaten verstärkte und andererseits der Mao-Lin-Gruppe ein Instrument an die Hand gab, welches notfalls auch gegen eine nicht auszuschließende Mehrheit im zivilen Parteiapparat als organisatorische Alternative eingesetzt werden konnte (229).

4. Bilanz

Wenngleich die chinesische Führung trotz jahrelanger Enttäuschung ihre Hoffnung nicht aufgeben wollte, die UdSSR – unter Hinweis auf die internationalen Verpflichtungen eines kommunistischen Landes – doch noch in Richtung auf eine Veränderung des status quo zugunsten der sozialistischen Staaten oder die Weltrevolution drängen zu können, mußte sie spätestens am 5. August 1963, dem Datum der förmlichen Unterzeichnung des Teststoppabkommens, erkennen, daß aus dem ehemaligen Bündnispartner bereits ein potentieller Gegner geworden war (230). Zu dem Trauma einer amerikanisch-sowjetischen Entspannung kam nunmehr die nicht auszuschließende Befürchtung, die beiden Supermächte würden in Zukunft versuchen, die Entwicklung einer chinesischen Nuklearkapazität mit Gewalt zu verhindern (231). In dieser Situation sah man vermutlich in einer „Flucht nach vorn" den einzigen Ausweg.

Hand in Hand mit einer immer stärkeren Betonung des revolutionären Modells begannen die chinesischen Kommunisten – unter gleichzeitigem Hinweis auf die Aussichtslosigkeit eines solchen „Abenteuers" – die USA und die UdSSR förmlich zu einem Angriff auf das Festland herauszufordern (232). Dabei beschuldigte man die „Imperialisten" einerseits, sie betrieben eine Expansionspolitik bisher unerreichten Ausmaßes, während man die „moderne Revisionisten" andererseits bezichtigte, sie hätten die Sache der Weltrevolution verraten (233).

Auch der chinesische Beitrag zum Wandel des Kräfteverhältnisses in der Welt wurde nicht länger als mechanische Subtraktion von der Macht eines der beiden antagonistischen Blöcke interpretiert, sondern als Quelle der Stärke im simulanten Kampf gegen Imperialismus und modernen Revisionismus (234). Hiermit sollte u.a. mittels Vorspiegelung uneingeschränkten Selbstvertrauens

- die beiden Supermächte unter Hinweis auf die zu erwartenden Opfer vor einem Angriff auf das Festland abgeschreckt (235),
- die hegemonialen Zielsetzungen der VRCh in Ost- und Südostasien reklamiert (236),
- die Sowjetunion und die USA ihrer bisherigen Schutz- und Prestigefunktion gegenüber den Bündnispartnern bzw. den jeweils hofierten Entwicklungsländern beraubt (237),

sowie mit Hilfe der „Theorie der Zwischenzonen" ein „Block der Schwachen, Unzufriedenen und Ausgebeuteten" geschaffen werden, dessen politisches Gewicht Peking für ausreichend hielt, die Pläne der Gegner doch noch zu durchkreuzen (238).

Da sich aber die VRCh trotz ihrer beachtlichen Fortschritte in Richtung auf die Entwicklung eines gewissen Nuklearpotentials durchaus der Tatsache bewußt war, den beiden Supermächten noch auf lange Zeit nichts Gleichwertiges entgegenstellen zu können (239), versuchte sie die Kraft des Feindes dadurch zu zersplittern, daß man einerseits die als „revisionistisch" apostrophierte UdSSR zwang, ihr Hauptaugenmerk auf Kohäsion des kommunistischen Blockes zu richten (240), andererseits zu einem weltweiten „Volkskrieg" gegen die USA als imperialistischen Hauptfeind aufrief und Vietnam als Brennpunkt der gegenwärtigen Auseinandersetzung bezeichnete (241).

Die Phase von Februar 1965 bis 1969

1. Die Grundzüge der chinesischen Außenpolitik

In dem Zeitraum von 1958 bis Frühjahr 1965 muß die chinesische Außenpolitik vorwiegend als der Versuch angesehen werden, auf zwei unterschiedlichen, aber einander ergänzenden, Ebenen ein größtmögliches „antiimperialistisches Bündnis" zustande zu bringen (1). Mit der Schaffung einer

- nationalen Front, innerhalb welcher sich jede einzelne asiatische, afrikanische und lateinamerikanische Regierung auf der Grundlage patriotischer Motivationen mit den unterschiedlichsten Gruppierungen der Gesellschaft im eigenen Lande zum Zwecke des Widerstandes gegen einen wirklichen oder angeblichen ausländischen imperialistischen Feind verbünden sollte und einer
- internationalen Front, der sich alle unterentwickelten Völker der Welt, die des „sozialistischen Lagers" und die Staaten der „Zweiten Zwischenzone" anzuschließen aufgefordert wurden.

Auf der nationalen Ebene hing das, was Peking unter „patriotischen Bewegungen" verstand, hauptsächlich davon ab, ob und inwieweit das Land „frei von ausländischer Abhängigkeit" war bzw. schien oder ihm ganz einfach nur diese „Unabhängigkeit" bescheinigt wurde. Daraus ergab sich zwangsläufig, daß die chinesische Führung nach Gutdünken feststellen konnte, wer im Einzelfalle die Führung der „patriotischen Kräfte" übernommen hatte, zumeist nationale Aufstandsbewegungen (2), nicht selten aber auch die Regierungen der betreffenden Länder selbst (3).

Auf der internationalen Ebene war Peking mit Rücksicht auf das Bestreben, sich selbst zum Zentrum einer „neuen weltweiten revolutionären Bewegung" zu machen, bezüglich der anvisierten Bundesgenossen wenig wählerisch (4). Dies gilt zunächst im Hinblick auf die mannigfachen ideologischen Inkompatibilitäten. Als noch ambitiöser erschien jedoch der Plan, eine solche Vielzahl von Staaten, deren nationale Interessen schon wegen ihrer geographischen Lage, ihrer ethnischen Zusammensetzung, ihres Entwicklungsstandes und ihrer politischen Gesamtsituation von Grund auf verschieden sein mußten, in einem Block zu vereinigen, der zudem recht vordergründig in erster Linie der VRCh genutzt hätte (5).

Die Zurückhaltung vieler der angesprochenen Länder gegenüber dem chinesischen Revolutionseifer wurde auch dadurch nicht entscheidend geändert, daß die chinesische Führung immer wieder versuchte, ihre selbstlosen Motive darzulegen:

> „Trotz der unterschiedlichen politischen Überzeugungen sowie sozialen Systeme der einzelnen Völker und Staaten gibt es heute kein Land, welches nicht Opfer der Aggression und Bedrohung durch den US-Imperialismus ist" (6).

Und man führte weiter aus:

> „Um dieser Bedrohung zu begegnen, sollten sich alle zusammenschließen, eine vereinte Front bilden und gegen den gemeinsamen Feind kämpfen" (7).

Ganz abgesehen davon, daß Peking wegen der sich ständig verschlechternden sino-sowjetischen Beziehungen bereits einen Großteil der kommunistisch regierten Staaten oder auch nationalen kommunistischen Parteien aufgrund ihrer Hinneigung zur UdSSR aus der Liste ihrer potentiellen Bundesgenossen zu streichen gezwungen war, bestand innerhalb der chinesischen Führung ab 1965 nicht einmal mehr darüber Einigkeit, ob weiterhin der US-Imperialismus oder bereits der Sowjet-Revisionismus als Hauptfeind angesehen werden mußte (8).

Aber selbst in dieser Situation konnte der Aufruf zur weltweiten Inszenierung nationaler Befreiungskriege den außenpolitischen Zielsetzungen der VRCh noch dienlich sein. Denn die der Unterstützung jener revolutionären Aufstandsbewegungen zugedachten Hauptfunktionen

- permanente Verunsicherung derjenigen Regierungen, die unentschlossen oder nicht bereit waren, ihre Politik weitgehend an der Linie Pekings zu orientieren (9),
- fortgesetzte Bemühungen, ein radikaleres politisches Bewußtsein dadurch zu erzeugen, daß alle – auch bündnisbedingte – militärische Interventionen als Beweis für den friedensfeindlichen Charakter des Imperialismus angeprangert wurden (10) und
- nachdrückliche Betonung der chinesischen Revolutionserfahrung zur Legitimierung von Mao Tse-tungs Anspruch, eine Strategie entwickelt zu haben, welche auf die „Dritte Welt" generell anwendbar sei (11),

waren nicht nur dazu geeignet, einer als verräterisch und revisionistisch desavoierten UdSSR die Führungsrolle bei der zukünftigen Weltrevolution streitig zu machen, sondern auch die als kriegslüstern und imperialistisch apostrophierten USA zu zwingen, ihr Engagement derart zu verstärken und ihre Kräfte so zu zersplittern, daß schon allein der Gedanke an eine zusätzliche militärische Auseinandersetzung mit der VRCh abwegig erscheinen sollte (12).

In diesem Zusammenhang verdient eine geheime Abmachung vom 30. März 1965 zwischen der VRCh und der UdSSR Erwähnung, gemäß der die Chinesen in vertretbarem Umfange Schienentransportmittel zur Beförderung sowjetischen Kriegsmaterials für Vietnam bereitstellen wollten (13). Schon bei der Ausfüllung dieser Absprache soll es zu Schwierigkeiten gekommen sein (14). Als Moskau jedoch am 3. April unter Berufung auf die sich verschlechternde Situation in Vietnam und die Notwendigkeit einer „gemeinsamen Aktion" einen Luftkorridor sowie Flugplätze in Südchina forderte, wurde dieses Ansinnen von Peking strikt zurückgewiesen (15). Dafür gab es sicherlich mehrere Gründe, aber einer davon dürfte die internationale Gesamtsituation gewesen sein, welche den Chinesen erstmals eine Chance zu bieten schien, die Richtigkeit ihrer außenpolitischen Linie unter Beweis zu stellen.

Damals sah sich die VRCh nämlich noch in der Lage, auf eine stattliche Anzahl von aktiven Befreiungsbewegungen in Asien (16), Afrika (17) und Lateinamerika (18) zu verweisen. Nicht etwa, daß Peking ihre Entstehung ausschließlich der eigenen Propaganda zugeschrieben hätte, so war schon ihre bloße Existenz deshalb von Bedeutung, weil damit die chinesische Generalthese, „die Welt sei reif für die antiimperialistische Revolution", gestützt wurde (19).

Es kann als sicher gelten, daß die Zweite Bandung-Konferenz, welche endgültig am 29. Juni 1965 in Algier stattfinden sollte (20), von Peking hauptsächlich dazu ausersehen war, ihre weltrevolutionären Ideen nochmals einem mehr oder weniger ausgewählten Teilnehmerkreis gezielt vorzutragen. Dabei störte es zumindest die Chinesen nicht, wie wenig Zweck und Inhalt des beabsichtigten Treffens dann noch mit dem gemeinsam hatte, als dessen Wiederholung es offiziell bezeichnet wurde (21).

Der Sturz des Ben Bellas in Algier am 19. Juni 1965 schuf jedoch eine Lage, die jene, welche am Zustandekommen der Konferenz kein Interesse hatten, allen voran die Inder mit sowjetischer Rückendeckung, geschickt ausnutzten. Und obwohl die chinesische Regierung zunächst alles versuchte, ihren lange vorbereiteten Plan doch noch zu realisieren, stimmte man schließlich – um das höchst eigennützige Konferenzprinzip, die Einstimmigkeit, nicht zu gefährden – einer nochmaligen Verschiebung der Konferenz auf den 5. November 1965 zu (22).

Als der 29. Juni 1965 aber ohne den Beginn der Konferenz verstrichen war, brach die gerade Linie der chinesischen Konferenzdiplomatie, welche mit so viel Aufwand und gewiß nicht ohne Eindruck auf viele Völker sich seit dem Frühjahr 1964 über die Veranstaltungen in Djakarta, Pyongyang, Genf, auf den Reisen Chou En-lais, in Algier, Winneba sowie unzählige Einzelaktionen erstreckte, jäh ab. Spätestens im Oktober 1965 schließlich, konnte man kaum mehr daran zweifeln, daß auch die VRCh an der Abhaltung einer solchen Konferenz kein Interesse mehr hatte (23).

Dafür dürften vor allem drei Gründe maßgeblich gewesen sein:

- Am 5. August 1965 griffen Marinegeschwader der Flugzeugträger „Triconderoga" und „Constellation" die nordvietnamesischen Schnellbootstützpunkte Hon Gai, Loc Chao, Phuc Loi und Quang Khe an, vernichteten etwa 25 Schnellboote und setzten die Öllager von Vinh in Brand. Damit hatte das amerikanische Bombardement Nordvietnams, welches schon im Februar 1965 mit sporadischen und begrenzten Einsätzen begonnen, aber sehr bald erheblich ausgedehnt worden war, für alle unmittelbar oder mittelbar Beteiligten eine äußerst gefährliche Situation geschaffen (24).
- Am 6. September 1965 sprach Ayub Khan zum erstenmal vom Krieg zwischen Indien und Pakistan. Objekt der Auseinandersetzung war Kashmir und eine gewisse Zeit schienen die politischen Forderungen beider Seiten unüberbrückbar. Doch der Waffengang wurde schon am 22. September,

formal durch Intervention der UNO, tatsächlich aber durch die Zusammenarbeit zwischen den USA und der UdSSR, wieder beendet (25).

- Am 30. September 1965 fand in Djakarta ein Offiziersputsch „von links" statt, durch den die indonesischen Kommunisten die ganze Macht im Lande zu erobern versuchten. Das Scheitern des Staatsstreiches zog nicht nur eine blutige Unterdrückung der PKI nach sich, sondern bedeutete auch gleichzeitig das faktische Ende des Sukarno-Regimes (26).

Damit waren fast in der Mitte zwischen den beiden vorgesehenen Terminen (29. Juni und 5. November 1965) Ereignisse eingetreten, welche geeignet waren, die Position der VRCh auf einer solchen Konferenz eher zu schwächen als zu stärken.

Denn nur Sukarno wäre wirklich bereit gewesen, den chinesischen Vorstellungen mit allen Konsequenzen zu folgen. Aber in Indonesien waren die Würfel schon in einer anderen Richtung gefallen. Auch der Sowjetunion, welcher noch vor kurzem der Status einer asiatischen Macht abgesprochen werden sollte, gelang mit der Schlichtung des indisch-pakistanischen Konfliktes wenigstens symbolisch die Rückkehr in den umstrittenen Raum. Schließlich ließ die ständige amerikanische Eskalation in Vietnam jegliche Hoffnung entschwinden, diesen Modellkrieg in so kurzer Zeit noch zu der Beweiskraft zu führen, daß er als nachahmenswert hätte empfohlen werden können (27).

Aber die Kette der außenpolitischen Rückschläge setzte sich noch weiter fort.

Zwischen dem 25. November 1965 und dem 24. Februar 1966 fanden in Afrika sechs militärische Staatsstreiche statt. Diese Tatsache hätte, obgleich die ehemaligen Regierungen im Kongo, in Dahomey, in der Zentralafrikanischen Republik, in Obervolta und Nigeria der revolutionären Ideen Chinas durchaus aufgeschlossen gegenübergestanden waren, wenig bedeutet, wenn nicht auch der Staatschef Ghanas, Nkrumah, entmachtet worden wäre. Denn dessen Sturz bedeutete nicht nur das bloße Abtreten eines Diktators, sondern auch den Zusammenbruch eines Mythos, des panafrikanischen Mythos, des Glaubens an die Dynamik der afro-asiatischen Solidarität (28).

Auch die Länder Asiens schienen sich im Jahre 1966 wieder auf ihre Handlungsfreiheit besonnen zu haben (29).

- Im April 1966 fand in Tokio eine Ministerkonferenz zur wirtschaftlichen Entwicklung Südostasiens statt, an der Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, die Philippinen, Singapur, Südvietnam, T'aiwan und Thailand teilnahmen (30).
- Im Juni 1966 wurde anläßlich einer Konferenz in Seoul, auf der die Außenminister von Australien, Japan, Laos, Malaysia, Neuseeland, die Philippinen, Südvietnam, T'aiwan und Thailand vertreten waren, eine ständige Zusammenarbeit beschlossen (31).
- Im Oktober 1966 trafen sich die Regierungschefs der USA, der Philippinen, Australiens, Neuseelands, Südvietnams, Südkoreas und Thailands in Manila, um allgemeine Sicherheitsfragen Asiens zu besprechen (32).

Besonders aber die Tatsache, daß alle am Krieg in Vietnam unmittelbar beteiligten Länder inzwischen die dortige Entwicklung ausdrücklich billigten (33), mußte der VRCh zeigen: die Gezeiten hatten gewechselt (34).

Ob die Ereignisse, welche unter dem Namen „Große Proletarische Kulturrevolution" ab August 1966 die Szenerie des kommunistischen China beherrschten, in einem unmittelbaren Zusammenhang zu den vorangegangenen Rückschlägen gesehen werden müssen, ist schwer zu sagen. Fest steht lediglich, daß in ihrem Verlauf nicht nur eine Umstellung der gesamten außenpolitischen Linie erfolgte, sondern diese auch in ihrer Konsequenz mit einem Schlag all das zerstören mußte, was in langen Jahren

mühsam aufgebaut und noch im Jahre 1965 zäh verteidigt worden war. Da jedoch diese Kehrtwendung weniger das Ergebnis eines neuen außenpolitischen Kalküls darstellte, als daß es hauptsächlich Vorgänge auf dem Festland und der daraus resultierenden Zwangsläufigkeiten widerspiegelte, sollte an dieser Stelle kurz auf die innenpolitische Situation eingegangen werden.

Auch wenn nach offizieller Version die großangelegte Kampagne schon am 1. Juni 1966 begonnen haben soll (35), erreichte sie ihr beabsichtigtes Ausmaß erst nach einer Sitzung des ZK der KPCh im August (36) und der Veröffentlichung von Richtlinien zur Kulturrevolution (37). Von diesem Zeitpunkt an trat auch das Phänomen der „Roten Garden" immer mehr in den Vordergrund und der auf Massenveranstaltungen in den Großstädten (38) bis zur Hysterie geschürte Revolutionseifer ließ in ganz China die große Suche nach all jenen beginnen, die noch bourgeoise Ideen vertraten, reaktionäre Gedanken entwickelten, insbesondere aber die Jagd nach den verfemten Machthabern, welche beschuldigt worden waren, „den kapitalistischen Weg zu gehen" (39).

Es ist ganz klar, daß solche Vorgänge nicht ohne Wirkung auf die Beziehungen Chinas zu anderen Staaten bleiben konnten. Denn während die Rotgardisten in China ihre militanten Akte auch auf die ausländischen Botschaften und deren Personal ausdehnten, versuchten chinesische Studenten in der ganzen Welt durch Demonstrationen und Protestveranstaltungen ihren Vorbildern in der Heimat nachzueifern (40). Kaum ein Land, ob kapitalistisch, neutral oder sozialistisch, blieb dabei von der – inzwischen bis zum Haß gesteigerten – Abneigung gegen alles Fremde verschont. Etwa Ende 1966 waren nicht nur alle ausländischen Studenten des Landes verwiesen, sondern auch die im Ausland akkreditierten chinesischen Botschafter fast ausnahmslos nach Peking zurückberufen worden (41). Nach den fortgesetzten und bis Herbst 1967 andauernden diplomatischen Verwicklungen, befand sich die VRCh schließlich gegenüber nahezu sämtlichen Staaten der Welt in einem Zustand offener Feindschaft (42).

Parallel zu der innenpolitischen Fanatisierung und der Steigerung des Macht- und Richtungskampfes wurden auch die Konturen einer neuen außenpolitischen Linie sichtbar. Während sich noch im Frühjahr 1966 alle theoretischen Aussagen der chinesischen Kommunisten vorwiegend mit den Problemen beschäftigten, wie revolutionäre Bewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika die Macht in ihren Ländern erringen könnten, wandte man sich ab Sommer 1966 in steigendem Maße der Frage zu, wie bereits an der Macht befindliche kommunistische Parteien, die Diktatur des Proletariats erfolgreich verteidigen sollten (43). Dabei erfuhr auch Mao Tse-tungs Anspruch, den Marxismus-Leninismus schöpferisch weiterentwickelt zu haben, eine simultane Verschiebung (44).

Folge dieser Neuorientierung war nicht nur das graduelle Nachlassen der chinesischen Unterstützungsbereitschaft für nationale Befreiungsbewegungen, sondern auch ein Wandel in der Einschätzung von Imperialismus und Revisionismus hinsichtlich ihrer Bedeutung gegenüber China und der Weltrevolution an sich.

Schon ab Ende 1964 mußte die chinesische Führung erkannt haben, daß ihre Hoffnungen in bezug auf die Länder der „Zweiten Zwischenzone" bestenfalls von Frankreich – und auch hier nur in einigen Aspekten – erfüllt wurden (45). Noch weniger geeignet, den chinesischen Revolutionseifer zu beflügeln, waren die Vorgänge 1965 in der „Dritten Welt" (46). Als man im August 1966 schließlich noch dazu überging die UdSSR und deren Parteigänger aus der vorher so dringend geforderten „größtmöglichen vereinigten Front gegen den US-Imperialismus" auszuschließen (47), waren nur noch wenige Länder übrig geblieben, die zu umwerben sich gelohnt hätte.

Aber auch bei dem spärlichen Rest ehemaliger Parteigänger hatte die Kulturrevolution ihre Spuren hinterlassen. Abgesehen von den gestörten Beziehungen zu den mächtigsten kommunistischen Parteien Asiens, nämlich der Japans, Koreas und Nordvietnams, war auch das Verhältnis zu den Regierungen Ceylons, Kambodschas und Nepals merklich abgekühlt. Im Grunde genommen konnte Peking nur mehr auf das stets loyale Albanien zählen (48).

Der bedeutsamste Wandel trat jedoch in der chinesischen Einschätzung des ehemaligen Bündnispartners UdSSR und des langjährigen Feindes USA ein (49). Während der Zeit, in welcher sich die VRCh bemühte, den US-Imperialismus durch weltweite Inszenierung und Unterstützung von Befreiungskriegen einen entscheidenden Schlag zu versetzen, wurde die Sowjetunion hauptsächlich der mangelhaften Unterstützung der revolutionären Zielsetzungen Chinas und der Entspannungsbemühungen mit dem Westen beschuldigt (50). Mit der Verlagerung des chinesischen Interesses auf das Problem der korrekten Fortentwicklung kommunistisch regierter Staaten, ließ auch Pekings Propaganda gegen das falsche außenpolitische Verhalten der UdSSR langsam nach und man befaßte sich zunehmend mit den innenpolitischen Fehlleistungen der Moskauer Führung in der nachstalinistischen Periode (51).

Im Verlauf der Kulturrevolution fand das Schlagwort „Sowjet-Revisionismus" immer häufigere Verwendung und die KPdSU war dazu ausersehen, das Negativbeispiel einer kommunistischen Partei darzustellen, welche durch eine ganze Skala falscher Entscheidungen die Oktoberrevolution verraten habe und den Weg zurück zum Kapitalismus gehe. Dem gegenüber entwickelte man ein chinesisches Modell, das den kommunistischen Parteien die einzig richtige Alternative aufzeigen und den revolutionären Weg über das Stadium des Sozialismus bis hin zum Kommunismus weisen sollte (52).

Zwar blieb in der maoistischen Theorie auf internationaler Ebene noch immer der Hauptwiderspruch zwischen dem US-Imperialismus – allerdings im steigendem Maße von den Sowjets unterstützt (53) – und den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas bestehen, aber schon wurde dem Widerspruch auf nationaler Ebene zwischen den Repräsentanten der reaktionären Bourgeoisie und denen des revolutionären Proletariats – ausschließlich von dem Sowjet-Revisionismus verursacht (54) – der Vorrang eingeräumt.

Wenn jedoch die UdSSR nicht mehr als bloßer Handlanger des US-Imperialismus, sondern aufgrund ihrer inneren Entwicklung und ihres Einflusses auf andere Länder bereits als tödliche Bedrohung des Sozialismus angesehen wurde, mußten sie zwangsläufig vor den USA als neuer Hauptfeind Chinas gelten (55).

Eine chinesische Außenpolitik auf der Basis normaler zwischenstaatlicher Beziehungen fand in der Zeit der sog. „Rotgardistendiplomatie" nicht statt (56). Dies vielleicht weniger deshalb, weil der allumfassende Kampf gegen den Sowjet-Revisionismus auf nationaler wie internationaler Ebene zu viel Kräfte absorbierte (57), sondern besonders darum, weil wegen der verworrenen inneren Situation auch dem Außenministerium die Kontrolle über seinen Zuständigkeitsbereich weitgehend verloren gegangen war (58).

An dieser Stelle erscheint es angebracht, noch einmal skizzenhaft auf die innere Entwicklung einzugehen.

Während den Maoisten mit Hilfe der Roten Garden und dem Propagandaapparat der VBA bereits bis Anfang Januar 1967 ein eindrucksvoller Sieg in der Zentrale gelungen war (59), erwies sich die Absetzung regionaler Parteiführer als äußerst langwierig und kompliziert. Denn das nicht selten gewaltsame Vorgehen der Rotgardisten löste nicht nur eine umfassende Welle des Volkswiderstandes in weiten Teilen des Landes aus (60), sondern führte auch dazu, daß regionale und lokale VBA-Befehlshaber entweder ihre Truppen im Interesse der „revolutionären Ruhe und Ordnung" sowohl gegen antimaoistische als auch gegen maoistische Organisationen einsetzten, oder strikt an den im November und Dezember 1966 ausgegebenen „Nichtinterventions"-Befehlen festhielten (61). Angesichts dieser Situation gab Mao Tse-tung selbst in der Nacht vom 17. zum 18. Januar 1967 Lin Piao folgende schriftliche Anweisung:

„Genosse Lin Piao!
Es ist nötig, daß die VBA eingesetzt wird, um den linken Flügel und die breiten Volksmassen zu unterstützen!

Mao Tse-tung

P.S. Wenn immer von nun an die wirkliche revolutionäre Fraktion von den Truppen verlangt, daß sie ihr helfen und sie retten, dann müssen alle dementsprechend handeln. Das sogenannte ‚Nichteingreifen' ist falsch. Wo es früher angeordnet worden ist, müssen neue Befehle erlassen werden. Die früheren Befehle sind als ungültig zu erklären. Ich bitte um Ausführung" (62).

Obgleich dieser Appell an Deutlichkeit nichts zu wünschen ließ, blieb auch in der Folgezeit die Haltung der regionalen Kommandanten der VBA ambivalent (63). Nach der offenen Meuterei des Oberbefehlshabers im Wehrbereich Wuhan, der daraufhin von der Linken erhobenen Forderung, die Massenorganisationen zu bewaffnen, damit einige Machthaber in den Streitkräften beseitigt werden könnten und der vorübergehenden Besetzung einiger Ministerien – u.a. auch des Außenministeriums – in Peking, bahnte sich ab August 1967 eine Wende in der Kulturrevolution an (64). Zug um Zug wurde auf Betreiben Chou En-lais, der sich inzwischen auf die Seite der regionalen Militärkommandanten gestellt hatte und mit zunächst zögernder Zustimmung Lin Piaos der Einfluß der linken Extremisten in den Führungspositionen geschmälert und die Roten Garden von der VBA diszipliniert (65).

Nachdem damit der Höhepunkt der Kulturrevolution überschritten und in der chinesischen Innenpolitik eine – wenn auch noch fragwürdige Konsolidierung eingetreten war, sah sich Peking – international gesehen – in einer äußerst schwachen Position. Die oft recht guten Kontakte zu vielen Ländern hatten durch die vorangegangenen Ereignisse auf dem Festland erheblichen Schaden gelitten. Dies wurde im Jahre 1968 manifest, als sogar in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft zwei bedeutsame Ereignisse stattfanden, ohne daß China nennenswerten Einfluß auf ihren Verlauf zu nehmen vermochte (66):

- Im Januar 1968 wurde von nordkoreanischen Seestreitkräften die „Pueblo" aufgebracht, das Schiff beschlagnahmt und die Besatzung wegen Spionage gefangengenommen. Obwohl Peking der Regierung Nordkoreas sofort uneingeschränkte Unterstützung zusagte, wurde die Krise verhältnismäßig schnell durch Entlassung der Schiffsmannschaft beigelegt (67).

- Im Januar 1968 starteten die Nordvietnamesen in Zusammenarbeit mit dem Vietkong die sog. Tet-Offensive, welche jedoch – abgesehen von einem vorübergehenden Überraschungseffekt auf südvietnamesische und amerikanische Militärs, besonders aber die Öffentliche Meinung in den USA – mehr kostete, als sie einbrachte. Noch weniger begrüßenswert allerdings konnte Peking die aus jener militärischen Niederlage resultierende Entscheidung Hanois und des Vietkong erscheinen, mit den Amerikanern in Friedensgespräche einzutreten (68).

Der chinesische Einfluß auf osteuropäische Staaten mußte zwar schon wegen der Entfernung stets im Schatten dessen Moskaus stehen, aber der Einmarsch von Truppen des Warschauers Paktes im August 1968 in die CSSR und die kurz darauf formulierte sog. Breschnjew-Doktrin, wonach die Sowjetunion das Recht haben sollte , sich in die inneren Angelegenheiten eines kommunistisch regierten Landes einzumischen, wenn eine Gefahr für die „Sache des Sozialismus" bestehe, konnte auch für die VRCh ernste Konsequenzen nach sich ziehen. Nicht etwa, daß man eine Anwendung der Breschnjew-Doktrin auf das eigene Land ernsthaft befürchtet hätte, aber von nun an war es nicht mehr auszuschließen, daß all diejenigen Ostblockländer, welche sich bisher nicht sehr gefügig gezeigt hatten – z.B. der treuste Verbündete Pekings, Albanien, aber auch Rumänien und Jugoslawien – jederzeit Opfer einer sowjetischen Aggression werden konnten (69).

Sicherlich hat die Entwicklung in Osteuropa dazu beigetragen, daß 1968/69 das Verhältnis zwischen der UdSSR und der VRCh noch gespannter wurde.

Schon seit 1963 hatte Peking von Zeit zu Zeit die UdSSR aufgefordert, die China im 19. Jahrhundert vom zaristischen Rußland aufgezwungenen „Ungleichen Verträge" zu annullieren und das geraubte Territorium freizugeben (70). Von der Sowjetunion wurde ein solches Ansinnen stets zurückgewiesen oder einfach ignoriert. Im Verlauf der Verschärfung des Konfliktes schienen beide Seiten ihrer gemeinsamen Grenze steigende Beachtung zu schenken und ihre militärischen Sicherheitsvorkehrungen zu verstärken (71). Als es dann am 2. und 15. März 1969 auf der kleinen Insel Chenpao/Damansky im Ussuri-Fluß sowie – begleitet von unbedeutenden Schießereien an mehreren Stellen der Grenze – am 13. August 1969 zu ernsteren militärischen Zusammenstößen kam, war selbst ein Krieg nicht mehr auszuschließen (72). Aber obwohl die Zwischenfälle von beiden Seiten über Monate hinweg propagandistisch bis ins letzte ausgeschlachtet worden waren und anscheinend niemand von seinen Standpunkten abrücken wollte (73), verlor die Krise im Verlauf der zweiten Hälfte des Jahres 1969 sichtlich an Zündstoff (74).

Auch in dieser Phase hatten die Chinesen ihre seit 20 Jahren praktizierte Haltung nicht aufgegeben: Ausschaltung jeglichen Risikos, welches eine direkte Konfrontation mit den USA – und inzwischen auch der UdSSR – wahrscheinlich gemacht hätte (75).

Die Introvertierung der chinesischen Außenpolitik, welche im Jahre 1966 begann, bis spätestens Herbst 1967 eine nahezu vollständige Isolation bewirkte und ab Frühjahr 1968 selbst den dafür Verantwortlichen nicht mehr opportun erschien, ließ sich jedoch ohne Gesichtsverlust nur sehr allmählich und behutsam wieder aufheben. Und so kann es kaum verwundern, daß noch Ende 1969 – außer dem Bestreben, die Beziehung zu bestimmten Ländern zu verbessern – eine neue außenpolitische Linie nur in Konturen erkennbar war.

2. Strategiediskussion

Im Frühjahr 1965 sah sich die chinesische Regierung mit einer derartigen Vielzahl interdepenter Probleme konfrontiert, daß zwangsläufig die alte – und ab 1960 nur notdürftig überbrückte – Kluft zwischen den Ansichten der „Professionalisten" und „Traditionalisten" innerhalb der VBA erneut aufbrechen mußte.

Unmittelbarer Anlaß dafür dürfte die ab März 1965 nicht mehr zu übersehende amerikanische Eskalation des Vietnamkrieges gewesen sein, welche die Lösung der Frage des Verhältnisses zur Sowjetunion dringlicher als je zuvor erscheinen ließ. Denn während man in der Vergangenheit verhältnismäßig risikolos sowohl die USA als auch die UdSSR verbal attackieren konnte, war die kriegerische Entwicklung südlich der chinesischen Grenze mittlerweile in ein Stadium getreten, das zu ernsthaften Befürchtungen Anlaß gab (76).

Angesichts dieser Situation entstand die wohl heftigste Strategiediskussion innerhalb der chinesischen Führung, deren Gegenstand den bisher üblichen Rahmen nicht nur insoweit sprengte, als er noch stärkere Auswirkungen auf die zukünftige Außenpolitik, die innenpolitische Machtkonstellation und militärpolitische Konzeption hatte, sondern auch erstmalig das Problem aufwarf, wer nunmehr als Hauptfeind der VRCh angesehen werden sollte: die US-Imperialisten oder die Chruschtschow-Revisionisten (77).

Die professionell-orientierte Fraktion, geführt von Generalstabschef Lo Jui-ch'ing, argumentierte, daß eine baldige militärische Konfrontation mit den USA – insbesondere wegen Vietnam – nicht auszuschließen sei. Um eine derartige Auseinandersetzung jedoch siegreich bestehen zu können, bedürfe es einer gewissen Annäherung an Moskau, weil nur unter sowjetischem Nuklearschutz operierende

und mit sowjetischer Waffenhilfe ausgerüstete VBA in der Lage sein würde, die Gefechte auf einer konventionellen Ebene zu halten. Zwar räumte man ein, daß die Sowjetführung China nicht immer gut behandelt habe, schien jedoch davon überzeugt, gewisse – hauptsächlich der Armee nahestehende – Kreise würden im Falle eines Konfliktes mit Sicherheit die Revisionisten in Moskau ausschalten. Darum favorisierten die Professionalisten eine „Aktionseinheit" der VRCh und der UdSSR zur gemeinsamen Unterstützung Nordvietnams und dürften sogar der sowjetischen Forderung nach Flugplätzen in Südchina zur Abschirmung Hanois vor amerikanischen Bombern nicht ablehnend gegenübergestanden sein (78).

Die traditionalistisch-orientierte Fraktion, geführt von Verteidigungsminister Lin Piao, behauptete hingegen, daß ein militärischer Zusammenstoß mit den USA dann nicht zu befürchten sei, wenn sich China selbst zurückhalte und lediglich die Kräfte des Gegners durch Inszenierung möglichst vieler revolutionärer Volkskriege gespalten würden. Sollte es dennoch zu jener unwahrscheinlichen Konfrontation kommen, könnten immer noch die Massen nach und nach mobilisiert, die regulären Streitkräfte langsam ins Innere des Landes zurückgezogen und eine Volkskriegsstrategie nach dem Vorbild des sino-japanischen Krieges praktiziert werden. Eine Annäherung an Moskau oder gar „Aktionseinheit" hinsichtlich Vietnams sei nicht nur deshalb ausgeschlossen, weil der Vorschlag zweifellos einen Versuch der UdSSR darstellte, China unter politische und militärische Kontrolle zu bekommen, sondern auch weil die Sowjetunion als feindlicher und verräterischer Nachbar angesehen werden müsse, der im echten Konfliktfalle den Partner im Stich lasse. Im übrigen seien es eher die „modernen Revisionisten" und nicht die „Imperialisten", die versuchten, sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen. Erst nach der Abrechnung mit den „Chruschtschow-Nachfolgern" könne man sich ausschließlich dem Kampf gegen die „Imperialisten" widmen (79).

Es ist klar, daß all die Fragen, wie z. B. Chinas angestrebte Großmachtposition, Art und Umfang des Aufbaus der Wirtschaft und der Streitkräfte, die Auffassung, wer nunmehr als Hauptfeind angesehen werden sollte, in engem Zusammenhang mit den Entscheidungen hinsichtlich des zukünftigen sino-sowjetischen Verhältnisses und dem Grad des Engagements in Vietnam standen (80).

Drei Möglichkeiten dürften dabei von den Chinesen in Betracht gezogen worden sein (81):

1. Es wäre denkbar, daß sich Peking entschlossen hätte, mit dem gesamten zur Verfügung stehenden Potential in Vietnam zu intervenieren und damit eine – noch über die koreanische hinausgehende – Konfrontation mit den USA heraufzubeschwören. Diese Entscheidung hätte dann aber eine Aussöhnung mit der UdSSR unumgänglich gemacht, weil ein eventueller Sieg nur mit Hilfe modernster sowjetischer Waffen und sowjetischem Nuklearschutz für das gesamte chinesische Festland erreichbar war.

2. Es wäre denkbar, daß Peking Verhandlungen mit den USA über Vietnam einer Aussöhnung mit der UdSSR vorgezogen hätte, weil der amerikanische Preis – etwa die Unterbindung von Guerrillaaktivitäten in Südvietnam gegen Abzug der US-Truppen – gegenüber dem sowjetischen Preis – erneute umfassende ideologische, politische und militärische Abhängigkeit verbunden mit der Stationierung von ausländischen Truppen auf chinesischem Territorium – vermutlich niedriger einzuschätzen war.

3. Es wäre denkbar, daß sich in Peking die Ansicht durchgesetzt hätte, weder in Vietnam direkt zu intervenieren, noch einen Ausgleich mit den USA oder der UdSSR zu suchen, sondern vielmehr weiterhin alles zu tun, die eigenen Vorstellungen durchzusetzen und an möglichst vielen Orten revolutionäre Befreiungskriege anzuzetteln, ohne selbst in eine gefährliche Situation hineinzugeraten.

Übertragen auf die beiden unterschiedlichen Standpunkte innerhalb der VBA bedeutete dies, daß eigentlich nur eine Entscheidung für die erste Möglichkeit es erforderlich gemacht hätte, die Konzeption

der „Professionalisten" ohne Abstriche übernehmen zu müssen. Schon bei der zweiten Möglichkeit muß bezweifelt werden, ob eine bloß vorgetäuschte Entspannungsgeste der Chinesen hinsichtlich Vietnams geeignet gewesen wäre, der sowjetischen Führung ein völlig neues Chinabild zu vermitteln. Im Grunde genommen mußte eine Entscheidung zugunsten der zweiten und – natürlich besonders – der dritten Möglichkeit bewirken, daß man auch weiterhin auf die Vorstellungen der „Traditionalisten" angewiesen war, welche der Volkskriegsthese den Vorzug gaben.

Wenn man die umfassenden Auswirkungen bedenkt, welche hinter jedem der genannten Entschlüsse standen, so wird nicht nur klar, warum diese geradezu verbissen geführte Debatte überhaupt geduldet wurde, sondern auch, weshalb sie verhältnismäßig lange andauerte.

Schon Mitte Februar 1965 allerdings scheint es so, als hätten zumindest diejenigen Kreise, welche für offizielle Regierungserklärungen zuständig waren, eine „Aktionseinheit" mit der UdSSR hinsichtlich Vietnam bereits nicht mehr ernsthaft in Erwägung gezogen (82). Diese Vermutung wird durch die im April 1965 erfolgte Neuveröffentlichung eines Artikels unterstrichen, der bereits am 22. Dezember 1964 von einem persönlichen Vertrauten des Verteidigungsministers Lin Piao, Li Tso-p'eng, in der „Roten Fahne" geschrieben worden war (83). Grundthese des Autors war es nämlich, daß bei der Konfrontation zwischen zwei ungleich starken Gegnern nur die vorsichtige Anwendung von Guerrillataktiken dem Schwachen zum Erfolg verhelfen könne. Außerdem sei es gefährlich, unvorbereitet in eine Schlacht zu gehen oder den Feind zu unterschätzen. Auf die chinesische Situation bezogen, führte er aus:

> „Wir verlassen uns nicht auf eine vage Chance... Wir erstreben den sicheren Sieg oder vermeiden den Kampf gänzlich... (Im übrigen) kann der Feind nur nach und nach geschlagen werden... (84).

Gleichzeitig griff der Autor „einige Personen" an, die glaubten, das Chinas Entschluß, gegen einen mächtigen Gegner anzutreten, automatisch bedeute, sogleich die direkte Konfrontation riskieren zu müssen. Jenen antwortete er unmißverständlich:

> „Die Konzentration eigener überlegener Kräfte an wichtigen Punkten und die Vernichtung des Gegners nach und nach ist die wirksamste Kampfesweise zur Verwandlung einer Situation, in welcher der Feind stark und wir selbst schwach sind... (85).

Daß dieser Hinweis auf die uneingeschränkte Relevanz von Mao Tse-tungs Volkskriegsstrategie die professionell-orientierte Fraktion innerhalb der VBA herausfordern mußte und vielleicht sogar sollte, erscheint nach der bereits erfolgten Veränderung der Fronten klar.

Eine gute Gelegenheit zur Darlegung der jeweiligen Standpunkte sahen beide Seiten im 20. Jahrestag zur Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Ein Artikel des Generalstabschefs Lo Jui-ch'ing (86) und zwei Artikel eines Autorenkollektivs (87), nebeneinander in der Pekinger Review abgedruckt (88), lassen die unterschiedlichen Konzeptionen besonders deutlich hervortreten:

Lo Jui-ch'ing beschäftigte sich zunächst eingehend mit den Lehren, die aus den Vorgängen des Zweiten Weltkrieges gezogen werden sollten und wandte sich entschieden gegen die These, daß man die Guerrillataktik anwenden und Vorsicht walten lassen müsse, weil der Feind stärker sei als China. Dies treffe keinesfalls zu, weil er sogar die damaligen Armeen Hitlers relativ schlagkräftiger einschätze als die heutigen der US-Imperialisten. Was allerdings den Grad der Kriegslüsternheit angehe, so überträfe jener der USA den Hitlerdeutschlands bei weitem. Darum sei der US-Imperialismus die Hauptquelle des Krieges und der Aggression sowie der verschworene Feind aller Völker der Welt. US-Imperialismus wäre gleichbedeutend mit Krieg (89).

Das Autorenkollektiv bestritt zwar keineswegs die aggressive Natur des US-Imperialismus, behauptete jedoch, daß der Frieden deshalb bewahrt bleiben könne, weil der Feind trotz des Besitzes von Nuklearwaffen schon in mehreren Guerillakriegen Niederlagen erlitten habe und darum vorsichtiger geworden sei. Das Volk könne mit Hilfe von Mao Tse-tungs Strategie einen weiteren Weltkrieg verhindern. Ganz offen wurde dargelegt, daß es, falls die grundlegenden Interessen des Volkes nicht verletzt würden, zulässig und vielleicht sogar einmal notwendig werden könnte, mit den Imperialisten in Verhandlungen eintreten und Vereinbarungen, wie z.B. den Waffenstillstand in Korea, die beiden Genfer Abkommen oder etwa den Hitler-Stalin-Pakt, treffen zu müssen (90).

Lo Jui-ch'ing warnte vor etwaigen Kompromissen gegenüber den Imperialisten und verwies auf das Beispiel des Hitler-Stalin-Paktes, den die Faschisten schon nach weniger als zwei Jahren wieder gebrochen hätten. Bei einem Feind, wie die USA, der weitaus hinterhältiger sei, könne ein solches Risiko noch weniger eingegangen werden. Denn wer immer Sicherheit dadurch erlangen wolle, daß er dem Aggressor auf Kosten anderer Völker Konzessionen mache, schade im Grunde nur sich selbst (91).

Das Autorenkollektiv bekräftigte demgegenüber, daß es zwar unmöglich sei, den Imperialisten zu vertrauen, man deren subtile Taktik der bewaffneten Aggression kombiniert mit einem betrügerischen Frieden aber übernehmen sollte. Dadurch würde weder der Imperialismus auf Kosten der Völker gestärkt, noch die Flammen des weltweiten revolutionären Kampfes ausgelöscht (92).

Lo Jui ch'ing betonte nachdrücklich, daß es unumgänglich sei, das vietnamesische Volk mit allen politischen und militärischen Mitteln zu unterstützen, gleichgültig wie immer die USA auch reagieren würden (93).

Das Autorenkollektiv beschränkte sich auf die allgemeine Feststellung, daß es die internationale Pflicht aller revolutionären Kräfte sei, dem vietnamesischen Volk in seinem Kampf Hilfe zu leisten. Einen Erfolg jedoch verbürge nur umfassende Zusammenarbeit und die Guerillakriegsstrategie Mao Tse-tungs (94).

Lo Jui-ch'ing bekräftigte, daß der bedeutendste Faktor für den sowjetischen Sieg im Zweiten Weltkrieg die „Aktionseinheit der UdSSR und der internationalen proletarischen Bewegung" gegen den Faschismus gewesen sei. Darum fordere er auch heute eine „gemeinsame Aktion" mit allen sozialistischen Ländern und revolutionären Völkern. Der glorreichen Sowjetunion und ihrer Armee bescheinigte er vollstes Vertrauen und brachte die Überzeugung zum Ausdruck, man werde im Ernstfalle Schulter an Schulter gegen den gemeinsamen Feind kämpfen (95).

Das Autorenkollektiv war demgegenüber der Ansicht, daß der sowjetische Sieg über Hitlerdeutschland ausschließlich wegen der universellen Richtigkeit des sozialistischen Systems und der klugen Führung Stalins habe gelingen können. Eine gemeinsame Aktion mit der UdSSR sei solange unmöglich, wie die „Chruschtschow-Nachfolger" fortführen, sich auf Kosten anderer Völker mit dem US-Imperialismus zu verbünden. Das wahre Gesicht, des „modernen Revisionismus" müsse daher schonungslos enthüllt, der Einfluß dieser Kräfte vollständig eliminiert und der Kampf bis zum Ende durchgestanden werden (96).

Lo Jui-ch'ing widmete lange Passagen seiner Ausführungen der Möglichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung mit den USA. Dabei warf er seinen Diskussionsgegnern nicht nur eklatante Vernachlässigung militärischer Notwendigkeiten vor, sondern bezeichnete auch die „aktive Verteidigung" als einzig richtige Strategie gegen imperialistische Aggressionskriege. Dies bedeute, aktive Unterstützung bewaffneter Aufstände in anderen Ländern, bestmögliche Vorbereitung und enge Zusammenarbeit aller Waffengattungen der VBA, nachdrückliche Verteidigung des gesamten Festlandes, Ausschaltung gegnerischer Kapazitäten sowie als strategisches Ziel, die Vernichtung des Feindes. Nur so – argumentierte Lo Jui-ch'ing – könne die historische Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg lauten (97).

Das Autorenkollektiv verwies im Hinblick auf einen zukünftigen Krieg auf die durchschlagende Wirksamkeit der Volkskriegsstrategie. Denn unter einer korrekten Führung in Verbindung mit einer korrekten Linie werde das Volk graduell immer stärker und mächtiger, so daß sich das Kräfteverhältnis allmählich ändere und der Sieg über die Aggressoren schließlich sicher sei. Möge der Feind die Städte einnehmen, wir beherrschen das Land. Möge er auf moderne Waffen vertrauen, wir praktizieren den Partisanenkrieg. Nur so – argumentierte das Autorenkollektiv – könne die historische Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg lauten (98).

Es besteht kein Zweifel, daß sich hier zwei äußerst unterschiedliche Auffassungen gegenüberstanden. Soweit sie überhaupt einer Erläuterung bedürfen, soll an dieser Stelle kurz darauf eingegangen werden.

Bei allen früheren Strategiediskussionen gab es, trotz Meinungsverschiedenheiten (99), Rivalität (100) und sogar feindseligen Akten (101) zwischen der VRCh und der UdSSR eine unangetastete Prämisse: als Hauptfeind galten die USA. Diese scheinbar feststehende Konstellation wurde mit der militärischen Debatte von 1965/66 erstmalig in Frage gestellt, auch wenn sich die beiden Fraktionen noch weitgehend derselben Argumente bedienten, die schon seit Mitte der fünfziger Jahre für die jeweilige Haltung kennzeichnend waren. Denn nach wie vor forderte das professionell orientierte Offizierskorps nichts anderes als verstärkte militärische Kampfbereitschaft der VBA, was aus ihrer Sicht ein gutes Verhältnis zur Sowjetunion voraussetzte (102), und nach wie vor glaubte das traditionalistisch orientierte Offizierkorps die Guerrillakriegsstrategie bedeute genügenden Schutz, das Verhältnis zur Sowjetunion eben nicht auf der Basis militärischer Notwendigkeiten regeln zu müssen (103).

Beide Auffassungen sind weder neu, noch wären sie bemerkenswert gewesen, hätte es zu diesem Zeitpunkt keinen immer mehr eskalierenden Konflikt in Vietnam gegeben und hätte nicht kurz vorher die UdSSR das Angebot zur „Aktionseinheit" unterbreitet, dessen bedeutungsvollster Wunsch dahin ging, sowjetische Einheiten auf chinesischen Territorium zu stationieren, um von dort aus Nordvietnam aktiv unterstützen zu können. Ganz abgesehen davon, ob die Sowjetunion je daran glaubte, daß die VRCh auf eine derartige Offerte eingehen würde und man hierdurch lediglich beabsichtigte, die mangelnde chinesische Hilfsbereitschaft für Vietnam weltweit anzuprangern (103 a), eine Entscheidung Pekings zugunsten der Aktionseinheit verbunden mit der Absicht Moskaus, tatsächlich die amerikanischen Bomber über Nordvietnam abzufangen, hätte nicht nur unweigerlich den Vergeltungsschlag der USA auf das chinesische Festland hervorgerufen, sondern vermutlich sogar den Dritten Weltkrieg eingeleitet (104).

Derartige Konsquenzen aber mußten sowohl die Strategiedebatte auf eine qualitativ andere Ebene heben als auch die Argumente der Diskussionsgegner in einem völlig neuen Licht erscheinen lassen. Denn bisher waren beide Fraktionen mit einer prinzipiell defensiven Grundhaltung lediglich für einen unterschiedlichen Prioritätskatalog eingetreten und wußten – vom jeweiligen Standpunkt gesehen – durchaus rationale Argumente vorzutragen.

Die Professionalisten hatten in der Vergangenheit darauf beharrt, daß Chinas Sicherheit nur durch sowjetischen Nuklearschutz und mittels einer modern ausgerüsteten und gut ausgebildeten VBA garantiert werden könne. Die sich daraus ergebenden Kosten und die zwangsläufige Abhängigkeit von der UdSSR empfand man als das kleinere Übel. Die Traditionalisten hatten ab 1958 argumentiert, daß Chinas Sicherheit auch durch die Volkskriegsstrategie und durch Vermeidung einer direkten Konfrontation mit den USA gewährleistet werden könne. Dadurch würden nicht nur die erforderlichen Mittel für den Ausbau der Gesamtwirtschaft bereitgestellt, sondern auch die außen- und innenpolitische Bewegungsfreiheit, welche durch allzu enge Bindungen an die Sowjetunion eingeschränkt war, wesentlich vergrößert werden. Es ist schwierig zu beantworten, wessen Konzeption den chinesischen Bedürfnissen zu bestimmten Zeitpunkten, oder ganz allgemein, mehr entsprach. Fest steht nur, daß

die überwiegende Zahl der ausländischen Beobachter – aus welchen Gründen auch immer – dazu neigten, die Auffassung der Professionalisten als legitim, ausgewogen und zweckrational darzustellen, wohingegen die Ausrichtung der Traditionalisten zumindest als überholt, schwärmerisch und häufig sogar als gefährlich abgestempelt wurde (105). Aber selbst wenn diese sehr große Klassifizierung bis Ende 1964 zugetroffen hätte, mußten die Konsequenzen der jeweiligen Vorstellungen spätestens seit Lo Jui-ch'ings Mai-Artikel von 1965 neu überdacht und daraufhin untersucht werden, welche das größere Risiko in sich bargen (106).

Die Pekinger Führung – oder besser die in ihr dominierenden Kräfte – schien dies getan und bereits verhältnismäßig früh entschieden zu haben, daß jegliche Zusammenarbeit mit der UdSSR ausschließlich negative Implikationen nach sich ziehen würde. Zu eindeutig war nämlich die Warnung an jene Leute, welche bereit sein würden, sich von den „honigsüßen Worten der Sowjets einwickeln zu lassen" (107):

> „Flexibilität ist eine wichtige Sache, aber es ist falsch, Flexibilität ohne Prinzipien zu zeigen. Unseren Standpunkt zu verlassen und dem Chruschtschow-Revisionismus nachzugeben, wäre ein schwerwiegender historischer Fehler" (108).

Schon der Inhalt des Artikels ließ darauf schließen, daß mit „jenen Leuten", die anscheinend in Richtung auf eine größere Flexibilität gegenüber der Sowjetunion drängten, wenn auch nicht allein, so doch besonders der Generalstabschef gemeint war. Restlos beseitigt wurden solche Zweifel allerdings durch den Titel des Artikels, der bezeichnenderweise „Führt den Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus bis zum Ende!" lautete. Denn Lo Jui-ch'ings Mai-Artikel hatte ja den Untertitel „Führt den Kampf gegen den US-Imperialismus bis zum Ende" getragen. Die unterschiedlichen Standpunkte konnten symbolisch gar nicht besser zum Ausdruck gebracht werden.

Der 1. August 1965 bot erneut beiden Lagern Gelegenheit, ihre Auffassungen darzulegen. Zum 38. Jahrestag der Gründung der VBA hielten sowohl Lo Jui-ch'ing (109) als auch Ho Lung (110) eine Ansprache, deren Inhalt und Diktion die gesamte Skala der schon seit 1955 bestehenden und nie beseitigten Meinungsverschiedenheiten schonungslos preisgaben.

Lo Jui-ch'ing verlor kein Wort über die Volkskriegsstrategie, sondern legte offentsichtlich großen Wert darauf, eine moderne Militärdoktrin zu propagieren, indem er u.a. ausführte:

> „Wir sind Materialisten. Um die Bedrohung durch den US-Imperialismus aus der Welt zu schaffen, werden wir fortfahren, die materielle Atombombe noch besser zu beherrschen" (111).

Fast scheint es so, als wollte er sich über Maos These „Die materielle Atombombe sei ein Papiertiger, nur die geistige Atombombe zähle" lustig machen, als er fortfuhr:

> „Im Besitz der geistigen Atombombe und unserer eigenen materiellen Atombombe, können wir größeres Selbstvertrauen haben, die Aggressionspläne der US-Imperialisten zum Scheitern zu bringen..." (112).

Ho Lung dagegen pries besonders die traditionellen Vorzüge der VBA und wandte sich gegen

> „jene, welche aufgrund ihres ‚rein militärischen Standpunktes' glaubten, daß unter den Bedingungen der modernen Kriegführung nur berufsmäßig ausgebildete und technisch versierte Experten gefragt seien" (113).

Er forderte zudem die strikte Unterordnung der militärischen unter die politischen Notwendigkeiten, trat für die Aufrechterhaltung des Systems der Parteikomitees in den Streitkräften ein und warnte vor der Ansicht, daß eine derartige Kontrolle unvereinbar mit den Bedingungen eines modernen Krieges sei:

„... Die Geschichte der VBA über Jahrzehnte hat bewiesen, daß sich, wenn immer in einer Armeeinheit das System der Parteikomitees geschwächt oder ausgehöhlt worden war, ein unvermeidlicher Trend zum militärischen Regionalismus ergab, der individuelle Willkür zur Folge hatte und die Führung der Partei in Frage stellte" (114).

Den Höhepunkt der Strategiediskussion dieser Phase bildete sicherlich der 3. September 1965, als zum Jahrestag des Sieges gegen Japan noch einmal die Protagonisten beider Richtungen – wenn auch in unterschiedlicher Form – zu Wort kamen. Am selben Tag nämlich, da der von Verteidigungsminister Lin Piao unterzeichnete Artikel „Lang lebe der Sieg im Volkskrieg!" (115) erschien, hielt auch Generalstabschef Lo Jui-ch'ing eine Rede (116) vor einem größeren Auditorium. Und wiederum waren – abgesehen von den historischen Aufhängern – die Unterschiede eklatant:

Lin Piao verwies zunächst auf die Situation in den Jahren des Bürgerkrieges und des sino-japanischen Krieges und stellte fest, daß auch damals der Feind stark und man selbst schwach gewesen sei. Erst Mao Tse-tungs korrekte Analyse und seine Volkskriegsstrategie hätten es ermöglicht, einen graduellen Wandel dadurch herbeizuführen, daß – vorwiegend mit Beutewaffen des Gegners – die Städte vom Land her eingekreist und schließlich erobert worden wären. Auch im gegenwärtigen Zeitpunkt sei der US-Imperialismus die überlegene Macht und nur mit Hilfe der Volkskriegsstrategie zu besiegen (117).

Lo Jui-ch'ing erwies sich demgegenüber als Verfechter einer modernen Militärdoktrin und betonte – in Übereinstimmung mit seinen Ausführungen im Mai 1965 – die Notwendigkeit einer ständigen Kriegsbereitschaft, welche nur dann gewährleistet sei, wenn sämtliche Waffengattungen der VBA bestmöglich ausgebildet und ausgerüstet jeden Angriff des Feindes zu jeder Zeit angemessen beantworten könnten. Entschieden wandte er sich gegen die Auffassung, daß man die Situation sowie den Gegner von damals und heute vergleichen könnte. Vielmehr wiederholte Lo seine Auffassung, der US-Imperialismus wäre in einem unaufhaltsamen Niedergang begriffen und die viel gepriesene Überlegenheit habe nicht mehr die geringste Bedeutung (118).

Lin Piao brachte die Überzeugung zum Ausdruck, daß ausländische Unterstützung niemals entscheidend gewesen sei. Nur mit Hilfe der Volkskriegsstrategie werde es gelingen, die US-Imperialisten von einer Aggression abzuhalten. Da die Sowjetunion den Feind aber hinsichtlich derartiger Absichten geradezu unterstütze, müsse die VRCh nicht nur jede Zusammenarbeit ablehnen, sondern sogar vorrangig die Chruschtschow-Nachfolger bekämpfen, bevor die Schlacht gegen den US-Imperialismus zu einem siegreichen Ende geführt werden könne (119).

Lo Jui-ch'ing widersprach dieser Auffassung, indem er sich überzeugt gab, daß die wirklichen Revisionisten zu schwach seien, die Sowjetführung insgesamt von ihrer Pflicht zur Hilfeleistung für ein sozialistisches Land abzuhalten. Er bezweifelte auch die Ansicht, die US-Imperialisten würden eine Niederlage – z. B. in Vietnam – so ohne weiteres hinnehmen. Viel wahrscheinlicher wäre es, daß sie den Krieg sogar auf China ausdehnten (120).

Schon diese wenigen Ausführungen lassen die kontroversen Auffassungen in ihren wesentlichen Bestandteilen erkennen. **Lo** wollte zumindest die Möglichkeit einer durch Vietnam verursachten Konfrontation mit den USA nicht ausschließen, setzte seine Hoffnungen dabei weitgehend auf die UdSSR und wünschte jede Aggression der Imperialisten mit gleichen Mitteln zu beantworten. **Lin** glaubte nicht an einen Angriff auf das chinesische Festland, sprach sich gegen jede Annäherung an die Sowjets aus und hielt im Notfall den Volkskrieg für die einzig praktikable Kampfesweise gegen jedweden Aggressor. Dies kommt besonders in folgenden Passagen zum Ausdruck:

„Das chinesische Volk hat seinen eigenen Weg gefunden, Aggressionskriegen zu begegnen. Unsere Methoden sind nicht geheim. Der wichtigste Faktor ist noch immer die Mobilisierung des Volkes, das Vertrauen auf das Volk, jedermann zum Soldaten auszubilden und

einen Volkskrieg zu führen ... Um den Feind zu vernichten, müssen wir ihn allerdings in die Tiefe des Landes locken und ihm einige Städte und Bezirke planmäßig überlassen ... Erst wenn der Feind im Lande ist, kann das Volk auf vielfältige Weise in den Krieg eingreifen und seine Kraft voll entfalten. Erst dann kann der Feind gezwungen werden, seine Kräfte zu zersplittern, sich große Mühen aufzubürden und Fehler zu begehen ..." (121).

Und sich an einen imaginären Feind wendend, stellte Lin fest:

„Wir sind entschieden gegen eine Aufteilung der eigenen Kräfte, gegen die Verteidigung aller Positionen, gegen den Widerstand an jedem Ort, lediglich aus Angst, Territorium zu verlieren ... Wenn ihr mit uns kämpfen wollt, werden wir dies nicht tun ... Wenn wir schon nicht gewinnen können, werden wir wenigstens danach trachten, daß es euch nicht gelingt" (122).

Seinen Dialog weiterführend, sagte der Verteidigungsminister:

„Kämpft auf eure Weise, wir auf die unsrige. Wir tun dies nur, wenn wir siegen können und weichen aus, so dies nicht zu erwarten ist ... Vertraut auf eure modernen Waffen, wir vertrauen auf das gehobene Bewußtsein des revolutionären Volkes ... Es ist Abenteuertum, wenn jemand darauf besteht, zu kämpfen, ohne gewinnen zu können" (123).

Diese Aussagen stellten zwar u. a. eine deutliche Warnung an die Adresse Lo Jui-ch'ings und seiner Parteigänger dar, aber Lin Piaos Artikel enthielt noch einen weiteren wichtigen Aspekt, nämlich die Projizierung von Mao Tse-tungs Volkskriegsstrategie von der nationalen auf die internationale Ebene (124). Und gleich zu Anfang wieder eine deutliche Spitze gegen die Sowjetunion:

„Die Oktober-Revolution hat mit einem bewaffneten Aufstand in den Städten begonnen und dehnte sich dann auf das Land aus ... Die Revolution in China siegte durch die Einkreisung der Städte vom Lande her ... Daraus ergibt sich, daß nur die chinesische, nicht die russische Revolution das Vorbild für den revolutionären Kampf der unterdrückten Völker sein kann" (125).

Nach dieser mehr dogmatisch festgestellten als wirklich begründeten Aussage, ging Lin zu dem über, was man als das eigentlich Neue bezeichnen muß: die Behauptung der Übertragbarkeit des chinesischen Revolutionsmodells auf die Länder der Dritten Welt und die Entwicklung einer „Weltrevolutionsstrategie". Lin fuhr fort:

„Betrachtet man die ganze Welt, so kann man Nordamerika und Westeuropa als die ‚Städte' und die Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas als die ‚Landbezirke' der Welt ansehen ... Seit dem Zweiten Weltkrieg ist aus verschiedenen Gründen die revolutionäre Bewegung in den kapitalistischen Ländern stagniert, während sie in Asien, Afrika und Lateinamerika kräftig gewachsen ist ... In einem gewissen Sinn bietet der gegenwärtige Stand der Weltrevolution ebenfalls das Bild der Einkreisung der ‚Städte' durch die ‚Landbezirke'... Hauptschlachtfeld des wilden Kampfes zwischen den Völkern der Welt und dem US-Imperialismus und seinen Lakaien sind die weiten Räume eben dieser ‚Landbezirke'... Seit dem Zweiten Weltkrieg aber sind die Imperialisten mehr und mehr eingekreist worden ... die vielen Aggressionen haben ihre Kräfte zersplittert und die Chance, sie gänzlich zu vernichten, war nie so groß ... Den Kampf, den verschiedene Völker an den verschiedensten Punkten der Welt gegen den US-Imperialismus und seine Lakaien aufnahmen, läßt ihnen keine Wahl, als ihren Würgegriff hier und da zu lockern ... Deshalb ist es die größte Furcht des Imperialisten, daß Volkskriege in verschiedenen Teilen der Welt, besonders in Asien, Afrika und Lateinamerika gleichzeitig ausbrechen" (126).

Besonders eindringlich verwies Lin auf Vietnam:

> „Dieses Land ist das überzeugendste Beispiel eines Aggressionsopfers, das den US-Imperialismus durch einen Volkskrieg besiegt ... Besonders besorgt aber sind die Aggressoren wegen der Möglichkeit, daß ihre Niederlage in Vietnam zu einer Kettenreaktion führen könnte ..." (127).

Es ist lange darüber gerätselt worden, warum die chinesische Führung diesen Artikel veröffentlichte, was durch ihn zum Ausdruck gebracht werden sollte und an wen er überhaupt gerichtet war. Hierzu gibt es mehrere Interpretationen (128):

- Die erste besagt, es habe sich bei Lins Aussagen um bloße Rhetorik gehandelt (129).
- Die zweite sieht die eigentliche Bedeutung von Lins Ausführungen in der Behauptung einer Übertragbarkeit des chinesischen Revolutionsmodells auf die Länder der Dritten Welt und die Entwicklung einer „Weltrevolutionsstrategie" (130).
- Die dritte vermutet, daß Lins Äußerungen hauptsächlich eine von höchster Stelle sanktionierte scharfe Zurückweisung der vom professionell-orientierten Offizierkorps und deren Parteigänger vertretenen Konzeptionen sein sollte (131).
- Die vierte schließlich nimmt an, Lins ständige Hinweise auf die chinesischen Erfolge mittels der Volkskriegsstrategie und seine Ratschläge, hauptsächlich auf sich selbst zu vertrauen, müßten als Wink an die Adresse Hanois und des Vietkong verstanden werden (132).

Die erste These hat – auch wenn Lins Artikel selbstverständlich auch rhetorische Elemente enthält – derart absolut festgestellt, nur wenig für sich. Denn träfe sie zu, wäre jegliche Analyse kommunistischer Dokumente äußerst fragwürdig und wenig sinnvoll. Dem steht entgegen, daß westliche Wissenschaftler schon häufig gerade mit dieser Methode auf gewisse Entwicklungen verweisen konnten, die – wenn auch oft wesentlich später – von den Realitäten bestätigt wurden (133).

Die zweite, dritte und vierte These treffen vermutlich Kernpunkte dessen, was die chinesische Führung mit Lin Piaos Artikel bezweckte. Sie sollten jedoch weniger isoliert betrachtet, als vielmehr in einen Gesamtzusammenhang gestellt werden.

Als Peking im Frühjahr 1958 zur Kenntnis nehmen mußte, daß sich Moskau trotz der von den Chinesen angenommenen militärischen Überlegenheit des sozialistischen über das imperialistische Lager nicht nur weigerte, unerfüllte nationale Wünsche kommunistisch regierter Staaten zu unterstützen und zu decken, sondern auch die gemeinsamen weltrevolutionären Bestrebungen aufgegeben zu haben schien, indem sie ein Arrangement mit den Westmächten suchte (134), begann die chinesische Führung darüber nachzudenken, ob und wie ohne größeres Sicherheitsrisiko für das eigene Land, China als neues Zentrum der Weltrevolution propagiert werden könnte (135). Die Entscheidung fiel – da man ja nicht über die militärischen und wirtschaftlichen Ressourcen der UdSSR verfügte – mit der Wahl einer Revolutionsstrategie, die auch für kleinere Länder praktikabel und erfolgversprechend wäre, gleichzeitig aber den zu erwartenden Druck ausländischer Mächte auf die VRCh, welche solche Erhebungen selbstverständlich erst inszenieren und sodann fördern mußte, nicht zu groß werden lassen durfte (136).

Als die bestmögliche erwies sich hier die von Mao Tse-tung selbst entwickelte und die sowohl im Bürgerkrieg als auch im Krieg gegen Japan so vielfach erprobte Volkskriegsstrategie. Ihre hauptsächlichen Vorteile bestanden darin: Es war

- eine Strategie, die in China entwickelt worden war, was den Anspruch, das neue revolutionäre Zentrum zu sein, unterstrich,

- eine Strategie, die sich umso mehr bewährt hatte, als sie auch dem Schwachen die Chance bot, den Starken zu besiegen,
- eine Strategie, die glaubhaft empfohlen werden konnte, weil China aufgrund seiner Differenzen mit Moskau mittlerweile selbst gezwungen war, sie für den Fall eines Konfliktes – gegenüber den USA und möglicherweise sogar gegenüber der UdSSR – zu praktizieren,
- eine Strategie, die den Gegner dazu zwang, seine Kräfte aufzuteilen und damit zu schwächen sowie
- eine Strategie, die China revolutionäres Ansehen verschaffte, ohne es zu irgend etwas zu verpflichten.

Ab 1960 begann die VRCh in immer stärkerem Maße, die unterentwickelten Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zum weltweiten Volkskrieg aufzurufen (137). Damit gelang es ihr zwar die bis dahin unbestrittene Führungsrolle der Sowjetunion im sozialistischen Lager und ihr Ansehen in der Dritten Welt zu unterminieren (138) und sich trotz gleichzeitiger Frontstellung gegen beide Supermächte einen verhältnismäßig großen Aktionsspielraum zu bewahren (139), aber noch immer fehlte dieser neuen politischen Linie das sie tragende theoretische Konzept. Und eben jenes hat Lin Piao mit dem Artikel: „Lang lebe der Sieg im Volkskrieg" nachgeliefert, indem er die zuerst im Jahre 1925 von Bucharin entwickelte, von Mao stets nur auf nationaler Ebene praktizierte und von dem Führer der KP Indonesiens, N. D. Aidit, im Frühjahr 1965 erneut vorgetragene These von der Einkreisung der „Weltstädte" durch die „Weltdörfer" aufgriff und zur bestimmenden strategischen Doktrin erhob (140).

Aber noch in einer anderen Hinsicht war die offensichtlich so vielseitig verwendbare Volkskriegsstrategie einen Nachweis schuldig geblieben. Bis zu welchem Punkt konnte sie als geeignet angesehen werden, den Gegner von einem Angriff auf das Festland abzuhalten. Eines hatte allerdings die Vergangenheit schon gezeigt. Obwohl es den Chinesen nicht gelungen war, einen weltweiten Revolutionskrieg zu entfachen, das Beispiel Vietnam allein dürfte ausgereicht haben, beiden Supermächten klar zu machen, daß ohne unabweisbare Notwendigkeit ein ähnlicher Krieg gegen 750 Millionen Chinesen nicht wünschenswert wäre. Andererseits wollte aber auch Peking keinesfalls jene Grenze überschreiten, welche die Sicherheit des Landes und damit den Bestand des Regimes gefährdete. Der Artikel „Lang lebe der Sieg im Volkskrieg!" scheint auch hier den Ausweg zu zeigen (141).

Abgesehen davon, daß Lo Jui-ch'ing und Lin Piao für unterschiedliche Verteidigungskonzeptionen eintraten, mußte angesichts des steigenden US-Engagements in Vietnam die Frage zur Debatte stehen, bis zu welchem Punkt Amerika eine chinesische Unterstützung des südlichen Nachbarn hinzunehmen bereit war. Und hier werden die Standpunkte der Diskussionspartner äußerst kontrovers. Denn die militärische Sicherheit ist ein Problem, das der Wahrscheinlichkeit eines gegnerischen Angriffes ein anderes. Soll erstere nun gewährleistet werden, bedarf es gewisser Grundsatzentscheidungen, soll letztere verringert werden, desgleichen. Natürlich kann man auch die Sicherheit des Landes als gewährleistet ansehen und die Wahrscheinlichkeit des gegnerischen Angriffes erhöhen. Ein derartiger Kollisionskurs läßt sich nur damit begründen, daß man den Gewinn – sei es in materieller oder moralischer Hinsicht – höher einschätzt, als das Risiko. Wer aber die Sicherheit des Landes schon als nicht gewährleistet ansieht und trotzdem die Wahrscheinlichekti eines gegnerischen Angriffes erhöht, handelt abenteuerlich.

Um die jeweiligen Positionen richtig beurteilen zu können, muß hier eine nochmalige Gegenüberstellung erfolgen:

Lo Jui-ch'ing hatte sich in allen seinen Reden des Jahres 1965 darüber beklagt, daß die maßgeblichen Personen nicht genügend für Chinas Sicherheit getan hätten. Er meinte damit natürlich die Vorbereitung im Sinne einer modernen Militärdoktrin, was er – gemäß seiner Auffassung – für ein echtes Sicherheitsrisiko hielt, weil Lo davon überzeugt schien, daß die USA früher oder später China auch unprovoziert angreifen würden. Andererseits mußte aber gerade sein nachhaltiges Eintreten für ein stärkeres chinesisches Engagement in Vietnam die Wahrscheinlichkeit eines amerikanischen Angriffes auf das Festland noch weiter erhöhen (142).

Wie lassen sich diese Ungereimtheiten erklären? Meinte Lo tatsächlich, daß eine sowjetische nukleare Schutzgarantie für China und die kurzfristige Lieferung moderner Waffen an die VBA ausreichen würden, ein Vorgehen à la Korea zu ermöglichen? War er ernsthaft der Ansicht, die chinesischen Streitkräfte könnten von heute auf morgen ohne eingehende Schulung jene neuen Waffen auch zweckgerecht bedienen und ausnutzen? Glaubte er wirklich daran, die UdSSR sei nunmehr – anders als in der Kubakrise – bereit, eine atomare Auseinandersetzung mit den USA zu riskieren? Und sollte er schließlich davon überzeugt gewesen sein, daß China ein solcher Krieg Vorteile hätte bringen können? Man weiß es nicht.

Lin Piao war hier jedenfalls völlig anderer Ansicht, wie aus seinem Artikel eindeutig hervorgeht. Auch er wußte natürlich um Chinas militärische Schwäche. Aber Lin glaubte jedenfalls, gestützt auf die Erfahrungen der vergangenen Jahre, daß die USA mit Hilfe der Volkskriegsstrategie – und nur durch sie – von einem unprovozierten Angriff auf China abgehalten werden könnten. Insoweit hielt er Chinas Sicherheit für gewährleistet. Um die Wahrscheinlichkeit weiter zu verringern, ohne allerdings die Revolution zu ersticken, war er zum Taktieren gezwungen. Denn die amerikanische Eskalation des Vietnamkrieges dürfte in Hanoi wie beim Vietkong zwei extreme Standpunkte hervorgerufen haben: einmal tiefe Resignation, zum anderen aber auch verstärktes Drängen nach einem schnellen Sieg. Beides wurde von Lin als falsch bezeichnet. Da man sich im Volkskrieg hauptsächlich auf die eigene Kraft verlassen müsse und nicht auf der Hilfe durch andere bestehen könne, seien in der gegebenen Situation temporärer Rückzug und Vorbereitung auf einen „fortgesetzten Krieg" die einzige Alternative zu dem Frontalangriff gegen einen stärkeren und besser ausgerüsteten Feind. Der Weg der chinesischen Kommunisten zur Macht wäre der Beweis für die Richtigkeit dieser Empfehlung (143).

Welchen Vorteil boten diese Vorschläge nun für China selbst? Zunächst wurde damit die Gefahr einer ernsten sino-amerikanischen Verwicklung wesentlich gemindert. Trotzdem aber blieb wunschgemäß ein großes Kontingent von US-Truppen in einen längeren, kostspieligen und verlustreichen Abnutzungskrieg gebunden. Das Paradebeispiel eines revolutionären Volkskrieges konnte auch in Zukunft von der chinesischen Propaganda ausgenutzt werden. Schließlich – und hauptsächlich – war man nicht gezwungen, sich mit den Sowjets zu arrangieren, fremde Truppen ins Land zu lassen und damit zu riskieren, in eine Abhängigkeit zu geraten, gegen die alle ehemaligen Bindungen noch gering erscheinen mußten.

Alles in allem deutet vieles darauf hin, daß sich Lin Piaos Artikel sowohl an die Adresse der professionell-orientierten Fraktion innerhalb der VBA als auch die Hanois und des Vietkong richtete (144).

Die Säuberung Lo Jui-ch'ings, welche zu irgendeinem Zeitpunkt im November 1965 erfolgte, wurde eindrucksvoll auf einer Konferenz der Allgemeinen Politischen Abteilung, die vom 30. Dezember 1965 bis 18. Januar 1966 stattfand, manifestiert. Lin Piao, dessen Einfluß immer höher bewertet werden mußte, hatte vermutlich seinen Protegé, den Direktor der Allgemeinen Politischen Abteilung, Hsiao Hua, zum Sprachrohr erkoren. Für den gestürzten Generalstabschef trat dessen ehemaliger Stellvertreter Yang Ch'eng-wu sichtbar in den Vordergrund. Damit waren die Fronten geklärt (145). Eine Strategiedebatte, die im Februar 1965 begann und im September 1965 ihren dramatischen Höhepunkt erreichte, hatte – jedenfalls was die Streitkräfte anging – ein Ende gefunden, auch wenn innerhalb der chinesischen Führung ihr Echo noch bis Sommer 1966 nachklang.

3. Die außen- und innenpolitischen Aspekte

Der Sturz Chruschtschows am 14. Oktober 1964 fiel in eine Zeit, da die VRCh ohnehin einem Höhepunkt ihrer außenpolitischen Bemühungen zuzustreben schien. Für die „Zweite Bandung-Konferenz" waren die Weichen bereits gestellt, das Ansehen Chinas in der „Dritten Welt" hatte erheblich zuge-

nommen und der für das Jahr 1965 erwartete Durchbruch lag fast greifbar vor Augen. Im Vietnamkrieg glaubte die chinesische Führung erste Anzeichen einer amerikanischen Resignation zu erkennen und der Machtwechsel in Moskau nährte die zusätzliche Hoffnung, die UdSSR würde nunmehr einen auch für Peking akzeptablen Weg einzuschlagen bereit sein.

Weitaus weniger optimistisch beurteilten einige maßgebliche Personen die innenpolitische Situation Chinas. Besonders Mao Tse-tung war offensichtlich davon überzeugt, daß nicht nur bereits einige Genossen in führenden Positionen von revisionistischen Ideen befallen seien, sondern auch die chinesische Jugend revolutionären Elan vermissen lasse und dringend einer ideologischen Neuindoktrinierung bedürfe (146). Diese Einschätzung kann nicht verwundern, hatte Mao doch schon auf dem 10. Plenum des VIII. ZK der KPCh im September 1962 auf die „intellektuellen Abweichungen", die „Problematik der Schaffung loyaler Nachfolger" sowie die „Existenz bourgeoiser Elemente innerhalb der Partei" hingewiesen (147) und in der Folgezeit - allerdings mit nur sehr bescheidenen Erfolgen - versucht, derartige Tendenzen mit Hilfe klassischer Methoden zu bekämpfen (148).

Aber während die chinesische Führung noch glaubte, sich unbeschwert der Verfolgung - wenn auch unterschiedlicher - innenpolitischer Zielsetzungen widmen zu können, waren bereits die ersten Anzeichen erkennbar, daß die außenpolitischen Erwartungen wohl doch nicht im gewünschten Umfange in Erfüllung gehen sollten.

Die erste Hiobsbotschaft kam aus Moskau, wo Chou En-lai anläßlich eines Sondierungsbesuches zwar das sowjetische Interesse an einer Einstellung der gegenseitigen Polemik erfahren, nicht aber die Bereitschaft zu einem grundlegenden Wandel der politischen Ansichten bemerken konnte (149). Denn auch die Inaussichtstellung der Wiederaufnahme von Wirtschafts- und Militärhilfe für China dürfte kaum aufgewogen haben, daß die neuen Machthaber der UdSSR schon wieder ohne Rücksicht auf die chinesische Souveränität auf ihr Recht des unbehinderten Transits für Waffenlieferungen an Nordvietnam reklamierten und sogar jene von Peking seit langem äußerst zurückhaltend aufgenommenen Pläne für eine Konferenz aller kommunistischen Parteien schmiedeten (150).

Die zweite böse Überraschung bereiteten die USA. Von Mao Tse-tung selbst war noch im Januar 1965 die Ansicht vertreten worden, die Amerikaner würden spätestens in zwei Jahren Vietnam verlassen, weil sie sich mit ihrer Niederlage bereits abgefunden hätten (151). Als am 7. Februar 1965 die US-Luftwaffe - entgegen bisheriger Praxis - ihre Bombenangriffe auf Nordvietnam ausdehnte, von diesem Zeitpunkt an ihre Einsätze ständig verstärkte und immer näher an die chinesische Südgrenze herantrug, wurde nicht nur ein alsbald erwarteter Sieg im selbstgewählten Modellkrieg unwahrscheinlicher, sondern auch das Problem der Sicherheit des eigenen Landes wieder akut (152).

Es ist klar, daß die Frage, was China angesichts dieser neuen Situation tun konnte, eng damit zusammenhing, welche Haltung man hinsichtlich des sino-sowjetischen Disputes, der sich noch dreieinhalb Monate nach dem Sturz Chruschtschows in dem unnatürlichen Zustand der Suspendierung befand, einnehmen wollte (153). Da aber eine diesbezügliche Entscheidung weit über den Bereich rein militärischer Erwägungen hinausgehen mußte, bildeten sich innerhalb der chinesischen Führung - wie anschließend nachgewiesen werden soll - zumindest zwei, vermutlich sogar drei Meinungsgruppen, die eine Aussöhnung mit der UdSSR anstrebten bzw. ablehnten (154). Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß gelegentliche Schützenhilfe von der einen oder anderen Seite die unterschiedlichsten Motivationen und voneinander abweichenden Zielsetzungen lediglich verdeckte, auch wenn immer wieder die gleichen Fragen, ob und wie man mit oder ohne sowjetische Hilfe den vietnamesischen Kampf unterstützen solle und welche Rückwirkungen die jeweils getroffenen Grundsatzentscheidungen auf die VRCh haben könnten, erörtert wurden (155).

Da die kontroversen Standpunkte zwischen Professionalisten und Traditionalisten innerhalb der VBA ebenso als bekannt vorausgesetzt werden dürfen wie die Argumente der Hauptrepräsentanten, soll an dieser Stelle nur noch auf die Fraktionen in der Führung der KPCh eingegangen werden, obwohl es

häufig sehr wichtig ist, definitiv zu beantworten, warum wer wen und besonders zu welchem Zeitpunkt noch unterstützte, schon zur Gegenseite übergelaufen oder gar bereits uninteressant geworden war. Hinzu kommt, daß verschiedene Personen nicht nur als Repräsentanten der Streitkräfte, sondern auch als solche der Parteispitze auftraten (156).

Trotzdem lassen sich während des Jahres 1965 - allerdings lediglich an ihren Aussagen gemessen - drei Gruppen unterscheiden:

1. Die Gruppe Liu-Teng-Lo, welche hinsichtlich Vietnams notfalls sogar eine Konfrontation mit den USA riskieren wollte und auch um den Preis von Konzessionen für eine Annäherung an die UdSSR einzutreten schien.

2. Die Gruppe Mao-Lin, welche kein direktes Engagement in Vietnam wünschte und auch nur unter der Bedingung einer grundlegenden Revision der sowjetischen Gesamtpolitik bereit gewesen wäre, eine begrenzte Wiederannäherung ins Auge zu fassen.

3. Die Gruppe um P'eng Chen, welche wegen der amerikanischen Überlegenheit von einem militärischen Zusammenstoß dringend abriet, aber auch jegliches Arrangement mit der Sowjetunion strikt ablehnte.

Die Zusammenarbeit der mehr pragmatisch denkenden Parteiführer Liu Shao-ch'i und Teng Hsiao-p'ing mit dem Hauptsprecher der professionell-orientierten Militärs, Lo Jui-ch'ing, muß als ein reines Zweckbündnis angesehen werden, weil sie zwar gemeinsam eine Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR wünschten und für möglich hielten, aber damit völlig unterschiedliche Hoffnungen verbanden (157).

Der Schwerpunkt des Interesses der „neuen Rechten" in der Parteiführung lag eindeutig auf innenpolitischen Fragen. Sie traten für eine rationale Fortentwicklung von Industrie und Landwirtschaft ein und wollten der Gesamtwirtschaft dadurch mehr Auftrieb verleihen, daß man erneut kleinere Privatbetriebe und freie Märkte für die Bauern forderte. Entschieden war ihr Widerstand gegen jede Art von Massenmobilisierung und zu starke Beschleunigung des wirtschaftlichen Aufbaus, weil Experimente wie die „Drei-Banner-Politik" sich als äußerst negativ erwiesen hatten (158). Eine Annäherung an Moskau sollte diese Linie unterstützen, einmal durch Wiederaufnahme von Wirtschaftshilfe und die Neuentsendung der dringend benötigten technischen Experten. Die Risiken einer chinesisch-sowjetischen Aktionsgemeinschaft bezüglich Vietnam wurden nicht allzu hoch eingeschätzt. Dies gilt sowohl in bezug auf gewisse Befürchtungen, die Sowjetunion könnte dadurch unerwünschten Einfluß in China erhalten als auch hinsichtlich der Gefahr, die USA würden in einem solchen Falle nukleare Vergeltungsschläge gegen das Festland führen (159).

Das Interesse der „professionell-orientierten" Militärs an guten Beziehungen zu Moskau hatte schon immer einen doppelten Grund: moderne Waffen und nuklearen Schutz (160). Zwar dürfte das Verhalten der sowjetischen Führung in vielerlei Hinsicht dazu beigetragen haben, Argumente - beides sei für China unabdingbar - zeitweilig zu entkräften, aber der Sturz Chruschtschows, die amerikanische Eskalation in Vietnam und das Angebot der neuen Machthaber im Kreml, eine Aktionsgemeinschaft zu bilden, begünstigte zweifellos jene, welche die Ansicht vertraten, daß eine Wiederherstellung eines besseren Verhältnisses nicht nur der Sicherheit Chinas dienlich sei, sondern auch einen Sieg im Vietnamkrieg sicherstellen würde (161).

Um ihre unterschiedlichen Ziele zu erreichen, waren offensichtlich die „neue Rechte" in der Partei und der „professionell-orientierte" Flügel in den Streitkräften bereit, Moskau gewisse Konzessionen zu machen, zumindest aber die Einstellung der offenen Polemik (162).

Das Bündnis zwischen den mehr ideologisch ausgerichteten revolutionären Kräften in der Parteiführung mit Mao Tse-tung an der Spitze und den von Lin Piao geführten traditionalistisch-orientierten Militärs, muß als wesentlich homogener bezeichnet werden, weil sie aus vielerlei Gründen eine Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetführung – zumindest auf der Basis früherer Bedingungen – kathegorisch ablehnten (163). Das Interesse der „Maoisten" konzentrierte sich vor allem auf den Kampf gegen den Revisionismus, sei es im eigenen Lande oder außerhalb. Denn die Gefahr, daß sich – wie in der UdSSR – auch in China eine Entwicklung in Richtung auf die „Restauration des Kapitalismus" vollziehe, schien ihnen schon derart groß, daß jede Anstrengung dies zu verhindern, Priorität vor allen anderen Notwendigkeiten, einschließlich des eigenen wirtschaftlichen Fortschrittes und des Widerstandes gegen die imperialistische Aggression, haben sollte (164). Da aber die Ausrottung des „Sowjetrevisionismus" sogar Vorrang gegenüber der Vernichtung des „US-Imperialismus" erhielt, verbot sich eine Aktionsgemeinschaft von selbst. Im übrigen wurden alle diesbezüglichen Angebote ohnehin nur als ein Schachzug Moskaus betrachtet, den eigenen Einfluß in China und Vietnam zu verstärken und anschließend beide an die USA zu verraten. Hinzu kam noch das Risiko eines amerikanischen Vergeltungsschlages, dessen Folgen – auch wenn sowjetische Truppen mitbetroffen werden sollten – in erster Linie China zu tragen hätte (165).

Die traditionell-orientierten Militärs bedienten sich ähnlicher Argumente. Sie verwiesen auf die unzureichende Unterstützung durch die UdSSR in Jahren angeblicher Freundschaft und stellten demgegenüber, was man im Bürgerkrieg und im Abwehrkampf gegen die japanische Aggression mit Hilfe eigener Taktiken und durch Vertrauen auf die eigene Kraft zu leisten imstande war (166). Da sie auch in der gegenwärtigen Situation die Feinde für stark und China für vergleichsweise schwach hielten, mußte ihnen die Volkskriegsstrategie wiederum als einzig richtige Methode erscheinen. Solange diese praktiziert werde – so wurde argumentiert – brauche weder die VRCh noch ein anderes Land einen Gegner zu fürchten oder um die eigene Sicherheit zu bangen (167). Eine Aktionsgemeinschaft mit der Sowjetunion dagegen könne nur dazu führen, daß die USA ihren Einsatz weiter erhöhten (168).

Sowohl die „Maoisten" in der Parteiführung als auch der traditionell-orientierte Flügel der Streitkräfte sahen wegen der amerikanischen Ausweitung des Vietnamkrieges ganz offensichtlich keinen Grund, sich – unter Zurückstellung ihrer sonstigen Streitpunkte – mit der Sowjetführung zu arrangieren. Da sie ohnehin eine direkte Konfrontation mit den US-Streitkräften vermeiden wollten, einen unprovozierten Angriff der Amerikaner auf das Festland jedoch für wenig wahrscheinlich hielten, waren sie weiterhin in der Lage, die Volkskriegskonzeption einmal als ausreichenden Schutz für das eigene Land zu bezeichnen und anderen Staaten als sichere Garantie für einen Sieg – und möge er noch solange auf sich warten lassen – anzubieten (169).

Der Erste Parteisekretär und Oberbürgermeister von Peking, P'eng Chen, muß als ein mehr unabhängiger Denker angesehen werden, obwohl die von ihm vertretenen Ansichten – zumindest bis Herbst 1965 – jenen der Gruppe Mao-Lin sehr nahezustehen schienen (170). P'eng warnte nachdrücklich vor einer Aktionsgemeinschaft und riet, da die UdSSR im hohen Maße vertrauensunwürdig und die USA außerordentlich mächtig sei, alles zu tun, um eine militärische Konfrontation wegen Vietnam zu vermeiden. Und indem er sie später durch Lin Piao bekannt gewordene Argumente vorwegnahm, plädierte P'eng dafür, ohne eigene Verstrickung die Imperialisten mittels Volkskriegen in anderen Ländern zu engagieren (171).

Es ist außerordentlich schwierig, sich bei dieser verwirrenden Konstellation und nicht selten auch nur in Nuancen unterschiedlicher Argumentation noch zurechtzufinden. Dies gilt schon, wenn hier lediglich strategische und außenpolitische Erwägungen eine Rolle gespielt hätten. Aber es müssen ja auch noch innen- und machtpolitische Differenzen mit einbezogen werden, nicht nur weil die Strategiedebatte fast unmittelbar in die – wohl kaum außenpolitisch intendierte – Kulturrevolution einmündete, sondern auch, weil Ende 1967 sämtliche Personen „gesäubert" waren, die uneingeschränkt

der Gruppe Mao-Lin zugerechnet werden konnten. Darf man daraus schließen, daß die Kräfte, welche in außenpolitischen Fragen nicht mit den „Maoisten" konform gingen, gleichzeitig zu den Exponenten der innenpolitischen Opposition zählten? Ist es richtig, daß in dieser Phase innenpolitische Standpunkte die außenpolitische Argumentation geradezu bedingten? Trifft es zu, daß gewisse außenpolitische Entwicklungen die schon lange geplanten und vorbereiteten Säuberungen erst ermöglichten?

Wieviel für diese Thesen spricht, kann aus der folgenden Darstellung entnommen werden:

Im Jahre 1958 hatte Mao Tse-tung, entgegen den Ratschlägen einiger führender Wirtschaftsfachleute und vermutlich auch Militärs (172), seine sog. „Drei-Banner-Politik" durchgesetzt, welche die VRCh ideologisch wie wirtschaftlich aus einer von dem Parteiführer als Stagnation empfundenen Lage herausführen sollte. Dabei schien es weder Mao selbst, noch die einflußreichsten Befürworter dieser Idee, Liu Shao-ch'i und Teng Hsiao-p'ing, zu stören, daß sich hierdurch die damals noch unangefochtene Führungsmacht im Weltkommunismus in erheblichem Maße brüskiert fühlen mußte (173). Als jedoch die innen- wie außenpolitischen Folgen (174) kaum mehr verschleiert werden konnten, waren nicht nur im Volk, sondern auch in der Partei bereits starke Zweifel an den Führungsqualitäten Mao Tse-tungs aufgetaucht (175). Zwar gelang es dem Parteiführer 1959 noch einmal durchzusetzen, daß sein Hauptkritiker, P'eng Te-huai, des Postens als Verteidigungsminister enthoben wurde, aber die sonstigen Opponenten der „Drei-Banner-Politik", wie P'eng Chen und dessen Anhang im Pekinger Stadtparteikomitee und jene inzwischen Reformkurs steuernden höchsten Parteifunktionäre, Liu Shao-ch'i und Teng Hsiao-p'ing, erfreuten sich ab 1960 steigenden Einflusses (176). Auf allen Ebenen der Partei war das Mißtrauen gegenüber jeglichen Experimenten groß (177), wurde unter dem Deckmantel des „Wirtschaftspragmatismus" von Wiedereinführung begrenzten Privateigentums sowie freier Märkte gesprochen (178) und besonders die Intelligenz forderte – wenn auch verdeckt – eine völlige Neuorientierung in bezug auf die Führung des Staates (179).

Aber Mao Tse-tung, der seine politischen Zukunftsvisionen nach wie vor für richtig hielt und das Scheitern der „Drei-Banner-Politik" lediglich auf die unkorrekte Ausführung seiner Weisungen durch die unteren und mittleren Kader sowie auf den Verrat durch die Spitzenfunktionäre der Partei zurückführte, gab nicht auf (180). Schon 1959 hatte es einer der wenigen verbliebenen Gefolgsleute Maos, der neue Verteidigungsminister Lin Piao übernommen, zunächst das politische Bewußtsein innerhalb der Streitkräfte entscheidend zu heben und gleichzeitig das Ansehen und die Position des Parteiführers wieder zu festigen. Nachdem dies in jahrelanger Anstrengung gelungen schien, wurde zunächst die Partei aufgefordert, ihre „Fehler" nach dem Vorbild der Armee zu korrigieren (181). Als dies – sicherlich weil einige ihrer höchsten Funktionäre es gar nicht wünschten – mißlang, begann man ab 1964 in zunehmender Zahl indoktriniertes Armeepersonal in leitende Partei- und Staatsämter zu überführen, insbesondere aber parallel zur gesamten Staats- und Parteihierarchie „politische Arbeitsabteilungen", welche zweifellos dem Politkommissarsystem der VBA nachgebildet waren und Kontrollfunktionen ausüben sollten, einzurichten (182). Gleichzeitig konnte Lin Piao seine persönliche Stellung in allen bedeutenden Gremien wesentlich ausbauen (183).

Jener mit Klassenkampfparolen geführte und von politisch zuverlässigem Armeepersonal überwachte Selbstreinigungsprozeß der KPCh wurde jedoch durch außenpolitische Ereignisse noch einmal angehalten (184). Zwar hatten die Maoisten längst erkannt, daß ohne Säuberung in den Spitzenpositionen die Partei veranlaßt werden konnte, ihre Prärogativen und Privilegien so ohne weiteres an die Armee abzutreten (185), aber angesichts der Eskalierung des Vietnamkonflikts durch die USA und des ausgesprochen schlechten Verhältnisses zur UdSSR, war man aus Gründen der Landessicherheit noch einmal gezwungen, den Macht- und Richtungskampf aufzuschieben (186). Dies empfahl sich umso mehr, als in der gegebenen Situation auch die Argumente der professionell-orientierten Fraktion der Streitkräfte wieder zunehmendes Gehör finden und als nicht zu unterschätzende Stütze der „neuen Rechten" in der Partei angesehen werden mußte (187).

Vor dem Hintergrund jener komplexen innenpolitischen Konstellation begannen also ab Februar 1965 die Auseinandersetzungen hinsichtlich des Problems, wie man sich wegen der Entwicklungen in Vietnam verhalten sollte. Und es ist ganz offensichtlich, daß die Strategiediskussion innerhalb der Armee diesmal ein tiefgreifendes Echo in der chinesischen Führungsspitze fand (188). Sie begann – wie bereits ausgeführt – mit einer Darlegung des grundsätzlichen Standpunktes der Maoisten (189), führte zum Jahrestag des Gedenkens an den Sieg über den deutschen Faschismus zu einem polemischen Schlagabtausch zwischen Generalstabschef Lo Jui-ch'ing und einem nicht näher bezeichneten Autorenkollektiv (190) und fand ihr vorläufiges – etwas überraschendes – Ende mit einer Rede P'eng Chens am 25. März 1965 in Djakarta, welche auch die letzten Zweifel beseitigte, daß der Erste Parteisekretär Pekings außenpolitisch eher auf der Linie der Maoisten lag (191). Obwohl er schon auf einer Massenveranstaltung gegen die amerikanische Aggression in Vietnam am 10. Februar 1965 jegliche konkrete Hinweise in bezug auf Art und Umfang der chinesischen Unterstützung vermieden hatte (192), standen seine Ausführungen in Indonesien in eindeutigem Widerspruch zu der noch kurz vorher entwickelten Konzeption Lo Jui-ch'ings (193). Diese Tatsache soll durch einige Punkte belegt werden (194):

1. Im Gegensatz zu Lo, der – relativ gesehen – die deutsche Armee im Zweiten Weltkrieg für überlegener als die US-Streitkräfte bezeichnet hatte, stellte Peng fest, daß die Amerikaner ein wirtschaftliches und militärisches Potential besäßen, welches „einmalig" in der Welt sei (195).

2. Im Gegensatz zu Lo, der die Verantwortlichen beschuldigt hatte, notwendige militärische Maßnahmen in bezug auf einen Überraschungsangriff der US-Imperialisten vernachlässigt zu haben, behauptete P'eng, daß dies durch die Vorbereitung auf den Volkskrieg bereits geschehen sei, weil diese Taktik die USA schon immer von dem Einsatz ihrer Nuklearwaffen abgehalten habe (196).

3. Im Gegensatz zu Lo, der sein „volles Vertrauen zum sowjetischen Volk und zur sowjetischen Armee" zum Ausdruck gebracht hatte und „Schulter an Schulter" gegen den „gemeinsamen Feind" kämpfen wollte, bezeichnete es P'eng als wichtig für den Sieg gegen die Imperialisten, „das wahre Gesicht der Chruschtschow-Revisionisten zu enthüllen und den Kampf gegen sie bis zum Ende durchzustehen" (197).

Zweifellos mußten derartige Äußerungen sowohl den professionell-orientierten Militärs als auch den antimaoistischen Kräften im Parteiapparat, die P'eng und seinen Anhang bereits als Stütze im innenpolitischen Machtkampf mit eingeplant hatten, wenig gelegen kommen. Doch die Diskussion ging weiter. Nachdem im Juni 1965 von den Maoisten noch einmal jegliches Nachgeben gegenüber dem Chruschtschow-Revisionismus „als schwerwiegender historischer Fehler" bezeichnet worden war (198), nahm Generalsekretär Teng Hsiao-p'ing den IX. Kongreß der KP Rumäniens zum Anlaß, den außenpolitischen Standort der „neuen Rechten" in der Parteiführung zu präzisieren. In seiner Rede führte er u.a. aus:

> „In unserem gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus, angeführt von den USA... wird das chinesische Volk immer Hand in Hand... mit den Brudervölkern des sozialistischen Lagers sowie den unterdrückten Völkern und Nationen auf der gesamten Welt vorwärtsmarschieren..." (199).

Dieser eindeutige Appell für eine Aktionsgemeinschaft gegen die USA stand nur im krassen Widerspruch zur Ansicht der Maoisten, welche die Sowjets schon lange als Verräter der Brudervölker des sozialistischen Lagers ansahen, sondern auch zu derjenigen P'eng Chens, welcher in seiner Djakarta-Rede ja ebenfalls ein gegen die USA gerichtetes Bündnis mit der UdSSR kategorisch abgelehnt hatte (200). Der letzte Schlagabtausch zwischen den Professionalisten und Traditionalisten innerhalb der VBA fand – wie bereits beschrieben – Anfang August statt, aber als Höhepunkt der Strategiediskussion muß ohne Zweifel der 3. September 1965 gesehen werden, da Generalstabschef Lo Jui-ch'ing und Verteidigungsminister Lin Piao ihre Standpunkte darlegten, die jedoch derart voneinander abwichen, daß ein Kompromiß unmöglich schien.

Auch wenn erst mit der Säuberung Lo Jui-ch'ings die außenpolitische Debatte als abgeschlossen gelten konnte, so gibt es dennoch Anzeichen, daß bereits ab Spätsommer 1965 die Mehrheit in der chinesischen Führung ein aktives Eingreifen in Vietnam nicht mehr in Erwägung zog. Diese Tendenz, welche sicherlich durch andere außenpolitische Rückschläge verstärkt wurde (201), läßt sich besonders deutlich aus den folgenden Stellungnahmen erkennen:

- Im September 1965 erklärte Außenminister Ch'en Yi:

> „Sollten die US-Imperialisten das chinesische Festland angreifen, werden alle notwendigen Maßnahmen getroffen sein, sie zu vernichten" (202).

- Im Januar 1966 konnte man in einem Leitartikel der Volkszeitung lesen:

> „Wenn die US-Aggressoren es wagen sollten, in unser Land einzufallen, werden wir sie ein für allemal und vollständig vernichten" (203).

- Im April 1966 warnte die Volkszeitung erneut:

> „Wenn die US-Imperialisten einen Angriff auf China wagen sollten..., würden die Invasoren total vernichtet werden" (204).

- Im Mai 1966 sagte es dann Ministerpräsident Chou En-lai unmißverständlich:

> „China wird nicht die Initiative ergreifen, einen Krieg mit den USA zu provozieren... Wenn sich die USA aber einmal darauf eingelassen haben, gibt es kein Zurück mehr" (205).

Genau innerhalb dieser Zeitspanne wurde Lo Jui-ch'ing, der am nachdrücklichsten von allen für ein aktives chinesisches Engagement in Vietnam eingetreten war, seines Postens enthoben und durch Yang Ch'eng-wu als amtierenden Generalstabschef ersetzt (206).

Wenn man bedenkt, daß von den Diskussionsteilnehmern nur noch Liu Shao-ch'i und Teng Hsiao-p'ing für eine Annäherung an die Sowjetunion eingetreten waren, aber auch diese – wie alle anderen – keine direkte Konfrontation mit den USA wünschten, war es für die Mao-Lin-Gruppe wohl am einfachsten, zunächst die Ablösung Los durchzusetzen (207). Daß den Maoisten damit jedoch praktisch der maßgebende Einfluß über die Streitkräfte zufiel, vermochten Liu Shao-ch'i und Teng Hsiao-p'ing – welche ja noch über die Mehrheit in den Entscheidungsgremien der Partei verfügten – erst zu beeindrucken, als es immer schwieriger wurde, ihre Anhänger, insbesondere die kritischen Intelektuellen, gegen die Angriffe des Armeepropagandaapparates zu schützen und aufgrund gezielter Machtdemonstration der Armee nicht einmal die Absetzung P'eng Chens und sieben von acht seiner Sekretäre im Pekinger Stadtparteikomitee verhindert werden konnte (208). Außenpolitisch ist diese Säuberungsaktion nur sehr schwer zu begründen, auch wenn P'eng möglicherweise in seinen Stellungnahmen die Stärke der USA zu sehr betonte oder gar – was allerdings nicht belegt werden kann – für eine stufenweise Aussöhnung mit den USA eintrat, wohingegen die Mao-Lin-Gruppe stets großen Wert auf die Feststellung legte, daß der US-Imperialismus zwar noch beachtenswerte Macht besitze, aber langfristig zu besiegen sei und auch besiegt werden müsse (209). Wenn man jedoch die Argumentation P'eng Chens vom 10. Februar 1965 mit der des Autorenkollektivs vom 9. Mai 1965 und der Djakarta-Rede vom 25. Mai 1965 vergleicht, wäre der Gedanke nicht abwegig, daß P'eng als erster gegen Lo Jui-ch'ings Konzept der Aktionsgemeinschaft mit der UdSSR gegen die USA vorging und er es war, der den Artikel des Autorenkollektivs in der Volkszeitung inspirierte, vielleicht sogar selbst verfaßte oder von seinen Mitarbeitern verfassen ließ (210). Auch Lin Piaos Rede „Lang lebe der Sieg im Volkskrieg" stellt im wesentlichen – abgesehen von den historischen Reminiszenzen – wenig mehr als eine Wiederholung der Djakarta-Rede P'engs dar. Dies gilt sogar für die These von dem Kampf der „Weltdörfer"

gegen die „Weltstädte" (211). Darum kann P'engs Säuberung nach dem derzeitigen Kenntnisstand nur so gesehen werden, daß seine außenpolitische Haltung ihn als geeignetes Werkzeug erscheinen ließ, zunächst Lo Jui-ching zu entmachten, um wenig später selbst Opfer seiner langjährigen innenpolitischen Oppositionshaltung zu werden (212).

Als schließlich die Strategiediskussion mit ihren letzten Echos, d. h. einer Rede Liu Shao-ch'is vom 28. 4. 1966, in welcher er nochmals „die große Einheit des sozialistischen Lagers" beschwor (213) und einer Rede Teng Hsiao-p'ings vom 6. 5. 1966, in der auch er für eine „gemeinsame Front" eintrat (214), unmittelbar in die Kulturrevolution einmündete, dürften außenpolitische Fragen schon weitgehend in den Hintergrund getreten sein. Denn diese beiden Personen waren ja jene – allerdings bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht namentlich benannten – „Machthaber, die den kapitalistischen Weg beschritten" und deren Beseitigung als eines der Hauptziele der Maoisten bezeichnet werden muß (215).

Die drei oben gestellten Fragen, ob also die Kräfte, welche in außenpolitischer Hinsicht mit der Mao-Lin-Gruppe nicht konform gingen, gleichzeitig auch zu den Exponenten der innenpolitischen Opposition zählten, ob ihr innenpolitischer Standpunkt die außenpolitische Argumentation geradezu bedingte und gewisse außenpolitische Entwicklungen die schon lange geplanten und vorbereiteten Säuberungen erst ermöglichten, können daher im wesentlichen positiv beantwortet werden.

Denn Lo Jui-ch'ing war ja – nachdem er anfangs durchaus mit Lin Piao übereinstimmte und auch dessen politische Indoktrinierungskampagnen nachdrücklich unterstützte – aus Sorge um eine angemessene Verteidigungsbereitschaft (216) schließlich als Wortführer des professionell-orientierten Offizierskorps aufgetreten und hatte gegen den wachsenden Einfluß der Politkommissare und eine zu starke Betonung der nicht-militärischen Aufgaben in der VBA protestiert (217). Dies wog umso schwerer, da gerade die Streitkräfte von den Maoisten dazu ausersehen waren, als Speerspitze gegen den unzuverlässig gewordenen Parteiapparat eingesetzt zu werden (218). P'eng Chen gehörte schon seit der Proklamation der „Drei-Banner-Politik" nicht zu den begeisterten Anhängern von Maos damaliger politischer Linie und stand Anfang der sechziger Jahre innenpolitisch auf der Seite der „Neuen Rechten", als Peking – mit P'engs stillschweigender Duldung – das Zentrum der intellektuellen Opposition wurde (219). Liu Shao-ch'i und Teng Hsiao-p'ing konnten schon seit Ende 1958 nicht mehr als zuverlässige Stützen des Parteiführers gelten (220), engagierten sich stark für die wirtschaftlichen Readjustierungsmaßnahmen bis Spätsommer 1962 (221) und wurden ab dem 10. Plenum im September 1962 von Mao Tse-tung als Hauptverfechter einer „Restauration des Kapitalismus" angesehen (222).

Auch die außenpolitische Argumentation stand – zumindest bei Lo Jui-ch'ing sowie Liu Shao-ch'i und Teng Hsiao-p'ing – in einem unmittelbaren Zusammenhang mit ihrer innenpolitischen Haltung. Der Repräsentant der professionell-orientierten Fraktion in den Streikräften sprach sich für eine Annäherung an die UdSSR aus, weil er sich angesichts des eskalierenden Vietnamkonfliktes wohl doch nicht gänzlich auf die Volkskriegsstrategie verlassen wollte und zusätzlich modernere Waffen sowie sowjetischen Nuklearschutz für einen möglichen amerikanischen Angriff auf das Festland wünschte (223), die „neue Rechte" tat dies, um sich – vermutlich mit sowjetischer Unterstützung – ungestört einer Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse und dem Ausbau ihrer eigenen Machtposition widmen zu können (224). P'eng Chen hatte sich zwar – wie bereits ausgeführt – strikt gegen eine Aussöhnung mit den Sowjets gewandt, aber er war auch gleichzeitig der einzige, welcher möglicherweise für eine Entspannung des sino-amerikanischen Verhältnisses eintrat (225).

Schon seit dem 10. Plenum im September 1962 hatte die Mao-Lin-Gruppe versucht, den Einfluß ihrer Gegner zu schmälern. Die Inszenierung verschiedener Kampagnen zur Hebung des politischen Bewußtseins sind ein Beweis dafür. Daß es ihr zum damaligen Zeitpunkt vorerst mißlang, lag sowohl daran, daß die Indoktrinierung der VBA noch nicht so weit fortgeschritten war, sie im Sinne der Maoisten einzusetzen, als auch daran, daß die „neue Rechte" gerade anfing, die Erfolge ihres pragmatischen wirtschaftlichen Kurses zu ernten. Als sich Anfang 1965 schließlich beide Seiten für die Austragung des Macht- und Richtungskampfes hinreichend gerüstet glaubten, mußte er aufgrund

außenpolitischer Entwicklungen zunächst noch einmal verschoben werden und ging erst dann in eine akute Phase über, als nicht nur ein amerikanischer Angriff auf das Festland wegen Vietnam möglich geworden war, sondern sich auch die außenpolitischen Hoffnungen Chinas als trügerisch erwiesen hatten (226).

Die Haltung Chou En-lais in der Strategiediskussion ist deshalb unklar, weil er sich während des gesamten Jahres 1965 jeder Äußerung enthielt, die ihn als Parteigänger der einen oder anderen Seite hätte identifizieren lassen (227). Erst anläßlich des Besuches einer albanischen Parteidelegation vom 24. April bis 6. Mai 1966, den Liu Shao-ch'i und Teng Hsiao-p'ing nochmals dazu benutzt hatten, sich – wenn auch verdeckt – für eine Aktionsgemeinschaft mit Moskau auszusprechen, schien sich Chou En-lai entschieden zu haben (228). Im Gegensatz zu Lin und Teng verwarf er sowohl die Konzeption des „simultanen Kampfes" als auch die der „großen Einheit des sozialistischen Lagers" und führte – ganz auf der maoistischen Linie liegend – aus:

> „Nur durch harten Kampf gegen den modernen Revisionismus mit der sowjetischen Führungsgruppe im Zentrum kann der Kampf ... mit Hilfe der großen Einheit der Völker der Welt ... gegen den US-Imperialismus siegreich zu Ende geführt werden" (229).

Das ihm eigene Gespür für Machtkonstellation ließ Chou En-lai jedoch nicht nur in der Strategiedebatte rechtzeitig auf die Linie der Mao-Lin-Gruppe einschwenken, sondern er war es auch, welcher in der Spätphase der Kulturrevolution erkannte, daß es nunmehr galt, sich mit der Armee, d. h. vorwiegend den Oberbefehlshabern der Wehrbereiche und anderen Regionalkommandanten, gegen die „extreme Linke" zu verbünden (230).

Schließlich bleibt noch die Frage zu klären, wie die VBA insgesamt auf die Entscheidung zugunsten der Volkskriegsstrategie, den nicht wesentlich später ergangenen Befehl, in der Kulturrevolution auf seiten der Maoisten intervenieren zu sollen sowie auf die ab Frühjahr 1969 durchaus denkbare Möglichkeit, neben einem amerikanischen auch mit einem sowjetischen Angriff rechnen zu müssen, reagierte.

Wegen des sachlichen Zusammenhanges soll hier der erste und letzte Teil der Problematik vorweg behandelt werden.

Selbst wenn man unterstellt, daß in der Zeit von 1965 bis 1969 eine Mehrheit im Offizierkorps der VBA Anhänger der Volkskriegsstrategie gewesen sei, so mußte schon die bloße Übernahme dieser Doktrin als ein Eingeständnis der eigenen militärischen Schwäche angesehen werden. Im Falle einer aktuellen ausländischen Aggression hing ihre Praktizierung jedoch nicht nur davon ab, ob der Feind tatsächlich – wie gemeinhin angenommen – einer Ausschaltung von Chinas Rüstungszentren die Invasion von Bodentruppen folgen lassen würde (231), sondern bedeutete mit Sicherheit die Aufgabe vieler chinesischer Städte, ganzer Landkreise oder gar Provinzen, während die reguläre Armee untätig abwarten sollte, bis man – gemäß der von Mao entwickelten Drei-Phasen-Theorie (232) – die Stunde ihres Eingreifens für gekommen hielt (233). Aber abgesehen von der Tatsache, daß damit die Hauptlast der Landesverteidigung der Volksmiliz – also mehr oder weniger Amateuren – übertragen und der VBA – also den eigentlichen Fachleuten – eine passive Rolle zugewiesen wurde, dürfte zumindest der Pekinger Führung und den leitenden Militärs nicht entgangen sein, wie fragwürdig Maos Volkskriegsstrategie bereits geworden war. Dies gilt besonders für die dritte Phase, in welcher erstmals die VBA eingesetzt werden sollte. Denn mit dem massiven Angriff gegen langsam zermürbte und zahlenmäßig unterlegene feindliche Kräfte mochten zwar noch im sino-japanischen Krieg oder im chinesischen Bürgerkrieg Erfolge zu erringen gewesen sein, gegen einen mit taktischen Nuklearwaffen ausgerüsteten Gegner hätte die VBA – jedenfalls mit Hilfe dieses Konzepts – nie eine Siegeschance gehabt (234).

Da sich auch die chinesische Führung – trotz des offiziellen Festhaltens an der Volkskriegsstrategie – nicht über diese Tatsache hinwegtäuschte, soll hier noch kurz überprüft werden, wie und mit welchen Mitteln man versuchte, die eigene Verteidigungskraft zu stärken.

Die VRCh hatte zunächst mit Hilfe der UdSSR und ab 1960 aus eigener Kraft ein Nuklearprogramm vorangetrieben, das sie in die Lage versetzte, im Jahre 1964 ihre erste Atombombe und 1967 ihre erste Wasserstoffbombe zu zünden (235). Dieses Tempo ist angesichts der vergleichsweise bescheidenen wirtschaftlichen und personellen Ressourcen erstaunlich, wenn man berücksichtigt, daß die konventionelle Rüstung und die zahlenmäßige Stärke der VBA – schon aus Gründen der inneren Sicherheit – zumindest auf dem gleichen Stand wie vorher gehalten wurde (236). Wenn man sich fragt, weshalb Peking den Ausbau von äquivalenten Trägersystemen nicht mit der gleichen Intensität vorantrieb, so dürfte die Antwort im ökonomischen Bereich liegen. Die forcierte Entwicklung von Mittelstrecken- oder gar Interkontinentalraketen hätte nicht nur ein erhebliches wissenschaftliches Potential absorbiert, sondern auch eine Steigerung der Plutoniumproduktion erforderlich gemacht. Denn erst von einer gewissen Sprengkraft an aufwärts wäre eine Rakete als Täger rentabel, besonders dann, wenn man noch nicht über ausgereifte Steuerungsmechanismen verfügt (237).

Obwohl die VRCh sicherlich an einem ihrem Nuklearprogramm entsprechenden fortgeschrittenen Trägersystem arbeitet und sogar schon über eine gewisse Anzahl Mittel- und Langstreckenraketen verfügt, kann bereits aus dem Arbeitsbulletin 1961 entnommen werden, daß die Chinesen der Entwicklung taktischer Atomwaffen Priorität einräumten (238).

Der Besitz derartiger Nuklearsprengkörper, die von Jagdbombern oder mittels Artillerie ins Ziel gebracht werden könnten, hätte – unter Beibehaltung der bisher geübten Praxis, alles zu vermeiden, was einen direkten Zusammenstoß mit den USA oder der UdSSR wahrscheinlich machte – zumindest zwei entscheidende Vorteile (239):

- Sie wären eine Angriffswaffe, weil der Vorteil starker konventioneller Streitkräfte im regionalen Bereich voll ausgenutzt werden könnte, ohne daß befürchtet werden müßte, das Opfer einer chinesischen Aggression oder dessen Verbündete würden sogleich mit nuklearen Mitteln antworten.
- Sie wären eine Verteidigungswaffe, weil damit feindliche Gruppenkonzentrationen, z. B. bei einem Angriffskeil sowjetischer Streitkräfte aus dem Norden oder bei amerikanischen Landungsversuchen an den Küsten, verhindert und – mangels eines Potentials des „Zweiten Schlages" – wenigstens die Guerillakriegstaktik mit Aussicht auf Erfolg praktiziert werden könnte.

Dies sind auch die Gründe dafür, weshalb die dominierende Gruppe in Peking ebenso wenig daran dachte, die konventionellen Streitkräfte zu verringern, wie sie auch nicht duldete, daß das Verteidigungsprogramm von den Ereignissen, welche sich ab 1966 auf dem chinesischen Festland ereigneten, behindert wurde (240).

Die Kulturrevolution ging aber auch an der VBA nicht spurlos vorüber. Solange sie lediglich verbale Unterstützung zu leisten hatte, konnte ihre Loyalität und ihr Zusammenhalt im Ober- und Mittelbau durch die Autorität Lin Piaos und die seiner Gefolgsleute als sichergestellt gelten. In den unteren Rängen tat die jahrelange „promaoistische" Indoktrinierung das übrige. Schwierigkeiten entstanden erst zu dem Zeitpunkt, als den Streitkräften nicht nur befohlen wurde, zugunsten der Mao-Lin-Gruppe in den Machtkampf einzugreifen, sondern auch die Abweichler in den eigenen Reihen aufzuspüren (241). Dies war schon deshalb eine äußerst delikate Angelegenheit, weil es bedeutete, gegen einen großen Teil der Funktionäre der staatstragenden Partei vorzugehen. Hinzu kam häufig das Problem, zu wessen Gunsten man eingreifen und wen man aufspüren sollte, wenn doch jeder im Namen Maos zu handeln vorgab. Darum konnte es nicht ausbleiben, daß die Militärs unterschiedlich reagierten. Manchen gefiel ihre neue Schiedsrichterrolle und griffen mit Waffengewalt ein, wobei

dahingestellt bleibt, ob sie es immer zugunsten der „richtigen Seite" taten. Einige leisteten nur einen symbolischen Beitrag. Die meisten jedoch beschränkten sich darauf, in der ihnen unterstehenden Region ein Minimum an Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten (242).

Da alle drei Verhaltensweisen aber ungeeignet waren, den Maoisten im ganzen Lande zum entscheidenden Durchbruch zu verhelfen und sie dazu übergingen, nach den umfangreichen Säuberungen in der VBA-Führung, auch einzelne regionale Militärkommandanten anzugreifen, hatte man deren kollektive Macht vermutlich unterschätzt. Denn schon ab Mitte 1967 sah sich die Pekinger Führung gezwungen, dem Druck des Militärs nachzugeben und die extreme Linke zu stoppen.

Die Stunde der VBA war gekommen (243).

4. Bilanz

Dem Jahr 1965 sah die chinesische Führung mit gespannter Erwartung entgegen. Denn die gleichzeitige harte Frontstellung gegen die USA und die UdSSR hatte sich ausgezahlt und sei es nur dahingehend, daß man ohne Aufgabe von Prinzipien Zeit gewann sowie seinen Einfluß – besonders bei den für eine Teilnahme an der Zweiten Bandungkonferenz vorgesehenen Ländern – beträchtlich verstärken konnte. Auch das von den Supermächten ausgehandelte Teststoppabkommen verhinderte nicht, daß die VRCh am 16. 10. 1964 in Lop Nor ihre erste Kernladung zündete.

Trotz innerer Zerstrittenheit gelang es, das Drei-Banner-Debakel zu überwinden und die wirtschaftspolitische Situation aus eigener Kraft zu stabilisieren. Mit großem Interesse verfolgte man nun in Peking die außenpolitische Entwicklung und wartete auf eine günstige Gelegenheit, mit den Gegnern im Innern abzurechnen.

Doch es kam völlig anders.

Während von Mao Tse-tung noch im Januar 1965 vorausgesagt wurde, die Amerikaner hätten sich mit ihrer Niederlage in Vietnam bereits abgefunden und würden spätestens innerhalb von zwei Jahren all ihre Truppen abziehen, war es gerade jener von der VRCh als Modell für die Richtigkeit der Volkskriegskonzeption ausersehene Konflikt, welcher schon bald die entscheidenden Probleme aufwerfen, die ohnehin bereits unüberbrückbaren Standpunkte innerhalb der chinesischen Führung zum offenen Bruch führen und schließlich die ernsteste Krise seit Etablierung des kommunistischen Regimes auf dem Festland hervorrufen sollte. Denn die amerikanische Eskalation des Vietnamkrieges bot nicht nur der professionell-orientierten Fraktion innerhalb der VBA Gelegenheit, ihren Zweifel hinsichtlich der Landessicherheit größeres Gehör zu verschaffen, sondern ermöglichte es auch den Kräften innerhalb des zivilen Parteiapparates, stärker in Richtung auf die schon lange erstrebte – wenn auch vorwiegend politische und wirtschaftlich motivierte – Aussöhnung mit der UdSSR zu drängen. In dem gleiche Maße aber, in welchem sich die Gefahr einer chinesisch-amerikanischen militärischen Konfrontation verringerte und die Chinesen für einen außenpolitischen Durchbruch schwanden, ging jener schon mit der „sozialistischen Erziehungskampagne" begonnene Macht- und Richtungskampf in die entscheidende Phase der Kulturrevolution über.

Obwohl in weniger als zwei Jahren fast 60% der führenden Parteimitglieder als Volksverräter entlarvt und abgesetzt wurden, waren die eigentlichen Gewinner dieser umfangreichsten Säuberung seit 1949 nicht etwa die siegreiche Gruppe um Mao Tse-tung und Lin Piao, sondern die VBA und innerhalb dieser hauptsächlich die regionalen Militärbefehlshaber.

Die „Große Proletarische Kulturrevolution" ist mit dem erklärten Ziel begonnen worden, den Grad der Loyalität der Gesellschaft zu überprüfen sowie Widersprüche zu schaffen und aufzudecken. Wenngleich dies zweifellos gelang, bleibt immerhin die Frage offen, ob sie auch im Sinne der maoistischen Führung gelöst wurden.

ABSCHNITT C

Zusammenfassung und Schluß

Bei der Bearbeitung des Themas hat sich gezeigt, daß es wegen der Vielzahl aufeinander einwirkender Faktoren häufig Schwierigkeiten bereitete, nicht nur Determinanten zu ermitteln, die geeignet waren, eine definitive Abgrenzung von Ursache und Wirkung zu erreichen, sondern auch die kausalen Zusammenhänge zu verifizieren. Hinzu kam die Gewißheit, daß uns trotz der Fülle des vorliegenden Materials ein erheblicher - möglicherweise sogar der entscheidende - Teil an Informationen fehlt. Nichtsdestoweniger soll hier der Versuch unternommen werden, die außen- und innenpolitischen Aspekte der Strategiediskussion in den ersten zwei Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft in China auf der Basis der vorangegangenen Ausführungen nochmals zusammenzufassen und zu analysieren.

Obwohl es keine zufriedenstellenden Schemata gibt, historische Prozesse exakt zu periodisieren, erweist es sich manchmal als nützlich, wenigstens die markantesten Phasen und Wendepunkte (1), aufzuzeigen. Dies soll hier in mehrfacher Hinsicht geschehen. Zunächst in bezug auf die Außen- und Innenpolitik, wobei die vergleichsweise grobe Einteilung ausschließlich dem Zwecke dient, nochmals den notwendigen Gesamtüberblick zu verschaffen und sodann in bezug auf die Wirtschafts- und Militärpolitik, eine stufenförmige Entwicklung, welche der Besonderheit des Themas stärker Rechnung trägt.

In **außenpolitischer** Hinsicht sind fünf deutliche Einschnitte erkennbar (2):

Die erste Phase von 1949/50 bis Herbst 1953, in der noch die Machtkonsolidierung Priorität vor allen anderen Erwägungen hatte, war außenpolitisch von dem Bemühen gekennzeichnet, Teile ehemals verlorengegangenen Territoriums zurückzugewinnen, das Bündnis mit dem Ostblock zu festigen, die Grenzen Chinas gegen tatsächliche oder angenommene Bedrohung durch auswärtige Feinde zu verteidigen sowie - gemäß der damaligen sowjetischen Generallinie - die kommunistischen Parteien der asiatischen Nachbarländer in Richtung auf nationale Befreiungskriege zu drängen.

Die zweite Phase von Herbst 1953 bis Mitte 1957, in welcher trotz prinzipiell unveränderter Zielsetzung versucht wurde, nunmehr durch eine Politik der „friedlichen Koexistenz" zwischen kommunistischen und nichtkommunistischen Ländern ganz allgemein den westlichen Einfluß in Asien zurückzudrängen und im besonderen die antichinesischen Einkreisungs-, Eindämmungs- und Isolationsbestrebungen der USA zu durchkreuzen.

Die dritte Phase von Mitte 1957 bis Herbst 1962, in der unter Berufung auf die inzwischen angeblich erfolgte Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten des sozialistischen Lagers eine von der sowjetischen Linie abweichende und ihr in zunehmendem Maße entgegenstehende Politik des Selbstbewußtseins sowie Besinnung auf die eigene Kraft betrieben wurde, welche erstmals über die geographische Interessensphäre hinausgriff, um ohne Berücksichtigung weltanschaulicher Gesichtspunkte auf internationaler Ebene für ein umfassendes chinesisches Entwicklungsmodell zu werben.

Die vierte Phase von Herbst 1962 bis 1965, in welcher angesichts gewisser Desintegrationserscheinungen langjähriger Bündnissysteme und der Annäherung ehemaliger Gegner eine - wenn auch unrealistische - Chance gesehen wurde, mit Hilfe der unterentwickelten Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas größeren Einfluß auf die weltpolitischen Vorgänge zu erhalten und diese Staaten, zusammen mit einigen mittleren westlichen Industrienationen, in einen simultanen Kampf gegen den US-Imperialismus und den Chruschtschow-Revisionismus zu führen.

Die fünfte und letzte Phase von 1965 bis 1969, welche ganz im Schatten des innenpolitischen Macht- und Richtungskampfes stand und in der man durch feindselige Akte gegenüber fast allen Ländern den in langen Jahren mühsam erworbenen Kredit wieder verspielte, ließ nur ein einziges – wenn auch bedeutsames – Konzept erkennen: die Sowjetunion erhielt vor den USA das Charakteristikum eines Hauptfeindes zugesprochen.

In **innenpolitischer** Hinsicht vollzog sich die Entwicklung in sieben verhältnismäßig klar abgrenzbaren Etappen (3):

Die erste Phase von 1949/50 bis Herbst 1953, in welcher nach Erlangung der vollständigen militärischen Kontrolle über das chinesische Festland so schnell wie möglich – d. h. auch unter Anwendung selektiven Terrors – die Basis für eine neue sozialistische Gesellschaft gelegt werden sollte. Obwohl wegen der durch ausländische Aggression und Bürgerkrieg zerrütteten Volkswirtschaft in den Städten und Industriezentren noch eine begrenzte Zusammenarbeit mit dem privaten Unternehmertum zu verzeichnen war, erfolgte auf dem Lande unmittelbar eine revolutionäre Veränderung der Besitzverhältnisse, die es ermöglichte, schon Ende 1953 den „Übergang zum Sozialismus" zu proklamieren.

Die zweite Phase vom Herbst 1953 bis Anfang 1956, in der mit Hilfe massiven Druckes die Agrarkollektivierung, Sozialisierung privater Unternehmungen, Vergenossenschaftlichung von Handel und Handwerk erfolgreich vorangetrieben werden konnten, eine ideologische Anpassung der intellektuellen und technologischen Eliten, welche noch vor der kommunistischen Machtübernahme ausgebildet worden waren, an die sozialistische Gesellschaftsordnung jedoch mißlang.

Die dritte Phase von Anfang 1956 bis Mitte 1957, in welcher zwar die wirtschaftliche Anpassung an ein sozialistisches Gesellschaftssystem erfolgreich fortgesetzt werden konnte, jedoch schon eine – als bloße Überprüfung des politischen Bewußtseinsstandes der Bevölkerung gedachte – kurzfristige Lockerung der Kontrollstrukturen genügte, den Fortbestand des Regimes ernsthaft in Frage zu stellen.

Die vierte Phase von Mitte 1957 bis Winter 1958/59, welche nicht nur von der kompromißlosen Unterdrückung aller systembedrohenden Tendenzen gekennzeichnet war, sondern in der gleichzeitig versucht wurde, mittels umfassender Kampagnen eine totale Mobilisierung der Massen und Kollektivierung des Lebens zu erreichen sowie die bereits in Ansätzen erkennbare Abkehr vom wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsmodell der Sowjetunion unwiderruflich zu vollziehen.

Die fünfte Phase vom Winter 1958/59 bis Herbst 1962, in welcher die Folgen des zeitlich wie inhaltlich offenbar zu stark forcierten Entwicklungskonzeptes anfangs zu zögernden Korrekturen Anlaß gaben und bald darauf die sich abzeichnende Katastrophe zur schrittweisen Wiedereinführung volkswirtschaftlicher Kriterien und unübersehbaren Herabsetzung der ideologischen Ansprüche zwang.

Die sechste Phase vom Herbst 1962 bis 1965, in der sich wegen zweier alternativer politischer Programmvorschläge vorerst noch ein verdeckter Macht- und Richtungskampf in der chinesischen Führungsspitze abspielte, aber zunehmend auch erkennbar wurde, daß hinfort der Parteiapparat und die VBA als konkurrierende Organisationen auftreten sollten.

Die siebte und letzte Phase von 1966 bis 1969, in welcher die Mao-Lin-Gruppe nicht nur versuchte, die Rückkehr zum politischen Entwicklungskonzept von 1958 zu erzwingen, sondern durch Mobilisierung und Fanatisierung der jungen Generation die Strukturen des zivilen Parteiapparates zu zerschlagen. Nachdem dieses Experiment zunächst aufgrund des Widerstandes der Bevölkerung und später der – besonders regionalen – Militärbefehlshaber scheiterte, war die endgültige Übernahme der maßgeblichen Herrschaftsfunktion durch die VBA, die provisorisch schon ab Januar 1967 erfolgte, nur mehr eine Frage der Zeit.

In **wirtschaftspolitischer** Hinsicht kann im wesentlichen eine dreifache Unterscheidung vorgenommen werden (4):

Die erste Phase von 1949/50 bis 1957, welche zunächst zwar ganz im Zeichen der ökonomischen Stabilisierung stand, aber schon vom Ansatz her erkennen ließ, daß diese nur mit Hilfe der Sozialisierung, Nationalisierung und umfassender Wirtschaftskontrolle erreicht werden sollte. Dabei orientierte man sich bis 1952 und auch in der Zeit des Ersten Fünf-Jahres-Planes von 1953 bis 1957 weitgehend am sowjetischen Modell. Aber trotz der unbestreitbaren Erfolge sowohl in bezug auf die Errichtung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung als auch in bezug auf die tatsächliche Produktionssteigerung gegenüber der Ausgangssituation von 1949/50 war es den chinesischen Kommunisten – wie das Jahr 1957 deutlich unter Beweis stellte – weder gelungen, sich aus der allseitigen Abhängigkeit von der UdSSR zu lösen, noch die Mehrheit der Bevölkerung im kommunistischen Sinne zu indoktrinieren.

Die zweite Phase von 1957 bis Herbst 1962, deren Darstellung als einheitlicher Abschnitt an dieser Stelle nur dadurch gerechtfertigt werden kann, daß sie – unabhängig von spezifischen Erfolgen oder Mißerfolgen – von einem umfassenden Konzept maßgeblich beeinflußt wurde, welches in seinen politischen und ideologischen sowie organisatorischen und wirtschaftlichen Aspekten als gemeinchinesisches Entwicklungsmodell anzusehen ist. Dieses Alternativprogramm, welches im zweiten Halbjahr 1957 entworfen, diskutiert und durchgesetzt worden war, sollte ab 1958 durch maximale Ausnutzung des Reservoirs an individueller Arbeitskraft nicht nur eine erhebliche Beschleunigung des Wirtschaftswachstums, adäquate Verteilung der Industriekapazitäten über das gesamte Land sowie erhebliche infrastrukturelle Verbesserungen erbringen, sondern auch eine neue gesellschaftliche Organisationsform und einen neuen Menschentypus schaffen und damit die kommunistische Zukunftsvision vorwegnehmen. Doch den ersten verheißungsvollen Erfolgsmeldungen folgte sehr bald die ernüchternde Erkenntnis, daß man die manuelle wie intellektuelle Leistungskraft der Bevölkerung weit überschätzt hatte. Zunehmende Opposition von allen Seiten zwangen ab 1959 schließlich einerseits die Initiatoren dieser Politik zu einem schrittweisen Rückzug als sie andererseits dem Volk die drei schwersten Jahre seit Bestehen des Regimes brachten.

Die dritte Phase ab Herbst 1962, welche hauptsächlich von dem Bemühen gekennzeichnet war, mit Hilfe der bereits vor 1958 erprobten und bewährten volkswirtschaftlichen Methoden das „Drei-Banner-Debakel" in möglichst kurzer Zeit zu überwinden. Auch wenn dies nur mit schweren Opfern – sei es auf Seiten der Bevölkerung durch persönliche Not, sei es auf Seiten der staatstragenden Schicht durch Verlust an Prestige und Kohäsion – gelang, war zumindest ein wesentliches Ziel der chinesischen Kommunisten erreicht worden: die Lösung aus der einseitigen Abhängigkeit von der Sowjetunion.

In **militärpolitischer** Hinsicht lassen sich nur zwei – wenn auch völlig verschiedene – Ansätze zeitlich abgrenzen (5):

Die erste Phase von 1949/50 bis Ende 1957, in welcher man – zunächst insbesondere wegen des Eingreifens in Korea und danach wegen bereits angelaufener irreversibeler Modernisierungs- und Reorganisationsprogramme innerhalb der VBA – gezwungen war, nicht nur die daraus resultierenden großen finanziellen Belastungen zu tragen, sondern auch die graduelle Umwandlung der vor 1949 so erfolgreich operierenden Partisanenarmee mitsamt der an ihr so sehr geschätzten Tugenden in eine verhältnismäßig hochtechnisierte Verteidigungsstreitmacht mit ihren unerwünscht professionellen Charakteristika in Kauf zu nehmen. Derartige materielle Anstrengungen und ideologische Zugeständnisse konnten jedoch nur dann als sinnvoll angesehen werden, wenn sie in einem akzeptablen Verhältnis zu dem hierdurch erzielten Nutzen standen. Und eben dieser war, trotz des ausgeprägten Wunsches „von den fortgeschrittenen Erfahrungen der Sowjetarmee zu lernen" und des unübersehbaren Modernisierungseifers vieler hoher VBA-Angehöriger, schon Anfang 1956 fraglich geworden.

Die zweite Phase ab Anfang 1958, in der – analog zum wirtschaftlichen Sektor – die zunehmende Betonung der angeblich unerschöpflichen Fähigkeiten des politisch indoktrinierten Menschen letztlich dazu führte, daß die von Mao Tse-tung entwickelte und im Bürgerkrieg sowie sino-japanischen Krieg praktizierte Volkskriegsstrategie erneut zur offiziellen chinesischen Militärdoktrin erhoben wurde. Dem Risiko der Untauglichkeit jener Konzeption gegen einen feindlichen – besonders mit Nuklearwaffen geführten – Überraschungsangriff standen die Vorteile gegenüber, daß nicht nur die VBA wieder verstärkt politisch geschult und für nichtmilitärische Zwecke eingesetzt, sondern auch in diesem Bereich ein erstrebtes Ziel der chinesischen Kommunisten erreicht werden konnte: die Lösung aus der einseitigen Abhängigkeit von der Sowjetunion.

Vor diesem Hintergrund spielte sich innerhalb zweier Jahrzehnte eine Diskussion über militärstrategische Fragen ab, die zweifellos von manchen anderen Entwicklungen beeinflußt wurde, deren Verlauf und Ergebnisse aber auch nicht ohne Wirkung auf viele Entscheidungen bleiben konnte. Dabei fällt auf, daß einer der beiden bedeutsamsten Wendepunkte, nämlich jener von 1957/58, welcher außenpolitisch von der Parole „Der Ostwind dominiert über den Westwind" und innenpolitisch von dem Schlagwort „Drei-Banner-Politik" gekennzeichnet war, in allen vier ausgewählten Perspektiven als Richtungswechsel auftaucht, während der zweite – und keineswegs unbedeutendere Wendepunkt nämlich jener von 1965/66, welcher außenpolitisch ganz im Zeichen der Kampagne „Erst nach Abrechnung mit den Chruschtschow-Revisionisten kann der Kampf gegen den US-Imperialismus siegreich zu Ende geführt werden" und innenpolitisch in dem der „Großen Proletarischen Kulturrevolution" stand, aus wirtschafts- und militärpolitischer Sicht keinen Kurswechsel hervorrief. Diese Tatsache läßt sich jedoch mit der jeweils bestehenden Machtkonstellation begründen. Im Zeitraum von 1957/58 konnte – trotz durchaus vorhandener und auch artikulierter Bedenken – die Mehrheit, und darunter auch noch die einflußreichsten Kräfte, der chinesischen Führung von der Notwendigkeit einer umfassenden Neuorientierung überzeugt werden, in den Jahren 1965/66 war man – aufgrund des schon seit 1962 andauernden Macht- und Richtungskampfes – bereits derart paralysiert, daß weder die „neue Rechte" mit Hilfe ihrer Mehrheit im Parteiapparat eine Wiederannäherung an die UdSSR noch die „linke Fraktion" um Mao und Lin, gestützt auf eine in ihrem Sinne indoktrinierte VBA, eine Rückkehr zum Entwicklungskonzept von 1958 durchzusetzen vermochten.

Die Entwicklung eines Landes zu einer bedeutenden militärischen Macht hängt im wesentlichen von vier Faktoren ab:

- den wirtschaftlichen Ressourcen,
- den finanziellen Möglichkeiten,
- dem wissenschaftlichen und technologischen Potential und – im Nuklearzeitalter –
- der flächenmäßigen Ausdehnung.

Da jedoch im Falle der VRCh die ersten drei Voraussetzungen nur potentiell vorhanden sind, liegt die Schwierigkeit in der Entscheidung, ob die verfügbaren Mittel dafür verwandt werden sollen, sich durch den Kauf von Waffensystemen kurzfristig in eine bessere militärische Situation zu bringen, oder sie besser – unter Hinnahme vorübergehender militärischer Schwäche – in ein langfristiges eigenes Entwicklungsprogramm zu investieren.

Die Wahl der einen oder anderen Strategie wird weitgehend davon bestimmt, auf welche Art und Weise man die kurz- oder langfristigen Ziele zu erreichen wünscht.

- Kurzfristig dürften die Bemühungen der VRCh dahingehen, die nationale Einheit zu bewahren und zu vervollständigen, den Einfluß fremder Mächte aus Asien zurückzudrängen, ein Maximum an politischer, wirtschaftlicher und militärischer Handlungsfreiheit und Handlungsmöglichkeit zu erreichen sowie sich schrittweise in die Staatenwelt zu integrieren.

- Langfristig gesehen erstrebt die VRCh mit Sicherheit den Status einer mit den USA und der UdSSR gleichgestellten Supermacht, der ihr das Prestige verleiht, nicht nur Ost- und Südostasien als anerkannte Interessensphäre beanspruchen, sondern auch in allen anderen wichtigen weltpolitischen Entscheidungen mitreden zu können.

Die Beziehungen zu anderen Mächten sind nur insoweit von Bedeutung, als bei kommunistischen Staaten – zumindest theoretisch – die internationalen Zielsetzungen Vorrang gegenüber den rein nationalbezogenen Zielsetzungen haben oder die Sicherheit eines Landes von der Unterstützung und dem Schutz durch andere abhängt bzw. für abhängig gehalten wird. Was die VRCh angeht, so wurde anfangs eine enge Bindung an die UdSSR aus vielen Gründen für unabdingbar gehalten und den USA wegen ihrer Eindämmungs- und Einkreisungspolitik die Rolle eines Hauptfeindes zugeschrieben. Als die chinesische Führung schließlich erkannte, daß ihre stark an Moskau orientierte Politik viele Opfer erforderte und wenig Nutzen brachte, andererseits jedoch ein unprovozierter Angriff der USA kaum zu befürchten war, setzte jener Emanzipationsprozeß ein, der ehemalige Bündnispartner zu fast unversöhnlichen Feinden werden ließ. Aber erst im Jahre 1969, da das sino-sowjetische Verhältnis einen nicht erwarteten Tiefstand erreicht hatte und die sino-amerikanischen Beziehungen als unverändert schlecht anzusehen waren, konnte Peking ermessen, wie vergleichsweise gering das Sicherheitsrisiko in all den Jahren seit Etablierung des Regimes gewesen sein mußte.

Da im Verlauf dieser Studie die Bedeutung der Strategiediskussion für die chinesische Außen- und Innenpolitik bereits detailliert behandelt wurde, soll an dieser Stelle lediglich noch einmal eine Darstellung ihres Einflusses auf die beiden entscheidenden Wendepunkte (1957/58 und 1965/66) erfolgen:

- In den Jahren von 1949 bis 1956 war es den chinesischen Kommunisten – zweifellos nicht zuletzt durch sowjetische Hilfe – gelungen, einen sozialistischen Staat zu schaffen, den administrativen Bereich mittels eines Kontrollsystems hinreichend abzusichern, beträchtliche wirtschaftliche Zuwachsraten zu erreichen und die dürftig bewaffnete und schlecht durchstrukturierte Partisanenarmee in eine verhältnismäßig modern ausgerüstete Verteidigungsstreitmacht zu verwandeln. Doch die Erfolge wären noch größer gewesen, hätten nicht zunächst der Koreakrieg und danach bereits angelaufene Modernisierungs- und Reorganisationsprogramme es notwendig gemacht, im Vergleich zum Gesamtbudget unproportional hohe Mittel in die VBA zu investieren. Bei der Strategiediskussion ging es aber nicht etwa hauptsächlich um die Frage einer drastischen Verringerung jener Belastung, sondern mehr darum, ob es nicht zweckmäßiger wäre, die Mittel einem eigenen längerfristigen Entwicklungsprogramm zuzuführen, anstatt die teuren, schwer zu bedienenden und ohne ausländische Techniker kaum selbst zu wartenden Waffensysteme auf unabsehbare Zeit von der UdSSR zu erwerben. Unmittelbar verbunden mit dieser Entscheidung war das Sicherheitsproblem. Würde eine vorsichtige Außenpolitik die Wahrscheinlichkeit eines feindlichen Angriffes herabsetzen? Auf welche Weise ließ sich die Zeit des erhöhten Risikos möglichst kurz halten? Wie sollte die Strategie aussehen, die den potentiellen Gegner auch in jener Übergangsperiode von einem Überfall auf das Festland abschreckte? Konnte man sich notfalls auf einen sowjetischen Schutz verlassen? Während die Antwort auf die ersten drei Fragen „Bandung-Linie", „Drei-Banner-Politik" und „Volksstrategie" lautete, mußte die chinesische Führung spätestens Ende 1957 erkennen, daß die UdSSR trotz ihrer waffentechnischen Fortschritte nicht einmal bereit war, ihren internationalen Verpflichtungen als kommunistische Führungsmacht nachzukommen, geschweige denn, den nationalen Fortbestand eines Bündnispartners zu garantieren.

- In den Jahren von 1959 bis 1964 hatten die chinesischen Kommunisten nicht nur schwere innere Rückschläge – wie das Scheitern der „Drei-Banner-Politik", die scharfe Kritik seitens der Intellektuellen und die zunehmende Opposition und Rivalität in den eigenen Reihen – zu überwinden, sondern auch gegen unerwünschte äußere Entwicklungen – wie die sowjetisch-amerikanische Annäherung und deren gemeinsame Bemühungen zur Isolierung der VRCh – anzukämpfen. Erschwert

wurde die Situation dadurch, daß man sich – anders als vor 1957 – innerhalb der chinesischen Führung selbst nicht mehr einig war und daß die gleichzeitige Frontstellung gegenüber beiden Supermächten der einen Koalition, d. h. der „neuen Rechten" im Parteiapparat und den Professionalisten in der VBA, wenig wünschenswert oder gar gefährlich erschien, während die anderen Koalition, d. h. die Mao-Lin-Gruppe und ihre Anhänger sowie die Traditionalisten in der VBA, gerade darin die einzige Chance sahen, das Land sowohl vor weiterem revisionistischen Gedankengut als auch einem denkbaren ausländischen Angriff zu schützen. Das Jahr 1965 sollte die Entscheidung bringen. War angesichts der amerikanischen Eskalation des Vietnamkonfliktes der gleichzeitige Antagonismus gegenüber den USA und der UdSSR noch aufrechtzuerhalten? Sollte das sowjetische Angebot einer gemeinsamen Aktion gegen die Amerikaner in Vietnam als tatsächliche Versöhnungsgeste gewertet werden oder – was wahrscheinlicher ist – lediglich als ein Versuch, mehr Einfluß auf den Gang der Ereignisse zu gewinnen und China unter eine gewisse militärische Kontrolle zu bringen. Konnte die Volkskriegsstrategie als eine Doktrin angesehen werden, die nicht nur potentielle Feinde abschreckte, sondern auch im Notfalle dem Regime eine echte Überlebenschance bot? Mußte in dieser Situation zwangsläufig mit einem amerikanischen Angriff auf das Festland gerechnet werden, selbst wenn sich China nicht aktiv an der Auseinandersetzung beteiligte? Diese Probleme wurden 1965 monatelang erörtert, aber – anders als 1957 – war es anscheinend unmöglich, auf normalem Wege die eine oder andere Entscheidung durchzusetzen. Daß schließlich doch die drei ersten Fragen mit „ja" und die letzte mit „nein" beantwortet wurden, ist weniger als Ergebnis rationaler Überlegungen als das taktischer Manöver und definitiver Machtverhältnisse anzusehen. Als schließlich im Spätsommer 1965 Peking erkannte, daß die USA nur dann eine Ausweitung des Konfliktes in Erwägung ziehen würden, wenn die VRCh aktiv eingreife, konnten die Weichen gestellt werden, welche schon vor – besonders aber während – der Kulturrevolution zu den umfangreichsten Säuberungen seit Errichtung der kommunistischen Herrschaft führten.

Insoweit die in der Einleitung gestellten Fragen noch nicht abschließend beantwortet wurden, soll dies im folgenden geschehen:

Die Existenz von Nuklearwaffen hat – entgegen propagandistischen Äußerungen – eine große Rolle im politischen Entscheidungsprozeß der chinesischen Kommunisten gespielt und sie nicht nur dazu veranlaßt, Konflikte, bei der ihr Einsatz wahrscheinlich geworden wäre, rechtzeitig zu entschärfen, als auch ihre Bemühungen gesteigert, so schnell wie möglich Verfügungsgewalt über jene Massenvernichtungsmittel zu erlangen. Als Nachweis für diese Behauptung können einerseits die sino-amerikanische Konfrontation in Korea von 1950 bis 1953, die erste und zweite T'aiwan-Krise 1954 bzw. 1958, die Eskalation des Vietnamkrieges 1965 und der sowjetisch-chinesische Grenzkonflikt, andererseits das chinesische Drängen nach Überlassung von technischen Daten und des Musters einer Atombombe gegenüber den Sowjets ab 1957 sowie die eigenen Anstrengungen zur Erlangung einer Nuklearkapazität nach Abzug der sowjetischen Experten angeführt werden. Welche Erwartungen die chinesische Führung an die Verfügungsgewalt über Kernwaffen knüpfte, läßt sich auf die Antwort reduzieren, daß damit – langfristig gesehen – die VRCh in die Position einer Supermacht gebracht werden sollte. Da aber dieser Status nicht mehr durch den Besitz einiger Atombomben zu erringen ist, sondern – abgesehen von zuverlässigen Abwehrsystemen gegen einen nuklearen Überraschungsangriff – sogar ein Potential des „zweiten Schlages" voraussetzt, hat die VRCh noch ein beträchtliches Stück Weges vor sich. Und trotzdem war man schon kurz nach Zündung der ersten Kernladung in der Lage, militärpolitisches Kapital aus der bloßen Tatsache zu schlagen, daß niemand genau wußte, über wieviele Bomben das kommunistische China bereits verfügte. Denn dadurch konnte im Angriffs- wie im Verteidigungsfalle nicht nur die zahlenmäßige Stärke der eigenen konventionellen Streitkräfte voll ausgenutzt, sondern auch der Gegner davon abgehalten werden, selbst nukleare Waffen einzusetzen. Obgleich hiermit das chinesische Festland natürlich nicht gegen umfassende atomare Angriffe geschützt war, mußten sowohl die USA als auch die UdSSR bereits in ihr Kalkül einbeziehen, daß in

diesem Falle immer noch die asiatischen Verbündeten bzw. die asiatischen Sowjetrepubliken Ziel chinesischer Vergeltungsschläge werden konnten. Dies gilt besonders dann, wenn die VRCh ein größeres taktisches Potential entwickelt hat, bei dem die Verteilungsmöglichkeit zu mannigfaltig ist, als daß es auch bei umfassendsten strategischen Schlägen restlos auszuschalten wäre (6). Auch die innenpolitische Bedeutung der überraschend schnellen und im wesentlichen autonomen Verwirklichung des Nuklearprogrammes sollte nicht unterschätzt werden. Der berechtigte Stolz der Bevölkerung auf die eigene wissenschaftliche Leistung dürfte gerade in einer Zeit größter Instabilität geholfen haben, das Regime zu stützen. Vor allem aber die Hebung des Selbstbewußtseins der Streitkräfte, deren Anteil an dem Erfolg von den Massenmedien immer stärker in den Vordergrund gerückt wurde, ist überhaupt nicht hoch genug zu veranschlagen. Vielleicht hat sogar dieser Umstand – zusammen mit der jahrelangen politischen Indoktrinierung, der Propagierung der VBA als Beispiel der Nation und der Besetzung bedeutender Posten in Armee, Verwaltung und Wirtschaft mit den „richtigen" Personen – viel dazu beigetragen, daß zwar zunächst die Mao-Lin-Gruppe als Sieger aus der Kulturrevolution hervorging, aber bereits ab Frühjahr 1967 schon nichts mehr ohne und schon gar nichts gegen die Militärs entschieden werden konnte (7).

Der Grad militärischer Bedrohung durch fremde Mächte erfuhr im Verlauf der Jahre 1949 bis 1969 sowohl in bezug auf die jeweils spezifische Situation, als auch in bezug auf die funktionalen Verantwortlichkeiten unterschiedliche Einschätzung. Akute Gefahr bestand nur in drei Fällen:

- Im Koreakrieg von 1950 bis 1953, als die Chinesen teils auf Drängen Stalins teils aus Angst um den Bestand des gerade etablierten Regimes sog. „Freiwillige" entsandten,
- anläßlich der amerikanischen Eskalation des Vietnamkonfliktes im Frühjahr 1965, als man befürchtete, die USA seien zu der Überlegung gekommen, ihre Probleme in Asien langfristig doch nur durch die Ausschaltung der VRCh lösen zu können und
- beim chinesisch-sowjetischen Grenzkonflikt Mitte 1969, als in sowjetischen Führungskreisen und besonders in der militärischen Presse offen das Für und Wider eines nuklearen Präventivschlages diskutiert wurde.

Aber nicht nur in diesen echten Krisenmomenten, sondern auch in jenen mehr als Test der Reaktion des Gegners provozierten Spannungen – wie den T'aiwan-Krisen 1954 und 1958 sowie den chinesisch-indischen Grenzstreitigkeiten 1959 und 1962 – versäumte Peking es nie, rechtzeitig eine Entschärfung herbeizuführen. Dabei war es die politische Führung, welche die aktuelle Bedrohung stets niedriger einschätzte, wohingegen die mit militärischen Aufgaben betrauten Personen auch in Zeiten der gemäßigten Konfrontation oder gar Entspannung ein echtes Sicherheitsrisiko für das Land vermuteten. Dies läßt den Schluß zu, daß die geäußerte Besorgnis mehr dazu diente, die Kampfkraft der VBA unter ihrer Führung verstärken zu können, als daß eine wirkliche Gefahr gesehen wurde (8).

Was die Sicherheit Chinas angeht, so sollte dem Stand der sino-sowjetischen Beziehungen nicht allzu große Bedeutung beigemessen werden. Bis 1953 war sich die chinesische Führung nämlich bewußt, daß die UdSSR weder gewillt noch in der Lage sei, das chinesische Festland gegen den überlegenen Militärapparat der USA zu verteidigen. Danach mußten zumindest erhebliche Zweifel bestehen bleiben, ob die aufstrebende Macht Sowjetunion bereit wäre, ihre eigene Existenz und Zukunftschancen wegen fremder Interessen aufs Spiel zu setzen. Ab 1957 schien zwar ein militärisches Gleichgewicht zwischen den USA und der UdSSR gegeben, aber aus dem Verhalten des Bündnispartners konnte doch recht deutlich entnommen werden, daß bestenfalls bei einem unprovozierten Angriff auf die VRCh mit einer Unterstützung zu rechnen war. Von 1960 an mußte auch diese Hoffnung aufgegeben und nach der zunehmenden Verschlechterung des sino-sowjetischen Verhältnisses und Zündung der ersten chinesischen Kernladung schließlich sogar befürchtet werden, daß die UdSSR gemeinsam

mit den USA versuchten, China den Weg zur Nuklearmacht zu verlegen. Ganz abgesehen also, ob die USA je ernsthaft den Einsatz von Massenvernichtungswaffen in Erwägung gezogen haben, konnte der sowjetische Atomschutz von der chinesischen Führung so gut wie nie als sichere Grundlage für militärische Entscheidungen angesehen werden. Ganz deutlich wurde dies besonders bei den sporadischen gewaltsamen Aktionen der VRCh, wie z.B. im Verlauf der Zweiten T'aiwan-Krise 1958, da sich die UdSSR erst ihrer Bündnisverpflichtungen erinnerte, als die Chinesen den Amerikanern bereits Verhandlungen zur Beilegung der Auseinandersetzungen angeboten hatten. Auch die Moskauer Vorschläge in bezug auf eine „gemeinsame Aktion" im Vietnamkrieg sollte mehr dahingehend ausgelegt werden, daß die UdSSR nach einer Möglichkeit suchte, das Konfliktniveau durch intensivere Einwirkung auf das chinesische und nordvietnamesische Verhalten herabzusetzen oder wenigstens eine Erhöhung zu verhindern (9).

Der Zustand stetiger Konfrontation mit den USA und der sich ab 1957 graduell verschlechternden Beziehungen zur Sowjetunion bewirkte in jenem sehr langen Zeitraum von zwanzig Jahren eine Vielzahl innenpolitischer Entscheidungen, deren bedeutendste schon oben den Bereichen „Wirtschaftspolitik" und „Militärpolitik" subsumiert worden sind. In dem gleichen Maße jedoch, in welchem sich die VRCh in dieser Beziehung von der UdSSR löste, begannen auch jene damit verbundenen ideologischen Implikationen in Erscheinung zu treten. Denn die „Drei-Banner-Politik" sollte - ganz offensichtlich noch vor der Sowjetunion - die Voraussetzung für einen Übergang zum Kommunismus schaffen, während die VRCh und die Volkskriegsstrategie - im Gegensatz zum sowjetischen Konzept der Machtergreifung - zunehmend als erfolgversprechendes Beispiel und richtungweisendes Modell für alle Länder der Dritten Welt angepriesen wurde. Und obwohl sich die sino-sowjetischen Beziehungen über verdeckte Angriffe, zunehmende Rivalität bis hin zum offenen Bruch verschlechterten und auch die sino-amerikanische Konfrontation wegen des Vietnamkrieges wieder in ein akutes Stadium trat, scheute die chinesische Führung nicht den Versuch, in simultanem Antagonismus gegenüber beiden Supermächten deren Kräfte dadurch zu zersplittern, daß man einerseits im kommunistischen Lager spalterische Aktivitäten entwickelte und Peking als neues Zentrum der Weltrevolution bezeichnete, während man andererseits im westlichen Lager den mittleren Industriestaaten zu größerem Nationalbewußtsein riet und sie drängte, sich aus der einseitigen Abhängigkeit von den USA zu lösen. Gleichzeitig wurde die Volkskriegsstrategie Maos auf die internationale Ebene projiziert und die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zum weltweiten Befreiungskrieg gegen den Imperialismus aufgerufen. Mit dieser Politik der auf das Verbale reduzierten Aggressivität und des vorgetäuschten Vertrauens auf eine militärisch suspekte Verteidigungskonzeption sollte jene Zeit gewonnen werden, die China benötigte, um aus eigener Kraft den Anschluß an die moderne Technologie zu erreichen. Da dies jedoch wegen mangelnder wirtschaftlicher und personeller Ressourcen nur Schritt für Schritt geschehen konnte, verlegte man den Schwerpunkt auf die Entwicklung von Nuklearwaffen, ein Programm, mit dem im Falle des Erfolges auch große propagandistische Wirkung zu erzielen war (10).

Die Pekinger Führung, in der hohe Militärs stets ein gewichtiges Wort mitzureden hatten, ließ zu keinem Zeitpunkt im Verlauf der hier untersuchten zwanzig Jahre Zweifel darüber aufkommen, daß es ihr vorrangig darum ging, die VRCh möglichst schnell in eine bedeutende Machtposition zu bringen. Uneinigkeit bestand nur hinsichtlich des einzuschlagenden Weges, wobei die beiden innerhalb der VBA existierenden kontroversen Auffassungen sich auch in den politischen Entscheidungsgremien widerspiegelten. Darum soll hier noch einmal kurz auf die jeweilige Argumentation der Professionalisten und Traditionalisten (11) eingegangen werden:

Die **Professionalisten** waren der Ansicht, daß für die VRCh die erstrebten Ziele nur dann erreichbar wären, wenn es der Ausrüstung- und Ausbildungsstand der Streitkräfte jederzeit ermögliche, einem Aggressor entgegenzutreten oder ihn - wegen der zu erwartenden Opfer - zumindest von einer Aggression abzuhalten. Dieser hohe Grad an Verteidigungsbereitschaft würde jedoch nur schrittweise

und verbunden mit einem hohen Preis zu erreichen sein und erfordere die absolute Freistellung der Soldaten von allen nichtmilitärischen Aufgaben, einschließlich des zeitraubenden Politunterrichts. Unabdingbar sei außerdem ein gutes Verhältnis zur Sowjetunion, weil nur von ihr die Lieferung der notwendigen militärischen Ausrüstung und wenigstens ein gewisser Schutz gegen unprovozierte Angriffe erwartet werden könne.

Die **Traditionalisten** behaupteten demgegenüber, daß die VRCh ihre Ziele viel schneller und ebenso sicher erreichen würde, wenn man die für Waffenkäufe aufzubringenden finanziellen Mittel in erster Linie für die Errichtung einer eigenen Industrie und Heranbildung einer Generation chinesischer Wissenschaftler und Techniker verwende. Die Landessicherheit ließe sich im ausreichenden Maße dadurch gewährleisten, daß eine direkte Konfrontation mit mächtigen Gegnern vermieden und im übrigen die bewährte Volkskriegsstrategie zur offiziellen Militärdoktrin erhoben werde. Eine solche Konzeption erlaube es dann auch wieder, die Angehörigen der Streitkräfte im nichtmilitärischen Bereich einzusetzen, sie verstärkt politisch zu schulen und den schon seit langem vernachlässigten Kontakt zwischen Offizieren und Mannschaften, VBA und Massen sowie militärischen und zivilen Führungskadern zu verbessern. Schließlich – und nicht zuletzt – könne dadurch endlich eine Befreiung von der umfassenden Bevormundung seitens der Sowjetunion bewirkt werden.

Eine gewisse Koinzidenz ergibt sich bei der Untersuchung, wer, wann und in welcher Funktion einen der beiden Standpunkte vertrat. Abgesehen von den Jahren 1949-1954, in denen keine Strategiediskussion stattfand und sich wegen Konsolidierungsbemühungen und Koreakrieg Alternativen nicht anboten, war schon ab 1955 die Affinität zum professionalistischen Standpunkt direkt proportional zur speziellen und unmittelbaren Verantwortlichkeit für Chinas Sicherheit, während die mit politischen Aufgaben betrauten Personen, mehr zum traditionalistischen Lager hin tendierten. Insgesamt läßt sich feststellen, daß die dominierenden Kräfte innerhalb der Pekinger Führung spätestens seit 1956 dazu neigten, die schwerwiegenderen Folgen für Chinas Sicherheit in der Vernachlässigung eines langfristigen eigenen Verteidigungsprogrammes zu sehen. Indem man aber die Auffassungen der Traditionalisten innerhalb der VBA übernahm, war die Volkskriegsstrategie als bloßes Mittel enttarnt, die Zeit vorübergehender militärischer Schwäche möglichst glaubhaft zu überbrücken.

Die Abhängigkeit der chinesischen Militärdoktrin von dem jeweiligen Verhältnis zu den USA und zur UdSSR ist evident. Das bedeutet allerdings nur, daß das Verhalten der beiden Supermächte nicht unberücksichtigt bleiben konnte, keineswegs aber, daß es entscheidend gewesen wäre. Denn bei der Wahl der Strategiekonzeption hat seit zwanzig Jahren stets die innenpolitische Gesamtsituation den letzten Ausschlag gegeben und es existiert kein Grund, anzunehmen, es würde in überschaubarer Zukunft anders sein.

Wegen des noch immer bestehenden erheblichen Machtgefälles gegenüber den USA und der UdSSR wird die Pekinger Führung alles tun, um das Sicherheitsrisiko so gering wie möglich zu halten. Hierbei haben sich drei Verhaltensweisen bewährt, die auch in den nächsten Jahren praktiziert werden dürften:

- Sorgsame Vermeidung aller Aktionen, die einen Zusammenstoß mit beiden oder einer der beiden Supermächte herbeiführen könnten.
- Forcierte Entwicklung von – insbesondere taktischen – Nuklearwaffen, wobei den Trägersystemen bisher keine vergleichbare Bedeutung zugemessen worden ist.
- Strikte Absage an alle Bestrebungen, deren Ergebnis eine Verringerung der konventionellen Streitkräfte beinhalten würde.

Die Geschichte der chinesischen Strategiediskussion ist sowohl eine Geschichte der sino-sowjetischen Beziehungen als auch eine solche der sino-amerikanischen Nicht-Beziehungen. Die UdSSR hat erkennen müssen, daß der Umgang mit Feinden gewöhnlich leichter ist als der mit Freunden, weil diese nur allzu

leicht ihre Schwäche in Macht, ihre Widerspenstigkeit in Vorteil, ihre Freundschaft in Verwicklung und ihre Interpretation gemeinsamer Ziele in auch andere bindende Konzeptionen zu verwandeln vermögen. Aber auch den USA gereichte die Feindseligkeit der chinesischen Kommunisten nicht zum Vorteil. Dies gilt für die internationale Ebene, auf der die Front gegen die VRCh langsam aber stetig abbröckelte ebenso wie für den nationalen Bereich, wo man einerseits die radikale Änderung einer von Anfang an verfehlten Chinapolitik forderte, andererseits aber schon die bloße Existenz eines potentiell derart mächtigen kommunistischen Staates als tragisch und inakzeptabel ansah.

Die VRCh hat ihre Chance ab 1957 in einem gefahrvollen und beschwerlichen Weg zwischen, hauptsächlich aber gegen die USA und die UdSSR gesucht, wobei sie besondere Anstrengungen darauf verwandte, eine „Zementierung" des Status quo und damit die Schaffung eines bipolaren Weltsystems zu verhindern. In der Kampagne zur Gewinnung der Dritten Welt für die Ideen und Pläne Chinas spielte die Atombombe, auch nachdem man sie selbst besaß, als machtpolitische Empfehlung kaum eine Rolle. Peking war ohnehin weder willens noch in der Lage, gleichberechtigt in Konkurrenz zu den beiden großen Nuklearmächten zu treten und sich als neuer atomarer Schutzherr für nationale oder revolutionäre Befreiungskriege anzubieten. Im Gegenteil versuchte die chinesische Führung auch in dieser Zeit die Bedeutung der Kernwaffen im allgemeinen und die des nuklearen Instrumentariums der Supermächte im besonderen so weit wie möglich herunterzuspielen. Wer aber daraus schließt, die Volkskriegsstrategie würde den Abtritt Mao Tse-tungs oder gar den seines Nachfolgers überdauern, der vergißt, daß sie nie mehr war und vielleicht auch nie mehr sein sollte als eine brauchbare Übergangslösung.

Anhänge

Vorbemerkungen

A
Verwendete Abkürzungen

B
Anmerkungen

C
Literaturverzeichnis

D
Biographienliste

E
Biographien

F
Militärische Führung und Regionale Verwaltung
1950 – 1954

G
Militärisches und administratives Personal
1950 – 1954

H
Militärische Führungsstruktur von 1954 bis 1967

I
Wechsel im militärischen Führungspersonal
ab 1954

K
Politisches und militärisches Führungspersonal
nach der Kulturrevolution

L
Herkunft des Führungspersonals innerhalb der
„Revolutionären Dreier-Allianzen"

Vorbemerkungen

Die nachfolgende Zusammenstellung der - sicherlich unvollständigen aber dennoch sorgfältig ausgewählten - biographischen Angaben sowie personellen und strukturellen Gegebenheiten, soll es dem Leser dieser Studie erleichtern, sich einen gewissen Einblick in die nicht selten wechselnde und häufig sogar verwirrende Szenerie zu verschaffen. Das Material wurde zum überwiegenden Teil aus den Biographiensammlungen des Union Research Institute (Who's Who in Communist China, 2 Bde. Hongkong, 1970) und Bartke, Wolfgang (Chinaköpfe - Kurzbiographien der Partei- und Staatsfunktionäre der Volksrepublik China, Hannover, 1966) sowie den Darstellungen von Domes, Jürgen (Kulturrevolution und Armee, Bonn, 1967; Chinas Spätmaoistische Führungsgruppe - Die soziopolitische Struktur des IX. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, in: PVS, Heft 2/3, Sept. 1969, pp. 191-219) und Gittings, John (The Role of the Chinese Army, London - New York - Toronto, 1967) entnommen. Bestimmte Abweichungen hiervon sind sowohl im Zusammenhang mit den Ereignissen der Kulturrevolution und den daraus resultierenden Ungewißheiten in bezug auf die Veränderungen im Herrschaftssystem als auch die personellen Umbesetzungen innerhalb des Herrschaftsapparates zu sehen, die bisher nicht verifiziert werden konnten. Darum wurden in dieser Studie auch nur solche Institutionen bzw. Personen aufgeführt, deren Funktion - zumindest in der Parteihierarchie - mit einem hohen Grad an Wahrscheinlichkeit feststeht.

Im einzelnen:

Zu Anhang D:

Die Biographienliste wurde in alphabetischer Reihenfolge nach dem Gesichtspunkt der ehemaligen und aktuellen Bedeutung der Personen und ihres Einflusses auf den Verlauf der Ereignisse erstellt. Dabei sollten Angehörige der VBA besondere Berücksichtigung finden.

Die Zeichen hinter den Namen bedeuten:

+++ = Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des IX. ZK der KPCh

++ = Mitglied des Politbüros des IX. ZK der KPCh

+- = Kandidat des Politbüros des ZK der KPCh

\+ = Mitglied des IX. ZK der KPCh

Zu Anhang E:

Bei den Einzelbiographien war es unerläßlich, Kürzungen vorzunehmen. Außerdem sind nur die jeweils wichtigsten Aufgaben und bedeutendsten Funktionen der Personen aufgeführt worden.

Zu Anhang F:

Die Militär- und Verwaltungskomitees und die Nordost-Volksregierung wurden im November 1952 durch sog. „Verwaltungskomitees" ersetzt.

Zu Anhang G:

Die Besetzung der Posten bezieht sich auf das Jahr 1950.

Zu Anhang H:

Die militärische Führungsstruktur der VRCh, wie sie ab 1954 bestand, erscheint auf den ersten Blick kompliziert, weicht jedoch nur wenig von der in kommunistisch regierten Ländern üblicherweise

praktizierten System ab. Entscheidend waren auch in China nicht die staatlichen Organe, obgleich der Staatspräsident nach der Verfassung als Oberbefehlshaber der VBA fungierte und seine Befehle an das Verteidigungsministerium - welches wiederum eine Unterabteilung des Staatsrates darstellte sowie einen Nationalen Verteidigungsrat bei wichtigen Entscheidungen konsultieren sollte - weitergab, sondern die obersten Parteigremien - wie der Ständige Ausschuß des Politbüros, das Politbüro und das Zentralkomitee der KPCh -, welche über die Militärkommission beim ZK der KPCh dem Verteidigungsministerium direkte Anweisungen erteilten. Da diese Tatsache, ebenso wie die Personalunion bei vielen Staats- und Parteiämtern, als bekannt vorausgesetzt werden darf, beschränkte sich die schematische Darstellung auf die dem Verteidigungsministerium nachgeordneten Führungsorgane der VBA.

Zu Anhang I:

Obgleich die militärische Führungsstruktur von 1954 bis zu den einschneidenden Ereignissen der Kulturrevolution - abgesehen von temporären Einflußverschiebungen der Inhaber bestimmter wichtiger Posten - im wesentlichen unverändert blieb, kann Anhang F eine informative Ergänzung zu Anhang E darstellen.

Zu Anhang K:

Der IX. Parteitag der KPCh ließ nach den umfangreichen Säuberungen während der Kulturrevolution erstmals wieder gewisse Schlüsse hinsichtlich der persönlichen Stellung innerhalb der Pekinger Führung zu. Deshalb schien hier - hauptsächlich bezogen auf die obersten Parteiführungsgremien und dem ihnen unterstellten Militärapparat - eine Liste von Personen und deren Funktionen dienlich, welche, soweit möglich, über den Stand des IX. Parteitages noch hinausgreift. Insoweit Personen häufige Erwähnung fanden, die jeweils übertragenen Aufgaben aber noch unklar sind, konnten sie nur unter dem Stichwort „Verantwortliche Personen" aufgeführt werden.

Zu Anhang L:

Die sich im Verlauf der Kulturrevolution herausbildenden neuen provinziellen Führungsorgane (Provinzrevolutionskomitees) sollten nach dem erklärten Willen der dominierenden Kräfte in Peking drittelparitätisch aus Angehörigen der VBA, der revolutionären Kader und der Massenorganisationen zusammengesetzt sein. Sinn der hier aufgeführten Tabelle ist es, zu zeigen, wie deutlich - im Gegensatz zu den ursprünglichen Absichten - eine Überrepräsentanz der Militärs erfolgte.

Anhang A

(Verwendete Abkürzungen)

AFP	=	Agence France Presse
AP	=	Associated Press
CB	=	Current Background
CDSP	=	Current Digest of the Soviet Press
CNA	=	China News Analysis
CQ	=	China Quarterly
FEER	=	Far Eastern Economic Review
JPRS	=	Joint Publication Research Service
KPCh	=	Kommunistische Partei Chinas
KPdSU	=	Kommunistische Partei der Sowjetunion
NCNA	=	New China News Agency
NYT	=	New York Times
PKI	=	Kommunistische Partei Indonesiens
PR	=	Peking Review
PVS	=	Politische Vierteljahresschrift
SCMP	=	Survey of the China Mainland Press
SWB/FE	=	Summary of World Broadcasts/Far East
TASS	=	Telegrafnoje Agenstwo Sowjetskoyo Sojusa
UdSSR	=	Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken
UNO	=	United Nations Organisation
UPI	=	United Press International
USA	=	United States of America
USIS	=	United States Information Service
VBA	=	Volksbefreiungsarmee

Anhang B

(Anmerkungen)

ABSCHNITT A

(1) Vgl. Burckhardt, Jakob: Geschichtsforschung als exakte Wissenschaft, in: Anzeiger der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Nr. 19, Jg. 1955, p. 239.

(2) Vgl. Lehmbruch, Gerhard: Einführung in die Politikwissenschaft (hinfort: Lehmbruch, Politikwissenschaft), Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz, 1967, p. 34.

(3) Vgl. ibid.

(4) Kraft, Viktor: Geschichtsforschung als strenge Wissenschaft, in: Topitsch, Ernst (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften (hinfort: Topitsch, Sozialwiss.), Köln-Berlin, 1968, p. 82..

(5) Scheurig, Bodo: Einführung in die Zeitgeschichte, Berlin, 1970, pp. 4/5.

(6) Lehmbruch, Politikwissenschaft, op. cit., p. 55.

(7) Vgl. Noack, Paul: Internationale Politik – Eine Einführung (hinfort: Noack, Politik), München 1970, p. 293.

(8) ibid.

(9) Vgl. hierzu: **Standardwerke:** Aron, Raymond: Frieden und Krieg – Eine Theorie der Staatenwelt, Köln-Berlin, 1963 sowie Einführung in die Atomstrategie – Die atlantische Kontroverse (hinfort: Aron, Atomstrategie), Köln-Berlin, 1964; Senghaas, Dieter: Horizonte einer Disziplin – Anmerkungen zur Theorie der internationalen Politik, in: Politische Vierteljahresschrift (hinfort: PVS) 6, 1965, pp. 375-407 sowie Internationale Beziehungen – Amerikanische Beiträge zur Theorie 1960-1966, in: Zeitschrift für Politik, 1967, pp. 8-30; **Wissenschaftstheorie:** Faupel, Klaus: Die Internationale Politik im Rahmen der Sozialwissenschaften, in: PVS 8, 1967, pp. 167-199; Hoffmann, Stanley: Contemporary Theory in International Relations, Englewood Cliffs, 1960; **Historisch-soziologischer Ansatz:** Deutsch, Karl W.: The Analysis of International Politics, Englewood Cliffs, 1968; Hoffmann, Stanley: The State of War, New York-London, 1965; **Gleichgewichtstheorie:** Liska, George: International Equilibrium, Cambridge/Mass., 1957; **Sozialpsychologie:** Kelman, Herbert C.: International Behavior – A Social-Psychological Analysis, New York, 1965; **Entscheidungsprozeßtheorie:** Beloff, Max: Foreign Policy and the Democratic Process, Baltimore, 1955; Rosenau, James (Hrsg.): Domestic Sources of Foreign Policy, New York, 1967; **Systemtheorie:** Kaplan, Morton A.: System and Process in International Politics, New York, 1957; **Mathematisch-statistischer Ansatz:** North, Robert C.: Content Analysis – A handbook with Applications for the Study of International Crisis, Evanston, 1963; **Spieltheorie:** Rapoport, Anatol: Fights, Games and Debates, Ann Arbor, 1960 sowie Strategy and Conscience, New York-Evanston-London, 1964; **Kommunikationsforschung:** Deutsch, Karl W.: The Nerves of Goverment – Models of Political Communication and Control, London, 1963.

(10) Vgl. Noack, Politik, op. cit., p. 288.

(11) Vgl. Lipset, Martin: Bemerkungen zum Verhältnis von Soziologie und Geschichtswissenschaften, in: Topitsch, Sozialwiss., op. cit., p. 477.

(12) Vgl. Lehmbruch, Politikwissenschaft, op. cit., p. 35.

(13) Vgl. Senghaas, Dieter: Kybernetik und Politikwissenschaft, in: PVS 7, 1966, p. 254.

(14) ibid.

(15) Noack, Politik, op. cit., p. 298.

(16) Vgl. Hsieh, Alice Langley: Communist China's Strategy In The Nuclear Era (hinfort: Hsieh, Nuclear Era), Englewood Cliffs, 1962.

(17) Vgl. Dahm, Helmut: Abschreckung oder Volkskrieg-Strategische Machtplanung der Sowjetunion und Chinas im internationalen Kräfteverhältnis (hinfort: Dahm, Volkskrieg), Freiburg im Breisgau, 1968.

(18) Vgl. ibid, p. 160.

(19) Vgl. Fairbank, John King (Hrsg.): The Chinese World Order - Traditional China's Foreign Relations (hinfort: Fairbank, World Order), Cambridge/Mass., 1968, pp. 10/11.

(20) So z.B. das grundsätzliche Anerkenntnis der Verwundbarkeit der VRCh.

(21) So z.B. wann und wie diese Verwundbarkeit schließlich abgebaut werden solle.

(22) Vgl. Zagoria, Donald S.: Der chinesisch-sowjetische Konflikt - 1956 bis 1961 (hinfort: Zagoria, Konflikt), München, 1964, p. 42.

(23) Ausführliche Behandlung dieses Themas siehe in Kapitel I dieser Studie.

(24) Vgl. Zagoria, Konflikt, op. cit., p. 42.

(25) Vgl. ibid, p. 43.

(26) Mao Tse-tung: Über die Diktatur der Volksdemokratie (hinfort: Mao, Volksdemokratie) in: Brandt, C.; Schwarz, B.; Fairbank, J.K.: Der Kommunismus in China - Eine Dokumentargeschichte (hinfort: Brandt u.w., Komm.), München, 1955, pp. 351-352.

(27) „Die fundamentale Frage der Revolution ist eine Frage der Macht", schrieb schon Stalin, indem er auf das Zitat Lenins „der Zentralpunkt der Revolution ist, Macht zu erreichen, sie zu konsolidieren und sie unüberwindbar zu machen" verweist. - Stalin, J.W.: Problems of Leninism, Moskau, 1947, p. 39. Mao Tse-tung hat diese Konzeption durch seinen bekannten Ausspruch, nämlich, daß „politische Macht aus den Gewehrläufen hervorgehe", in der ihm eigenen - gewöhnlich etwas drastischen - Ausdrucksweise nochmals ausdrücklich bekräftigt. - Mao Tse-tung: Problems of War and Strategy (hinfort: Mao, War and Strategy), in: Selected Military Writings of Mao Tse-tung (hinfort: Mao, Military Writings), Peking, 1963.

(28) Vgl. Barnett, Doak A.: Communist China - The Early Years 1949-55 (hinfort: Barnett, Comm. China), New York-Washington-London, 1964, p. 47.

(29) Vgl. Slawecke, Leon M.S.: Peking and the West, in: Current History 43, September 1962, p. 142.

ABSCHNITT B

I. Kapitel

(1) Das Wort „Strategie" kommt aus dem Griechischen und setzt sich zusammen aus „stratos"= Heer und „agein"=führen.

(2) Fuller, J.F.C.: The Foundations of the Science of War, London, 1926, p. 233.

(3) Sun Tzu geht davon aus, daß die Kunst und die Fähigkeit, Krieg zu führen, für den Staat lebenswichtig sei. Darum ist eine Strategie eindeutig auf Sieg gerichtet. Auch plädiert er für kurze Feldzüge, schließt aber - je nach der Besonderheit der Situation - die Möglichkeit eines hinhaltenden Kampfes, etwa um eine eigene zeitweilige Unterlegenheit zu verschleiern, nicht aus. Schnelligkeit, Schwerpunktbildung, Überraschung und vor allem Täuschung des Gegners sind für ihn die wesentlichen Grundlagen der Strategie und Taktik. Vgl. Ruge, Friedrich: Politik und Strategie (hinfort: Ruge, Strategie), Frankfurt/M., 1967, pp. 25/26.

(4) Die „Höherwertigkeit" ergibt sich im philosophischen Sinne aus dem Postulat, daß die Vernichtung des Gegners kein Ziel an sich, sondern nur ein Mittel sein darf, als richtig erkannte politische Vorstellungen durchzusetzen - vgl. hierzu auch den fortlaufenden Text.

(5) Jomini, Henri (1779-1869): Französischer General und Kriegsschriftsteller. Schriften: „Traité de grandes opérations militaires" (4. Aufl., 1851, 3 Bde.); „Histoire critique et militaire des campagnes de la révolution" (3. Aufl., 1819-24, 5 Bde.); „Vie politique et militaire de Napoléon" (1827, 4 Bde.); „Précis de l'art de guerre" (6. Aufl., 1855, 2 Bde.). - Vgl. Meyers Handlexikon, Erste Hälfte, Leipzig, 1878, p. 959.

(6) Clausewitz, Carl v. (1780-1831): Schriften: „Hinterlassene Werke über Krieg und Kriegführung" (1832-1838, 10 Bde.); „Vom Kriege" (3. Aufl., 1869, 3 Bde.).- Vgl. ibid, p. 427.

(7) Vgl. Benton, William (Hrsg.): Encyclopaedia Britannica (hinfort: Benton, Encyclopaedia Britannica), Bd. 21, Chicago-London-Toronto-Genf-Sidney, 1963, p. 453 C.

(8) Clausewitz, Carl v.: Vom Kriege, 16. Aufl., Bonn, 1952, p. 108.

(9) Speidel, Hans (Hrsg.): Ludwig Beck - Studien (hinfort: Speidel, Beck-Studien), Stuttgart, 1955, p. 119.

(10) Vgl. ibid.

(11) Wie aus den nachstehenden Zitaten hervorgeht, stehen sich hier zwei grundsätzlich unterschiedliche Auffassungen gegenüber: Bismarck bestand darauf, daß der Politiker auch während des Verlaufs eines Krieges den maßgeblichen Einfluß auf die Zielsetzung sowie die militärische Durchführung behalten müsse. Dieses Postulat wird von Moltke offenbar nicht nur deshalb zurückgewiesen, weil ihm als Militär an größerer Handlungsfreiheit gelegen gewesen sein dürfte, sondern weil er nur durch seine Strategiekonzeption sichergestellt sah, daß dem Politiker nach Beendigung der Kriegshandlungen der denkbar größte Entscheidungsspielraum bliebe.

(12) Zitiert nach Speidel, Beck-Studien, op. cit., p. 120.

(13) Zitiert nach ibid, p. 121.

(14) Vgl. Ruge, Strategie, op. cit., p. 34.

(15) ibid, p. 35.

(16) Giamberadino, Oscar di: Kriegskunst in unserer Zeit, in: Wehr und Wissen, Darmstadt, 1961, p. 8.

(17) Vgl. ibid, p. 9.

(18) Ruge, Strategie, op. cit. p. 36.

(19) ibid, p. 38.

(20) Die Theorie von der „Permanenten Revolution" stammt ursprünglich von Marx und wurde zwar auch von Lenin immer akzeptiert, erhielt aber erst durch Leo Trotzkis eigenwillige Formulierung und Auslegung größere Bedeutung. Danach sollte sich die Revolution zwangsläufig aus einer anti-feudalen (bürgerlichen) zu einer antikapitalistischen (sozialistischen) Revolution entwickeln. Aber in Rußland allein – so meinte Trotzki – könne der Sozialismus nicht verwirklicht werden, die Revolution müsse vielmehr erst in ihre internationale Phase übergehen. So folgt bei Trotzki auf die graduelle Steigerung die räumliche Ausweitung. Eben darin, so meinte er, liege ihre doppelte Permanenz. – Vgl. Benton, Encyclopaedia Britannica, op. cit., Bd. 20, p. 886.

(21) Stalins These vom „Sozialismus in einem Lande" ist praktisch die Antwort auf die oben angeführte Theorie Trotzkis. Sie beinhaltet lediglich die dogmatische Feststellung, daß man den Sozialismus sehr wohl nur in einem einzelnen Lande verwirklichen könne. Auf dem XIV. Parteitag der KPdSU (1925) legte er seine These vor und focht sie gegen alle Angriffe, vor allem der Kamemenews und Sinowjews, durch. – Vgl. Benton, Encyclopaedia Britannica, op. cit., Bd. 21, p. 302.

(22) Vgl. Ruge, Strategie, op. cit., pp. 93/94.

(23) Vgl. Stalin, J. W.: Werke, Bd. 4, Stuttgart, 1951, pp. 127/128.

(24) ibid, p. 128.

(25) Zitiert nach Ruge, Strategie, op. cit., p. 112.

(26) Zitiert nach Hsieh, Nuclear Era, p. 1.

(27) Hier kommt es natürlich darauf an, ob der jeweilige Staat nukleare Waffen besaß, welche Größe das Land hatte und auf welcher Stufe der Industrialisierung man sich befand.

(28) Die Guerrilla- oder Partisanenkriegführung, deren maßgebliche Theoretiker Mao Tse-tung, Vo Nguien Giap und Ernesto „Che" Guevarra waren, hat in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung.

(29) „Die Strategie von heute ist eine Weltstrategie und jeder Versuch der Beschränkung auf lediglich ein bestimmtes Land ist das gleiche, als wolle man die Wirkung eines Taifuns auf einen einzelnen Kartoffelacker begrenzen" – Slessor, John C.: Strategy for the West, New York, 1954, p. 47.
Das bedeutet natürlich keineswegs, daß nicht einzelne Länder – u. a. auch die VRCh – versuchten, der „Paktideologie" zu entgehen.

(30) Immer mehr beginnt man sich innerlich dagegen zu sträuben, das Wort „Kunst" im Zusammenhang mit Kriegführung, Töten und Zerstörung zu gebrauchen. Die Tatsache, daß es auch heute noch immer geschieht, ist ein Zeichen für die intellektuelle Faszination, die dieses „Handwerk" auf den Menschen ausübt.

(31) „Die Kompliziertheit moderner Waffen scheint in geometrischer Progression zu wachsen. Jedes neue Gerät übertrifft das vorangegangene an Schwierigkeiten in der Konstruktion, Produktion und Handhabung. Die Anforderungen an die Benutzer (Soldaten) steigen im gleichen Maße mit". - Morgenstern, Oskar: Strategie - Heute (hinfort: Morgenstern, Strategie), Frankfurt/M., 1962, p. 165.

(32) „Schon die erste Versuchsexplosion einer Atombombe mußte den Verantwortlichen klargemacht haben, daß der ‚totale Krieg' als Methode und der ‚Sieg' als Kriegsziel überholt sind". - Liddell Hart, B. H.: Strategie, Wiesbaden. o. J., p. 14.

(33) Vgl. Taylor, Maxwell D.: The uncertain Trumpet, New York, 1959, p. 25.

(34) Vgl. Liddell Hart, Strategie, op. cit., p. 446.

(35) Man hat die Umwandlung der Kernenergie in einen Sprengstoff mit der Erfindung des Schießpulvers verglichen und den Schluß daraus gezogen, daß die Kenntnis des wissenschaftlichen Vorganges hier wie dort nicht mehr getilgt werden kann. Es hat zwar wenig Sinn dies zu leugnen, aber bezogen auf Kriege müssen die zerstörerischen Mittel, die man zu Erlangung eines erwünschten Zieles anwendet, schon deshalb begrenzt werden, weil man sonst Gefahr läuft, mit dem Mittel auch gleichzeitig das Ziel auszulöschen - vgl. Fuller J.F.C., Die entartete Kunst Krieg zu führen, 1789–1961, Köln, 1964, pp. 343/44.

(36) Von der Keule zur Armbrust, vom Vorderlader zum Maschinengewehr, vom kanonenbestückten Segelschiff zum Panzerkreuzer, vom propellergetriebenen Doppeldecker bis zum zweistrahligen Düsenjagdbomber - dies alles waren Übergänge, die Jahrzehnte, Jahrhunderte und sogar Jahrtausende dauerten, in deren Verlauf man Erfahrungen sammeln konnte, so schmerzlich sie auch immer sein mochten. „Erfahrungen" mit nuklearen Waffen sammeln zu wollen, hieße die Menschheit auslöschen. - Vgl. Morgenstern, Strategie, op. cit., p. 161.

(37) Im Nuklearzeitalter sind all jene Vorbereitungsmaßnahmen im höchsten Grade überholt, die von der Überlegung ausgehen, ein Potential für einen längeren Krieg zu entwickeln. Ja es ist Zeitvergeudung, Pläne auszuarbeiten, die weiter reichen als für „die ersten 6 Stunden" eines neuen großen Krieges mit nuklearen Waffen. - Vgl. Liddell Hart, Strategie, op. cit., pp. 446/47.

(38) Sie ist das Symbol der Anstrengung, die Drohung mit Gewaltanwendung an die Stelle der Gewaltanwendung zu setzen.

(39) Sie ersetzt den alten Begriff des Gleichgewichts der Kräfte und bezeichnet theoretisch die Lage, in der keiner der Rivalen versucht sein könnte, zu den letzten verfügbaren Mitteln zu greifen.

(40) Sie stellt den Versuch dar, die Bewaffnungspolitik vor der Krise und die Diplomatie während der Krise zu steuern.

(41) Vgl. Aron, Atomstrategie, op. cit., p. 200.

(42) Vgl. ibid.

(43) Vgl. ibid.

(44) ibid, p. 215.

(45) Teststoppabkommen, Nichtweitergabevertrag von Nuklearwaffen, einseitiger Verzicht der USA auf die Verwendung chemischer und bakteriologischer Waffen, Genfer Abrüstungskonferenz, Salt-Gespräche usw.

(46) Vgl. Galtung, Johan: Theorien des Friedens, in: Krieg oder Frieden - Wie lösen wir in Zukunft die politischen Konflikte?, München, 1970, pp. 133 f.

(47) Vgl. Senghaas, Dieter: Abschreckungs- oder Abrüstungspolitik, in: ibid, pp. 117 f.

(48) ibid, p. 131.

(49) Bedeutende Schritte der Supermächte auf diesem Wege waren:

Für die USA: Nato, Seato, Doktrin der „massiven Vergeltung", Doktrin der „flexiblen Beantwortung". Hierüber unterrichten u.a.: **Schwarz,** U.: Strategie gestern, heute, morgen - Die Entwicklung des politisch-militärischen Denkens in Amerika, Düsseldorf-Wien, 1965; **Kaufmann,** W.W.: The Mc Namara-Strategy, New York-Evanston-London, 1964; Schmidt, H.: Verteidigung oder Vergeltung - Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der Nato, Stuttgart, 1965.

Für die UdSSR: Warschauer Pakt. Taktik des „kalten Krieges", Doktrin des „Initiativangriffes". Hierüber unterrichten u. a.: Garthoff, R. L.: Soviet Strategy in the Nuclear Age, (hinfort: Garthoff, Strategy), New York, 1958; **Dinerstein,** H. S.: Der Krieg und die Sowjetunion (hinfort: Dinerstein, Krieg), Köln-Berlin, 1960; **Dahm,** Volkskrieg, op. cit.

(50) Vgl. Aron, Atomstrategie, p. 215.

(51) Vgl. ibid, p. 216.

(52) Brandt, Gerhard; v. Friedeburg, Ludwig: Aufgaben der Militärpublizistik in der modernen Gesellschaft, Frankfurt/M., 1966, pp. 77/78.

II. Kapitel

(1) Eichhorn, Werner: Kulturgeschichte Chinas - Eine Einführung, Stuttgart, 1964, p. 10.

(2) Die kulturelle Überlegenheit ergibt sich zwangsläufig aus der langen Geschichte, der Machtposition im asiatischen Raum, der Selbsteinschätzung der Chinesen sowie - und nicht zuletzt - der Anerkenntnis dieser Überlegenheit durch die anderen Staaten (Tributsystem, Übernahme des Hofzeremoniells durch die nämlichen Staaten, Verehrung des chinesischen Kaisers als „Sohn des Himmels") - Vgl. hierzu insbesondere Fairbank, World Order, op. cit., pp. 10/11 sowie Loewe, Michael: Das China der Kaiser - Die historischen Grundlagen des modernen China, Wien-Berlin, 1966, pp. 297 f.

(3) Die hegemonialen Machtbestrebungen Chinas sind evident und ergeben sich logisch aus den in der vorstehenden Anmerkung dargestellten Tatsachen.

(4) Ta T'ung wird im allgemeinen übersetzt mit: „Große Gemeinschaft". Eine etymologische Untersuchung ergibt, daß die Übersetzung dem Sinne nach zutrifft. (ta [ ] = groß, großartig, vollkommen; t'ung [ ] = gleich, Gleichheit, Harmonie).
Obwohl die politische Philosophie von Konfuzius nur sehr fragmentarisch überliefert ist, läßt sich die Hauptlinienführung dennoch rekonstruieren. Er glaubte, daß es das Hauptziel einer jeden **guten** Regierung sein müsse, Wohlstand und Glück für das ganze Volk zu bringen. Aber er bezweifelte, daß dies von einer Regierung zustande gebracht werden könne, die nicht aus fähigsten Persönlichkeiten des Landes bestehe. Um diese herauszufinden, bedürfe es jedoch der Bildung.

Konfuzius hat den zeitgenössischen Philosophen immer wieder vorgeworfen, daß sie den Menschen zwar zugeständen, sich selbst zu regieren, aber nicht, selbst zu denken. Konfuzius wollte die Menschen nicht nur denken lassen, er bestand darauf, daß sie es taten. Er war auch bereit und willens, sie denken zu lehren, die Antworten auf ihre Fragen aber sollten und mußten sie alleine finden. - Vgl. Creel, H.G.: Chinese Thought from Confucius to Mao Tse-tung, London, 1954, p. 59.

Konfuzius soll selbst einmal gesagt haben: „Zur Zeit, als das komische Tao herrschte, war die Welt gemeinsamer Besitz. Man wählte die Tüchtigsten und Fähigsten zu Führern; man redete in Wahrheit und pflegte die Eintracht. Darum liebten die Menschen nicht nur ihre eigenen Eltern und versorgten nicht nur ihre eigenen Kinder. Die Männer hatten ihre Arbeit und die Frauen ihr Heim. Die Güter wollte man nicht ungenutzt lassen, aber man arbeitete auch nicht des eigenen Vorteils wegen. Diebe und Räuber, Mörder und Totschläger gab es nicht. Man hatte zwar draußen Tore, aber man brauchte sie nicht zu schließen... Das war die Zeit der Großen Gemeinschaft." - Vgl. Wilhelm, R. (Übs.): Das Buch der Sitte (Li Gi), Köln-Düsseldorf, o. J., pp. 56/57.

(5) Die Ch'ing-Dynastie (auch Mandschu-Dynastie genannt) regierte in China von 1644-1911. - Vgl. hierzu insbesondere Franke, Otto: Geschichte des chinesischen Reiches (in 5 Bdn.); hier: Bd. 5, Der konfuzianische Staat II - Krisen und Fremdvölker, Berlin, 1948.

(6) Die T'aip'ing-Revolution (1850–1864 bzw. 1873) zählt zu den überragendsten Ereignissen der chinesischen Geschichte und hatte bedeutenden Einfluß auf die revolutionären Geschehnisse im China des 20. Jahrhundert. - Vgl. hierzu insbesondere Shih, Vincent Y. C.: The Taiping Ideology - Its sources, interpretations and influence, Seattle, 1967 sowie Michael, Franz: The Taiping-Rebellion - History and Documents, 3 Bde., Seattle, 1966 (Ein Band „History" im Jahre 1966 erschienen).

(7) Vgl. Traut-Welser, Ludwig: Die geistigen und ideologischen Strömungen im chinesischen Kommunismus (hinfort: Traut-Welser, Strömungen), Hannover, 1961, p. 10. „Während in Europa im Februar 1848 das Kommunistische Manifest des Atheisten Karl Marx die Bewegung des modernen Kommunismus einleitete, löste um fast die gleiche Zeit die christliche Lehre der Gleichheit aller Menschen vor Gott in China eine der größten Revolutionen der Weltgeschichte aus. Ist es Tragik oder Ironie, daß sich die chinesischen Kommunisten heute als Fortführer und Vollender der im 19. Jahrhundert gescheiterten T'aip'ing-Revolution ausgeben?" - Vgl. ibid.

(8) Vgl. hierzu insbesondere Franke, Wolfgang: Das Jahrhundert der chinesischen Revolution 1851 - 1949, München, 1958 sowie Kuo Heng-yü: China und die Barbaren, Stuttgart, 1967.

(9) Vgl. hierzu die erschöpfenden Ausführungen in: Benton, Encyclopaedia Britannica, op. cit., Bd. 9, p. 135.

(10) Diese Initiativen gingen zumeist von amerikanischen Geschäftsleuten aus und wurden von der Regierung begrüßt.

(11) Vertrag von Wanghsia vom 3. Juli 1844 (Cushing-Vertrag) - Text siehe Malloy, W. M.: Treaties, Conventions, International Acts, Protocols and Agreements between the United States of America and Other Powers, Bd. I, Washington, 1910, pp. 196 f.

(12) „Ungleiche Verträge" das bezieht sich völkerrechtlich auf die Ungleichheit in den Rechten und Pflichten der Vertragspartner und dies wiederum ist Ausdruck der Ungleichheit der Macht zwischen den Verhandlungspartnern, so daß ein „Ungleicher Vertrag" politisch nichts

weiter darstellt, als der über ein Vertragsinstrument dem Schwächeren auferlegte Wille des Stärkeren. - Vgl. Frenzke, Dietrich: Der Begriff des „Ungleichen Vertrages" im sowjetisch-chinesischen Grenzkonflikt, in: Osteuroparecht, 11. Jg., 1965, p. 69.

(13) Im Frieden von Schimonoseki (17. 4. 1895) mußte China auf alle Rechte in Korea verzichten, dazu T'aiwan und die Peskadoren an Japan abtreten. Die Annektierung Liao-tungs wurde nur durch die Intervention der europäischen Mächte verhindert. - Vgl. Benton, Encyclopaedia Britannica, op. cit., Bd. 12, pp. 926/927.

(14) Vgl. ibid.

(15) Der russisch-japanische Krieg (1904/05), der von japanischer Seite durch einen Überfall auf die russischen Seestreitkräfte in Port Arthur eröffnet wurde, nahm für Japan zu Lande und auf der See einen günstigen Verlauf. Nach der entscheidenden Seeschlacht von Tsushima erhielt Japan im Frieden von Portsmouth (5. September 1905) Port Arthur, die Schutzherrschaft über Korea sowie die südliche Hälfte von Sachalin. - Vgl. ibid.

(16) „Japan tritt nunmehr in die Reihe der Großmächte und wird unumstritten vorherrschende Macht in Ostasien". - Vgl. ibid.

(17) Deutschlands Übergang zur Weltmachtpolitik wurde - nicht zuletzt wegen des ungeschickten Vorgehens - von den europäischen Mächten mit Mißtrauen beobachtet. Die englisch-französische Entente, die Erste Marokko-Krise, die englisch-russische Verständigung, die Bosnien-Krise, die Zweite Marokko-Krise, die Daily-Telegraph-Affaire, die Balkankriege sowie insbesondere die deutsch-englische Flottenrivalität waren Stufen der zunehmenden deutschen Isolierung. Da jedoch Deutschlands militärische Stärke hoch eingeschätzt wurde, waren die europäischen Mächte gezwungen, ihr Engagement graduell zu verlagern. - Vgl. Gebhardt, Bruno (Hrsg.): Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 3, 8. Aufl., Stuttgart, 1960, pp. 290-313.

(18) Vgl. hierzu insbesondere Samhaber, Ernst: Geschichte der Vereinigten Staaten von Nordamerika - Werden der Weltmacht, München, 1954, pp. 269-291.

(19) Vgl. Fairbank, John King: The United States and China (hinfort: Fairbank, China), Cambridge/Mass., 1958, p. 254.

(20) Vgl. Pommerening, Horst: Der chinesisch-sowjetische Grenzkonflikt - Das Erbe der Ungleichen Verträge (hinfort: Pommerening, Grenzkonflikt), Olten, Freiburg im Breisgau. 1968, pp. 106 f.

(21) Vgl. ibid, p. 122.

(22) Vertrag von Nertschinsk (1689 - ohne weiteres Datum) - Text siehe Ploetz, Karl: Konferenzen und Verträge (hinfort: Ploetz, Verträge), Bd. 3, Würzburg, 1958, p. 109.

(23) Dies lag vor allem daran, daß der Vertrag die beiderseitigen Grenzen nur sehr unvollkommen festlegte. Das Gebiet westlich von Nertschinsk, Transbaikalien sowie die zentralasiatischen Regionen wurden z. B. gänzlich unberücksichtigt gelassen. Jene - zumindest von den Russen vermutlich beabsichtigte - Nachlässigkeit gestattete ein weiteres Einsickern in Gebiete, welche die Chinesen ohne Zweifel als eigenes Herrschaftsgebiet ansahen. - Vgl. Gurian, Waldemar (Hrsg.): Soviet Imperialism - Its Origins and Tactics (hinfort: Gurian, Soviet Imperialism), Notre Dame, 1953, p. 153.

(24) Vgl. Benton, Encyclopaedia Britannica, op. cit., Bd. 15, p. 718.

(25) Vgl. Franke, Herbert; Trauzettel, Rolf (Hrsg.): Das chinesische Kaiserreich, Frankfurt/M.-Hamburg, 1968, p. 292.

(26) Vertrag von Kiachta (21. Oktober 1727) – Text siehe Ploetz, Verträge, Bd. 3, op. cit., p. 153.

(27) Vgl. Pommerening, Grenzkonflikt, op. cit., p. 119.

(28) Vgl. Gurian, Soviet Imperialism, op. cit., p. 132.

(29) Vgl. ibid.

(30) Vgl. Pommerening, Grenzkonflikt, op. cit., p. 126.

(31) Vgl. Kindermann, Gottfried Karl: Der Ferne Osten (hinfort: Kindermann, Der Ferne Osten), München, 1970, p. 48.

(32) Vgl. Pommerening, Grenzkonflikt, op. cit., pp. 126/127.

(33) Vertrag von Aikun (28. Mai 1858) – Text siehe Ploetz, Verträge, Bd. 3, op. cit., p. 318. – Der vorstehende Vertrag, unterzeichnet von Murawjew (Generalgouverneur von Ostsibirien) und Prinz I-Chan (chinesischer Befehlshaber am Amur) wird jedoch erst am 14. November 1860 von China ratifiziert. – Vgl. ibid.

(34) Vgl. Kindermann, Der Ferne Osten, op. cit., p. 53.

(35) Vgl. Gurian, Soviet Imperialism, op. cit., pp. 132 f.

(36) Vgl. hierzu die japanischen Bedingungen im Frieden von Portsmouth – Text in: Ploetz, Verträge, Bd. 3, op. cit., p. 414.

(37) Vgl. Benton, Encyclopaedia Britannica, op. cit., Bd. 15, p. 716 A.

(38) Darunter Chiang Kai-shek und Wang Ching-wei.

(39) Die für China enttäuschenden Ergebnisse des Friedensvertrags von Versailles vom 28. 6. 1919 – die der Washingtoner Konferenz vom 13. 11. 1921 sowie die mangelnde Unterstützung seiner Pläne durch die Westmächte dürften hierbei den Ausschlag gegeben haben.

(40) Traut-Welser, Strömungen, op. cit., p. 21. – In diesem Zusammenhang ist noch interessant, daß der „Kaufpreis" für die Unterstützung durch die UdSSR die Bereitschaft Suns gewesen zu sein schien, jene damals knapp 300 Mitglieder der im Juli 1921 gegründeten KPCh in seine Partei zu integrieren. – Vgl. Domes, Jürgen: Die Kuomintang-Herrschaft in China, Hannover, 1970 (hinfort: Domes, KMT-Herrschaft), p. 17.

(41) Vgl. Berger, W.: Die politisch-militärischen Pakte der Nachkriegszeit im Wortlaut, Erlangen, 1936, pp. 14 f – Anerkennung der Unabhängigkeit Chinas sowie des Grundsatzes der „Offenen Tür".

(42) Beendigung des Nordfeldzuges.

(43) Stimson, Henry L. war von 1929-1933 Außenminister unter Präsident Hoover.

(44) Hull, Cordell war von 1933-1944 Außenminister unter Präsident Roosevelt.

(45) Als die japanischen Absichten in der Mandschurei immer deutlicher wurden, sandte der amerikanische Außenminister am 7. 1. 1932 gleichlautende Noten an Japan und China, in welchen darauf hingewiesen wurde, daß die USA keinen fait accompli als legal anzuerkennen

gedächten, der die eigenen vertraglichen Rechte zu schmälern geeignet sei oder gegen den Briand-Kellogg-Pakt vom 27. August 1928 verstoße. Diese „Nichtanerkennungspolitik" wurde unter dem Namen „Stimson-Doktrin" bekannt.

(46) Besonders bedeutsam war in diesem Zusammenhang das Neutralitätsgesetz vom April 1935, nach welchem es der amerikanischen Regierung untersagt war, kriegführenden Staaten Waffen, Munition und Geld zu überlassen.

(47) Vgl. Fairbank, China, op. cit., p. 258.

(48) Vgl. hierzu insbesondere Großmann, Bernhard: Amerika und China - Tragödie des Mißverstehens, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Hamburg, 1969.

(49) Degras, Jane: Soviet Documents on Foreign Policy, Bd. 1, London, 1951, pp. 158 und 212.

(50) Vgl. Lenin, W.I.: Werke, Bd. 23, Berlin-(Ost), 1955, p. 61.

(51) Vgl. Gurian, Soviet Imperialism, op. cit., p. 224.

(52) Vgl. Pommerening, Grenzkonflikt, op. cit., p. 154.

(53) Vgl. ibid, p. 155.

(54) Vgl. ibid.

(55) Vgl. Ploetz, Verträge, op. cit., Bd. 4 A, p. 277.

(56) Mao, Volksdemokratie, in: Brandt u.w., Komm., op. cit., p. 340.

(57) Die Cheng-feng-Bewegung stellt ein Programm zur Korrektur unorthodoxer Tendenzen auf den verschiedensten Arbeitsgebieten der KCT, mit dessen Hilfe mehrere tausend von Parteimitgliedern und Funktionären in Yenan eine konkrete ideologische Ausbildung erhielten. Drei wesentliche Ziele der Bewegung seien hier herausgestellt:
1. „Ausrottung von falschen Parteitendenzen, die im Studium die Form des Subjektivismus, in der Parteiarbeit die des Sektierertums und in der Literatur die des Formalismus angenommen hätten",
2. Lösung des Problems der „Sinisierung des Marxismus" und
3. Straffung der „innerparteilichen Moral".

(58) Mao Tse-tung: Rectify The Party's Style In Work (hinfort: Mao, Style), in: Selected Works Of Mao Tse-tung (hinfort: Mao, Selected Works), Bd. 4, London, 1956, p. 30.

(59) ibid, pp. 36/37.

(60) ibid, p. 37.

(61) Mao Tse-tung: Talks At The Yenan Forum On Art And Literature (hinfort: Mao, Talks) in: ibid, p. 93.

(62) In der Präambel zum Statut der KPCh vom 11. Juni 1945 heißt es u.a.: „Die KPCh fußt auf dem dialektischen und historischen Materialismus des Marxismus... und lehnt jede idealistische oder mechanisch-materialistische Weltanschauung ab". - in: Brandt u.w., Komm., op. cit., p. 325.

(63) Vgl. Mao Tse-tung: On New Democracy (hinfort: Mao, Democracy), in: Mao, Selected Works, Bd. 3, op. cit., pp. 106-156.

(64) Vgl. Mao, Style, in: ibid, Bd. 4, pp. 28-45.

(65) Mao, Democracy, in: ibid, Bd. 3, p. 142.

(66) ibid, p. 123.

(67) ibid, p. 124.

(68) Mao, Volksdemokratie, in: Brandt u.w., op. cit., p. 342.

(69) ibid, p. 343.

(70) ibid, p. 352.

(71) Vgl. Koe, John: The Development of Communist China's Military Policy, in: United Asia 14, März 1962, p. 165.

(72) Mao Tse-tung: Problems Of China's Revolutionary War (hinfort: Mao, Revolutionary War), Bd. 1, op. cit., p. 176.

(73) Mao Tse-tung: On Protracted War, in: ibid, Bd. 2, p. 202.

(74) Mao, Revolutionary War, in: ibid, Bd. 1, p. 178.

(75) ibid, p. 179.

(76) Vgl. Kintner, William: The Orchestration of Crisis, in: Hahn, W.; Neff, J. (Hrsg.): American Strategy for the Nuclear Age, New York, 1961, pp. 110/111.

(77) Mao, Volksdemokratie, in: Brandt u.w., Komm., op. cit., pp. 203/204.

(78) ibid, p. 344.

(79) Vgl. Huck, Arthur: The Security of China - Chinese Approaches to Problems of War and Strategy (hinfort: Huck, Security), London, 1971, p. 29.

(80) Vgl. Halperin, Morton H.: China und die Bombe (hinfort: Halperin, Bombe), Köln, 1966, p. 11.

(81) Vgl. Ploetz, Verträge, op. cit. Bd. 4 A - Texte der Bündnisverträge - vom 14. 2. 1950 (pp. 386/387) und vom 12. 10. 1954 (pp. 469/470).

(82) Die Quellen hierzu sind derart umfangreich, daß sie an dieser Stelle nicht näher bezeichnet werden brauchen. Es gibt kaum Dokumente außenpolitischen Inhaltes, die jenes Problem nicht wenigstens sinngemäß streifen.

(83) Vgl. hierzu die jeweiligen Absätze „Strategiediskussion" in dieser Studie.

(84) Es mag paradox erscheinen, Streitkräfte in der damaligen Größenordnung (4,5 bis 5 Mill. Soldaten) als vergleichsweise schwach darzustellen. Und dennoch waren sie es, was ihre Möglichkeit, längere offensive Operationen weit ab von der chinesischen Grenze zu führen, anbetrifft, und verglichen mit ihren potentiellen und aktuellen Gegnern muß die VBA der frühen fünfziger Jahre als wenig durchorganisiert, unqualifiziert besetzt und mangelhaft bewaffnet bezeichnet werden.

(85) Obwohl die vom Krieg erheblich zerrüttete chinesische Wirtschaft sich relativ schnell zu erholen begann, so konnte trotz aller Anstrengungen mit einem „kometenhaften" Aufstieg nicht gerechnet werden. Mehr als 8/10 der Bevölkerung waren Bauern und eine derartige Bevölkerungsstruktur kann eben nicht „über Nacht" verändert werden. Die Industriekapazität wurde zwar erweitert, aber vergleichbar mit europäischen Nationen, sehr gering. Im übrigen wäre das schon immer inadäquate Transportsystem gar nicht in der Lage gewesen, mit einer höheren landwirtschaftlichen oder industriellen Wachstumsrate Schritt zu halten.

(86) Vgl. hierzu die jeweiligen Absätze „Strategiediskussion" in dieser Studie.

(87) Dieser kann auf den August 1960 gelegt werden, als die UdSSR ihre Experten aus China abzog. - Vgl. Zagoria, Konflikt, op. cit., p. 380.

(88) Vgl. Rawlings, E.H.: The Chinese Army and Politics, in: Eastern World 18, März 1964, p. 16.

(89) Das Wort „horizontal" bedeutet hier, daß es den Inhabern der Zentralgewalt in China kaum je gelang, ihre Autorität in den Grenzgebieten voll zur Geltung zu bringen, was u.a. auch dazu führte, daß die Grenzen vielfach ungenau oder überhaupt nicht definiert waren. Das Wort „vertikal" bedeutet hier, daß die Befehlsstränge der Regierung und Bürokratie fast ausschließlich in den Kreisstädten endeten, so daß man darüber hinaus auf die Loyalität der dort jeweils einflußreichen Kräfte angewiesen war.

(90) Einer marxistisch-leninistischen Partei, die als „Vorhut des Proletariates" diene, einer revolutionären Armee, die von der Partei kontrolliert werde und einer „korrekten" Politik auf der Basis der Einheitsfront. - Vgl. Halpern, A.M.: The Foreign Policy Uses of the Chinese Revolutionary Model, in CQ, Nr. 7, Juli-September 1961, pp. 1/2.

(91) Vgl. hierzu insbesondere Gittings, John: The Role of the Chinese Army (hinfort: Gittings, Chinese Army), London-New York-Toronto, 1967, pp. 176 f.

(92) In der kommunistischen Terminologie umfaßt das Banditenunwesen jede Form des bewaffneten Widerstandes in den einmal „befreiten" Gebieten (also Bekämpfung von Truppenresten der Nationalregierung, aber auch „Privatbanden").

(93) Vgl. Großmann, Bernhard: Die wirtschaftliche Entwicklung in der Volksrepublik China, Stuttgart, 1960, p. 50.

(94) Vgl. NCNA (Peking) vom 2. 9. 1949 (Ausländischen Aggressoren darf nicht erlaubt werden, chinesisches Territorium zu annektieren) sowie NCNA (Peking) vom 27. 5. 1951 (Übereinkommen der Zentralen Volksregierung und der Lokalverwaltung von Tibet über die Mittel der friedlichen Befreiung).

(95) Gleichgültig, ob kommunistisch, neutral oder antikommunistisch eingestellt.

(96) Die territoriale Ausdehnung umfaßte neben einigen vergleichsweise unbedeutenden Grenzkorrekturen mit Sicherheit T'aiwan und die Küsteninseln, die Äußere Mongolei sowie die asiatischen Gebiete, die im 19. Jahrhundert von Rußland annektiert wurden.
Unter gesicherter Einflußsphäre muß wohl Korea, Vietnam, Laos, Kambodscha, Thailand, Nepal und Burma verstanden werden. Fremde Bevormundung schließt u.a. gewiß auch die Subordination unter sowjetischer Führung ein. - Vgl. Fitzgerald, C.P.: The Chinese View of their Place in the World, London, 1964; Fairbank, J.K.: China - The People's Middle Kingdom and the USA (hinfort: Fairbank, Middle Kingdom), Cambridge/Mass., 1967; Morgenthau, Hans J.: The United States and China (hinfort: Morgenthau, China), in: Tang Tsou (Hrsg.): China in Crises - China's Policies and America's Alternatives (hinfort: Tang Tsou, Crises), Chicago 1968; Löwenthal, Richard: Communist China's Foreign Policy (hinfort: Löwenthal, Foreign Policy) in: Tang Tsou, ibid.

(97) Vgl. Löwenthal, Foreign Policy, in: Tang Tsou, Crises, op. cit., p. 5.

III. Kapitel

(1) Vgl. Schurmann, Franz: Ideology and Organisation in Communist China (hinfort: Schurmann, Ideology and Organisation), Berkeley-Los Angeles, 1968, p. 7.

(2) Vgl. ibid.

(3) Vgl. hierzu insbesondere Chang Chung-li: The Chinese Gentry – Studies on their Role in Nineteenth-Centura Chinese Society, Seattle-Washington, 1955 sowie Chou Tse-tung: The May Forth Movement, Cambridge/Mass., 1960.

(4) Vgl. Scharping, Thomas: Der Demokratische Bund und seine Vorläufer 1939 bis 1949 – Chinesische Intelligenz zwischen Kuomintang und Kommunistischer Partei, Berlin, 1971, p. 3.

(5) Vgl. hierzu insbesondere Franke, Wolfgang: Die Staatspolitischen Reformversuche K'ang Yu-weis – Ein Beitrag zur geistigen Auseinandersetzung Chinas mit dem Abendlande, in: Mitteilungen des Seminars für Orientalische Sprachen, Jg. XXXVIII, Berlin 1935, pp. 1-83.

(6) Vgl. Domes, KMT-Herrschaft, op. cit., p. 5.

(7) Vgl. ibid, p. 5.

(8) Vgl. hierzu insbesondere Domes, Jürgen: Vertagte Revolution – Die Politik der Kuomintang in China 1923 bis 1937, Berlin, 1969.

(9) Man könnte hier – unter Berücksichtigung des relativ kurzen Bestandes der Chinesischen Republik auf dem Festland – von einer Art „Zwischenelite" sprechen, jedoch nur in dem Sinne, daß die Machtübernahme durch die chinesischen Kommunisten ihrer Herausbildung zu einer echten neuen Elite ein vorzeitiges Ende setzte.

(10) Als Schlüsselelemente hat Schurmann Ethos, Statusgruppe und „ideale Persönlichkeit" überzeugend herausgearbeitet. – Vgl. Schurmann, Ideology and Organisation, op. cit., pp. 7 f.

(11) Vgl. ibid, p. 8.

(12) Vgl. ibid.

(13) Es drängt sich die Frage auf, ob hier Parallelhierarchien bestehen. Sie ist in theoretischer Hinsicht negativ zu beantworten – denn wie könnte man annehmen, daß eine Gesellschaft, die danach strebt, klassenlos zu werden und deren Doktrin die Bildung nur als Überbau der Basis ansieht, es zuläßt, daß innerhalb einer Partei, die als Avantgarde und Mittel zur Erreichung des Endzieles bezeichnet wird, zwei getrennte Hierarchien bestehen oder entstehen. In praktischer Hinsicht jedoch spricht vieles dafür, daß derartige Hierarchien tatsächlich parallel existieren, auch wenn sie sich von einem gemeinsamen Ansatzpunkt graduell auseinander entwickelten. – Vgl. hierzu auch den fortlaufenden Text.

(14) Vgl. Mac Dougall, Colina: The Reds and the Experts, in: Far Eastern Economic Review (hinfort: FEER) 43, 6. 2. 1964, p. 310.

(15) Vgl. Whitson, William W.: The Military – Their Role in the Policy Process (hinfort: Whitson, Military) in: Trager, F.N.; Henderson, W. (Hrsg.): Communist China 1949-1969 – A Twenty-Year Appraisal (hinfort: Trager/Henderson, Comm. China), New York, 1970, p. 95.

(16) Die Einstufung der Politkommissare in die Kategorie „Ideologen" ist nur insoweit gerechtfertigt, als sich die einzelnen Personen selbst mit den ihnen übertragenen Aufgaben identifizierten. Dies generell zu unterstellen, hieße die Praxis zu mißachten, daß viele Armeeange-

hörigen eine Zeitlang die Funktion eines Kommandeurs, danach den eines Politkommissars und schließlich erneut den eines Kommandeurs ausübten. Da die Frage nach der Selbstidentifizierung nur individuell beantwortet werden kann, wurde hier der funktionalen Zuordnung der Vorrang eingeräumt.

(17) Aber ganz abgesehen von ideologischen Fragen, mußten die kommunistischen Funktionäre auch wegen ihrer relativ geringen Zahl auf allen Posten einsetzbar sein.

(18) Vgl. Whitson, Military, in: Trager/Henderson, Comm. China, op. cit., p. 97.

(19) Zum Zeitpunkt der kommunistischen Machtübernahme befand sich Chinas Wirtschaft in einem nahezu chaotischen Zustand. Der lange Krieg gegen Japan und der sich unmittelbar anschließende Bürgerkrieg, die sowjetische Demontage der Fabrikanlagen im bedeutendsten chinesischen Industriegebiet, der Mandschurei, sowie der allgemeine Zusammenbruch der Sozialordnung und Regierungsautorität, hatten nicht nur die Produktion empfindlich zurückgehen lassen, sondern auch eine Inflation größten Ausmaßes hervorgerufen. - Vgl. Wu Yüan-li: The Economy After Twenty Years (hinfort: Wu Yüan-li, Economy), in: Trager/Henderson, Comm. China, op. cit., p. 123.

(20) Es steht fest, daß sich die chinesischen Kommunisten noch für eine erhebliche Zeitspanne weitgehend des administrativen Personals bedienten, welches diese Aufgaben schon unter der Nationalregierung erfüllte. Soweit es reine Routineverwaltung darstellte, konnte den neuen Machthabern daraus wenig Schaden erwachsen, ja jene alten Verwaltungsfachleute waren sogar die einzigen, welche über die Erfahrung verfügten, neue Kräfte heranzubilden. Was allerdings die Kontrolle anging, mußte die Bürokratie der ehemaligen Regierung als denkbar ungeeignet angesehen werden. Hier war man von Anfang an darauf angewiesen, auf allen Ebenen Kontrollinstitutionen einzurichten, die ausschließlich mit Kommunisten besetzt werden mußten. Eine dominierende Rolle spielten dabei die Angehörigen der VBA.

(21) Dieser allgemeine Erfolgszwang lief parallel mit der Notwendigkeit zur Errichtung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, welche über verschiedene Zwischenstufen (Landreform, weitgehende Abschaffung des Privateigentums und Verstaatlichung des Industrie- und Handelswesens) sowie mit unterschiedlicher Geschwindigkeit spätestens bis 1956 erreicht wurde. - Vgl. Wu Yüan-li, Economy, in: Trager/Henderson, Comm. China, op. cit., p. 133.

(22) Vgl. Whitson, Military, in: Trager/Henderson, Comm. China, op. cit., p. 99.

(23) Dies bedeutet ganz China mit Ausnahme des Landesteiles nördlich des Huai-Flußes in Anhuei.

(24) Ost-, Süd-, Südwest- und Nordwestkomitees; Vgl. Gittings, Chinese Army, op. cit., pp. 32 f.

(25) Nordostvolksregierung unter der Leitung Kao Kangs.

(26) Nordchina, de jure verwaltet von zentralen Regierungsdienststellen in Peking.

(27) Vgl. Whitson, William W.: The Field Army in the Chinese Communist Military Policies (hinfort: Whitson, Field Army) in: The China Quarterly (hinfort: CQ), Nr. 37, Januar-März 1969, p. 2.

(28) Die erste (P'eng Te-huai), zweite (Liu Po-ch'eng) und dritte (Ch'en Yi) Feldarmee standen noch immer unter dem Kommando von Offizieren, die 16-20 Jahre jeweils eine einheitliche Führungsgruppe gebildet hatten. Die vierte (Lin Piao) Feldarmee war erst 1945 zusammengestellt worden. Die Nordchina- (Nieh Jung-chen) Feldarmee - gelegentlich auch „fünfte Feldarmee" genannt - entstand in ihrem Kern 1937 nach Ausbruch des sino-japanischen

Krieges in der Shansi-Chabar-Hopei-Grenzregion. - Vgl. Chen Cho-min: An Analytical Study of the PLA-Crisis (hinfort: Chen Cho-min, PLA-Crisis), in: Issues and Studies, Nr. 4, Jan. 1968, pp. 7/8 sowie Whitson, Field Army, op. cit., pp. 3-8.

(29) Als Beispiel soll hier nur Lin Piaos Triumph am P'ing-hsinkuan, Ende September 1937, genannt werden, der seit Gründung der II. Einheitsfront den ersten Sieg gegen eine japanische Einheit darstellte. - Vgl. hierzu Johnson, Chalmers A.: Peasant Nationalism and Communist Power - The Emergence of Revolutionary China 1937-1945 (hinfort: Johnson, Comm. Power), Stanford, 1966/67, pp. 218/219.

(30) Hier kommt gelegentlich die Bezeichnung „Regionalmachthaber ins Spiel. Während Gittings (Chinese Army, op. cit., p. XIV) jedoch feststellt, daß „China zu keiner Zeit ab 1949 von Militärs beherrscht worden sei und offensichtlich auch wenig Furcht vor militärischem Regionalismus bestanden habe" ist es eine der Hauptthesen von Whitson (Field Army, op. cit., p. 11), daß die „kommunistische Version der Regionalmachthaber in der Tat zu einem... fundamentalen Element in der zwischenregionalen Verteilung der wirtschaftlichen und politischen Macht nach 1950" wurde.

Der Auffassung von Gittings kann schon darum nicht gefolgt werden, weil sie unbewiesen und zudem nicht einmal plausibel ist. Whitsons Behauptung dürfte zwar im wesentlichen zutreffen, wenn auch derartigen Vergleichen stets mit Vorsicht zu begegnen ist.

(31) Die Fraktionsbildung innerhalb der chinesischen kommunistischen Streitkräfte ist tief verwurzelt und praktisch so alt wie diese selbst. Schon auf dem VII. Parteikongreß der KPCh 1945 nahm Mao zu dem Problem wie folgt Stellung: „Wir müssen den falschen Tendenzen der Fraktionsbildung entgegenwirken und sie eliminieren, weil sie der Einheit unserer Partei entgegenwirkt. Natürlich hat die Fraktionsbildung, entstanden unter konkreten historischen Bedingungen im Verlauf der chinesischen Revolution eine bestimmte Rolle gespielt. Objektiv gesehen existiert sie noch heute und wir können nicht so tun, als sei sie abgeschafft. Aber wir müssen diese Tatsache erkennen und versuchen, sie abzuschwächen und schließlich zu eliminieren" - Chen Cho-min, PLA-Crisis, op. cit., p. 11; Vgl. hierzu auch Whitson, Military, op. cit., p. 103 sowie Domes, Jürgen: Kulturrevolution und Armee (hinfort: Domes, Kulturrev.), Bonn, 1967, pp. 65 f.

(32) Vgl. hierzu insbesondere die Ausführungen von Whiting, Allan S.: China Crosses the Yalu (hinfort: Whiting, Yalu), New York, 1960, pp. 1-13.

(33) Hier galt es eine sozialistische Rechts- und Wirtschaftsordnung zu schaffen sowie gleichzeitig die dörfliche Selbstverwaltung, das klassische chinesische Familiensystem und religiöse Gruppen zu zerschlagen.

(34) Vgl. Lu Ta: The Combat Capability of the Chinese Communist Armed Forces (hinfort: Lu Ta, Armed Forces), in: Issues and Studies, Nr. 2, November 1964, p. 35.

(35) Vgl. Whitson, Military, op. cit., p. 104.

(36) Vgl. Joffe, Ellis: Conflict in Red China's Army (hinfort: Joffe, Conflict), in: Military Review 44, Dezember 1964, p. 70.

(37) Die rotchinesischen Verluste werden von den Vereinten Nationen mit 900000 Mann angegeben. - Vgl. Daily Telegraph vom 22. 8. 1953; Von hohen Verlusten sprechen u.a. auch: Hinton, Harold C.: Communist China's Military Posture (hinfort: Hinton, Posture) in: Current History 43, September 1962, p. 151 sowie Lu Ta, Armed Forces, op. cit., p. 35.

(38) Vgl. Joffe, Ellis: Moscow and the Chinese Army (hinfort: Joffe, Chinese Army), in: FEER 44, April 1964, p. 13.

(39) Vgl. Whitson, Military, in: Trager/Henderson, Comm. China, op. cit., p. 105.

(40) Vgl. ibid.

(41) Vgl. Whitson, Field Army, op. cit., pp. 11/12.

(42) Vgl. Chen Cho-min, PLA-Crisis, op. cit., p. 8.

(43) Vgl. Whitson, Military, op. cit., p. 105.

(44) Vgl. Domes, Kulturrev., op. cit., pp. 65-83.

(45) Drei Thesen wurden im Zusammenhang mit Loyalitätsgruppen bzw. Feldarmeeparteien bisher aufgestellt:

1. Die These von den „Regionalmachthabern", welche besagt, daß alle Angehörigen einer bestimmten Feldarmee loyal zu ihrem obersten Befehlshaber standen, wobei letztere ihre Basisgebiete unabhängig von der Zentrale regierten und letztlich danach trachteten, ihren „Genossen" so viel Macht zu entreißen, um die Entscheidungen der Zentrale maßgeblich beeinflussen zu können;
2. Die These der „monolithischen Diktatur", welche besagt, daß Mao Tse-tung lediglich Befehle an seine mächtigen aber loyalen Militärs erteilen konnte, die diese sofort und unwidersprochen durchführten;
3. Die These vom „Gleichgewicht", welche besagt, daß seit Bestehen der VRCh versucht wurde, keiner Person oder Institution – weder im regionalen noch im zentralen Bereich – so viel Übergewicht zuzugestehen, daß Entscheidungen hätten erzwungen werden können.

Spätestens die Ereignisse der Kulturrevolution haben gezeigt, daß die 3. These wohl zutreffen dürfte. Denn hätte die 1. gestimmt, wäre die VRCh vermutlich in ihrer heutigen Form nicht mehr existent. Stimmte die 2., hätte es nur eines Winkes bedurft, und Maos Gegenspieler wären ausgeschaltet gewesen. Nur wenn die 3. These zutrifft, gibt es eine Erklärung für das, was 1966-68 auf dem Festland vor sich ging. – Vgl. Chen Cho-min, PLA-Crisis, op. cit., p. 11, Whitson, Field Army, op. cit., pp. 22-23 und Domes, Kulturrev., op. cit., pp. 65-83.

(46) Vgl. hierzu insbesondere Griffith, Samuel B. II: The Chinese People's Liberation Army (hinfort: Griffith II, Liberation Army), New York, 1967, pp. 214 f.

(47) Die zahlenmäßige Stärke der VBA wird im Jahre 1950 durchweg mit ca. 5 Millionen Mann angegeben. Vgl. Gittings, Chinese Army, op. cit., p. 304; Hinton, Posture, op. cit., p. 149.

(48) In der Endphase des Bürgerkrieges erhielten die chinesischen kommunistischen Streitkräfte große Verstärkung. Ganze Truppenteile der Nationalarmee liefen über, Gefangene boten ihre Dienste an und es fanden auch Aushebungen unter der Zivilbevölkerung statt. – Vgl. NCNA (Peking) vom 16. 7. 1949; siehe auch Belden, Jack: China Shakes the World, London, 1950, pp. 413-418.

(49) Ende des Bürgerkrieges waren die in VBA umbenannten Streitkräfte der Kommunisten eine spärlich ausgerüstete Infanteriestreitmacht, die – lose in vier Feldarmeen und einige zusätzliche Einheiten aufgeteilt – aus ungefähr 5 Millionen Mann bestand. Luftwaffe, Marine oder sonstige Einheiten technischer Natur gab es so gut wie nicht. Wie sehr sich insbesondere das Fehlen von Amphibienfahrzeugen auswirkte, beweist nicht zuletzt die Tatsache, daß man beim Rückzug der Truppe der Nationalregierung nach T'aiwan nicht einmal mehr imstande war, die nur sehr bescheiden verteidigten, küstennahen Inseln (z.B. Quemoy und Matsu), noch einzu-

nehmen. – Vgl. Garthoff, Raymond L.: Sino-Soviet Military Relations (hinfort: Garthoff, Military Relations), in: Military Review 44, Nr. 1, 1964, p. 82.

(50) Besonders nach Ansicht Mao Tse-tungs und seiner Parteiideologen.

(51) Hier muß daran gedacht werden, daß die VBA zu jener Zeit nur mit Beutewaffen ausgerüstet war, die entweder von besiegten oder übergelaufenen Truppen der Nationalregierung stammten, oder der VBA beim Abzug der sowjetischen Armee aus der Mandschurei (zumeist japanische Waffen) überlassen wurden. Ihre Zahl der von den Sowjets erbeuteten japanischen Waffen wird an einer Stelle mit 300 000 Gewehren, 5 000 Maschinengewehren, 1 226 Geschützen, 369 Panzern und 925 Flugzeugen angegeben, wobei an Geschützen, Panzern und Flugzeugen nur einiges die Chinesen erhielten. – Vgl. Garthoff, Military Relations, p. 82.

(52) Vgl. Ploetz, Verträge, op. cit., Bd. 4 A – Text des Vertrages vom 14. 2. 1950, siehe pp. 386–387.

(53) Vgl. Garthoff, Military Relations, op. cit., p. 83.

(54) Vgl. ibid.

(55) In seiner erschöpfenden Analyse der chinesischen Politik vor Ausbruch des Koreakrieges findet Whiting weder Anzeichen einer Planung zur Teilnahme, noch – bis Sommer 1950 – eine aktive Vorbereitung auf ein derart ambitiöses Vorhaben. Erst die US-Intervention, der unerwartet schnelle Zusammenbruch der nordkoreanischen Widerstandskraft und das tatenlose Zusehen der UdSSR schien die Chinesen veranlaßt zu haben, doch aktiv in den Krieg einzutreten. – Vgl. Whiting, Yalu, op. cit., pp. 1–13; siehe hierzu auch Snow, Edgar: The Other Side of the River – Red China Today, New York, 1961, pp. 85–92.

(56) Die hohen Verluste ließen dies ebensowenig zu, wie die umfangreichen Aufgaben der VBA in der Heimat.

(57) Vgl. Griffith, Samuel B. II: The Military Potential of China (hinfort: Griffith II, Potential), London, 1965, p. 73.

(58) Insbesondere die wenigen Militärakademien konnten zunächst nicht genügend Nachwuchs bereitstellen. – Vgl. NCNA (Peking) vom 9. 12. 1950.

(59) Rede Chu Tes zum Armeefeiertag – NCNA (Peking) vom 1. 8. 1953.

(60) Vgl. NCNA (Peking) vom 29. 9. 1949.

(61) Hier wird stets von „geeignet" gesprochen. Eine etymologische Untersuchung von t'ung-yi ergibt: t'ung ( ) = regieren, herrschen; yi ( ) = eins, das Eine, das Ganze.

(62) Man dachte dabei u. a. vermutlich an die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

(63) Leitartikel der Volkszeitung vom 24. 7. 1954, in: SWB/FE 376.

(64) Vgl. Hinton, Posture, op. cit., p. 152.

(65) Von einer ganzen Reihe westlicher Beobachter ist der Wert der sowjetischen Militärhilfe an die VRCh insgesamt in Zweifel gestellt worden (Vgl. z. B. Whiting, Allen S.: Contradictions in the Moscow-Peking-Axis, in: Journal of Politics, Februar 1958). Das Erreichen einer strategischen Bedeutung wird schlichtweg verneint, weil nicht einmal mehr sicher ist, ob ab 1957 überhaupt noch Kredite gegeben wurden. – Vgl. Hinton, Posture, op. cit., p. 152.

(66) Vgl. Domes, Kulturrev., op. cit., p. 79 und Hsieh, Nuclear Era, op. cit., p. 41.

(67) NCNA (Peking) vom 23. 2. 1950

(68) Vgl. NCNA (Peking) vom 1. 8. 1950.

(69) NCNA (Peking) vom 31. 7. 1951.

(70) Vgl. Gittings, Chinese Army, op. cit., p. 124.

(71) Vgl. ibid.

(72) Rede Hsiao Huas vom 1. 8. 1952 – NCNA (Peking) vom 15. 10. 1952; siehe auch Manchester Guardian vom 27. 10. 1952 sowie 5. 1. 1953.

(73) Vgl. Rede Mao Tse-tungs vom 22. 2. 1953 – NCNA (Peking) vom 22. 2. 1953.

(74) Rede Chou En-lais vom 23. 10. 1951, in: SWB/FE 133.

(75) Rede Li Fu-ch'uns vom 4. 11. 1951, in: SWB/FE 134.

(76) Rede Ch'en Yüns vom 4. 11. 1951, in: ibid.

(77) Radio Peking vom 9. 4. 1955, in: SWB/FE 449.

(78) Dies geht u. a. aus einem Leitartikel der Volkszeitung vom 4. 1. 1955 hervor, in welchem festgestellt wird, daß es „eine gewisse Personengruppe gebe, die glaube, es sei nicht notwendig, die VBA zu stärken und zu unterstützen, solange sich das Land im Wiederaufbau befinde", in: SWB/FE 424.

(79) Vgl. hierzu die Ausführungen in Kapitel I dieser Studie.

(80) Vgl. Halperin, Morton H.: Chinese Attitudes toward the Use and Control of Nuclear Weapons (hinfort: Halperin, Nuclear Weapons), in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 136.

(81) Vgl. hierzu auch die Ausführungen im Absatz „Die ideologischen Bestimmungsfaktoren" in dieser Studie.

(82) Vgl. Mao Tse-tung: Strategy Problems In Guerrilla War, in: Mao, Selected Works, Bd. 2, op. cit., pp. 119–156.

(83) Vgl. Mao Tse-tung: On The Protracted War, in: ibid., pp. 157–243.

(84) Vgl. Halperin, Nuclear Weapons, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 139.

(85) Obwohl Evidenzen selbstverständlich fehlen, so ist nicht auszuschließen, daß Mao schon damals erkannt hatte, daß China – wenn es die ihm gebührende Rolle bei der Weltrevolution spielen wolle – einmal eigene Nuklearwaffen besitzen müsse. – Vgl. Halperin, Nuclear Weapons, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 140.

(86) Vgl. Thornton, Thomas P.: Communist China and Nuclear Weapons, in: Military Review 44, September 1964, p. 31.

(87) Vgl. Koe, Military Policy, op. cit., p. 166.

(88) Vgl. Gittings, Chinese Army, op. cit., p. 127.

(89) Vgl. Halperin, Nuclear Weapons, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 141.

(90) Vgl. hierzu insbesondere die Ausführungen von Whiting (Yalu) und Garthoff (Military Relations).

(91) Etymologisch gibt die chinesische Bezeichnung „chih-yüan-chün" nicht viel her, weil die Übersetzung korrekt ist. Das bedeutet jedoch nicht, daß die chinesische „Freiwilligenarmee" eine „Armee von Freiwilligen" war. Die Rekrutierung erfolgte vielmehr durch massiven moralischen und sozialen Druck auf die Wehrfähigen aber auch deren Familien. – Vgl. Chen Wen-huai: Wartime „Mass"-Campaigns in Communist China – Official Countrywide „Mass-Movements" in Professed Support of the Korean War, Lackland/Texas, 1955.

(92) Vgl. Halperin, Nuclear Weapons, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 142.

(93) Vgl. Koe, Military Policy, op. cit., p. 166

(94) Was keineswegs bedeutete, daß man die durch moderne und besonders nukleare Waffen hervorgerufenen qualitativen Änderungen in der Kriegführung verkannt hätte.

(95) Vgl. Garthoff, Raymond L.: Soviet Military Doctrine, (hinfort: Garthoff, Doctrine), Glencoe, 1953, p. 34.

(96) Vgl. Dinerstein, Krieg, op. cit., p. 22.

(97) Vgl. ibid.

(98) Zitiert nach ibid.

(99) Im Jahre 1957 wurde schließlich die schon vorher umstrittene Ansicht Stalins offiziell verworfen. – Vgl. Dahm, Volkskrieg, op. cit., p. 61.

(100) Zitiert nach Garthoff, Raymond L.: Soviet Strategy in Nuclear Age (hinfort: Garthoff, Strategy), New York, 1958, p. 67.

(101) Vgl. Goldhamer, Herbert: Communist Reaction in Korea to American Possession of the A-Bomb and Its Significance for U.S. Political and Psychological Warfare, Rand Corporation Memorandum, Nr. 903-PR, 1. 8. 1952, Santa Monica/Calif., pp. i-ii.

(102) Vgl. Shih-shih Shou-ts'e, Peking, Bd. 1, Nr. 2 vom 5. 11. 1950, in: CB Nr. 210, 18. 9. 1952, pp. 11/12.

(103) Vgl. Hsieh, Nuclear Era, op. cit., p. 3.

(104) Vgl. Goldhamer, Herbert: Chinese Concern about the A-Bomb (hinfort: Goldhamer, A-Bomb), Cambridge/Mass., 1952, pp. 5/6.

(105) Vgl. NCNA (Peking) vom 3. 10. 1952.

(106) Vgl. Volkszeitung vom 14. August 1953, in: SCMP Nr. 632, 15. 8. 1953, p. 1.

(107) Vgl. Hsieh, Nuclear Era, op. cit., p. 4.

(108) Vgl. ibid, p. 7.

IV. Kapitel

(1) Afghanistan, Burma, Ceylon, Indien, Indonesien, Israel und Pakistan. – Vgl. Halpern, A. M. (Hrsg.): Policies Toward China – Views from Six Continents (hinfort: Halpern, China), New York–Toronto–London, 1965, pp. 496/497.

(2) Albanien, Bulgarien, Tschechoslowakei, Deutsche Demokratische Republik, Ungarn, Nordkorea, Mongolische Volksrepublik, Polen, Rumänien und UdSSR. – Vgl. Halpern, China, op. cit., pp. 496/497.

(3) Dänemark, Finnland, Holland, Norwegen, Schweden, Schweiz und England. - Vgl. ibid.

(4) Vgl. Hinton, Harold C.: China's Turbulent Quest - An Analysis of China's Foreign Relations Since 1945 (hinfort: Hinton, Quest), London, 1970, p. 51.

(5) Vgl. hierzu die Ausführungen im Absatz „die strategischen Bestimmungsfaktoren" in dieser Studie.

(6) Vgl. Löwenthal, Foreign Policy, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., pp. 3.

(7) Gemeint sind hier die Regierungen der neutralen Länder, die gemäß Mao Tse-tungs Grundsatz: „Neutralität ist nur Tarnung" als „Handlanger des Imperialismus" bezeichnet wurden. - Vgl. Hinton, Harold C.: Communist China in World Politics (hinfort: Hinton, World Politics), Boston, 1966, pp. 394-468.

(8) In Malaya ebenso wie auf den Philippinen, Burma und Indonesien.

(9) Das Ergebnis der Genfer Indochinakonferenz dürfte kaum den chinesischen Wünschen entsprochen haben. - Vgl. Benton, Encyclopaedia Britannica, Bd. 12, pp. 264/265.

(10) Siehe hierzu die Abstimmungen in der UNO ab 1950. - Vgl. Halpern, China, op. cit., pp. 504 f.

(11) Am 3. 5. 1954 berief der amerikanische Außenminister Dulles eine Tagung des ANZUS-Rates (Außenminister Australiens, Neuseelands und der USA) ein, um dort die Frage eines südostasiatischen Verteidigungspaktes zu erörtern. - Vgl. New York Times (hinfort: NYT) vom 3. 5. 1954.

(12) Text des SEATO-Vertrages siehe Ploetz, Verträge, Bd. 4 A op. cit., pp. 462 f.

(13) Die drei Länder waren: Philippinen, Thailand und Pakistan.

(14) Diese Gefahr war potentiell bei allen nichtkommunistischen Ländern Asiens gegeben.

(15) Form und Inhalt des SEATO-Vertrages ließen - vor allem dadurch, daß sich die USA die Anerkennung einer Aggression ausdrücklich für einen kommunistischen Angriff vorbehalten hatten - keinen Zweifel daran, daß er sich gegen die VRCh richtete.

(16) Volkszeitung vom 30. 3. 1954, in: SCMP, Nr. 778, 31. 3. 1954, pp. 17-19.

(17) Volkszeitung vom 3. 4. 1954, in: SCMP, Nr. 781, 3.-5. 4. 1954, p. 3.

(18) Vgl. Gittings, Chinese Army, op, cit., pp. 45 f.

(19) Vgl. Hinton, World Politics, op. cit., p. 260.

(20) Vgl. ibid.

(21) Zu den sich überschneidenden Massenkampagnen bis 1953 siehe Kindermann, G. K., Domes, J., Gerhardt, H.: Der chinesische Kommunismus - Zur Geistes- und politischen Geschichte (hinfort: Kindermann u. w. Chinesischer Komm.), Bonn, 1966; mit dem im Oktober 1953 von Mao verkündeten „Übergang zum Sozialismus" wurden diese Kampagnen noch ideologisch ausgeweitet und verschärft.

(22) Vgl. hierzu u. a. die im Kapitel III/2 dieser Studie beschriebenen Schwierigkeiten.

(23) Vgl. hierzu die ausführliche Darstellung der Kao-Jao-Affaire in Absatz 3 dieses Kapitels.

(24) Vgl. NYT vom 26. 9. 1954.

(25) Damit soll jedoch keineswegs zum Ausdruck gebracht werden, daß die außenpolitische Umorientierung vorwiegend wirtschaftlich motiviert war.

(26) Zu dieser amerikanischen Entscheidung vgl. Tang Tsou: America's Failure in China 1941-1950 (hinfort: Tang Tsou, Failure), Chicago, 1963, pp. 558-564.

(27) Zitiert nach Näth, Marie-Luise: Grundsätze, Methoden und Ergebnisse der rotchinesischen Außenpolitik von der Gründung der Volksrepublik China bis zur Konferenz von Bandung, Berlin, 1968, p. 92.

(28) Diese Haltung kann nicht anders interpretiert werden, als daß die 7. amerikanische Flotte Chiang den Weg zum Festland freigeben sollte.

(29) Vgl. Halperin, M.H.; Tang Tsou: The 1958 Quemoy Crisis, (hinfort: Halperin/Tang Tsou, Quemoy Crisis), in: Halperin, M.H. (hrsg.): Sino-Soviet Relations and Arms Control (hinfort: Halperin, Arms Control) Cambridge/Mass., 1967, p. 185.

(30) Vgl. NCNY (Peking) vom 1. 8. 1954.

(31) Die „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" lauten:
- die gegenseitige Achtung der territorialen Unverletzlichkeit und Integrität;
- den gegenseitigen Nichtangriff;
- die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Partners;
- die Gleichberechtigung und den gegenseitigen Nutzen;
- die friedliche Koexistenz.

Vgl. Institut für Asienkunde Hamburg (Hrsg.): Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten, Teil I, Süd- und Ostasien, Frankfurt-Berlin, 1962, p. 15.

(32) Vgl. NCNA (Peking) vom 11. 8. 1954.

(33) So warnte z. B. der amerikanische Außenminister Dulles am 8. 3. 1955 die VRCh: „Falls sie (die chinesischen Kommunisten) eine bewaffnete Aggression planten, dies wohl einen allgemeinen Krieg in Asien bedeuten würde". - Vgl. NYT vom 9. 3. 1955.

(34) Vgl. Halperin/Tang Tsou, Quemoy Crisis, in: Halperin, Arms Control, op. cit., p. 186.

(35) Im Text der gemeinsamen Erklärung wird die T'aiwan-Frage nicht erwähnt. - Vgl. NCNA (Peking) vom 12. 10. 1954.

(36) Vgl. Hsieh, Nuclear Era, op. cit., p. 18.

(37) Vgl. Hinton, World Politics, op. cit., p. 261.

(38) Text des Verteidigungsabkommens zwischen der Republik China und den USA vom 2. Dezember 1954, siehe Ploetz, Verträge, Bd. 4 A, op. cit., pp. 483 f.

(39) Die „Erste afro-asiatische Konferenz" vom 18. - 27. 4. 1955 (auch als Bandung-Konferenz bezeichnet) wurde erklärtermaßen mit dem Ziel einberufen, zu untersuchen, welchen Beitrag man zur Förderung des Weltfriedens und der friedlichen Zusammenarbeit leisten könnte.

(40) Man bedenke z.B. das sehr späte und dann doch fast gleichzeitige Einsetzen der Strategiediskussion. - Vgl. hierzu die Ausführungen zu Kapitel III Absatz 3 in dieser Studie.

(41) Vgl. ibid.

(42) Vgl. Hsieh, Nuclear Era, op. cit., p. 15.

(43) Vgl. Koe, Military Policy, op. cit., pp. 166/167.

(44) Text des Waffenstillstandsabkommen von Panmunjon vom 27. Juli 1953 siehe Ploetz, Verträge, Bd. 4 A, op. cit., pp. 433 f.

(45) Der erste sowjetische Wasserstoffbombentest fand am 20. 8. 1953 statt. - Vgl. Pravda und Izvestia vom 20. 8. 1953, in: Current Digest of the Soviet Press (hinfort: CDSP), Nr. 30, 5. 9. 1953, p. 3.

(46) Vgl. Joffe, Chinese Army, op. cit., p. 13.

(47) Vgl. hierzu Kapitel III Absatz 2 dieser Studie.

(48) Text der Verfassung der Volkrepublik China vom 20. September 1954 siehe Franz, Günther (Hrsg.): Staatsverfassungen - Eine Sammlung wichtiger Verfassungen der Vergangenheit und Gegenwart in Urtext und Übersetzung, 2. Aufl., München, 1964, pp. 98 f.

(49) Vgl. Domes, Kulturrev., op. cit., pp. 60/61.

(50) Vgl. Rawlings, Chinese Army, op. cit., p. 16.

(51) Hier ist besonders an die Berufung der regionalen Befehlshaber in zentrale Befehlsstellen gedacht. - Vgl. Kapitel III Absatz I dieser Studie.

(52) Zum Entwurf des Wehrpflichtgesetzes vom März 1953. - Vgl. Gittings, Chinese Army, op. cit., p. 149.

(53) Vgl. Chiu, S.M.: The Chinese Communist Army in Transition, Far Eastern Survey, November 1958, pp. 169-175 sowie Hinton, Posture, op. cit., p. 151.

(54) Die Auffassung der „Professionellen" wurde nur bis etwa Mitte 1955 publiziert.

(55) Vgl. Domes, Kulturrev., op. cit., p. 79.

(56) Vgl. Koe, Military Policy, op. cit., pp. 167 f.

(57) Diese Konzeption stellt eine offensichtliche Reminiszenz gegenüber Maos „Offensiv-Defensiv-Theorie" und Stalins Lehre von den ständig wirkenden Faktoren dar.

(58) Bericht P'eng Te-huais über die Auswirkungen des Wehrpflichtgesetzes vom 16. 7. 1955, in: CB, Nr. 337, 20. 7. 1955, pp. 3-4.

(59) Vgl. Hsieh, Nuclear Era, op. cit., p. 73.

(60) Berichte Liu Po-ch'engs und Yeh Chien-yings auf der 2. Sitzung des I. Nationalen Volkskongresses am 21. bzw. 27. 7. 1955, in: CB, Nr. 347, 23. 8. 1955, pp. 27-30.

(61) Bericht Yeh Chien-yings auf der 2. Sitzung des I. Nationalen Volkskongresses am 27. 7. 1955, in: CB, Nr. 347, 23. 8. 1955, p. 30.

(62) Ansprache P'eng Te-huais auf der 2. Sitzung des I. Nationalen Volkskongresses am 16. 7. 1955, in: CB, Nr. 337, 20. 7. 1955, pp. 3-4.

(63) Ansprache Liu Po-ch'engs auf der 2. Sitzung des I. Nationalen Volkskongresses am 21. 7. 1955, in: CB, Nr. 347, 23. 8. 1955, p. 27.

(64) So sagte z.B. Yeh Chien-ying in seiner Ansprache auf der 2. Sitzung des I. Nationalen Volkskongresses am 27. 7. 1955: „Manche Leute meinen, daß es in der gegenwärtigen Situation

nur notwendig sei, alle Kräfte auf den sozialistischen Aufbau zu konzentrieren und weniger notwendig, die nationale Verteidigung zu stärken". – Vgl. CB, Nr. 347, 23. 8. 1955, p. 30. – Es besteht kaum ein Zweifel, daß dieses „manche Leute" einen Angriff auf P'eng Te-huai darstellen sollte.

(65) Vgl. zu diesem Zeitpunkt insbesondere den Artikel T'an Chengs in der Zeitschrift Chung-kuo Ch'ing-nien, Peking, September 1955, in: SCMP, Nr. 1168, 10. 11. 1955, pp. 39-44.

(66) Vgl. Hsieh, Nuclear Era, op. cit., p. 59.

(67) Vgl. Ansprache T'an Chengs auf dem VIII. Nationalkongreß der KPCh am 23. 9. 1956, Volkszeitung vom 24. 9. 1956, in: CB, Nr. 422, 18. 10. 1956, p. 14.

(68) Budgetbericht Li Hsien-niens auf der 3. Sitzung des I. Nationalen Volkskongresses am 15. 6. 1956, in : CB, Nr. 392, 26. 6. 1956, pp. 12-13.

(69) Anhänger der strategischen Konzeption des Verteidigungsministeriums und auch diejenigen, welche glaubten – oder besser, welche zum Ausdruck brachten –, man müsse die revolutionäre Komponente der VBA stärken.

(70) Bericht Liu Shao-ch'is auf dem VIII. Nationalkongreß der KPCh am 15. 9. 1956, in: NCNA (Peking) vom 16. 9. 1956.

(71) Ansprache P'eng Te-huais auf dem VIII. Nationalkongreß der KPCh am 18. 9. 1956, in: CB, Nr. 422, 18. 9. 1956, p. 8.

(72) Vgl. Hsieh, Nuclear Era, op. cit., p. 59.

(73) Gegen einen Atomangriff der USA wären wahrscheinlich die Vorschläge beider Richtungen unzureichend gewesen, weil ja schon die zweifellos besser gerüstete UdSSR nicht sicher war, einem SAC-Angriff oder gar eines solchen mit Mittelstreckenraketen der USA hätte wirksamen Widerstand leisten können.

(74) Vgl. Boyd, R. G.: Communist China's Foreign Policy (hinfort: Boyd, Foreign Policy), London-Dumnow, 1962, pp. 26 f.

(75) Gittings (Chinese Army) sieht hier Ähnlichkeiten mit Sun Yat-sens Dreistufentheorie (1. Militärregierung, 2. Politische Vormundschaft, 3. Konstitutionelle Regierung). Er bezeichnet die kommunistische Herrschaftsform in der Phase von 1949 als Militärregierung und Politische Vormundschaft. – Vgl. ibid, p. 264.

(76) Vgl. Domes, Kulturrevolution, op. cit., p. 60.

(77) Am 5. März 1953 verstarb J.W. Stalin, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR und Sekretär des ZK der KPdSU. – Vgl. Pravda und Izvestia vom 5. März 1953, in: CDSP, Nr. 6, 21. 3. 1953, pp. 4 f.

(78) Am 4. November 1952 wird General Dwight D. Eisenhower Präsident der USA und tritt am 20. Januar 1953 sein Amt an. – Vgl. NYT vom 21. 1. 1953.

(79) Mit Ausnahme einiger weniger Divisionen, denen eine sog. „Stolperdrahtfunktion" zugewiesen worden war.

(80) Das Prinzip der „massiven Vergeltung" war der amerikanischen Militärstrategie schon von dem Augenblick an inhärent, als man nicht mehr darauf hoffen konnte, daß alle Mächte – angesichts der im Kriege gegen Japan demonstrierten Zerstörungskraft – auf solche Waffen

verzichten würden. Als „Doktrin von der massiven Vergeltung" wurde sie jedoch erst von dem amerikanischen Admiral Radford, der von 1953 bis 1957 als Chef des Vereinigten Generalstabes fungierte, formuliert.

(81) Vgl. hierzu insbesondere Bobrow, Davis B.: Pekings's Military Calculus (hinfort: Bobrow, Calculus), in: World Politics, Nr. 16, Jan. 1964, pp. 287-301.

(82) Vgl. Halperin, Nuclear Weapons, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 145.

(83) Vgl. Walker, Richard L.: Peking's Approach to the Outside World (hinfort: Walker, Outside World), in: Trager/Henderson, Comm. China, op. cit., p. 292.

(84) Vgl. ibid.

(85) Texte des indisch-chinesischen Abkommens über Tibet vom 29. 4. 1954 siehe Ploetz, Verträge, Bd. 4 A, op. cit., pp. 449 f.

(86) Zur Genfer Konferenz über Korea und Indochina vom 26. 4. - 21. 7. 1954 siehe ibid, pp. 451 f.

(87) Teilnehmerstaaten und Hauptthemen der Konferenz von Bandung vom 18. 4. bis 24. 4. 1955 siehe ibid, pp. 489 f.

(88) Vgl. Yüan-li, Economy, in: Trager/Henderson, Comm. China, op. cit., pp. 123 f.

(89) Vgl. Domes, Jürgen: Party Politics and Cultural Revolution (hinfort: Domes, Party Politics), in: Trager/Henderson, Comm. China, op. cit., p. 64.

(90) Die Mandschurei als das Industriezentrum Chinas überhaupt und die Gegend um Shanghai, wo sich in größerem Umfange die chinesische Textilindustrie etabliert hatte.

(91) Unter Kontrolle ist hier hauptsächlich zu verstehen, daß bestimmte Einzelpersonen bzw. Gruppen nicht in der Lage sein durften, auf Kosten einer ökonomischen Gesamtkonzeption bestimmte eigennützige Pläne durchzusetzen.

(92) Vgl. Schurmann, Ideology and Organisation, op. cit., p. 332.

(93) Vgl. ibid.

(94) Denn es bestand schon damals die Tendenz, die chinesische Industrie – auch aus strategischen Gründen – zu dezentralisieren.

(95) Die im Zusammenhang mit dem Erlaß der Verfassung von 1954 getroffenen Maßnahmen – wie z.B. Berufung der regionalen Befehlshaber in wichtige Ämter der Zentrale, Abschaffung der Militär- und Verwaltungsregionen usw. – dürften diese Annahme bestätigen.

(96) Am 13. Juni 1955 berichtet die Volkszeitung abschliessend über die 4. Nationalkonferenz der Kontrolltätigkeit, welche im April 1955 in Peking stattgefunden haben soll. Über die Dauer der Konferenz wurde nichts ausgesagt, aber es kann angenommen werden, daß sie sich länger hinzog, weil Unstimmigkeiten hinsichtlich der Art und des Umfanges der Kontrolltätigkeit aufgetaucht waren. Die Berichte des Ministers (der Ministerin) Ch'ien Ying – erster und einziger Minister für Staatskontrolle im kommunistischen China – sowie des Vizeministers Liu Ching-fan wurden erst veröffentlicht, als sie am 31. Mai 1955 vom Staatsrat gutgeheißen worden waren. Da beide Berichte schon am 7. 4. 1955 vorlagen, ist eine Verzögerung von fast zwei Monaten zu konstatieren. Ch'ien Ying sprach sich in der Tat gleichzeitig für mehr und für weniger Kontrolltätigkeit aus. Zunächst forderte sie dazu auf, die Methoden des Harbin-Systems (Modellsystem zentralisierter Kontrolle) genau zu studieren und im wirt-

schaftlich-finanziellen Bereich der staatseigenen Industrien auch anzuwenden. Aber bei der Diskussion des Harbin-Systems nannte sie nur zwei Wirtschaftszweige: Eisenbahn und Textilien. Als Synonyme hierfür hätten genauso die Mandschurei (bzw. Kao Kang) und Shanghai (bzw. Jao Shu-shih) genommen werden können, weil beide Wirtschaftszweige dort am stärksten konzentriert waren. Aber Ch'ien Ying warnte auch vor einer Generalisierung und mechanischen Anwendung des Harbin-Systems, weil dies leicht dazu führen könne, „zu viel zu schnell" erreichen zu wollen. - Vgl. Schurmann, Ideology and Organisation, op. cit., p. 342.

(97) Vgl. Domes, Party Politics, in: Trager/Henderson, Comm. China, op. cit., p. 65.

(98) Vgl. Volkszeitung vom 5. 4. 1955, in: CB, Nr. 324, 5. 3. 1955, p. 4.

(99) Vgl. ibid.

(100) Vgl. Domes, Party Politics, op. cit., p. 65.

(101) Vgl. Hinton, Quest, op. cit., pp. 60/61.

(102) Vgl. Tang, Peter S.H., Maloney Joan M.: Communist China - The Domestic Scene 1949-67 (hinfort: Tang/Maloney, Comm. China), South Orange/N.J., 1967, p. 97.

(103) Vgl. Domes, Party Politics, in: Trager/Henderson, Comm. China, op. cit., p. 65.

(104) Vgl. ibid.

(105) Vgl. Union Research Institute (Hrsg.): Who's Who in Communist China (hinfort: URI, Who's Who), Bd. 1, Hong-kong, 1970, p. 329 f.

(106) Vgl. ibid, p. 316.

(107) Vgl. Gittings, Chinese Army, op. cit., pp. 277/278.

(108) Vgl. ibid, pp. 278/279.

(109) Das sowjetische Hilfsprogramm war außerordentlich teuer und betrug nach Schätzungen von 1950-1957 ca. zwei Milliarden Dollar, wobei etwa die Hälfte durch Kredite abgedeckt gewesen sein soll. Während der „Hundert-Blumen-Kampagne" wird General Lung Yun - einem ehemaligen Befehlshaber von Truppen der Nationalarmee, später jedoch Mitglied des kommunistischen Revolutionären Militärrates - nachgesagt, er habe öffentlich erklärt, daß es von der UdSSR unfair gewesen sei, der VRCh alle Kosten des Koreakrieges aufzubürden, wohingegen die USA ihren Verbündeten die Kriegsschulden erlassen hätten. - Vgl. Garthoff, Military Relations, op. cit., p. 84.

(110) Vgl. Hsieh, Nuclear Era, op. cit., pp. 18/19.

(111) Vgl. ibid.

(112) Unter diesem Motto standen drei Artikel in der Armeezeitung vom 3., 15. und 20. 3. 1956 - Vgl. Gittings, Chinese Army, op. cit., p. 163.

(113) Vgl. Ansprache T'an Chengs vom 23. 9. 1956 auf dem VIII. Nationalkongreß der KPCh (Die Frage der politischen Arbeit im neuen Stadium des Aufbaus der Armee), Volkszeitung vom 24. 9. 1956, in: CB, Nr. 422, 18. 10. 1956, pp. 13-21.

(114) Leitartikel der Armeezeitung vom 24. 3. 1956. - Vgl. ibid, p. 166.

(115) Dies geschah sowohl in der Lieferung von Produktionsanlagen, Material, Konstruktionsplänen und – nicht zuletzt – sowjetischen Instrukteuren. – Vgl. Garthoff, Military Relations, op. cit., pp. 85-87 sowie Joffe, Chinese Army, p. 13.

(116) Vgl. Garthoff, Military Relations, op. cit., p. 87; Domes, Jürgen: Politik und Herrschaft in Rotchina (hinfort: Domes, Rotchina) Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz, 1965, p. 101.

(117) Vgl. Lu Ta, Armed Forces, op. cit., p. 34.

(118) Vgl. ibid, p. 35.

(119) Hier muß auch der Einfluß der sowjetischen Militärratgeber auf das Bewußtsein eines Teils des chinesischen Offizierkorps in Rechnung gestellt werden. Dies gilt sowohl in bezug auf die unterschiedlichen Aspekte der jeweils gültigen Militärdoktrin, als auch die abweichende Kommandostruktur. Die chinesische basierte auf dem Prinzip der kollektiven Führung von Kommandeuren und Politkommissaren, die sowjetische auf dem der Kommandoeinheit. – Vgl. Joffe, Chinese Army, op. cit., p. 13.

(120) Vgl. Gittings, Chinese Army, p. 168.

(121) Die durch den Ausgang des XX. Parteitages der KPdSU im Jahre 1956 erzeugten Spannungen zwischen der VRCh und der UdSSR schienen auch den Einfluß derjenigen zu verstärken, die schon länger ihre Unzufriedenheit mit der kritiklosen Übertragung des sowjetischen Modells auf chinesische Verhältnisse und einer zu starken Abhängigkeit von der Sowjetunion zum Ausdruck gebracht hatten. Ein stillschweigender Verzicht auf Unterstützung durch den Bündnispartner sowie eine verstärkte Rückbesinnung auf die eigenen militärischen Traditionen, schien ihnen der erfolgversprechendere Weg zu sein.

(122) Lo Jung-huan wurde im Dezember 1956 seiner Posten mit der Begründung enthoben, er habe einen „rein militärischen Standpunkt" vertreten. Seine Nachfolger wurden: Chef der Allgemeinen politischen Abteilung: T'an Cheng; Chef der Personalabteilung: Hsiao Hua.

(123) Lo Jung-huans Artikel in der Volkszeitung vom 1. 8. 1955 („Setzt die glorreichen Traditionen unserer chinesischen VBA fort"), in: SCMP, Nr. 1106, 10. 8. 1955, pp. 4-10.

(124) Vgl. Gittings, Chinese Army, op. cit., p. 165.

(125) Vgl. Kindermann u.w., Chinesischer Komm., op. cit., p. 96.

(126) Chou En-lai „Über die Frage der Intellektuellen", Peking, 1956, pp. 6, 33-35, 38.

(127) Su Yüs Artikel in der Volkszeitung vom 1. 8. 1957 („Verstärkt die Nationale Verteidigung, konsolidiert die Früchte des Sieges der Revolution") in: SCMP, Nr. 1596, 22. 8. 1957, pp. 17-19.

(128) Zitiert nach: Gittings, Chinese Army, op. cit., p. 118.

(129) Außenpolitik im Zeichen des „Geistes von Bandung".

(130) Reaktion auf die Doktrin von der „massiven Vergeltung".

(131) NCNA (Peking) vom 18. 2. 1955.

(132) Vgl. Hsieh, Nuclear Era, op. cit., p. 7.

(133) Vgl. ibid.

V. Kapitel

(1) Vgl. Ta Kung Pao vom 29. 8. 1957, in: SCMP, Nr. 1604, 5. 9. 1957, p. 34.

(2) Vgl. Ta Kung Pao vom 9. 10. 1957, in: SCMP, Nr. 1627, 9. 10. 1957, p. 25.

(3) Vgl. Kuang-ming Jih-pao vom 2. 2. 1958, in: JPRS, DC 263, 22. 8. 1958, Translations of Political Articles from the China Mainland Press, pp. 37/38.

(4) Amerikanische Politik der militärischen Einkreisung. - Vgl. hierzu Morgenthau, China, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., pp. 100 f.

(5) Amerikanische Politik der diplomatischen Isolierung. - Vgl. ibid, pp. 98 f.

(6) Hinsichtlich der nie unterbrochenen Bemühungen der VRCh, T'aiwan zu „befreien", wird u.a. auf die Kapitel III und IV dieser Studie verwiesen.

(7) Vgl. Volkszeitung vom 2. 11. 1957, in: SCMP, Nr. 1648, 8. 11. 1957, p. 19-20.

(8) Als Beweis hierfür dürften den Chinesen die antikolonialistischen Aufstandsbewegungen in Algerien, Angola, Mozambique, die militanten Forderungen Ghanas und Guineas nach afrikanischer Unabhängigkeit, der antiwestliche Umsturz im Irak sowie Ägyptens Souveränitätsbemühungen gedient haben. - Vgl. Dutt, Vidya Prakash: China's Foreign Policy 1958-1962 (hinfort: Dutt, Foreign Policy), London, 1964, p. 37.

(9) Vgl. hierzu auch Löwenthal, Richard: World Communism - The Disintegration of a Secular Faith (hinfort: Löwenthal, World Comm.), New York, 1964, pp. 139-164.

(10) Kuang-ming Jih-pao vom 2. 2. 1958, in: JPRS, DC 263, 22. 8. 1958, Translations of Political Articles from the China Mainland Press, p. 38.

(11) Kuang-ming Jih-pao vom 8. 12. 1957, in: SCMP, Nr. 1669, 11. 12. 1957, p. 45.

(12) Vgl. Hsieh, Nuclear Era, op. cit., p. 84.

(13) Diese Auffassung war ein neues Element in der chinesischen Diktion. - Vgl. hierzu auch NCNA (Peking) vom 25. 11. 1957.

(14) Ta Kung Pao vom 5. 7. 1958, in: SCMP, Nr. 1808, 10. 7. 1958, p. 51.

(15) Armeezeitung vom 17. 7. 1958, zitiert nach Hsieh, Nuclear Era, op. cit., p. 120.

(16) Vgl. NYT vom 18. 8. 1958.

(17) Bericht Chou En-lais auf der 5. Sitzung des I. Nationalen Volkskongresses am 10. 2. 1958 („Die gegenwärtige internationale Situation und Chinas Außenpolitik") in: CB, Nr. 492, 14. 2. 1958, p. 12.

(18) Diese außergewöhnlich lange Sitzung fand vom 27. 5.-22. 7. 1958 statt.

(19) Vgl. Zagoria, Konflikt, op. cit., p. 228; gemäß einer Meldung des Pekinger Küstensenders vom 27. 7. 1958 sollen auf Versammlungen in den Küstenprovinzen Fukien und Chekiang Gelöbnisse abgelegt worden sein, Formosa „jederzeit" zu befreien. Zwischen dem 23. und 29. 7. 58 verbreitete Pekings Rundfunkzentrale etwa 30 Kommentare über Formosa. - Vgl. ibid, p. 237.

(20) Vgl. NCNA (Peking) vom 17. 7. 1958.

(21) Sehr wahrscheinlich sind anläßlich dieses Treffens - wie die Begleitperson vermuten läßt - auch militärische Fragen besprochen worden. In dem Schlußkommuniqué wurde allerdings die T'aiwan-Frage nicht erwähnt. - Vgl. hierzu auch Zagoria, Konflikt, pp. 229/230.

(22) Vgl. Hinton, World Politics, op. cit., p. 37.

(23) Vgl. ibid, p. 38.

(24) Vgl. Ford, Harold P.: Modern Weapons and Sino-Soviet Estrangement (hinfort: Ford, Estrangement), in: CQ, Nr. 18, April-Juni 1964, p. 168; auch in bezug auf den Koreakrieg war ja argumentiert worden, die VRCh habe „Korea gebraucht", um das Volk mehr hinter sich zu bringen. - Vgl. Walker, Richard L.: China unter dem Kommunismus, Stuttgart, 1956, pp. 267 f.

(25) Vgl. Hinton, World Politics, op. cit., p. 38.

(26) Vgl. Leitartikel der Volkszeitung vom 4. und 8. 8. 1958, in: NCNA (Peking) vom 4. und 8. 8. 1958.

(27) Vgl. Hinton, World Politics, op. cit., p. 265.

(28) Vgl. Hsieh, Nuclear Era, op. cit., p. 122.

(29) Der Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes war sicherlich darum gewählt worden, um Moskau indirekt darauf hinzuweisen, wie wenig sich Kompromisse mit den „Imperialisten" auszahlten.

(30) Vgl. Hinton, World Politics, op. cit., p. 267.

(31) Vgl. ibid.

(32) NYT vom 5. 9. 1958.

(33) ibid.

(34) Hier ist daran gedacht, daß die Sowjetunion - auch wenn sie der Quemoy-Aktion ihren Segen gegeben haben mögen - eine direkte Konfrontation mit den USA zweifellos vermieden wissen wollten.

(35) Vgl. NCNA (Peking) vom 6. 9. 1958.

(36) Vgl. hierzu sämtliche offiziellen chinesischen Stellungnahmen in Presse und Rundfunk ab 16. Juli 1958 bis gegen Ende September.

(37) Vgl. NCNA (Peking) vom 17. 9. 1958.

(38) Vgl. Hsieh, Nuclear Era, op. cit., p. 129.

(39) Vgl. NCNA (Peking) vom 6. 10. 1958.

(40) Vgl. NCNA (Peking) vom 13. 10. 1958.

(41) Dies ist vermutlich auf die Initiative Chou En-lais zurückzuführen, der den USA vorgeschlagen hatte, die Botschaftergespräche in Warschau wieder aufzunehmen. Dies geschah dann auch am 15. 9. 1958. - Vgl. NYT vom 7. 9. 1958.

(42) Vgl. Dutt, Vidya Prakash: India and China - Betrayal, Humilitation, Reappraisal (hinfort: Dutt, India and China), in: Halpern, China, op. cit., pp. 207/208.

(43) Die diplomatische Anerkennung der VRCh durch Indien erfolgte am 30. Dezember 1949; Botschafter wurden am 1. April 1950 ausgetauscht. - Vgl. Halpern, China, op. cit., p. 496.

(44) Vgl. Dutt, India and China, in: Halpern, China, op. cit., pp. 204/205.

(45) Vgl. ibid, p. 206.

(46) Vgl. ibid, p. 208.

(47) Vgl. Times of India vom 1. 5. 1954.

(48) Barnett, Doak A.: Statement on China and the West, in: U.S. Policy With Respect To Mainland China - Hearings before the Committee on Foreign Relations (hinfort: Barnett, China), Washington, 1966, p. 22.

(49) Vgl. Varma, Shanti Prasad: Struggle for the Himalayas (hinfort: Varma, Himalayas), Dehli, 1965, p. 75.

(50) Die Sowjetunion ersucht am 9. 9. 1959 beide Regierungen um friedliche Beilegung des Grenzkonfliktes. - Vgl. Pravda und Izvestia vom 10. 9. 1959, in: CDSP, Nr. 36, 7. 10. 1959, p. 14.

(51) Der Präsident der USA (Eisenhower) besucht demonstrativ vom 9.-13. 12. 1959 Indien. - Vgl. NYT vom 15. 12. 1959.

(52) Vgl. Halpern, M. A.: Types of China Policy (hinfort: Halpern, Types), in: Halpern, China, op. cit., pp. 481 f.

(53) Am 19. 3. 1959 kündigte die tibetanische Regierung den mit Peking am 23. Mai 1951 geschlossenen Vertrag und verlangt vollständige Autonomie. (Vgl. The Times vom 19. 3. 1959). Diese von Peking als Revolte interpretierte Erhebung wird mit Gewalt unterdrückt. Tausende von Flüchtlingen, unter ihnen das geistige und weltliche Oberhaupt, der Dalai Lama (dem Indien Asyl gewährt), bringen sich in Nepal, Bhutan und Indien in Sicherheit. (Vgl. The Times vom 29. 3. 1959).

(54) In Laos herrschten zum ersten Male seit dem Genfer Abkommen vom 21. 7. 1954 und der Vereinbarung mit den Pathet Lao vom November 57 bürgerkriegsähnliche Zustände. Besonders im Osten liefern sich Regierungstruppen und Aufständische blutige Kämpfe. - Vgl. Halpern, A.M., Fredman H.B.: Communist Strategy in Laos, Santa Monica/Calif., 1960, pp. 5-13. Die Tatsache, daß die Waffen des Pathet Lao nahezu ausschließlich chinesischen Ursprungs waren und in Kommentaren Pekings die Aktionen der Aufständischen ausdrücklich gebilligt wurden läßt keinen anderen Schluß zu, als daß Zeitpunkt und Ort des neuen Krisenherdes von der VRCh gesteuert wurden. - Vgl. Foreign Languages Press (Hrsg.): Concerning the Situation in Laos, Peking, 1959, pp. 1-14.

(55) Verteidigungspakt USA-Japan vom 21. 1. 1960 - Text in Ploetz, Verträge, Teil II, Bd. 4 B, op. cit., pp. 30 f.

(56) Vgl. Ford, Harold P.: Modern Weapons and Sino-Soviet Estrangements, in: CQ, Nr. 18, April-Juni 1964, p. 161.

(57) Vgl. hierzu die Ausführungen in Kapitel IV „Die Strategiediskussion" in dieser Studie.

(58) Vgl. Hsieh, Nuclear Era, op. cit., p. 94.

(59) ibid.

(60) Wie z.B. das sich aus gesteigerten Modernisierungsanstrengungen zwangsweise ergebende Vernachlässigen der ideologischen Bewußtseinsschulung, der Parteiarbeit sowie des Verhältnisses Offiziere - Mannschaften und VBA - Massen.

(61) Der Ausrüstungsstand der Streitkräfte entsprach zu dieser Zeit etwa dem, was die Sowjetarmee gerade ausmusterte.

(62) Die Sowjets zur Lieferung derartiger Waffen zu drängen, dürfte eines der Hauptanliegen der damals verantwortlichen chinesischen Militärs, aber auch der Politiker gewesen sein.

(63) Vgl. Zagoria, Konflikt, op. cit., pp. 194-196 sowie Hinton, World Politics, op. cit., p. 36.

(64) Dies hätte nicht nur eine erhebliche Verstärkung der VBA bedeutet, sondern auch gestattet, ganze Waffengattungen zu überspringen.

(65) Vgl. Artikel Liu Po-ch'engs vom 30. 10. 1957 („Die Sowjetarmee ist das Beispiel für die Volksarmeen der Welt"), in: SCMP, Nr. 1647, 7. 11. 1957, p. 30.

(66) Vgl. Ansprache Yeh Chien-yings vom 30. 10. 1957 anläßlich des 40. Jahrestages der Oktoberrevolution, in SCMP, Nr. 1644, 4. 11. 1957, p. 27.

(67) Vgl. Artikel P'eng Te-huais vom 4. 11. 1957 („Lernt von der heroischen Sowjetarmee"), NCNA (Peking) vom 4. 11. 1957, in: SCMP, Nr. 1649, 12. 11. 1957, p. 30.

(68) Vgl. Ansprache Chu Tes vom 7. 11. 1957 anläßlich eines Banketts zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution, in: SCMP, Nr. 1651, 14. 11. 1957, pp. 13-15.

(69) Vgl. Artikel Ho Lungs vom November 1967, in: Roter Stern (Sowjetische Armeezeitung), zitiert nach Hsieh, Nuclear Era, op. cit., p. 100.

(70) Vgl. Bechtoldt, Heinrich: Die Allianz mit der Armut - Chinas Revolutionsstrategie gegen Rußland und Amerika (hinfort: Bechtoldt, Allianz), Freiburg im Breisgau, 1967, pp. 257 f.

(71) Vgl. Hsieh, Nuclear Era, op. cit., p. 101.

(72) Vgl. ibid, p. 102.

(73) Sollte hier mit „Einsicht" gemeint gewesen sein, daß P'eng sehr wohl erkannt hatte, die UdSSR sei nicht geneigt, China fertige Atombomben zu überlassen.

(74) Vgl. Bechtoldt, Allianz, op. cit., p. 260.

(75) Vgl. ibid.

(76) Vgl. ibid, p. 261.

(77) Vgl. ibid.

(78) Erklärungen eines Sprechers der chinesischen Regierung vom 15. 8. 1963, in: PR, Nr. 33, 16. 8. 1963, pp. 7-15; hier: p. 14.

(79) Zitiert nach Bechtoldt, Allianz, op. cit., p. 261.

(80) Vgl. ibid, pp. 261/262.

(81) Vgl. ibid, p. 262.

(82) Hsieh, A.L. schließt in ihrer Studie jedoch nicht aus, daß die chinesischen Wünsche auch bescheidener gewesen sein könnten.

(83) Dies ist anscheinend unter „sowjetischer Militärkontrolle" gemeint, so wie es die Chinesen auslegten.

(84) Vgl. Bechtoldt, Allianz, op. cit., p. 267.

(85) Das Programm wurde nie in Kraft gesetzt, oder besser gesagt, man hörte nie mehr etwas davon. - Vgl. Ford, Estrantement, op. cit., p. 162.

(86) P'eng Te-huais Artikel vom 30. März 1958 in der Armeezeitung („Macht unsere Armee zu höchst modernen revolutionären Streitkräften"), in: JPRS, 764 D, Translations of Articles from Peiping Chieh-fang-chün Pao, pp. 9-11.

(87) Vgl. Ansprache P'eng Te-huais vom 22. 11. 1958, zitiert nach Hsieh, Nuclear Era, op. cit., p. 109.

(88) Vgl. Leitartikel der Volkszeitung vom 3. 2. 1958, in: SCMP, Nr. 1714, 17. 2. 1958, pp. 1-5.

(89) Vgl. Hsieh, Nuclear Era, op. cit., p. 113.

(90) Armeezeitung vom 16. 3. 1958, in: JPRS, Nr. 1687 N, 9. 6. 1959.

(91) Zur Zusammenfassung der Diskussion siehe: NCNA (Peking) vom 25. 7. 1958.

(92) Vgl. Artikel Liu Ya-lous vom 23. 5. 1958 („Studiert ernsthaft die militärischen Gedanken Mao Tse-tungs"), in: SCMP, Nr. 1900, 24. 11. 1958, pp. 9/10.

(93) Vgl. Ford, Estrangement, op. cit., p. 165.

(94) Volkszeitung vom 1. 7. 1958, in: SCMP, Nr. 1881, 24. 10. 1958, p. 4.

(95) Vgl. Artikel Chu Tes vom 31. 7. 1958 („Volksarmee, Volkskrieg"), in: CB, Nr. 514, 6. 8. 1958, p. 3.

(96) Armeezeitung vom 17. 8. 1958, in: JPRS, Nr. 1357 N, 16. 3. 1959.

(97) Armeezeitung vom 20. 9. 1958, in: JPRS, Nr. 767 D, 17. 6. 1959.

(98) Vgl. Ho Kan-chih: A History of the Modern Chinese Revolution, Peking, 1959, p. 397.

(99) Für das Jahr 1945 wurde die Zahl der Volksmiliz zusammen mit verschiedenen „Selbstverteidigungskorps" auf ca. 10 Mill. Mann geschätzt. - Vgl. ibid, p. 425.

(100) Aufrechterhaltung der Nahrungsmittelbeschaffung, Bewältigung von logistischen Aufgaben, Betätigung im Nachrichten- und Sanitätswesen, Errichtung von Verteidigungsanlagen usw.

(101) NCNA (Peking) vom 29. 9. 1949.

(102) Vgl. Gittings, John: China's Militia (hinfort: Gittings, Militia), in: CQ, Nr. 18, April-Juni 1964, p. 102.

(103) Vgl. ibid.

(104) Vg. Ting Li: Militia of Communist China, Hongkong, 1955, pp. 103-106.

(105) Vgl. NYT vom 13. 11. 1951

(106) Vgl. Bericht P'eng Te-huais vom 16. 7. 1955, in: CB, Nr. 337, 20. 7. 1955, pp. 3-4.

(107) Vgl. Gittings, Militia, op. cit., p. 103.

(108) NCNA (Peking) vom 2. 8. 1955 („Der Nationale Volkskongreß nimmt das Militärdienstgesetz an").

(109) Vgl. Manchester Guardian vom 18. 6. 1955 und The Times vom 7. 6. 1956.

(110) Vgl. NCNA (Peking) vom 1. 10. 1958.

(111) Vgl. Gittings, Chinese Army, op. cit., pp. 209 f.

(112) Vgl. NCNA (Peking) vom 27. 12. 1958.

(113) Die strategische Neuorientierung kann mit großer Sicherheit auf die Enttäuschung der VRCh mit dem Verhalten der UdSSR (mangelnde Waffen- und Wirtschaftshilfe, keine Unterstützung in Konfliktsituationen, Kontakte mit den imperialistischen Mächten) zurückgeführt werden. - Vgl. auch Löwenthal, Foreign Policy, op. cit., in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 7.

(114) Volkszeitung vom 1. 10. 1958, in: SCMP, Nr. 1870, 8. 10. 1958, p. 35.

(115) Rote Fahne vom 16. 10. 1958 („Jedermann ein Soldat"), in: Extracts from China Mainland Magazines (hinfort: ECMM), Nr. 150, 8. 12. 1958, pp. 10/11.

(116) Vgl. Hsieh, Nuclear Era, op. cit., p. 142.

(117) In der Zeit von 1954 - 1957 hörte man von den Milizeinheiten so gut wie nichts. Ab 1957 wurden die Miliz und die Reserve zu einem allgemeinen Reservesystem verschmolzen (zyklische Erfassung). - Vgl. Gittings, Chinese Army, op. cit., p. 208.

(118) Vgl. Domes, Jürgen: Von der Volkskommune zur Krise in China (hinfort: Domes, Krise), Diusdorf bei Bonn, 1964, p. 57.

(119) Vgl. Gittings, Chinese Army, op. cit., p. 209.

(120) Vgl. Artikel Liu Hsien-shengs vom 1. 10. 1958 („Laßt uns das gesamte Volk zur Verteidigung des Heimatlandes bewaffnen"), in: ECMM, Nr. 150, 8. 12. 1958, pp. 4-9.

(121) ibid, p. 7.

(122) So erließ z. B. die Militärkommission beim ZK der KPCh am 20. 9. 1959 eine Direktive, in der die Streitkräfte aufgefordert wurden, sich an der staatlichen Eisen- und Stahlproduktion zu beteiligen und zwar insbesondere durch „Sammlung, Transport und Verteilung von Rohmaterial".

(123) Vgl. Gittings, Militia, op. cit., p. 105.

(124) Artikel von Liu Hsien-sheng vom 1. 10. 1958 („Laßt uns das gesamte Volk zur Verteidigung des Heimatlandes bewaffnen"), in: ECMM, Nr. 150, 8. 12. 1958, p. 8.

(125) Wenn man nämlich Maos Gedanken über den „Verlängerten Krieg" auf seine Milizstrategie überträgt, so konnte dies bei ihm zu der Überzeugung geführt haben, daß „ein Meer von mehreren 100 Millionen Menschen etwas sei, das keine auch noch so moderne Waffe zerstören könnte".
Dieser Überzeugung steht jedoch der Bericht einer Untersuchungsgruppe gegenüber, der den Aufbau und Zustand der Miliz in der Provinz Honan niederschmetternd beurteilte. - Vgl. Kuan-yü Ho-nan ming-ping Kung-tso wen-t'i te chien-ch'a pao-kao (Untersuchungsbericht über Probleme der Milizarbeit in Honan) in: Ting Wang, P'eng Te-huai, op. cit., pp. 460 f.

(126) Vgl. Chen Cho-min, PLA-Crisis, op. cit., pp. 15 f.

(127) Vgl. hierzu die Ausführungen in Kapitel IV dieser Studie.

(128) Vgl. Hsieh, Nuclear Era, op. cit., p. 174.

(129) Man könnte vermuten, daß die Volksmiliz als bloßes Gegengewicht und Antwort auf die Symptome gewisser politischer Unzuverlässigkeit innerhalb der VBA gedacht war. Aber sie muß auch als Ausdruck der allgemeinen Unzufriedenheit mit konventionellen Verfahrensweisen und Institutionen gesehen werden, welche die „Drei-Banner-Politik" so sehr charakterisierten. - Vgl. Gittings, Chinese Army, op. cit., pp. 211/212.

(130) Vgl. Rawlings, Chinese Army, op. cit., p. 16.

(131) Vgl. Joffe, Conflict, op. cit., p. 75.

(132) Vgl. Hsieh, Nuclear Era, op. cit., p. 174.

(133) Vgl. Domes, Krise, op. cit., p. 57.

(134) Vgl. ibid.

(135) Vgl. ibid.

(136) Vor allem der Generalstabschef, der Chef der Ausbildungsabteilung und der Inspekteur der Bewaffneten Streitkräfte, die alle zusammen für die Kampfbereitschaft der VBA verantwortlich waren.

(137) Vgl. Hsieh, Nuclear Era, op. cit., p. 111.

(138) Vgl. hierzu fast sämtliche bedeutende Autoren mit Ausnahme von Zagoria (Konflikt, op. cit.), der erste Anzeichen einer sino-sowjetischen Entfremdung schon kurz nach dem XX. Parteitag der KPdSU zu erkennen glaubte.

(139) Radio Moskau berichtete am 10. 7. 1964, daß die chinesische Führung immer wieder versucht hätte, die UdSSR dazu zu bringen, ihnen Atombomben zu überlassen. - Vgl. Garthoff, Raymond L. (Hrsg.): Sino-Soviet Military Relations 1945 - 1965 (hinfort: Garthoff, Relations), New York-Washington-London, 1966, p. 90.

(140) Zitiert nach Ford, Harold P.: The Eruption of Sino-Soviet Politico-Military Problems 1957-1960 (hinfort: Ford, Military Problems), in: Garthoff, Relations, op. cit., p. 101.

(141) Vgl. Koe, Military Policy, op. cit., p. 169; Hsieh, Military Policies, op. cit., p. 8.

(142) Vgl. Löwenthal, Foreign Policy, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., pp. 3 f.

(143) Vgl. Halpern, Revolutionary Model, op. cit., p. 8.

(144) Vgl. Halpern, Neutralism, op. cit., pp. 102 f.

(145) Vgl. Löwenthal, Foreign Policy, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 7.

(146) Vgl. Zagoria, Konflikt, op. cit., pp. 83 f.

(147) Vgl. ibid.

(148) Neues Ausbildungsprogramm für die VBA in der Armeezeitung vom 16. 1. 1958, in: SCMP, Nr. 1786, 6. 6. 1958, pp. 6-9.

(149) Vgl. Ford, Military Problems, in: Garthoff, Relations, op. cit., p. 102.

(150) Vgl. hierzu u. a. Modelski, George A.: Atomic Energy in the Communist Bloc, Melbourne, 1959; Hsieh, Alice Langley: China's Secret Military Papers (hinfort: Hsieh, Secret Papers), in: CQ, Nr. 18, April-Juni 1964; NYTM vom 25. 10. 1964.

(151) Zitiert nach der deutschen Zeitung „Die Welt" vom 12. 5. 1958.

(152) Ansprache Liu Ya-lous vom 23. 5. 1958 („Studiert ernsthaft die militärischen Gedanken Mao Tse-tungs"), in: SCMP, Nr. 1900, 24. 11. 1958, pp. 9–10.

(153) Zitiert nach Ford, Military Problems, in: Garthoff, Relations, op. cit., p. 103.

(154) Vgl. Domes, Krise, op. cit., p. 14.

(155) Vgl. Halpern, A. M.: The Chinese Communist Line on Neutralism (hinfort: Neutralism), in: CQ, Nr. 5, Januar-März 1961, p. 91.

(156) Vgl. Domes, Krise, op. cit., p. 14.

(157) Vgl. hierzu insbesondere MacFarquhar, Roderick: The Hundred Flowers Campaigne and the Chinese Intellectuals, London, 1960.

(158) Vgl. hierzu u. a. Dutt, Foreign Policy, op. cit., pp. 15 f.

(159) Vgl. Domes, Krise, op. cit., p. 14.

(160) Vgl. ibid, pp. 15/16.

(161) Anscheinend wollten die chinesischen Führer noch vor der UdSSR in ihrem Lande den Kommunismus verwirklichen, um so einen chinesischen Führungsanspruch in der kommunistischen Welt anzumelden.

(162) Ausschaltung der Residuen des Widerstandes gegen die Parteidiktatur, insbesondere aber die Zerstörung des klassischen chinesischen Familiensystems, Sicherstellung einer wirksamen Kontrolle des einzelnen und Erlangung einer maximalen Organisationsdichte der Arbeit.

(163) Schon im Mai bzw. Juli 1957 mahnten die zum gemäßigten Flügel gehörenden Wirtschaftsfachleute Li Fu-ch'un und Po I-po, „sich soweit wie möglich auf die eigene Kraft zu verlassen" (vgl. NCNA [Peking] vom 17. 5. bzw. 1. 7. 1957). Nach dem Sieg der radikalen Gruppe wurde dann auch zum Ausdruck gebracht, wie das geschehen könnte: „Wir müssen das Tempo des Aufbaus durch eine Politik des Fleißes und der Sparsamkeit beschleunigen, um mit großen und schnellen Schritten vorwärts zu kommen. Es gibt keinen anderen Weg." (Vgl. NCNA vom 21. 12. 1957).

(164) Vgl. hierzu die Ausführungen „Grundzüge der chinesischen Außenpolitik" in diesem Kapitel.

(165) So erklärte z. B. der amerikanische Außenminister Dulles am 4. 9. 1958, daß die Sicherheit und der Schutz von Quemoy und Matsu eng mit der Verteidigung T'aiwans zusammenhänge und die USA daher jeden Versuch, die beiden Inseln zu erobern, rechtzeitig und wirksam zu verhindern wissen würden. – Vgl. NYT vom 5. 9. 1958.

(166) Es gilt als sicher, daß Chruschtschows Besuch Pekings Juli/August 1958 hauptsächlich dem Zweck diente, die Chinesen von einer Überhitzung der Krise abzuhalten. Dies läßt sich auch daran ablesen, daß die UdSSR erst zu einem Zeitpunkt verbale Schützenhilfe leistete, als die akute Phase der Konfrontation bereits weitgehend vorbei war. – Vgl. Thomas, John R.: The Limits of Alliance – The Quemoy Crisis of 1958 (hinfort: Thomas, Crisis), in: Garthoff, Relations, op. cit., p. 115; Hinton, World Politics, op. cit., p. 268; Halperin, Bombe, op. cit., p. 44.

(167) Hierbei handelte es sich lediglich um eine Zusammenstellung von Maos Artikeln, Reden und Interviews, die schon vorher in den verschiedensten Zeitschriften publiziert worden waren. Der wesentliche Inhalt besagte, daß die „Kräfte der Revolution" die „Kräfte der Reaktion" überflügelt hätten und man sich vor der Stärke der Imperialisten nicht mehr zu fürchten brauche. Dies könne am besten dadurch bewiesen werden, daß die revolutionären Kräfte keine Verhandlungen führten, sondern auf weltweiter Ebene zum Kampf anträten.

(168) Leitartikel der Volkszeitung vom 12. 11. 1958, in: SCMP, Nr. 1897, 19. 11. 1958, pp. 6–8.

(169) Hier ist das Wuhan-Plenum (28. 11. – 10. 12. 1958) gemeint.

(170) Vgl. Zagoria, Konflikt, op. cit., p. 180/181 (eine Rede Chruschtschows vom 16. 10. 1958 aus der Prawda zitierend).

(171) Vgl. Hsieh, Nuclear Era, op. cit., p. 156.

(172) Bericht Chou En-lais vom 18. 4. 1959, („Über die Arbeit der Regierung"), in: CB, Nr. 559, 23. 4. 1959, pp. 26–30.

(173) Vgl. Hsieh, Nuclear Era, op. cit., pp. 160/161.

(174) Sowohl im innen- wie außenpolitischen Bereich wurde in der Zeit von 1958 – 1961 eine immer deutlichere Distanzierung von radikalen Lösungsversuchen spürbar.

(175) So konzessionsbereit sich die dominierende Gruppe innerhalb der Pekinger Führung in bezug auf den Rückzug von der „Drei-Banner-Politik", der erneuten Verbesserung des Verhältnisses gegenüber den „Neutralen" und der Vermeidung einer direkten Konfrontation mit den USA zeigten, so wenig schienen sie aufgrund gemachter Erfahrungen geneigt, eine Wiederannäherung an die UdSSR zu erwägen.

(176) Zagoria (Konflikt, op. cit.) verlegt den Beginn des gesamten sino-sowjetischen Konfliktes auf den XX. Parteitag der KPdSU 1956

(177) Zunächst wurde im November 1956 Lo Jung-huan durch T'an Cheng und Hsiao Hua und schließlich Liu Po-ch'eng im November 1957 durch Hsiao K'o und Su Yü im Oktober 1958 durch Huang K'e-ch'eng ersetzt.

(178) Alice Langley Hsieh nimmt an, daß Liu nach Erlaß der neuen Ausbildungsrichtlinien nicht mehr tragbar erschien, da er sich schon vorher der nicht-militärischen Verwendung der VBA widersetzt hatte. – Vgl. Hsieh, Nuclear Era, op. cit., p. 111.

(179) Vgl. ibid, p. 117.

(180) Vgl. Gittings, Chinese Army, op. cit., p. 291.

(181) Zitiert nach Ford, Military Problems, in: Garthoff, Relations, op. cit., p. 103.

(182) Alice Langley Hsieh vermutet, daß nunmehr der schon seit 1954 schwelende Konflikt zwischen den Berufsoffizieren und der Partei offen zutage getreten war. – Vgl. Hsieh, Alice Langley: Communist China and Nuclear Warfare (hinfort: Hsieh, Nuclear Warfare), in: CQ, Nr. 2, April-Juni 1960, p. 10.

(183) Nach Domes sollen sich bei den Mannschaftsdienstgraden nicht unbedenkliche Widerstände gegen die Volkskommunenbewegung gezeigt haben. – Vgl. Domes, Krise, op. cit., pp. 41 f.

(184) Vgl. Powell, Ralph L.: Politico-Military Relationship in Communist China (hinfort: Powell, Relationship), Washington, 1963, pp. 2/3.

(185) Vgl. ibid.

(186) Vgl. Simmonds, J. D.: P'eng Te-huai - A Chronological Reexamination (hinfort: Simmonds, P'eng Te-huai), in: CQ, Nr. 37, Januar-März 1969, p. 130.

(187) Vgl. hierzu insbesondere Charles, David A.: The Dismissal of Marshal P'eng Te-huai (hinfort: Charles, Dismissal), in: CQ, Nr. 8, Oktober-Dezember 1961 sowie Simmonds, P'eng Te-huai, op. cit.

(188) Vgl. Hsieh, Nuclear Warfare, op. cit., p. 10.

(189) Vgl. Charles, Dismissal, op. cit., pp. 63-76; Halperin/Tang Tsou, Quemoy Crisis, op. cit., pp. 302/303.

(190) Vgl. P'eng Te-huai te i-chien-shu (hinfort: i-chien-shu), in: Ting Wang (Hrsg.), P'eng Te-huai wen-t'i chuan-chi (chung-kung wen-hua ta ke-ming tzu-liao hui-pien) - (hinfort: Ting Wang, P'eng Te-huai), Bd. 3, Hongkong, 1969, pp. 4-8.

(191) Vgl. Joffe, Ellis: Party and Army - Professionalism and Political Control in the Chinese Officer Corps 1949-64 (hinfort: Joffe, Party and Army), Cambridge/Mass., 1965, p. 137.

(192) Vgl. Gittings, Chinese Army, op. cit., p. 227.

(193) Vgl. Simmonds, P'eng Te-huai, op. cit., p. 132.

(194) Vgl. Halperin/Tang Tsou, Quemoy Crisis, op. cit., p. 302.

(195) Vgl. Lethbridge, Henry J.: The Peasant And The Communes (hinfort: Lethbridge, Communes), Hongkong, 1963, p. 91.

(196) Vgl. Domes, Krise, op. cit., p. 55.

(197) Vgl. Lethbridge, Communes, op. cit., pp. 91 ff.

(198) Vgl. Kommuniqué des 6. Plenums des VIII. ZK der KPCh, in: CB, Nr. 542, 29. 12. 1958, pp. 1-5.

(199) Vgl. Domes, Krise, op. cit., p. 57.

(200) Vgl. ibid.

(201) Es dürfte recht sicher sein, daß Mao Tse-tung schon damals an Lin Piao dachte, der ihm - wie kaum ein anderer - auch während der Bürgerkriegszeit stets ein loyaler und fähiger Gefolgsmann war.

(202) Vgl. Simmonds, P'eng Te-huai, op. cit., p. 123.

(203) Vgl. ibid, p. 129.

(204) Vgl. ibid, p. 130.

(205) NCNA (Peking) vom 23. 5. 1959.

(206) Hung Hsüeh-chih, Li Ta, Teng Hua, Chang Wen-t'ien, Hsiao K'e und Chou Hsiao-chou. - Vgl. Simmonds, P'eng Te-huai, op. cit., p. 131.

(207) Vgl. ibid.

(208) Merkwürdigerweise war es nicht P'eng Te-huai sondern Hsiao Hua, der aufstrebende Vizedirektor der Allgemeinen Politischen Abteilung, welcher den Bericht über die Militärmission vor einer Versammlung höherer Offiziere abgab. - Vgl. NCNA (Peking) vom 23. 6. 1959.

(209) NCNA (Peking) vom 16. 8. 1963.

(210) Vgl. P'eng Te-huai te i-chien-shu, in: Ting Wang, P'eng Te-huai, op. cit., pp. 4–8.

(211) Vgl. ibid, p. 4.

(212) Vgl. Canton Ta-p'i-p'on T'ung-hsün vom 5. 10. 1967, in: SCMP, Nr. 4124, 23. 2. 1968, p. 4.

(213) Vgl. ibid.

(214) Vgl. Canton Chingkangshan and Kuang-tung Wen-i Chan-pao vom 5. 9. 1967, in: SCMP, Nr. 4047, 25. 10. 1967, pp. 1–8. Darin heißt es u. a.: „Während der Lushan-Konferenz versuchte das revisionistische sowjetische Personal mehrmals Neuigkeiten zu erfahren. Auf einem Empfang zum Armeefeiertag am 1. 8. 1959 pries der Chefberater der sowjetischen Revisionisten P'eng Te-huai über alle Maßen. Schließlich bezeichnete ihn Chruschtschow öffentlich als ‚korrekt und tapfer' und als seinen ‚besten Freund'. Daraus folgt, daß sie einander unterstützten und zusammenarbeiteten." - ibid, p. 8.

(215) Vgl. Zagoria, Konflikt, op. cit., pp. 156 ff.

(216) Vgl. Simmonds, P'eng Te-huai, op. cit., p. 135.

(217) Vgl. P'eng Te-huai tsai Lu-shan hui-i Hsi-pei hsiao-tzu hui-i shang te fa-yen, in Ting Wang, P'eng Te-huai, op. cit., pp. 1–3.

(218) Vgl. P'eng Te-huai te i-chien-shu, in: Ting Wang, P'eng Te-huai, op. cit., pp. 1–4.

(219) Vgl. Mao Tse-tung tsai Lu-shan hui-i shang te fa-yen, in: Ting Wang, P'eng Te-huai, op. cit., pp. 19–25.

(220) Vgl. ibid, p. 22.

(221) Vgl. Chung-kuo Kung-ch'an-tang pa chieh pa chung ch'üan hui kuan-yü i P'eng Te-huai wei shou te fan tang chi-t'uan te chüeh-i, in: Ting Wang, P'eng Te-huai, op. cit., pp. 35–38.

(222) So wurde P'eng lediglich von seinem Amt als Verteidigungsminister entfernt, verblieb jedoch im Politbüro. - Vgl. ibid, p. 38.

(223) Vgl. P'eng Te-huai te i-chien-shu, in: Ting Wang, P'eng Te-huai, op. cit., p. 4.

(224) Um das Jahr 220 zerfiel die Han-Dynastie in drei Reiche (San Kuo) - Shu Han (221–264), Wei (220–264) und Wu (222–279) –, eine Tatsache, welche praktisch die dreihundert Jahre lang dauernde Trennung Chinas in verschiedene mehr oder weniger parallel regierende Dynastien einleitete. Die Person Chang Feis ist eng verbunden mit der Kuang Yüs. Beide waren erfolgreiche Generale, beide ihrem Herrn treu ergeben. Aber der Grad ihrer Intelligenz und ihre charakterlichen Eigenschaften werden als sehr unterschiedlich beschrieben. Die Chronik von Wei berichtet hierzu: „Kuang Yü behandelte seine Truppen gut, war jedoch gegenüber Höherstehenden arrogant; Chang Fei respektierte Höherstehende, war jedoch gegenüber seinen Truppen unnachsichtig ... Kuang Yü war kompromißlos, halsstarrig und sehr von sich selbst eingenommen; Chang Fei war zügellos in seinem Temperament und es gelang ihm nicht, andere zum Freund zu gewinnen. Wegen dieser Fehler fanden sie ihr trauriges Ende ... (Chang Fei wurde von seinen eigenen Unterführern, Kuang Yü vom Feind getötet. - d. Verf.) - Vgl. Baxter, Glen W. (Hrsg.): The Chronicle of the Three Kingdoms (220–265), Bd. I, Cambridge/Mass., 1952, pp. 49/50.

Die Bemerkung P'eng Te-huais: „Ich bin ein Mann wie Chang Fei" läßt sich – wenn man P'eng mit Chang und Mao mit Ts'ao gleichsetzt – zweifach deuten. Es könnte sein, daß diese ein Hinweis auf die Treue des Gefolgsmannes darstellen sollte. Dafür spricht das Verhalten P'engs in den langen Jahren des Bürgerkrieges aber auch der Stil des Manifests, das trotz sachlicher Opposition den Verteidigungsminister als fairen Kritiker auswies. Domes (Mao Tse-tung, op. cit., pp. 107/108) jedoch vermutet, P'eng habe sich mit dem Kriegshelden Chang Fei verglichen, weil der Herrscher Ts'ao Ts'ao (Mao Tse-tung) ein verschlagener und bösartiger Tyrann gewesen sei. Dafür wiederum spricht, daß nach Domes die Parteipropaganda ab 1959 versuchte, das nicht eben gute Ansehen Ts'aos in der Geschichtsschreibung positiv zu verändern.

VI. Kapitel

(1) Schon im Jahre 1959 hatte Chruschtschow bei seinem Besuch in Peking erklärt, er sei zu der festen Überzeugung gelangt, selbst Eisenhower wolle den Frieden. – Vgl. Pravda vom 1. 10. 1959, zitiert nach Ford, Estrangement, op. cit., pp. 171/172.

(2) Volkszeitung vom 21. 1. 1960 („Was die Botschaft des US-Präsidenten zeigt"), in: PR, Nr. 4, 26. 1. 1960, p. 21 f.

(3) ibid, p. 22.

(4) ibid, p. 23.

(5) Chruschtschow besuchte die USA vom 15. – 27. 9. 1959 und brachte zum Abschluß seiner Besprechungen nochmals die Überzeugung zum Ausdruck, Eisenhower und das amerikanische Volk wünschten den Frieden und eine Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion. – Vgl. Pravda vom 18. 9. 1959, in: CDSP, Nr. 38, 21. 10. 1959, pp. 3 f.

(6) Lenin, Wladimir Iljitsch wurde am 22. 4. 1870 in Simbirsk (dem heutigen Uljanowsk) geboren.

(7) Schon seit 1956 hatte Chruschtschow damit begonnen, den Einfluß der Existenz von Nuklearwaffen auf die (vorgeblich universelle) Gültigkeit des Marxismus-Leninismus anzuerkennen. Dies geschah dadurch, daß er gewaltsame Revolutionen als gefährlich und geeignet bezeichnete, die Früchte des Sozialismus sowie die wirtschaftliche und soziale Basis für zukünftige Machtergreifungen durch kommunistische Parteien zu zerstören. Daraus entstand allmählich die dreifache sowjetische These: Es besteht die Möglichkeit
– einer friedlichen Koexistenz mit den Imperialisten
– einer Vermeidbarkeit von Kriegen insgesamt sowie
– einer kommunistischen Machtübernahme auf friedlichem Wege.

(8) Das geschah in Form von fünf langen und scharf gehaltenen doktrinären Erklärungen: In zwei Artikeln der „Roten Fahne" (1. und 19. 4. 1960), in zwei Artikeln der „Volkszeitung" (22. und 25. 4. 1960) und in einer Rede des Politbüromitgliedes Lu Ting-i am Jahrestag selbst. – Vgl. JPRS, Nr. 3951, 13. 9. 1960.

(9) Vgl. Halperin, Nuclear Weapons, op. cit., p. 148.

(10) Foreign Languages Press (Hrsg.): Long Live Leninism, Peking, 1960, p. 22.

(11) ibid, p. 103.

(12) Als Beispiel sei hier die massive chinesische Kritik am jugoslawischen Revisionismus aufgeführt und zwar gerade zu einem Zeitpunkt, da sich das sowjetisch-jugoslawische Verhältnis etwas zu bessern begann.

(13) Rote Fahne vom 16. 8. 1959, in: ECMM, Nr. 184, 21. 9. 1959, p. 5.

(14) Rote Fahne vom 16. 2. 1960; Vgl. auch: CNA, Nr. 314, 4. 3. 1960, p. 7.

(15) ibid.

(16) Eisenhower besuchte Lateinamerika (Puerto Rico, Brasilien, Argentinien, Chile und Uruguay) vom 22. 2. - 3. 3. 1960 – Vgl. hierzu insbesondere die Rede über das Ziel der Reise, in: NYT vom 22. 2. 1960.

(17) Vgl. Ansprache Kuo Mo-jos („Lang lebe die Freundschaft zwischen dem chinesischen und lateinamerikanischen Volk"), in: PR, Nr. 12, 22. 3. 1960, pp. 8-12.

(18) ibid.

(19) Van Ness, Peter: Revolution and Chinese Foreign Policy – Peking's Support for Wars of National Liberation (hinfort: Van Ness, Foreign Policy), Berkeley-Los Angeles-London, 1970, pp. 13/14.

(20) Ende Januar 1960 schloß die VRCh einen Freundschafts- und Nichtangriffspakt mit Burma und im März 1960 einen solchen mit Nepal.

(21) Zum Beispiel Laos und Indonesien.

(22) Zum Beispiel T'aiwan, Thailand und Südvietnam.

(23) Vgl. Zagoria, Konflikt, pp. 379 f.

(24) Die Skala der strittigen Punkte war groß und die Standpunkte häufig unvereinbar. Hauptsächlich ging es um die „internen Blockbeziehungen", „Kommunen und den Weg zum Kommunismus", „globale Strategie" und „nationale Befreiungsbewegungen".

(25) Vgl. Daily Telegraph und Morning Post vom 6. 12. 1960.

(26) Vgl. z.B. diesbezügliche Statistiken in: Current Scene, Research Report, „Press Attention Given to USSR in the Foreign News Section of JMJP and NCNA during January-July 1960", Hongkong, o.J.

(27) Vgl. Zagoria, Konflikt, op. cit., p. 380.

(28) Vgl. Hinton, Quest, op. cit., pp. 103/104.

(29) Über das Scheitern eines Planes für ein Vereinigtes Flottenkommando siehe Observer vom 12. und 19. 2. 1961.

(30) Vgl. Hinton, Quest, op. cit., pp. 96 f.

(31) Vgl. Zagoria, Konflikt, op. cit., pp. 379 f.

(32) Vgl. ibid, pp. 394/395.

(33) Dies wurde besonders durch Grenzregelungen versucht und führte schließlich auch zu Vereinbarungen mit Pakistan (Dezember 1962), Äußere Mongolei (Dezember 1962) und Afghanistan (November 1963).

(34) Vgl. Van Ness, Foreign Policy, op. cit., p. 14.

(35) Vgl. hierzu insbesondere Bechtoldt, Allianz, op. cit., pp. 57.

(36) Insbesondere die Vereinbarung, auftauchende Meinungsverschiedenheiten nicht nach „außen" zu tragen.

(37) Hiermit soll angedeutet werden, daß die VRCh bereits auf nahezu allen Gebieten gegen die Moskauer Politik arbeitete, gleichzeitig aber ihre Zugehörigkeit zum sozialistischen Lager nicht nur benutzte, die kommunistischen Parteien zu spalten, sondern auch mit Erfolg versuchte, gewisse Staaten des Ostblocks gänzlich auf ihre Seite zu ziehen.

(38) Vgl. Zagoria, Konflikt, op. cit., p. 408.

(39) Es erscheint – oberflächlich betrachtet – paradox, daß zu einer Zeit, da sich die VRCh weg von der radikalen „Drei-Banner-Politik" in Richtung auf eine gemäßigtere innenpolitische Linie bewegte, die Bindungen gerade zu einem Land wie Albanien, dessen Parteiführung wohl die am meisten stalinistische des Ostblocks war, erheblich verstärkte. In Wirklichkeit gab es jedoch hierfür wichtige Motivationen. Bei den Ländern mußte Chruschtschows Politik mißfallen, den Chinesen aus bekannten Gründen, den Albaniern einmal wegen der zunehmenden Abhängigkeit von Moskau und sodann wegen der russisch-jugoslawischen Annäherung, eine Entwicklung, welche erneut die jugoslawischen Annexionsgelüste hätte aufleben lassen können.
Als die albanische Kritik an der UdSSR (besonders auf der Moskauer Konferenz) allzu offensichtlich wurde, stellte Chruschtschow jegliche weitere Wirtschafts- und Militärhilfe ein. Peking, um Unterstützung gebeten, sprang gern in die Bresche, weil den Chinesen Albanien nicht nur als geeigneter Vorposten in Europa, sondern auch als Zugang zu den Mittelmeerländern, einschließlich Nordafrika, erschien.

(40) Vgl. Simmonds, J.D.: China's World – The Foreign Policy of a Developing State (hinfort: Simmonds, China's World), New York, London, p. 182.

(41) Vgl. Hinton, Quest, op. cit., pp. 113/114.

(42) Im Frühjahr 1962 konnte durch den Einsatz von Hubschraubern, die von US-Soldaten geflogen wurden, die Mobilität der südvietnamesischen Truppen erheblich verstärkt und damit definitiv eine Verbesserung der militärischen Lage zugunsten des Diem-Regimes erreicht werden. – Vgl. Luther, Hans Ulrich: Der Vietnamkonflikt – Darstellung und Dokumentation, Berlin, 1969, p. 76.

(43) Während der Laoskrise 1962 entsandten die USA Luftwaffen- und Pioniereinheiten nach Thailand (insgesamt ca. 9000 Mann). – Vgl. Modelski, George: Thailand and China – from Avoidance to Hostility, in: Halpern, China, op. cit., p. 361.

(44) Diese Absicht wurde durch militärische Vorbereitungshandlungen unterstrichen. – Vgl. Hinton, Quest, op. cit., p. 114.

(45) So schrieb z.B. die Hindustan Times vom 18. Juli und 9. August 1962: „Man müsse sich bemühen, die Regierung davon abzuhalten, jene nationale Demütigung hinzunehmen". – Vgl. Dutt, India and China, op. cit., p. 216.

(46) Vgl. Domes, Jürgen: Die Ära Mao Tse-tung – Innenpolitik der Volksrepublik China (hinfort: Domes, Mao Tse-tung), Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz, 1971, pp. 128/129.

(47) Vgl. New York Times vom 27. 6. 1962.

(48) Vgl. Kux, Ernst: Die Feindlichen Brüder – 1961 bis 1963 (hinfort: Kux, Feindliche Brüder), in: Zagoria, Konflikt, op. cit., p. 451.

(49) Vgl. ibid, pp. 452 f.

(50) Es ging hauptsächlich um die sog. Mc Mahon-Linie. China behauptete, sie sei ein Produkt britischer Aggression, Indien hielt entgegen, China habe sie auf der Simlakonferenz 1914 anerkannt und sei zu diesem Zeitpunkt voll handlungsfähig gewesen. – Vgl. hierzu insbesondere Lamb, Alastair: The China-India Border – The Origins of the Disputed Boundaries, London-New York-Toronto, 1964, pp. 168 ff.

(51) Vgl. Dutt, India and China, op. cit., p. 217.

(52) Zitiert nach Steiner, Arthur H.: China's New Role in World Affairs, in: CQ, Nr. 1, Januar-März 1960, p. 23.

(53) Zitiert nach Patterson, George N.: China and Tibet Background to the Revolt, in: CQ, Nr. 1, Januar-März 1960, p. 87.

(54) Zitiert nach Hinton, World Politics, op. cit., p. 296.

(55) Zitiert nach Pringsheim, Klaus H.: China, India and their Himalayan Border, 1961-1963, in: Asian Survey, Nr. 10, Sept. 1963.

(56) Dies geschah am 20. Oktober 1962 an mehreren Punkten der Aksai Chin- und Nefra-Regionen. – Vgl. Hinton, Quest, op. cit., p. 114.

(57) Vgl. ibid.

(58) Zunächst besetzten chinesische Truppen strittige Grenzgebiete in Ladakh und stießen sodann über die Himalajapässe bis tief nach Assam vor. – Vgl. Karnik, V.B.: China Invades India – The Story of Invasion against the Background of Chinese History and Sino-Indian Relations, Bombay-London-New York, 1963, pp. 222 f.

(59) Die Nachschubprobleme waren aufgrund der weit vorgetragenen Offensiven schon außerordentlich groß, der Winter stand vor der Tür, der die Himalajapässe im Rücken der chinesischen Truppen unpassierbar machte, Chinas Ansehen in der afro-asiatischen Welt sank merklich und es kann als sicher gelten, daß die UdSSR dahingehend drängte, die Kampfhandlungen einzustellen. – Vgl. Hinton, World Politics, op. cit., p. 302.

(60) Vgl. Hinton, Quest, op. cit., p. 116.

(61) Vgl. NYT vom 22. und 23. 10. 1962 (nach einer Meldung der Associated Press vom 22. 10. 1962).

(62) Vgl. Pravda vom 29. 10. 1962, in: CDSP, Nr. 43, 21. 11. 1962, p. 12.

(63) Vgl. Kux, Feindliche Brüder, op. cit., pp. 453/454.

(64) Vgl. Chinesische Interpretation, in: PR, Nr. 44, 2. 11. 1962, pp. 6 f und Nr. 45, 9. 11. 1962, p. 13.

(65) Vgl. Pravda vom 29. 10. 1962, in: CDSP, Nr. 45, 21. 11. 1962, p. 13.

(66) Die förmliche Unterzeichnung des Teststoppabkommens fand am 5. 8. 1963 statt.

(67) Erklärung der Regierung der VRCh vom 31. 6. 1963, in: PR, Nr. 31, 2. 8. 1963, pp. 7 f.

(68) Vgl. die sechs umfangreichen Regierungserklärungen der VRCh und der UdSSR zum Teststoppabkommen, in: Ostprobleme, Hefte 16, 17 und 25, 1963.

(69) Vgl. Brahm, Heinz: Pekings Griff nach der Vormacht - Der chinesisch-sowjetische Konflikt vom Juli 1963 bis März 1965 (hinfort: Brahm, Vormacht), Köln, 1966, p. 16.

(70) Vgl. ibid.

(71) Vgl. hierzu insbesondere Paasche, John: Mao Tse-tungs Theorien von den Zwischenzonen, in: Osteuropa, 1-2/1965, pp. 26-36.

(72) Innerhalb des Ostblocks bzw. der NATO.

(73) Mao wie De Gaulle waren nämlich entschiedene Gegner der „doppelten Hegemonie" der „Supermächte" und behaupteten sogar, man habe schon in Yalta die Welt untereinander aufgeteilt. - Vgl. Adie, W. A. C.: Chou En-lai on Safari (hinfort: Adie, Safari), in: CQ, Nr. 18, April-Juni 1964, p. 174.

(74) Vgl. Yahuda, Michael B.: Chinese Foreign Policy after 1963 - The Maoist Phases (hinfort: Yahuda, Maoist Phases), in: CQ, Nr. 36, Oktober-Dezember 1968, p. 97.

(75) Das verstärkte chinesische Interesse an einem Handel mit den mittleren Industrienationen datiert zurück auf den Zeitpunkt, als das Scheitern der „Drei-Banner-Politik" die VRCh an den Rand einer wirtschaftlichen Katastrophe führte.

(76) NYT vom 21. 2. 1964; Sowjetische Quellen schlossen Italien, Kanada sowie „andere Länder" in diese Aufzählung ein. - Vgl. Soviet News vom 2. 9. 1964 die Pravda zitierend.

(77) Vgl. Doolin, D. J.: Territorial Claims in the Sino-Soviet Conflict, Stanford, 1965, pp. 42-44.

(78) Vgl. Yahuda, Maoist Phases, op. cit., p. 98.

(79) Vgl. ibid, p. 97.

(80) Vgl. Walker, Outside World, in: Trager/Henderson, op. cit., p. 292.

(81) Die zehn afrikanischen Staaten waren: VAR, Algerien, Marokko, Tunesien, Ghana, Mali, Guinea, Sudan, Äthiopien und Somalia. Die drei asiatischen Staaten waren: Burma, Pakistan und Ceylon.

(82) Vgl. hierzu insbesondere Adie, Safari, op. cit., pp. 174-194.

(83) Nach einer Meldung der Agence France Presse vom 27. 1. 1965.

(84) Als Mitglied des Weltsicherheitsrates der UNO, ehemalige bedeutende Kolonialmacht und Angehöriger der wirtschaftsstarken EWG.

(85) Anerkennung der VRCh durch weitere Staaten etc.

(86) Vgl. Hinton, World Politics, op. cit., p. 149.

(87) Möglicherweise dachte man hier an eine Vermittlerrolle Frankreichs.

(88) Vgl. Washington Post vom 29. 3. 1964.

(89) Vgl. Luther, Vietnamkonflikt, op. cit., p. 76.

(90) Vgl. ibid, pp. 77 f.

(91) Vgl. Hinton, Quest, pp. 107 f.

(92) Vgl. Kux, E.; Kun, I. C.: Die Satelliten Pekings, Stuttgart, 1964, pp. 130 f.

(93) Vgl. Hinton, World Politics, op. cit., p. 48.

(94) Chruschtschow schickte sich an, die VRCh formal aus dem „sozialistischen Lager" ausschließen zu lassen, der chinesisch-sowjetische Grenzkonflikt erreichte einen neuen Höhepunkt und der erste chinesische Atomversuch schien unmittelbar bevorzustehen.

(95) Vgl. Bechtoldt, Allianz, op. cit., pp. 170/171.

(96) Vgl. ibid, p. 172.

(97) Vgl. Artikel in der Roten Fahne vom 21. 11. 1964 („Warum Chruschtschow gestürzt wurde"), in: PR, Nr. 48, 27. 11. 1964, pp. 6–9.

(98) Vgl. Halperin, Bombe, op. cit., p. 60.

(99) Vgl. Mozingo, David: China's Policy toward Indonesia, in: Tang Tsou, Crisis, p. 337.

(100) Vgl. Rede Chou En-lais auf einem Bankett zu Ehren einer indonesischen Delegation am 24. 1. 1965, in: PR, Nr. 5, 29. 1. 1965, pp. 5–6.

(101) Vgl. chinesische Regierungserklärung vom 9. 2. 1965, in: PR, Nr. 7, 12. 2. 1965, pp. 6–7.

(102) Vgl. Botschaft der chinesischen Führung an die Führung der KPdSU vom 13. 2. 1965, in: PR, Nr. 8, 19. 2. 1965, pp. 6–7.

(103) Vgl. Bechtoldt, Allianz, op. cit., p. 173.

(104) Vgl. ibid.

(105) Vgl. Hsieh, Alice Langley: Communist China's Military Policies, Doctrine and Strategy (hinfort: Hsieh, Military Policies), Rand Corporation, P 3960, Santa Monica/Calif., September 1968, p. 3.

(106) Vgl. NCNA (Peking) vom 31. 10. 1958.

(107) Obwohl dieser 4. Band lediglich die Bürgerkriegsperiode von 1945–1949 behandelt, bezieht sich dennoch die Auswahl eindeutig auf Aspekte, die besonders ab 1960 relevant wurden. – Vgl. Gittings, Chinese Army, op. cit., p. 235.

(108) Vgl. Lin Piaos Artikel in der Roten Fahne Nr. 19. vom 1. 10. 1960 („Der Sieg im chinesischen revolutionären Krieg ist ein Sieg der Gedanken Mao Tse-tungs"), in: ECMM, Nr. 231, 18. 10. 1960, pp. 7–20.

(109) Vgl. Artikel in der Volkszeitung vom 6. und 7. 10. 1960, („Der große Sieg der militärischen Dialektik Mao Tse-tungs"), in: SCMP, Nr. 2360, 19. 10. 1960, pp. 1–17.

(110) Am 5. 8. 1963 erwarb das US-State-Department eine Folge geheimer militärischer Papiere der VBA, die tibetanische Khambas bei einem Überfall auf einen chinesischen Regimentskurier 1961 erbeuteten. Die zu dieser Serie gehörenden 29 Nummern einer nur für den Dienstgebrauch bestimmten Militärzeitschrift „Kung-tso T'ung-hsün" (Arbeitsgericht 1961) aus der Zeit vom 1. 1. bis 26. 8. 1961 sind auf Mikrofilm festgehalten. – Vgl. Cheng, Chester J. (Hrsg.): The Politics of the Chinese Red Army – A Translation of the Bulletin of Activities of the People's Liberation Army (hinfort: Cheng, Bulletin), Stanford/Calif., 1966; siehe auch Hsieh, Secret Papers, pp. 67 f und Lewis, John Wilson: China's Secret Military Papers, in: CQ, Nr. 18, April-Juni 1964, pp. 68–78.

(111) Vgl. Hsieh, Secret Papers, op. cit., p. 80.

(112) Vgl. Dahm, Volkskrieg, op. cit., p. 158.

(113) Vgl. Resolution einer „Erweiterten Sitzung des Komitees für militärische Angelegenheiten" betreffend die Stärkung der ideologischen Arbeit in den Armeeeinheiten vom 20. 10. 1960, in: Cheng, Bulletin, Nr. 3, 7. 1. 1961, pp. 65–94.

(114) Ansprache Yeh Chien-yings auf einer „Konferenz des Komitees für militärische Angelegenheiten" über Ausbildungsfragen, in: Cheng, Bulletin, Nr. 10, 20. 2. 1961, pp. 249–255.

(115) Vgl. ibid.

(116) Vgl. Resolution einer „Erweiterten Sitzung des Komitees für militärische Angelegenheiten" betreffend die Stärkung der ideologischen Arbeit in den Armeeeinheiten vom 20. 10. 1960, in: Cheng, Bulletin, Nr. 3, 7. 1. 1961, pp. 65–94.

(117) Vgl. Dahm, Volkskrieg, op. cit., p. 158.

(118) Vgl. ibid.

(119) Vgl. Hsieh, Secret Papers, op. cit., p. 81.

(120) Ansprache Yeh Chien-yings auf einer „Konferenz des Komitees für militärische Angelegenheiten" über Ausbildungsfragen, in: Cheng, Bulletin, Nr. 10, 20. 2. 1961, pp. 249–255.

(121) Vgl. Hsieh, Secret Papers, op. cit., pp. 89/90.

(122) Vgl. ibid, p. 98.

(123) ibid.

(124) Ansprache Yeh Chien-yings auf einer Sitzung der Militärkommission beim ZK der KPCh über Ausbildungsfragen, in: Cheng, Bulletin, op. cit., Nr. 10, 20. 2. 1961, p. 253.

(125) ibid.

(126) Bericht Yeh Chien-yings an einen Unterausschuß der Militärkommission beim ZK der KPCh vom 15. 4. 1961, in: Cheng, Bulletin, op. cit., Nr. 26, 13. 7. 1961, p. 651.

(127) Die politischen Zielsetzungen ergaben sich aus der Unzufriedenheit mit der „Bandunglinie" und der deswegen umgestellten Außenpolitik, die ideologischen Zielsetzungen aus der Unzufriedenheit mit der sowjetischen Annäherungspolitik gegenüber dem Westen sowie dem Bestreben, sich selbst zum neuen Mittelpunkt der Weltrevolution machen zu wollen.

(128) Resolution einer Erweiterten Sitzung der Militärkommission beim ZK der KPCh vom 20. 10. 1960, die sich mit einer Verstärkung der Parteiarbeit in der VBA befaßte, in: Cheng, Bulletin, op. cit., Nr. 3, 7. 1. 1961, p. 65–94.

(129) Bericht eines Unterausschusses der Militärkommission beim ZK der KPCh vom 3. 3. 1961, in: Cheng, Bulletin, op. cit., Nr. 12, 10. 3. 1961, pp. 313–319.

(130) Mit großer Wahrscheinlichkeit bestanden die Differenzen unter den Militärs wohl auch verdeckt weiter, doch hier sollten derartige Angriffe eher an die Adresse der Intellektuellen gehen, welche gerade in jener Zeit bestrebt waren, den „ehrlichen und aufrichtigen Menschen P'eng Te-huai" als Märtyrer aufzubauen.

(131) Vgl. Dahm, Volkskrieg, op. cit., p. 188.

(132) Vgl. ibid, p. 150.

(133) Vgl. ibid, p. 164.

(134) Siehe hierzu die Ausführungen in Kapitel III Absatz 2 und 3 dieser Studie.

(135) Vgl. Beaton Leonard: The Chinese and Nuclear Weapons, in: Military Review 42, Nr. 11, November 1962, p. 51.

(136) Vgl. Hsieh, Alice Langley: China's Nuclear Missile Programme: Regional or Intercontinental (hinfort: Hsieh, Missile Programme), in: CQ, Nr. 45, Januar-März 1971, pp. 85 f.

(137) Erklärungen der Regierung der VRCh vom 16. 10. 1964, in: PR, Nr. 42, 16. 10. 1964, Sonderbeilage vom 16. 10. 1964.

(138) Vgl. Ali, S.M.: China's Bomb and After, in: FEER 48, 24. 6. 1965, pp. 610 f.

(139) Dies bezieht sich insbesondere auf die asiatischen Nachbarn Chinas, welche antichinesischen Allianzsystemen angehörten.

(140) Vgl. Halperin, Bombe, op. cit., p. 65.

(141) Vgl. Mao Tse-tung: A Single Spark Can Start A Prairie Fire, in: Mao, Military Writings, op. cit., p. 65.

(142) Welche Doktrin, die der „massiven Vergeltung" oder der „flexiblen Beantwortung", mehr Glaubwürdigkeit besitzt und damit wirksamer abschreckt, ist nicht unumstritten. Fest steht jedoch, daß trotz Gültigkeit der Doktrin von der „massiven Vergeltung" seit Ende des Zweiten Weltkrieges viele bewaffnete Konflikte ausgetragen und trotzdem Nuklearwaffen nicht eingesetzt wurden. Ihre Abschreckungswirkung war also gering, weil selbst bei Auseinandersetzungen in der Größenordnung des Koreakrieges niemand ihre Anwendung riskierte und auch niemand glaubte, daß sie eingesetzt würden.

(143) Vgl. Halperin, Bombe, op. cit., p. 97.

(144) Vgl. ibid, pp. 47 f.

(145) In der Zeit als die Doktrin von der „massiven Vergeltung" noch uneingeschränkte Gültigkeit besaß, vernachlässigten die USA ihr konventionelles Potential und wären, da die Nuklearwaffen ja doch nur abschrecken und nicht eingesetzt werden sollten, z.B. bei einem konventionellen und begrenzten Angriff der UdSSR in Europa hoffnungslos unterlegen gewesen. Der Zwang, dann vielleicht tatsächlich Zuflucht zum „letzten Mittel" nehmen zu müssen, hat die USA manchmal davon abgehalten, politische Standpunkte konsequent zu vertreten und durchzusetzen. Dies gilt für die amerikanische Reaktion bei der Berlin-Blockade ebenso wie bei den Aufständen in Ostdeutschland, Polen und Ungarn.

(146) Vgl. Van Ness, Foreign Policy, op. cit., pp. 56 f.

(147) Vgl. Halperin, Nuclear Weapons, in: Tang Tsou, Crises, op. cit., p. 152.

(148) Dies gilt zwar allgemein, aber Vietnam ist für diese These das beste Beispiel. Der von Lin Piao unterzeichnete Artikel „Lang lebe der Sieg im Volkskrieg" vom September 1965 muß u.a. als der Versuch bezeichnet werden, Hanoi und dem Vietkong klarzumachen, daß mit einem aktiven Eingreifen Chinas nicht gerechnet werden könne.

(149) Hier ist die sowjetische These gemeint, daß nicht der Kapitalismus, sondern der Kommunismus einen Atomkrieg überleben würde.

(150) Hinzu kommt, daß sich die sowjetischen Interkontinentalraketen noch im Versuchsstadium befanden und die UdSSR ein wirksames Abwehrsystem gegen amerikanische Nuklearwaffenangriffe nicht besaßen.

(151) Vgl. Erklärung der Regierung der Volksrepublik China, in: PR, Nr. 36, 6. 10. 1963, pp. 7-23. Mao Tse-tung erklärte am 18. November 1957 vor den versammelten Parteichefs in Moskau: „Es macht nichts, wenn die Hälfte der Menschheit umkommt und 300 Millionen Chinesen sterben, denn auf der anderen Seite würde der Imperialismus von der Erdoberfläche weggefegt und diejenigen, welche überleben, können auf den Ruinen des Imperialismus schnell eine neue Zivilisation aufbauen, die tausendmal höher als die bisherige sein wird"; in: ibid, p. 9.

(152) Vgl. Halperin, Nuclear Weapons, in: Tang Tsou, Crisis, p. 148.

(153) ibid, p. 154.

(154) Vgl. Sonnenfeld, Helmut: The Chinese Factor in Soviet Disarmament Policy, in: Halperin, Arms Control, op. cit., p. 95.

(155) In diesem Zusammenhang ist die Publizierung eines „Offenen Briefes des ZK der KPdSU an alle Parteiorganisationen und alle Kommunisten der Sowjetunion" (Pravda vom 14. Juli 1963) von Bedeutung, die nicht nur gerade während des bedeutungsvollen - und bald darauf gescheiterten - chinesisch-sowjetischen Parteiengesprächs erfolgte, sondern auch nochmals den sowjetischen Standpunkt vor der gesamten Welt darlegen sollte. Der längste Teil des Offenen Briefes befaßte sich mit der „friedlichen Koexistenz als Generallinie der sowjetischen Außenpolitik" und es wurde ausdrücklich darauf verwiesen, daß „Abrüstung" das einzig geeignete Mittel zur Förderung des „weltweiten revolutionären" Prozesses sei.

(156) Wie aus dem fortlaufenden Text zu ersehen ist, waren die Gründe sowohl außenpolitischer als auch innenpolitischer Natur.

(157) Vgl. Bobrow, Calculus, op. cit., p. 292.

(158) Vgl. ibid, p. 293;
Die chinesische Taktik der zeitlichen und waffenmäßigen Begrenzung erwies sich, z.B. beim Grenzkonflikt mit Indien, als geeignet. Niemand erhob ihn auf die Ebene des Luftkrieges, geschweige denn, daß man eine Gefahr für die Indische Republik sah.

(159) Vgl. ibid, p. 295.

(160) Am 6. November 1957 plädierte Chruschtschow vor dem Obersten Sowjet für eine neue Gipfelkonferenz und die direkte Verständigung mit den USA. Seine Hauptthesen waren: Beendigung der „Politik der Stärke" und „Weltrevolution ohne Gewalt". - Vgl. Pravda und Izvestia vom 7. 11. 1957, in: CDSP, Nr. 45, 18. 12. 1957. pp. 3 f.

(161) Vgl. Halperin, Nuclear Weapons, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 155.

(162) Vgl. Foreign Languages Press (Hrsg.): Imperialism and all Reactionaries are Paper Tigers, Peking, 1958, p. 28.

(163) Vgl. Halperin, Bombe, op. cit., p. 60.

(164) Vgl. Clemens, Walter C. Jr.: The Nuclear Test Ban and Sino-Soviet Relations, in: Halperin, Arms Control, op. cit., pp. 154 f.

(165) Vgl. ibid, p. 158.

(166) Zitiert nach Schramm, Stuart R.: The Political Thought of Mao Tse-tung, New York, 1963, p. 256.

(167) Zitiert nach ibid, p. 56.

(168) Vgl. Halpern, Neutralism, op. cit., p. 102.

(169) Vgl. Löwenthal, Foreign Policy, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 11.

(170) Gleichzeitig wurde auch Generalstabschef Huang K'e ch'eng durch Lo Jui-ch'ing ersetzt.

(171) Lin Piao war zu diesem Zeitpunkt neben Chu Te der einzige Militär im Politbüro der KPCh.

(172) Lin Piao wurde wegen seiner militärischen Erfolge in der Bürgerkriegsphase „der Stratege" genannt.

(173) Lin Piao war wegen eines Leidens in der Zeit von 1938-42 zur Ausheilung in Moskau und studierte dort eine gewisse Zeit Militärwissenschaften, persönliche Kontakte zu sowjetischen Militärs sind daher nicht auszuschließen.

(174) Artikel Lin Piaos vom 29. 9. 1959 („Haltet hoch das Rote Banner der Generallinie der Partei, der militärischen Gedanken des Vorsitzenden Mao und marschiert in großen Schritten voran"), in: CB, Nr. 596, 7. 10. 1959, pp. 1-13, hier: p. 3.

(175) Vgl. ibid.

(176) Diese „Außerordentliche Erweiterte Sitzung der Militärkommission" beim ZK der KPCh fand vom 14. 9. -20. 10. 1960 statt.

(177) NCNA (Peking) vom 8. 10. 1960.

(178) Vgl. Cheng, Bulletin, Nr. 3, 7. 1. 1961, pp. 1-33.

(179) Vgl. Domes, Kulturrev., op. cit., p. 76.

(180) Vgl. ibid, p. 77.

(181) Vgl. ibid.

(182) Vgl. Gittings, John: The „Learn from the Army"-Campaign (hinfort: Gittings, Campaign), in: CQ, Nr. 18, April-Juni 1964, p. 154.

(183) Vgl. ibid, p. 155.

(184) Vgl. Joffe, Party and Army, op. cit., p. 138.

(185) Vgl. Cheng, Bulletin, op. cit., Nr. 1, 1. 1. 1961, p. 7.

(186) Vgl. Domes, Kulturrev., op. cit., p. 78.

(187) Vgl. Powell, Ralph L.: The Increasing Power of Lin Piao and the Party-Soldiers 1959-1966 (hinfort: Powell, Party-Soldiers), in: CQ, Nr. 34, April-Juni 1968, p. 43.

(188) Vgl. ibid.

(189) Vgl. Domes, Kulturrev., op. cit., p. 21.

(190) Vgl. Dahm, Volkskrieg, op. cit., p. 188.

(191) Vgl. Liu Kan-t'aos Artikel in der Volkszeitung vom 28. 9. 1959 („Die KPCh ist der Oberkommandierende im Aufbau des Sozialismus).

(192) Vgl. ibid.

(193) Vgl. Bridgham, Philip: Mao's „Cultural Revolution" – Origin and Development (hinfort: Bridgham, Cultural Revolution), in: CQ, Nr. 29, Januar-März 1967, pp. 2 f.

(194) Vgl. Domes, Mao Tse-tung, op. cit., pp. 114 f.

(195) Vgl. ibid, p. 117.

(196) Vgl. Cheng, Bulletin, op. cit., Nr. 19, 13. 5. 1961, pp. 12-13.

(197) Vgl. Bridgham, Cultural Revolution, op. cit., pp. 5/6.

(198) Vgl. ibid, p. 6.

(199) Vgl. Domes, Mao Tse-tung, op. cit., p. 101.

(200) Vgl. Shih, Vincent Y.C.: The State of the Intellectuals, in: Trager/Henderson, Comm. China, op. cit., pp. 221-242. Siehe auch die essayistische Manifestation der inner- und außerparteilichen Opposition im fortlaufenden Text dieses Absatzes.

(201) Vgl. Rede Liu Shao-ch'is anläßlich des 40. Jahrestages zur Gründung der KPCh, in: NCNA (Peking) vom 1. 7. 1961.

(202) Vgl. Neuhauser, Charles: The Chinese Communist Party in the 1960s – Prelude to the Cultural Revolution (hinfort: Neuhauser, Comm. Party), in: CQ, Nr. 32, Okt.-Dez. 1967, pp. 4/5.

(203) Vgl. ibid, p. 5.

(204) Vgl. ibid.

(205) Vgl. hierzu insbesondere Gelman, Harry: Mao and the permanent Purge, in: Problems of Communism, Nov.-Dez. 1966 sowie Dahm, Volkskrieg, op. cit., pp. 204 f.

(206) Vgl. Teng T'os Essay vom 26. 3. 1961 „Wir grüßen die bunt gemischten Gelehrten", in: Leitartikel der Volkszeitung am 11. 5. 1966 von Yao Wen-yüan: Kommentar zum „Dorf der drei Familien" (hinfort: Yao Wen-yüan, Kommentar), in: CB, Nr. 792, 29. 6. 1966, pp. 27/28.

(207) Vgl. Teng T'os Essay vom 13. 4. 1961 „Lieber führen, statt bremsen", in: Yao Wen-yüan, Kommentar, in: ibid, p. 28.

(208) Vgl. Teng T'os Essay vom 22. 6. 1961 „Der Fall Ch'en Chiang und Wang Keng", in: Yao Wen yüan, Kommentar, in: ibid, pp. 30/31.

(209) Vgl. Wu Hans Artikel vom 1. 1. 1962 „Über den Wellen", in: Yao Wen-yüan, Kommentar, in: ibid, p. 32.

(210) Vgl. Teng T'os Essay (ohne Datum) „Wie man Freunde gewinnt und Gäste unterhält", in: Yao Wen-yüan, Kommentar, in: ibid, pp. 29/30.

(211) Vgl. Teng T'os Artikel vom 10. 11. 1960 „Großes leeres Geschwätz" in der Essayreihe „Notizen aus dem Dorf der drei Familien", in: Yao Wen-yüan, Kommentar, in: ibid, p. 33.

(212) Vgl. Teng T'os Artikel (ohne Datum) „Gebt es auf und ihr werdet wieder festen Boden unter euch haben" in der Essayreihe „Abendgespräche am Yenshan", in: Yao Wen-yüan, Kommentar, in: ibid, p. 29.

(213) Vgl. Bridgham, Cultural Revolution, op. cit., p. 7.

(214) Vgl. Domes, Mao Tse-tung, op. cit., pp. 110 f.

(215) Und so versuchte die „Neue Rechte" unter der Führung Liu Shao-ch'is und Teng Hsiao-p'ings mit Hilfe ihrer Mehrheit in den obersten Parteigremien Entscheidungen herbeizuführen, welche auch von den mittleren und unteren Kadern akzeptiert werden konnten, während sich gleichzeitig Mao in Zusammenarbeit mit Lin Piao bemühte, die Streitkräfte in ihrem Sinne zu indoktrinieren. Einen durchschlagenden Erfolg vermochten beide Gruppierungen damals noch nicht zu erringen.

(216) Vgl. Shih, Intellectuals, in: Trager/Henderson, Comm. China, op. cit., p. 236.

(217) Vgl. Domes, Mao Tse-tung, op. cit., pp. 102 f.

(218) Vgl. ibid, p. 116.

(219) Rede Mao Tse-tungs vom 9. 8. 1962, in: JPRS, Nr. 128, 21. 12. 1970.

(220) Vgl. Domes, Mao Tse-tung, op. cit., p. 133.

(221) Dazu beigetragen haben dürfte u.a. auch der Erlaß neuer „Politischer Arbeitsanweisungen" in der Armee, wonach Politkommissare den Militärkommandeuren jeder Einheit statusmäßig gleichgestellt wurden. Damit sollte vermutlich den Politkommissaren das Prestige verliehen werden, den Tendenzen des „rein militärischen Standpunktes" entgegenzuwirken und für die loyale Durchführung aller Anordnungen „von oben" garantieren zu können. - Vgl. Volkszeitung vom 10. 5. 1963, in: SCMP, Nr. 2984, 22. 5. 1963, pp. 1-7.

(222) Vgl. Volkszeitung vom 1. 1. 1964, in: SWB/FE 1448.

(223) Vgl. Leitartikel der Volkszeitung vom 1. 2. 1964, in: SCMP, Nr. 3154, 5. 2. 1964, pp. 1–3.

(224) Vgl. Powell, Ralph L.: Commissars in the Economy - „Learn from the PLA" - Movement in China, in: Asian, Survey, März 1965, pp. 136/137 sowie Johnson, Chalmers: Lin Piao's Army and its Role in Chinese Society, in: Current Scene, 15. 7. 1966, pp. 6/7.

(225) Von 1963–1965 wurden fünf von dreizehn Kommandeuren der Militärregionen gleichzeitig Sekretäre der vier von sechs Regionalbüros des ZK der KPCh. Dies wiegt umso schwerer, als in drei der strategisch bedeutsamsten Regionen (Sinkiang, Fukien und Innere Mongolei) bereits die Personalunion von Militärkommandeur, Politkommissar und Parteisekretär vorher bestand. - Vgl. Powell, op. cit., p. 47.

(226) Vgl. Volkszeitung vom 13. 1. 1966; Vgl. hierzu auch CNA, Nr. 620, 19. 7. 1966, p. 4.

(227) Leitartikel der Volkszeitung vom 1. 4. 1963, in: SCMP, Nr. 2971, 3. 5. 1963, pp. 1–16.

(228) Hiermit sind die „Sozialistische Erziehungskampagne" und die „Fünf-Anti-Bewegung" gemeint.

(229) Vgl. Domes, Mao Tse-tung, op. cit., p. 128.

(230) Vgl. Halperin, Bombe, op. cit., p. 97.

(231) Vgl. ibid, pp. 47 f.

(232) Vgl. Pressekonferenz des Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenministers Ch'en Yi vom 29. September 1965, in: PR, Nr. 41, 8. 10. 1965, p. 7.

(233) Vgl. Clemens, Test Ban, in: Halperin, Arms Control, op. cit., pp. 154 f.

(234) Vgl. Halpern, Revolutionary Model, op. cit., p. 8.

(235) Vgl. Bobrow, Calculus, op. cit., p. 291.

(236) Vgl. Dahm, Volkskrieg, op. cit., p. 160.

(237) Vgl. ibid.

(238) Vgl. Yahuda, Maoist Phases, op. cit., pp. 96/97.

(239) Vgl. Hsieh, Military Policies, op. cit., p. 3.

(240) Vgl. hierzu insbesondere Brahm, Vormacht, op. cit., pp. 11 f.

(241) Vgl. Lin Piaos Artikel vom 3. September 1965 („Lang lebe der Sieg im Volkskrieg"), in: PR, Nr. 36, 3. 9. 1965, pp. 9–30.

VII. Kapitel

(1) Vgl. Van Ness, Foreign Policy, op. cit., pp. 56 f.

(2) So wurde z. B. die peruanische Gesellschaft als „semikolonial" und die peruanische Regierung als „Marionette des Imperialismus" bezeichnet (Nationaler Befreiungskrieg). – Vgl. PR, Nr. 12, 29. 3. 1966, pp. 20–24.

(3) Im Falle Tansanias und Kambodschas jedoch wurden die Regierungen selbst als Führung der antiimperialistischen patriotischen Kräfte angesehen (Revolutionärer Volkskrieg). – Vgl. PR, Nr. 24, 11. 6. 1965, p. 7 sowie PR, Nr. 46, 12. 11. 1965, p. 4.

(4) Zwar war dies nicht das erste Mal, daß chinesische Führer zu einer breiten „antiimperialistischen Front" aufriefen, denn eine solche hatte Mao ja schon 1946 in seinem Interview mit Anna Louise Strong gefordert. Der Einschluß nichtkommunistischer Staaten und insbesondere jener Länder der „Zweiten Zwischenzone" war allerdings neu.

(5) Besonders die afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten brauchten nicht erst darauf hingewiesen werden, daß die USA nah und China fern war. Hinzu kam die allzu offensichtliche sowjetisch-chinesische Rivalität, welche den Verdacht, als bloßes Werkzeug dienen zu sollen, noch erhärtete.

(6) Volkszeitung vom 21. 1. 1964 („Alle Kräfte, die gegen den US-Imperialismus sind, müssen sich vereinigen"), in: PR, Nr. 4, 24. 1. 1964, pp. 6–8.

(7) ibid, p. 8.

(8) Vgl. Ra'anan, Uri: Peking's Foreign Policy „Debate" 1965–1966 (hinfort: Ra'anan, Debate), in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 25.

(9) Da es praktisch kaum ein Land der „Dritten Welt" gab, welches keine Probleme mit bedeutenden oder unbedeutenderen Aufstandsbewegungen hatte, war es für Peking – noch dazu, weil die Regierungen häufig über nicht sehr viel Stabilität verfügten – einfach, das Regime durch Waffenlieferungen an die Aufständischen in Gefahr zu bringen.
Dabei nahm man keine Rücksicht auf etwaige ideologische Ausrichtungen. So konnte es vorkommen, daß nationalistische Aufstandsbewegungen nur deshalb Hilfe aus Peking er-

hielten, weil die betreffende Regierung einen unerwünschten außenpolitischen Kurs steuerte. Andererseits war es durchaus möglich, daß Aufstandsbewegungen mit akzentuiert maoistischem Programm keine Unterstützung gewährt wurde, nur weil Peking mit dem außenpolitischen Kurs der Regierung zufrieden war.

(10) Dieser gegen die USA gerichtete Aspekt muß aus den vorstehend aufgeführten Gründen ebenfalls rein pragmatisch angesehen werden. Denn schon seit 1949 hatte die chinesische Regierung aus verständlichen Gründen nichts unversucht gelassen, die amerikanische Eindämmungs- und Isolierungspolitik zu durchkreuzen.

(11) Bis Anfang 1965 wurde zwar viel propagandistischer Aufwand getrieben, dieser Konzeption die notwendige weltweite Aufmerksamkeit zu verschaffen, aber noch immer fehlte ihr nicht nur das theoretische Konzept, sondern auch die Bewährung in der Praxis.

(12) Hier dürfte Peking nicht zu unrecht vermutet haben, daß weder die amerikanische Regierung noch die Bevölkerung der USA bereit gewesen wäre, sich in Asien „ein Vietnam diesen Ausmaßes" zu schaffen.

(13) Vgl. Hinton, Quest, op. cit., p. 131.

(14) Vgl. Geheime Anklageschrift Moskaus gegen Peking, in: Ostprobleme, Bd. 18, Nr. 8, 22. 4. 1966, pp. 228–237.

(15) Vgl. Observer vom 14. 11. 1965; L'Humanité vom 16. 11. 1965; L'Unitá vom 17. 11. 1965 sowie Neues Deutschland vom 20. 11. 1965.

(16) Aden, Laos, Malaysia (Malaya und Singapur, Nord-Borneo), Oman, die Philippinen, Thailand und Südvietnam. – Vgl. Van Ness, Foreign Policy, op. cit., p. 90.

(17) Kongo (Leopoldville) und Portugiesisch Afrika (Angola, Guinea und Mozambique). – Vgl. ibid.

(18) Argentinien, Bolivien, Brasilien, Dominikanische Republik, Guatemala, Haiti, Honduras, Kolumbien, Nicaragua, Paraguay, Peru und Venezuela. – Vgl. ibid.

(19) Vgl. Brief des ZK der KPCh vom 14. 6. 1963 an das ZK der KPdSU, in: Foreign Languages Press (Hrsg.): The Polemic on the General Line of the International Communist Movement, Peking, 1965, p. 13.

(20) Es ist nicht bekannt, aus welchen Gründen der ursprüngliche Termin für die „Zweite Bandung-Konferenz" vom 10. März auf den 29. Juni 1965 verschoben wurde.

(21) Dies zeigt schon ein Vergleich der zwei Reden, die Sukarno am 18. 4. 1955 in Bandung und zum 10. Jahrestag dieser Konferenz, am 18. 4. 1965 in Djakarta gehalten hatte. In Bandung erinnerte er an den amerikanischen Unabhängigkeitskampf und sprach von Toleranz, indem er den Staaten zurief: „Leben und leben lassen". In Djakarta war nur noch vom amerikanischen Imperialismus die Rede und von einer revolutionären Situation, die geeignet sei, mit der Konfrontation zu beginnen. – Vgl. Bechtoldt, Allianz, op. cit., pp. 177/178.

(22) Vgl. ibid.

(23) Vgl. ibid, p. 201.

(24) Das bedeutete auch für die VRCh, Farbe bekennen zu müssen. Denn damit war in Vietnam eine ähnliche Lage wie 1950 in Korea entstanden und die chinesische Führung vor die Frage gestellt, inwieweit man sich ohne akutes Sicherheitsrisiko für das eigene Land engagieren konnte.

(25) Die Tatsache, daß der indisch-pakistanische Kashmirkrieg für die Chinesen nicht nur viel zu schnell (ein Pendant zur Konfrontation Malaysia-Indonesien hätte der eigenen Argumentation sehr genutzt), sondern auch in Zusammenarbeit zwischen den USA und der UdSSR (gerade die Vermittlerrolle des Rivalen Sowjetunion mußte sehr ungelegen kommen) und dann noch auf der Basis des Status quo ante (d. h. zu ungunsten Pakistans) gelöst wurde, war für die VRCh eine politische Niederlage.

(26) Der mißglückte Staatsstreich in Indonesien und damit das Ausscheiden des verläßlichsten Verbündeten in bezug auf die „antiimperialistische Sammlungsbewegung" kam einer außenpolitischen Katastrophe gleich, welche jahrelange Vorbereitungsarbeit mit einem Schlag zunichte machte.

(27) Wie sicher die Chinesen schon an den Sieg glaubten, beweisen die Aussagen Mao Tse-tungs gegenüber Edgar Snow. – Vgl. Snow, Edgar: Interview with Mao (hinfort: Snow, Interview), in: Neue Republik vom 27. 2. 1965.

(28) Staatschef Nkrumah wurde noch dazu in einem Zeitpunkt gestürzt, als er sich gerade zu einem Freundschaftsbesuch in der VRCh aufhielt.

(29) Vgl. Lange, William: Asiatische Interessengemeinschaft ohne Nichtasiaten, in: Außenpolitik XVII, Jg. 1966, p. 503.

(30) Vgl. ibid.

(31) Vgl. ibid.

(32) Vgl. ibid.

(33) Dies geschah auf der Konferenz von Manila am 24. und 25. 11. 1966. – Vgl. NYT vom 25. 11. 1966.

(34) Vgl. Bechtoldt, Allianz, op. cit., p. 222.

(35) In einem Leitartikel der Volkszeitung vom 1. 6. 1966 tauchte zum ersten Mal die Bezeichnung „Große Proletarische Kulturrevolution" auf. – Vgl. SWB/FE 2177. Schon im November 1965 allerdings sprach man von einer „Sozialistischen Kulturrevolution".

(36) Am 12. 8. 1966 wurde vom ZK ein Kommuniqué herausgegeben, welches besagte, daß das VIII. ZK seine 11. Plenarsitzung abgehalten habe. – Vgl. CQ, Nr. 28, Oktober-Dezember 1966, Quarterly Chronicle and Documentation, p. 168.

(37) Das gesamte Kommuniqué des 11. Plenums muß als Leitlinie für die Inszenierung einer allumfassenden Revolution angesehen werden. Text des Kommuniqués in: SCMP, Nr. 3761, 16. 8. 1966, pp. 1–8.

(38) Hier sind vor allem die zumeist von mehr als 1 Million Menschen besuchten Massenveranstaltungen vom 18. und 31. 8. sowie 15. 9. 1966 in Peking und vom 19. 8. 1966 in Shanghai hervorzuheben.

(39) Vgl. Lin Piaos Ansprache vom 18. 8. 1966, in welcher er den Zweck der Kulturrevolution und die Angriffsziele genau bezeichnete, in: SCMP, Nr. 3766, 23. 8. 1966, pp. 3/4.

(40) Vgl. Hinton, Quest, op. cit., pp. 153 f.

(41) Vgl. ibid.

(42) Mehr oder weniger große Verwicklungen gab es mit 32 Ländern. – Vgl. CQ, Nr. 32, Oktober-Dezember 1967, Quartely Chronicle and Documentation, p. 221.

(43) Vgl. Van Ness, Foreign Policy, op. cit., p. 208.

(44) Vgl. ibid, p. 211.

(45) Vgl. Yahuda, Maoist Phases, op. cit., p. 99.

(46) Siehe hierzu die in diesem Abschnitt beschriebenen außenpolitischen Rückschläge in Afrika und Asien.

(47) Vgl. Rede Kuo Mo-jos vom 2. 8. 1966, in: PR, Nr. 33, 1966, p. 19.

(48) Vgl. Van Ness, Foreign Policy, op. cit., pp. 205 und 213 f.

(49) Vgl. Ra'anan, Debate, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 26.

(50) Vgl. Simmonds, Foreign Policy, op. cit., pp. 182 f.

(51) Vgl. Van Ness, Foreign Policy, op. cit., p. 212.

(52) Vgl. ibid.

(53) Vgl. Artikel der Volkszeitung („Der US-Imperialismus und der Sowjetrevisionismus sind die Hauptinitiatoren der Anti-China-Farce"), in: PR, Nr. 35, 25. 8. 1967, pp. 17–18.

(54) Vgl. Rede Lin Piaos zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution vom 1. 10. 1967, in: SCMP, Nr. 4034, 4. 10. 1967, pp. 2–5.

(55) Vgl. Ra'anan, Debate, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 64.

(56) Die sogenannte „Rotgardistendiplomatie" umfaßt grob den Zeitraum vom August 1966 bis Spätsommer 1967.

(57) Vgl. Hinton, Quest, op. cit., p. 156.

(58) Vgl. hierzu insbesondere die Analyse von Melvin, Gustav: The Foreign Ministry and Foreign Affairs in China's „Cultural Revolution", Rand Corporation Memorandum, Nr. 5934, PR, März 1969.

(59) Vgl. Domes, Mao Tse-tung, op. cit., pp. 155/156.

(60) Vgl. Bridgham, Philip: Cultural Revolution in 1967 – The Struggle to Seize Power (hinfort: Bridgham, Cultural Revolution 1967), in: CQ, Nr. 34, April-Juni 1968, p. 7.

(61) Vgl. ibid, pp. 16 f.

(62) Zitiert nach Domes, Kulturrevolution, op. cit., p. 46.

(63) Vgl. ibid, p. 92.

(64) Vgl. Domes, Mao Tse-tung, op. cit., pp. 167 f.

(65) Vgl. ibid, pp. 170 f.

(66) Vgl. Hinton, Quest, op. cit., p. 156.

(67) Vgl. Union Research Institute (Hrsg.): Communist China 1968, Honkong, 1969, p. 148.

(68) Vgl. ibid, p. 150.

(69) Vgl. Hinton, Quest, op. cit., p. 159.

(70) Vgl. Hinton, Harold C.: Conflict on the Ussuri - A Clash of Nationalsm (hinfort: Hinton, Ussuri), in: Problems of Communism, Bd. XX, Nrn. 1-2, Januar-April 1971, p. 45.

(71) Vgl. ibid, pp. 45-46.

(72) Vgl. Washington Post vom 28. 8. und 29. 8. 1969.

(73) Vgl. Hinton, Ussuri, op. cit., pp. 58-59.

(74) Vgl. ibid.

(75) Es wäre ja auch ganz unverständlich, wenn die VRCh im Bewußtsein ihrer militärischen Unterlegenheit gegenüber **beiden** Supermächten zwei Jahrzehnte lang einen Zusammenstoß mit den USA vermieden hätte, um ihn nunmehr wegen ein paar Quadratkilometer mit der UdSSR zu riskieren.

(76) Vgl. Simmonds, Foreign Policy, op. cit., p. 107.

(77) Vgl. Zagoria, Donald S.: The Strategie Debate in Peking (hinfort: Zagoria, Debate), in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 240.

(78) Vgl. Ra'anan, Debate, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 25.

(79) Vgl. ibid, p. 26.

(80) Vgl. ibid, p. 31.

(81) Vgl. ibid, pp. 31 f.

(82) Vgl. hierzu die Offizielle Regierungserklärung vom 13. 2. 1965, in: PR, Nr. 8, 19. 2. 1965, pp. 5-6.

(83) Vgl. Artikel Li Tso-p'engs vom 22. 12. 1964 in der Roten Fahne („Kämpft strategisch im Verhältnis eins zu zehn, kämpft taktisch im Verhältnis zehn zu eins"), in: PR, Nrn. 15 und 16, vom 9. und 16. 4. 1965, pp. 12-17 bzw. 22-27.

(84) ibid, p. 13.

(85) ibid, p. 22.

(86) Vgl. Artikel Lo Jui-ch'ings in der Roten Fahne Nr. 5, 1965 („Gedenket des Sieges über den deutschen Faschismus! Führt den Kampf gegen den US-Imperialismus bis zum Ende!").

(87) Vgl. Leitartikel der Volkszeitung vom 9. 5. 1965 („Die historischen Lehren aus dem Krieg gegen den Faschismus").

(88) Vgl. PR, Nr. 20, 14. 5. 1965, pp. 7-15 bzw. 15-22.

(89) Vgl. ibid, pp. 7-11.

(90) Vgl. ibid, pp. 15-18.

(91) Vgl. ibid, pp. 8-9.

(92) Vgl. ibid, pp. 18-19.

(93) Vgl. ibid, p. 14.

(94) Vgl. ibid, pp. 18-19.

(95) Vgl. ibid, pp. 14–15.

(96) Vgl. ibid, pp. 16–21.

(97) Vgl. ibid, pp. 8–11.

(98) Vgl. ibid, pp. 18–22.

(99) Hinsichtlich der Art und des Umfanges von Waffenlieferungen, der Entsendung von Technikern und Wissenschaftlern, der Höhe zugesagter Wirtschaftshilfe sowie der ideologischen Ausrichtung.

(100) Hinsichtlich der Führungsrolle im sozialistischen Lager sowie der unterentwickelten Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

(101) Hinsichtlich des ab 1959 immer offener geführten ideologischen Disputes, in dessen Folge die UdSSR alle Hilfeleistungen an die VRCh einstellte sowie ihre Techniker und Wissenschaftler abzog und die chinesische Führung im Gegenzug die kommunistische Weltbewegung zu spalten versuchte, diplomatische Verwicklungen mit der Sowjetunion und deren Satelliten sowie Zwischenfälle an der gemeinsamen Grenze provozierte.

(102) Vgl. den o. a. Artikel Lo Jui-ch'ings; darin warnte er 21mal vor den Gefahren des US-Imperialismus und nur dreimal vor denen des Sowjet-Revisionismus. Die Bezeichnung Chruschtschow-Nachfolger wurde gänzlich vermieden.

(103) Vgl. Volkszeitung vom 9. 5. 1965; darin warnte das Autorenkollektiv 14mal vor dem US-Imperialismus und 12mal vor dem Sowjetrevisionismus. Allerdings findet man 27 Hinweise auf den Chruschtschow-Revisionismus bzw. die Chruschtschow-Nachfolger.

(103 a) Vgl. Ra'anan, Debate, in: Tang Tsou, op. cit., p. 67.

(104) Es muß jedoch als unwahrscheinlich bezeichnet werden, daß es die Sowjetunion so weit hätte kommen lassen.

(105) Dazu hatte sicher beigetragen, daß der Aufruf zu einem weltweiten Volkskrieg aggressiver klang als die bloße Forderung, China brauche zu seiner Verteidigung entsprechende Waffen. Die Grundidee der Befürworter des Volkskrieges, Amerikas Kräfte hierdurch zu zersplittern und so einen Angriff auf das Festland unwahrscheinlicher zu machen, wurde möglicherweise aus emotionalen Gründen – nämlich dem Chaos, das die der Mao-Lin-Gruppe nahestehenden Roten Garden anrichteten – häufig zu wenig betont.

(106) Vgl. Ra'anan, Debate, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., pp. 67 f.

(107) Gemeinsamer Artikel der Volkszeitung und der Roten Fahne vom 14. 6. 1965, in: PR, Nr. 25, 18. 6. 1965, pp. 5–10.

(108) ibid, p. 9.

(109) Vgl. Ansprache Lo Jui-ch'ings vom 1. 8. 1965, in: PR, Nr. 32, 6. 8. 1965, p. 5.

(110) Vgl. Ansprache Ho Lungs vom 1. 8. 1965, in: ibid, pp. 6–17.

(111) Ansprache Lo Jui-ch'ings vom 1. 8. 1965, in: ibid, p. 5.

(112) ibid.

(113) Ansprache Ho Lungs vom 1. 8. 1965, in: ibid, p. 14.

(114) ibid, p. 13.

(115) Vgl. Lin Piaos Artikel vom 3. 9. 1965 („Lang lebe der Sieg im Volkskrieg"), in: PR, Nr. 36, 3. 9. 1965, pp. 9–30.

(116) Vgl. Lo Jui-ch'ings Ansprache vom 3. 9. 1965, in: ibid, pp. 31–39.

(117) Vgl. ibid, pp. 9–27.

(118) Vgl. ibid, pp. 31–37.

(119) Vgl. ibid, pp. 19 und 25–30.

(120) Vgl. ibid, p. 36.

(121) Vgl. ibid, pp. 18–19.

(122) Vgl. ibid, p. 19.

(122) Vgl. ibid.

(124) Bei einem Vergleich der Äußerungen Los und Lins im Jahre 1965 kam Helmut Dahm zu dem Ergebnis, daß „zwar beide die aus der Lehre Maos über den Partisanenkampf entwickelte Volkskriegsstrategie vertraten, sie Lo jedoch nur auf eine Verteidigung Chinas gegen einen Angriff von außen angewandt wissen wollte, während Lin sie auf die Bühne der internationalen Politik projizierte" (Dahm, Volkskrieg, op. cit., p. 184). Dieser These kann insoweit nicht beigetreten werden, weil Lo sich – abgesehen von den obligatorischen Lippendiensten – spätestens ab 1965 als ein klarer Anhänger der modernen Kriegführung erwies.
Seine Diskussionsgegner haben dies nie verkannt, wie aus den Angriffen: „Manche Leute ... haben ihre Köpfe voller ausländischer militärischer Konzeptionen" (Ho Lungs Artikel vom 1. 8. 1965, in: PR, Nr. 32, 6. 8. 1965, pp. 6–17), „Viele Leute ... verniedlichen die wichtige strategische Bedeutung des Guerillakrieges und setzen ihre Hoffnung allein auf die reguläre Kriegführung" (Rote Fahne vom 21. 8. 1965, in PR, Nr. 34, 27. 8. 1965, pp. 6–22) sowie „Es ist Abenteurertum, nicht auf das Volk zu vertrauen und zu kämpfen, wenn ein Sieg unmöglich scheint" (Lin Piaos Rede vom 3. 9. 1965, in: PR, Nr. 36, 3. 9. 1965, pp. 9–30), eindeutig hervorgeht.
Wer sonst außer Lo Jui-ch'ing – und natürlich seine Parteigänger – sollten hier die Adressaten sein. Damit wird nicht bezweifelt, daß in der Tat „der Schlüssel zum Verständnis der Außenpolitik des kommunistischen China ... in Maos revolutionärer Strategie und ihrer Projektion nach außen" (Halperin/Tang Tsou, International Behavior, op. cit., p. 80) liegt, aber eben deshalb, weil die Mao-Lin-Gruppe aus diesem Kampf als Sieger hervorging.

(125) Rede Lin Piaos vom 3. 9. 1965, in: PR, Nr. 36, 3. 9. 1965, pp. 22/23.

(126) ibid, pp. 24–26.

(127) ibid, p. 27.

(128) Vgl. Zagoria, Debate, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., pp. 249 f.

(129) Vgl. die Ausführungen von J. K. Fairbank vor dem Komitee für Auswärtige Angelegenheiten des US-Senates am 10. 3. 1966, in: US-Policy with Respect to Mainland China – Hearings before the Commitee on Foreign Relations, Washington, 1966, pp. 97–178.

(130) Vgl. u. a. Dahm, Volkskrieg, op. cit., pp. 6 f.

(131) Vgl. Zagoria, Debate, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 258.

(132) Vgl. Mozingo, D.; Robinson, T.: Rand Corporation Research Memorandum, 4814 PR, Santa Monica/Calif., November 1965.

(133) Die Methode, alle Vorgänge auf tiefe historische und kulturelle Faktoren zurückführen zu wollen, ist der Erklärung spezifischer politischer Entwicklungen inadäquat. – Vgl. hierzu Schwarz, Benjamin: Communist China in the Soviet Bloc, in: Annals of the American Academy of Political and Social Science, September 1963, pp. 38–49.

(134) Vgl. hierzu die Ausführungen in Kapitel V dieser Studie.

(135) Vgl. Löwenthal, Foreign Policy, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 5.

(136) Die Unterstützung sollte daher hauptsächlich auf propagandistische Weise erfolgen und nur im konkreten Falle auf Waffenlieferungen ausgedehnt werden.

(137) Vgl. hierzu die Ausführungen in Kapitel VI dieser Studie.

(138) Vgl. Kux, E.; Kun, J. C.: Die Satelliten Pekings – Nordvietnam und Nordkorea, Stuttgart, 1964, p. 7.

(139) Vgl. hierzu die Ausführungen in Kapitel VI dieser Studie.

(140) Das Jahr 1965 brachte im Gegenteil für die VRCh eine Reihe schmerzlicher außenpolitischer Rückschläge. – Vgl. Bechtoldt, Allianz, op. cit., pp. 188 f.

(141) Vgl. Rede Lin Piaos vom 3. 9. 1965 „Lang lebe der Sieg im Volkskrieg", in: PR, Nr. 36, 3. 9. 1965, pp. 9–30.

(142) Vgl. Ansprachen Lo Jui-ch'ings vom Mai, August und September 1965, in: PR, Nr. 20, 14. 5. 1965, pp. 7–15; Nr. 32, 6. 8. 1965, p. 5; Nr. 36, 3. 9. 1965, pp. 31–39.

(143) Vgl. Rede Lin Piaos vom 3. 9. 1965 „Lang lebe der Sieg im Volkskrieg", in: PR, Nr. 36, 3. 9. 1965, pp. 9–30.

(144) Als Indizien hierfür müssen sowohl die Ausschaltung Lo Jui-ch'ings und seiner Parteigänger als auch die im wesentlichen negative Resonanz auf Lins Artikel von seiten Nordvietnams und des Vietkong gewertet werden. – Vgl. hierzu auch The Guardian vom 1. und 2. 9. 1966.

(145) Vgl. Dahm, Volkskrieg, op. cit., Anm. 7, p. 390.

(146) Derartige Andeutungen machte Mao in einem Gespräch mit Edgar Snow. – Vgl. Snow, Interview.

(147) Vgl. Bridgham, Cultural Revolution, op. cit., pp. 8 f.

(148) Alle damals inszenierten Rektifizierungsbewegungen (wie z. B. die Sozialistische Erziehungskampagne, die „Lei Feng"-Kampagne, die „Lernt von der VBA"-Kampagne usw.) konnten jedoch nicht erfolgreich sein, sei es, daß sie – um die wirtschaftliche Konsolidierung nicht zu gefährden – zu halbherzig praktiziert oder man deren Durchführung Personen übertrug, die ohnehin an einer Änderung nicht interessiert waren. – Vgl. Neuhauser, Comm. Party, op. cit., pp. 19/20.

(149) Chou En-lai besuchte die UdSSR offiziell als Leiter einer Regierungsdelegation zur alljährlichen Feier der Oktoberrevolution. Sein eigentlicher Auftrag dürfte jedoch gewesen sein, festzustellen, ob und inwieweit die neue Moskauer Führung bereit sein würde, eine auch für die VRCh annehmbare Gesamtpolitik einzuschlagen.

(150) Vgl. Hinton, Quest, op. cit., p. 128.

(151) Vgl. Snow, Interview.

(152) Vgl. Van Ness, Foreign Policy, op. cit., pp. 133/134.

(153) Vgl. Ra'anan, Foreign Policy, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 30.

(154) Vgl. ibid, pp. 33 f.

(155) Die Möglichkeiten, welche hier theoretisch zur Auswahl standen, wurden bereits im Absatz 2 dieses Kapitels ausführlich erörtert.

(156) Das gilt vor allem für den Verteidigungsminister Lin Piao.

(157) Vgl. Zagoria, Debate, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., pp. 238/239.

(158) Vgl. Domes, Mao Tse-tung, op. cit., pp. 120 f.

(159) Der Zuversicht Lius und Tengs lagen vermutlich folgende Überlegungen zugrunde: Eine positive Antwort auf die sowjetischen Vorschläge hinsichtlich einer Aktionsgemeinschaft gegenüber den USA in Vietnam hätte den ersten Schritt auf dem Wege einer Wiederannäherung an die UdSSR bedeuten können. Abgesehen von den Hoffnungen, die sie in wirtschaftlicher Hinsicht daran knüpften, fand man die Argumente der innenpolitischen Gegner dürftig, wenn diese ernsthaft behaupteten, ein sowjetisches Expeditionskorps, das lediglich aus einigen Luftwaffeneinheiten und Technikern bestehen sollte, könne die politische Bewegungsfreiheit der VRCh einengen. Schließlich bezweifelten Liu und Teng entschieden die Absicht der beiden Supermächte, es gerade wegen Vietnam zu einem nuklearen Krieg kommen lassen zu wollen. Darum trat man – wenn auch verdeckt – sogar noch 1966 für eine solche Aktionsgemeinschaft ein. – Vgl. z. B. die Äußerungen Lius vom 28. 4. 1966 und Tengs vom 6. 5. 1966, in PR, Nr. 19, 6. 5. 1966, pp. 8–10 bzw. Nr. 20, 13. 5. 1966, pp. 16–19.

(160) Vgl. hierzu sämtliche Ausführungen in den Kapiteln III bis VII dieser Studie.

(161) Vgl. Zagoria, Debate, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 238.

(162) Vgl. ibid, p. 239.

(163) Vgl. ibid, p. 240.

(164) Vgl. Ra'anan, Debate, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 26.

(165) Vgl. ibid.

(166) Vgl. Artikel Li Tso-p'engs in der Roten Fahne vom 22. 12. 1964 („Kämpft strategisch im Verhältnis eins zu zehn, kämpft taktisch im Verhältnis zehn zu eins"), in: PR, Nrn. 15 und 16, 9. und 16. 4. 1965, pp. 12–17 bzw. 22–27.

(167) Vgl. ibid.

(168) Vgl. Zagoria, Debate, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 240.

(169) Vgl. ibid, pp. 240/241.

(170) Vgl. Ra'anan, Debate, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 28.

(171) Vgl. ibid, pp. 27/28.

(172) Vgl. Domes, Krise, op. cit., p. 14.

(173) Vgl. Pravda vom 12. Juni 1960, zitiert nach Zagoria, Konflikt, op. cit., p. 95.

(174) Die innenpolitischen Folgen bestanden vor allem in einer sich katastrophal zuspitzenden wirtschaftlichen Lage, steigendem Widerstand seitens der Bevölkerung.

(175) Vgl. Bridgham, Cultural Revolution, op. cit., pp. 2 f.

(176) Vgl. Domes, Mao Tse-tung, op. cit., pp. 114 f.

(177) Vgl. Bridgham, Cultural Revolution, op. cit., p. 8.

(178) Vgl. Domes, Mao Tse-tung, op. cit., pp. 122 f.

(179) Vgl. ibid, pp. 118 f.

(180) Vgl. Bridgham, Cultural Revolution, op. cit., p. 9.

(181) Vgl. hierzu insbesondere Lethbridge, Henry: Learn from the Army, in: FEER 45, September 1964, pp. 564 sowie Gittings, Campaign, op. cit., pp. 153 f.

(182) Vgl. Neuhauser, Comm. Party, op. cit., p. 25.

(183) Vgl. hierzu insbesondere Powell, Party Soldiers, op. cit., pp. 40 f.

(184) Vgl. Bridgham, Cultural Revolution, op. cit., p. 14.

(185) Vgl. Neuhauser, Comm. Party, op. cit., p. 25.

(186) Vgl. Bridgham, Cultural Revolution, op. cit., pp. 25/26.

(187) Vgl. Domes, Mao Tse-tung, op. cit., p. 141.

(188) Vgl. Ra'anan, Debate, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 26.

(189) Vgl. hierzu Kapitel VII Absatz 2 dieser Studie.

(190) Vgl. ibid.

(191) Vgl. Ra'anan, Debate, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 49; auch Van Ness (Foreign Policy, op. cit., Anm. 1, p. 24) schreibt hierzu u. a.: „Die Interpretationen, weshalb (P'eng Chen) gesäubert wurde, aber es scheint Übereinstimmung zu herrschen, daß P'engs außenpolitische Position nicht wesentlich von jener der Mao-Lin-Gruppe abwich".

(192) Vgl. Rede P'eng Chens auf einer Massenveranstaltung vom 10. 2. 1965, in: PR, Nr. 7, 12. 2. 1965, p. 11.

(193) Vgl. Lo Jui-ch'ings Artikel in der Roten Fahne, Nr. 5, 1965 („Gedenket des Sieges über den deutschen Faschismus! Führt den Kampf gegen den US-Imperialismus bis zum Ende!"), in: PR, Nr. 20, 14. 5. 1965, pp. 7–14.

(194) Vgl. Rede P'eng Chens in Djakarta vom 25. 5. 1965, in: PR, Nr. 24, 11. 6. 1965, pp. 10–20.

(195) Die Verwendung des Wortes „einmalig" kann nur so gedeutet werden, daß er die USA nicht nur für mächtiger als Hitlerdeutschland hielt, sondern auch stärker als die UdSSR.

(196) Hier wollte er vermutlich zum Ausdruck bringen, China brauche nur möglichst viele Volkskriege inszenieren, selbst aber einen Zusammenstoß mit den USA vermeiden, dann sei ein amerikanischer Angriff nicht zu befürchten.

(197) Damit hatte auch er - abgesehen von seinen spezifischen Motiven - den Kampf gegen den US-Imperialismus hinter den gegen den Sowjetrevisionismus gestellt.

(198) Vgl. gemeinsamer Leitartikel der Volkszeitung und der Roten Fahne vom 14. 6. 1965, in: PR, Nr. 25, 18. 6. 1965, pp. 5–10.

(199) Grußadresse Teng Hsiao-p'ings vom 20. 7. 1965 zum IX. Kongreß der kommunistischen Partei Rumäniens, in: PR, Nr. 31, 30. 7. 1965, pp. 9/10.

(200) Vgl. hierzu die Ausführungen im Absatz 2 dieses Kapitels.

(201) Vgl. hierzu die Ausführungen im Absatz 1 dieses Kapitels.

(202) Pressekonferenz Chen Yis vom 29. 9. 1965, in: PR, Nr. 41, 8. 10. 1965, p. 14.

(203) Leitartikel der Volkszeitung vom 1. 1. 1966, in: PR, Nr. 2, 8. 1. 1966, p. 8.

(204) Leitartikel der Volkszeitung vom 6. 4. 1966, in: PR, Nr. 15, 8. 4. 1966, p. 8.

(205) Rede Chou En-lais vom 13. 5. 1966, in: PR, Nr. 20, 13. 5. 1966, p. 5.

(206) Vgl. Domes, Mao Tse-tung, op. cit., pp. 140/141.

(207) Diese Ausführungen sollen nicht den Anschein erwecken, als habe der ehemalige Minister für öffentliche Sicherheit und damalige Generalstabschef über so wenig Einfluß verfügt, daß seine Säuberung leicht hätte bewerkstelligt werden können. Aber es muß hier darauf verwiesen werden, daß der Verteidigungsminister in Friedenszeiten den Oberbefehl über die VBA besaß, de facto Chef der einflußreichen Militärkommission beim ZK der KPCh war und dafür gesorgt hatte, daß in der Zeit von 1959 bis 1965 eine erhebliche Anzahl seiner ehemaligen Untergebenen in der 4. Feldarmee Schlüsselpositionen erhielten. Wenn nun noch die Mehrheit der Pekinger Führung davon überzeugt werden konnte, daß Lo Jui-ch'ings Konzept eine Konfrontation mit den USA beinhaltete, erklärt dies, weshalb seine Säuberung ohne größere Schwierigkeiten zu bewerkstelligen war.

(208) Vgl. Domes, Mao Tse-tung, op. cit., pp. 143 f.

(209) Vgl. hierzu die vorstehenden Ausführungen in diesem Absatz.

(210) Vgl. Ra'anan, Debate, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 49. Diese Feststellung Ra'anans wurde an Hand von Textvergleichen genau geprüft und hat auch nach Meinung des Verfassers viel für sich.

(211) Vgl. Tang Tsou: Mao Tse-tung and Peaceful Coexistence, in: Orbis 8, Nr. 1, 1964. Auch diese Behauptung ist überprüft worden und scheint nach der Ansicht des Verfassers zuzutreffen.

(212) Vgl. Ra'anan, Debate, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 60.

(213) Vgl. Ansprache Liu Shao-ch'is zur Begrüßung der albanischen Parteidelegation vom 28. 4. 1966, in: PR, Nr. 19, 6. 5. 1966, pp. 8–10.

(214) Vgl. Ansprache Teng Hsiao-p'ings auf einer Massenveranstaltung in Shanghai vom 6. 5. 1966, in: PR, Nr. 20, 13. 5. 1966, pp. 16–19.

(215) Siehe hierzu die durchgehende Diktion der Maoisten in der Frühphase der Kulturrevolution.

(216) Was Lo Jui-ch'ing unter „angemessener Verteidigungsbereitschaft" verstand, kann letztlich nur vermutet werden. Auch wenn seine Äußerungen in dem Artikel „Gedenket des Sieges über den deutschen Faschismus! Führt den Kampf gegen den US-Imperialismus bis zum Ende!": „Die Strategie der aktiven Verteidigung endet nicht damit, daß man den Aggressor außer Landes treibt, sondern bedeutet die Vernichtung des Feindes ... in seinem eigenen Nest ... Wir warnen die US-Imperialisten zu glauben, sie hätten von uns keinen Gegenangriff zu erwarten" (loc. cit., p. 11), angesichts der Machtverhältnisse nur propagandistisch aufzufassen sind, so darf doch angenommen werden, daß er unter „angemessener Verteidigungsbereitschaft" eine erhebliche Verbesserung des Frühwarn- und Luftabwehrsystems, eine modernere Bewaffnung und größere Beweglichkeit der VBA insgesamt verstand.

(217) Vgl. Domes, Kulturrev., op. cit., pp. 78 f.

(218) Vgl. Domes, Mao Tse-tung, op. cit., p. 128.

(219) Siehe hierzu die Ausführungen in Absatz 3 des Kapitels VI dieser Studie.

(220) Vgl. Domes, Mao Tse-tung, op. cit., p. 102.

(221) Vgl. ibid, pp. 103 f.

(222) Vgl. Groeling, Erik v.: Der Fraktionskampf in China - Berichte des Bundesinstitutes für Ostwissentschaftliche und Internationale Studien, Nr. 37, Köln, 1970, p. 21.

(223) Siehe hierzu die Ausführungen in Absatz 2 dieses Kapitels.

(224) Siehe hierzu die Ausführungen im fortlaufenden Text dieses Kapitels.

(225) ibid.

(226) ibid.

(227) Vgl. Ra'anan, Debate, in: Tang Tsou, Crisis, op. cit., p. 62.

(228) Vgl. ibid, pp. 63/64.

(229) Rede Chou En-lais vom 30. 4. 1966, in: PR, Nr. 19, 6. 5. 1966, pp. 21-25.

(230) Vgl. Domes, Mao Tse-tung, op. cit., p. 172.

(231) Diese Annahme war nämlich schon aufgrund der Tatsache, daß die VRCh über kein Potential des „Zweiten Schlages" verfügte, keineswegs gesichert. Sowohl den USA als auch der UdSSR hätte es genügt, Chinas Rüstungsindustrie auszuschalten und eben nicht - wie es die chinesische Führung offenbar erwartete - das Land selbst zu besetzen.

(232) Zwar geht aus den Verlautbarungen Pekings nicht eindeutig hervor, ob die für den Verteidigungsfall konzipierte Volkskriegsstrategie der Jahre 1965/66 noch identisch war mit der im Bürgerkrieg und sino-japanischen Krieg praktizierten „Drei-Phasen-Theorie" Maos, und dennoch lassen Bemerkungen wie: „Um den Feind zu vernichten, müssen wir ihn in die Tiefe des Landes locken und ihm einige Städte und Landkreise planmäßig überlassen. Erst danach kann das Volk auf die verschiedenste Art und Weise am Krieg teilnehmen ... Damit wird auch der Feind gezwungen, seine Kräfte aufzuteilen, schwere Belastungen auf sich zu nehmen und Fehler zu begehen ... So können wir *überlegene Kräfte konzentrieren* und die feind-

lichen Streitkräfte nacheinander vernichten". (Vgl. Rede Lin Piaos vom 3. September 1965 „Lang lebe der Sieg im Volkskrieg", loc. cit., pp. 18/19) keinen anderen Schluß zu.

(233) Wie und wohin allerdings im Falle eines Überraschungsangriffes der planmäßige Rückzug der wenig mobilen VBA erfolgen sollte, ist nicht nur unbekannt, sondern auch schwer vorstellbar. Denn eine Streitmacht von 2,5 bis 3 Millionen Mann nebst schweren Kriegsmaterial kann man ja nicht von einem Moment zum anderen verschwinden lassen, es sei denn, Panzer, Geschütze usw. würden zurückgelassen.

(234) Darum ist es wahrscheinlich, daß die Volkskriegsstrategie mehr der Abschreckung dienen als tatsächlich praktiziert werden sollte.

(235) Vgl. Hsieh, Missile Programme, op. cit., p. 87.

(236) Vgl. ibid, p. 85.

(237) Der Abschuß von Erdsatelliten durch die VRCh beweist zwar, daß man Langstreckenraketen besitzen muß, aber die relativ kurze Umlaufdauer zeigt die Mängel oder vielleicht gar das völlige Fehlen von Steuerungsmechanismen. Denn auch ohne Steuerung ist es möglich, zu feststehenden Zeiten und unter einem bestimmten Abschußwinkel künstliche Trabanten in eine – wenn auch kurzlebige – Umlaufbahn zu schießen.

(238) Vgl. Hsieh, Missile Programme, op. cit., pp. 89 f.

(239) Zusätzlich würde der Besitz von taktischen Nuklearwaffen auch die Volkskriegsstrategie praktikabel machen, weil der Gegner in der „dritten Phase" möglicherweise davon abgehalten werden könnte, selbst diese Mittel einzusetzen.

(240) Vgl. Hsieh, Missile Programme, op. cit., pp. 97 f.

(241) Vgl. Gittings, John: The Chinese Army, in: Gray, Jack (Hrsg.): Modern China's Search for a Political Form, London-New York-Toronto, 1969, p. 221.

(242) Vgl. Domes, Kulturrev., op. cit., pp. 96 f.

(243) Vgl. Domes, Mao Tse-tung, op. cit., pp. 170 f.

Abschnitt C

(1) Vgl. Domes, Mao Tse-tung, op. cit., p. 203.

(2) Vgl. hierzu insbesondere Van Ness, Foreign Policy, op. cit., pp. 10 f.

(3) Vgl. hierzu insbesondere Domes, Mao Tse-tung, op. cit., pp. 203 f.

(4) Vgl. hierzu insbesondere Wu Yuan-li, Economy, in: Trager/Henderson, Comm. China, op. cit., pp. 126 f.

(5) Vgl. hierzu insbesondere Gittings, Chinese Army, op. cit., pp. 158 f.

(6) Vgl. hierzu insbesondere Hsieh, Missile Programme, op. cit., pp. 86 f.

(7) Vgl. hierzu insbesondere Powell, Party-Soldiers, op. cit., pp. 48 f.

(8) Vgl. hierzu insbesondere Huck, Security, op. cit., pp. 29 f.

(9) Vgl. hierzu insbesondere Roper, Myra: China – The Surprising Country (Interview with Ch'en Yi vom 30. 9. 1963), London, 1966.

(10) Vgl. hierzu insbesondere Halperin, M. H.: Chinese Nuclear Strategy – The Early Post-Detonation Period, in: Asian Survey 5, Juni 1965.

(11) Diese Bezeichnungen sind in der westlichen Literatur gebräuchlich. Ebenso könnte man natürlich argumentieren, daß die hier „professionell" genannte Personengruppe in Wirklichkeit die „Traditionalisten" darstellten, während die „traditionell" genannte Fraktion die einzig echte „progressive" (da revolutionäre) Haltung vertraten.

Anhang C

(Literaturverzeichnis)

I. Bibliographien

Association for Asian Studies (Hrsg.): Journal of Asian Studies, Nr. 5, „Bibliography of Asian Studies", (1956-68)

Berton, Peter; Wu, Eugene: Contemporary China – A Research Guide, Stanford/Calif., 1967

Lust, John: Index Sinicus (1920-55) – A Catalogue of Articles Relating to China in Periodicals and Other Collective Publications, Cambridge/England, 1964

Yüan Tung-li: China in Western Literature: A Continuation of Cordier's Biblioteca Sinica, New Haven, 1958

II. Lexika

Benton, William (Hrsg.): Encyclopaedia Britannica, 23 Bde., Chicago-London-Toronto-Genf-Sidney, 1963

Meyers Hand-Lexikon: Zwei Bände (A-K, L-Z), Leipzig, 1878

III. Biographiensammlungen

Bartke, Wolfgang: Chinaköpfe – Kurzbiographien der Partei- und Staatsfunktionäre der Volksrepublik China, Hannover, 1966

Union Research Institute (Hrsg.): Who's Who in Communist China, 2 Bde. (A-L, M-Y), Hongkong, 1970

IV. Literatur in westlichen Sprachen

1. Dokumentensammlungen

Berger, W.: Die politisch-militärischen Pakte der Nachkriegszeit im Wortlaut, Erlangen, 1936

Brandt, C.; Schwarz, B.; Fairbank, I.K.: Der Kommunismus in China – Eine Dokumentargeschichte, München 1955, (zit.: Brandt u.w., Komm.)

Cheng, Chester J. (Hrsg.): The Politics of the Chinese Red Army – A Translation of the Bulletin of Activities of the People's Liberation Army, Stanford/Calif., 1966, (zit.: Cheng, Bulletin)

Degras, Jane: Soviet Documents on Foreign Policy, 3 Bde., London, 1951-53

Franz, Günther (Hrsg.): Staatsverfassungen – Eine Sammlung wichtiger Verfassungen der Vergangenheit und Gegenwart in Urtext und Übersetzung, 2. Aufl., München, 1964

Institut für Asienkunde Hamburg (Hrsg.): Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten, Teil I, Süd- und Ostasien, Frankfurt/M.-Berlin, 1962, p. 15

Kindermann, Gottfried-Karl (Hrsg.): Konfuzianismus, Sunyatsenismus und Chinesischer Kommunismus, Freiburg/Br., 1963, (zit.: Kindermann, Chines. Komm.)

Malloy, W.M.: Treties, Conventions, International Acts, Protocols and Agreements between the United States of America and other Powers, 4 Bde. (1776-1909; 1776-1909; 1910-1923; 1923-1937), Washington, 1910, 1923, 1938

Ploetz, A.G. (Hrsg.): Konferenzen und Verträge, Bde. 3, 4A und 4B (Neuere Zeit 1492-1914; Neueste Zeit 1914-1959 und 1959-1963), 1. bzw. 2. Aufl., Würzburg, 1958, 1959 und 1963, (zit.: Ploetz, Verträge)

Schickel, Joachim (Hrsg.): Mao Tse-tung – Der Große Strategische Plan, Berlin, 1969

2. Sonstige Dokumente

Chou En-lai: Über die Frage der Intellektuellen, Peking, 1956

Foreign Languages Press (Hrsg.): Imperialism and all Reactionaries are Paper Tigers, Peking, 1958

ders.: Concerning the Situation in Laos, Peking, 1959

ders.: Long Live Leninism, Peking, 1960

ders.: The Polemic on the General Line of the International Communist Movement, Peking, 1965

Lenin, W.I.: Werke, Bd. 23, Berlin (Ost), 1955, (zit.: Lenin, Werke)

Lin Piao: Long Live the Victory of the People's War!, in: PR, Nr. 36, 3. 9. 1965, pp. 9-30

Lo Jui-ch'ing: Commemorate the Victory over German Fascism! Carry the Struggle Against U.S.-Imperialism Trough to the End!, in: PR, Nr. 20, 14. 5. 1965, pp. 15-22

Mao Tse-tung: Selected Works of Mao Tse-tung, 4 Bde., London, (Bde. 1 bis 3 – 1954, Bd. 4 – 1956), (zit.: Mao, Selected Works)

ders. Selected Military Writings of Mao Tse-tung, Peking, 1963, (zit.: Mao, Military Writings)

ders.: Rectify The Party's Style In Work, in: Mao, Selected Works, Bd. 4, op. cit., pp. 28-45 (zit.: Mao Style)

ders.: Talks At The Yenan Forum On Art And Literature, in: Mao, Selected Works, Bd. 4, op. cit., pp. 63-93, (zit.: Mao, Talks)

ders.: On New Democracy, in: Mao Selected Works, Bd. 3, op. cit., pp. 106-156, (zit.: Mao Democracy)

ders.: Problems Of China's Revolutionary War, in: Mao, Selected Works, Bd. 1, op. cit., pp. 175-253, (zit.: Mao, Revolutionary War)

ders. On Protracted War, in: Mao, Selected Works, Bd. 2, op. cit., pp. 157-243, (zit.: Mao, Protracted War)

ders.: Über die Diktatur der Volksdemokratie (Auszüge), in: Brandt u. w., Komm., pp. 339-352, (zit.: Mao, Volksdemokratie)

ders.: Strategic Problems In Guerrilla War, in: Mao, Selected Works, Bd. 2, op. cit., pp. 119-156, (zit.: Mao, Guerrilla War)

ders.: Problems of War and Strategy, in: Mao, Military Writings, Peking, 1963, (zit.: Mao, War and Strategy)

ders.: A Single Spark Can Start A Prairie Fire, in: Mao, Military Writings, Peking, 1963, (zit.: Mao, Prairie Fire)

Stalin, J. W.: Problems of Leninism, Moskau, 1947, (zit.: Stalin, Problems)

ders.: Werke, Bd. 4, Stuttgart, 1951, (zit.: Stalin, Werke)

3. Darstellungen

Adie, W. A. C.: Chou En-lai on Safari, in: CQ, Nr. 18, April-Juni 1964, (zit.: Adie, Safari)

Ali, S. M.: China's Bomb and After, in: FEER 48, 24. 6. 1965

Aron, Raymond: Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt, Köln-Berlin, 1963, (zit.: Aron, Frieden und Krieg)

ders.: Einführung in die Atomstrategie - Die atlantische Kontroverse, Köln-Berlin, 1964, (zit.: Aron, Atomstrategie)

Barnett, Doak A.: Communist China - The Early Years - 1949-55, New York-Washington-London, 1964, (zit.: Barnett, Comm. China)

ders.: Statement on China and the West, in: U.S. Policy With Respect To Mainland China - Hearings before the Commitee on Foreign Relations, Washigton, 1966, (zit.: Barnett, China)

Barnett, James, W. Jr.: What Price China's Bomb?, in: Military Review, Nr. 8, August 1967, (zit.: Barnett, James, China's Bomb)

Baxter, Glen W. (Hrsg.): The Chronicle of the Three Kingdoms (220-265), Bd. I, Cambridge/Mass., 1952

Beaton, Leonard: The Chinese and Nuclear Weapons, in: Military Review, Nr. 11, November 1962

Bechtoldt, Heinrich: Die Allianz mit der Armut - Chinas Revolutionsstrategie gegen Rußland und Amerika, Freiburg im Breisgau, 1967, (zit.: Bechtoldt, Allianz)

Belden, Jack: China Shakes the World, London, 1950

Beloff, Max: Foreign Policy and the Democratic Process, Baltimore, 1955

Bobrow, Doris B.: Peking's Military Calculus, in: World Politics, Nr. 16, Januar 1964, (zit.: Bobrow, Calculus)

Boyd, R.G.: Communist China's Foreign Policy, London-Dumnow, 1962, (zit.: Boyd, Foreign Policy)

Brahm, Heinz: Pekings Griff nach der Vormacht – Der chinesisch-sowjetische Konflikt vom Juli 1963 bis März 1965, Köln, 1966, (zit.: Brahm, Vormacht)

Brandt, Gerhard; v. Friedeburg, Ludwig: Aufgaben der Militärpublizistik in der modernen Gesellschaft, Frankfurt/M., 1966

Bridgham, Philip: Mao's „Cultural Revolution" – Origin and Development, in: CQ, Nr. 29, Januar-März 1967, (zit.: Bridgham, Cultural Revolution)

ders.: Cultural Revolution in 1967 – The Struggle to Seize Power, in: CQ, Nr. 34, April-Juni 1968, (zit.: Bridgham, Cultural Revolution 1967)

Burckhardt, Jakob: Geschichtsforschung als exakte Wissenschaft, in: Anzeiger der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Nr. 19, Jg. 1955

Chang Chung-li: The Chinese Gentry – Studies on their Role in Nineteenth-Century Chinese Society, Seattle-Washington, 1955

Charles, David A.: The Dismissal of Marshal P'eng Te-huai, in: CQ, Nr. 8, Oktober-Dezember 1961, (zit.: Charles, Dismissal)

Chen Cho-min: An Analytical Study of the PLA-Crisis, in: Issues and Studies, Nr. 4, Januar 1968, (zit.: Chen Cho-min, PLA-Crisis)

Chen Wen-hui: Wartime „Mass"-Campaigns in Communist China – Official Country-wide „Mass-Movements" in Professed Support of the Korean War, Lackland/Texas, 1955

Chiu, S.M.: The Chinese Communist Army in Transition, in: Far Eastern Survey, November 1958, (zit.: Chiu, Transition)

Chou Tse-tung: The May Forth Movement, Cambridge/Mass., 1960

Clausewitz, Carl v.: Vom Kriege, 16. Aufl., Bonn, 1952

Clemens, Walter C. Jr.: The Nuclear Test Ban and Sino-Soviet Relations, in: Halperin, Morton H. (Hrsg.): Sino-Soviet Relations and Arms Control, Cambridge/Mass.-London, 1967, (zit.: Clemens, Test Ban)

Creel, H.G.: Chinese Thought from Confucius to Mao Tse-tung, London, 1954

Dahm, Helmut:	Abschreckung oder Volkskrieg – Strategische Machtplanung der Sowjetunion und Chinas im internationalen Kräfteverhältnis, Freiburg im Breisgau, 1968, (zit.: Dahm, Volkskrieg)
Deutsch, Karl W.:	The Analysis of International Politics, Englewood Cliffs, 1968, (zit.: Deutsch, Analysis)
ders.:	The Nerves of Government – Models of Political Communication and Control, London, 1963, (zit.: Deutsch, Nerves)
Dinerstein, Herbert S.:	Der Krieg und die Sowjetunion, Köln-Berlin, 1960 (zit.: Dinerstein, Krieg)
Domes, Jürgen:	Von der Volkskommune zur Krise in China, Duisdorf bei Bonn, 1964 (zit.: Domes, Krise)
ders.:	Politik und Herrschaft in Rotchina, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz, 1965, (zit.: Domes, Rotchina)
ders.:	Kulturrevolution und Armee, Bonn, 1967, (zit.: Domes, Kulturrev.)
ders.:	Vertagte Revolution – Die Politik der Kuomintang in China 1923-1937, Berlin, 1969, (zit.: Domes, Vertagte Revolution)
ders.:	Die Kuomintang-Herrschaft in China, Hannover, 1970, (zit.: Domes, KMT-Herrschaft)
ders.:	Party Politics and Cultural Revolution, in: Trager, F.N.; Henderson, W. (Hrsg.): Communist China 1949-1969 – A Twenty-Year Appraisal, New York, 1970, (zit.: Domes, Party Politics)
ders.:	Die Ära Mao Tse-tung – Innenpolitik in der Volksrepublik China, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz, 1971, (zit.: Domes, Mao Tse-tung)
Donnithorne, Audrey G.:	China's Economic System, New York, 1967
Doolin, D.J.:	Territorial Claims in the Sino-Soviet Conflict, Stanford, 1965
Dutt, Vidya Prakash:	China's Foreign Policy 1958-1962, London, 1964, (zit.: Dutt, Foreign Policy)
ders.:	India and China – Betrayal, Humilitation, Reappraisal, in: Halpern, A.M. (Hrsg.): Policies Toward China – Views from Six Continents, New York-Toronto-London, 1965, (zit.: Dutt, India and China)
Eichhorn, Werner:	Kulturgeschichte Chinas – Eine Einführung, Stuttgart, 1964
Fairbank, John King (Hrsg.):	The Chinese World Order – Traditional China's Foreign Relations, Cambridge/Mass., 1968, (zit.: Fairbank, World Order)
Fairbank, John King:	The United States and China, Cambridge/Mass., 1958, (zit.: Fairbank, China)

ders.:	China, The People's Middle Kingdom and the USA, Cambridge/Mass., 1967, (zit.: Fairbank, Middle Kigdom)
Faupel, Klaus:	Die Internationale Politik im Rahmen der Sozialwissenschaften, in: PVS 8, 1967
Fitzgerald, C.P.:	The Chinese View of their Place in the World, London, 1964, (zit.: Fitzgerald, Chinese View)
Ford, Harold P.:	Modern Weapons and Sino-Soviet Estrangements, in: CQ, Nr. 18, April-Juni 1964, (zit.: Ford, Estrangements)
ders.:	The Eruption of Sino-Soviet Politico-Military Problems 1957-60, in: Garthoff, Raynold L.: Sino-Soviet Military Relations 1945-1965, New York-Washington-London, 1966, (zit.: Ford, Military Problems)
Franke, Herbert; Trauzettel, Rolf	Das chinesische Kaiserreich, Frankfurt/M.-Hamburg, 1968 (Hrsg!):
Franke, Otto:	Geschichte des chinesischen Reiches, Bd. 5, Berlin, 1948
Franke, Wolfgang:	Die staatspolitischen Reformversuche Kang Yu-weis – Ein Beitrag zur geistigen Auseinandersetzung Chinas mit dem Abendlande, in: Mitteilungen des Seminars für Orientalische Sprachen, Jg. XXXVIII, Berlin, 1935
ders.:	Das Jahrhundert der chinesischen Revolution 1851-1949, München, 1958
Frenzke, Dietrich:	Der Begriff des „Ungleichen Vertrages" im sowjetisch-chinesischen Grenzkonflikt, in: Osteuropa-Recht, 11. Jg., 1965
Fuller, J.F.C.:	The Foundations of the Science of War, London, 1926, (zit.: Fuller, Science of War)
ders.:	Die entartete Kunst Krieg zu führen, 1789-1961, Köln, 1964, (zit.: Fuller, Die entartete Kunst)
Galtung, Johan:	Theorien des Friedens, in: Krieg oder Frieden – Wie lösen wir in Zukunft die politischen Konflikte?, München, 1970
Garthoff, Raymond L. (Hrsg.):	Sino-Soviet Military Relations 1945-1965, New York-Washington-London, 1966, (zit.: Garthoff, Relations)
Garthoff, Raymond L.:	Soviet Military Doctrine, Glencoe, 1953, (zit.: Garthoff, Doctrine)
ders.:	Soviet Strategy in Nuclear Age, New York, 1958, (zit.: Garthoff, Strategy)
ders.:	Sino-Soviet Military Relations, Military Review 44, Nr. 1, 1964, (zit.: Garthoff, Military Relations)
Gebhardt, Bruno (Hrsg.):	Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 3, 8. Aufl., Stuttgart, 1960

Gelman, Harry: Mao and the Permanent Purge, in: Problems of Communism, November-Dezember 1966

George, Alexander: The Chinese Communist Army in Action, New York, 1967, (zit.: George, Army in Action)

Giamberadino, Oscar di: Kriegskunst in unserer Zeit, in: Wehr und Wissen, Darmstadt, 1961

Gittings, John: China's Militia, in: CQ, Nr. 18, April-Juni 1964, (zit.: Gittings, Militia)

ders.: The „Learn from the Army"-Campaign, in: CQ, Nr. 18, April-Juni 1964 (zit.: Gittings, Campaign)

ders.: The Role of the Chinese Army, London-New York-Toronto, 1967, (zit.: Gittings, Chinese Army)

ders.: The Chinese Army, in: Gray, Jack (Hrsg.): Modern China's Search for a Political Form, London-New York-Toronto, 1969, (zit.: Gittings, Army)

Goldhamer, Herbert: Chinese Concern about the A-Bomb, Cambridge/Mass., 1952, (zit.: Goldhamer, A-Bomb)

ders.: Communist Reaction in Korea to American Possession of the A-Bomb and Its Significance for U.S. Political and Psychological Warfare, Rand Corporation, Santa Monica/Calif., RM 903, 1. 8. 1952, (zit.: Goldhamer, Korea Warfare)

Gray, Jack (Hrsg.): Modern China's Search for a Political Form, London-New York-Toronto, 1969

Griffith, Samuel B. II: The Military Potential of China, London, 1965, (zit.: Griffith II, Potential)

ders.: The Chinese People's Liberation Army, New York, 1967, (zit.: Griffith II, Liberation Army)

Griffith, William E.: Sino-Soviet Relations 1964-65, Cambridge/Mass.-London, 1967, (zit.: Griffith, Relations)

Groeling v., Erik: Der Fraktionskampf in China, Berichte des Bundesinstitutes für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien, Nr. 37, Köln, 1970

Großmann, Bernhard: Die wirtschaftliche Entwicklung in der Volksrepublik China, Stuttgart, 1960, (zit.: Großmann, Wirtschaftl. Entw.)

ders.: Amerika und China – Tragödie des Mißverstehens, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Hamburg, 1969, (zit.: Großmann, Amerika und China)

Gurian, Waldemar (Hrsg.): Soviet Imperialism – Its Origin and Tactics, Notre Dame, 1953, (zit.: Gurian, Soviet Imperialism)

Halperin, Morton H. (Hrsg.):	Sino-Soviet Relations and Arms Control, Cambridge/Mass.-London, 1967, (zit.: Halperin, Arms Control)
Halperin, Morton H.:	China und die Bombe, Köln, 1966, (zit.: Halperin, Bombe)
ders.:	Chinese Attitudes toward the Use and Control of Nuclear Weapons, in: Tang Tsou, China in Crisis - China's Policies and America's Alternatives, Chicago, 1968, (zit.: Halperin, Nuclear Weapons)
Halperin, M.H.; Tang Tsou:	The 1958 Quemoy-Crisis, in: Halperin (Hrsg.), Sino-Soviet Relations and Arms Control, Cambridge/Mass.-London, 1967, (zit.: Halperin/Tang Tsou, Quemoy-Crisis)
Halpern, A.M. (Hrsg.):	Policies Toward China - Views from Six Continents, New York-Toronto-London, 1965, (zit.: Halpern, China)
Halpern, A.M.:	The Chinese Communist Line on Neutralism, in: CQ, Nr. 5, Januar-März 1961, (zit.: Halpern, Neutralism)
ders.:	The Foreign Policy Uses of the Chinese Revolutionary Model, in: CQ, Nr. 7, Juli-September 1961, (zit.: Halpern, Revolutionary Model)
ders.:	Types of China Policy, in: Halpern, A.M. (Hrsg.), Policies Toward China - Views from Six Continents, New York-Toronto-London, 1965, zit.: Halpern, Types)
Halpern, A.M.; Fredman, H.B.:	Communist Strategy in Laos, Santa Monica/Calif., 1960, (zit.: Halpern/Fredman, Laos)
Hinton, Harald C.:	Communist China in World Politics, Boston, 1966, (zit.: Hinton, World Politics)
ders.:	Communist China's Military Posture, in: Current History 43, Sept. 1962, S. 149-155, (zit.: Hinton, Posture)
ders.:	China's Turbulent Quest - An Analysis of China's Foreign Relations Since 1945, London, 1970, (zit.: Hinton, Quest)
ders.:	Conflikt on the Ussuri - A Clash of Nationalism, in: Problems of Communism, Bd. XX, Nrn. 1-2, Januar-April 1971, (zit.: Hinton, Ussuri)
Hoffmann, Stanley:	Contemporary Theory in International Relations, Englewood Cliffs, 1960
ders.:	The State of War, New York-London, 1965
Ho Kan-chih:	A History of the Modern Chinese Revolution, Peking, 1959
Hsieh, Alice Langley:	Communist China and Nuclear Warfare, in: CQ, Nr. 2, April-Juni 1960, (zit.: Hsieh, Nuclear Warfare)
dies.:	Communist China's Strategy In The Nuclear Era, Englewood Cliffs, 1962, (zit.: Hsieh, Nuclear Era)

dies.:	China's Secret Military Papers, in: CQ, Nr. 18, April-Juni 1964, (zit.: Hsieh, Secret Papers)
dies.:	Communist China's Military Policies, Doctrine and Strategy, Rand Corporation, P 3960, Santa Monica/Calif., September 1968, (zit.: Hsieh, Military Policies)
dies.:	China's Nuclear Missile Programme – Regional or Intercontinental, in: CQ, Nr. 45, Januar-März 1971, (zit.: Hsieh, Missile Programme)
Huck, Arthur:	The Security of China – Chinese Approaches to Problems of War and Strategy, London, 1971, (zit.: Huck, Security)
Joffe, Ellis:	Moscow and the Chinese Army, in: FEER 44, April 64, S. 13-15, (zit.: Joffe, Chinese Army)
ders.:	Conflict in Red China's Army, in: Military Review 44, Dezember 1964, S. 70-82, (zit.: Joffe, Conflict)
ders.:	Party and Army – Professionalism and Political Control in the Chinese Officer Corps 1949-64, Cambridge/Mass., 1965, (zit.: Joffe, Party and Army)
Johnson, Chalmers A.:	Lin Piao's Army and its Role in Chinese Society, in: Current Scene, 15. 7. 1966
ders.:	Peasant Nationalism and Communist Power – The Emergence of Revolutionary China 1937-1945, Stanford, 1966/67, (zit.: Johnson, Comm. Power)
Kahn, Hermann:	On Thermonuclear War, Princeton, 1960
Kaplan, Morton A.:	System and Process in International Politics, New York, 1957
Karnik, V.B.:	China Invades India – The Story of Invasion against the Background of Chinese History and Sino-Indian Relations, Bombay-London-New York, 1963
Kaufmann, W.W.:	The Mc Namara-Strategy, New York-Evanston-London, 1964
Kelman, Herbert C.:	International Behavior – A Social-Psychological Analysis, New York, 1965
Kindermann, Gottfried Karl:	Der Ferne Osten, München, 1970, (zit.: Kindermann, Der Ferne Osten)
Kindermann; Domes/Gerhardt:	Der chinesische Kommunismus – Zur Geistes- und politischen Geschichte, Bonn, 1966, (zit.: Kindermann u.w., Chinesischer Komm.)
Kintner, William:	The Orchestration of Crisis, in: Hahn, W.; Neff, J. (Hrsg.), American Strategy for the Nuclear Age, New York, 1961, (zit.: Kintner, Crisis)
Koe, John:	The Development of Communist China's Military Policy, in: United Asia 14, März 1962, (zit.: Koe, Military Policy)

Kraft, Viktor:	Geschichtsforschung als strenge Wissenschaft, in: Topitsch, Ernst (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln-Berlin, 1968
Kuo Heng-yü:	China und die Barbaren, Stuttgart, 1967
Kux, Ernst:	Die Feindlichen Brüder – 1961 bis 1963, in: Zagoria, Donald S., Der chinesisch-sowjetische Konflikt – 1956 bis 1961, München, 1964, (zit.: Kux, Feindliche Brüder)
Kux, E.; Kun, J.C.:	Die Satelliten Pekings, Stuttgart, 1964, (zit.: Kux/Kun, Satelliten)
Lamb, Alastair:	The China-India Border – The Origins of the Disputed Boundaries, London-New York-Toronto, 1964
Lange, William:	Asiatische Interessengemeinschaft ohne Nichtasiaten, in: Außenpolitik XVII, Jg. 1966
Lehmbruch, Gerhard:	Einführung in die Politikwissenschaft, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz, 1967, (zit.: Lehmbruch, Politikwissenschaft)
Lethbridge, Henry J.:	The Peasants And The Communes, Hongkong, 1963, (zit.: Lethbridge Communes)
ders.:	Learn from the Army, in: FEER 45, September 1964, (zit.: Lethbridge, Army)
Lewis, John Wilson:	Communist China's Invasion of the Indian Frontier, in: Current Scene, Nr. 7, 2. 1. 1963, (zit.: Lewis, Invasion)
ders.:	China's Secret Military Papers, in: CQ, Nr. 18, April-Juni 1964, (zit.: Lewis, Secret Papers)
Liddell Hart, B. H.:	Strategie, Wiesbaden, o. J., (zit.: Liddell Hart, Strategie)
Lipset, Martin:	Bemerkungen zum Verhältnis von Soziologie und Geschichtswissenschaften, in: Topitsch, Ernst (Hrsg.): Logik der Sozialwissenschaften, Köln-Berlin, 1968
Liska, George:	International Equilibrium, Cambridge/Mass., 1957
Loewe, Michael:	Das China der Kaiser – Die historischen Grundlagen des modernen China, Wien-Berlin, 1966
Löwenthal, Richard:	The End of an Illusion, in: Problems of Communism, Nr. 1, Januar-Februar 1963, (zit.: Löwenthal, Illusion)
ders.:	World Communism: The Disintegration of a Secular Faith, New York, 1964, (zit.: Löwenthal, World Comm.)
ders.:	Communist China's Foreign Policy, in: Tang Tsou, China in Crisis, China's Policies and America's Alternatives, Chicago, 1968, (zit.: Löwenthal, Foreign Policy)
Lu Ta:	The Combat Capability of the Chinese Communist Armed Forces, in: Issues and Studies, Nr. 2, November 1964, (zit.: Lu Ta, Armed Forces)
Luther, Hans Ulrich:	Der Vietnamkonflikt – Darstellung und Dokumentation, Berlin, 1969

Anhang D

(Biographienliste)

Chang Ts'ai-ch'ien	+
Ch'en Hsi-lien	++
Ch'en Yi	
Ch'iu Hui-tso	
Chou En-lai	+++
Chu Te	++
Ho Lung	
Hsiao Ching-kuang	+
Hsiao Hua	
Hsieh Fu-chih	
Hsü Hsiang-ch'ien	+
Hsü Shih-yu	++
Huang K'e-ch'eng	
Huang Yung-sheng	
Jao Shu-shih	
Kao Kang	
Kuo Mo-jo	+
Li Te-sheng	+−
Lin Piao	
Liu Hsien-ch'üan	+
Liu Po-ch'eng	++
Liu Shao-ch'i	
Lo Jui-ch'ing	
Lo Jung-huan	
Mao Tse-tung	+++
Nieh Jung-chen	+
P'eng Chen	
P'eng Te-huai	
Su Yü	+
T'an Cheng	
Teng Hsiao-p'ing	
Wang Shu-sheng	+
Wu Fa-hsien	
Yang Ch'eng-wu	
Yeh Chien-ying	++
Yeh Ch'ün (f)	

Mac Dougal, Colina: The Reds and the Experts, in: FEER 43, 6. 2. 1964

Mac Farguhar, Roderick: The Hundred Flowers Campaign and the Chinese Intellectuals, London 1960

Melvin, Gustav: The Foreign Ministry and Foreign Affairs in China's „Cultural Revolution", Rand Corporation Memorandum, Nr. 5934 - PR, März 1959

Michael, Franz: The Taiping-Rebellion - History and Documents, 3 Bde., Seattle, 1966

Modelski, George A.: Atomic Energy in the Communist Bloc, Melbourne, 1959, (zit.: Modelski, Atomic Energy)

ders.: Thailand and China - From Avoidance to Hostility, in: Halpern, A.M. (Hrsg.): Policies Toward China, Views from Six Continents, New York-Toronto-London, 1965, (zit.: Modelski, Thailand and China)

Morgenthau, Hans J.: Macht und Frieden - Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik, o.O., 1963, (zit.: Morgenthau, Frieden)

ders.: The United States and China, in: Tang Tsou (Hrsg.), China in Crisis - China's Policies and America's Alternatives, Chicago, 1968, (zit.: Morgenthau, China)

Morgenstern, Oskar: Strategie - Heute, Frankfurt/M., 1962, (zit.: Morgenstern, Strategie)

Mozingo, David: China's Policy toward Indonesia, in: Tang Tsou (Hrsg.): China in Crisis - China's Policies and America's Alternatives, Chicago, 1968

Näth, Marie-Luise: Grundsätze, Methoden und Ergebnisse der rotchinesischen Außenpolitik von der Gründung der Volksrepublik China bis zur Konferenz von Bandung, Berlin, 1968

Neuhauser, Charles: The Chinese Communist Party in the 1960s - Prelude to the Cultural Revolution, in: CQ, Nr. 32, Oktober-Dezember 1967, (zit.: Neuhauser, Comm. Party)

Noack, Paul: Internationale Politik - Eine Einführung, München, 1970, (zit.: Noack, Politik)

North, Robert C.: Content Analysis - A Handbook with Applications for the Study of International Crisis, Evanston, 1963

Paasche, John: Mao Tse-tungs Theorien von den Zwischenzonen, in: Osteuropa, 1-2/1965

Patterson, George N.: China and Tibet-Background to the Revolt, in: CQ, Nr. 1, Januar-März 1960

Pommerening, Horst: Der chinesisch-sowjetische Grenzkonflikt - Das Erbe der ungleichen Verträge, Olten und Freiburg im Breisgau, 1968

Powell, Ralph L.: Politico-Military Relationship in Communist China, Washington, 1963, (zit.: Powell, Relationship)

ders.: Commissars in the Economy - „Learn from the PLA"-Movement in China, in: Asian Survey, März 1965, (zit.: Powell, Commissars)

ders.: The Increasing Power of Lin Piao and the Party-Soldiers 1959-1966, in: CQ, Nr. 34, April-Juni 1968, (zit.: Powell, Party-Soldiers)

Pringsheim, Klaus H.: China, India and their Himalayan Border (1961-63), in: Asian Survey, Nr. 10, September 1963

Ra'anan, Uri: Peking's Foreign Policy „Debate" 1965-1966, in: Tang Tsou (Hrsg.): China in Crisis - China's Policies and America's Alternatives, Chicago, 1968, (zit.: Ra'anan, Debate)

Rapoport, Anatol: Fights, Games and Debates, Ann Arbor 1960, (zit.: Rapoport, Fights)

ders.: Strategy and Conscience, New York-Evanston-London, 1964, (zit.: Rapoport, Strategy)

Rawlings, E.H.: The Chinese Army and Politics, in: Eastern World 18, März 1964, (zit.: Rawlings, Chinese Army)

Rosenau, James (Hrsg.): Domestic Sources of Foreign Policy, New York, 1967

Ruge, Friedrich: Politik und Strategie, Frankfurt/M., 1967, (zit.: Ruge, Strategie)

Samhaber, Ernst: Geschichte der Vereinigten Staaten von Nordamerika - Werden der Weltmacht, München, 1954

Scharping, Thomas: Der Demokratische Bund und seine Vorläufer 1939 bis 1949 - Chinesische Intelligenz zwischen Kuomintang und Kommunistischer Partei, Berlin, 1971

Scheurig, Bodo: Einführung in die Zeitgeschichte, Berlin, 1970

Schmidt, H.: Verteidigung oder Vergeltung - Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der Nato, Stuttgart, 1965

Schram, Stuart R.: The Political Thought of Mao Tse-tung, New York, 1963

Schurmann, Franz: Ideology and Organisation, in: Communist China, Berkeley-Los Angeles, 1968, (zit.: Schurmann, Ideology and Organisation)

Schwarz, U.: Strategie gestern, heute, morgen - Die Entwicklung des politisch-militärischen Denkens in Amerika, Düsseldorf-Wien, 1965

Senghaas, Dieter: Horizonte einer Disziplin - Anmerkungen zur Theorie der internationalen Politik, in: PVS, 1965, (zit.: Senghaas, Horizonte)

ders.: Kybernetik und Politikwissenschaft, in: PVS 7, 1966, (zit.: Senghaas, Politikwiss.)

ders.:	Internationale Beziehungen – Amerikanische Beiträge zur Theorie 1960–66, in: Zeitschrift für Politik, 1967, (zit.: Senghaas, Internat. Bezieh.)
ders.:	Abschreckungs- oder Abrüstungspolitik, in: Krieg oder Frieden – Wie lösen wir in Zukunft die politischen Konflikte?, München, 1970, (zit.: Senghaas, Abschreckungs- oder Abrüstungspolitik)
Shih, Vincent Y. C.:	The Taiping Ideology – Its sources, interpretations and influence, Seattle, 1967
ders.:	The State of the Intellectuals, in: Trager, F. N.; Henderson, W. (Hrsg.): Communist China 1949–1969 – A Twenty Year Appraisal, New York, 1970
Simmonds, J. D.	P'eng Te-huai – A Chronological Reaxamination, in: CQ, Nr. 37, Januar-März 1969, (zit.: Simmonds, P'eng Te-huai)
ders.:	China's World – The Foreign Policy of a Developing State, New York-London, 1970
Slawecki, Leon M. S.:	Peking and the West, in: Current History 43, Sept. 1962
Slessor, John C.:	Strategy for the West, New York, 1954
Snow, Edgar:	The Other Side of the River – Red China Today, New York, 1961, (zit.: Snow, River)
ders.:	Interview with Mao, in: New Republic vom 27. 2. 1965, (zit.: Snow, Interview)
Sonnenfeld, Helmut:	The Chinese Factor in Soviet Disarmament Policy, in: Halperin, Morton H. (Hrsg.): Sino-Soviet Relations and Arms Control, Cambridge/Mass.-London, 1967
Speidel, Hans (Hrsg.):	Ludwig Beck-Studien, Stuttgart, 1955, (zit.: Speidel, Beck-Studien)
Steiner, Arthur H.:	China's New Role in World Affairs, CQ, Nr. 1, Januar-März 1960
Tang, Peter S.H.; Maloney, Joan M.:	Communist China – The Domestic Scene 1949–67, South Orange/N.J., 1967, (zit.: Tang/Maloney, Comm. China)
Tang Tsou (Hrsg.):	China in Crisis – China's Policies and America's Alternatives, Chicago, 1968, (zit.: Tang Tsou, Crisis)
Tang Tsou:	America's Failure in China 1941–1950, Chicago, 1963, (zit.: Tang Tsou, Failure)
ders.:	Mao Tse-tung and Peaceful Coexistence, in: Orbis 8, Nr. 1, 1964, (zit.: Tang Tsou, Coexistence)
Taylor, Maxwell D.:	The Uncertain Trumpet, New York, 1959
Thomas, John R.:	The Limits of Alliance – The Quemoy Crisis of 1958, in: Garthoff, Raymond L.: Sino-Soviet Military Relations 1945–1965, New York-Washington-London, 1966, (zit.: Thomas, Crisis)

Thornton, Thomas P.:	Communist China and Nuclear Weapons, in: Military Review 44, September 1964
Ting Li	Militia of Communist China, Hongkong, 1955
Topitsch, Ernst (Hrsg.):	Logik der Sozialwissenschaften, Köln-Berlin, 1968, (zit.: Topitsch, Sozialwiss.)
Trager, F. N.; Henderson, W. (Hrsg.):	Communist China 1949–1969 – A Twenty Year Appraisal, New York, 1970, (zit.: Trager/Henderson, Comm. China)
Traut-Welser, Ludwig:	Die geistigen und ideologischen Strömungen im chinesischen Kommunismus, Hannover, 1961, (zit.: Traut-Welser, Strömungen)
Van Ness, Peter:	Revolution and Chinese Foreign Policy – Peking's Support for Wars of National Liberation, Berkeley-Los Angeles-London, 1970, (zit.: Van Ness, Foreign Policy)
Walker, Richard L.:	Peking's Approach to the Outside World, in: Trager, F. N.; Henderson, W. (Hrsg.): Communist China 1949–1969 – A Twenty-Year Appraisal, New York, 1970, (zit.: Walker, Outside World)
Whiting, Allan S.:	Contradictions in the Moscow-Peking Axis, in: Journal of Politics, Februar 1958, (zit.: Whiting, Axis)
ders.:	China Crosses the Yalu, New York, 1960, (zit.: Whiting, Yalu)
Whitson, William W.:	The Concept of Military Generation – The Chinese Communist Case, in: Asian Survey, Bd. 8, Nr. 11, November 1968, (zit.: Whitson, Concept of Military)
ders.:	The Military – Their Role in the Policy Process, in: Trager, Frank N.; Henderson, W. (Hrsg.): Communist China 1949–1969 – A Twenty-Year Appraisal, New York, 1970, (zit.: Whitson, Military)
ders.:	The Field Army in the Chinese Communist Military Policies, in: CQ, Nr. 37, Januar-März 1969, (zit.: Whitson, Field Army)
Wilhelm, R. (Übs.):	Das Buch der Sitte (Li Gi), Köln-Düsseldorf, o. J.
Wu Yüan-li:	The Economy After Twenty Years, in: Trager, F. N.; Henderson, W. (Hrsg.): Communist China 1949–1969 – A Twenty-Year Appraisal, New York, 1970, (zit.: Wu Yüan-li, Economy)
Yahuda, Michael B.:	Chinese Foreign Policy after 1963 – The Maoist Phases, in: CQ, Nr. 36, Oktober-Dezember 1968
Zagoria, Donald S.:	Der chinesisch-sowjetische Konflikt – 1956 bis 1961, München, 1964, (zit.: Zagoria, Konflikt)
ders.:	The Strategic Debate in Peking, in: Tang Tsou (Hrsg.): China in Crisis – China's Policies and America's Alternatives, Chicago, 1968, (zit.: Zagoria, Debate)

4. *Wichtigste Nachrichten- und Übersetzungsdienste. Zeitungen und Zeitschriften*

Agence France Presse:	Halbstaatliche französische Presseagentur, täglich
American Political Science Review:	The American Political Science Association, Menasha/Wis., vierteljährlich
Annals of the American Academy of Political and Social Science:	American Academy of Political and Social Science, Lancaster/Pens., vierzehntägig
Armeezeitung (Chieh-fang chün pao):	Offizielles Organ der VBA, täglich
Asian Survey:	Institute of International Studies, Berkeley/Calif., monatlich
Associated Press:	Amerikanische Presseagentur
China News Analysis:	La Dany, Hongkong, wöchentlich
Current Background:	Amerikanisches Generalkonsulat, Hongkong, wöchentlich
Current Digest of the Soviet Press:	Joint Committee on Slavic Studies, wöchentlich
Current History:	Thompson, Carol L., Philadelphia, monatlich
Current Scene:	United States Information Service, Hongkong, monatlich
Daily Telegraph:	Englische Tageszeitung
Die Welt:	Deutsche Tageszeitung
Europa Archiv:	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn, vierzehntägig
Far Eastern Economic Review:	Derek Davis, Hongkong, wöchentlich
Far Eastern Survey:	Institute of Pacific Relations, New York, zweimal monatlich bis 1961
Foreign Affairs:	Council on Foreign Relations, Lancester/Pens., vierteljährlich
Issues & Studies:	Institute of International Relations, T'aiwan, monatlich
Joint Publication Research Service:	Regierung der USA, mehrere Veröffentlichungsserien, unregelmäßig
Journal of Politics:	The Southern Political Science Association, Gainesville/Florida, vierteljährlich
Manchester Guardian:	Englische Tageszeitung
Morning Post:	Englische Tageszeitung
New China News Agency:	Regierung der VRCh, Peking, täglich
New York Times:	New Yorker Tageszeitung
Observer:	Londoner Tageszeitung
Osteuropa-Recht:	Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Stuttgart, vierteljährlich

Pacific Affairs:	Institute of Pacific Relations, Honolulu-New York-Vancouver, vierteljährlich
Peking Review:	Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking, wöchentlich
Political Science Quarterly:	Academy of Political Science, New York, vierteljährlich
Politische Vierteljahresschrift:	Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Köln-Opladen, vierteljährlich
Problems of Communism:	United States Information Agency, zweimal monatlich
Rote Fahne (Hung-ch'i):	Offizielles theoretisches Organ des ZK der KPCh, zweimal monatlich
Selections from China Mainland Magazines:	Amerikanisches Generalkonsulat, Hongkong, monatlich
Summary of World Broadcasts:	Monitoring Service of the British Broadcasting Corporation, London, täglich
Survey of the China Mainland Press:	Amerikanisches Generalkonsulat, Hongkong, dreimal monatlich
Telegrafnoje Agentstwo Sowjetskoyo Sojusa:	Staatlicher sowjetischer Informationsdienst, täglich
The China Quarterly:	Congress for Cultural Freedom, London, vierteljährlich
The Journal of Asian Studies:	The Association for Asian Studies, Ann Arbor/Mich., vierteljährlich
The Times:	Londoner Tageszeitung
Union Research Service:	Union Research Institute, Hongkong, dreimal monatlich
United Press International:	Amerikanische Presseagentur, täglich
United States Information Service:	Staatlicher amerikanischer Informationsdienst, täglich
Volkszeitung (Jen-min jih-pao):	Offizielles Organ des ZK der KPCh, täglich
Washington Post:	Washingtoner Tageszeitung
World Politics:	Center of International Studies, Princeton/N.J., vierteljährlich
Zeitschrift für Politik:	Organ der Hochschule für Politik e.V. München, Köln-Berlin, vierteljährlich

5. Chinesische Literatur

Ting Wang (Hrsg.):	Chung-kuo Kung-ch'an-tang pa chieh pa chung ch'üan hui kuan-yü i P'eng Te-huai wei shou te fan tang chi-t'uannte chüeh-i (Resolution des 8. Plenums des VIII. ZK der KPCh gegen die Antiparteigruppe unter der Führung von P'eng Te-huai), in: P'eng Te-huai wen-t'i chuan-chi (Chung-kung wen-hua ta ke-ming tzu-liao hui-pien, Bd. 3), Hongkong, 1969
ders.:	Kuan-yü Ho-nan min-ping kung-tso wen-t'i te chien-ch'a pao-kao (Untersuchungsbericht über die Probleme der Milizarbeit in Honan), in: ibid

ders.: Mao Tse-tung tsai Lu-shan hui-i shang te fa-yen (Mao Tse-tungs Äußerungen auf der Lushan-Konferenz), in: ibid

ders.: P'eng Te-huai te i-chien-shu (P'eng Te-huais Manifest), in: ibid

ders.: P'eng Te-huai tsai Lu-shan hui-i hsi-pei hsiao-tzu hui-i shang te fa-yen (Äußerungen P'eng Te-huais auf der Nord-West-Arbeitsgruppe der Lushan-Konferenz), in: ibid

Tzu-kuo chou-k'an (Hrsg.): Chiang I-shan, Shih nien lai te chung kung chün-shih (Das Militärwesen der chinesischen Kommunisten in den letzten zehn Jahren), in: Chung kung shih nien, Hongkong, 1960

Anhang E

(Biographien)

Chang Ts'ai-ch'ien

KPCh:	Mitglied des IX. ZK der KPCh Mitglied der Militärkommission beim ZK der KPCh
Militär:	Generalleutnant
	Chang diente während des sino-japanischen Krieges in der 5. Division der Neuen 4. Armee, welche von Li Hsien-nien geführt wurde. Danach betätigte er sich als Guerrillero in Hupei, Honan, Anhuai, Hunan und Kiangsi.
1950, März:	Stabschef im Militärdistrikt Hupei
1958:	Vizeoberbefehlshaber des Wehrbereichs Nanking
1967, Oktober:	Teilnahme an einer Massenveranstaltung zum Nationalfeiertag in Nanking
1971:	Vizegeneralstabschef

Ch'en Hsi-lien

KPCh:	Mitglied des Politbüros des IX. ZK der KPCh Mitglied der Militärkommission beim ZK der KPCh Erster Sekretär des Provinzparteikomitees Liaoning
Regierung:	Vorsitzender des Revolutionskomitees der Provinz Liaoning Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates
Militär:	Generaloberst
	Ch'en wurde 1913 in Huangan (Provinz Hupei) geboren. 1930 schloß er sich einem kommunistischen Guerrillaverband an, der bis zum Langen Marsch, an dem Ch'en teilnahm, in der Provinz Ssuch'uan operierte. 1937, zu Beginn des chinesisch-japanischen Krieges, übernahm Ch'en den Befehl über das 769. Regiment in der 129. Division der 8. Marsch-Armee. Sein Truppenteil zeichnete sich in der Schlacht von Hsinkou (Shansi) und bei einem kühnen Angriff auf einen japanischen Feldflugplatz am Huto-Fluß aus. 1940 erfolgte seine Beförderung zum Brigade-Kommandeur. 1945 befehligte er unter dem Oberbefehl von Liu Po-ch'eng ein Armeekorps.
1949, Dezember:	Nach Eroberung der Provinz Ssuch-uan durch die 2. Feldarmee ernannt zum stellvertretenden Vorsitzenden der Militär-Kontroll-Kommission Chungking, zum Bürgermeister und zum KP-Sekretär in Chungking.
1950:	Mitglied des Militär- und Politrates Südwest-China.
1952:	Oberbefehlshaber der Artillerie der Volksbefreiungsarmee (bis etwa Anfang 1960).
1954:	Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates
1956, Sept.:	Kandidat des VIII. ZK der KPCh.
1959, Mai:	Oberbefehlshaber des Wehrbereichs Shenyang.

Ch'en Yi

Ch'en wurde 1901 in Loshan (Provinz Ssuch'uan) geboren. Nach dem Besuch der Grundschule absolvierte er die Handelsschule von Chengtu und ging 1919 zum Studium nach Frankreich. Nach seiner Rückkehr trat Ch'en Yi 1923 in die KPCh ein. 1926 schloß er sich in Kiangsi an Chu Te an, der ihn zum Magistrat des Kreises Yungfen ernannte. 1927 war Ch'en Yi und Yeh T'ing am Nanchang-Aufstand beteiligt, nach dessen Fehlschlag er mit einem 700 Mann starken Truppenverband zu Chu Teh in Hunan stieß. Hier wurde ihm die 12. Division der 4. Armee unterstellt. In den Jahren bis zum Langen Marsch war Ch'en mit militärischen Aufgaben betraut. Politisch gehörte er anfangs zu der Gruppe um Li Li-san und schwenkte erst später zu Mao Tse-tung über. Am Langen Marsch nahm Ch'en Yi nicht teil, sondern wurde mit Sonderaufgaben betraut. Als 1938 die 4. Armee aufgestellt wurde (Kommandeur Yeh T'ing), erhielt Ch'en die 1. Division, mit der er bis 1941 im Raum südlich des Yangtse verblieb. 1941 wurde Ch'en zum stellvertretenden Kommandeur der Neuen 4. Armee bestellt, schon bald aber zum Kommandeur ernannt. Diese Armee entwickelte sich in kurzer Zeit zu einer starken Streitmacht, auf welche sich Macht und Einfluß der Kommunisten in Ostchina stützte. Nach der japanischen Kapitulation wurde die Neue 4. Armee zunächst in „VBA Ostchina" und schließlich in „3. Feldarmee" umbenannt. In dieser Zeit errang Ch'en einige bedeutende Siege, unter denen der in Shanghai im Mai 1947 der hervorragendste war. Im Juni 1948 nahmen seine Verbände Kaifeng ein, die 1949 zusammen mit denen Liu Po-ch'engs an der Entscheidungsschlacht von Hsü-chou beteiligt waren, durch die der Weg nach Nanking und Shanghai geöffnet wurde.

1949, Oktober:	Mitglied des Zentralen Regierungs-Verwaltungsrates, des Revolutionären Volksmilitärrates und zum Bürgermeister von Shanghai ernannt
1954, September:	Stellvertretender Ministerpräsident und Vizevorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates
1954:	Ernannt zum Marschall
1956, September:	Mitglied des Politbüros des VIII. ZK der KPCh
1958, Februar:	Ernannt zum Außenminister
1972, (6. 1.):	verstorben

Ch'iu Hui-tso

Ch'iu wurde 1908 in Kiangsi geboren.

1949, April:	Stellvertretender Direktor der Politischen Abteilung des Militärdistrikts Honan
1949:	Politkommissar des 13. Armeekorps der 4. Feldarmee
1950, März:	Stellvertretender Direktor der Politischen Abteilung der Süd-China Militärregion
1953, Dezember:	Stellvertretender Direktor des Wehrbereichs Kuangtung
1954, Januar:	Stellvertretender Direktor der Politischen Abteilung der 4. Feldarmee
1959, Oktober:	Direktor der Allgemeinen Logistischen Abteilung der VBA

1965, Januar: Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates

1969, Februar: Vizegeneralstabschef

1971, September: gesäubert

Chou En-lai

KPCh: Mitglied des Ständigen Komitees des Politbüros des IX. ZK der KPCh

Regierung: Ministerpräsident

Chou wurde 1898 in Shaohsing (Provinz Chekiang) geboren. 1913 trat er in die Nankai-Mittelschule in Tientsin ein, wo er schon bald in der Studentenbewegung eine führende Rolle spielte. 1917 ging Chou En-lai nach Japan und studierte zwei Jahre an der Wasela- und Japan-Universität. 1919 setzte er seine Studien an der Nankai-Universität in Tientsin fort. Kurz nach seinem Abgang schloß er sich der Gruppe junger Intellektueller an, die als Arbeiterstudenten nach Frankreich gingen. Hier gründete er zusammen mit Li Li-san, Wang Jo-fei und Chao Shih-yen die Chinesische Kommunistische Jugendliga. Er blieb zunächst für zwei Jahre in Frankreich, ging danach für einige Monate nach England, anschließend nach Frankreich zurück, um sodann für ein Jahr in Deutschland zu studieren. 1924 kehrte Chou nach China zurück und spielte sofort eine führende Rolle in der chinesischen kommunistischen Bewegung. Noch im gleichen Jahr, dem zweiten in der Einheitsfront zwischen Kuomintang und KPCh, wurde er Direktor der Politabteilung an der von Chiang Kai-shek geleiteten Huangpu-Militärakademie, wo er eine starke kommunistische Zelle gründete und von dem sowjetischen Berater Galen (Marschall Blücher) besonders gefördert wurde. 1925 organisierte Chou Arbeiteraufstände in Shanghai. Während des Nordfeldzuges war Chou Politkommissar der 1. Nationalarmee. 1927, nach dem Bruch zwischen Kuomintang und KPCh, entging Chou En-lai nur mit knapper Not dem Tode. Nachdem ihm zunächst die Flucht nach Wuhan gelungen war, beteiligte er sich am 1. 8. am Nanchang-Aufstand, nach dessen Scheitern er sich über Swatow und Kanton absetzte, wo er an der Organisierung der Kanton-Kommune beteiligt war. Im gleichen Jahr wurde er als Mitglied in das Politbüro der KPCh gewählt, dem er in ununterbrochener Folge bis heute angehört und damit dessen dienstältester Funktionär ist. Im Juli 1928 begab sich Chou En-lai zu dem in Moskau tagenden VI. Kongreß der KPCh. 1931 schloß er sich dem Kiangsi-Sowjet an. Die Jahre bis zum Langen Marsch sahen ihn auf verschiedenen Posten. In die gleiche Zeit fällt die Rivalität zu Mao Tse-tung, den er noch kurz vor Beginn des Langen Marsches von dem Posten des Politkommissars der Roten Armee verdrängte. Nach dem Langen Marsch, während dem es zu einem Ausgleich zwischen Chou und Mao kam, bekleidete Chou weiterhin führende Stellungen in der Partei. Im Dezember 1936 verhandelte er nach dem Sian-Zwischenfall mit Chiang Kai-shek, womit die Voraussetzung für eine neue Periode der Einheitsfront zwischen Kuomintang und KPCh geschaffen wurde. 1939 nahm Chou zusammen mit Chu Te als Beobachter an der Sitzung des Obersten Sowjets in Moskau teil. Die Zeit der II. Einheitsfront verbrachte Chou En-lai zum größten Teil als Verbindungsoffizier der Kommunisten bei der Nationalregierung in Chungking. Der VII. Kongreß der KPCh, der 1945 in Yenan stattfand, bestätigte Chou als Mitglied und wählte ihn zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Politbüros und zum Stellvertretenden

Vorsitzenden des Revolutionären Militärrates. Bis Anfang 1947 vertrat Chou erneut die Kommunisten bei den von General Marshall geführten Verhandlungen. Nach den Fehlschlägen derselben kehrte er im März 1947 nach Yenan zurück.

1949, Oktober:	Ministerpräsident des Regierungs- und Verwaltungsrates und Stellvertretender Vorsitzender des Revolutionären Volks-Militärrates
1954:	Leiter der chinesischen Delegation zur Genfer Indochina-Konferenz
1954, September:	Nach der Reorganisierung der Regierung bestätigt als Ministerpräsident
1955, April:	Leiter der chinesischen Delegation bei der Bandung-Konferenz
1959, Januar:	Leiter einer Delegation der KPCh zum Kongreß der KPdSU

Chu Te

KPCh:	Mitglied des Politbüros des IX. ZK der KPCh
Regierung:	Vorsitzender des Ständigen Komitees des III. Nationalen Volkskongresses
Militär:	Marschall

Chu wurde 1886 im Dorf Linglung-tsai, Kreis Yilung (Provinz Ssuch'uan) geboren. Nach dem Besuch der Grundschule trat er in die Hsipingan-Schule ein und legte in der Stadt Yilung die Staatsprüfung ab. 1909 trat Chu in die Militärakademie der Provinz Yünnan in Yünnanfu ein, wo Brigadegeneral Ts'ai Ao sein Lehrer wurde. Er gehörte damit zu den ersten Chinesen, die eine moderne Militärausbildung genossen. In der gleichen Zeit wurde er Mitglied der T'ung-meng-hui, einer Revolutionsgesellschaft, die Sun Yat-sen leitete. Im Juli 1911 beendete er mit einem Abschlußexamen seine militärischen Studien und wurde Unterleutnant. Im Oktober des gleichen Jahres schloß sich Chu dem Revolutionären Expeditionskorps und General Ts'ai Ao an und erlebte die Ausrufung der Republik China als Hauptmann. Im Mai 1912 wurde er zum Major befördert und mit einer Lehrtätigkeit an der Militärakademie in Yünnanfu betraut.

In den Jahren 1913 und 1914 befehligte Chu Te Grenztruppen Kuomintang im indochinesischen Grenzgebiet. 1915 erfolgte seine Beförderung zum Oberst; gleichzeitig wurde ihm das 10. Yünnan-Regiment unterstellt, mit dem er sich den Verbänden von Ts'ai Ao anschloß, die das Regime von Yüan Shih-k'ai bekämpften. Nach erfolgreichem Abschluß dieses Feldzuges wurde Chu Te 1916 mit 33 Jahren Brigadegeneral. Von 1922 bis 1926 hielt er sich in Europa auf. Anfang 1927 wurde Chu Te zum Direktor der Militärschule und gleichzeitig zum Polizeikommissar des Distrikts Nanchang ernannt. Im August 1927 hatte Chu entscheidenden Anteil am Nanchang-Aufstand, der von Chou En-lai organisiert worden war. Nach dem Fehlschlagen dieses Aufstandes ging Chu mit 900 Soldaten in die Provinz Fukien und reorganisierte seine Streitkräfte zur 9. Revolutions-Armee. Ständig von Kuomintang-Truppen verfolgt, war sein Truppenverband gezwungen, weite Teile der Provinz Kiangsi zu durchziehen. 1928 traf Chu Te mit seinen Truppen bei Mao Tse-tung ein, was für diesen einen entscheidenden Machtzuwachs bedeutete. Zusammen mit den Truppen Chus wurde hier die 4. Armee

gebildet deren Kommandeur Chu und deren Politkommissar Mao Tse-tung wurde. In den folgenden Jahren bis zum Beginn des Langen Marsches hatte Chu mehrfach Gelegenheit, in den Kämpfen gegen die Kuomintang-Truppen seine strategischen Fähigkeiten zu beweisen.

1930 wurde Chu erstmals in das ZK der KPCh und zum Vorsitzenden von dessen Militärrat gewählt. Auch während des Langen Marsches zeichnete sich Chu Te durch hervorragende strategische Leistung und eine außerordentliche Energie aus. In den innerparteilichen Auseinandersetzungen, die während des Langen Marsches ausgefochten wurden, stellte sich Chu stets hinter Mao Tse-tung. 1937 nach Zusammenschluß der kommunistischen Kräfte zu einer Einheitsfront mit der Kuomintang zur gemeinsamen Abwehr der japanischen Invasion, übernahm Chu Te den Oberbefehl über die 8. Marscharmee, zu der die bisherige 4. Kommunistische Armee umbenannt worden war. Die folgenden Jahre bis zur Kapitulation der Japaner und schließlich bis zur Vertreibung der Kuomintang vom Festland sind unauslöschlich mit den militärischen Leistungen von Chu als Oberbefehlshaber der Volksbefreiungsarmee verbunden.

1949, Oktober:	Stellvertretender Vorsitzender des Zentralen Volksregierungsrates
1954, September:	Stellvertretender Staatspräsident und Stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates
1956, September:	Mitglied des Ständigen Komitees des Politbüros des VIII. ZK der KPCh
1959, Mai:	Vorsitzender des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses
1966:	im Rahmen der Kulturrevolution angegriffen, aus dem Ständigen Komitee des Politbüros ausgeschlossen; blieb jedoch Politbüromitglied.

Ho Lung

Ho wurde 1896 in Sangchi (Provinz Hunan) geboren. Ho, der keine nennenswerte Schulbildung genoß, war bereits in seiner Kindheit wegen seines Mutes und seiner Kraft berühmt gewesen. 1912, als seine Heimat von einer schweren Hungersnot heimgesucht wurde, schloß er sich mit einer Gruppe Gleichgesinnter zusammen und wurde Bandit – ein für chinesische Verhältnisse nicht ungewöhnlicher Entschluß. Dank seiner natürlichen Führungseigenschaften wuchs seine Rebellengruppe rasch zu einer mächtigen Organisation, die in West-Hunan, Kueichou, Ost-Ssuch'uan und Nord-Hupei operierte. Wie groß Hos Macht und Einfluß war, geht daraus hervor, daß ihm der Gouverneur der Provinz Hunan, um ihn zu beschwichtigen, den Westen der Provinz unterstellte. Erst in der Zeit des Nordfeldzuges, 1926, schloß sich Ho den Kommunisten an, wobei es weniger Revolutionsideale als der Drang nach Taten gewesen sein dürfte, der ihn hierzu bestimmte. 1926 befehligte er die 1. Division der 9. Nationalen Revolutionsarmee, bald darauf ein Armeekorps in der Chang Fa-k'uei befehligten 4. Armee. Es spricht sehr für den Realitätssinn des bislang unpolitischen Rebellenführers, daß er sofort die Bedeutung politisch geschulter Funktionäre in der Truppe begriff und für seine Soldaten eine Polit- und Militärschule gründete. Der KPCh schloß sich Ho Lung erst 1927 an. Nach dem Fehlschlagen des Nanchang-Aufstandes

floh Ho zunächst nach Juichin, Provinz Kiangsi, später nach Swatow und schließlich nach Hongkong. Etwa 1928 kehrte er über Shang-hai in seine Heimatprovinz Hunan zurück, wo er auf abenteuerliche Weise, anfangs nur mit einem Messer bewaffnet, in Kürze wieder eine schlagkräftige Truppe um sich scharte, die zunächst im Grenzgebiet von Hunan-Kueichou operierte, wo unter seiner Leitung 1928 auch ein neues Sowjetgebiet entstand. Sehr bald wurde ihm dann der Befehl über die 2. Rote Frontarmee übertragen, die sich aus seinen eigenen und kommunistischen Verbänden zusammensetzte. Zu Beginn des Langen Marsches verfügte die Armee von Ho über die beträchtliche Anzahl von 40 000 Gewehren. Den berühmt gewordenen Rückzug machte diese Truppe nicht mit der Hauptmacht der kommunistischen Streitkräfte mit, sondern auf einer eigenen, weit beschwerlicheren Route über Ost-Tibet, auf der sie durch Kämpfe, Hunger und Kälte erheblich dezimiert wurde. Nach der Vereinigung mit den Verbänden Chu Tes erreichte Ho schließlich im Herbst 1935 die neue kommunistische Basis im Grenzgebiet der Provinzen Shensi, Kansu und Ningshia. Mit Beginn des Chinesisch-japanischen Krieges erhielt Ho den Befehl über die 120. Division in der 8. Marscharmee, die im Raum Taiyüan operierte. 1940 gründete er das Grenzgebiet von Shansi-Suiyüan und befehligte bis zum Kriegsende die Truppen dieses Gebietes und des von Shensi-Kansu-Ninghsia. Während des Bürgerkrieges war Ho Lung Kommandeur des Militärbezirks Nordwest-China. 1949 stieß er mit seiner Armee von Shensi nach Ssuch'uan durch, wo er sich mit der von Liu Po-ch'eng befehligten 2. Feldarmee zusammenschloß.

1950:	Mitglied des Revolutionären Militärrates, Mitglied des Zentralen Volksregierungsrates und Kommandeur des Militärbezirks Südwest-China
1954, September:	Ernannt zum Marschall, zum stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates und stellvertretenden Ministerpräsidenten
1956, September:	Mitglied des Politbüros des VIII. ZK der KPCh
1964, November:	Stellvertretender Leiter einer Partei- und Regierungs-Delegation zu den Oktoberfeiern in Moskau
1966/67:	Während der Kulturrevolution stark angegriffen und gesäubert

Hsiao Ching-kuang

KPCh:	Mitglied des IX. ZK der KPCh Mitglied der Militärkommission beim ZK der KPCh
Regierung:	Vizeverteidigungsminister Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates
Militär:	Oberbefehlshaber der VBA-Flotte

Hsiao wurde 1904 in Changsha (Provinz Hunan) geboren. Er besuchte die Grundschule der Provinz Hunan und ging 1920 nach Shanghai, wo er sich der Kommunistischen Jugendliga anschloß. Von 1920 bis 1924 studierte er sodann an der Sun Yat-sen-Universität in Moskau. Nach einer einjährigen Lehrtätigkeit an der Huangpu-Militärakademie nahm er 1925/1926 am Nordfeldzug teil. Nach dem Scheitern der Ersten Einheitsfront ging er erneut in die Sowjetunion und kehrte erst 1930 wieder nach China zurück, wo er bis 1934 politische Aufgaben beim Aufbau einer Roten Armee erfüllte. Während des Langen Marsches fungierte er als Stabschef des

Kaderregiments. Beim Ausbruch des sino-japanischen Krieges wurde er Stabschef der 8. Marscharmee und 1945 schließlich zum Kandidaten des VII. ZK der KPCh gewählt.

1949, Dezember: Kommandeur des Wehrbezirks Hunan

1950, Januar: Mitglied des Zentral-Süd Militär- und Verwaltungskomitees

September: Oberbefehlshaber der VBA-Flotte

1954, September: Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates

Oktober: Vizeverteidigungsminister

1956, September: Mitglied des VIII. ZK der KPCh

1965, Juni: Mitglied des Ständigen Komitees des III. Nationalen Volkskongresses

Hsiao Hua

Hsiao wurde 1915 in Hsingkuo (Provinz Kiangsi) geboren. Bereits im Alter von 11 bis 13 Jahren arbeitete er für die KPCh, in die er schließlich im Dezember 1928 als Mitglied aufgenommen wurde. In der Zeit danach war er als Jugendfunktionär der KPCh in seinem Heimatkreis tätig. Als sich Mao Tse-tung im März 1929 in Hsingkuo aufhielt, wurde hier ein Seminar gegründet, in dem auch Hsiao seine erste politische Schulung erhielt. Noch im gleichen Jahr trat er in die Rote Armee ein. In den Jahren bis zum Langen Marsch war Hsiao nacheinander Direktor der Jugend-Abteilung in der Allgemeinen Politischen Abteilung der Roten Armee und Politkommissar der Jugendkommunisten-Division, die zur 5. Roten Armeegruppe gehörte. Während des Langen Marsches war er als Leiter der Jugend-Abteilung der Polit-Abteilung der 1. Marscharmee tätig, die während des Marsches die Vorhut der kommunistischen Verbände bildete. Im April 1936 wurde er zum Kommandeur und Politkommissar der 2. Division der in Kansu stationierten 1. Marscharmee ernannt. Kurze Zeit später wurde er schwer verwundet. Im März 1938 erfolgte seine Ernennung zum Politkommissar der 343. Brigade der 115. Division der 8. Marscharmee. Nach Ende des Chinesisch-japanischen Krieges wurde Hsiao 1946 Politkommissar des Militär-Bezirks Liaotung, im Oktober 1948 Politkommissar der 12. Armeegruppe, die Hsiao Ching-kuang befehligte.

1949, Dezember: Stellvertretender Direktor der Allgemeinen Polit-Abteilung des Revolutionären Militärrates

1953, Dezember: Direktor der Allgemeinen Kader-Abteilung des Militärrates

1954, September: Abgeordneter des Nationalen Volkskongresses für die Volksbefreiungsarmee

1956, September: Der VIII. Kongreß der KPCh wählte Hsiao zum Mitglied des ZK und zum stellvertretenden Sekretär der Zentralen Kontroll-Kommission

1959, April-Juni: Mitglied der von P'eng Te-huai geleiteten Militär-Delegation, die die Länder des europäischen Ostblocks und die Äußere Mongolei besucht

1961: Stellvertretender Generalsekretär des Militärrates des VIII. ZK der KPCh

1964, September: Direktor der Allgemeinen Politischen Abteilung der VBA

1965, Januar:	Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates
1967:	Stellvertretender Leiter der „Gruppe Kulturrevolution" der VBA
1967:	Während der Kulturrevolution scharf angegriffen und gesäubert.

Hsieh Fu-chih

Hsieh wurde 1898 in Hupei (oder Hunan) geboren. Am Institut der Roten Armee erhielt er eine militärische Ausbildung. Bis 1937 bekleidete er verschiedene Posten in der Roten Armee, zuletzt als Kommandeur einer Brigade. Als Politkommissar der 5. Brigade der 129. Division nahm er im August 1940 an der Schlacht der Hundert Regimenter teil. Ebenfalls als Politkommissar diente er 1947 in dem von Ch'en Keng befehligten Armeekorps. 1948 wurde Hsieh stellvertretender Kommandeur und Politkommissar des 4. Armeekorps der 2. Feldarmee, die von Liu Po-ch'eng befehligt wurde. Mit der Einnahme der Provinz Ssuch'uan durch die kommunistischen Truppen wurde Hsieh zum Politkommissar des Militär-Bezirks Ost-Ssuch'uan, zum KP-Sekretär des Komitees für Ost-Ssuch'uan und zum Vorsitzenden des Finanz- und Wirtschaftsrates des Verwaltungsamtes für Ost-Ssuch'uan ernannt.

1950, Juli:	Mitglied des Militär- und Verwaltungsrates Südwest-China
1953, Januar:	Mitglied des Verwaltungsrates Südwest-China
1955, April:	Ernannt zum 1. KP-Sekretär der Provinz Yünnan
September:	Ernannt zum Generaloberst
1956, September:	Mitglied des VIII. ZK der KPCh
1959, September:	Minister für Öffentliche Sicherheit
1963, November:	Kommandeur der Streitkräfte der Öffentlichen Sicherheit
1964, Juni:	Politkommissar der Streitkräfte für Öffentliche Sicherheit
1965, Januar:	Stellvertretender Ministerpräsident und Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates
1966, August:	Kanditat des Politbüros des VIII. ZK der KPCh
1967:	Vorsitzender des Revolutionskomitees von Peking
1967, Oktober:	Politkommissar des Wehrbereichs Peking
1969:	Mitglied des Politbüros des IX. ZK der KPCh
1971:	1. Sekretär des Stadtparteikomitees von Peking
1972 (26. 3.):	Verstorben

Hsü Hsiang-ch'ien

KPCh:	Mitglied des IX. ZK der KPCh
Regierung:	Vizevorsitzender des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses
Militär:	Marschall

Hsü wurde 1902 im Kreis Wutai (Provinz Shansi) geboren. 1924 trat er in die Huangpu-Militär-Akademie ein und wurde im Frühjahr 1927 Mitglied der KPCh. Nach dem Bruch zwischen Kuomintang und KPCh im Juli 1927 begab sich Hsü nach Kanton, wo er aktiven Anteil an der kommunistischen Untergrundarbeit hatte. Ab Juni 1929 baute er zusammen mit Chang Kuo-t'ao im Grenzgebiet von Hupei-Honan-Anhui eine kommunistische Basis auf. Aus unscheinbaren Anfängen erstand hier die 31. Rote Arbeiter- und Bauern-Division, die, der 4. Armee unterstellt, binnen drei Jahren zu einer 30000 Mann zählenden Einheit anwuchs. 1932 wurde Hsü mit seiner Division von den Kuomintang-Truppen in der Provinz Ssuch'uan bedrängt. Von hier aus stieß er im Sommer 1935 zu den kommunistischen Verbänden, die sich auf dem Langen Marsch befanden. Nach der Ausschaltung von Chang Kuo-t'ao, mit dem Hsü eng verbunden war, wurde er in Yenan zur Selbstkritik gezwungen und bei der Reorganisation der Roten Armee 1937 lediglich als stellvertretender Kommandeur der 129. Division eingesetzt. In dieser Zeit erkrankte er an Tuberkulose und wurde 1939 zur Kur in die Sowjetunion geschickt, aus der er erst 1949 zurückkehrte. In Abwesenheit wählte man ihn 1945 zum Mitglied des ZK der KPCh.

1950, Oktober:	Mitglied des Zentralen Regierungsrates; Stabschef der Revolutions-Kommission und stellvertretender Kommandeur des Militär-Bezirks Nordchina. (Alle diese Posten bekleidete Hsü jedoch nur nominell, da er sich, noch immer nicht von seiner Krankheit genesen, in den folgenden Jahren in seiner Heimatgemeinde Wutai aufhielt).
1954, Oktober:	Stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates
1955, September:	Befördert zum Marschall
1956, September:	Mitglied des VIII. ZK der KPCh
1965, Januar:	Stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses
1966, Januar:	Leiter der Kulturrevolutionsgruppe der Armee
August:	Mitglied des Politbüros des VIII. ZK der KPCh
1967, Juli:	Während der Kulturrevolution angegriffen, aber nicht gesäubert

Hsü Shih-yu

KPCh:	Mitglied des Politbüros des IX. ZK der KPCh Mitglied der Militärkommission beim ZK der KPCh 1. Sekretär des Provinzparteikomitees von Kiangsu

Regierung:	Vorsitzender des Revolutionskomitees der Provinz Kiangsu Stellvertretender Verteidigungsminister Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates
Militär:	Generaloberst

Hsü wurde 1906 in Huangan (Provinz Hupei) geboren. Er begann seine militärische Laufbahn in den Guerrilla-Verbänden von Hsü Hsiang-ch'ien im Grenzgebiet von Honan-Hupei-Anhui. Von 1932 an operierte er, noch immer unter Hsü Hsiang-ch'ien, in Ssuch'uan. Hier weigerte dieser sich 1935, mit seinen Truppen der Hauptmacht der kommunistischen Streitkräfte, die sich auf dem Langen Marsch befanden, anzuschließen. Ob auch Hsü Shih-yu von dieser Weigerung betroffen war, ließ sich bisher nicht ermitteln. 1937 war er jedoch in Yenan, wo er eine Militär- und Politschule besuchte. 1940 war er erneut unter Hsü Hsiang-ch'ien eingesetzt, und zwar als Kommandeur einer Brigade in der Provinz Shantung. 1942 befehligte er den Militär-Bezirk Chingho, 1944 den Militär-Bezirk Pohai und gleichzeitig das 9. Armeekorps. Im September 1947 wurden seine Verbände zum Ostfront-Armeekorps umorganisiert und der Feldarmee Ostchina unterstellt. Anfang 1948 übernahm er den Militär-Bezirk Chiaotung als Kommandeur. Kurze Zeit später wurden seine Verbände umbenannt in 11. Armeekorps und der 3. Feldarmee unterstellt. In dieser Zeit befehligte Hsü außerdem den Militär-Bezirk Shantung.

1950, Januar:	Mitglied des Militär- und Verwaltungsrates Ostchina
1953:	Mitglied des Verwaltungsrates Ostchina
1954, September:	Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates
November:	Kommandeur des Wehrbereichs Nanking
1955, September:	Befördert zum Generaloberst
1956, September:	Kandidat des VIII. ZK der KPCh
1959, September:	Stellvertretender Verteidigungsminister

Huang K'e-ch'eng

Huang wurde 1899 im Kreis Yunghsing (Provinz Hunan) geboren. 1924 beendete er den 1. Lehrgang an der Militärakademie Huangpu. 1927 trat er in die KPCh ein; im gleichen Jahr gehörte er zu den Organisatoren des Herbsternte-Aufstandes in Hunan. 1928 schloß er sich dem von Mao Tse-tung gegründeten Sowjet Chingkanshan im Grenzgebiet von Kiangsi-Hunan an. 1934/35 gehörte er zu den Teilnehmern des Langen Marsches, um danach in Yenan für kurze Zeit die Leitung der Organisations-Abteilung des ZK der KPCh zu übernehmen. Mit Neugründung der Neuen 4. Armee, 1941 erhielt er den Befehl über die 3. Division und wurde gleichzeitig Kommandeur des Bezirks Nord-Kiangsu. 1945 erfolgte seine Wahl zum Kandidaten des ZK der KPCh. Nach Ende des Chinesisch-japanischen Krieges gehörte Huang unter Lin Piao zu den Militärs, die Truppen in der Mandschurei aufstellten. Im Rahmen der von Lin Piao befehligten Verbände hatte Huang entscheidenden Anteil an den Siegen gegen die Truppen der National-

regierung, sowie an der Einnahme von Tientsin und Peking. Im Januar 1949 wurde er Vorsitzender der Militär-Kontroll-Kommission Tientsin, war jedoch auch in der Folgezeit an den Feldzügen der 4. Feldarmee beteiligt. Nach der kampflosen Einnahme der Provinz Hunan wurde Huang zum stellvertretenden Vorsitzenden des Militär- und Politrates von Hunan, zum Politkommissar des Militär-Bezirks Hunan und zum Mitglied der Militär-Kontroll-Kommission Hunan ernannt. Im Sommer 1949 wurde er überdies Mitglied des Militär- und Politrates Zentral-Süd-China, um anschließend den Befehl über das 12. Armeekorps der 4. Feldarmee zu übernehmen.

1950: Das von Huang befehligte 12. Armeekorps gehörte zu den Verbänden der „Volksfreiwilligen", die den Yalu überschritten. Huang wurde nachgewählt zum Mitglied des ZK der KPCh nach dem Tod von Jen Pi-shihs

1952: Ernannt zum Mitglied der Staatlichen Planungskommission

1952, Oktober: Stellvertretender Stabschef des Revolutionären Militärrates

1954, September: Mitglied des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses und Direktor der Logistischen Abteilung

Oktober: Stellvertretender Verteidigungsminister (bis September 1959) und zum Generalstabschef der VBA (bis Sept. 1959)

1955, September: Befördert zum Armeegeneral

1956, September: Mitglied des Sekretariats des VIII. ZK der KPCh

1959, September: Zusammen mit dem ehemaligen Verteidigungsminister P'eng Te-huai abgelöst.

Huang Yung-sheng

Huang wurde 1908 in Huangan (Provinz Hupei) geboren. Bereits in seiner Jugend nahm er an Bauernaufständen in seiner Heimatprovinz teil. Später schloß er sich der 24. Roten Armee an. 1930 wurde er Kommandeur des Wachregimentes des Hauptquartiers der Roten Armee. 1932 übernahm er das 3. Regiment im 1. Armeekorps. 1934/35 gehörte er zu den Teilnehmern des Langen Marsches. Zu Beginn des Chinesisch-japanischen Krieges befehligte Huang ein Regiment in der 115. Division der 8. Marscharmee, später wurde er zum Kommandeur des 3. Unterbezirks im Militär-Bezirk Shansi-Hopei-Chahar ernannt. Zu Ende des Krieges befehligte Huang ein Korps im Gebiet von Paoting-Shihchiachuang. Die folgenden Jahre sahen ihn auf verschiedenen Kommandoposten in Nord- und Nordost-China, bis er schließlich im September 1949 zum stellvertretenden Kommandeur des Militär-Bezirks Kuangsi ernannt wurde.

1950, März: Mitglied des Militär- und Verwaltungsrates Südwest-China und Ratsmitglied der Volksregierung der Provinz Kuangsi

1951, Juni: Befehlshaber des Wehrbezirks Kuangsi

1953, Februar: Befehlshaber des Wehrbezirks Südchina

April: Befehlshaber des Wehrbezirks Kuangtung

Mai: Ernannt zum Stabschef des Wehrbereichs Zentral-Südchina

1954, März:	Stellvertretender Oberbefehlshaber der 4. Feldarmee und Stellvertretender Kommandeur des Wehrbereichs Zentral-Südchina
September:	Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates Befehlshaber des Wehrbereichs Kanton
1955, September:	Befördert zum Generaloberst
1956, September:	Kandidat des VIII. ZK der KPCh
1964, Februar:	Sekretär des Büros Zentral-Südchina des VIII. ZK der KPCh
1968:	Vorsitzender des Revolutionskomitees der Provinz Kuangtung Generalstabschef der VBA Generalsekretär der Militärkommission der VBA
1969:	Mitglied des Politbüros des IX. ZK der KPCh
1971:	gesäubert

Jao Shu-shih

Jao wurde 1905 in Nanch'ang (Provinz Kiangsi) geboren. Dort absolvierte er auch die Mittelschule, bis er sich während seines Studiums an der Universität Shanghai der KPCh anschloß.

Der großen Säuberung von 1927 durch Chiang entging er nur knapp, diente jedoch später in Kiangsi wieder in der Roten Armee. Während des sino-japanischen Krieges wurde er 1943 Politkommissar der Neuen Vierten Armee.

1949, Dezember:	Vorsitzender des Ost-China Militär- und Verwaltungskomitees
1951:	Erster Sekretär des Ost-China-Büros des VIII. ZK der KPCh und gleichzeitig 1. Sekretär des Shanghaier Stadtparteikomitees
1952:	Direktor der Organisationsabteilung des ZK der KPCh
1952, November:	Mitglied der Staatlichen Plankommission
1955, April:	Der Konspiration mit Kao Kang beschuldigt und gesäubert

Kao Kang

Kao wurde 1895 in Hengshan (Provinz Shensi) geboren. Nach dem Besuch der Grundschule schloß er sich der Sozialistischen Jugendliga an und trat 1926 der KPCh bei. Nach dem Bruch der Ersten Einheitsfront organisierte er Bauernaufstände und stellte in Shensi Guerrillaeinheiten auf. Während des sino-japanischen Krieges agierte er im Shensi-Kansu-Ninghsia-Grenzgebiet. 1946 begleitete er Lin Piao nach Nordost-China und beteiligte sich an der Befreiung dieser Region.

1949, August:	Vorsitzender der Nordost-Volksregierung
Oktober:	Vizevorsitzender des Zentralen Volksregierungsrates
1950, Juli:	Sekretär des Nordostbüros des ZK der KPCh
August:	Kommandeur der Nordost-Militärregion der VBA

1952, November:	Vorsitzender der Staatlichen Plankommission
1953, Januar:	Vorsitzender der Nordost-Verwaltungskomitees
1954, Februar:	Der Konspiration mit Jao Shu-shih beschuldigt
1955, März:	Formal aus der KPCh ausgeschlossen
1956:	Angeblich Selbstmord begangen

Kuo Mo-jo

KPCh:	Mitglied des IX. ZK der KPCh
Regierung:	Stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses
Sonst:	Präsident der Akademie der Wissenschaften Mitglied des Ständigen Komitees der Politischen Konsultativ-Konferenz des Chinesischen Volkes Vorsitzender des Friedensrates Stellvertretender Vorsitzender des Weltfriedensrates

Kuo Mo-jo wurde 1891 im Kreis Loshan (Provinz Ssuch'uan) geboren. Er studierte in Chengtu, Shanghai und etwa ab 1917 an der Kaiserlichen Universität Tokio, die er 1921 mit der Promotion verließ. Von 1925 bis 1927 leitete er das Institut für Chinesische Literatur an der Universität Kuangtung. Während der Nordexpedition war er stellvertretender Direktor der Abteilung für politische Schulung im Hauptquartier der Revolutionsstreitkräfte. Ende 1927 ging er erneut nach Japan, wo er ein Jahrzehnt bis zum Ausbruch des Chinesisch-japanischen Krieges blieb. 1938 wurde Kuo zum Direktor des Propagandaamtes des Zentralen Militärrates der Nationalregierung in Nanking ernannt. Nach der Verlegung der Zentralregierung nach Chung-king wurde er außerdem mit der Leitung der Kommisssion für Kulturarbeit des Zentralen Militärrates betraut. 1945 folgte er einer Einladung der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften nach Moskau. Nach der Kapitulation der Japaner gehörte er als Vertreter der nicht-parteilich gebundenen Gruppe der Politischen Konsultativ-Konferenz an, die von der Kuomintang und der KPCh gebildet wurde. Im September 1949 nahm er an der Politischen Konsultativ-Konferenz des Chinesischen Volkes teil.

1949, Oktober:	Mitglied des Zentralen Volksregierungsrates Stellvertretender Ministerpräsident Vorsitzender des Komitees für Kultur und Erziehung (alle Posten bis September 1954)
November:	Präsident der Akademie der Wissenschaften
1954, Oktober:	Stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses
1956:	Stellvertretender Vorsitzender der wissenschaftlichen Planungs-Kommission
1958, Juni:	Mitglied der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften
Dezember:	Eintritt in die KPCh

Li Te-sheng

KPCh:	Kandidat des Politbüros des IX. ZK der KPCh Mitglied der Militärkommission beim ZK der KPCh 1. Sekretär des Provinzparteikomitees von Anhui
Regierung:	Vorsitzender des Provinzrevolutionskomitees von Anhui
Militär:	Direktor der Allgemeinen Politischen Abteilung der VBA Befehlshaber des Wehrbezirks Anhui
	Li wurde 1909 in Huangan (Provinz Hupei) geboren und war während des Langen Marsches von 1934-36 Kompaniechef der 4. Frontarmee.
1949, Mai:	Divisionskommandeur der 2. Feldarmee der VBA
1966, September:	Armeekommandeur der VBA
1967, Oktober:	Vorsitzender der Militärkommission von Anhui
Dezember:	Befehlshaber des Wehrbezirks von Anhui
1968, März:	Verantwortliches Mitglied des Vorbereitungsausschusses für die Gründung eines Führungsorgans der Provinz Anhui
April:	Vorsitzender des Revolutionskomitees der Provinz Anhui
1971:	1. Sekretär des Provinzparteikomitees von Anhui

Lin Piao

Lin Piao wurde 1907 in Huihungshan (Provinz Hupei) geboren. Nach Absolvierung der Mittelschule in Wuchang, wo er erstmals mit revolutionären Ideen in Verbindung kam, trat er, noch keine zwanzig Jahre alt, als Kadett in die Huangpu-Militärakademie ein. 1925 wurde er Mitglied der KPCh. Nach einem glänzenden Abschlußexamen nahm er zunächst als Hauptmann an der Nord-Expedition teil. Hier war er eine Zeit Adjutant bei General Chang Fa-k'uei, dem „Eisernen General", der die 4. Nationalarmee befehligte. Mit 20 Jahren wurde Lin Piao zum Oberst befördert. Nach dem Nanchang-Aufstand schloß sich Lin im August 1927 mit dem von ihm befehligten Regiment der 20. Armee unter Ho Lung und Yeh T'ing an. Anschließend war er unter Chu Te an der Organisierung von Bauernaufständen in der Provinz Hunan beteiligt. 1928, als er zusammen mit Chu Te in dem von Mao Tse-tung gehaltenen kommunistischen Basisgebiet auf dem Chingkanshan eintraf, hatte er sich bereits in einigen Gefechten mit Truppen der Kuomintang hervorragend geschlagen. Dank dieser Erfolge gehörte er schon bald zu den führenden Militärs der Kommunisten, weshalb ihm auch die Leitung der Akademie der Roten Armee übertragen wurde. 1932 wurde Lin Piao das Kommando über das 20 000 Mann starke 1. Rote Armeekorps übertragen, das bald zu einer Elitetruppe der gesamten Roten Armee wurde. Alle Versuche der zum Teil weit überlegenen Kuomintang-Streitkräfte, dieses Korps zu vernichten, waren vergeblich. Während des Langen Marsches kommandierte Lin Vorhuttruppen unter dem Oberbefehl von P'eng Te-huai. In Shensi, dem Endpunkt des Langen Marsches, übernahm Lin sofort wieder die Militärakademie. Zu Beginn des Chinesisch-japanischen Krieges befehligte er die 115. Division der 8. Marscharmee. Er erwarb

sich neuen Ruhm bei der Schlacht von Pinghsingkuan, wo seine Verbände die in die Provinz Shensi vorrückenden japanischen Truppen im September 1937 schlugen, der bis dahin erste Sieg, welcher gegen die Japaner überhaupt errungen worden war. Kurze Zeit später erlitt Lin Piao eine Verwundung, die er in der Sowjetunion ausheilte. Er benutzte diesen Auslandsaufenthalt auch zum Studium der modernen Kriegführung. In der letzten Phase des Chinesisch-japanischen Krieges gehörte Lin Piao zu der kommunistischen Delegation, die in Chungking mit der Nationalregierung Verhandlungen führte. Zum Zeitpunkt der japanischen Kapitulation war er Kommandeur des Militärbezirks Shantung und wurde unmittelbar darauf in die Mandschurei entsandt, wo er die Demokratische Vereinigte Armee Nordost-China aufstellte, die, in engem Kontakt mit den sowjetischen Okkupationstruppen, mit den Waffen der 600 000 Mann starken japanischen Armee ausgerüstet wurde. Im gleichen Jahre wurde er vom VII. Kongreß der KPCh zum Mitglied des ZK gewählt. Als die Truppen der Kuomintang die Mandschurei besetzen wollten, hatte Lin mit seiner Armee hier bereits so fest Fuß gefaßt, daß diese sich auf eine Besetzung der Städte beschränken mußten. Es waren die Verbände Lin Piaos, die dem anschließenden Bürgerkrieg eine entscheidende Wendung gaben, als es ihm im November 1948 gelang, die Kuomintang-Verbände aus der Mandschurei zu vertreiben. Nach diesem Erfolg wurden die Truppen Lins zur 4. Feldarmee reorganisiert.

1949, Oktober: Stellvertretender Vorsitzender des Zentralen Volksregierungsrates
Stellvertretender Vorsitzender des Revolutionären Militärrates
Vorsitzender des Militär- und Politrates Zentral-Südchina

1950, Juli: Mitglied des Politbüros des VII. ZK der KPCh

Oktober: Die Armee der chinesischen „Volksfreiwilligen", im wesentlichen rekrutiert aus Soldaten der 4. Feldarmee, tritt unter Führung von Lin Piao (bis 1951) in den Koreakrieg ein.

1952, November: Stellvertretender Vorsitzender der Militärkommission beim VII. ZK der KPCh
Mitglied der Staatlichen Plan-Kommission (bis Oktober 1954)

1954, September: Stellvertretender Ministerpräsident
Stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates

1955, September: Befördert zum Marschall

1958, Mai: Von der 2. Plenarsitzung des VIII. ZK der KPCh in das ständige Komitee des Politbüros und zum stellvertretenden Vorsitzenden des ZK der KPCh gewählt

1959, September: Ernannt zum Verteidigungsminister

1966/68: Zentrale Figur in der Kulturrevolution

1971: gesäubert, möglicherweise tot.

Liu Hsien-ch'üan

KPCh:	Mitglied des IX. ZK der KPCh Mitglied der Militärkommission beim ZK der KPCh 1. Sekretär des Provinzparteikomitees von Ch'inghai
Regierung:	Vorsitzender des Revolutionskomitees der Provinz Ch'inghai Stellvertretender Leiter der Kulturgruppe des Staatsrates
Militär:	Generalmajor Politkommissar der VBA-Luftwaffe

Liu wurde im Jahre 1914 in Fukien geboren und diente schon 1930 als Rekrut in der 3. Kompanie des 1. und 5. Regiments der 35. Division der 12. Roten Armee in Süd Kiangsi.

1966:	Befehlshaber und Politkommissar des Wehrbezirks Ch'inghai
1967, Juli:	Verantwortliches Mitglied des Vorbereitungsausschusses für die Gründung eines Führungsorgans der Provinz Ch'inghai
August:	Vorsitzender des Revolutionskomitees der Provinz Ch'inghai
1968, Februar:	Vizeoberbefehlshaber des Wehrbereichs Lanchou

Liu Po-ch'eng

KPCh:	Mitglied des Politbüros des IX. ZK der KPCh
Regierung:	Stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses Stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates
Militär:	Marschall

Liu wurde 1892 in K'aihsien (Provinz Ssuch'uan) geboren. Er besuchte die Militärakademie in Chengtu, der Hauptstadt von Ssuch'uan, an der er kurz vor der Revolution von 1911 seine Ausbildung abschloß. Seine Karriere als junger Offizier begann er in den Verbänden von General Hsiung K'e-wu, der nach der Revolution gegen die Mandschu-Truppen zu Felde zog. In den folgenden Jahren zeichnete sich Liu wiederholt durch Tapferkeit aus und wurde mehrfach verwundet. In dieser Zeit verlor er ein Auge, was ihm den Namen „Einäugiger Drache" einbrachte. Anfang der zwanziger Jahre geriet Liu unter den Einfluß von Wu Yü-chang, eines Gelehrten und Revolutionärs aus seiner Heimatprovinz Ssuch'uan, der ihn für die Sache des Kommunismus gewann. Im Mai 1926 trat Liu in die KPCh ein und führte für eine kurze Zeit Guerrillaverbände in Ssuch'uan. Sehr bald aber schloß er sich der Nord-Expedition an, die im Sommer 1926 begann, erhielt das Kommando über die 15. Armee und fungierte gleichzeitig als Verbindungsoffizier zu den Verbänden von Yang Sen in Ssuch'uan. Im August 1927 hatte Liu entscheidenden Anteil am Nanchang-Aufstand. Nach dem Fehlschlag desselben ging Liu in die Sowjetunion, wo er zunächst an der Moskauer Infantrieschule, von 1928-1930 an der Universität der Roten Armee (Frunze-Militärakademie) studierte. Im Sommer 1930 kehrte Liu Po-ch'eng nach China zurück und erhielt den Auftrag, Nanchang zu nehmen. Nach dem Fehlschlagen dieses Unternehmens zog sich Liu

mit seinen Truppen nach Ost-Hunan zurück. 1931 stieß er zu den Hauptkräften der Kommunisten im Kiangsi-Sowjet. Die folgenden drei Jahre leitete er hier die Akademie der Roten Armee, 1932 wurde er außerdem zum Chef des Stabes des Hauptquartiers der kommunistischen Streitkräfte ernannt. Während des Langen Marsches befehligte Liu Po-ch'eng Vorhutverbände, wo er wesentlich Anteil vor allem an der Bewältigung der schwierigsten Marschstrecke hatte, die durch Sikang führte. In dem während des Langen Marsches ausgefochtenen innerparteilichen Kampf schlug sich Liu auf die Seite von Mao Tse-tung. Mit Ausbruch des Chinesisch-japanischen Krieges (1937) erhielt Liu den Befehl über die 129. Division, die eine der drei Divisionen der reorganisierten 8. Marscharmee war. Operationsbasis dieses Truppenverbandes war zunächst das Gebiet von Shansi und Hopei, das später auf Honan und Shantung ausgedehnt wurde. Im Frühjahr 1944 wurde unter dem Kommando von Liu das Hauptquartier von Shansi-Hopei-Shantung-Honan-Anhui errichtet. Im August 1945 wurde Liu vom VII. Kongreß der KPCh erstmals in das ZK gewählt. Nach der japanischen Kapitulation befehligte er weiterhin die Truppen im Gebiet von Shansi-Hopei-Shantung-Honan. 1948 wurden seine Verbände zur 2. Feldarmee umorganisiert, die in der Folgezeit den entscheidenden Anteil an der Bekämpfung der Kuomintang-Truppen in Südchina haben sollte. Im April 1949 nahm Liu Nanking und stieß über Kueichou, Ssuch'uan bis nach Yünnan vor. Im September 1949 wurde Liu zum Mitglied der Politischen Konsultativ-Konferenz des chinesischen Volkes gewählt.

1949, Oktober:	Erster stellvertretender Sekretär des ZK der KPCh, Mitglied des Zentralen Regierungs- und Verwaltungsrates und Mitglied des Revolutionären Militärrates
1951:	Direktor der Militärakademie der Volksbefreiungsarmee
1954, Juni:	Stellvertretender Vorsitzender des Revolutionären Militärrates
September:	Stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates Direktor der Ausbildungs-Abteilung der Volksbefreiungsarmee Stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses
1955, September:	Ernannt zum Marschall
1956, September:	Vom VIII. Kongreß der KPCh zum Mitglied des Politbüros gewählt.

Liu Shao-ch'i

Liu wurde 1898 in Yinshan (Provinz Hunan) geboren. Ab 1916 besuchte er die Lehrerbildungsanstalt in Changsha, an der auch Mao Tse-tung von 1913 bis 1918 studiert hat. Im folgenden Jahr begab sich Liu nach Shanghai, wo er sich der Sozialistischen Jugendliga anschloß. Bereits Ende 1920 wurde er, zusammen mit einigen anderen jungen Chinesen, von dem Kominternagenten Woitinsky zur weiteren Ausbildung nach Moskau geschickt. Kurze Zeit nach ihrer Gründung trat er der KPCh in Moskau bei. Im Frühjahr 1922 kehrte er nach China zurück und arbeitete zunächst unter Chang Kuo-t'ao im Chinesischen Arbeitersyndikat in Shanghai. Später wurde er in das Gebiet des Kohlenbergwerks Pinghsiang (Kiangsi-Hunan) entsandt, um dort die Arbeiterschaft zu organisieren. Dank seiner Geschicklichkeit und seines Organisationstalentes entwickelte sich der

Kohlendistrikt Pinghsiang bald zum Zentrum der Arbeiterbewegung. Zwei Jahre später wählte ihn der V. Kongreß der KPCh zum Mitglied seines ZK. Nach dem Bruch zwischen der Kuomintang und der KPCh war Liu in den folgenden Jahren im Untergrund tätig. In den Jahren 1930 bis 1932 leitete er von Shanghai aus den Nationalen Arbeiterverband. Im Herbst 1932 floh er in den Kiangsi-Sowjet. Etwa seit dieser Zeit gehört Liu auch dem Politbüro an. 1934, bei Beginn des Langen Marsches, blieb Liu mit dem Auftrag zurück, Guerillaverbände zu organisieren, 1935 tauchte er in Peking auf, wo er sich als Leiter des Büros Nord-Chinas des ZK der KPCh hauptsächlich mit der Organisierung von Studenten befaßte, von denen er nicht wenige veranlaßte, sich den inzwischen in Nordchina eingetroffenen Kommunisten anzuschließen. Nachdem er noch im gleichen Jahr an der Ausschaltung der Anti-Mao-Gruppe in Nordchina beteiligt war, widmete er sich die folgenden Jahre erneut der Untergrundarbeit in Peking und Tientsin. 1937 kehrte er nach Yenan zurück und unterstützte Mao Tse-tung bei der Ausschaltung von Chang Kuo-t'ao. Während des Chinesisch-japanischen Krieges leitete Liu die Parteiarbeit in den japanisch besetzten Gebieten. 1943 wurde Liu Sekretär des Sekretariates im ZK der KPCh und stellvertretender Vorsitzender des Militärrates im ZK der KPCh. Auf dem VII. Kongreß der KPCh, 1945, erfolgte die Wahl Lius zum stellvertretenden Vorsitzenden des Politbüros. Als im gleichen Jahr Mao Tse-tung für einige Wochen zu Verhandlungen mit der Nationalregierung nach Chungking ging, fungierte Liu erstmals als dessen Stellvertreter.

1949, Oktober: Stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Volksregierung und Stellvertretender Vorsitzender des Revolutionären Militärrates

November: Während der Abwesenheit Mao Tse-tungs, der sich bis Februar 1950 zu Verhandlungen in Moskau aufhielt, fungierte Liu wieder, wie schon 1945, als dessen Stellvertreter

1952, Oktober: Leiter einer Delegation der KPCh zum XIX. Parteitag der KPdSU in Moskau

1956, September: Mitglied des Ständigen Komitees des Politbüros

1959, April: Staatspräsident der Volksrepublik China (verbunden mit dem Amt des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates)

1960, Novemebr: Leiter einer Delegation der KPCh zu den Feiern anläßlich des 43. Jahrestages der Oktoberrevolution in Moskau

1966, August: Hauptziel der Angriffe während der Kulturrevolution

1968: Offiziell aus der KPCh ausgeschlossen und aller Ämter in Partei und Staat enthoben.

Lo Jui-ch'ing

Lo wurde 1906 im Kreis Liangshan (Provinz Ssuch'uan) geboren. Er absolvierte die Militärakademie Huangpu und machte 1926 den Nordfeldzug mit. Wahrscheinlich im Anschluß daran studierte er kurze Zeit in Moskau Methoden der Geheimpolizei. Von dort aus ging er nach Frankreich, wo er an einer Schule des Ostbüros der Kommunistischen Internationale einen Kursus absolvierte. Etwa 1927 trat er in die KPCh ein. 1928 wurde er in der kommunistischen Basis auf dem Chingkanshan mit politischer Schulung betraut. Im folgenden Jahr bekleidete er die

Stellung eines Politkommissars der 11. Division der 4. Armee. 1932 wurde er schwer verwundet. Während des Langen Marsches war Lo zunächst Direktor des Sicherheits-Büros, später Direktor einer Abteilung der 1. Frontarmee. Nach Ende des Langen Marsches absolvierte er zunächst einen Lehrgang der Universität der Roten Armee, um anschließend, 1936, die Leitung der Erziehungs-Abteilung dieser Universität zu übernehmen. Kurze Zeit später wurde er zum Direktor der Polit-Abteilung der 8. Marscharmee sowie zum Mitglied des Büros Nordchina des ZK der KPCh ernannt. 1944 leitete er die Polit-Abteilung des 18. Armeekorps. 1945 wählte ihn der VII. Kongreß der KPCh zum Mitglied seines ZK. Während des Bürgerkrieges war er auf zahlreichen Posten der VBA, durchweg als Politkommissar oder Leiter von Polit-Abteilungen, in Nordchina eingesetzt.

1949, Oktober:	Mitglied des Regierungs- und Verwaltungsrates Minister für Öffentliche Sicherheit Mitglied des Revolutionären Militärrates
1950:	Mitglied des Volksregierungsrates von Peking und Direktor des Pekinger Büros für Öffentliche Sicherheit
1950, Januar:	Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Öffentlichen Sicherheit
1954, April:	Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates
1955, September:	Ernannt zum Armeegeneral
1959, April:	Stellvertretender Ministerpräsident
September:	Stellvertretender Verteidigungsminister und Gneralstabschef
1962, September:	Mitglied des Sekretariats des VIII. ZK der KPCh
1965, Januar:	Stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates
November:	Aller Ämter enthoben
1967:	Standrechtlich erschossen (nach Meldungen von Rotgardistenzeitschriften)

Lo Jung-huan

Lo wurde im Jahre 1902 in Hengshan (Provinz Hunan) geboren, besuchte die Mittelschule in Changsha und später die Universität in Kanton. Im Jahre 1927 schloß er sich der Kommunistischen Jugendliga an und trat gleichzeitig der KPCh bei. Er nahm am Nanchang- und am Herbsternteaufstand teil und wurde Repräsentant der KPCh auf der Kompanie-, Bataillons- und Regimentsebene. Er war 1930 Politkommissar der 4. Roten Armee, 1932 Politkommissar des 1. Roten Armeekorps und nahm am Langen Marsch teil. Während des sino-japanischen Krieges war er Direktor der Politischen Abteilung der 115. Division der 8. Marscharmee, danach Politkommissar und amtierender Kommandeur der 115. Division sowie schließlich Kommandeur und Politkommissar des Militärdistrikts Shantung. Im Jahre 1946 wurde er Politkommissar der Nordost-Militärregion. Zusammen mit Lin Piao führte er die Kommunistischen Truppen von der nördlichen Mandschurei nach Süden.

1949, Oktober:	Mitglied des Zentralen Volksregierungsrates sowie Direktor der Allgemeinen Politischen Abteilung des Revolutionären Militärrates
1954, September:	Vizevorsitzender des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses und Vizevorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates
1955, September:	Marschall der VRCh
1956, September:	Mitglied des Politbüros des VIII. ZK der KPCh, Direktor der Allgemeinen Politischen Abteilung und Direktor der Personalabteilung beim ZK der KPCh
1963, (16. 12.):	Verstorben

Mao Tse-tung

KPCh: Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Politbüros des IX. ZK der KPCh

Mao wurde am 26. 12. 1893 in dem Dorf Shaoshan, Kreis Hsiang-t'an (Provinz Hunan) geboren. Von seinem 8. bis 13. Lebensjahr lernte Mao bei einem Privatlehrer Lesen und Schreiben. 1910 ging er für ein Jahr an die Grundschule in Hsiangh-siang. Hier befaßte er sich besonders mit der Lektüre von chinesischen und westlichen Nationalhelden, wie K'ang Yu-wei und Liang Ch'i-ch'ao, sowie Napoleon, Washington, Peter den Großen etc., die einen starken Patriotismus in ihm erweckten. 1911 bestand er die Aufnahmeprüfung an der Mittelschule in Changsha, gerade zu der Zeit, als die Mandschu-Dynastie gestürzt wurde. Angesteckt von der revolutionären Begeisterung dieser Tage schloß sich Mao Tse-tung als Soldat der Armee von General Chao Heng-t'i an, in der er bis Februar 1912 blieb. In der Absicht, sich weiter zu bilden, besuchte er nacheinander eine Handelsschule und die 1. Mittelschule von Hunan, um ihnen jedoch schon bald wieder unzufrieden den Rücken zu kehren. Anfang 1913 wurde er schließlich in eine Lehrerbildungsanstalt aufgenommen. Nach Maos eigener Aussage hat diese Anstalt bis zum Herbst 1918 den Grundstock seines Wissens und seiner Bildung gelegt. Seine Lieblingsfächer waren Geschichte, Geographie und Philosophie, während er für Naturwissenschaften, Mathematik und Sprachen wenig Interesse zeigte. Eines der Bücher, die Mao während des Studiums stark beeindruckte, war Friedrich Paulsens „Ethik", die ins Chinesische übersetzt worden war. Der Lehrer, der Mao wohl am stärksten beeinflußt hat, war Yang Ch'ang-chi, der sechs Jahre in Japan und vier in England studiert hatte und in Changsha Ethik, Logik, Psychologie, Pädagogik und Philosophie lehrte, und der seinerseits unter dem Einfluß des Pragmatismus von Wang Fu-chih und der Lehren von Kant, Spencer und Rousseau stand.

Im September 1918 ging Mao nach Peking, wo ihm Professor Li Ta-chao, den er schon früher kennengelernt hatte, eine Stellung als Gehilfe in der Bibliothek der Peking-Universität verschaffte.

In seiner ersten Pekinger Zeit fühlte sich Mao besonders zu den russischen Schriftstellern Kropotkin, Bakunin und Tolstoi hingezogen, welche die Grundlage für seine radikalen und gelegentlich anarchistischen Anschauungen legten.

Im Frühjahr 1919 kehrte Mao nach Changsha zurück und nahm die Stellung als Lehrer einer Grundschule an, ging aber schon 1920 erneut nach Peking, wo er erstmals kommunistische Schriften las, die ihm bislang wesentlich nur aus Artikeln von Ch'en Tu-hsiu bekannt waren.

Als am 1. 7. 1921 in Shanghai die KPCh gegründet wurde, gehörte Mao zu den zwölf Gründungsmitgliedern und fungierte bei diesem Kongreß als Sekretär. Danach kehrte Mao nach Changsha zurück und gründete hier die Zweigstelle Hunan der KPCh, als deren Sekretär er eingesetzt wurde.

In der folgenden Zeit widmete sich Mao hauptsächlich der Organisierung von Arbeitern in den Kohlenbergwerken von Anyüan in West-Kiangsi, wo er erstmals auch mit Liu Shao-ch'i zusammentraf.

Nachdem Anfang 1923 gegen Mao Haftbefehl ergangen war, setzte er sich nach Shanghai ab, wo er das ganze Jahr über in der Parteizentrale arbeitete. Von hier aus nahm er am III. Kongreß der KPCh teil, der im Juni in Kanton stattfand. Auf diesem Kongreß, der Mao erstmals zum Mitglied seines ZK wählte, gehörte Mao zu den Befürwortern einer Politik der Einheitsfront mit der Kuomintang, die den Direktiven der Komintern entsprach.

Nach Bildung der Einheitsfront wählte die Kuomintang im Januar 1924 ein Zentrales Exekutiv-Komitee, bestehend aus 24 Mitgliedern (davon 3 Kommunisten) und 16 Kandidaten (6), zu deren letzteren auch Mao zählte, der überdies auch in die Propaganda-Abteilung als Sekretär delegiert wurde. In diesem Organ dürfte der Einfluß Maos jedoch recht bescheiden gewesen sein. Unzufrieden über diese Entwicklung zog sich Mao Ende 1924 nach Hunan zurück, wo er bis zum Sommer 1925 blieb. In dieser Zeit befaßte er sich erstmals ernsthaft mit dem Problem der Bauernorganisation, der weder die KPCh noch die Kuomintang bisher Beachtung geschenkt hatten. Wie sehr ihn diese Idee erfüllte, ergibt sich daraus, daß er weder am IV. Kongreß der KPCh teilnahm (Januar 1925), noch an der Organisierung der Bewegung vom 30. Mai Anteil hatte.

Erst ein neuer Haftbefehl des Gouverneurs von Hunan veranlaßte Mao zum Fortgehen aus seiner Heimatprovinz, diesmal nach Kanton, wo er als Lehrer an einer Schule zur Ausbildung von Funktionären der Bauernbewegung eingesetzt wurde.

Ende 1925 begab sich Mao nach Shanghai, um dort den Widerstand gegen den Gouverneur von Hunan, General Chao Heng-t'i, zu organisieren, der einen Streik der Arbeiter von Anyüan in brutaler Weise niedergeschlagen hatte. Aus diesem Grunde verpaßte er, wie bereits im Jahr zuvor, den IV. Kongreß der KPCh, den II. Nationalkongreß der Kuomintang im Januar 1926, der praktisch ganz von deren linken Flügel beherrscht wurde.

Nachdem Chiang Kai-shek im Frühjahr die Macht in der Kuomintang an sich gerissen hatte, schaltete er wenig später eine Reihe von kommunistischen Funktionären aus. Hierbei verlor auch Mao seinen Posten in der Propaganda-Abteilung der Kuomintang. Er übernahm dafür die Leitung der neu gegründeten Bauern-Abteilung in der KPCh. Unmittelbar nach der Ausschaltung von Gouverneur Chao Heng-t'i im Zuge der von Chiang Kai-shek geführten Nordexpedition kehrte Mao im Sommer 1926 nach Hunan zurück. Bis zum April 1927 befaßte er sich mit großem Erfolg mit der Organisierung der Bauern, die den ersten Beweis für sein organisatorisches Geschick lieferte.

Im April 1927 nahm Mao am V. Kongreß der KPCh teil, wenig später wurde er zum Vorsitzenden des Chinesischen Bauern-Verbandes gewählt. Nach dem Zusammenbruch der Einheitsfront zwischen Kuomintang und KPCh sowie dem fehlgeschlagenen Nanchang-Aufstand gehörte Mao im August zu den Teilnehmern der denkwürdigen Konferenz der KPCh in Chiuchiang, auf der er mit der Durchführung des Herbsternteaufstandes in Hunan und Kiangsi beauftragt wurde, der im September mit einem Fehlschlag endete. Mit den Resten der Verbände dieses Aufstandes gründete Mao wenig später das erste kommunistische Basisgebiet auf dem Chingkanshan. Anfang 1928 stießen Chu Te, Ch'en Yi und Lin Piao mit ihren Truppen hinzu; die Rote Armee war geboren. Chu wurde ihr Kommandeur, Mao der Politkommissar. 1929 verlegte die Armee ihren Standort nach Juichin in Kiangsi.

Bis zum Beginn des Langen Marsches gelang es Mao, seine Position in dem inzwischen gegründeten Juichin-Sowjet zu festigen, während er in der KPCh, in welcher damals die „Moskau-Gruppe" dominierte, praktisch ausgeschaltet war. Unmittelbar vor dem Langen Marsch verlor er aber auch seine führende Stellung in der Sowjetregierung. In dieser Zeit gehörte u.a. Chou En-lai zu den entschiedensten Opponenten von Mao.

Nachdem es den kommunistischen Verbänden von Juichin viermal gelungen war, die Angriffe der Kuomintang-Truppen abzuwehren, mußten sie schließlich im Oktober 1934 der erdrückenden Übermacht weichen: der Lange Marsch begann. Im Januar 1935 fand in Tsunyi eine Konferenz des Politbüros der KPCh statt, die insofern bedeutend ist, als von diesem Zeitpunkt an die Führung der Partei fest in den Händen von Mao lag. Die wahren Umstände dieser Konferenz liegen noch immer im Dunkeln; ungeklärt bleibt, wie es Mao, der zu Beginn des Marsches vergleichsweise geringen Einfluß hatte, gelungen war, sich hier durchzusetzen. Er wurde zum Vorsitzenden des Politbüros gewählt, ein neuer Führungsposten, der dem des Generalsekretärs übergeordnet war. Wir dürfen annehmen, daß der Grund für diesen Führungswechsel in der Anerkennung der Mao'schen Konzeption einer beweglichen Kriegführung durch die Mehrheit der Politbüromitglieder gelegen hat. Der Sieg Maos war, innerparteilich gesehen, gleichzeitig ein Sieg der Idee einer Revolution, die von den Bauernmassen, nicht wie bisher von dem Industrieproletariat ausgehen sollte.

Der Lange Marsch, der zu Recht eine der großen militärischen Leistungen der Weltgeschichte genannt wird, endete im Oktober 1935 in dem letzten noch verbliebenen Sowjet in Nord-Shensi. In den folgenden Jahren befaßte sich Mao hauptsächlich mit der ideologischen Ausrichtung der Partei. Hierzu verfaßte er eine Reihe von Schriften: Strategische Probleme des chinesischen Revolutionskrieges (Dezember 1936); über den Verlängerten Krieg (März 1938); Strategische Probleme des anti-japanischen Krieges und des Verlängerten Krieges (Mai 1938); Probleme des Krieges und der Strategie (November 1938); über die neue Demokratie (Januar 1940).

Die inzwischen unumstrittene Führungsstellung Maos wurde 1945 vom VII. Kongreß der KPCh durch seine Wiederwahl zum Vorsitzenden des Politbüros und des ZK bestätigt. Im gleichen Jahr erschien seine Schrift „Über die Koalitionsregierung".

Nach der Niederlage der Japaner traf Mao zum ersten Mal mit Chiang Kai-shek zusammen, als er sich im August 1945 zu Friedensverhandlungen in Chungking aufhielt. Vor dem Sieg der Kommunisten über die Kuomintang erschien im Juli 1949 Maos Schrift „Über die Diktatur der Volksdemokratie". Im September des gleichen Jahres wurde Mao Vorsitzender des Ständigen Komitees der Politischen Konsultativ-Konferenz des Chinesischen Volkes.

1949, Oktober:	Vorsitzender der Zentralen Volksregierung (Staatspräsident) und Vorsitzender des Revolutionären Militärrates
Dezember:	Mao reist zu Verhandlungen nach Moskau (Erster Auslandsaufenthalt!)
1954, September:	Nach Reorganisierung der Volksregierung wird Mao als Vorsitzender der Regierung und des Militärrates bestätigt
1956, September:	Mitglied des Ständigen Komitees des Politbüros des ZK der KPCh
1957, Oktober:	Mao leitet eine chinesische Delegation, die an den Feiern zum 40. Jahrestag der Russischen Oktoberrevolution in Moskau teilnimmt.

Nieh Jung-chen

KPCh:	Mitglied des IX. ZK der KPCh Mitglied der Militärkommission beim ZK der KPCh
Regierung:	Stellvertretender Ministerpräsident Stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates Vorsitzender der Kommission für Wissenschaft und Technik
Militär:	Marschall

Nieh wurde 1899 im Kreis Chiangchin (Provinz Ssuch'uan) geboren. Nach der Grundschule besuchte er die Mittelschule in Chungking. 1919 schloß er sich der 4.-Mai-Bewegung an und ging das Jahr darauf als Arbeiter-Student nach Frankreich. Hier, sowie eine kurze Zeit auch in Belgien, studierte er Naturwissenschaften. 1924 bis Anfang 1925 setzte er seine Studien in Moskau fort, und zwar anfangs an der Fernost-Universität, später an der Universität der Roten Armee. Im Laufe des Jahres 1925 kehrte er nach China zurück und übernahm eine Stellung als Ausbilder an der Militärakademie Huangpu. 1926 nahm er an der Nordexpedition teil. Nach dem Bruch zwischen Kuomintang und KPCh, 1927, wurde er Politkommissar in der Armee von Yeh T'ing. Im gleichen Jahr nahm er am Nanchang- und am Kanton-Aufstand teil, nach deren Scheitern er sich nach Hongkong absetzte. 1931 tauchte er im Kiangsi-Sowjet auf, wo er den Posten eines Stellvertretenden Direktors der Polit-Abteilung in der Roten Arbeiter- und Bauern-Armee übernahm. 1934 bis 1935 gehörte er zu den Teilnehmern des Langen Marsches. Während des Chinesisch-japanischen Krieges war Nieh nacheinander Stellvertretender Kommandeur und Politkommissar der 115. Division, Organisator von Guerrilla-Verbänden in Shansi sowie Kommandeur und Politkommissar des Militär-Bezirks Shansi-Chahar-Hopei, wo er schließlich 150 000 Mann befehligte. 1945 wählte ihn der VII. Kongreß der KPCh zum Mitglied seines ZK. 1946 war es Nieh, der nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Kuomintang und KPCh in Nordchina den ersten Angriff auf die Verbände der Kuomintang

startete. Bald darauf wurde er zum Kommandeur des Militär-Bezirks Nordchina ernannt. Im Januar 1949 wurde er Kommandeur des Militär-Bezirks Peking-Tientsin, im September Bürgermeister von Peking und Vorsitzender der Militär-Kommission von Peking.

1949, Oktober: Mitglied des Zentralen Volksregierungsrates
Mitglied des Revolutionären Militärrates und
Stellvertretender Stabschef der VBA

1954, Oktober: Stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates

1955, September: Befördert zum Marschall

1956, September: Vom VIII. Kongreß der KPCh zum Mitglied des ZK gewählt

Oktober: Stellvertretender Ministerpräsident

1957, Mai: Vorsitzender der Wissenschaftlichen Planungs-Kommission

1958, November: Vorsitzender der Kommission für Wissenschaft und Technik.

P'eng Chen

P'eng wurde 1899 in Chuyu (Provinz Shansi) geboren. Nach dem Besuch der Grundschule schloß er sich 1922 der Kommunistischen Jugendliga an. Nach längeren Jahren Untergrundtätigkeit und anschließender Haft trat er in die KPCh ein und wurde 1937 Politkommissar in Nieh Jung-chens Streitkräften. 1937/38 leitete er Guerrilla-Aktivitäten in der Shansi-Chahar-Hopei Grenzregion. Als Mao 1941 eine Rektifizierungskampagne in der Parteischule durchführte, wurde P'eng Chen (neben Lin Piao) sein Stellvertreter. Im Oktober 1945 ernannte man ihn zum Politkommissar der Vereinigten Demokratischen Nordostarmee und gleichzeitig zum 1. Sekretär des Nordostbüros der KPCh. 1948 wurde er Leiter des Nord-China-Büros des ZK der KPCh.

1949, Oktober: Mitglied des Zentralen Volksregierungsrates

1949, November: Vorsitzender des Pekinger Stadtverwaltungskomitees und Sekretär des Pekinger Stadtparteikomitees

1951, September: Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh

1951: Oberbürgermeister von Peking

1952, November: Mitglied der Staatlichen Plankommission

1954, September: Vizevorsitzender und Generalsekretär des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses

1955: Erster Sekretär des Pekinger Stadtparteikomitees

1956, September: Mitglied des Politbüros und Sekretär im Sekretariat des VIII. ZK der KPCh

1966: Leiter einer Gruppe von fünf Personen, die mit der Durchführung der Kulturrevolution beauftragt worden waren

1966, Mai: Im Rahmen der Kulturrevolution angegriffen und aus seinem Amt entfernt

Dezember: Von Rotgardisten verhaftet

P'eng Te-huai

P'eng wurde 1898 in Hsiangtan (Provinz Hunan) geboren. In seiner Kindheit hat er wahrscheinlich keine Schule besucht. Schon mit 17 Jahren wurde er Soldat. Zur Zeit der Nord-Expedition, 1926, schloß er sich als Major, der er inzwischen geworden war, der Kuomintang an. 1927 befehligte er eine Brigade unter Ho Chien. Im gleichen Jahr, möglicherweise aber erst 1928, schloß er sich der KPCh an und nahm aktiven Anteil an der Organisation von Bauernverbänden. 1928 war er am Pingchiang-Aufstand beteiligt und gründete anschließend den Hunan-Sowjet. Kurze Zeit darauf stieß er zu Mao Tse-tung und Chu Te, die sich mit Guerrilla-Verbänden im Gebiet des Chingkanshan festgesetzt hatten. Im Juni 1930 reorganisierte P'eng seine 5. Rote Armee zum 3. Roten Armeekorps und schloß sich zwei Monate später mit der Roten Armee von Chu Te zusammen. Während des Langen Marsches befehligte er die Verbände der Vorhut und zeichnete sich in zahllosen Gefechten mit Einheiten der Kuomintang aus. Zu Beginn des Chinesisch-japanischen Krieges wurde P'eng Stellvertretender Kommandeur der 8. Marsch-Armee und organisierte schlagkräftige Guerrillaverbände in Ost- und Süd-Shansi. Bis zur Gründung der VRCh, 1949, ist über P'eng wenig zu erfahren, obwohl er nach Ende des Chinesisch-japanischen Krieges Stellvertretender Oberbefehlshaber der VBA und Kommandeur der 1. Feldarmee gewesen ist.

1950: Mitglied des Zentralen Volksregierungsrates, Stellvertretender Vorsitzender des Revolutionären Militärrates und Vorsitzender des Militär- und Verwaltungsrates Nordwest-China

1951: Ernannt zum Befehlshaber der „Chinesischen Volksfreiwilligen" in Korea

1954, September: Abberufen aus Korea; ernannt zum Marschall, zum Verteidigungsminister (bis September 1959) und zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates

Oktober: Mitglied einer Regierungsdelegation nach Moskau

1957, November: Mitglied der von Mao Tse-tung geleiteten Delegation der KPCh, die aus Anlaß des 40. Jahrestages der Oktoberrevolution nach Moskau reiste

1959, April-Juni: Leiter einer Militär-Delegation, die verschiedene Länder Osteuropas und die Äußere Mongolei besuchte

1959: Als Verteidigungsminister abgesetzt

1966, August: Im Rahmen der Kulturrevolution in Chengtu verhaftet

1969: Aus allen Parteigremien entfernt

Su Yü

KPCh: Mitglied des IX. ZK der KPCh
Mitglied der Militärkommission beim ZK der KPCh

Regierung: Stellvertretender Verteidigungsminister
Mitglied des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses
Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates
Direktor der Hauptverwaltung für Rüstungsindustrie beim Staatsrat

Militär: Armeegeneral

Su wurde 1909 in Hunan geboren, wo er als Student der Kommunistischen Jugendliga beitrat. 1927 wurde er wegen kommunistischer Agitation von der Schule verwiesen und schloß sich in Wuchang dem Studenten-Bataillon der von Yeh T'ing befehligten 4. Armee an. Gleichzeitig wurde er Mitglied der KPCh. Am 1. 8. 1927 nahm er am Nanchang-Aufstand teil, um sich nach dessen Fehlschlagen in den von Mao Tse-tung geleiteten Sowjet Chingkanshan zu begeben. In der Zeit des Langen Marsches hatte er den Auftrag, in der Provinz Kiangsi Guerrillaverbände zu organisieren. Zu Beginn des Chinesisch-japanischen Krieges bildeten die Verbände von Su Yü die Kerntruppe der Neuen 4. Armee, die Yeh T'ing aus den einzelnen kommunistischen Verbänden, die südlich des Yangtse operierten, zusammenstellte. 1940 wurde er Kommandeur einer der sieben Divisionen der Armee. Nach Ende des Chinesisch-japanischen Krieges gelang es Su, seine Division durch den Anschluß zahlreicher Einheiten der Armee des pro-japanischen Generals Wang Ching-wei wesentlich zu verstärken. Von diesem Zeitpunkt an hieß Sus Kampfverband Feldarmee Zentralchina, die jedoch weiterhin der 4. Feldarmee unterstellt blieb. Der VII. Kongreß der KPCh wählte Su 1945 zum Kandidaten seines ZK. Zu Beginn der Kämpfe gegen die Truppen der Kuomintang operierte Su im Gebiet von Nord-Kiangsi und Süd-Shantung. In der Ende 1946 aufgestellten Feldarmee Ostchina, die 1948 zur 3. Feldarmee umorganisiert wurde (Kommandeur Ch'en Yi), erhielt er den Posten eines Stellvertretenden Kommandeurs. Nach der Einnahme von Shanghai im Juni 1949 erfolgte seine Ernennung zum Stellvertretenden Vorsitzenden der Militär-Kontroll-Kommission Shanghai.

1949, Oktober: Mitglied des Revolutionären Militärrates sowie Stellvertretender Kommandeur des Militärbezirks Ostchina

1952, April: Stellvertretender Generalstabschef

1954, September: Generalstabschef (bis Oktober 1958) und Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates

1955, September: Befördert zum Armeegeneral

1956, September: Gewählt zum Mitglied des VIII. ZK der KPCh

1959, September: Stellvertretender Verteidigungsminister

1965, Januar: Mitglied des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses.

T'an Cheng

T'an wurde 1903 in der Provinz Hunan geboren. 1927 trat er in die KPCh ein und nahm im gleichen Jahr am Nanchang-Aufstand teil. 1928 schloß er sich dem von Mao Tse-tung gegründeten Sowjet im Chingkanshan an, wo er für kurze Zeit dessen persönlicher Sekretär war. In den Jahren bis 1934 beteiligte er sich an zahlreichen Gefechten gegen die Truppen der Kuomintang, um anschließend am Langen Marsch teilzunehmen. Während des gesamten Chinesisch-japanischen Krieges war er Politkommissar in dem von Hsiao Chiang-kuang befehligten Reservekorps des Grenzbezirks Shensi-Kansu-Ninghsia. Nach der Kapitulation der Japaner wurde er unter Lin Piao mit Truppenaushebungen in der Mandschurei beauftragt. In der hier aufgestellten VBA Nordost übernahm er Anfang 1948 den Posten des Politkommissars, den er auch beibehielt, als diese Streitkräfte, umbenannt in 4. Feldarmee, 1949 von der Mandschurei aus ganz China aufrollten. T'an war bis Zentral- und Südchina an den Kämpfen der Armee beteiligt und wirkte in dieser Zeit zeitweilig als Stellvertretender Vorsitzender der Militär-Kontroll-Kommission Tientsin sowie später als Vorsitzender der gleichen Kommission von Wuhan.

1949, Oktober: Mitglied des Militär- und Politrates Zentral-Südchina sowie Politkommissar der 4. Feldarmee

1954, Oktober: Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates
Stellvertretender Verteidigungsminister und Stellvertretender Direktor der Allgemeinen Politischen Abteilung der VBA

1955, September: Befördert zum Armeegeneral

1956, September: Gewählt zum Mitglied des ZK und des Sekretariats (bis September 1962) des ZK der KPCh

Dezember: Direktor der Allgemeinen Politischen Abteilung der VBA (September 1959 wieder abgesetzt)

1966, März: Vizegouverneur der Provinz Fukien.

Teng Hsiao-p'ing

Teng wurde etwa 1900 in Chiating (Provinz Ssuch'uan) geboren. Nachdem er in seinem Heimatort wahrscheinlich die Mittelschule absolviert hatte, schloß er sich im Jahre 1920 der Gruppe der Arbeiterstudenten an, die nach Frankreich ging. Die folgenden Jahre verbrachte er in und bei Paris, wo er 1921 oder 1922 der dortigen Zelle der KPCh beitrat. 1925 oder Anfang 1926 kehrte er nach mehrmonatigem Zwischenaufenthalt in der Sowjetunion nach China zurück, um fortan hauptsächlich mit organisatorischen Aufgaben betraut zu werden. Zusammen mit dem Hauptteil der kommunistischen Streitkräfte nahm Teng am Langen Marsch teil. 1936 war er für kurze Zeit Politkommissar der von P'eng Te-huai befehligten Truppen, die im Gebiet von Shensi-Kansu eingesetzt waren. Nachdem die kommunistischen Truppen nach Ausbruch des Chinesisch-japanischen Krieges, 1937, zur 8. Marscharmee reorganisiert und in drei Divisionen unterteilt worden waren, wurde Teng Politkommissar der 129. Division, die Liu Po-ch'eng befehligte. In seiner Eigenschaft als Politkommissar und Mitglied des

Nordchina-Büros im ZK der KPCh hatte Teng in den folgenden Jahren wesentlichen Anteil an der Gründung und Entwicklung der kommunistischen Basis im Grenzgebiet der Provinzen Shansi-Hopei-Shantung-Honan. Von 1943 bis 1945 war Teng Direktor der Allgemeinen Polit-Abteilung des Revolutionären Militärrates, dem obersten Planungsorgan der militärischen Führung der kommunistischen Streitkräfte. Auf dem VII. Kongreß der KPCh, der 1945 in Yenan stattfand, wurde Teng erstmals als Mitglied in das ZK gewählt. 1946 bis 1948 diente er erneut als Politkommissar der Truppen unter Liu Po-ch'eng, die im Gebiet von Shansi-Hopei-Shantung-Honan operierten. Mit diesen Truppen, die 1948 zur 2. Feldarmee reorganisiert worden waren, machte Teng die Kämpfe im Yangtse-Gebiet und anschließend in Ssuch'uan mit.

1949: Mitglied des Zentralen Volksregierungsrates und Mitglied des Revolutionären Militärrates

1954: Generalsekretär des ZK der KPCh

1954, September: Bei der Reorganisation der Zentralregierung zum Stellvertretenden Ministerpräsident ernannt, Stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates

1955, April: Von der 5. Plenarsitzung des VII. ZK zum Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh gewählt

1956, September: Der VIII. Kongreß der KPCh bestätigt ihn als Mitglied des Politbüros, in dem er hinter Mao Tse-tung, Liu Shao-ch'i, Chou En-lai, Chu Te und Ch'en Yün die sechste Stelle einnahm. Generalsekretär des ZK der KPCh und Mitglied des Ständigen Komitees des Politbüros.

1963, Dezember: Amtierender Ministerpräsident während eines Auslandsaufenthaltes von Chou En-lai.

1969: Aus der Mitgliederliste der KPCh gestrichen.

Wang Shu-sheng

KPCh: Mitglied des IX. ZK der KPCh
Mitglied der Militärkommission beim ZK der KPCh

Regierung: Vizeverteidigungsminister
Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates

Militär: General

Wang wurde 1905 in Hsiaok'an (Provinz Hupei) geboren. Er muß als Veteran der Roten Armee gelten und führte schon 1930 das 1. und 3. Regiment der kommunistischen Streitkräfte in der Hupei-Honan-Grenzregion. 1934 war er Kommandeur der 25. Armee der Vierten Roten Frontarmee. Während des sino-japanischen Krieges leitete er Guerrilla-Aktivitäten in Honan. 1948 wurde er Kommandeur der Honan-Hopei Militärregion.

1950, Oktober: Befehlshaber des Wehrbezirks Hupei

1954, September: Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates

1954, Oktober: Vizeverteidigungsminister

1956, September: Kandidat des VIII. ZK der KPCh.

Wu Fa-hsien

Wu wurde 1914 in Kiangsi geboren und beteiligte sich am Langen Marsch als Politkommissar des 3. Regiments der 1. Division der Roten Armee. Im April 1936 war er Politkommissar des 2. Regiments der 2. Division im 1. Armeekorps. Mit der Umorganisation der Roten Armee zur 8. Marscharmee bei Ausbruch des Chinesisch-japanischen Krieges wurde er zum Politkommissar des 685. Regiments der 115. Division ernannt. Im Sommer 1940 nahm er als Politkommissar des Kiangsu-Shantung-Honan-Korps an dem von Liu Shao-ch'i geführten Angriff gegen die von Wang Kuang-hsia kommandierte Kuomintang-Division teil. Im Frühjahr 1949 gehörte er als Politkommissar einer Armee zu der berühmten 4. Feldarmee, die Peking, Tientsin und Changchiakou eroberte und über den Yangtse nach Südchina durchstieß.

1950, Januar: Stellvertretender Politkommissar und Direktor der Politabteilung des Wehrbezirks Kiangsi

1952, August: Stellvertretender Politkommissar der Luftwaffe

1955, September: Ernannt zum Generalleutnant der Luftwaffe

1957, August: Politkommissar der Luftwaffe

1965, Januar: Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates

April: Oberbefehlshaber der VBA-Luftwaffe

1968: Vizegeneralstabschef

1969: Mitglied des Politbüros des IX. ZK der KPCh

1971: gesäubert

Yang Ch'eng-wu

Yang wurde 1912 in Changting (Provinz Fukien) geboren. Etwa 1929 trat er in die KPCh ein, um bald darauf nach Moskau entsandt zu werden, wo er an der Akademie der Roten Armee studierte. Den Langen Marsch machte Yang als Politkommissar des 4. Regiments der 2. Division im 1. Armeekorps mit. 1936 setzte er seine militärischen Studien in Yenan an der von Lin Piao geleiteten Militärschule der Roten Armee fort. Mit Beginn des Chinesisch-japanischen Krieges übernahm Yang den Befehl über ein Regiment der 115. Division der 8. Marscharmee, das an der berühmten Schlacht von Pinghsingkuan beteiligt war. In den folgenden Jahren war er zusammen mit Nieh Jung-chen als Kommandeur von Guerrillaverbänden in verschiedenen Gebieten Nordchinas eingesetzt. Seine bei der Kapitulation der Japaner auf 30 000 Mann angewachsenen Einheiten wurden Ende 1945 als 2. Kampfverband dem von Nieh Jung-chen befehligten

Grenzgebiet von Shansi-Chahar-Hopei unterstellt. Während des Bürgerkrieges waren die Truppen von Yang an zahlreichen Gefechten in Nordchina beteiligt. Mit der Einnahme von Peking Anfang 1949 erfolgte seine Ernennung zum Stellvertretenden Kommandeur des Militärbezirks Peking-Tientsin und zum Kommandeur der Garnison Tientsin. Zu dieser Zeit war Yang außerdem Stabschef des Militär-Bezirks Nordchina.

1950, Januar:	Mitglied des Volksregierungsrates von Tientsin und zum Kommandeur des Militär-Bezirks Peking-Tientsin ernannt
1951:	Oberbefehlshaber des 66., 67. und 68. Armeekorps der Volksfreiwilligen im Koreakrieg
1953, Januar:	Stabschef des Militär-Bezirks Nordchina
1954, Oktober:	Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates
1955, September:	Befördert zum Generalleutnant
1956, April:	Oberbefehlshaber der Flak der VBA
September:	Vom VIII. Kongreß der KPCh zum Kandidaten des ZK gewählt
1959, April:	Stellvertretender Generalstabschef der VBA
1966, August:	„Amtierender" Generalstabschef der VBA
1968, März:	Gesäubert

Yeh Chien-ying

KPCh:	Mitglied des Politbüros des IX. ZK der KPCh Mitglied der Militärkommission beim ZK der KPCh
Regierung:	Mitglied des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses Stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates
Militär:	Marschall Leiter des Ausbildungswesens der VBA

Yeh wurde 1898 als Angehöriger der Hakka-Minderheit in Meihsien (Provinz Kuangtung) geboren. Er absolvierte die Militärakademie Yünnan, war anschließend Instrukteur an der Huangpu-Militärakademie und befehligte während des Nordfeldzuges die 21. Division. Nach dem Bruch zwischen Kuomintang und KPCh, 1927, schloß er sich der letzteren an und war im Dezember des gleichen Jahres am Kanton-Aufstand beteiligt. Von 1929 bis 1932 studierte Yeh in Moskau Militärwissenschaften, um sich anschließend in den Kiangsi-Sowjet zu begeben. Hier war er zunächst Stabschef des Revolutionären Militärrates, später Leiter der Schule der Roten Armee und hatte entscheidenden Anteil an der Planung des Langen Marsches, während dem er sich im Rivalitätskampf Mao Tse-tung – Chang Kuo-t'ao auf die Seite des ersteren schlug. Während des Chinesisch-japanischen Krieges war Yeh Stabschef der 8. Marscharmee, später Verbindungsoffizier im gemeinsamen Hauptquartier der Kuomintang-, Kommunisten- und US-Streitkräfte. Während des Bürgerkrieges bekleidete er den Posten eines Stellvertretenden

Generalstabschefs der kommunistischen Streitkräfte. Nach der Besetzung Pekings im Januar 1949 wurde Yeh zum Vorsitzenden der Militär-Kontroll-Kommission Peking und zum Bürgermeister der Hauptstadt ernannt. In der Endphase des Bürgerkrieges wurde er Bürgermeister von Kanton, Kommandeur des Militärbezirks Kuangtung und Vorsitzender der Militär-Kontroll-Kommission Kanton.

1949, Dezember:	Mitglied des Zentralen Volksregierungsrates und Mitglied des Revolutionären Militärrates
1954, Oktober:	Stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates und Direktor des Inspektionskommandos der VBA
1955, September:	Befördert zum Marschall
1956, September:	Wiedergewählt als Mitglied des ZK der KPCh
1959, April:	Mitglied des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses.

Yeh Ch'ün (f)

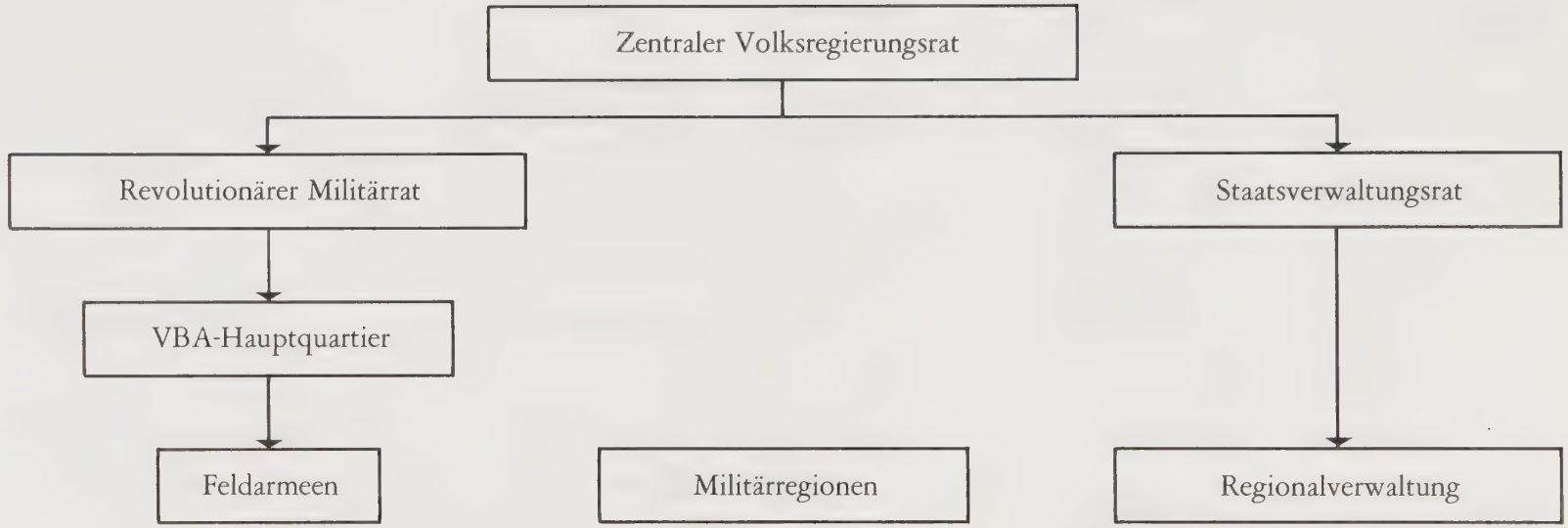
KPCh:	Mitglied des Politbüros des IX. ZK der KPCh Mitglied der Militärkommission beim ZK der KPCh
Regierung:	Mitglied des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses Direktor des Persönlichen Sekretariats des Verteidigungsministers

Yeh, die Gattin Lin Piaos, wurde 1916 – vermutlich in Fukien – geboren.

1967, Januar:	Mitglied der Gruppe Kulturrevolution der VBA
April:	Mitglied der Gruppe Kulturrevolution beim ZK der KPCh
1971:	Gesäubert

Anhang F

(Militärische Führung und Regionale Verwaltung)
1950 – 1954



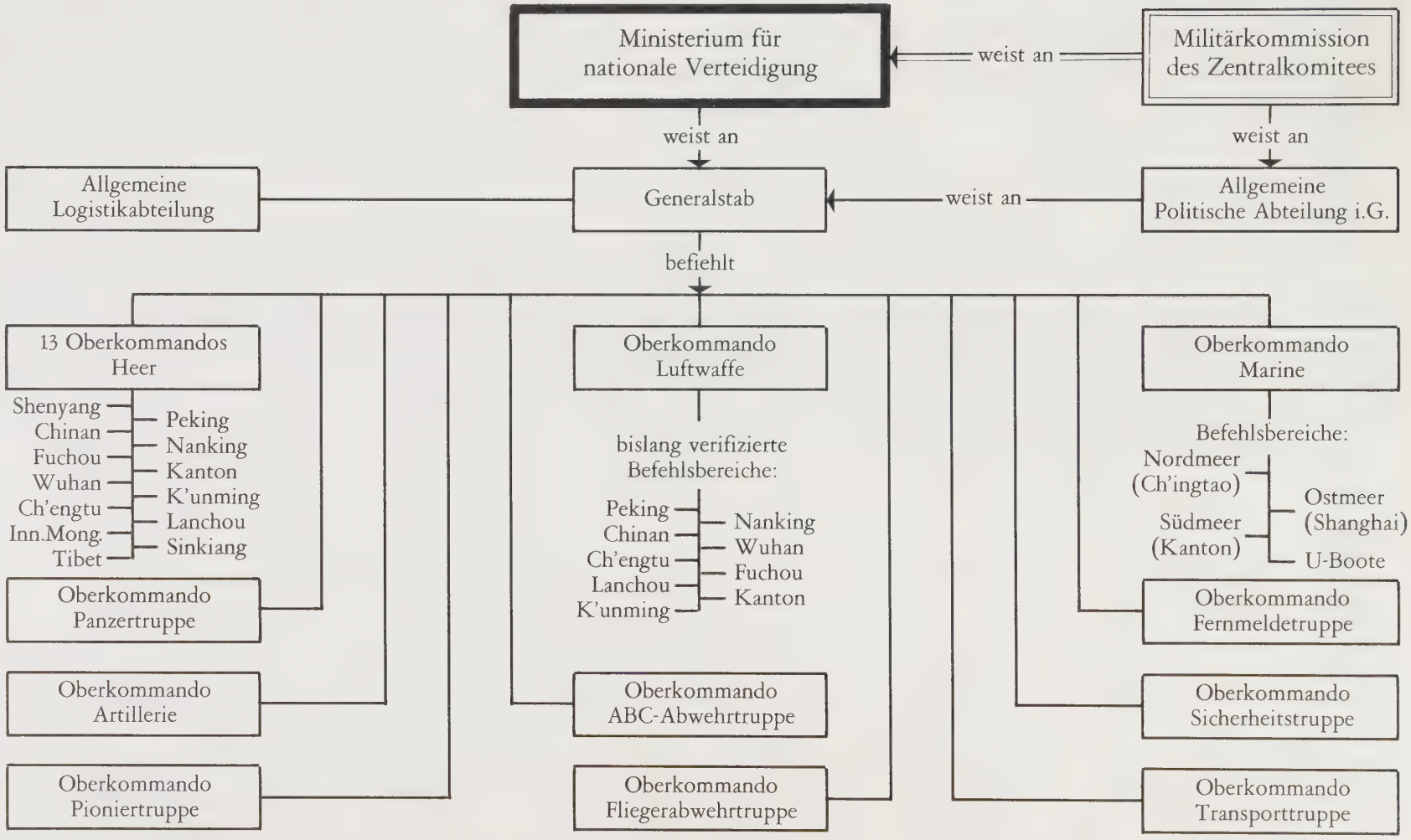
Anhang G

Militärisches und administratives Personal
1950 – 1954

Feldarmeen	Militärregionen	Regionalverwaltungen
Erste Feldarmee Kommandeur: P'eng Te-huai Politkommissar: Hsi Chung-hsün	**Nordwest-Militärregion** Kommandeur: P'eng Te-huai Politkommissar: Hsi Chung-hsün	**Militär- und Verwaltungskomitee Nordwest** Vorsitzender: P'eng Te-huai Vizevorsitzende: Hsi Chung-hsün u.a.
Zweite Feldarmee Kommandeur: Liu Po-ch'eng Politkommissar: Teng Hsiao-p'ing	**Südwest-Militärregion** Kommandeur: Ho Lung Politkommissar: Teng Hsiao-p'ing	**Militär- und Verwaltungskomitee Südwest** Vorsitzender: Liu Po-ch'eng Vizevorsitzende: Teng Hsiao-p'ing u.a.
Dritte Feldarmee Kommandeur: Ch'en Yi Politkommissar: Jao Shu-shih	**Ostchina-Militärregion** Kommandeur: Ch'en Yi Politkommissar: Jao Shu-shih	**Militär- und Verwaltungskomitee Ostchina** Vorsitzender: Jao Shu-shih Vizevorsitzende: Ch'en Yi u.a.
Vierte Feldarmee Kommandeur: Lin Piao Politkommissar: Lo Jung-huan, Li Hsien-nien	**Zentral-Süd-Militärregion** Kommandeur: Yeh Chien-ying Politkommissar: Teng Tzu-hui	**Militär- und Verwaltungskomitee Zentral-Süd** Vorsitzender: Lin Piao Vizevorsitzende: Yeh Chien-ying u.a.
Nordchina-Feldarmee Kommandeur: Nieh Jung-chen Politkommissar: Po I-po	**Nordchina-Militärregion** Kommandeur: Nieh Jung-chen Politkommissar: Po I-po	**Nordchina** Verwaltet von einer zentralen Regierungsdienststelle unter Liu Lan-t'ao
Nordostchina Stationierungsbereich von Einheiten der 4. Feldarmee		**Nordost-Volksregierung** Vorsitzender: Kao Kang

Anhang H

(Militärische Führungsstruktur von 1954 - 1967)



Anhang I

(Wechsel im militärischen Führungspersonal ab 1954)

Verteidigungsminister:

P'eng Te-huai 10/54 – 9/59
Lin Piao 9/59 – 9/71

Generalstabschefs:

Su Yü 10/54 – 10/58
Huang K'e-ch'eng 10/58 – 9/59
Lo Jui-ch'ing 9/59 – 4/66
Yang Ch'eng-wu 4/66 – 3/68 (amtierend)
Huang Yung-sheng 3/68 – 9/71

Direktoren der Allgemeinen Politischen Abteilung:

Lo Jung-huan 10/54 – 12/56 (1963 verstorben)
T'an Cheng 12/56 – 9/59
Hsiao Hua 9/59 – 9/64 (amtierend)
Hsiao Hua 9/64 – 7/67
unbesetzt 7/67 – 10/69
Li Te-sheng 10/69 – a.w.

Direktoren der Logistischen Abteilung

Huang K'e-ch'eng 10/54 – 12/56
Hung Hsüeh-chih 12/56 – 10/59
Ch'iu Hui-tso 10/59 – 10/71

Direktor des Inspektionskommandos der VBA

Yeh Chien-ying 10/54 – a.w.

Anhang K

(Politisches und militärisches Führungspersonal nach der Kulturrevolution)

Politbüro:

Ständiges Komitee:	Mao Tse-tung
	Chou En-lai
	K'ang Sheng?
Mitglieder:	Chang Ch'un-ch'iao
	Ch'en Hsi-lien
	Chinag Ch'ing (f)
	Chu Te
	Hsü Shih-yu
	Li Hsien-nien
	Liu Po-ch'eng
	Tung Pi-wu
	Yao Wen-yüan
	Yeh Chien-ying
Kandidaten:	Chi Teng-kuei
	Li Te-sheng
	Wang Tung-hsing

Militärkommission beim ZK der KPCh

Vorsitzender:	Mao Tse-tung
Vizevorsitzende:	Hsü Hsiang-ch'ien
	Liu Po-ch'eng
	Nieh Jung-chen
	Yeh Chien-ying
	Hsü Shih-yu
Mitglieder:	Chang Ts'ai-ch'ien
	Ch'en Hsi-lien
	Hsiao Chung-kuang
	Hsü Shih-yu
	Li Te-sheng
	Liu Hsien-ch'üan
	Su Yü
	Wang Shu-sheng

Verteidigungsministerium

Minister:	unbesetzt
Vizeminister:	Hsiao Ching-kuang
	Hsü Shih-yu
	Su Yü
	Wang Shu-sheng

Generalstab

Generalstabschef:	unbesetzt
Vizegeneralstabschefs:	Ch'en Chi-te? Han Hsien-ch'u P'eng Shao-hui Wang Hsin-t'ing Chang T'sai-ch'ien Hsiang Chung Hua Li Ta

Allgemeine Politische Abteilung

Direktor:	Li Te-sheng
Vizedirektoren:	Huang Chih-yung T'ien Wei-hsin

Allgemeine Logistische Abteilung

Direktor:	unbesetzt
Vizedirektoren:	Chang Hsien-yüeh Chang Ling-pin Chang T'ien-yün Feng Yung-hsün Han Chen-chi T'ang T'ien-chi
Politkommissar:	?
Vizepolitkommissar:	Tai Chin-ch'uan

Militärwissenschaftliche Akademie

Vorsitzender:	Nieh Jung-chen
1. Vizevorsitzender:	Liu Hua-ch'ing
Vizevorsitzende:	Chang Chen-huan Lo Shun-ch'u

Oberkommando der Luftwaffe

Oberbefehlshaber:	unbesetzt
Vizeoberbefehlshaber:	Ch'ang Ch'ien-k'un T'an Chia-shu Tseng Kuo-hua
Politkommissar:	Wang Hui-ch'iu

Oberkommando der Marine

Oberbefehlshaber:	Hsiao Ching-kuang
Vizeoberbefehlshaber:	Chao Ch'i-min Chou Hsi-han Ssu Chen-hua Wu Jui-lin
1. Politkommissar:	unbesetzt
2. Politkommissar:	Wang Hung-k'un

Oberkommando der Artillerie

Oberbefehlshaber:	Chang Ta-chih,
Vizeoberbefehlshaber:	K'uang Yü-min
Politkommissar:	Ch'en Jen-ch'i

Oberkommando der Panzertruppen

Oberbefehlshaber:	?
Vizeoberbefehlshaber:	Chang Wen-chou Chung Jen-fang
Politkommissare:	Hsiang Chung-hua Huang Chih-yung

Oberkommando der Pioniere

Oberbefehlshaber:	Ch'en Shih-ch'ü
Vizeoberbefehlshaber:	Hu Ch'i-ts'ai
Politkommissar:	Li Chen

Oberkommando der Eisenbahntruppen

Oberbefehlshaber:	Chang Yi-hsiang
Politkommissar:	?

Oberkommando der Nachrichtentruppen

Oberbefehlshaber:	Chiang Wen
Politkommissar:	Huang Wen-ming

Wehrbereiche

Wehrbereich Peking:

Oberbefehlshaber (amtierend):	T'eng Hai-ch'ing?
Vizeoberbefehlshaber:	Cheng San-sheng Wu Hsien-en
1. Politkommissar:	Wu Te

Wehrbereich Chinan:

Oberbefehlshaber:	Yang Te-chih
Vizeoberbefehlshaber:	Chung Han-hua Yang Kuo-fu
1. Politkommissar:	Yüan Sheng-p'ing

Wehrbereich Lanchou:

Oberbefehlshaber:	P'i Ting-chün
Vizeoberbefehlshaber:	Hsü Kuo-chen Li Shu-mao Yang Chia-jui
Politkommissar:	Hsien Heng-han
Vizepolitkommissar:	K'ang Chien-min

Wehrbereich Shenyang:

Oberbefehlshaber:	Ch'en Hsi-lien
Vizeoberbefehlshaber:	Chiang Yung-hui Yang Yung Ch'en Tsai-tao?
Politkommissar:	Wang Huai-hsiang

Wehrbereich Nanking:

Oberbefehlshaber:	Hsü Shih-yu
Vizeoberbefehlshaber:	Liao Jung-piao
1. Politkommissar:	Chang Ch'un-ch'iao
Politkommissar:	Tu P'ing

Wehrbereich Fuchou:

Oberbefehlshaber:	Han Hsien-ch'u
Vizeoberbefehlshaber:	Liu P'ei-shan
1. Politkommissar:	Chou Ch'ih-p'ing?
Vizepolitkommissar:	Ch'eng Shih-ch'ing?

Wehrbereich Wuhan:

Oberbefehlshaber:	Tseng Ssu-yü
Vizeoberbefehlshaber:	Yang Hsiu-shan
Politkommissar:	Wang Liu-sheng

Wehrbereich Kanton:

Oberbefehlshaber:	Ting Sheng
Vizeoberbefehlshaber:	Chan Ts'ai-fang Ch'iu Kuo-kuang Wen Nien-sheng Yang Mei-sheng
1. Politkommissar:	K'ung Shih-ch'üan
2. Politkommissar:	Pu Chan-ya

Wehrbereich Ch'engtu:

Oberbefehlshaber:	?
Vizeoberbefehlshaber:	Wei Chieh Chen Ming-yi
1. Politkommissar:	Li Ta-chang?

Wehrbereich K'unming:

Oberbefehlshaber:	Wang Pi-ch'eng
Vizeoberbefehlshaber:	Ch'en K'ang
Politkommissar:	Chou Hsing

Wehrbereich Sinkiang:

Oberbefehlshaber:	?
Vizeoberbefehlshaber:	Chang Hsi-ch'in Hsin Yüan-lin Hsü Kuo-hsien K'ung Jui-yün Kuo P'eng
Politkommissar:	Gaifudin

Anhang L

Herkunft des Führungspersonals innerhalb der „Revolutionären Dreier-Allianzen"

Gruppe	Berufssoldaten		Politkommissare der VBA		I. VBA insgesamt		II. „Revolutionäre Kader"		III. Massenorganisationen		unbekannt
	Anzahl	Prozentsatz	Anzahl	Prozentsatz	Anzahl	Prozentsatz	Anzahl	Prozentsatz	Anzahl	Prozentsatz	
Vollmitglieder des ZK	68	40,00	19	11,18	87	51,18	53	31,18	24	14,12	6
Kandidaten des ZK	38	34,86	16	14,68	54	49,52	23	21,10	19	17,43	13
Vorsitzende der Revolutionskomitees	13	44,83	9	31,03	22	75,86	7	24,14	–	–	–
Vize-Vorsitzende der Revolutionskomitees	56	29,47	22	11,58	78	41,05	55	28,95	57	30,00	–
Mitglieder der Ständigen Ausschüsse der Revolutionskomitees insgesamt	168	35,07	67	13,99	235	49,06	109	22,76	132	27,56	3
Abzüglich Überschneidungen	47		22		69		38		31		–
Gesamtpersonal	227	36,62	80	12,90	307	49,52	147	23,71	144	23,26	22

Lebenslauf

Am 3. November 1937 wurde ich als Sohn des Bankkaufmanns Karl Fackler und seiner Ehefrau Elise, geb. Weinrich, in Passau geboren.

Ich erhielt von der Oberrealschule Passau am 15. Juli 1955 das Zeugnis der Mittleren Reife. Nachdem ich die Einstellungsprüfung für den Gehobenen Dienst der Bundeszollverwaltung bestanden hatte, wurde mir am 1. Februar 1956 das Schulabgangszeugnis erteilt.

Am 2. April 1959 wurde ich zum Zollinspektor ernannt und nach dienstlicher Verwendung in München und Bentheim auf eigenen Antrag am 9. Mai 1960 nach Berlin versetzt. An der Volkshochschule Spandau vervollkommnete ich zunächst meine spanischen Sprachkenntnisse und besuchte danach auf Anregung meines dortigen Lehrers, Prof. Dr. José Leopoldo Decamilli, vier Semester lang regelmäßig als Gasthörer am Romanischen Seminar der Freien Universität Berlin dessen in Spanisch gehaltene Lehrveranstaltungen über philosophische Strömungen in Spanien und Lateinamerika.

Ab Wintersemester 1964/65 studierte ich mit Kleiner Matrikel „Politische Wissenschaften" am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, erwarb am 23. August 1966 beim Wissenschaftlichen Landesprüfungsamt Berlin die Hochschulreife und bestand am 10. Juni 1969 die Diplomprüfung mit „gut".

Während meiner gesamten Studienzeit und auch danach war ich als Zollbeamter voll berufstätig. Zur Zeit verrichte ich meinen Dienst als Sachgebietsleiter beim Zollamt Berlin-Schöneberg-Post.

Berlin, am 7. Dezember 1971

Hartmut Fackler

(Hartmut Fackler)